Verhandlungen

des

Landtages des Fürstenthums Lippe

vom

15ten Januar bis 8ten März 1845.

Aus den Landtags-Acten zusammengestellt.

Detmold,
gedruckt in der Meyer'schen Hof-Buchdruckerei.

Uebersicht.

I.	Mitglieder der Stände-Versammlung	pag.	1
II.	Eröffnung des Landtags — Propositions-Decret — landesherrliche Commissarien	—	2
III.	A. Die höchstlandesherrlichen Propositionen zum Landtage am 15ten Januar 1845	—	4
	1) Proposition wegen Allodification der Lehen	—	4
	2) " " Verwilligung von Dotalgeldern	—	9
	3) " " Prägung neuer Scheidemünze und Einführung der Silbergroschen	—	16
	4) " " der Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser	—	20
	5) " " der Contribution von Erbpachtgrundstücken u. s. w.	—	21
	6) " " der Bedürfnisse der Provinzialschule oder des Gymnasii zu Detmold	—	27
	7) " " Förderung des Volksschulwesens	—	32
	8) " " des Taubstummen-Unterrichts	—	42
	9) " " Unterstützung des Commerz.-Ass. Colbrunn	—	43
	10) " " eines Zuschusses zu den Kosten der Legge-Anstalt	—	47
	11) " " Erbauung einer neuen Strafanstalt	—	49
	12) " " Trennung des Staats- vom Domanialhaushalte	—	67
	13) " " der Landesbedürfnisse	—	73
	a) Etat der Landcasse	—	75
	b) " " Medic.-Casse	—	80
	c) " des Wegbaues	—	83
	d) " " Strafwerkhauses	—	99
	e) " " Zuchthauses	—	100
	f) " " Militair-Departements	—	101
	B. Serenissimi höchste Mittheilung an getreue Stände über einige am vorigen Landtage vorgekommene Gegenstände, am 15ten Januar 1845	—	111
	1) wegen Erbauung eines Landkrankenhauses, mit Anl.	—	111
	2) wegen der zu den Militair-Etats pro 1840 und 1482 ständischer Seits vorgetragenen Erinnerungen, mit Anl. a, zwei Instructionen und Neben-Anl. a.	—	120
	3) wegen des Wildschadens	—	138
	4) wegen Entschädigung und Erleichterung der fünf ältern Städte	—	138
	5) die Verhältnisse der verschiedenen Confessions-Verwandten betr.	—	140
	6) wegen Reclamation des Magistrats zu Lemgo, fernere Entschädigung betr.	—	141
	7) wegen Unterhaltung des Straßenpflasters in der Fahrbahn der die Städte durchschneidenden Chausseen	—	141
	8) wegen der Spedition zu Erder	—	142
	9) wegen Entschädigung des Schaumb.-Lipp. Rentmeisters König zu Blomberg	—	143
	C. Serenissimi Mittheilung an getr. Stände, die Abänderung des §. 31 des Ablösungs-Gesetzes in Beziehung auf Holzabgaben betr., v. 14. Jan. 1845	—	144
	D. Desgleichen, die Verzinsung der Ablösungscapitalien der Geistlichen betr., vom 22sten Januar 1845	—	146
	E. Erlaß Fürstl. Regierung vom 12ten Januar, die Einführung des Preußischen Quartgemäßes betr., nebst Anlagen	—	147
	F. Erlaß Fürstl. Reg. v. 14ten Januar 1845 das Gymnasium zu Lemgo betr.	—	155
	G. Erlaß Fürstl. Reg. vom 4ten Februar 1845 die Unterstützung der armen Weber betreffend	—	158
IV.	Das Landtags-Protocoll	—	160
V.	Die ständischen unterthänigsten Gutachten und Erklärungen auf die Vorlagen	—	194
	A. Auf die Propositionen zum Landtage vom 14ten Januar 1845	—	194
	1) wegen der Allodification der Lehen	—	194
	2) wegen Verwilligung von Dotalgeldern	—	199
	3) wegen Prägung neuer Scheidemünze und Einführung der Silbergroschen	—	204
	4) wegen der Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser	—	205
	5) wegen der Contribution von Erbpachtsgrundstücken u. s. w.	—	205
	6) wegen der Bedürfnisse der Provinzialschule oder des Gymnasiums zu Detmold	—	208
	7) wegen Förderung des Volksschulwesens	—	209
	8) wegen des Taubstummen-Unterrichts	—	210
	9) wegen Unterstützung des Commerzien-Assessors Colbrunn	—	210
	10) wegen eines Zuschusses zu den Kosten der Legge-Anstalt	—	211
	11) wegen Erbauung einer neuen Strafanstalt	—	211
	12) wegen Trennung des Staats- vom Domanialhaushalte	—	214
	13) wegen der Landesbedürfnisse	—	215

B. Wegen einiger am vorigen Landtage vorgekommenen Gegenstände . . pag. 229
1) wegen Erbauung eines Landkrankenhauses . . . — 229
2) wegen der zu den Militair-Etats pro 1840 und 1842 ständischer Seits vorgetragenen Erinnerungen . . . — 230
3) wegen des Wildschadens . . . — 230
4) wegen Entschädigung und Erleichterung der fünf ältern Städte . . . — 231
5) wegen der Verhältnisse der verschiedenen Confessions-Verwandten . . . — 232
6) wegen Reclamation des Magistrats zu Lemgo, fernere Entschädigung betreffend . . . — 232
7) wegen Unterhaltung des Straßenpflasters in der Fahrbahn der die Städte durchschneidenden Chausseen . . . — 232
8) wegen der Spedition zu Erder . . . — 233
9) wegen Entschädigung des Schaumburg-Lippischen Rentmeisters König zu Blomberg . . — 234
C. Die Abänderung des §. 31 des Ablösungsgesetzes in Beziehung auf Holzabgaben betreffend . . . — 234
D. Wegen Verzinsung der Ablösungs-Capitalien der Geistlichen . . . — 235
E. Wegen Einführung des Preußischen Quartgemäßes . . . — 236
F. Wegen des Gymnasii zu Lemgo . . . — 236
G. Wegen Unterstützung der armen Weber . . . — 236
VI. Ständische Anträge und Desiderien . . . — 237
A. In Bezug auf den Landtags-Abschied vom 15. Febr. 1843 . . . — 237
1) wegen der Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung . . . — 237
2) wegen der Mittheilung des Etats der Lippstädter Casse . . . — 241
3) wegen der Befugniß der Stände Deliberationstage zu halten . . . — 242
B. Sonstige Anträge . . . — 242
1) wegen Verlegung des Amtssitzes in die Vogtei Hohenhausen . . . — 242
2) wegen Einführung der Städte-Ordnung in der Stadt Detmold . . . — 242
3) den Eingangszoll von Steinkohlen betr. . . . — 243
4) die Verwandlung der Staatschausseen in Communalwege und dieser in jene betr. . . — 243
5) die Mittheilung und Veröffentlichung der Propositionen vor, und der Verhandlungen während und nach dem Landtage betr. . . . — 244
6) das Hazardspiel zu Meinberg betr. . . . — 245
7) die Denunciationsgebühren bei Forstwrugen betr. . . . — 245
8) die Bereitung von Viehsalz auf der Saline betr. . . . — 245
9) die Erhebung des Chausseegeldes betr. . . . — 246
10) den Wildschaden betr. . . . — 246
11) wegen Feststellung der Confirmationstage . . . — 246
12) die Einführung von Gesinde-Büchern betr. . . . — 246
13) die Abfertigungsbefugnisse des Nebenzoll-Amts Barntrup betr. . . . — 247
14) den Gebrauch der Schußwaffen gegen Wilddiebe betr. . . . — 249
15) die Aufhebung der Neuwohner- und Kotten-Abgaben betr. . . . — 250
16) die Theilnahme der Städte am Medicinalfonds und an den Hülfsgeldern betr. . . — 251
17) die Ausgleichung der Beiträge zum Regierungsblatte betr. . . . — 251
18) wegen der Rechtsmittel gegen polizeiliche Straf-Verfügungen . . . — 252
19) das Schleppen der Pflüge auf den Chausseen betr. . . . — 252
20) die Erlassung einer Gewerbe-Ordnung betr. . . . — 253
21) wegen Aufhebung der Hofgerichtssteuer . . . — 253
22) den Gehalt und die Emolumente der Ausschußdeputirten betr. . . . — 254
23) die Erlassung eines Verkoppelungsgesetzes betr. . . . — 254
24) wegen einer Controle über die Bauhandwerker auf dem platten Lande . . . — 254
25) die Ueberweisung der Militair-Casse-Capitalien an die Landcasse betr. . . . — 255
26) die Ablösbarkeit des Erbpachtcanons betr. . . . — 255
27) die Advocatur-Befugniß der Auditoren u. s. w. betr. . . . — 256
28) die Mittheilung der Amtsacten an die Partheien betr. . . . — 256
29) die Revision des Justiz-Wesens betr. . . . — 257
30) die Entscheidung von Controversen betr. . . . — 257
31) die Verspätung der Berufung des Landtages betr. . . . — 258
32) das Steuerverwilligungsrecht der Stände betr. . . . — 258
VII. Höchstlandesherrliche Resolution vom 1sten Febr. 1845 auf den Antrag (V. A. 1.) wegen der Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung . . . — 259
VIII. Landtags-Abschied vom 8ten März 1845 . . . — 260

I.

Mitglieder der Stände-Versammlung.

Wahl der Ausschußdeputirten u. s. w.

Die Versammlung war folgendermaßen zusammengesetzt:

I. Ritterschaftliche Curie.

Erster Stand.

1) Freiherr von Blomberg auf Iggenhausen, K. Preuß. Cammerherr und Geh. Ober-Regierungsrath a. D., Ausschußdeputirter des ersten Standes und vorsitzender Abgeordneter am Landtage.
2) von Stietencron auf Schötmar.
3) von Reden, K. Hannövr. Jagdjunker, auf Wendlinghausen.
4) von Kerßenbrock auf Barntrup.
5) von Borries auf Hovedissen, K. Preuß. Regierungs-Vice-Präsident.
6) Amtmann Hornhardt auf Borkhausen.
7) Niemeyer auf Herberhausen.

II. Zweite Curie.

Zweiter Stand.

8) Burgemeister Ernst für Lemgo.
9) Syndicus Meyer für Horn.
10) Burgemeister Böhmer für Blomberg.
11) Rath Antze für Uflen.
12) Syndicus Runnenberg für Detmold.
13) Syndicus Hildebrandt für Barntrup.
14) Amtmann Piderit für die Neustadt Detmold.

Dritter Stand.

15) Meier Schönlau zu Remmighausen für den ersten Wahldistrict, Aemter Detmold und Horn.
16) Meier Busse Nr. 1. der Bauerschaft Pottenhausen, für den zweiten Wahldistrict, Amt Lage.
17) Amtmann Heldman zu Oerlinghausen für den dritten Wahldistrict, Aemter Oerlinghausen und Schötmar.

18) Canzleyrath Petri zu Detmold für den vierten Wahldistrict, Amt Varenholz.
19) Meier Hagemeister zu Wiembeck für den fünften Wahldistrict, Aemter Brake, Blomberg und Lipperode.
20) Advocat Dr. juris Meyer zu Detmold für den sechsten Wahldistrict, Aemter Sternberg und Barntrup.
21) Canzleydirector Ballhorn-Rosen zu Detmold für den siebenten Wahldistrict, Aemter Schieder und Schwalenberg.

Das landesherrliche Convocationsschreiben setzte die Eröffnung des Landtages auf den 25sten Januar fest. Die Abgeordneten wurden aber schon auf den 13ten ejusd. nach Detmold berufen, um vorher die Ausschußdeputirten des zweiten und dritten Standes und den Landsyndicus zu wählen.

Dieses geschah an dem gedachten Tage, nachdem diejenigen Mitglieder der zweiten Curie, welche den vorhergehenden Landtagen nicht beigewohnt hatten, durch eine landesherrliche Commission in dem Landschaftlichen Locale auf die Verfassungs-Urkunde beeidigt, die Uebrigen aber auf den früher geleisteten Eid verwiesen worden waren. Die Wahl des Ausschußdeputirten des zweiten Standes fiel auf den Rath Antze aus Uflen, und für den dritten Stand auf den Canzleyrath Petri zu Detmold. Zum Landsyndicus wurde der Hofgerichtsassessor Dr. Rosen erwählt. Dem Justiz-Canzleydirector Ballhorn-Rosen wurde der Vorsitz in der zweiten Curie übertragen.

Am 14ten Jan. fand die Verpflichtung der gedachten beiden Ausschußdeputirten und des Landsyndicus, nachdem die Wahlen von Serenissimo bestätigt worden waren, vor versammeltem Regierungscollegio Statt.

II.

Eröffnung des Landtages — höchstlandesherrliches Propositions-Decret — höchstlandesherrliche Commissarien.

Die feierliche Eröffnung des Landtages geschah in herkömmlicher Art in Serenissimi und des Durchlauchtigsten Erbprinzen Gegenwart auf dem Residenzschlosse. Die Propositionen waren dem Ausschußdeputirten des ersten Standes schon unterm 17ten December v. J. mit einem Regierungserlasse vom 10ten ejusd. in Gemäßheit des §. 31 der Verfassungs-Urkunde vorläufig mitgetheilt. Dieselben wurden den versammelten Abgeordneten nunmehr mit folgendem höchsten Erlasse übergeben:

Von Gottes Gnaden Wir **Paul Alexander Leopold**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

Wir lassen den getreuen Ständen, welche Wir mit gnädigem Wohlgefallen auf dem gegenwärtigen Landtage vor Uns versammelt sehen, folgende Propositionen, welche bereits unterm 10ten December vorigen Jahres in Gemäßheit des §. 31 der landständischen Verfassungs-Urkunde vorläufig mitgetheilt sind, hierneben zugehen;

1) Proposition die Allodification der Lehne betreffend;

2) Proposition die Verwilligung von Dotalgeldern in den Erbherrlichen Linien betreffend;
3) Proposition die Prägung neuer Scheidemünze und die Einführung von Silbergroschen betreffend;
4) Proposition die Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser betreffend;
5) Proposition die Contribution von Erbpachtgrundstücken und Kottstätten, desgleichen von der Haustare betreffend;
6) Proposition die Bedürfnisse der Provinzial-Schule oder des Gymnasiums hieselbst betreffend;
7) Proposition die Förderung des Volksschulwesens betreffend;
8) Proposition den Taubstummen-Unterricht betreffend;
9) Proposition die Unterstützung des Commerzien-Assessors Collbrunn bei Anlegung seiner Dammast-Fabrik und Bleich- und Appretir-Anstalt betreffend;
10) Proposition einen Zuschuß zu den Kosten der Legge-Anstalt betreffend;
11) Proposition die Erbauung einer neuen Strafanstalt betreffend;
12) Proposition wegen Trennung des Staatshaushalts von dem Domanialhaushalte;
13) Proposition wegen der Landesbedürfnisse, nebst den Etats
   a. der Landcasse;
   b. der Medicinalcasse;
   c. des Wegbaues;
   d. des Strafwerkhauses;
   e. des Zuchthauses;
   f. des Militair-Departements.

Die zu den Propositionen sub 1 bis 12 gehörigen Anlagen sind bereits vorläufig mitgetheilt, worauf Wir hiermit verweisen; die zur 13ten Proposition gehörigen Etats lassen Wir mit derselben, in Beziehung auf den §. 6 der landständischen Verfassungs-Urkunde, getreuen Ständen hierneben zugehen.

Ueber sämmtliche in den Propositionen enthaltene Gegenstände sehen Wir den patriotischen Gutachten der getreuen Stände entgegen und bleiben denselben mit Huld und Wohlwollen zugethan.

Gegeben auf Unsrer Residenz
Detmold, den 15ten Januar 1845.

Leopold, Fürst zur Lippe.

W. A. Eschenburg.

T. Kellner.

Die mit diesem höchsten Erlasse mitgetheilten Propositionen waren begleitet von der (unten sub B. abgedruckten) „höchsten Mittheilung Serenissimi an getreue Stände über einige am vorigen Landtage vorgekommene Gegenstände“ und von folgender höchsten Eröffnung wegen der zu den landtägigen Berathungen ernannten Commissarien:

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

Da Wir zur Beförderung und Erleichterung der landtägigen Berathungen es

für dienlich erachten, nach Anleitung des §. 31 der landständischen Verfassungs-Urkunde für eine jede der heute an getreue Stände ergangenen Propositionen besondere Commissarien zu ernennen, welche den berathschlagenden Sitzungen, die solche Propositionen betreffen, beizuwohnen, und die erforderlichen mündlichen Entwickelungen und Nachweisungen zu ertheilen haben, so wollen Wir hiermit

1) Für die erste Proposition den Regierungsrath Piderit;
2) Für die zweite den Regierungs-Präsidenten Eschenburg;
3) Für die dritte den Regierungsrath und Geheime-Cammerrath Rohdewald;
4) Für die vierte, fünfte, sechste und siebente den Regierungsrath Piderit;
5) Für die achte den Regierungsrath von Meien;
6) Für die neunte den Regierungsrath und Geheime-Cammerrath Rohdewald;
7) Für die zehnte den Regierungsrath von Meien und Regierungsrath und Geheime-Cammerrath Rohdewald;
8) Für die eilfte den Regierungsrath Piderit;
9) Für die zwölfte den Geheime-Regierungsrath Petri und Regierungsrath und Geheime-Cammerrath Rodewald;
10) Für die dreizehnte und zwar für
    a. den Geheime-Regierungsrath Petri und Regierungsrath und Geheime-Cammerrath Rohdewald;
    b. c. d. und e. den Geheime-Regierungsrath Petri;
    f. den Regierungsrath von Meien;

committiren, und dieselben beauftragen, den betreffenden berathschlagenden Sitzungen zu dem obgedachten Zwecke beizuwohnen.

Von Seiten des vorsitzenden Deputirten des ersten Standes sind daher die gedachten Commissarien, sobald als die sie betreffenden Propositionen zur gemeinschaftlichen Berathung gehörig vorbereitet sind, von der dazu bestimmten Zeit in Kenntniß zu setzen und zur Beiwohnung der Berathung einzuladen.

Gegeben Detmold, den 15ten Januar 1845.

(L. S.) **Leopold, Fürst zur Lippe.**

W. A. Eschenburg.

T. Kellner.

III.

A. Die höchstlandesherrlichen Berathungs-Vorlagen zum Landtage am 15ten Januar 1845.

1. Proposition,

die Allodification der Lehen betreffend.

Da Serenissimus die Ansicht theilen, daß das Lehnswesen veraltet sey und unter den jetzigen Verhältnissen dem Eigenthume nur Fesseln anlege, welche einer zweckmäßigen und vortheilhaften Benutzung desselben hinderlich sind; so haben Höchstdie-

selben, um den von Löblichen Ständen auf dem letzten und vorletzten Landtage in dieser Hinsicht vorgetragenen Wünschen zu entsprechen, ein Allodifications-Gesetz entwerfen lassen, welches zur beliebigen Prüfung und Begutachtung hierneben überreicht wird.

Entwurf

eines Gesetzes über die Allodification der Lehen.

§. 1.

Alle Lehen im Bereiche Unsers Fürstenthums (mit Ausnahme der im §. 3 benannten) sind der Allodification unterworfen, mögen dieselben von Unserer Lehncammer oder von einem andern Lehnsherrn relevіren, mag der Gegenstand derselben in Grundbesitz, in Gelde, in Gefällen oder in irgend welchen andern Gerechtigkeiten bestehen.

§. 2.

Die Aufhebung des Lehnsnexus oder Allodification bewirkt die Freiheit des Guts oder sonstigen Vermögensobjects von allen lediglich aus dem Lehnsverbande herrührenden Beschränkungen und Lasten. Dahin gehören namentlich: das Verbot der Veräußerung und Verpfändung, die Pflicht der Lehnserneuerung und der Entrichtung der Belehnungsgebühren bei eintretenden Lehnsfällen, die Lehndienste, die beschränkte Erbfolge nach Lehnrecht, das Vorkaufs- und Retractrecht des Lehnsherrn und der Lehnsfolger, das Competenzrecht des Vasallen u. s. w. Das Gut wird also zu einem freien und veräußerlichen Erbgute, bleibt aber allen denjenigen öffentlichen und andern Reallasten unterworfen, welche nicht wesentlich aus dem Lehnsverbande herfließen, so wie denjenigen, welche aus der Allodification selbst herrühren (§. 10).

§. 3.

Ausgenommen von der Allodification bleiben diejenigen Lehen, welche auf vier oder weniger Augen stehen, so wie diejenigen, bei welchen sämmtliche Mitbelehnte ohne lehnsfähige Descendenz sind.

Diese Ausnahme fällt sogleich mit ihrem Grunde hinweg.

Ausgeschlossen bleiben auch die Wrasemeistereien oder sogenannten Cavillerei-Lehen.

§. 4.

Einzelne Theile eines Lehns können nicht abgesondert allodificirt werden, es wäre dann, daß sie in Gefällen bestehen und diese freigekauft werden. Besitzt aber der Vasall mehrere Güter oder Vermögensgegenstände, worüber bisher besondere Lehnbriefe ausgefertigt wurden; so können diese auch einzeln allodificirt werden.

§. 5.

Die Allodification kann sowol von dem Lehnsherrn als von dem besitzenden Vasallen, nicht aber von einem sonstigen Lehnsinteressenten beantragt werden.

Sind Mehrere im ungetheilten Besitz eines Lehns, so entscheidet die nach dem Werthe der Antheile zu berechnende Mehrheit der Stimmen und bei gleichen Stimmen die Meinung für die Aufhebung. Nach etwa eingetretener Realtheilung ist jeder Besitzer für seinen Antheil zur Allodification befugt.

Bei minderjährigen und andern unter Curatel stehenden Vasallen, so wie hinsichtlich städtischer Magisträte, der Interimswirthe und Concurscuratoren gelten die in der Ablösungs-Ordnung §§. 7 und 8 aufgestellten Regeln.

§. 6.

Dritte Personen, welche ein Recht an dem Lehn haben, seyen es Zeit- oder Erbpächter, antichretische oder hypothekarische Gläubiger, sind so wenig befugt, auf Allodification anzutragen, als derselben zu widersprechen. Ihre gesetzlich oder vertragsmäßig erworbenen Rechte bleiben unverändert bestehen.

Auch die bereits erworbenen Ansprüche der Töchter und Witwen der Vasallen auf Alimente, Ausstattung, Leibgedinge oder Witthümer aus dem Lehn, so wie die Competenzen verschuldeter Vasallen bleiben auf dem allodificirten Lehn haften.

§. 7.

Der Vasall ist bei der Allodification nicht an die Einwilligung der Mitbelehnten, Agnaten, sonstigen Lehnsfolger und Erspectivirten gebunden. Alle Rechte dieser Personen, mit alleiniger Ausnahme des im §. 8 erwähnten Successionsrechts, sind von dem Augenblicke der Aufhebung des Lehnsverbandes an erloschen und findet ein Anspruch auf Entschädigung nur insofern Statt, als die Eventualbelehnung oder Anwartschaft unter lästigem Titel erworben ist, in welchem Falle Ersatz des aufgewandten Capitalwerths von demjenigen verlangt werden kann, welcher, wäre die Aufhebung des Lehns nicht erfolgt, die Lehnsfolge zu gewähren rechtlich verbunden gewesen seyn würde.

§. 8.

Es findet indeß noch eine einmalige Succession nach dem bestehenden Lehnrecht in die allodificirten Lehen bei dem ersten Erbfalle nach geschehener Allodification Statt, jedoch nur zu Gunsten desjenigen oder derjenigen, welche bei einem Erbfalle als nächste Lehnsfolger eintreten, mögen dieselben gegenwärtig bereits existiren oder noch geboren werden. Alle andere Lehnsfolger, auch wenn sie jetzt schon leben, können als solche alsdann keinen weitern Anspruch auf Succession machen.

Im Falle des Eintritts der vorgedachten Lehnssuccession verlieren jedoch die Allodialerben nicht den Anspruch auf die etwaigen zu ihrem Besten auf das Lehn gelegten Reversgelder (Lehnsconstitut).

§. 9.

Durch die Allodification des Lehns wird dasselbe zwar der gemeinrechtlichen Erbfolge unterworfen, es wird dadurch aber die etwaige für ein Lehngut bereits rechtsgültig bestehende oder vermöge einer Fideicommißstiftung, wozu jedoch die Landesherrliche Genehmigung einzuholen ist, noch zu errichtende besondere Erbfolgeordnung nicht ausgeschlossen.

§. 10.

Die Allodification kann nur gegen Entschädigung des Lehnsherrn für die ihm aus dem Lehnsverbande zustehenden Rechte erfolgen und wird dieselbe festgesetzt:

a) bei Erb-Mannlehen auf vier Procent,
b) bei allen andern, namentlich bei Erb- und Kunkellehen, auf zwei Procent des Werths.

§. 11.

Bei Lehen, welche sich im nutzbaren Eigenthum von Gemeinden oder Corporationen befinden, bei welchen also ein Heimfall nicht eintreten kann, wird die Entschädigung des Lehnsherrn nicht nach den Werthe, sondern nach den in Belehnungsfällen zu entrichtenden Gebühren berechnet. Es wird dabei angenommen, daß alle 15 Jahre ein Lehnsfall, abwechselnd in der leihenden und dienenden Hand, eintrete. Der Betrag sämmtlicher Gebühren ist auf den Zeitraum von 15 Jahren zu vertheilen und in

der Form einer auf dem allodificirten Lehn ruhenden Rente alljährlich zu berichtigen oder vermittelst Erlegung des fünf und zwanzigfachen Betrags abzulösen.

§. 12.

Bei der Aufhebung solcher Afterlehen, welche der Ober-Lehnsherr anzuerkennen verbunden ist, erhält derselbe von der Entschädigungssumme $\frac{1}{3}$ und der Afterlehnsherr $\frac{2}{3}$. Ist dagegen die Afterbelehnung für den Ober-Lehnsherrn unverbindlich, so erhält derselbe volle Entschädigung; es muß aber in diesem Falle der Aftervasall außerdem die Hälfte der gewöhnlichen Allodificationssumme an den Afterlehnsherrn entrichten.

§. 13.

Ist ein Lehn, abgesehen von den Investiturgebühren, mit sonstigen Geld- oder Naturalabgaben belastet; so bleiben diese entweder auf demselben auch nach der Allodification haften oder sie müssen nach Maßgabe der Ablösungs-Ordnung besonders abgelöst werden.

§. 14.

Der Werth eines Lehns, abgesehen von den Geldlehen, wird nach folgenden Grundsätzen ermittelt:

a. Besteht dasselbe aus ablöslichen Prästationen, so geschieht die Werthermittelung nach Vorschrift der Ablösungs-Ordnung.

b. Bei Lehen, welche in Grundbesitz oder unablöslichen Gerechtigkeiten bestehen, tritt Taration durch Sachverständige ein, welche den Werth des Lehns nach den üblichen Kaufpreisen zu veranschlagen haben. Steuern und sonstige Grundabgaben sind dabei zu berücksichtigen, nicht aber die auf dem Lehn etwa haftenden Schulden.

§. 15.

Das Allodificationscapital wird bis zu seinem Abtrage mit vier Procent jährlich verzinset und mit dem Vorzugsrechte, welches der Lehnsherr geltend machen konnte, kostenfrei in das Hypothekenbuch eingetragen.

§. 16.

Der Abtrag des Capitals steht dem Besitzer des allodificirten Guts nach vorheriger sechsmonatlicher Kündigung jederzeit frei.

Dem Lehnsherrn ist die Kündigung nur bei Capitalien unter hundert Thalern gestattet.

Der Abtrag muß aber jedesmal erfolgen, wenn das Lehnsobject in Gefällen besteht und diese vermittelst Capitalzahlung abgelöst werden.

§. 17.

Hat der Vasall das Allodificationscapital aus seinem Allodialvermögen erlegt, so ist bei der §. 8 nochmals gestatteten Lehnssuccession der Lehnsfolger verbunden, dasselbe den Allodialerben zu ersetzen.

§. 18.

Die Allodification eines Lehns kann durch freie Uebereinkunft oder auf einseitigen Antrag bewirkt werden. Sobald jene zu Stande gekommen oder dieser bei der Allodificationsbehörde eingereicht ist, hört die Ausübung der lehnsherrlichen Rechte auf. Dagegen tritt sofort mit dem Antrage die Verpflichtung des Vasallen ein, das Allodificationscapital, wie dasselbe ausgemittelt werden wird, jährlich mit vier Procent zu verzinsen.

Sollte das Allodificationsgeschäft sich über ein Jahr verzögern, so kann der Vasall zur Bezahlung eines von der Behörde provisorisch und vorbehältlich der definitiven Abrechnung zu bestimmenden Zinsbetrags angehalten werden.

§. 19.

Erfolgt die Provocation nach einem eingetretenen Lehnsfalle und bevor eine neue Belehnung stattgefunden, so muß der Vasall außer dem Allodificationscapital die Belehnungsgebühren noch besonders entrichten.

§. 20.

Die Leitung der Allodificationsgeschäfte wird der durch die Ablösungs-Ordnung vom 4ten September 1838 (§. 73) niedergesetzten Commission übertragen. Die durch freie Uebereinkunft zu Stande gekommenen Allodificationsverträge können bei derselben zur Bestätigung eingereicht werden.

§. 21.

Wer auf Allodification eines Lehns provociren will, hat einen schriftlichen Antrag bei der Ablösungs-Commission einzureichen und den letzten Lehnbrief in Urschrift oder beglaubigter Abschrift beizufügen, oder anzuzeigen, daß und warum er hierzu außer Stande sei.

Der provocirende Vasall hat sich zugleich als rechtmäßiger Besitzer zu legitimiren, auch ein Verzeichniß der vorhandenen Lehnfolgeberechtigten so wie eine vollständige Specification der Lehnsobjecte beizubringen.

§. 22.

Die Ablösungs-Commission wird mit Bestimmung einer angemessenen Frist den Provocaten zur Erklärung auffordern, auch gleichzeitig eine Bekanntmachung durch das Regierungsblatt erlassen und darin eine dreimonatliche Präjudicialfrist zur Anmeldung etwaiger Ansprüche dritter Berechtigter bestimmen.

Dieselbe wird vor Allem bemühet seyn, eine gütliche Uebereinkunft zu Stande zu bringen, zu welchem Ende sie den Vasallen zu einem Angebot und den Lehnsherrn zu einer Erklärung darüber zu veranlassen hat. Bleibt der Versuch fruchtlos, so ist der Werth des Lehns nach gesetzlicher Vorschrift zu ermitteln und das Allodificationscapital darnach festzusetzen.

§. 23.

Zur Competenz der Ablösungs-Commission gehören alle nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu entscheidenden Streitigkeiten, namentlich über die Zulässigkeit der Allodification, die Legitimation der Parteien, die etwaigen Reclamationen dritter Personen, das Abschätzungsverfahren und den Betrag des Allodificationscapitals.

Erachtet sich Jemand durch eine Verfügung der Ablösungs-Commission beschwert, so bleibt ihm der Recurs an die Regierung unbenommen, welcher die Entscheidung in zweiter und letzter Instanz zusteht.

§. 24.

Dagegen gehören alle eigentlichen Rechtsfragen an die competente Justizbehörde, namentlich Streitigkeiten über die Qualität eines Guts oder einzelner Pertinenzen desselben als Allod oder Lehn, als Mannlehn oder Kunkellehn u. s. w.

Gelingt es nicht, eine gütliche Beilegung solcher Streitigkeiten zu bewirken, so steht es jedem Theile frei, den gerichtlichen Weg zu betreten; jedoch ist davon Anzeige bei der Ablösungs-Commission zu erstatten, welche, wenn der Streitpunkt für das

fernere Verfahren präjudiciell ist, dasselbe bis nach erfolgter rechtskräftiger Entscheidung einstellt.

§. 25.

Sämmtliche in der Ablösungs-Ordnung vom 4. September 1838 enthaltene Vorschriften, insoweit solche anwendbar und nicht durch gegenwärtiges Gesetz aufgehoben oder abgeändert sind, finden auch bei der Allodification der Lehen Anwendung und hat die Ablösungs-Commission ihr Verfahren darnach zu bemessen.

§. 26.

In Ansehung der Kosten wird auf die §. §. 93 und 96 der Ablösungs-Ordnung verwiesen. Der Lehnsherr ist jedoch, wenn er die Annahme einer ihm von Vasallen angebotenen Entschädigungssumme verweigert, die Kosten des sich nöthig machenden Ausmittelungsverfahrens zu tragen schuldig, wenn sich dabei kein günstigeres Resultat für ihn herausstellt.

§. 27.

Nach beendigtem Verfahren bestätigt die Ablösungs-Commission das Allodificationsgeschäft und ertheilt darüber auf Verlangen eine Urkunde. Sie befördert auch, daß die Lehnsqualität im Cataster oder Hypothekenbuche gelöscht und dagegen das Allodificationscapital in letzteres eingetragen werde. Durch die Bestätigung wird, und zwar rückwirkend bis zum Zeitpunkte der Provocation, das Lehn in freies Eigenthum verwandelt.

§. 28.

Es sollen in Zukunft keine neue Lehen errichtet, noch Lehnserspectanzen ertheilt werden, sondern alle derartige Verträge nichtig seyn.

---

2. Proposition,

die Verwilligung von Dotalgeldern in den Erbherrlichen Linien betreffend.

In den unterm 19ten December 1840 und 28sten Januar 1843 erstatteten Landtags-Gutachten haben Löbliche Stände die Verwilligung der Dotalgelder für Verheirathungen von Töchtern aus den Erbherrlichen Linien des hiesigen Fürstlichen Hauses, welche denselben proponirt war, ablehnen zu müssen geglaubt und die Verpflichtung dazu in Abrede gestellt.

Auf die den hohen Interessenten hiervon ertheilte Benachrichtigung ist von der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung das abschriftlich beigehende, vom 4ten März 1844 datirte **Pro Memoria**, so wie auch von dem Herrn Grafen Christian zur Lippe-Weißenfeld das gleichfalls in Abschrift anliegende **Memoire** von demselben **Dato**, eingereicht und für beide die beantragte Vorlage auf dem gegenwärtigen Landtage zugesichert.

Demnach wird Löblichen Ständen die sorgfältige Prüfung der in den Anlagen deducirten Ansprüche auf Verwilligung von Dotalgeldern in den Erbherrlichen Linien **nomine Serenissimi** anempfohlen und werden die desfallsigen, auf den vorigen Landtagen gemachten Propositionen wiederholt.

Auch haben des regierenden Fürsten zu Schaumburg-Lippe Durchlaucht mittelst

des abschriftlich anliegenden Schreibens vom 4ten März 1844 hinsichtlich der am 15ten Juni 1843 vollzogenen ehelichen Verbindung der Prinzessinn Mathilde Auguste Wilhelmine Caroline zu Schaumburg-Lippe mit dem Herzoge Eugen Wilhelm Alexander Erdmann von Württemberg, die Beförderung der sogenannten Fräuleinsteuer in Anspruch genommen, und wird daher, in Gemäßheit der mittelst höchsten Antwortschreibens vom 19ten März 1844 ertheilten Zusage, die Verwilligung solcher Dotalgelder Löblichen Ständen nomine Serenissimi gleichfalls proponirt und anempfohlen, auch deren desfalsiger Erklärung entgegen gesehen.

Promemoria.

Die Löblichen Stände des Fürstenthums Lippe haben die in der vierten landesherrlichen Proposition gestellte Foderung von Dotalgeldern für Ihre Durchlaucht, die Prinzessin Adelheid Christine Juliane Charlotte zu Schaumburg-Lippe, vermählte Prinzessin von Schleswig-Holstein-Glücksburg, durch die Erklärung vom 28sten Jan. 1843 mit der Bemerkung abgelehnt, daß sie sich zu einer solchen Verwilligung aus den im Landtags-Gutachten vom 19ten Decbr. 1840 angeführten Gründen nicht für verpflichtet erachten.

Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, dem regierenden Fürsten zu Schaumburg-Lippe, konnte Nichts unerwarteter seyn, als diese Erklärung, wodurch ein Anspruch in Zweifel gezogen wird, dessen Rechtmäßigkeit unbestreitbar und von den Lippischen Landständen längstens anerkannt ist. Höchst Dieselben lassen daher den Löblichen Ständen die nachstehende kurze Begründung der gestellten Dotalgelder-Foderung in der zuversichtlichen Erwartung vorlegen, daß bei näherer Erwägung der darin vorgetragenen Momente eine Zurückziehung der Erklärung vom 28sten Jan. 1843 und ein der landesherrlichen Proposition entsprechendes Gutachten erfolgen werde.

Es kann den Löblichen Ständen zunächst nicht entgehen, daß die sogenannten „allgemeinen Grundsätze des deutschen Fürstenrechts“ welche in dem Landtags-Gutachten vom 19ten Decbr. 1840 angerufen werden, ohne allen Einfluß auf eine Frage bleiben müssen, welche ihre Erledigung durch specielle Entscheidungs-Normen findet. Aus diesem Grunde erscheint es völlig unnöthig, auf eine Prüfung Dessen, was darüber in dem Landtags-Gutachten gesagt ist, einzugehen, so leicht es auch seyn würde, darzuthun, daß die dort als gemeingültig verkündeten Ansichten einiger Publicisten auf einer haltbaren Grundlage nicht ruhen und weiter Nichts, als eine vage, von geachteten Rechts-Autoritäten vielfach angegriffene Theorie sind.

Die Frage: ob die erlauchten Töchter des Fürstlichen Hauses Schaumburg-Lippe berechtigt sind, eine Dotation aus dem Fürstenthume Lippe zu fodern? findet aber ihre Entscheidung in der Lippischen Haus- und Landes-Verfassung selbst, und in einem eben so alten, als stabilen Herkommen.

Als die Grundlage der Lippischen Haus- und Landes-Verfassung haben die Stände des Fürstenthums Lippe selbst stets die Kaiserliche Urkunde über die Bestätigung des Primogenitur-Rechts vom 12ten Febr. 1593 und das Testament weil. Herrn Grafen Simon VI., Stammvaters des jetzigen hohen Gesammthauses, vom 30sten Aug. 1597 anerkannt. Beide werden daher auch in dem erwähnten Landtags-Gutachten in Bezug genommen, aber weder in Betreff ihres Inhalts noch ihrer bindenden Kraft richtig ge-

würdigt. Gleichwohl setzen beide die Rechtmäßigkeit des erhobenen Anspruchs außer Zweifel.

Was nämlich zunächst die Primogenitur-Urkunde anlangt, deren wesentlichsten und wichtigsten Theil die von Löblichen Ständen ganz unbeachtet gebliebenen preces weil. Herrn Grafen Simon VI. bilden, so wird darin gesagt:

> daß bei den Grafen und Herrn zur Lippe über unvordenkliche Jahre eine stete Gewohnheit gewesen, auch noch sei, — — — daß die ganze Grafschaft Lippe u. s. w. — — — jederzeit zu desto stattlicher Erhaltung und Fortpflanzung desselben Gräflichen Stammes und Namens und um gemeinen Landes Besten willen unzerstückt und ungetheilt von dem ältesten männlichen Leibes-Lehns-Erben nach der Prärogativ und Succession der Primogenitur oder Erstengeburt alleinig regiert — — — — den andern Brüdern aber Ihr gebührlicher Unterhalt — — — hiervon verschafft — — — desgleichen die Töchter und weibliche Erben, wie der Orts bei den Grafen zur Lippe gewöhnlich herkommen, durch den regierenden Herrn und Landstände dotirt und ausgestattet worden, —

mit der hinzugefügten Willens-Erklärung:

> daß Er (Graf Simon) solche seiner lieben Voreltern, der Grafen und Herrn zur Lippe, uralte wohlbedachte Gewogenheit hinfüro — — — unter seinen Kindern und dero ganzen Posterität und Nachkommenden also perpetuiret, fortgesetzt und beständiglich erhalten haben wolle.

Diese klaren Worte bedürfen keines Commentars; sie ergeben mit Evidenz, daß die Dotation und Ausstattung der Töchter des hohen Lippischen Hauses durch die Landstände schon im Jahre 1593 auf einem unvordenklichen Herkommen ruhte und daß dieses Herkommen nicht allein unter den Kindern weiland Herrn Grafen Simon VI., sondern unter deren ganzen Posterität und Nachkommenschaft beständig erhalten und fortgesetzt werden soll.

Die Worte der kaiserlichen Bestätigung, auf welche Löbliche Stände sich berufen haben, ändern in diesem Herkommen Nichts; sie nehmen vielmehr ausdrücklich auf dasselbe Bezug und eine etwaige Dunkelheit in derselben würde rechtsbekanntlich durch die preces, welche das Relatum der Bestätigung bilden, zu erklären sein. Die Worte: „wie bei der Grafschaft gewöhnlich," und „weibliche Erben" lassen jedoch keinen Zweifel, daß das Reichsoberhaupt nichts Anderes, als eine Bestätigung des erwähnten alten Herkommens gewollt habe, wie denn auch eine Verletzung begründeter Rechte außer der kaiserlichen Befugniß gelegen haben würde.

An die Primogenitur-Urkunde schließt sich das Testament weil. Herrn Grafen Simon VI. mit gleichen Zeugnissen und Bestimmungen an. Im §. 15 wird der „Aus„steuer oder Brautschatzes, so nach althergebrachtem Lippischen Gebrauche von der „Landschaft gewöhnlich verrichtet und zuwege gebracht wird," gedacht und der Ritter- und Landschaft ein Ermäßigungs-Recht bei Bestimmung des Quanti beigelegt; im §. 21 aber das Recht auf eine Dotation durch die „Gevettern und die Landschaft" auch rücksichtlich der nach Erlöschen einer Linie im Mannstamme hinterbleibenden unverheiratheten Töchter anerkannt.

Das Recht der ganzen weiblichen Posterität und Nachkommenschaft weiland Herrn Grafen Simon VI., mithin auch der erlauchten Töchter aus dem Fürstlich Schaum-

burg-Lippischen Stamme, eine Dotation vom Lande zu verlangen, und die damit correspondirende Verpflichtung der Löblichen Stände, solche zu gewähren, liegt nach diesen Urkunden klar vor; denn sie bezeugen nicht allein ein altes Herkommen, welches, wie kaum erwähnt zu werden braucht, die verbindliche Rechtsnorm für alle spätern gleichartigen Fälle erzeugt, sondern sie enthalten auch grundgesetzliche Bestimmungen, welche die Löblichen Stände zu umgehen um so weniger gemeint sein können, als sie beide Urkunden als Fundamental-Gesetze längstens anerkannt haben. Löbliche Stände wollen nicht übersehen, daß die Primogeniturfolge und die Ausschließung der Töchter des Hauses von allem Antheile an den unbeweglichen Gütern in eine enge und unmittelbare Verbindung mit deren Dotation durch die Landschaft gesetzt ist, und daß die Anerkennung des einen Grundsatzes die des andern mit Nothwendigkeit nach sich zieht, so daß, selbst abgesehen von dem alten Herkommen, dieser Zusammenhang allein die Dotationspflicht der Landschaft außer Zweifel setzen würde.

Der Willen des gemeinschaftlichen Stammvaters des hohen Lippischen Gesammthauses, daß der erwähnte alte Gebrauch unter seinen Kindern und deren ganzen Posterität beständig fortgesetzt werden solle, ist erweislich zu allen Zeiten befolgt worden und es schließt sich demgemäß das Herkommen seit dem Tode weiland Herrn Grafen Simon VI. und der dadurch herbeigeführten Entstehung der verschiedenen Linien des hohen Hauses an das ältere unmittelbar an. Namentlich ist Seitens des Regierenden Hauses niemals ein Zweifel gegen die Berechtigung der Töchter in den Erbherrlichen Linien, eine Dotation vom Lande zu fordern, erhoben worden, und so wie im Hamelnschen Recesse vom 2ten Juli 1655. §. 17 ein desfallsiges ausdrückliches Anerkenntniß rücksichtlich der Gräfinnen aus dem Gräflich Lippe-Brakischen Hause vorliegt, eben so ist vom weiland Herrn Grafen Hermann Adolph unter dem 29sten Jan. 1663 in Betreff der Töchter des hohen Schaumburg-Lippischen Hauses anerkannt worden, daß solche vermittelst gewöhnlicher Fräuleinsteuern aus der Grafschaft zu dotiren sein, das Quantum aber nach dem Vermögen des Landes von den Ständen bestimmt werden müsse.

Auch den Ständen gegenüber haben beide Erbherrliche Linien dieß Recht stets aufrecht erhalten, und es findet sich kein Beispiel, daß den Ständen die Befugniß, über die quaestio an? zu entscheiden, zugestanden worden wäre. Die Dotationen der Gräfinnen aus der im Jahre 1709 im Mannstamme erloschenen Brakischen Linie sind sogar unter ausdrücklicher ständischer Anerkennung der Verpflichtung des Landes geschehen, und die grundlosen Einwendungen, welche die Stände Anfangs gegen die Verpflichtung des Landes zur Dotation der Gräfinnen aus dem Philippinischen Stamme geltend zu machen versuchten, haben sofort den entschiedensten Widerspruch des hohen Schaumburg-Lippischen Hauses hervorgerufen, dessen Folge war, daß die damals geforderten Dotationen für die an den Grafen von Bentheim-Tecklenburg, den Herzog von Holstein und den Grafen von Kuefstein vermählten drei Töchter weil. Herrn Grafen Philipp zu Schaumburg-Lippe verwilligt, und jedem Theile seine wahren oder vermeintlichen Rechte vorbehalten würden.

Da jedoch nach dem Obigen ein Verweigerungs-Recht der Stände ganz unerfindlich ist, so werden Löbliche Stände ermessen, welch' rechtlicher Werth jenem Vorbehalte beizulegen ist, welcher überdem mit der geschehenen Verwilligung selbst in geradem Widerspruche stand. Denn da Ritterschaft und Städte gewiß nicht für befugt erachtet werden konnten, eine reine Liberalität auf Kosten der contribuablen Unterthanen des platten Landes zu üben, so liegt in der Bewilligung selbst eine factische Anerkennung

der rechtlichen Nothwendigkeit und Schuldigkeit, welche durch einen Vorbehalt nicht wirkungslos gemacht werden konnte.

Bei den spätern Vermählungsfällen in dem hohen Schaumburg-Lippischen Hause ist demnach auch kein Zweifel gegen die Dotations-Pflicht des Landes von den Ständen erhoben worden; vielmehr haben dieselben bei der Vermählung der Gräfin Juliane Louise zu Schaumburg-Lippe-Alverdissen mit dem Grafen von Rechtern auf dem Landtage im Jahre 1759 erklärt, daß die anverlangte Fräuleinsteuer mit 3000 Rthlr. vom Lande bewilligt und sofort angelegt worden sei, und daran die Bitte um einen Revers, wie solches ratione summae freiwillig und citra consequentiam geschehen sei, geknüpft, worin die Anerkennung der Dotationspflicht selbst unzweifelhaft liegt. In gleicher Art ist die von Löblichen Ständen unter dem 30sten Octbr. 1815 an die Hochselige Frau Fürstin und Vormünderin gerichtete Vorstellung als ein Beweis für die unbedingte Anerkennung der Dotationspflicht des Landes anzuführen, da in derselben die Bitte gestellt wird, „Seine Durchlaucht, den Fürsten zu Schaumburg-„Lippe von den Gründen in Kenntniß zu setzen, welche treugehorsamste Ritterschaft und „Städte unverschuldet und ganz gegen ihre Neigung außer Stand setzen, die „Dotalgelder Ihrer Hochgräflichen Gnaden, der Frau Gräfin von „Münster schon jetzt zu bestimmen und anzulegen."

Gegen die Angabe Löblicher Stände im Landtags-Gutachten vom 19ten Dec. 1840,

> daß ihnen jedes Mal Reverse ertheilt worden, daß die bewilligten Zuschüsse nicht als rechtliche Pflicht betrachtet und ad consequentiam gezogen werden sollen,

muß bemerkt werden, daß dieß von Seiten der Erbherrlichen Linien zu Brake und Schaumburg-Lippe niemals geschehen ist. Vielmehr ist von beiden die quaestio an? von jeher als durchaus incontestabel betrachtet und das Anverlangen eines Reverses mit Entschiedenheit abgelehnt worden. Nur rücksichtlich der Summe hat der Hochselige Herr Graf Philipp Ernst zu Schaumburg-Lippe-Alverdissen auf das obenerwähnte ständische Verlangen sich unter dem 19ten April 1762 dahin reversirt, daß die der Frau Gräfin Rechtern bewilligte Summe der 3000 Rthlr. Dotalgelder Ihm so wenig als der Landschaft in Zukunft zum Präjudiz gereichen solle, was dem im Simonischen Testamente fundirten Ermäßigungs-Rechte Löblicher Stände durchaus entsprach.

Erbherrlicher Seits ist dieses Recht niemals bezweifelt worden; aus demselben erklärt sich die Ungleichartigkeit der einzelnen Bewilligungen von selbst. Mit Nachdruck und Bestimmtheit muß dagegen der im Landtagsgutachten vom 19ten Dec. 1840 ausgesprochenen Meinung widersprochen werden, daß dadurch die Dotationspflicht selbst aufgehoben oder nur zweifelhaft gemacht werde. Dotations-Pflicht und Ermäßigungs-Recht bestehen neben einander, ja das letztere ist durch die erstere bedingt. In demselben liegt nicht ein merum oder liberum arbitrium, welches Löbliche Stände berechtigen könnte, die Dotation zu gewähren oder zu versagen oder ad vilissimum usque zu reduciren, sondern nach Wortsinn und Zusammenhang das arbitrium boni viri, welches die Befugniß, aber auch die Pflicht in sich schließt, das Quantum nach den Umständen des einzelnen Falls zu bestimmen, mithin die jeweiligen finanziellen Umstände des Landes und den Stand der Vermählten in Erwägung zu ziehen und ein beiden entsprechendes Quantum festzusetzen, über welches eventuell die richterliche Bestimmung angerufen werden kann.

L. 3. Cod. de dot. prom. (5. 11.)
L. 76. 79. 80 D. pro socio (17. 2.)

L. 7. pr. D. de contr. emt. vend. (18. 1.)
L. 30. pr. D. de oper. lib. (38. 1.)

Seine Hochfürstliche Durchlaucht, der regierende Fürst zu Schaumburg-Lippe überlassen sich hiernach der Erwartung, daß die Löblichen Stände des Fürstenthums Lippe ihre ablehnende Erklärung vom 28sten Jan. 1843, in welcher Höchstdieselben nothgedrungen eine auffallende Verletzung der verfassungsmäßigen und altherkömmlichen Rechte Ihres Hauses erblicken müssen, zurücknehmen und die landesherrlicher Seits proponirten Dotalgelder baldigst verwilligen und anlegen werden.

Bückeburg, den 4ten März 1844.

Aus Fürstlich Schaumburg-Lippischer Regierung.

Memoire,

die Dotal-Gelder, welche denen Gräfinnen zur Lippe aus dem Fürstenthume Lippe zukommen betreffend.

Als ich Dotal-Gelder für meine Töchter beanspruchte geschah es keineswegs in der Absicht eine patriotische Zusteuer zu beanspruchen (wie ein Landtagsreferent es nannte), sondern in der Ueberzeugung in meinem vollen Rechte zu sein, es hat auch der Landtags-Abschluß der Fürstlich Lippischen Ständeversammlung vom 19ten December 1840, diese Ueberzeugung durchaus nicht ändern können und zwar aus folgenden Gründen:

Man hat sich dort zunächst auf das Wort „Verwilligung" berufen. Ueber die Bedeutung dieses Wortes, und wiefern es als die Bezeichnung eines freien Willens verwendet wird, sich auszusprechen, gehört nicht hieher. — Aber es ist ein Ausdruck, der für alle Zugeständnisse einer Ständeversammlung gebraucht wird, auch in Fällen, wo solche nach strikten Rechtsgründen nicht abzuschlagen sind, wie z. B. das ganze Budget.

Man hat die Rechtsverbindlichkeit zu einer Aussteuer auch bestritten, weil sonst schon vor den Bewilligungen Einwendungen gemacht worden sind. In unserm Fall glaube ich nicht nöthig zu haben mich auf früher begründete und alte Rechte einlassen zu dürfen. Ich kann annehmen, daß diese Rechte gründlich nachgewiesen worden sind vom Bückeburger Fürstenhause, als ihm 1827 nach 13jährigen Verhandlungen die Dotal-Gelder für die Frau Gräfin von Münster ausgezahlt wurden.

Unser Haus hat sein Recht durch einen neuern Vertrag von 1762 erneuert, bestärkt und neu begründet.

Die Wichtigkeit dieses Grundvertrages und Haupt-Vergleichs ist nach dem Gegenstande desselben zu bemessen.

Es ist ein Landesvertrag, durch welchen die Biesterfeld-Weissenfelder Linie alle ihre in den Aemtern Schwalenberg, Oldenburg und Stoppelburg liegenden Immobiliar-Besitzungen, Rechte, Gerechtigkeiten, Renten, Gefälle und Nutzungen an den regierenden Herrn Grafen Simon August zur Lippe abtritt und zwar gegen eine sichere, jährliche Revenüe, und daß es bei dem jure primogenitorae und der dem Landesherkommen gemäßen Dotation der Gräflichen Töchter schlechterdings sein Verbleiben habe. Der Werth dieses Hauptvertrages und daß er von den Herren Ständen garantirt, auch Kaiserlich confirmirt sei, ist anerkannt. — Doch wird die Verbindlichkeit zur Dotation bestritten, weil sie eine dem Landesherkommen gemäße genannt wird; dies Herkommen leugnete man.

Ich zweifle nicht, daß das Herkommen früher schon nachgewiesen worden ist, glaube aber, daß für meinen Fall es genügt, wenn die Paciscenten des Vertrags von 1762 es für Landesherkommen gehalten haben, ein Theil die Zahlung des dos versprach und der andere die Zusage angenommen hat. Auch muß, wenn es schlechterdings sein Verbleiben bei der herkömmlichen Dotation haben soll, diese doch dagewesen sein, und jedenfalls sind die Paciscenten des Glaubens gewesen, indem sie es aufs Neue versprachen. Betrug ist unsern Vorfahren in einem so wichtigen Vertrage nicht anzudichten.

Die Einrede, daß die Höhe der dos nicht bestimmt angegeben sei, ist auch nicht relevant, denn diese Summe wird sich, wie viele Bewilligungen von Ständen nach dem jedesmaligen Antrage des Berechtigten und nach dem Finanzzustande des Landes gerichtet haben. Sehr bedenklich scheint dem Ständischen Referenten gewesen zu seyn, daß das Lippische Haus in seinen Zweigen sich ausdehnt. — Wollte ich ihn auch damit trösten, daß Alles in der Welt wächst und wieder vergeht, so bedarf es dieser Rede um so weniger, da es genügen möchte zu erwähnen, daß auch der Werth der von dem abgefundenen Theil an das Stammhaus überlassenen Besitzungen und Rechte schon um das Drei- und Vierfache gestiegen ist, der Werth des Geldes, und auch unserer Landes Revenüe in gleichem Verhältniß gefallen ist. Da nun gedachter Grundvertrag besteht, und zum Besten des Staats, wie die Stände anerkennen, gewonnen worden ist, scheint es nicht angemessen sich der Verpflichtung zu Dotalgeldern weigern zu wollen.

Man bezieht sich endlich noch auf Reverse, welche von denen frühern Empfängern der Dotation zuweilen gegeben worden wären. — Aber es ist ein bekannter Rechtssatz, daß Rechts-Verzicht niemals für einen dritten Berechtigten gelten oder ihm ein Recht vergeben kann. Diese Reverse mögen um so weniger Bedeutung haben, als die Empfänger Friedenshalber sich dazu verstanden.

Je mehr in diesen Sätzen die vertragsmäßige Obliegenheit des Fürstenthums zur angemessenen Dotation der Töchter früherer Contrahenten sich herausstellt, um so weniger glaube ich nöthig zu haben über die Anführungen aus dem allgemeinen Fürsten-Rechte und über die Meinung der Staats- und Rechtsgelehrten mich auszusprechen.

Teichnitz den 4ten März 1844.

Christian Graf zur Lippe.

Durchlauchtigster Fürst, Hochgeehrtester Herr Vetter!

Ew. Liebden habe ich durch mein ganz ergebenstes Schreiben vom 17ten Juni v. J. von der am 15ten ejusd. vollzogenen ehelichen Verbindung meiner geliebten Prinzessin Tochter Mathilde Auguste Wilhelmine Caroline mit dem Durchlauchtigsten Herzoge Eugen Wilhelm Alexander Erdmann von Württemberg Hoheit und Liebden zu benachrichtigen die Ehre gehabt.

Da es nun nöthig wird, wegen der gewöhnlichen einer Prinzessin und Gräfin zur Lippe bei ihrer Vermählung vom Lande zukommenden sogenannten Fräuleinsteuer das Erforderliche festzusetzen, so ersuche ich Ew. Liebden ganz ergebenst, geneigtest zu veranlassen, daß diese Dotalgelder-Forderung auf dem verfassungsmäßig zu haltenden

Landtage zur Proposition komme, und alsdann solche Maßregeln zu treffen, aus welchen mir und dem ganzen Fürstlichen Hause kein Präjudiz erwachse.

Ich bin mit vollkommenster Hochachtung

Ew. Liebden

Bückeburg den 4ten März 1844.

ganz ergebenster Vetter und Diener

Georg Wilhelm F. z. Schaumburg-Lippe.

---

3. Proposition,

die Prägung neuer Scheidemünze und die Einführung von Silbergroschen betreffend.

Auf dem letzten Landtage wurde Löblichen Ständen durch den Regierungs-Erlaß vom 4ten December 1843 die Mittheilung gemacht, daß in Folge des Zollanschlusses, durch welchen Serenissimus auch der Münzconvention vom 30sten Juli 1838 beigetreten seyn, das hiesige Land zu der darnach in den Vereinsstaaten für den Zeitraum von $18\frac{4}{15}$ incl. zu prägenden Summe von Zwei Millionen Stück Vereinsthalern etwa 8000 Stück beizutragen habe, deren Prägungskosten sich auf 1000 Rthlr. belaufen würden. Die Regierung hat diese Vereinsthaler, nach dazu eingeholter gern ertheilter Genehmigung des Königlich Preußischen Gouvernements, auf der Königlichen Münze zu Berlin schlagen lassen und ist es ihr angenehm, Löblichen Ständen melden zu können, daß, obwohl die doppelte Zahl, nämlich 16,800 Stück Lippischer Vereinsthaler (für 2400 Mark f. S.) geprägt sind und dadurch das diesseitige Contingent an Vereinsthalern auch schon für den Zeitraum von $18\frac{4}{17}$ incl. geliefert ist, die Kosten doch nur, mit Einschluß von 88 Rthlrn. für das Bildniß Serenissimi und 108 Rthlrn. für den Transport der Vereinsthaler, 888 Rthlr. 8 Sgr. 1 Pf. betragen haben.

In dem nämlichen Erlasse vom 4ten December 1843 hat die Regierung auch bereits die Ausprägung neuer Scheidemünze und die Einführung der Silbergroschen zur Sprache gebracht und Löblichen Ständen die Gründe auseinandergesetzt, welche die Einziehung der jetzt coursirenden Scheidemünze nöthig machen und bei Ausprägung der neuen die Annahme von Silbergroschen, als Rechnungsmünze für den Verkehr, empfehlen. Löbliche Stände haben diese Gründe für zutreffend anerkannt und sich mit der Einführung der Silbergroschen, wenn neue Scheidemünze geprägt werde, einverstanden erklärt, jedoch gewünscht, ihre Erklärung auf die Proposition bis zum nächsten Landtage aussetzen zu dürfen. Seitdem haben die Motive für die Einführung dieser neuen Scheidemünze noch an Stärke gewonnen, die Rechnung nach Silbergroschen ist nicht nur bei den Zoll- und Steuerämtern, den Posten und in den Apotheken eingeführt, sondern sie dringt auch bereits in den Verkehr ein, indem einige Wirthe den Bierpreis bereits nach Silbergroschen bestimmen und darin zahlen lassen. Die Frage, ob die Einführung der Silbergroschen zeitgemäß sei, wird deshalb keiner weitern Begründung bedürfen.

Die Regierung hat die Zeit seit dem letzten Landtage benutzt, um sich über die Kosten, welche die Einziehung der alten und die Prägung der neuen Scheidemünze verursachen wird, genaue Auskunft zu verschaffen und ist sie nunmehr im Stande, Löblichen Ständen darüber Folgendes mitzutheilen.

Die blos für den innern Verkehr jedes Landes bestimmte Scheidemünze wird bekanntlich überall in einem geringern Werth als die Courantmünze ausgeprägt. In Preußen wird, während der, auch in den übrigen nach Thalern rechnenden Vereinstaaten angenommene Münzfuß für die Courant- oder grobe Münze bekanntlich 14 Rthlr. aus der Mark fein beträgt, sämmtliche Silberscheidemünze nach dem Münzfuße von 16 Rthlrn. aus der feinen Mark ausgeprägt. Nach diesem Münzfuße sind nicht nur die ganzen und halben Silbergroschen, sondern auch neuerlich, in Gemäßheit der Verordnung vom 28sten Juni 1843, $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen-Stücke geprägt worden. Als grobes Courant werden in Preußen nur Thalerstücke und Fünfsilbergroschen-Stücke geschlagen und sind die $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen-Stücke für den Verkehr um so bequemer, da dieselben halbe Fünfsilbergroschen-Stücke darstellen und mittelst derselben die Eintheilung des Thalers von 6 in 12 Stücke vervollständigt wird. Auch wir sind hier bereits an diese jetzt bei uns als Dreimariengroschen coursirende Münzstücke gewöhnt, dieselben waren schon bisher für unsern Verkehr eine der bequemsten Münzen und wird deshalb auch für hiesiges Land, neben den ganzen und halben Silbergroschen, ein angemessenes Quantum von $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen als Scheidemünze zu prägen seyn, wogegen dann die hier bisher noch bei den Cassen zugelassenen Hannoverschen und Braunschweigschen Einzwölftel-Stücke außer Cours zu setzen seyn werden. Dadurch wird unser Münzwesen endlich die nöthige Einheit erhalten und es wird alsdann in unserm Geldverkehr nur nach dem 14 Thalerfuße geprägte Courant- und nach dem 16 Thalerfuße geprägte Scheidemünze circuliren.

Ueber das Legirungsverhältniß oder den Kupferzusatz ist hinsichtlich der Vereinsthaler zwischen allen Vereinsstaaten und hinsichtlich der Courantmünzen zwischen den Vereinsstaaten, welche den 14 Thalerfuß angenommen haben, eine Vereinbarung zu Stande gekommen, nach welcher die Vereinsthaler $14\frac{2}{3}$löthig, die Thalerstücke 12-, die Drittel-Thalerstücke $10\frac{2}{3}$-, die Sechstel-Thalerstücke $8\frac{1}{3}$löthig geprägt werden, d. h. in diesen Münzen sind in 16 Loth Gewicht resp. $14\frac{2}{3}$, 12, $10\frac{2}{3}$ und $8\frac{1}{3}$ Loth Silber und $1\frac{3}{5}$, 4, $5\frac{1}{3}$ und $7\frac{2}{3}$ Loth Kupfer enthalten. Hinsichtlich der nur für den innern Bedarf bestimmten Scheidemünze ist dagegen jedem Staate die Bestimmung über Korn und Schrot derselben, d. h. sowol über den Silberwerth (wieviel Thaler aus der feinen Mark) als über den Kupferzusatz oder das Gewicht der Münzstücke überlassen. In Preußen ist hinsichtlich der Scheidemünze folgendes Mischungsverhältniß angenommen. Die $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen werden 6löthig, die Silbergroschen $3\frac{5}{9}$löthig geprägt, d. h. es sind in einer Mark oder 16 Loth Gewicht nur 6, resp. $3\frac{5}{9}$ Loth Silber und 10 resp. $12\frac{1}{9}$ Loth Kupfer enthalten, oder ein $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen-Stück besteht zu $\frac{3}{8}$ aus Silber und $\frac{5}{8}$ aus Kupfer und ein Silbergroschenstück zu $\frac{2}{9}$ aus Silber und $\frac{7}{9}$ aus Kupfer. 16 Thaler in $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen und 16 Thaler in Silbergroschen haben demnach zwar einen gleichen Silberwerth, in beiden ist eine Mark oder 16 Loth feines (reines) Silber enthalten, beide sind aber an Gewicht sehr verschieden, indem 16 Rthlr. in $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen (= 192 Stück) nur $1\frac{1}{3}$ Pfd. und 16 Rthlr. in Silbergroschen (= 480 Stück) $2\frac{1}{4}$ Pfd. wiegen. Der starke Kupferzusatz zu den Preußischen Silbergroschen gibt denselben ein großes Volum und Gewicht (1 Rthlr. wiegt schon $4\frac{1}{4}$ Loth) und macht sie deshalb für den Gebrauch weniger bequem, auch erhalten sie dadurch bald ein kupferartiges Ansehen. Die Regierung glaubt deshalb, dem von Kurhessen für die ganzen und halben Silbergroschen angenommenen Legirungsverhältnisse, nach welchem die ganzen Silbergroschen 5löthig, die halben 4löthig ausgeprägt werden, den Vorzug geben zu müssen, für die $2\frac{1}{2}$ Silbergroschenstücke findet sie dagegen die Preußische Bestimmung

von 6 Loth ganz angemessen. Es werden demnach für hiesiges Land die $2\frac{1}{2}$ Silbergroschenstöcke 6löthig, die Silbergroschen 5löthig, die halben Silbergroschen 4löthig zu prägen seyn, darnach wird 1 Rthlr. in diesen Münzen resp. $2\frac{2}{3}$, $3\frac{1}{5}$ und 4 Loth wiegen.

Neben der Silberscheidemünze müssen wir auch neue Kupfermünze prägen lassen, für welche die Preußischen Kupfermünzen uns zum Muster dienen können, nur würde die Aversseite mit der Lippischen Rose zu versehen seyn und wird es für das Bedürfniß des kleinen Verkehrs wohl genügen, wenn nur 1- und 3-Pfennigstücke geprägt werden.

Mit der Prägung neuer Scheidemünze steht die Einziehung der alten in nothwendiger Verbindung. Diese Maaßregel würde sich auch dann rechtfertigen, wenn die jetzige Scheidemünze oder die Rechnung nach Mariengroschen zu Sechs Pfennigen beibehalten würde, da unsre Mariengroschen so abgeschliffen sind, daß deren Gepräge meistens nicht mehr zu erkennen ist. Diese schlechte Beschaffenheit unserer jetzigen Scheidemünze begründet für die Regierung selbst eine Verpflichtung zu deren Einziehung, da in der Münzconvention vom 30sten Juli 1838 jeder Vereinsstaat übernommen hat, seine Scheidemünze, wenn deren Gepräge in Folge längerer Circulation und Abnutzung undeutlich geworden ist, zum Einschmelzen einzuziehen. Die Einführung der Silbergroschen macht aber die Einziehung unserer jetzigen Scheidemünze auch deshalb nöthig, weil diese, in Mariengroschen, Mattiers und Vierpfennigsstücken bestehend und nach ihrem Nennwerth $\frac{5}{6}$, $\frac{5}{12}$ und $\frac{5}{9}$ eines Silbergroschen ausmachend, zu der neuen Münze nicht passen würden.

Jede Regierung ist verpflichtet, die von ihr geprägte und ausgegebene Münze, wenn sie solche außer Cours setzt, zu dem vollen Nennwerthe einzulösen, diese Verpflichtung ist auch in der Münzconvention vom 30sten Juli 1838 von sämmtlichen Vereinsstaaten anerkannt und zugleich vereinbart, daß eine Einlösungsfrist von mindestens Vier Wochen festgesetzt und wenigstens Drei Monate vor ihrem Ablaufe öffentlich bekannt gemacht werden soll. Nach dieser Vereinbarung wird also auch hier bei Einziehung der Scheidemünze zu verfahren seyn.

Da bei Prägung der Silberscheidemünze die Mark feines Silber, welche etwa 14 Rthlr. kostet, zu 16 Rthlr., also mit einem Gewinne von etwa 11 Proc. ausgemünzt wird, während die Münzkosten nur 3—4 Proc. betragen und da auch der Kupfermünze die Münzkosten und der Kupferwerth dem Nennwerthe der Kupfermünzen bei weitem nicht gleich kommen, so liefert die Prägung beider, sowohl der Silber- als der Kupfer-Scheidemünze einen erheblichen Gewinn. Noch größer als dieser Gewinn ist aber bei gleichen Summen der Ausfall, welchen die Einziehung der alten Scheidemünze zur Folge hat, da zu dem ursprünglichen geringen Gehalte dieser alten Münzen und dem Verluste der Münzkosten noch deren Werthverminderung durch die Abnutzung kömmt.

Es soll nachstehend zuerst dieser von der Einziehung der alten Scheidemünze zu erwartende Ausfall und dann der von der Prägung der neuen zu hoffende Gewinn so genau als thunlich nachgewiesen werden.

Die hier im Lande coursirende Lippische Silber-Scheidemünze ist in dem Zeitraume von 1784 bis 1809 geprägt und besteht in Mariengroschen, Mattiers und s. g. Petermännchen, von letztern sind indeß nur 2251 Rthlr., von Mattiers 19,250 Rthlr. und von Groschen 82,479 Rthlr. geschlagen. Mithin sind im Ganzen hier im Lande 103,980 Rthlr. Silber-Scheidemünze geprägt und zwar 11,027 Rthlr. nach dem Münzfuße von 15 Rthlrn., 55,730 Rthlr. zu 16 Rthlrn., 19,250 Rthlr. (Mattiers) zu 17 Rthlr. und 17,973 Rthlr. zu 18 Rthlr. aus der feinen Mark. Es circuliren zwar, außer den genannten drei Sorten Lippischer Scheidemünze, auch einzelne Gutegroschen und Silber-

Zweipfennigstücke ($\frac{1}{3}$ Mgr.) von Lippischem Gepräge, deren Anzahl ist aber so gering, daß sie außer Berechnung bleiben können und hier nur der Vollständigkeit wegen zu erwähnen waren. Um den jetzigen Silberwerth der hier circulirenden Mariengroschen in Erfahrung zu bringen, hat die Regierung davon 100 Rthlr. auf der Münze zu Berlin einschmelzen lassen, welche einen Silberwerth von 72 Rthlr. 23 Sgr. (die Mark fein zu $13\frac{5}{6}$ Rthlr. gerechnet) ergeben haben. Der Verlust bei der Einwechselung und Einschmelzung würde hiernach auf 100 Rthlr. 27 Rthlr. 7 Mgr. anzunehmen seyn und für die oben nachgewiesene hier im Lande geprägte Scheidemünze mehr als 28,000 Rthlr. betragen. Allein von diesen Münzen ist nur noch der geringste Theil im Umlaufe und schlägt ein erfahrener Cassenbeamter, dessen Gutachten eingezogen ist, die Masse der Groschen und Mattiers, welche zur Einlösung kommen werden, auf höchstens 30,000 Rthlr. an. Bei Einschmelzung dieser Summe würden nur 8170 Rthlr. eingebüßt werden.

Bei Einziehung der Kupfermünze ist der Verlust verhältnißmäßig noch größer, weil der Kupferwerth der hier coursirenden Pfennige und Heller nur etwa $\frac{1}{2}$ ihres Münzwerths beträgt. Die Summe, welche zur Einlösung eingehen wird, läßt sich mit einiger Genauigkeit nicht vorher bestimmen, sie wird von dem oben gedachten Cassenbeamten auf 2—4000 Rthlr. angeschlagen. Für ersteren Belauf würde der Ausfall 1500 Rthlr., für letztern 3000 Rthlr. und wenn man den Mittelsatz annimmt, 2250 Rthlr. betragen.

Der gegen diese Einbußen zu berechnende Gewinn von der Ausprägung neuer Scheidemünze steht natürlich mit den Quantitäten dieser neuen Münze, welche wir prägen lassen, im Verhältniß. Die Scheidemünze ist nur zur Circulation im Lande und für den kleinen Geldverkehr bestimmt, es darf deshalb davon nicht mehr, als für diesen Zweck erforderlich ist, geprägt werden. Es ist schwierig, den Bedarf genau zu bestimmen. Nach sorgfältigen Untersuchungen ist die Regierung des Dafürhaltens, daß die nachstehenden Summen, welchen der nach den von der Berliner Münze mitgetheilten Berechnungen davon zu erwartende Gewinn beigefügt ist, geprägt werden können:

30,000 Rthlr.	in $2\frac{1}{2}$ Silbergroschenstücken mit	. .	3024 Rthlr.
30,000 =	ganze } Silbergroschen	. . . .	2381 =
5,000 =	halbe }		
4,000 =	Kupfermünze	. . . . .	1420 =
= 69,000 Rthlr.	mit	. . . . .	6825 Rthlr. Gewinn.

Von diesem Gewinn sind indeß für nicht berechnete Graveur-Arbeiten, Douceurs an die Münzbeamten und Porto etwa 1000 Rthlr. abzusetzen, es würde also Gewinn bleiben . . . . . 5,825 Rthlr.,

verglichen mit dem oben berechneten präsumtiven Ausfalle bei Einziehung der alten Scheidemünze zu . . . . . 10,420 =

würde Ausfall bleiben . . . . . 4,595 Rthlr.

Durch diese Summe wird der Vortheil einer neuen und zweckmäßigen Scheidemünze für den Verkehr wohlfeil erkauft.

Der Zeitpunct der Einführung der neuen Scheidemünze wird zweckmäßig auf Neujahr 1846 zu bestimmen seyn. Bis dahin können die nöthigen Vorbereitungen getroffen, die Cataster, Simplen- und sonstigen Abgaben-Verzeichnisse, Heberegister und Etats umgerechnet werden, das Contributions-Simplum wird künftig 10 Pf. vom Thaler des Tarats betragen. Im Laufe des Jahrs 1845 wird die Prägung der ganzen und halben Silbergroschen und der neuen Kupfermünze auf der Königlichen Münze zu

Berlin zu bewirken seyn, damit solche auf Neujahr gegen die dann einzuziehenden Mariengroschen, Mattiers, Pfennige und Heller ausgegeben werden können. Die Prägung der $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen-Stücke wird aber zweckmäßig bis zum Anfange des Jahrs 1846 auszusetzen seyn, damit dazu die eingezogenen Groschen und Mattiers verwandt werden können, somit nicht nur deren Silber, sondern auch deren Kupfergehalt verwerthet wird; und werden erst, wenn diese $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen-Stücke ausgegeben werden können, die jetzt hier im Umlaufe befindlichen Hannoverschen und Braunschweigschen Einzwölftelstücke außer Cours zu setzen seyn.

Löbliche Stände werden nunmehr nomine Serenissimi gesonnen: über vorstehende Proposition ihre am vorigen Landtage vorbehaltene Erklärung abzugeben.

---

4. Proposition,

die Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser betreffend.

Die Verordnung vom 15ten Juli 1816 bestimmt, daß zu den Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser, welche zugleich als Schulhäuser benutzt werden, der Schulbezirk vorab ein Drittel beitragen solle, während die übrigen zwei Drittel von der ganzen kirchlichen Gemeinde aufzubringen seyn.

Diese durch das Gesetz vom 16ten Mai 1827, §. 2 bestätigte Bestimmung hat zu mehrfachen Beschwerden Veranlassung gegeben, da sie zur Prägravation derjenigen Schulbezirke gereicht, welche ihre eigenen Schulhäuser zu unterhalten haben und außerdem auch noch zur Unterhaltung der Küster- und Cantorhäuser in unverhältnißmäßiger Art herangezogen werden.

Obschon die Küster und Cantoren zugleich Kirchendiener sind; so bleibt doch der Unterricht für sie die Hauptsache und muß der Schulbezirk, für welchen sie als Lehrer angestellt sind, für die Herstellung und Unterhaltung nicht nur eines Unterrichtslocals, sondern auch einer Wohnung sorgen. Will man nun auch die kirchlichen Functionen eines Küsters und Cantors nicht ganz unberücksichtigt lassen und in diesem Betracht die ganze kirchliche Gemeinde in vorkommenden Fällen zu den Baukosten mit heranziehen: so wird doch, um diejenigen Kirchspielsgenossen, welche besondere Schulhäuser zu unterhalten haben, nicht zu sehr zu prägraviren, ein anderes als das bisherige Verhältniß dabei eintreten müssen, und zwar nach der Ansicht der Regierung, womit sich auch Fürstliches Consistorium einverstanden erklärt hat, in der Art:

daß von den Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser, insoweit die vorhandenen eigenen Fonds zu ihrer Deckung nicht hinreichen, zwei Drittel von den Schulinteressenten aufzubringen sind, während das letzte Drittel auf das ganze Kirchspiel zu repartiren bleibt.

Nomine Serenissimi werden Löbliche Stände um Eröffnung ihres Gutachtens hierüber gesonnen.

---

5. Proposition,

die Contribution von Erbpachtgrundstücken und Kottstätten, desgleichen von der Haustaxe betreffend.

Die Heranziehung des erimirten Grundeigenthums zur Contribution hat vielfache Beschwerden veranlaßt, wodurch sich die Regierung genöthigt sieht, eine Erklärung und Ergänzung der am 21. März 1843 erlassenen Verordnung zu beantragen.

Jene Beschwerden gingen vorzugsweise aus:

I. Von den Erbpächtern und meierstättischen Besitzern von Domanial- und andern bisher contributionsfreien Grundstücken, und

II. von den Besitzern so genannter Kottstätten.

ad I.

Erbpachtweise oder meierstättisch untergegebene Grundstücke.

Ein großer Theil des bisher contributionsfreien Grundeigenthums ist hier im Lande gegen gewisse Geld- oder Naturalabgaben erbpachtweise oder meierstättisch an Privatpersonen untergegeben. Besonders häufig ist dies von Fürstlicher Rentcammer geschehen; so wie auch von Seiten der Kirchen, Schulen und frommen Stiftungen. Dahingegen kommt bei Privatgrundstücken die erbliche Verleihung der Nutzungsrechte nur selten vor.

Erbpacht und Meierstand sind im Grunde wenig von einander verschieden und werden beide Ausdrücke oft vermischt für ein und das nämliche Rechtsgeschäft gebraucht. Das Wesen beider Rechtsinstitute besteht in der erblichen Uebertragung der Nutzungsrechte gegen Entrichtung gewisser Geld- oder Natural-Abgaben an den Erbverpächter oder Grundherrn. Die dabei gestellten Bedingungen sind aber unendlich verschieden und muß das rechtliche Verhältniß beider Theile lediglich nach dem Inhalt des Erbpacht- oder Meierbriefes beurtheilt werden. Das Erbpacht- und Meierrecht schwebt in der Mitte zwischen dem Eigenthum und der bloßen Zeitpacht und nähert sich bald mehr dieser, bald jenem, je nachdem der Nutznießer in der Disposition über das Grundstück und der ihm daran zustehenden Nutzungsrechte mehr oder weniger beschränkt ist.

Auch der Betrag des Erbpachtzinses oder Canons, abgesehen davon, daß er bald in Gelde, bald in Naturalien besteht, ist gar sehr verschieden. Datirt sich das Erbpacht- oder Meierrecht aus älterer Zeit, so pflegt die Abgabe gering zu seyn; hat aber die erbliche Verleihung erst in neuerer Zeit stattgefunden, so erreicht der Erbpachtzins oder alljährlich zu entrichtende Canon mehrentheils die Höhe des landüblichen Pachtpreises.

Fürstliche Landes-Cataster-Commission glaubte, in Gemäßheit der Verordnung vom 21. März 1843 sowohl die Erbpächter als die meierstättischen Besitzer der bisher erimirten Grundstücke, ohne Rücksicht auf die an den Erbverleiher zu entrichtenden Abgaben, zur Bezahlung der vollen Contribution heranziehen zu müssen. Hiergegen haben aber namentlich die Erbpächter der von Fürstlicher Rentcammer, von Kirchen, Schulen und frommen Stiftungen relevirenden Grundstücke nachdrücklichst protestirt, vorstellend:

1) Daß das Eigenthum nicht ihnen, sondern den Erbverleihern zustehe und daher nur diesen die Entrichtung der Contribution obliegen könne;

2) daß sie durch Entrichtung des Erbpachtcanons oder Grundzinses an die Rent-

cassen, resp. an die Kirchen-, Schul- und Armencassen zu den öffentlichen Lasten schon genug beitrügen, und

3) daß sie nur in Berücksichtigung der Contributionsfreiheit sich zu einer hohen Erbpacht oder zu einem hohen Grundzins verstanden hätten und daß sie gegen andere Grundbesitzer ungemein prägravirt werden würden, wenn ihnen außerdem noch die volle Contribution aufgebürdet werden wolle.

Nach der Ansicht der Regierung macht es einen wesentlichen Unterschied, ob die betreffenden Grundstücke für ewige Zeiten, bloß mit Vorbehalt eines Grundzinses, übertragen, oder ob für gewisse Fälle der Rückfall bedungen worden ist. Um diesen Unterschied festzuhalten und den Wortbegriff näher festzusetzen, soll im weiteren Verfolge dieser Proposition im ersteren Falle ein meierrechtliches Verhältniß, im letztern dahingegen eine Erbpacht angenommen werden.

Unter Erbpachtgrundstücken werden hier demnach solche verstanden, deren erbliche Benutzung gegen gewisse Abgaben an einen Andern übertragen worden ist, jedoch mit Vorbehalt des Rückfalls für gewisse Fälle, wenn z. B. die Descendenz des ersten Erwerbers erlöschen würde, wenn das Grundstück schlecht bewirthschaftet oder der Erbpachtzins nicht zeitig entrichtet werden sollte u. s. w. In allen diesen Fällen wird, ohne die Worte des in der Mitte liegenden Vertrags weiter zu berücksichtigen, ein Erbpachtverhältniß angenommen. Dabei verbleibt, wie die Regierung dafür halten muß, daß vererbpachtete Grundstück im Eigenthume des Erbverpächters, welcher die Grund- oder Bodenrente in der Form eines Erbpachtcanons bezieht, auch eintretenden Falls das Grundstück zurücknehmen und selbst wieder bewirthschaften kann. So wenig wie dem Zeitpächter, ebensowenig kann dem Erbpächter die Entrichtung der Contribution auferlegt werden, welche vielmehr dem Eigenthümer obliegt. Genießt aber der Eigenthümer die Contributionsfreiheit, wie dies hier im Lande der Domainenfiscus, die Kirchen, Schulen und milden Stiftungen thun: so dürfen die von ihm vererbpachteten Grundstücke überall mit keiner Contribution belegt werden.

Sollte aber dafür gehalten werden, daß der Erbpächter, wiewohl ihm keine Eigenthumsrechte zustehen, dennoch zu der Contribution heranzuziehen sey: so würde dies doch jedenfalls nur mit billiger Berücksichtigung des von ihm zu entrichtenden Erbpachtcanons geschehen können, nämlich so, daß der Betrag des letztern an dem Reinertrage abgesetzt und nur der sich ergebende Ueberschuß versteuert wird. Die Gründe hiefür werden weiter unten entwickelt werden.

Unter meierstättischen Gütern werden nach der obigen Begriffsbestimmung solche verstanden, deren Benutzung gegen einen zu entrichtenden Grundzins, gleichviel ob dieser in Gelde oder in Naturalien bestehe, einem Andern für ewige Zeiten, also ohne irgend eine Aussicht auf den Rückfall, übertragen worden ist.

Die meierstättische Uebertragung eines Grundstücks involvirt vielmehr einen Kauf als einen Pachtcontract. Der Besitzer hat dasselbe nicht nur zu benutzen, sondern kann auch sonst beliebig darüber verfügen, ohne dem früheren Eigenthümer oder Grundherrn zu etwas Anderm als zu der bedungenen Abgabe verpflichtet zu seyn. Sollte auch der letztere in dem betreffenden Contracte sich das Eigenthum nominell vorbehalten haben; so kann es doch hierauf nicht ankommen, da ein solcher leerer Vorbehalt das rechtliche Verhältniß selbst nicht alterirt.

Die meierstättischen Besitzer von Grundstücken sind demnach als Eigenthümer zu betrachten und als solche zur Contribution heranzuziehen, wobei es sich nur fragt: ob bei der Festsetzung des Betrags auf die Grundabgaben Rücksicht genommen werden solle oder nicht? mit andern Worten: ob bei der Ermittelung des Reinertrags, wonach sich die Höhe der Abgabe bestimmen muß, die Grundabgabe in Abzug gebracht werden solle oder nicht? Hierüber hat sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Fürstlichen Landes-Cataster-Commission erhoben, welche letztere der Ansicht ist, daß sowol den meierstättischen Besitzern als auch den Erbpächtern ohne alle Rücksicht auf die von ihnen zu prästirenden sonstigen Abgaben die Entrichtung der vollen Contribution obliege. Zur Begründung dieser Ansicht wird angeführt:

1) daß die Frage bereits entschieden sey und daß auch nach den Grundsätzen des Römischen Rechts der Erbzinsmann oder Emphyteuta die öffentlichen Abgaben zu tragen habe;
2) daß dieses Princip auch in unserer älteren Grundsteuer-Verfassung befolgt sey;
3) daß dasselbe gerecht und billig erscheine, und
4) daß davon ohne große Unbequemlichkeit für das Contributions- und Catasterwesen nicht abgegangen werden könne.

Die Regierung hat sich indeß dieser Ansicht nicht conformiren können; denn was ad 1) unsere Grundsteuer-Gesetze betrifft, so bezogen sich die älteren lediglich auf das bäuerliche Grundeigenthum und die bäuerlichen Grundabgaben. Die Verordnung vom 21. März 1843 übergeht aber die Erbpachtverhältnisse so wie die auf dem bisher erimirten Eigenthume haftenden Grundabgaben ganz mit Stillschweigen. Unsere Gesetzgebung zeigt sich daher in Ansehung der vorliegenden Frage als lückenhaft und bedarf eine Ergänzung und Vervollständigung.

Die Berufung auf das Römische Privatrecht erscheint aber ganz unzulässig, da dasselbe in Gegenständen der Staats- und Finanzverwaltung auf dem jetzigen Standpunkte der Wissenschaft und unter ganz veränderten Verhältnissen keine Entscheidungsnorm abgeben kann, abgesehen davon, daß die Römische Emphyteuse ohngeachtet ihrer großen Aehnlichkeit doch nicht als identisch mit unserer Erbpacht betrachtet werden kann.

Ad 2) ist es allerdings richtig, daß bei Veranlagung unserer alten Grundsteuer die sonstigen bäuerlichen Lasten und Abgaben nicht berücksichtigt worden sind. Dieses war aber ein Fehler des alten Systems, welcher sich nur entschuldigen läßt, weil zur Zeit seiner Einführung — vor länger als 200 Jahren — die richtigen Grundsätze der Besteuerung noch ganz unbekannt waren und weil man in jener Zeit der Privilegien überhaupt gewohnt war, die Last der Staatsverwaltung auf die Schultern des Bauernstandes zu wälzen, ohne die Steuerkräfte des Einzelnen weiter zu berücksichtigen. Wenngleich es nicht Absicht seyn kann, an der seit Jahrhunderten hergebrachten Besteuerung des bäuerlichen Grundeigenthums etwas zu ändern; so müssen aber doch die Fehler und Mängel derselben bei der Heranziehung des bisher erimirten Grundeigenthums zur Contribution thunlichst vermieden werden. Diejenigen, welche zu einer neuen Steuer herangezogen werden sollen, dürfen mit Recht erwarten, daß dies nicht nach einem fehlerhaften, sondern nach einem System geschehe, welches auf einem gerechten und vernünftigen Princip beruhet.

Ad 3) Dieses läßt sich von unserm alten Grundsteuersystem nicht rühmen, weil dasselbe gegen den ersten und allgemeinsten Grundsatz verstößt, daß nämlich die Steuerlast nach den Steuerkräften zu bemessen sey. Ein Colonat, welches mit

Diensten, Zehnten, Pachtgefällen u. s. w. überbürdet ist, kann nicht dieselbe Steuer tragen, wie ein anderes unbelastetes Colonat von gleicher Größe und Beschaffenheit. Hat man gleichwohl bei Veranlagung unserer alten Contribution hierauf keine Rücksicht genommen; so würde doch ein solcher Mißgriff im Jahre 1844 keine Entschuldigung verdienen.

Die Grundsteuer wird von dem Reinertrage des Grundstücks entrichtet; sie kann folglich nur denjenigen treffen, welcher diesen Reinertrag zu genießen hat, gleichviel in welcher Form und unter welchem Rechtstitel es geschehe.

Dieser Grundsatz ist an sich so klar, auch in neuerer Zeit sowol in der Theorie als in der Praxis so allgemein anerkannt, daß sich kaum noch eine Stimme dagegen vernehmen läßt. In seiner Anwendung auf Erbpacht- und meierrechtliche Verhältnisse folgt daraus, daß die Steuer zwischen dem Besitzer und dem Erbverpächter oder Grundherrn in dem Verhältniß getheilt werden müsse, wie sie an dem Reinertrage des Grundstücks participiren. Liefert dasselbe z. B. einen reinen Ertrag von 20 Rthlr., ist aber mit einem Erbpachtcanon oder Grundzins von 10 Rthlr. belastet: so wird die Steuer gleichgetheilt werden müssen. Erreicht aber jener Canon die Höhe des landüblichen Pachtpreises; so kann dem Erbpächter resp. meierstättischen Besitzer des Grundstücks die Entrichtung der Contribution davon überall nicht angesonnen werden; sondern liegt solche dem Erbverpächter oder Grundherrn ob, welchem die Bodenrente allein zu Gute kommt. Genießt derselbe jedoch die Steuerfreiheit, wie dies nach dem Gesetz vom 21. März 1843 der Domanial-Fiscus, die Kirchen, Schulen und frommen Stiftungen hier im Lande thun; so ist die auf ihn fallende Contribution zu streichen.

Man hat gegen den obigen Grundsatz eingewandt, daß bei einer so genauen Abwägung der Steuerlast auch die Zinsen von den ingrossirten Capitalien ad computum zu bringen seyn würden. Dieses läßt sich jedoch mit Grunde nicht behaupten, da das Schuldverhältniß ein persönliches ist, welches dadurch nicht verändert wird, daß der Gläubiger sich zu mehrerer Sicherheit, um sich eventuell daraus bezahlt zu machen, an dem Grundvermögen des Schuldners eine Hypothek bestellen läßt.

Es ist nicht nur an sich gerecht und billig, daß bei Einführung einer neuen Grundsteuer derjenige, welcher einen Erbpachtcanon oder andere Grundabgaben zu entrichten hat, in verhältnißmäßiger Art erleichtert werde; sondern es folgt dies auch aus der ausdrücklich ausgesprochenen Absicht des Gesetzes vom 21. März 1843, nämlich eine möglichst gleichheitliche Vertheilung der Steuerlast zu bewirken. Sowol Fürstliche Rentcammer als auch Kirchen und Pfarreien haben viele Grundstücke in Erbpacht gegeben oder meierstättisch ausgewiesen, wovon ein so hoher Zins oder Canon entrichtet werden muß, daß dieser dem Reinertrage oder — was gleichbedeutend ist — dem landüblichen Miethpreise vollkommen gleichkommt. Sollte in Fällen dieser Art dem Erbpächter oder meierstättischen Besitzer nun auch noch die volle Contribution aufgebürdet werden; so würde keine Peräquation der Steuerlast, sondern es würde im geraden Gegentheil eine arge Prägravation dieser Classe von Grundbesitzern die Folge davon seyn. Es giebt Besitzer kleiner Erbpachtstätten, welche nur mit Mühe subsistiren und deren Lasten daher nicht noch weiter gesteigert werden dürfen.

Beiläufig wird bemerkt, daß hier nur von der in die Landcasse fließenden Grundsteuer die Rede ist. Von den Gemeindeabgaben findet überall keine Befreiung statt;

es sind dazu auch die Erbpächter und meierstättischen Besitzer eximirten Grundeigenthums ohne Weiteres herangezogen, wobei es auch ferner zu belassen seyn wird.

Es muß auch wiederholt bemerkt werden, daß hier nur von der zu veranlagenden neuen Grundsteuer die Rede ist, da die Absicht keineswegs dahin geht, an dem alten Contributions-System etwas zu ändern. Die Härten und Unbilligkeiten desselben sind im Laufe der Zeit ausgeglichen und erscheint es überhaupt bedenklich, mit einer seit langen Jahren bestandenen Steuerverfassung, woran sich die Menschen einmal gewöhnt haben, Veränderungen vorzunehmen. Namentlich hat die Grundsteuer das Eigenthümliche, daß sie vorzugsweise bei ihrer ersten Einführung drückend empfunden wird, weil sie in der That den Werth eines Grundstücks um so viel verringert, als die Grundsteuer zu Capital berechnet beträgt. Wenn z. B. ein bisher contributionsfreies Grundstück heute mit einer ständigen Contribution von 1 Rthl. belegt wird; so ist es sofort 25 Rthl. weniger werth, weil sich der Reinertrag um 1 Rthl. verringert. Im Laufe der Zeit wird dieser Verlust verschmerzt; denn sobald das Grundstück in die zweite oder dritte Hand kommt; wird bei der Erwerbung desselben die Grundsteuer natürlich berücksichtigt und der Preis darnach bestimmt. Diese Eigenthümlichkeit eben fordert zur größten Vorsicht und zur genauesten Abwägung der Steuerlast auf, wenn es sich darum handelt, bisher befreiet gewesenes Grundeigenthum zur Contribution heranzuziehen. Es müssen dabei, wenn Gerechtigkeit walten soll, die anderweit auf dem Grunde und Boden haftenden Lasten und Abgaben nothwendig berücksichtigt werden.

Was nun

ad 4) den Einwand betrifft, daß dadurch die Contributions-Erhebung complicirt und erschwert werden würde; so liegt darin keine genügende Rechtfertigung eines an sich fehlerhaften Princips. Uebrigens sind die Schwierigkeiten nicht so groß, daß sie von einsichtsvollen und geübten Taratoren nicht sollten mit Leichtigkeit überwunden werden können. Dieselben haben nämlich nur zu ermitteln und festzusetzen: wie der Canon oder die Grundrente sich zu dem wirklichen Reinertrage verhalte, indem sich darnach das Verhältniß bestimmt, in welchem der Besitzer zu erleichtern und die Steuer dem Erbverpächter oder Grundherrn aufzubürden ist, insofern ihm nicht die Steuerfreiheit zu statten kommt.

Die Ansicht der Regierung, um dieselbe hier in der Kürze zu wiederholen, geht demnach dahin:

1) Die von Fürstlicher Rentkammer, von Kirchen, Schulen und frommen Stiftungen relevirenden Erbpachtgrundstücke bleiben auch ferner von der Contribution befreiet.

Sollten Privatpersonen Grundstücke in Erbpacht gegeben haben, so liegt ihnen, wenn nichts anders ausgemacht ist, die Contributionszahlung ob.

2) Eventuell, wenn nämlich die Erbpächter für contributionspflichtig erachtet werden sollten, sind sie doch jedenfalls, so wie auch überhaupt die meierstättischen Besitzer von Grundstücken, nach Verhältniß des von ihnen zu entrichtenden Erbpachtcanons oder Grundzinses in der Contributionszahlung zu erleichtern, nämlich so, daß der Betrag an dem Reinertrage abgesetzt und hiernach die Taxe angemessen bestimmt wird.

Hat eine Privatperson den Erbpachtcanon oder Grundzins zu beziehen; so muß

dieselbe in einem von den Taratoren zu bestimmenden angemessenen Verhältniß zu der Contribution beitragen.

ad II.

Kottstätten.

Viele Besitzer kleiner Stätten entrichteten seither keine Contribution von der Haustare, sondern den so genannten Kottenthaler. Dieser Kottenthaler ist als ein Surrogat der Contribution von der Haustare zu betrachten und besteht der wesentliche Unterschied nur darin, daß derselbe nicht in die Contributionscasse fließt, sondern unter den Renten verrechnet wird. Dieser Umstand darf den unter den Namen „Kötter" catastrirten kleinen Stättebesitzern, welche zu der ärmsten Classe der Unterthanen gehören, nicht zum Nachtheil gereichen. Eine Erleichterung in ihren Abgaben, deren sich die übrigen contribuablen Unterthanen zu erfreuen gehabt, ist ihnen nicht zu Theil geworden und würde eine unverkennbare Härte darin liegen, wenn man ihnen zu ihren alten Grundsteuern noch neue aufbürden wollte. Die Regierung hat sich daher der Ansicht Fürstl. Landes-Cataster-Commission nicht conformiren können, daß die Kottstätten, ohnrücksichtlich des davon zu entrichtenden Kottenthalers, auch noch mit der Contribution von der Haustare zu belegen seyn. Ihre Ansicht geht vielmehr dahin, daß der Kottenthaler zuvörderst zu erlassen und daß sodann die Kötter nach denselben Grundsätzen wie andere kleine Stättebesitzer zur Contribution heranzuziehen seyn. In solchem Falle hat Fürstliche Rentcammer wegen des Ausfalls in ihrer Einnahme eine Entschädigung anzusprechen, welche jedoch die Summe von ein paar hundert Thaler kaum erreichen dürfte.

III.

Die Contribution von der Haustaxe betreffend.

Bei der Discussion der sub I. und II. berührten Fragen sind auch einige andere Mängel unserer Grundsteuerverfassung zur Sprache gebracht, insbesondere der, daß hinsichtlich der von den Wohnhäusern zu entrichtenden Contribution gar keine Abstufung stattfinde, indem die kleinste Strohhütte ebenso hoch versteuert wird, wie das große Wohnhaus auf einem Meierhofe oder auf einem Rittergute. Die Regierung nimmt daher Veranlassung, diesen Gegenstand hier gleichfalls zur Sprache zu bringen. Sie ist zwar aus den bereits oben angeführten Gründen im Allgemeinen der Meinung, daß an einem seit langen Jahren bestandenen Grundsteuersystem nicht zu rütteln sey; indeß ist jenes Mißverhältniß doch gar zu auffallend, als daß nicht auf dessen Abstellung thunlichst Bedacht genommen werden sollte. Wenngleich eine richtige Classification der Gebäude Behuf der davon zu entrichtenden Steuer unendlichen Schwierigkeiten unterliegt; so würde doch schon durch eine Eintheilung derselben in 3 oder 4 Classen, von denen die erste etwa 3 mgr., die zweite 6 mgr., die dritte 9 mgr. und die vierte 12 mgr. in simplo contrib. zu entrichten hätte, viel gewonnen werden. Bei dieser Classification würde die Größe der Besitzung und der Assecuranzwerth der Gebäude zu berücksichtigen seyn. Sollten indeß Löbliche Stände hierbei Bedenken finden, so wird doch eventuell proponirt: daß die Contribution der kleinen Stättebesitzer oder Straßenkötter, deren Haus nicht über 300 Rthl. im Brandcataster versichert ist, von $4\frac{1}{2}$ gr. auf 3 gr. in simplo herabgesetzt werde.

Löbliche Stände, welchen die Einsicht der bei der Regierung stattgefundenen Verhandlungen unbenommen ist, werden nomine Serenissimi um Abgabe ihres Gutachtens hiermit ersucht.

---

6. Proposition,

die Bedürfnisse der Provinzial-Schule oder des Gymnasiums hieselbst betreffend.

Die Kosten der Provinzial-Schule oder des hiesigen Gymnasiums werden, wie leicht zu ermessen, durch das aufkommende Schulgeld nur zum geringsten Theil gedeckt, und wurden dieselben bisher theils aus dem Consistorialfonds, mehrentheils aber aus der Landrenteicasse bestritten. In Folge der gesteigerten Anforderungen an solche Anstalten hat nicht nur das Lehrer-Personal in neuerer Zeit vermehrt, sondern es haben auch wegen der gestiegenen Preise fast aller Lebensbedürfnisse die früheren niedrigen Gehälter verbessert werden müssen. Die Bedürfnisse der Anstalt sind daher sehr gewachsen und sehen sich die vorgedachten Cassen außer Stande, denselben ferner zu genügen. Die Regierung ist daher bereits genöthig gewesen, um nur die dringendsten Anforderungen zu befriedigen, höchsten Orts zu befördern, daß eine Summe von 380 Rthlr. auf eine für diesen Zweck nicht bestimmte Landesherrliche Casse provisorisch übernommen werde. Es ist aber dadurch noch nicht gründlich geholfen; vielmehr hat sich die der Anstalt vorgesetzte Scholarchats-Commission dringend bewogen gefunden, noch einige weitere Zuschüsse zu beantragen.

Die seit einiger Zeit erledigte Directorstelle wird mit einem der Lehrer nächstens wieder besetzt werden. Zur Verbesserung dieser Stelle sind 100 Rthlr. beantragt.

Es ist der Wunsch der Scholarchats-Commission, daß der Religionsunterricht am Gymnasium dem Prediger von Cölln, welcher ihn provisorisch bereits übernommen hat, gegen eine jährliche Remuneration von 100 Rthlr. definitiv übertragen werden möge.

Außerdem sind verschiedene Gehaltszulagen beantragt. Um die Angemessenheit derselben beurtheilen zu können, wird ein Gehalts-Etat des sämmtlichen Lehrer-Personals hier beigefügt. Nach der Ansicht der Commission, welcher die Regierung sich conformirt, würden nachfolgende Gehälter zu erhöhen seyn:

1)	des Lehrers sub Nr. 3 auf	900 Rthlr.
2)	desjenigen sub Nr. 5 auf	600 "
3)	" " " 6 "	400 "
4)	" " " 7 "	600 "
5)	" " " 8 "	500 "

Zur Deckung dieser verschiedenen Posten sind 560 Rthlr. erforderlich. Werden die von der Regierung provisorisch übernommenen 380 Rthlr. hinzugerechnet, so ergiebt sich eine Summe von 940 Rthlr. Da jedoch die zur Unterhaltung der Schulgebäude aus der Consistorialcasse alljährlich erfolgenden 130 Rthlr. für diesen Zweck selten hinreichen; so beantragt die Scholarchats-Commission, daß für das hiesige Gymnasium in runder Summe 1000 Rthlr. aus der Landescasse bewilligt werden mögten. Die Regierung erachtet sich verpflichtet, diesen Antrag angelegentlichst zu unterstützen. Das hiesige Gymnasium ist eine Landesanstalt und als solche, insofern die eigenen Fonds

nicht hinreichen, auf Kosten des Landes zu unterhalten. Wie sehr sich hohe Landesherrschaft die Beförderung des Schulwesens hat angelegen seyn lassen, davon liefern die für das hiesige Gymnasium allmählich ausgesetzten Summen, welche sich auf mehr als 2500 Rthlr. belaufen, einen redenden Beweis. Der gegenwärtige Zustand der Landrenteicasse gestattet, wie als bekannt vorausgesetzt werden darf, nicht, neue Ausgaben für allgemeine Landeszwecke auf dieselbe zu übernehmen, und ist ebensowenig die Consistorialcasse zu deren Uebernahme im Stande. Unter diesen Umständen werden Löbliche Stände um so weniger Bedenken tragen, die benöthigte Sustentationssumme auf die allgemeine Landescasse zu übernehmen, da, abgesehen von den Behuf Errichtung von Realclassen auf dem letzten Landtage bewilligten 800 Rthlr., eine für die geistige Bildung so wichtige Anstalt sich noch keinerlei Unterstützung von Seiten des Landes zu erfreuen hat. Demnach werden dieselben nomine Serenissimi gesonnen, die Summe von 1000 Rthlr. Behuf des hiesigen Gymnasiums zu bewilligen.

N. S.

Nachdem die vorstehende Proposition bereits entworfen war, ist von dem Magistrate zu Lemgo gleichfalls eine Verbesserung der dortigen Gymnasiallehrer beantragt worden. Die Regierung erachtet sich verpflichtet, den betreffenden Bericht vom 25sten October d. J. nebst Anlage Löblichen Ständen zur Berücksichtigung hierneben in Abschrift zu communiciren.

Das Lemgoer Gymnasium ist bisher keine Landes-, sondern eine städtische Anstalt gewesen. Sollten die zur bessern Dotation derselben erforderlichen Zuschüsse aus Staatsmitteln erfolgen, so muß die Regierung jedenfalls bedingen, daß nicht nur die Oberaufsicht, sondern auch die Prüfung und Anstellung der Lehrer künftighin von ihr ausgehe.

Im Allgemeinen erscheinen die beantragten Zulagen motivirt; jedoch darf die Regierung nicht unbemerkt lassen, daß die Gymnasiallehrer für den französischen Unterricht, welcher jetzt öffentlich ertheilt wird, aus dem Behuf der Realschule vor zwei Jahren bewilligten Fonds der 800 Rthlr. bereits folgende in dem magistratischen Berichte unerwähnt gebliebene Zulagen erhalten haben:

der Prorector	100 Rthlr.
der Conrector	80 "
der Subconrector	50 "

Ebensosehr wie diese Lehrer nimmt der Dr. Leizmann Berücksichtigung in Anspruch, da derselbe weder Antheil am Schulgelde noch freie Wohnung hat. Deßhalb dürfte es angemessen seyn, den vier ersten Gymnasiallehrern und dem Lehrer der Realschule jedem 100 Rthlr., dem fünften Gymnasiallehrer aber 50 Rthlr. zu bewilligen.

Gehalts-Etat.

1)	Legationsrath Preuß p. p. . . . . incl. seines Antheils am Schulgelde.	960 Rthlr.
2)	Professor Schierenberg	900 "
3)	" Berthold	800 "
4)	Gymnasiallehrer Dr. Horrmann	800 "
5)	" Dr. Kestner	500 "

6) Gymnasiallehrer Dr. Weerth . . . . . 360 Rthlr.
Ist zugleich als Collaborator beim Seminar angestellt und bezieht aus der Seminarcasse 300 Rthlr.
7) Lehrer Dr. Reitze . . . . . 520 "
8) " Steinhagen . . . . . 460 "
9) Zeichenlehrer Gödeke . . . . . 90 "
10) Turnlehrer Steinecke . . . . . 100 "

Die sub Nr. 6, 7, 8 und 9 aufgeführten Lehrer besorgen vorzugsweise den Unterricht in den Realclassen und beziehen ihren Gehalt theilweise aus den für diesen Zweck auf vorigem Landtage bewilligten 800 Rthlr.

Die Ausgaben an Reparaturkosten der Gebäude, für Unterhaltung und Ergänzung des physicalischen Cabinets, für die Rechnungsführung u. s. w. lassen sich veranschlagen auf p. p. 200 Rthlr.

An
Wohllöblichen Magistrat!

Im Jahre 1819 wurden von der Hochseligen Fürstin Paulina in huldvoller Anerkennung der großen Verdienste des hiesigen Gymnasiums um das Land und in landesmütterlicher Sorge für das sichere Fortbestehen dieser höhern Bildungsanstalt die einzelnen Lehrerstellen verbessert. Die dazu erforderlichen Gelder im Betrage von 600 Rthl. wurden auf die öffentlichen Cassen des Landes angewiesen, weil dem städtischen Aerarium die Aufbringung der weiter nöthig gewordenen Existenz-Mittel gerechter Weise nicht mehr zugemuthet werden konnte. In dem langen Zeitraume seit dieser letztern Fundation hat sich das hiesige Gymnasium der steten Fürsorge der vorgesetzten Behörde und des ununterbrochenen Vertrauens des Publicums zu erfreuen gehabt, dabei haben richtigere Vorstellungen von der Wichtigkeit einer tüchtigen und gründlichen Gymnasial-Bildung immer mehr allgemeine Geltung gewonnen, so daß das gehorsamst unterzeichnete Collegium nicht den geringsten Anstand nimmt, eine zwar persönliche, aber das wahre Interesse der Anstalt nicht minder betreffende Sache zur Sprache zu bringen, indem es Wohllöblichen Magistrat um geneigte Befürwortung und Verwendung für eine angemessene Verbesserung der hiesigen Lehrerstellen bei Hochfürstlicher Regierung bittet, damit Hochdiese die erforderlichen Mittel auf nächstem Landtage zur ständischen Verwilligung proponire.

Das jetzt mit den einzelnen Stellen verbundene Dienst-Einkommen beträgt:

für die 1ste Stelle 600,
" " 2te " 350,
" " 3te " 300,
" " 4te " 200,
" " 5te " 200,
für den Hauptlehrer der Realclassen . . 450 Rthl.

Die 5 ersten Lehrerstellen haben außer diesem Gehalte noch Anspruch auf freie Wohnung und auf ein Fünftel des Schulgeldes. Für dieses Diensteinkommen sind

dem 1sten Lehrer wöchentlich 22,
„ 2ten „ „ 26,
„ 3ten „ „ 27,
„ 4ten „ „ 28,
„ 5ten „ „ 28,
und dem Lehrer in den Realklassen . . . 25 öffentliche Lehrstunden

zugetheilt. Auf keinem Gymnasium Deutschlands sind die Kräfte der einzelnen Lehrer so sehr in Anspruch genommen; im Preußischen betragen die öffentlichen Lehrstunden für den Einzelnen in den mittlern und obern Classen noch nicht einmal zwei Drittel des hiesigen Satzes, und doch steht die äußere Lage der hiesigen Gymnasiallehrer der aller andern höhern Beamten des Landes nach. Die Besorgung der meisten Rendantenstellen im Lande, wobei der Aufwand an körperlichen und geistigen Kräften nicht zu vergleichen ist, gewährt ein besseres bürgerliches Auskommen. Ebenso sind die schlechtern geistlichen Stellen durchschnittlich schon besser fundirt, als die ersten Gymnasialstellen, wobei noch jeder Geistliche bei treuer Pflichterfüllung die Aussicht hat, in eine bessere Stelle einzurücken. Aehnliche Hoffnungen sind dem Gymnasiallehrer fast ganz genommen, theils weil die Zahl der Stellen so gering ist, theils wegen der so obligaten Natur der höhern Schulstellen, weshalb selbst bei eintretender Vacanz in vielen Fällen der auf eine Verbesserung Anspruch habende Lehrer übergangen werden muß. Sind nun jetzt auch die Stellen durch die Gnade der Hochseligen Fürstin Paulina so fundirt, daß sie die Inhaber bei einem höchst sparsamen und eingezogenen Leben nothdürftig den drückendsten Nahrungssorgen entheben, so ist es doch nicht mehr als billig, wenn auch der Gymnasiallehrer nach den großen Anforderungen, die an seine körperlichen und geistigen Kräfte und an seine gemüthliche Stimmung gemacht werden, eine solche äußere Stellung anspricht, die dem Standpunkte, den er durch die Wichtigkeit seines Berufs und durch den Grad seiner Bildung in der bürgerlichen Gesellschaft einnimmt, angemessen ist. Mit dem wachsenden Wohlstande und der stets steigernden Production haben selbstredend die äußern Bedürfnisse und Anforderungen eines anständigen Lebens zugenommen; dazu kommt die durch den Zollanschluß eingetretene indirecte Steuer und allgemeine Vertheurung, wobei der Lehrer ohne die Fürsorge seiner Behörden an den Vortheilen des Zollanschlusses weder direct noch indirect Theil nehmen kann. Endlich macht kein Staatsamt verhältnißmäßig größere Ansprüche an die Privatcasse, indem stillschweigend von dem Gymnasiallehrer erwartet wird, daß er in seinen Fächern mit der Zeit fortschreite, wozu sich der gewissenhafte Lehrer von selbst schon versteht, um in seinem Amte sich gehörige Umsicht und Frische zu erhalten, wenn er auch weiß, daß er nicht minder heilige Verpflichtungen gegen die Seinigen zu erfüllen hat, und daß die in die Bücher gesteckten Thaler ihm allen und jeden Nothpfennig wegnehmen werden.

Die bei der Verbindung der Realclassen mit dem Gymnasium für das Französische und das Zeichnen bewilligten Remunerationen können in Wahrheit nicht als Verbesserungen der einzelnen Stellen angesehen werden, denn früher war dieser Unterricht privatim, und brachte den betreffenden Lehrern um die Hälfte mehr ein. Das Opfer an Geld und Zeit, denn statt der frühern 2 Stunden wöchentlich werden jetzt 3 gegeben, wurde aber im wohlerwogenen Interesse der Anstalt gebracht, damit in diesen jetzt so wichtigen Unterrichtszweig die nöthige Einheit käme und von Seiten der Schüler die störende Willkühr an der Theilnahme aufhörte.

Durch diese Einrichtung hat also nur das Publikum gewonnen, das Lehrer-Colle-

gium aber das persönliche Interesse ebenso zum Opfer gebracht, wie es früher bei dem Ausbau des neuen Classengebäudes der Fall war.

Was nun aber das ganze Schul- und Unterrichtswesen des Landes betrifft; so leuchtet aus den auf dem letzten Landtage gepflogenen Verhandlungen allerseits ein so einsichtiger und das bürgerliche Interesse des ganzen Lehrerstandes so wohl beherzigender Geist hervor, daß das unterzeichnete Collegium nicht zweifelt, daß Wohllöblicher Magistrat mit seiner Verwendung für die hiesigen Gymnasiallehrer den günstigsten Erfolg haben werde, weshalb denn dieses gehorsamst überreichte Gesuch, indem das Speciellere dem einsichtigen Ermessen Wohllöblichen Magistrats überlassen bleibt, angelegentlichst empfohlen seyn soll.

Lemgo, den 23sten October 1844.

Im Namen des Gymnasiallehrer-Collegiums
der Rector Brandes.

An
Hochfürstliche Regierung!

Die Lehrer am hiesigen Gymnasium haben die in Abschrift gehorsamst angebogene Vorstellung bei uns eingereicht und entsprechen wir um so lieber dem Antrage, dieselbe an Hochfürstliche Regierung einzusenden, als der darin berührte Gegenstand eine Lebensfrage für unser Gymnasium ist und Hochfürstliche Regierung bereits wiederholt zu erkennen gegeben hat, daß Hochderselben nicht allein die Fortdauer, sondern auch das Aufblühen einer Anstalt am Herzen liegt, welche nun bald seit drei Jahrhunderten mit dem besten Erfolg für Bildung und Erziehung gewirkt hat.

Das Bedürfniß einer Verbesserung der Lehrerstellen ist in der Vorstellung so überzeugend dargelegt, daß wir nichts hinzu setzen können. Denn rechnet man auch dem festen Gehalt der Stellen noch etwa 150 Rthlr. an Schulgeld und einigen kleinen Accidenzien hinzu, wie es bei der jetzigen nicht unbedeutenden Frequenz der Schule geschehen kann, so liegt es doch auf flacher Hand, daß damit den meisten Lehrern eine sorgenfreie Existenz nicht gewährt wird und ist es nur der in unserer Stadt herrschenden einfachen Lebensweise zuzuschreiben, daß die Lehrer nicht in drückende Noth gerathen sind.

Die ursprüngliche aus städtischen Fonds herrührende Einnahme der Schulcasse beträgt etwa 1500 Rthlr., worunter 250 Rthlr. begriffen sind, welche die Stadt in neuern Zeiten zur Verbesserung der Lehrerstellen bewilligt hat. Daß wir für jetzt keine größere Opfer bringen können, ist Hochfürstl. Regierung hinreichend bekannt, und so bleibt uns nur die Hoffnung übrig, daß Hochdieselbe sich von dem vorhandenen Nothzustande überzeugen und dem Antrage der Lehrer hochgeneigtst statt geben werde.

Wir erlauben uns hierbei gehorsamst vorzuschlagen, daß nach unserm Ermessen folgende Zulagen erforderlich seyn dürften:

1) die des Rectors	100	Rthlr.
2) — — Prorectors	150	—
3) — — Conrectors	100	—
4) — — Subconrectors	100	—
5) — — fünften Lehrers . . .	50	—
6) — — Lehrers der Realschule . .	50	—
in Allem	550	Rthlr.

Hierdurch würden unsere Lehrer zwar mit denen an andern Anstalten nicht völlig gleich gestellt, jedoch in Hinsicht der nothwendigsten Bedürfnisse befriedigt werden und bezweifeln wir nicht, daß ein darauf sich beziehender Antrag, wenn Hochfürstliche Regierung denselben bevorwortet, auf dem nächsten Landtage allgemeine Billigung finden wird.

Der Magistrat hieselbst.
Petri.
Clemen.

---

7. Proposition,

die Förderung des Volksschulwesens betreffend.

Löblichen Ständen wurden bereits auf dem letzten Landtage die Bedürfnisse des Volksschulwesens dargelegt, welche sich auf die Summe von 6521 Rthl. berechneten, worauf damals, weil vorerst nicht mehr erforderlich war, 2501 Rthl. mit lobenswerther Bereitwilligkeit abschläglich bewilligt wurden. Um die Verwendung dieser Summe nachzuweisen, zugleich aber auch einige weitere Bewilligungen zu motiviren, wird hierneben Abschrift eines diesen Gegenstand betreffenden Berichts Fürstlichen Consistorii communicirt, in welchem alles Wesentliche enthalten ist, weshalb sich die Regierung darauf beschränken kann, denselben mit einigen erläuternden Bemerkungen zu begleiten und über die einzelnen Anträge ihre Ansicht zu eröffnen.

Von den zur Verbesserung einiger schlecht dotirten Schulstellen bewilligten 261 Rthl. sind 191 Rthl. Fürstlichem Consistorio überwiesen worden. Die übrigen 70 Rthl. waren für den katholischen Schullehrer zu Grevenhagen bestimmt, welcher schon vorher 56 Rthl. aus der Enclavencasse bezog. Da diese Casse mit der Landcasse verschmolzen worden, so ging auch jene Ausgabe auf letztere Casse über. Die Regierung hat jedoch in Erwägung aller Verhältnisse einen Gehalt von 96 Rthl. für genügend erachtet und diesen auf die Landcasse angewiesen, wohingegen derselben ein in der Enclavencasse für die Dorfschaft Grevenhagen gesammeltes und zur bessern Dotation der dortigen Schulstelle bestimmtes Capital von 650 Rthl. überwiesen worden ist.

Die Behuf Anstellung von Nebenlehrern bewilligte Summe von 1000 Rthl. ist, wie Löbliche Stände ersehen werden, auf eine ihrem Zweck vollkommen entsprechende Weise verwandt worden. Wenngleich Fürstliches Consistorium nicht, wie es beabsichtigte, 9 sondern nur 8 Nebenlehrer angestellt hat, so sind dagegen 3 alte emeritirte Lehrer auf angemessene Weise mit Gehülfen versehen worden.

Die zur Förderung der Schulhausbauten für die verflossene Finanz-Periode ausgesetzten 2000 Rthl. sind unter folgende Schuldistricte vertheilt worden:

1)	Müssen	50 Rthl.
2)	Krentrupperhagen	500 "
3)	Riese	500 "
4)	Bavenhausen	500 "
5)	Kirchheide	50 "
6)	Langenholzhausen	400 "

In Ansehung der von Fürstlichem Consistorio beantragten neuen Bewilligungen wird nur zu bemerken gefunden:

ad 1) Löbliche Stände haben bereits auf dem letzten Landtage das Princip eines Maximums von 150 Schülern und damit zugleich die unabweisliche Nothwendigkeit anerkannt, alle Elementarschulen, deren Schülerzahl sich höher beläuft, allmählich mit Nebenlehrern zu versehen. Da nun in den nächstfolgenden beiden Jahren die Anstellung von 12 solcher Nebenlehrer ausführbar ist; so wird die Bewilligung der dafür beantragten Summe keinem Anstande unterliegen. Die Regierung darf übrigens die Hoffnung aussprechen, daß die für diesen Zweck künftighin noch erforderlichen Summen sich durch eine angemessene Regulirung des Schulgeldes werden aufbringen lassen, wozu der Plan entworfen und demnächst zur landtägigen Berathung vorgelegt werden soll.

ad 2) Für die Ersetzung oder angemessene Sublevation solcher Lehrer, welche wegen Altersschwäche oder aus andern Gründen ihrem Dienste entweder gar nicht oder doch nicht genügend mehr vorstehen können, muß nothwendig gesorgt werden, ohne ihnen die nöthigen Subsistenzmittel zu entziehen. In vielen Fällen wird dies am zweckmäßigsten durch Beiordnung eines Gehülfen geschehen können, für welchen neben der ihm von dem Hauptlehrer zu gewährenden freien Station ein Jahrgehalt von 50 Rthl. genügt. Dieses Auskunftsmittel hat Fürstliches Consistorium zufolge der Anlage bereits in 3 Fällen — zu Brake, Siliren und Sonneborn — mit Erfolg angewandt. Dasselbe empfiehlt sich besonders dann, wenn der betreffende Lehrer noch nicht ganz unfähig, aber doch so geschwächt ist, daß er nicht mehr allein seinen Functionen vorstehen kann. Auf diese Weise läßt sich der Zweck mit einem verhältnißmäßig geringen Kostenaufwande erreichen.

ad 3) Wie billig und wünschenswerth es sey, solche Elementarlehrer, welche ohngeachtet einer treuen Dienstführung zu bessern Stellen nicht haben befördert werden können, bei zunehmendem Alter, womit auch die Bedürfnisse der Familie zu wachsen pflegen, durch persönliche Zulagen zu erfreuen und zu ermuntern, haben Löbliche Stände bereits auf dem letzten Landtage anerkannt und nur aus dem Grunde, weil eine bestimmte Summe zu diesem Behuf nicht beantragt worden war, eine solche auch nicht bewilligt. Fürstliches Consistorium erachtet die sehr mäßige Summe von 400 Rthl. für genügend, durch deren Bewilligung 16 Schullehrer-Familien hocherfreut werden würden, weshalb dabei hoffentlich kein Anstand obwalten wird.

ad 4) Für eine Gehalts-Verbesserung des Seminar-Inspectors hat sich die Regierung bereits in der vor 2 Jahren erlassenen Proposition dringend verwandt. Derselbe steht an der Spitze des Elementar-Schulwesens und äußert auf die allgemeine Volksbildung einen höchst wichtigen Einfluß. Es ist daher nicht mehr als recht und billig, daß er in seinem wichtigen und mühevollen Berufe für seine Dienstleistungen auch angemessen honorirt und nicht den häuslichen Sorgen preisgegeben werde. Die Regierung erachtet sich daher verpflichtet, rücksichtlich seiner dem Antrag Fürstlichen Consistorii beizustimmen.

Nicht minder würde sie den Lehrer der Freischule, unter dessen Leitung und Aufsicht sich die Seminaristen praktisch ausbilden, bei seiner vorzüglichen Qualification, vereint mit Diensttreue und Diensteifer, zu der vorgeschlagenen Verbesserung empfehlen, wenn nicht schon aus einer andern Veranlassung, nämlich in Beziehung auf den Taubstummen-Unterricht, eine solche für ihn in Anspruch genommen worden wäre.

Minder dringend erscheint der Regierung die Aussetzung einer Summe Behuf Unterstützung der Seminaristen, da bei einer angemessenen Dotirung der Schulstellen es an Aspiranten nicht fehlen wird, welche während des Aufenthalts im Seminar ihren Unterhalt aus eigenen Mitteln oder mit Hülfe von Verwandten, Freunden und Gönnern zu bestreiten im Stande sind.

Was die übrigen von Fürstlichem Consistorio vorgetragenen Desiderien betrifft, so geht die Ansicht der Regierung dahin:

ad a) Da die Hauptlehrer durch die Anstellung von Nebenlehrern in ihren Dienstfunctionen wesentlich erleichtert werden und da ihnen bei der stets zunehmenden Bevölkerung die Mehreinnahme an Schulgeld zu Gute kommt; so können sie sich über die Heizung einer zweiten Schulstube, wenn ihnen die Heizung des Schullocals überhaupt obliegt, mit Grunde nicht beschweren.

ad b) Mit der Bezahlung des Schulgeldes für arme Kinder wird auch nach der Ansicht der Regierung eine andere Einrichtung getroffen werden müssen; indeß erfordert dieser Gegenstand noch nähere Ueberlegung und bleibt dessen Berathung daher zweckmäßig bis zu einem der nächsten Landtage ausgesetzt.

ad c) Was den Bau so wie die Unterhaltung der Küster- und Cantorhäuser betrifft, so ist deshalb eine besondere Proposition ergangen.

ad d) Die Unterstützung, welche die bestehende Schullehrer-Witwencasse gewährt, ist in den meisten Fällen allerdings unzulänglich. Es befinden sich daher viele Schullehrer-Witwen mit ihren Kindern in einer ärmlichen und drückenden Lage, welche Berücksichtigung in Anspruch nimmt. Die Regierung sieht sich jedoch außer Stande, für diesen Zweck schon jetzt eine bestimmte Proposition zu eröffnen, weil die Verhältnisse und die geeigneten Mittel zur Abhülfe erst näher erwogen werden müssen, welches, da dieser Gegenstand erst jetzt zur Sprache gebracht worden, wegen Kürze der Zeit nicht geschehen konnte.

Nomine Serenissimi werden Löbliche Stände ersucht, sich über die Anträge Fürstlichen Consistorii Behuf des Volksschulwesens gutachtlich zu äußern und in runder Summe 2000 Rthl. zu bewilligen.

Schließlich wird bemerkt, daß auf etwaiges Begehren Fürstliches Consistorium nicht anstehen wird, die Consistorial-Rechnung zur Einsicht mitzutheilen.

Bericht des Consistoriums,

die Verwendung der zur Beförderung des Elementarschulwesens im hiesigen Lande von der letzten Ständeversammlung bewilligten Gelder betreffend, nebst Nachweisung der außerdem noch erforderlichen Zuschüsse.

Durch die von der letzten Ständeversammlung zur Förderung des Schulwesens im Lande bewilligten Fonds hat mehreren bis dahin bestandenen Mängeln und Hemmungen des Volksunterrichts abgeholfen werden können. Um so angenehmer ist es dem Consistorio, im Folgenden zunächst nachzuweisen, wie die ihm zur Disposition gestell-

ten Geldmittel ihrer Bestimmung gemäß verwendet und welche Resultate dadurch erlangt worden sind.

Die ständische Verwilligung betrug 2501 Rthlr. und waren davon bestimmt:

1)	zu Gehaltsverbesserungen	261 Rthlr.
2)	zur Besoldung von Nebenlehrern	1000 "
3)	zu Pensionen	240 "
4)	zur Unterstützung bei Schulbauten . . .	1000 "

Die Verwendung war folgende:

Ad 1. Von den zur Gehaltsverbesserung für solche Lehrer, deren Einkommen das normalmäßige Gehalt von 150 Rthlr. nicht erreichte, ausgesetzten 261 Rthlr. wurden dem Consistorio für 5 Schulstellen 191 Rthlr. überwiesen, indem Fürstliche Regierung die Verwendung des Ueberschusses sich selber vorbehielt. Auf jene 191 Rthlr. sind aber folgende Gehaltszulagen angewiesen:

1)	dem Lehrer in Bremke	24 Rthlr.
2)	" " " Schieder	30 "
3)	" " " Hiddensen, Amts Blomberg . .	43 "
4)	" " " Großenmarpe das.	30 "
5)	" " " Istrup das.	58 "
	in Allem also	185 Rthlr.

Die 6 Rthlr. betragende Differenz zwischen der Einnahme und Ausgabe rührt daher, daß es für die Schulstelle in Bremke, Amts Sternberg, für welche eine Zulage von 30 Rthlr. beantragt und bewilligt war, zur Erlangung des normalmäßigen Gehalts von 150 Rthlr. nach nochmaliger Ermittelung des damit verbundenen Einkommens nur einer Gehaltsverbesserung von 24 Rthlr. bedurfte. Die dadurch ersparten 6 Rthlr. sind, wie sich aus dem Nachfolgenden ergeben wird, vorläufig zu andern Schulzwecken verwendet.

Ad 2. Die zur Anstellung von Nebenlehrern an überfüllten Schulen ausgesetzte Summe von 1000 Rthlr. hat nicht ganz in der Weise verwendet werden können, wie es nach dem Consistorialgutachten vom 24. Septbr. 1842 beabsichtigt wurde. Denn von den dort genannten 9 Schulen haben vorläufig nur folgende 7: Schlangen, Wüsten, Augustdorf, Stapelage, Pivitsheide, Lieme und Hohenhausen mit Nebenlehrern versehen werden können. Statt der Schule in Reelkirchen, welche ebenfalls einen Nebenlehrer erhalten sollte, mußte dagegen zuvörderst die von mehr als 170 Kindern besuchte Schule zu Heerserheide, Ksp. Schötmar, mit einem solchen bedacht werden, weil hier wegen eines rasch zunehmenden Brustleidens des dortigen verdienten Lehrers die Hülfe nöthiger zu seyn schien, als in Reelkirchen. Es wurden demnach 8 Nebenlehrer angestellt und diesen für jeden, wie es bestimmt war, eine Besoldung von 110 Rthlr. gerechnet, eine Gehaltssumme von 880 Rthlr. angewiesen. Von den für Nebenlehrer verwilligten 1000 Rthlr. blieben also noch 120 Rthlr. übrig. Diese würden nun nach dem angeführten Consistorial-Gutachten zur Anstellung eines Nebenlehrers für die Bürgerschule in Detmold zu verwenden gewesen seyn. Da man sich hier jedoch nach wie vor der ältern Seminaristen allenfalls zur Aushülfe bedienen konnte, so hielt es Consistorium für rathsamer, die Anstellung eines Nebenlehrers für die hiesige Bürgerschule vorläufig zu suspendiren, um anderwärts, wo dies nöthiger war und sonst nicht ausgeholfen werden konnte, Rath schaffen zu können. Da nämlich die im Schuldienst alt gewordenen Lehrer zu Brake, Silixen und Sonneborn ihren Schulen allein um so weni-

ger ferner vorzustehen vermogten, als die Schülerzahl einer jeden über 150 Kinder beträgt, zur Anstellung von 3 Nebenlehrern aber eine Gehaltssumme von 330 Rthlr. erforderlich gewesen seyn würde; so wurden den genannten Lehrern drei Gehülfen, denen sie selbst freie Station zu gewähren hatten, mit einem Gehalt von 50 Rthlr. beigeordnet und die dazu nöthigen 150 Rthlr. mit den 120 Rthlr., welche von der Besoldung der angestellten 8 Nebenlehrer noch übrig waren und einem anderweitigen Zuschuß von 30 Rthlr. bestritten. Consistorium glaubte dieses Auskunftsmittel um so mehr in Anwendung bringen zu müssen, da die 3 mit Gehülfen versehenen betagten Lehrer vorerst noch in Thätigkeit zu bleiben wünschten, bei der ihnen gewordenen Hülfe dazu auch Kraft genug besaßen und zudem zu deren Pensionirung, wozu über 300 Rthlr. erforderlich gewesen seyn würden, die verwilligten Fonds für jetzt nicht hinreichten.

Ad 3. Zu Pensionen sind ausgesetzt 240 Rthlr. Davon bezieht:

1) Küster Matheus zu Meinberg	100	Rthlr.
2) Tente zu Krentrupperhagen	60	"
Es werden also verwendet	160	Rthlr.

Die übrigen 80 Rthlr. waren für den pensionirten Schullehrer Petig zu Kirchheide, dessen Pension bis dahin von dem dortigen Schuldistrict und Lehrer hatte getragen werden müssen, bestimmt. Da derselbe jedoch starb, ehe er zum Genuß der ihm ausgesetzten Pension gelangte; so konnte dieselbe vorläufig anderweitig benutzt werden. Von dem 1. Nov. d. J. an wird aber der Küster Rothhaus zu Siliren, welcher jetzt in den Ruhestand versetzt ist, eine Pension von 100 Rthlr. zu beziehen haben.

Ad 4. Auf die zur Förderung von Schulhausbauten ausgesetzte Sublevationssumme von 1000 Rthlr. hat Fürstl. Regierung auf die Anträge des Consistoriums die nöthig befundenen Unterstützungen selber assignirt und wird deren Verwendung hier daher nicht nachgewiesen zu werden brauchen.

Die Einnahme und Ausgabe der dem Consistorio für das Elementarschulwesen überwiesenen Fonds wird nach dem Vorstehenden nun in folgender Weise zu berechnen seyn:

I. Einnahme.

1) Zur Verbesserung von Gehalten	191	Rthlr.
2) Zur Anstellung von Nebenlehrern . . .	1000	"
3) Zu Pensionen	240	"
=	1431	Rthlr.

II. Ausgabe.

1) Gehaltsverbesserung laut 1		185	Rthlr.
2) Besoldung a. von 8 Nebenlehrern . .	880 Rthlr.		
b. von 3 Gehülfen . .	150 "		
		1030	"
3) Pensionen lt. 3		160	"
=		1375	Rthlr.
Mit obiger Einnahme von		1431	Rthlr.
diese Ausgabe von		1375	"
verglichen, blübe Ueberschuß		56	Rthlr.

Dieser Ueberschuß ist vorläufig benutzt, theils um den erkrankten und nachher gestorbenen Lehrern zu Asemissen, Ksp. Oerlinghausen, und zu Fromhausen, Gemeine Heiligenkirchen, durch Vicare, die ihnen momentan nöthige Hülfe zu verschaffen und

theils um in vorgekommenen einzelnen Nothfällen treue Lehrer ihren unverschuldeten Verlegenheiten zu entreißen.

Indem Consistorium sich überzeugt hält, hiermit in genügender Weise nachgewiesen zu haben, daß die zu seiner Disposition gestellten Geldzuschüsse angemessen und ihrer Bestimmung gemäß zur Förderung des Landschulwesens verwendet worden sind, darf es zugleich hoffen, daß es nicht fruchtlos bleiben werde, wenn es im Nachfolgenden auf mehrere Bedürfnisse noch aufmerksam macht, deren Abhülfe einige weitere Geldbewilligungen nöthig macht. Daß dieselben gewährt werden, läßt sich um so zuversichtlicher erwarten, da das Erforderniß derselben auf dem vorigen Landtage wenigstens theilweise bereits anerkannt ist. Auch wird die hohe Wichtigkeit des Volksunterrichts für die geistige und materielle Wohlfahrt eines jeden Landes in unsern Tagen zu allgemein gefühlt, als daß sich besorgen ließe, unsere nächste Ständeversammlung werde sich weniger bereitwillig zeigen, als die vorhergehende, wenn es darauf ankommt, wirklich vorhandenen Bedürfnissen des Elementarschulwesens im Lande abzuhelfen. Was dazu aber zunächst geschehen muß, besteht nach der Ansicht des Consistoriums in Folgendem: Es ist

1) die Anstellung noch mehrerer Nebenlehrer erforderlich. Wenn damit bis jetzt erst 8 überfüllten Schulen geholfen wurde; so hatte dies hauptsächlich seinen Grund darin, daß es vorläufig an den dazu gebildeten jungen Leuten fehlte. Künftigen Ostern werden indeß 15 Seminaristen ihren Cursus vollendet haben und 12 derselben, wie Consistorium hofft, zu Nebenlehrern verwendet werden können. Der Schulen, wo solche noth thun, sind noch gegen 20, von denen hier nur folgende namhaft gemacht werden mögen:

1)	Detmold, Unterclasse der Bürgerschule circa .	180	Kinder.
2)	Meinberg	180	—
3)	Evenhausen, Ksp. Oerlinghausen . . .	190	—
4)	Asemissen das. circa	180	—
5)	Kirchheide, Ksp. Talle circa	200	—
6)	Bega	180	—
7)	Langenholzhausen	170	—
8)	Retzen, Ksp. Schötmar	180	—
9)	Reelkirchen	170	—
10)	Elbrinxen	170	—
11)	Brakelsiek	160	—
12)	Sonneborn	160	—
13)	Wülfer Ksp. Schötmar	160	—
14)	Haustenbeck	160	—
15)	Oberwüsten	160	—

u. s. w.

Dem vorhandenen Bedürfniß wird also durch die Anstellung von 12 Nebenlehrern noch nicht völlig abgeholfen werden können. Man hat freilich gemeint, daß sich der Ueberfüllung einzelner Schulen dadurch werde steuern lassen, daß man die im Lande vorhandenen Schulkinder angemessener vertheile und namentlich einzelnen Schulen, wo die Zahl der Schüler gering ist, Kinder aus den benachbarten größeren Schuldistricten zuweise. Auch ist dieses Auskunftsmittel, wo es geschehen konnte, in Anwendung gebracht, z. B. in Großenmarpe, wohin die Erdbrucher Kinder von Cappel und neuerlich in Laßbruch, wohin die Kükenbrucher Kinder von Siliren eingeschult worden sind.

Anderwärts, wo man ebenfalls darauf bedacht war, ließ sich diese Maßregel jedoch nicht durchführen. Sie läßt sich überhaupt nach den bisherigen Erfahrungen wegen der ungünstigen Lage der Schulörter sehr selten in Anwendung bringen, wenn die Kinder nicht zu sehr weiten und oft ganz ungangbaren Schulwegen genöthigt werden sollen. Namentlich läßt sich aber keiner der erwähnten überfüllten Schulen, so viel Consistorio bis jetzt bekannt ist, auf die angegebene Weise helfen. Die Anstellung von noch 12 Nebenlehrern erscheint daher als ein dringendes Bedürfniß.

Ein Diensteinkommen von 110 Rthl. für jeden Nebenlehrer ist bei den schon geschehenen Anstellungen für angemessen erachtet. Den künftig anzustellenden jungen Leuten, wird daher nicht weniger zugebilligt werden können. Zur Besoldung von 12 Nebenlehrern würden demnach 12×110 Rthl. $= 1320$ Rthl. erforderlich seyn. Consistorium glaubt indeß, daß ein in Detmold als Nebenlehrer anzustellender junger Mann von einem Gehalt von 110 Rthl. nicht bestehen kann. Auf dem Lande wird demselben freie Station in der Regel von dem Hauptlehrer für 50—60 Rthl. gewährt. In Detmold ist Mittags- und Abendtisch, Frühstück, Holz, Licht u. s. w. dafür nicht zu haben. Für einen Nebenlehrer in Detmold dürfte daher ein Gehalt von 150 Rthl. nicht zu viel seyn und würde sich demnach die angegebene Summe um 40 Rthl. und also auf 1360 Rthl. erhöhen. Consistorium wünscht aber um so mehr, daß ihm in Ermangelung eigener Fonds diese Summe von Ostern k. J. an möge zur Verfügung gestellt werden können, da widrigenfalls die begonnene Anstellung von Nebenlehrern nur eine halbe Maßregel bliebe, auch die Schulen, an welchen bis jetzt auf öffentliche Kosten Nebenlehrer angestellt sind, gegen die, welche derselben noch bedürfen, auf eine auffallende Weise bevorzugt erscheinen würden.

Nicht weniger nothwendig ist es aber

2) daß die zu Pensionen auf dem vorigen Landtage ausgesetzte Summe von 240 Rthlr. angemessen erhöhet werde. Zu den emeritirten Lehrern Matheus zu Meinberg und Tente zu Krentrupperhagen ist seit Nov. d. J., wie vorhin schon erwähnt wurde, der Küster Rothhaus in Silixen mit einer Pension von 100 Rthl. hinzugekommen und betragen die zu zahlenden Pensionen daher schon jetzt 260 Rthl. Unter den jetzigen Lehrern im Lande giebt es aber außerdem 12, die über 40 Jahre im Amte stehen, und ist es in Ansehung einzelner derselben zur dringendsten Nothwendigkeit geworden, daß sie mit einer angemessenen Pension in den Ruhestand versetzt werden, sobald die dazu erforderlichen Geldmittel vorhanden sind. Consistorium hält sich daher zu dem Antrage verpflichtet, daß zur nöthig gewordenen Pensionirung altersschwacher Lehrer wenigstens eine Summe von 5—600 Rthl. ausgesetzt werde, damit der Uebelstand, alte, abgelebte Männer zum großen Nachtheil des Jugendunterrichts in ihren Schulämtern lassen zu müssen, in der Folge nicht so oft im Lande mehr vorkomme, als dies bis jetzt der Fall seyn mußte, da es an Mitteln fehlte, ausgedienten Lehrern im Alter ein wohlverdientes Gnadenbrodt zu geben, wenn man sie ihren Aemtern entheben wollte.

3) Muß Consistorium den Wunsch erneuern, daß es in den Stand gesetzt werden möge, Lehrern, welche 20 Jahre treu gedient und an eine einträglichere Schulstelle nicht haben versetzt werden können, eine angemessene Gehaltsverbesserung zu gewähren. Die Gründe, welche dafür sprechen, sind in dem Consistorial-Gutachten vom 24. Sept. 1842 angegeben. Es wird daher auf jenes Gutachten hier Bezug genommen. Auch hat die vorige Ständeversammlung die Angemessenheit der in Vorschlag gebrachten Maßregel bereits anerkannt und dem darauf gerichteten Antrage nur deswegen keine Folge

gegeben, weil in der darauf bezüglichen Proposition das Quantum der erforderlichen Geldsumme nicht enthalten war. Consistorium will daher seinen schon früher gestellten Antrag jetzt dahin näher normiren, daß ihm zur persönlichen Gehaltsverbesserung für solche Lehrer, welche über 20 Jahre einer Schule mit Treue und zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten vorgestanden, aber durch Versetzung an eine der einträglicheren Schulstellen im Lande nicht haben verbessert werden können, eine Geldsumme überwiesen werde, welche die Möglichkeit gewährt, das Einkommen solcher Lehrer nach Maßgabe ihrer gegenwärtigen, genau zu ermittelnden Diensteinnahme, um 20 bis 30 Rthl., also durchschnittlich um 25 Rthl. zu erhöhen. Nach den neuerlich wieder angestellten Untersuchungen beläuft sich die Zahl der Lehrer, welche auf eine solche Gehaltsverbesserung mögten mehr oder weniger Anspruch machen können, etwa auf 16. Es würden demnach 400 Rthl. erforderlich seyn, um eine Maßregel in Ausführung zu bringen, die vielen treuen Lehrern nicht nur die schweren Nahrungssorgen, von welchen sie jetzt gedrückt werden, erleichtern, sondern ihnen auch als Anerkennung ihrer Berufstreue zur kräftigen Ermunterung bei ihrem mühsamen Wirken gereichen würde. Endlich

4) muß Consistorium einige Geldmittel der Seminarcasse, deren Bewilligung schon auf dem vorigen Landtage theilweise proponirt, aber abgelehnt wurde, wiederholt in Antrag bringen.

Dahin gehört zunächst eine Gehaltsverbesserung für den Seminar-Inspector. Daß derselbe als erster Lehrer des Instituts, dem nicht nur die Mehrzahl der Unterrichtsstunden, sondern auch die stete Beaufsichtigung und Leitung der Seminar-Zöglinge obliegt, ein ebenso wichtiges, als mühevolles Amt zu verwalten habe, wird Niemand in Abrede stellen. Bis jetzt war aber mit dieser Stelle nicht, wie behauptet worden ist, ein Gehalt von 800 Rthl., sondern von höchstens 750 Rthl. verbunden, da dasselbe außer freier Wohnung und freiem Holze in 600 Rthl. baar besteht. Davon kann heutiges Tages keine Familie in Detmold, besonders wenn eine Reihe von Kindern zu versorgen ist, selbst bei der größten Einschränkung und Sparsamkeit ohne drückende Nahrungssorgen leben. Am wenigsten kann dies aber ohne große Härte einem Familienvater zugemuthet werden, der dem Lande in verschiedenen Aemtern seit länger als 30 Jahren mit rühmlichem Fleiß und anerkannter Treue nach Kräften gedient hat. Es kann nur für gerecht gehalten werden, ihm nach so vielen Dienstjahren mit seiner Familie endlich eine sorgenfreiere Existenz zu verschaffen. Consistorium hofft daher, daß man die zur Gehaltsverbesserung des Seminar-Inspectors schon früher beantragten 100 Rthl. zu bewilligen, jetzt um so weniger Anstand nehmen werde, da auch die Gymnasiallehrer, auf deren unzureichendes Einkommen früher hingewiesen wurde, neuerlich mit Gehaltszulagen wiederholt bedacht worden sind.

Außer dem Seminar-Inspector muß aber auch der Lehrer der Seminar-Freischule, welche von den Kindern der ärmeren Volksklasse hiesiger Stadt besucht wird und für die Seminaristen eine Uebungs- und Musterschule seyn soll, zu einer Gehaltsverbesserung dringend empfohlen werden. Die genannte Schule erfordert wegen ihrer Bestimmung für das Seminar nicht nur einen besonders tüchtigen und geschickten, sondern auch einen mit der Zeit fortschreitenden und in seinem Fach sich stets fortbildenden Mann. Ein solcher ist der gegenwärtige Lehrer der Freischule. Er steht seit 26 Jahren in seinem jetzigen Amte und wenn auch die Zahl seiner Schüler in diesem Zeitraum um mehr als das Doppelte, nämlich von 70 auf mehr als 150 Kinder gestiegen ist, so ist doch seine Besoldung als Lehrer der Seminarschule, 300 Rthl., ohne alle andere Nebenemolumente, stets dieselbe geblieben, wiewohl alle Lebensbedürfnisse

und besonders die Hausmiethe in hiesiger Stadt seitdem um vieles theurer geworden sind. Er würde daher auch gar nicht bestehen können, wenn er nicht für den Lese- und Schreibunterricht am Seminar 50 und für den Taubstummenunterricht seit zwei Jahren 150 Rthlr. bezöge. Dafür hat er aber auch das mühevollste Leben, muß wöchentlich über 40 Unterrichtsstunden geben und hat dessen ungeachtet eine geringere Einnahme als die übrigen Elementarlehrer in der Stadt. Es erscheint deshalb billig, sein Gehalt als Lehrer der Seminar-Freischule nach 26jähriger Dienstzeit um 50 Rthlr. zu verbessern.

Sodann glaubt das Consistorium noch auf eine Unterstützungs-Summe von 100 Rthlr. für solche in das Seminar aufgenommene junge Leute, deren Angehörigen es an dem nöthigen Vermögen zur Bestreitung des damit verbundenen Kostenaufwandes fehlt, antragen zu müssen. Wiewohl die Seminaristen freie Wohnung im Seminargebäude haben und für eine möglichst wohlfeile Beköstigung derselben in der hiesigen Pflegeanstalt gesorgt wird; so erfordert der dreijährige Aufenthalt derselben in Detmold doch immer noch eine größere Unterhaltssumme, als die wenigsten Angehörigen zu bestreiten im Stande sind. Unter 60 bis 70 Rthlr. jährlich kann ein Seminarist hier nicht leicht bestehen, Eltern, welche das Vermögen zur Bestreitung einer solchen Ausgabe für die Ausbildung ihrer Kinder besitzen, übergeben dieselben aber nicht leicht dem Seminar. Die mehrsten Aufgenommenen sind Söhne von Schullehrern, welche sich auch in der Regel am besten qualificiren. Daß aber die wenigsten Schullehrer im Lande eine Einnahme haben, um einen Sohn im hiesigen Seminar unterhalten zu können, ist bekannt. Viele müssen daher ihre Zuflucht dazu nehmen, daß sie für ihre Söhne Freitisch in verschiedenen Häusern der Stadt zu erlangen suchen. Daß dieses Auskunftsmittel aber ebenso lästig für das Publikum, als beugend und drückend für die jungen Leute sei, läßt sich nicht verkennen. Das Aufhören dieses Uebelstandes ist daher sehr wünschenswerth und es ließe sich dies bewirken, wenn die beantragten 100 Rthlr. bewilligt würden, um damit solche unbemittelte Seminaristen, besonders Söhne von Schullehrern, zu unterstützen, denen eine von den vorhandenen vier Freistellen, für welche aus Fürstlicher Landrentei jährlich 180 Rthlr. bezahlt werden, nicht conferirt werden kann.

Nach Vorstehendem würden also die zu bewilligenden Geldsummen folgende seyn:

Ad 1)	zur Anstellung von zwölf neuen Nebenlehrern, jährlich .	1360 Rthlr.
Ad 2)	zur Erhöhung des Pensionsfonds von 240 auf mindestens 500 Rthlr.	260 —
Ad 3)	zur Gehaltsverbesserung für ältere Lehrer . . .	400 —
Ad 4)	zur Gehaltserhöhung für die Seminarlehrer ꝛc. . .	250 —
	Summa	2270 Rthlr.

Außer diesen Geldbewilligungen erlaubt sich das Consistorium noch auf folgende Gegenstände aufmerksam zu machen, welche als mit dem Schulunterricht und dessen Förderung in Verbindung stehend auf dem nächsten Landtage zur Sprache und resp. Entscheidung zu bringen seyn dürften.

a) Wo Nebenlehrer angestellt sind oder werden, ist ein zweites Unterrichtslocal herzustellen und folglich ein zweiter Schulofen zu heizen. Die dadurch vermehrten Heizungskosten können den Hauptlehrern um so weniger aufgebürdet

werden, da dieselben an vielen Oertern schon für die Heizung des einen Schulofens keine Vergütung bekommen, sondern solche von ihrem Diensteinkommen besorgen müssen. Ebensowenig kann den Nebenlehrern bei ihrer dürftigen Besoldung zugemuthet werden, daß sie die Schulstube, auf welcher sie unterrichten, auf ihre Kosten, die bei den theuren Holzpreisen, besonders in manchen Gegenden, nicht unbedeutend sind, heizen lassen. Die nächste Verpflichtung dazu liegt unstreitig den Schulinteressenten oder der Schulcasse ob. Da es in dieser Hinsicht jedoch an gesetzlichen Bestimmungen fehlt, so haben sich mehrere Schuldistricte, welche dieserhalb in Anspruch genommen wurden, dessen geweigert. Es erscheint daher nothwendig, daß die Schuldistricte, in welchen Nebenlehrer anzustellen sind, gesetzlich verpflichtet werden, die Heizungskosten eines zweiten Schulofens zu übernehmen, insofern die etwa für die Heizung eines Schulofens bereits erfolgende Vergütung nicht erweislich so bedeutend ist, daß davon auch die Heizungskosten eines zweiten Schulofens bestritten werden können.

b) Zur Bezahlung des Schulgeldes für arme Kinder ist zwar ein Fonds von 300 Rthl. vorhanden, welcher aber schon seit vielen Jahren in einzelnen Gemeinen nicht mehr hingereicht hat, die Schullehrer nur nothdürftig für den Unterricht der Armen zu entschädigen. Welcher bedeutende Verlust für manche Lehrer daraus entsteht, ist Fürstlicher Regierung bereits aus einer Vorstellung bekannt, welche die Schullehrer des Amtes Oerlinghausen schon vor längerer Zeit überreicht haben. In den benachbarten Preußischen Provinzen wird das Schulgeld für die Armen, gleich andern Unterstützungen, aus den Gemeindecassen entrichtet und es ist sehr zu wünschen, daß auch in unserm Lande die Einrichtung getroffen werde, daß das Schulgeld für arme Kinder, welches aus dem vorhin erwähnten Fonds nicht bezahlt werden kann, aus der Gemeindecasse erfolge. Dagegen würde dann aber auch, nicht bloß der Armenvorstand, wie nach dem Gesetz vom 23sten Sept. 1783. §. 5. c. geschehen soll, sondern vielmehr der Gemeinderath künftig zu bestimmen haben, welchen Eltern das Schulgeld von den Lehrern zu erlassen sey.

c) Das Gesetz vom 15ten Juli 1816, den Bau und die Unterhaltung der Küster- und Cantorhäuser betreffend, hat, wie Fürstlicher Regierung bekannt ist, von Seiten der Gemeindeglieder, welche nicht zugleich Schulinteressenten sind, vielfältige Reclamationen veranlaßt und manche nothwendige Bauten und Reparaturen gehemmt. Es ist daher eine zweckmäßige Abänderung desselben sehr zu wünschen.

d) Schließlich überreicht das Consistorium noch eine Vorstellung mehrerer Schullehrer, die Unterstützung der Witwen und Waisen verstorbener Schullehrer betreffend, mit dem dringenden Wunsche, daß dieselben auf dem nächsten Landtage die wohlverdiente Berücksichtigung finden möge. Höhere Beiträge zur Witwen- und Waisencasse, als die bis jetzt entrichteten, können der Mehrzahl der Schullehrer bei ihrer geringen Diensteinnahme nicht zugemuthet werden, da es schon jetzt Vielen sehr schwer fällt, ihre Schuld an die Witwencasse abzutragen. Es ist daher auch auf eine bedeutende Erhöhung der Pensionsquoten nicht zu rechnen. Die mehrsten Schullehrer sterben mit Hinterlassung von unversorgten Witwen und Waisen. Von den in diesem Jahre bis jetzt gestorbenen drei Lehrern hat keiner das 50ste Lebensjahr erreicht,

obgleich alle drei mäßig und nüchtern gelebt haben. Die Zahl der Witwen und Waisen des Schullehrerstandes ist daher im Verhältniß zu andern Ständen sehr groß und leider leben viele derselben hin und wieder im Lande in der drückendsten Noth. Consistorium kennt diese Noth, ohne zur Abhülfe aus den ihm zu Gebote stehenden Fonds im Stande zu seyn. Es kann daher nur dringend wünschen, daß es gelinge, derselben anderweitig zu steuern.

Detmold, im November 1844.

Fürstlich Lippisches Consistorium.

---

8. Proposition,

den Taubstummen-Unterricht betreffend.

Löbliche Stände haben zwar auf desfallsige Höchstlandesherrliche Proposition zum letzten Landtage mit anerkannter Bereitwilligkeit zur Beförderung des Taubstummen-Unterrichts eine jährlich zu verwendende Summe von 300 Rthlr. ausgeworfen, auch hat die Regierung damit auszureichen gesucht. Soll indessen der Zweck vollständiger und dem Bedürfniß entsprechender erreicht werden, als mit den etatsmäßigen Mitteln zu bewerkstelligen ist, so ist deren Erhöhung bis auf 500 Rthlr. erforderlich, um

1) den Taubstummen-Lehrer Flügel durch eine Zulage in den Stand zu setzen, den bei der Freischule, dem Seminar u. s. w. so wie auch der Subsistenz wegen privatim zu ertheilenden Unterricht beschränken, sein Wohnungs-Local vergrößern und sich mehr dem Taubstummen-Unterrichte widmen; sodann aber
2) statt der bisher hier unterhaltenen 2 taubstummen Kinder, deren 4—5 annehmen zu können.

Zur näheren Motivirung dieses Antrags wird

ad 1) bemerkt, daß der Taubstummen-Unterricht nicht nur einen großen Zeitaufwand, sondern auch eine zureichende Localität erfordert. An letzterer mangelt es aber gänzlich, weshalb der Taubstummen-Lehrer genöthigt ist, eine Wohnung zu miethen, in welcher außer den Räumen für sich und seine Familie, auch ein Unterrichts-Zimmer vorhanden ist. Dieses vermehrt die Miethkosten, wofür eine billige Entschädigung nicht zu versagen seyn wird. Der für den Taubstummen-Unterricht erforderliche Zeitaufwand nöthigt aber den Lehrer zur Aufgabe des Privat- und eines Theils des öffentlichen Unterrichts, welcher letztere theilweise Andern übertragen und diesen dafür von dem Gehalte des Lehrers Flügel Belohnung zu Theil werden muß. Daß letzterer auch dieserhalb entschädigt werden müsse, kann nicht zweifelhaft seyn.

Ad 2) haben aber in Ermangelung der erforderlichen Fonds und ungeachtet des Vorhandenseyns mehrerer unterrichtsfähiger taubstummer Kinder, bis jetzt gleichzeitig nur zwei aufgenommen werden können, deren jährliche Unterhaltung sich auf 50 Rthlr. für jedes Kind beläuft.

Wenn daher für den Taubstummen-Lehrer ein Gehalt von . 300 Rthlr.,
an Beiträgen zur Unterhaltung der aufzunehmenden Kinder . . 150 „
und für Extraordinaria, Bücher und sonstige Lehrmittel . . . 50 „
gerechnet werden; so ergiebt sich, daß ohne Bewilligung von 500 Rthlr. der Zweck nicht mit hinreichender Gemeinnützigkeit erreicht werden kann.

Nomine Serenissimi wird daher die Bewilligung von 500 Rthlr. jährlich von 1845 an in Antrag gestellt.

9. Proposition,

die Unterstützung des Commerzien-Assessors Colbrunn bei Anlegung seiner Dammast-Fabrik und Bleich- und Appretir-Anstalt betreffend.

Dem Commerzien-Assessor Colbrunn ist im Jahre 1841, um ihn bei Anlegung einer s. g. Firbleiche für Garn und einer Dammast-Fabrik zu unterstützen, ein Darlehn von 10,000 Rthlrn. zu 2 Proc. Zinsen bewilligt worden, welches vom Jahre 1851 an terminlich das erste Jahr mit 1000 Rthlr. und die folgenden Jahre mit 2000 Rthlrn. zurückbezahlt wird. Dies Darlehn hat derselbe aus Fürstlicher Leihecasse erhalten, welche auch die Hälfte des Zinsen-Ausfalls übernommen hat, die andere Hälfte wird derselben von der Regierung aus der Landcasse, aus dem zur Beförderung der Landes-Industrie bestimmten Fonds, vergütet. Dieser Zinsen-Ausfall betrug bisher für die Landcasse nur 50 Rthlr., weil Fürstliche Leihecasse ihr das Darlehn nur zu 3 Proc. angerechnet hat und von dem Zinsen-Ausfalle zu 1 Procent oder im Ganzen 100 Rthlr. selbst die Hälfte trägt.

Im Jahre 1843 ließ der ꝛc. Colbrunn, um seine Firbleiche ganz auf Schottische Art einzurichten, einen Schottischen Bleicher kommen, wozu ihm auf dem vorigen Landtage eine Unterstützung von 500 Rthlr. bewilligt wurde. Diese Bleiche ist jetzt vollendet und auch zu einer Bleich- und Appretir-Anstalt für Dammaste und Linnen ertendirt. Wegen der großen auf diese verschiedenen Anlagen verwandten Kosten hat der ꝛc. Colbrunn in der abschriftlich anliegenden Vorstellung vom 7. Januar 1844 um weitere Unterstützung entweder durch Bewilligung der Kosten der erweiterten Bleichanlage oder durch ein zweiprocentiges Darlehn von 20,000 Rthlrn., in jährlichen über 10 Jahre anfangenden Terminen von 1000 Rthlr. rückzahlbar, nachgesucht. Die von der Regierung in Bielefeld eingezogenen Erkundigungen haben die Angaben desselben hinsichtlich der von der Preußischen Regierung zu der dort angelegten Appretir-Anstalt und Firbleiche bewilligten Unterstützungen bestätigt und hat die Regierung bereits das Gesuch des ꝛc. Colbrunn insoweit berücksichtigt, daß sie demselben, mit Serenissimi gnädigster Genehmigung, ein weiteres Darlehn von 6000 Rthlrn., mit 2 Proc. verzinslich und in dem Zeitraume von $18\frac{4}{5}\frac{6}{2}$ incl. mit jährlich 1000 Rthlrn. rückzahlbar, bewilligt hat. Auch dies Darlehn hat Fürstliche Leihecasse ihm ausbezahlt, jedoch für Gefahr und Rechnung der Regierung, welche der Leihecasse den jährlichen Zinsen-Ausfall zu $1\frac{1}{2}$ Proc. = 90 Rthlr. aus dem zur Beförderung der Landes-Industrie im Landcasse-Etat ausgeworfenen Fonds vergüten läßt. Zugleich hat die Regierung dem ꝛc. Colbrunn versprochen, sein Gesuch auf dem nächsten Landtage zur Sprache zu bringen. Indem sie diesem Versprechen hiedurch nachkommt, theilt sie Löblichen Ständen auch dessen weitere Eingabe vom 27. August 1844 abschriftlich mit, in welcher derselbe die Vollendung seiner Bleichanlage anzeigt und um eine Beihülfe von 10,000 Rthlrn. nebst einem fernern mit 2 Proc. verzinslichen Darlehn von 5000 Rthlrn. nachsucht.

Der ꝛc. Colbrunn hat sich früher schon um die Beförderung der Landes-Industrie verdient gemacht, derselbe hat viele Jahre hindurch mehrere hundert Weber beschäftigt und ihnen Verdienst verschafft, er hat die Fabrication der s. g. bunten, blau gestreiften oder karrirten Linnen, welche sehr gesucht wurden und auch jetzt noch guten Absatz finden, eingeführt und überhaupt durch seine vielen und bedeutenden Fabrik- und Handelsgeschäfte einer Menge von Menschen Arbeit und Unterhalt gewährt. Seine neuen Fabrik-Anlagen, die auf dreißig Stühlen betrieben werdende

Dammast-Fabrik, deren Produkte der Gewerbe-Ausstellung in Berlin zur Zierde gereichten, und die neue Bleich- und Appretir-Anstalt haben große Kosten verursacht und verdient er um so mehr dabei unterstützt zu werden, da diese Anlagen sämmtlich der Linnen-Industrie angehören, auf welche unser Land vorzugsweise hingewiesen ist. Die Königliche Preußische Regierung pflegt in solchen Fällen durch Ueberlassung von Maschinen oder durch Geldunterstützungen auszuhelfen, dieselbe hat namentlich zur Einrichtung der Kottmann'schen Appretir-Anstalt in Bielefeld und zu der großen daselbst auf Actien angelegten Bleiche bedeutende Summen verwandt und einem dasigen Kaufmann zur Anlegung einer Jacquard-Leineweberei die Maschinen geschenkt. Die hiesigen Verhältnisse gestatten zwar so großartige Unterstützungen mit Gelde oder Maschinen nicht, dagegen würde dem Unternehmen des ꝛc. Colbrunn durch Erhöhung des ihm von der Regierung bereits bewilligten zweiprocentigen Darlehns um 4 bis 6000 Rthlr. die zu wünschende Anerkennung und Förderung zu Theil werden können.

Löbliche Stände werden demnach Nomine Serenissimi gesonnen, das Gesuch des ꝛc. Colbrunn in Erwägung zu ziehen und darüber patriotisches Gutachten zu erstatten.

An
Hochfürstliche Regierung zu Detmold.

Brake, den 7ten Januar 1844.

Ich bin nunmehr im Stande, Hochfürstlicher Regierung mitzutheilen, daß die von mir angelegte Garnbleiche durch den Mr. Turnbull in diesen Tagen ganz vollendet worden ist, und daß ich mit dem Erfolge über alle Erwartung gut zufrieden bin, so daß ich täglich bis zu 2500 Pfd. Garn weiß schaffen kann und auch nun für die Weber den Centner Garn à 6 Rthlr. schön weiß bleichen lassen werde.

Der Legge in Lemgo werde ich in diesen Tagen durch den Herrn Hoffmann die näheren Mittheilungen machen.

Dieser billige Bleichpreis ist die Frucht eines beharrlichen, mit großen Opfern erkauften und keine Kosten sparenden System's gewesen, und ich kann jetzt kühn behaupten, daß in England, Schottland und Irland wol mitunter schlechtere, aber keine bessere oder vortheilhaftere Einrichtungen existiren, und nur können hin und wieder mit einer Krafterſparung an Menschen beim Auswringen, einige Kosten vermindert werden, wo Dampf-Maschinen oder Wasserkräfte das Garn durch Cylinder laufen lassen, wo es allerdings auch viel rascher und egaler trocken wird.

Ehe mein Bleicher, Mr. Turnbull, hier war, erhielt ich mit aller Noth täglich circa 300 Pfd. weißes Garn bei 40 Menschen; jetzt 1000 Pfd. mit 10 Menschen. In Bielefeld und Warendorf ließ ich versuchsweise auch Etwas bleichen, ehe ich mein Bedürfniß selbst ganz befriedigen konnte. Ich lege die Rechnung bei, woraus ersichtlich, daß ich 9 Rthlr. pr. 1 Centner bezahlen mußte, also jetzt im Stande bin, 50 Proc. billiger, selbst für Andre, mit Nutzen zu bleichen.

Herr Gassel, obgleich ein geschickter Bleicher, hat doch in Bielefeld auf keinerlei Weise eine passende Einrichtung und ist nur auf Linnen arrangirt. So zweckmäßig ich nun auch für Garnbleicherei eingerichtet bin, so traurig sieht es noch für die Dammast- und Linnen-Bleiche aus, und bin ich gezwungen, trotz der großen Nachtheile einer in

der Regel erst nach 6 Monaten erfolgenden Rücklieferung der Waare, dennoch sie nach Bielefeld so lange zu senden, bis auch ich für die Linnen-Bleiche complet eingerichtet bin. Bei eigener Bleiche kann man in 2 Monaten weiße Waare haben; denn die fremden Bleicher müssen für alle Kunden zugleich in Angriff nehmen und vertheilen auf diese Weise die Quantitäten zu sehr, was den Fabrikanten bei eigener Bleiche sehr vortheilhaft zu Statten kommt.

Allein ich gestehe, ich erschrecke vor den großen Kosten, die eine gute Einrichtung für Dammast- und Linnen-Bleiche nach sich zieht; auch stehe ich offenbar in zu großem Nachtheil gegen Bielefeld, wo der Staat in den letzten zwei Jahren allein für Bleiche und Dammast-Weberei über 31,000 Rthlr. verwendet hat.

Ich muß und soll doch mit den Bielefeldern concurriren und mit Gottes Hülfe wird es auch geschehen können; allein gegen solche Vorzüge anzukämpfen, dazu gehört auch etwas mehr wie christliche Geduld, und zwar der Risico, um sein Vermögen gänzlich zu kommen, ja von der Welt verhöhnt zu werden, wenn es nicht geht, — oder als Projectenmacher bezeichnet zu seyn.

Ich wünschte, Hochfürstliche Regierung erkundigte sich bei dem Steuer-Einnehmer Junkermann in Bielefeld, welcher die gewerblichen Sachen daselbst leitet, und würde Hoch Dieselbe dann in Erfahrung bekommen, was Alles von oben herab für die Industrie daselbst in jetziger Zeit geschieht. In Bielefeld, wo so viele reiche Leute wohnen, deren Vorfahren und sie selbst ihr Geld mit dem Linnenhandel verdient haben und noch verdienen müssen, bringen persönlich auch nicht das kleinste Opfer, und wenn die Regierung nicht so kräftig einwirkte, würde sie noch auf demselben Stande wie vor 20 Jahren seyn.

Meine Dammast-Fabrik steht jetzt auch ganz vollendet da und ich freue mich auch, damit sagen zu können, daß ich mit der ganzen Einrichtung vollkommen reussire, daß meine Waare überall an Dessins wird bestehen, an Kraft und Stärke aber Vorzüge durch die zweckmäßige Einrichtung hat. Soll ich nun diese Dammaste, nebst den zu kaufenden feinen Linnen, nicht erst nach Bielefeld senden, so muß ich mit meiner Bleiche und Appretur auch dafür eingerichtet seyn; dazu ist denn noch nöthig:

1) die Einrichtung der Hobel,
2) die Einrichtung der Wäsche,
3) die Einrichtung der Stampfen (Beetling),
4) zwei hydraulische Pressen, eine auf der Bleiche, eine zur Appretur,
5) eine große, neue Mangel,
6) eine große, breite Calander,
7) die Bauten hierfür,
8) zwei steinerne Bütten zu Chlor und Sauer,
9) die erforderlichen nöthigen Bleichgeräthe, Trocken-Anstalten u. s. w.

und wenn ich nicht bereits die vier auf der Bleiche befindlichen Häuser besäße; so müßten sie doch auch gebaut werden, da ihre ganzen Localitäten mit für die Dammast-Bleiche eingerichtet und nothwendig sind; die ganze Bleich-Anlage kömmt bis jetzt etwas über 20,000 Rthlr. In Bielefeld die Einrichtung 23,000 Rthlr., Häuser 30,000 Rthlr. Meine Linnen-Einrichtung darf nicht höher wie circa 12,000 Rthlr. angeschlagen werden, da die übrigen Gebäude ohnehin für die Garn-Bleiche geschaffen sind. Bei solchen erklecklichen Auslagen wird man meine Sorge gewiß begründet finden, und wenn ich die bescheidene Bitte bei Hochfürstlicher Regierung wage, daß man mir auch die neue, nothwendige Einrichtung zur Bleiche machen lassen möge, oder wenn dies die

Verhältnisse nicht zulassen, ein Capital von 20,000 Rthlr. à 2 Pr., mit jährlicher Zurückzahlung von 1000 Rthlrn., nach 10 Jahren anfangend, bewilligen wolle, so würde dadurch meinen Etablissementen ein neuer Impuls gegeben, die zweifelsohne die günstigsten Resultate schaffte. Daß eine Bleiche ohne gehörige Einrichtung nicht mehr geht, daß man jetzt große Ansprüche an die Bleiche macht, kann man an den Bleichen in Lage, Ufeln und Oerlinghausen sehen, welche alle drei still stehen, auch würde ich meine Waare nicht für's halbe Geld daselbst bleichen lassen, weil die Linnen viel weniger Weiße und Ansehen bekommen, als möglich billiger (was aber auch nicht der Fall), der Preis der Bleiche beträgt. Sollte Hochfürstliche Regierung nun geneigt seyn, auf eine oder andre Weise mich zu unterstützen, so setze ich bereitwillig alle meine Habe, nach den bereits ingrossirten Capitalien ad 26,000 Rthlr. zur Hypothek, kann aber keine Sicherheit weiter stellen, da ich meine Gelder und meinen Credit, wie man leicht wird erachten können, zu einem Etablissement, wie das Meinige nunmehr in so großer Ausdehnung geworden ist, große Summen in Materialien für die Fabrikation, in der fertigen Waare, dem Lager und dem Credite übrig behalten muß, wenn die ganze Maschine nicht still stehen soll.

Ich kann deshalb diejenigen 16,000 Rthlr., welche außer den 10,000 Rthlrn. von der Hochfürstlichen Regierung und Leihecasse entliehen sind, nicht kündigen oder zurücksetzen wollen, womit die Besitzer der Obligationen auch wohl nicht zufrieden seyn würden; und wenn Hochfürstliche Regierung nunmehr, bei dem günstigen Stande der Landes-Finanzen, meine Bitte unterstützte, so glaube ich mit Recht behaupten zu können, daß jetzt für die Förderung der Landes-Industrie nichts Zweckmäßigeres wird geschehen können. —

Eduard Colbrunn.

An
Hochfürstliche Regierung zu Detmold.

Brake, den 27sten August 1844.

Endlich kann ich heute Hochfürstlicher Regierung mittheilen, daß ich meine Bleiche nunmehr in Ordnung habe und nur noch einige Sachen für die Appretur zu machen sind. Soweit ich es zu beurtheilen vermag, ist gottlob Alles gut eingeschlagen und es wird mir sehr angenehm seyn, wenn Hochfürstliche Regierung jetzt dieselbe in Augenschein zu nehmen so geneigt seyn wollte. Es fehlt mir jetzt noch Terrain, welches zu acquiriren vielleicht Hochfürstliche Regierung behülflich seyn könnte; diesen Herbst habe ich oberhalb der Bleiche Einiges von dem Mahljährigen Besitzer Oeblendorf in Brake erhalten und stehe in Unterhandlung wegen des Berges an der Bleiche mit der Braker Pfarre, auch würden noch circa fünf Scheffelsaat an der Winkel-Wiese, der Meierei gehörig, hinreichendes Terrain jetzt darbieten. Der Acquisition des der Meierei gehörigen Holsterbrücken-Kamp's, sowie der Goedeck'schen Wiese, ferner der Wegedurchfuhr durch fremde Grundstücke, stehen so große Hindernisse entgegen, daß ich davon abstrahiren muß, glaube auch, daß es zweckmäßiger ist, wegen sicherer Bewachung oberhalb die Bleiche zu vergrößern.

Was für Schwierigkeiten überwunden werden mußten, was für große Opfer aller Art gebracht sind, um dies glückliche Ziel zu erreichen, wird Hochfürstliche Regierung

einigermaßen schon wissen. Anlagen dieser Art sind stets von den Regierungen unterstützt; die darüber in Bielefeld eingezogenen Nachrichten werden zur Genüge ergeben, welche Unterstützungen der ganzen reichen Kaufmannschaft zu Theil wurde, und wenn ich die Bitte wiederhole, mir als einzeln dastehendem Individuum, welches die Concurrenz anderer Gegenden, wo schon viele Kräfte vereinigt sind und Hauptsorgen ganz wegfallen, zu bestehen hat, eine Beihülfe nicht zu versagen und 10,000 Rthlr. als Unterstützung bei den Ständen zu beantragen, sowie noch 5000 Rthlr. gegen 2 Proc. Verzinsung; so bin ich so günstig gestellt, daß ich sowohl die Bleiche, wie auch das neue Etablissement der Dammast-Fabrikation gehörig und mit dem nöthigen Nachdrucke und Effecte betreiben kann.

Mit aller Hochachtung empfiehlt sich Einer Hochfürstlichen Regierung

ganz gehorsamer

Eduard Colbrunn.

---

10. Proposition,

einen Zuschuß zu den Kosten der Legge-Anstalt betreffend.

Die Legge zu Lemgo wurde durch die Verordnung vom 30sten März 1826 als Schau-Anstalt für die Legge- und Meierlinnen errichtet. Durch öffentliche Beglaubigung des Ellenmaaßes und der Güte dieser Linnen sollte, nach dem gesetzlich ausgesprochenen Zwecke der Anstalt, deren Credit gehoben, ihren Mängeln abgeholfen, ihre Verbesserung bewirkt, dadurch ihr Absatz befördert und so dieser für das Land wichtige Nahrungszweig emporgebracht werden.

Die Kosten der Errichtung sowohl als der Unterhaltung dieser Anstalt wurden anfangs halb aus der Landrentei, halb aus der Landcasse bestritten, indem auf derselben während der ersten beiden Jahre ihres Bestehens (1826, 1827) gar keine Abgabe und in den folgenden vier Jahren nur ein s. g. Bindfadengeld von 1 Ggr. pr. Werk Linnen erhoben ist. Erst durch die Verordnung vom 18ten Mai 1832 wurde eine von dem Käufer der Leinewand zu zahlende Abgabe von 6 Mgr. vom vollen Stück oder Werk zu 112 Doppel-Ellen (worin das Bindfadengeld zu 1 Ggr. begriffen war) eingeführt. Damals blühte der Linnenhandel, die Leggelinnen standen in hohem Preise, deren Fabrication wurde deshalb mit allem Fleiße betrieben und wurden in den Jahren $18\frac{34}{35}$ incl. durchschnittlich jedes Jahr gegen 10,000 Werk Linnen zur Legge gebracht. Die Abgabe war deshalb damals auch gar nicht drückend und deckte nicht nur die Kosten der Anstalt, sondern lieferte erhebliche Ueberschüsse, welche verzinslich ausgeliehen wurden.

Da es indeß außer dem Zwecke der Anstalt lag, Capitalien zu sammeln, so wurde die Abgabe schon durch die Bekanntmachung vom 22sten Januar 1839 auf 4 Mgr. vom Werk ermäßigt, indem dieser Betrag bei dem damaligen Umfange der Fabrication ohngefähr zur Deckung der Kosten hinreichte.

Als aber leider für die Leggelinnen ungünstige Conjuncturen eintraten und die Preise derselben sehr heruntergingen, wurde auf die Vorstellungen der Weber und Kaufleute durch die Bekanntmachung vom 11ten Aug. 1840 das Leggegeld einstweilen erlassen und nur das Bindfadengeld von 1 Ggr. beibehalten. Es wurde damals gehofft, daß die ungünstige Conjunctur für den Linnenhandel nur vorüberge-

hend seyn und bis zum Eintitt besserer Zeiten die Kosten der Legge, mit Hülfe des Bindfadengeldes, von den früher gesammelten Ueberschüssen zu bestreiten seyn würden. Diese haben auch bis zum Jahre 1843 ausgereicht, aber schon in der Leggerechnung vom Jahre 1843 verblieb, nach Einziehung sämmtlicher Capitalien, ein Vorschuß von 54 Rthlr., zu dessen Deckung und zur Bestreitung der laufenden Ausgaben 200 Rthlr. auf die im Landcasse-Etat zur Beförderung der Industrie ausgesetzten 1000 Rthlr. angewiesen sind. Es hat indeß bedenklich geschienen, bei den fortwährend ungünstigen Conjuncturen und den niedrigen Preisen des Leggelinnens die frühere Abgabe von 6 Mgr. pr. Werk auf der Legge wieder einzuführen, seit April d. J. (1844) werden auf derselben aber einschließlich des Bindfadengeldes zu 1 Ggr. wieder 2 Ggr. pr. Werk erhoben, auch ist in den Kosten der Anstalt dadurch eine Ermäßigung herbeigeführt, daß der Legge-Inspector, Kaufmann Hoffmann, sich zu einer Ermäßigung seines Gehalts auf 300 Rthlr. Courant bequemt hat. Die beiden Leggegehülfen erhalten, der eine 60 Rthlr., der andere 50 Rthlr. Gehalt, die sonstigen Ausgaben für Tagelohn an die Leggearbeiter, Bindfaden ꝛc. belaufen sich auf etwa 120 Rthlr., mithin die ganzen Kosten auf 550 Rthlr., wovon etwa 230 Rthlr. durch die Abgabe von 3 Mgr. vom Werk zu 112 Doppel-Ellen gedeckt werden. Es kommen nämlich jetzt nur etwa 4000 Stück zur Legge, welche, da darunter manche halbe oder nicht volle Werke enthalten sind, etwa 3000 volle Werke ausmachen. Es wird deshalb für das Jahr 1844, in welchem die erhöhte Abgabe erst seit Anfang Mai eintrat, außer dem Vorschusse de 1843 ein Zuschuß von etwa 300 Rthlr. erforderlich seyn. Für die Jahre 1845 und 1846 kann die Einnahme sich etwas höher belaufen, indeß wird vorläufig, bei der Ungewißheit der zur Legge kommenden Stückzahl, auf jene Zuschußsumme um so mehr zu rechnen seyn, da in dem obigen Anschlage weder für Reisekosten zur Revision der Legge, noch für sonstige außerordentliche Ausgaben etwas ausgeworfen ist. Dieser Zuschuß wird sich aber vermindern, wenn künftig auch die s. g. bunten Linnen zur Legge kommen. Außer den weißen Leggelinnen werden nämlich viele bunte, d. h. blau und weiß gestreifte und karrirte Linnen verfertigt und hat das Zurückgehn der früher zur Legge gekommenen Stückzahl von etwa 10,000 Werk Linnen auf etwa 4000 nicht allein in den ungünstigen Conjuncturen, sondern auch in der seit etwa acht Jahren in Gang gekommenen Verfertigung dieser bunten Linnen und auch darin seinen Grund, daß der Commerzien-Assessor Colbrunn sehr viele Linnen für seine Rechnung weben läßt, welche nicht zur Legge kommen. Da jene bunten Linnen eine Gattung der Leggelinnen sind, so hat die Legge-Commission bereits darauf angetragen, dieselben ebenfalls für leggepflichtig zu erklären, die Regierung indeß hiermit bisher noch Anstand genommen, weil ein Theil der Weber sich dagegen ausgesprochen hat.

Die Legge hat ihrem Zwecke entsprochen. In Folge ihrer Errichtung hat die Fabrikation der Leggelinnen sich gehoben, das früher so sehr eingerissene Weißmachen der Linnen durch Kreide hat in Folge fortgesetzter genauer Untersuchung der Linnen und Anwendung der gesetzlichen Strafe auf die gekreideten Stücke ganz aufgehört, die Linnen haben sich in Farbe und Gewebe sehr verbessert und würde es denselben, ohne die leider eingetretene Concurrenz der englischen Maschinen-Linnen, an Absatz nicht fehlen. Die Concurrenz dieser Maschinen-Linnen, welche schöner ins Auge fallen und zugleich wohlfeil sind, wird auch ferner die Preise unsrer Leggelinnen herabdrücken und ihren Absatz vermindern, aber die Aufhebung der Legge würde das Uebel nur vergrößern und einen Rückschritt in der Fabrikation der Leggelinnen herbeiführen, da die Legge

nicht nur als Schau-Anstalt, durch die auf ihr stattfindende Untersuchung und Beglaubigung der Linnen, sondern auch als Vereinigungspunkt für die Weber, welche auf der Legge neben ihren Fabrikaten auch die der übrigen Weber ausgestellt sehen und auf deren Vorzüge und Mängel aufmerksam werden, also durch Belehrung und Erweckung des Wetteifers, auf die Vervollkommnung der Fabrikation hinwirkt; auch würde das Eingehen derselben die Weber wegen des Verkaufs ihrer Linnen in Verlegenheit setzen und sie nöthigen, die Käufer dafür aufzusuchen, statt daß sie diese auf der Legge versammelt finden und den Vortheil der Concurrenz genießen. Die Regierung kann deshalb für die Aufhebung der Legge um so weniger stimmen, da in der benachbarten Preußischen Provinz Westphalen noch kürzlich eine Vermehrung der Legge-Anstalten, in Anerkenntniß ihres Nutzens, verfügt ist. Sie darf hierin auf die patriotische Beistimmung Löblicher Stände rechnen und werden demnach diese nomine Serenissimi gesonnen, die Kosten der Legge auf die Landcasse, mittelst Zustimmung zu deren Anweisung auf die im Landcasse-Etat zur Beförderung der Landes-Industrie ausgeworfenen 1500 Rthlr. zu übernehmen.

---

11. Proposition,

die Erbauung einer neuen Strafanstalt betreffend.

Auf dem letzten Landtage ist bereits die Erbauung einer neuen Strafanstalt als ein dringendes Bedürfniß nachgewiesen, und haben Löbliche Stände dasselbe nicht verkannt, vorsorglich auch das für diesen Zweck erforderliche Capital ausgeworfen, jedoch zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß vor einer definitiven Beschlußnahme die Regierung den Bauplan erst näher darlegen und begründen werde.

Für diesen Zweck ist eine Commission niedergesetzt worden, bestehend aus dem Regierungsrathe Piderit, dem Canzleirathe Petri und dem Rathe Wasserfall. Dieselbe ist in eine nähere Prüfung und Erwägung aller dabei eintretenden Rücksichten eingegangen und hat sodann das Resultat in einem Berichte de dato den 7. October d. J. niedergelegt, welcher nebst den Anlagen A und B hierneben in Abschrift communicirt wird. Es ist darin die Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Baus nochmals ausführlich dargelegt. Sie gründen sich auf die in allen Beziehungen mangelhafte, insbesondere für die Gesundheit nachtheilige Beschaffenheit und Unzulänglichkeit des jetzigen Zuchthauses. Ein Neubau würde ohnehin nicht zu vermeiden gewesen seyn; derselbe ist aber durch die Einführung des neuen Criminal-Gesetzbuches gewissermaßen zu einer Nothwendigkeit geworden, da sich die Unmöglichkeit dargelegt, in dem jetzigen Local die Gefangenen so unterzubringen und abzusondern, wie es das Gesetz vorschreibt. Strafanstalten sind ein nothwendiges Uebel, deren zweckmäßige Einrichtung auf den sittlichen Zustand der Bevölkerung und die Rechtssicherheit einen bedeutenden Einfluß äußert. Dieses erkennend haben gerade in neuerer Zeit die Regierungen fast aller civilisirten Länder ihre Aufmerksamkeit dem Gefängnißwesen zugewandt und für die Verbesserung desselben, namentlich für die Erbauung neuer, zweckmäßig eingerichteter Strafanstalten Summen ausgeworfen, welche im Verhältniß zu der Größe der Länder die hier beantragte noch weit übersteigen. Die Regierung darf nicht bezweifeln, daß Löbliche Stände ein allgemein und tief gefühltes Bedürfniß zu würdigen wissen und daß sie nicht hinter anderen Ländern werden zurückbleiben wollen, wenn es sich darum

handelt, sehr wichtige und nothwendige Staatsanstalten auf eine würdige, ihrem Zwecke und den Anforderungen der Zeit vollkommen entsprechende Weise einzurichten. Hierzu eignen sich vorzugsweise die Jahre des Friedens, deren Segnungen wir uns durch göttliche Gnade zu erfreuen haben. Sie gewähren die Mittel zu solchen Staatseinrichtungen, welche nicht blos für die lebende Generation, sondern auch für die Nachkommenschaft von bleibendem Nutzen sind und durch deren Ausführung sich den arbeitenden Classen der Unterthanen neue Quellen des Verdienstes eröffnen.

Die Commission hat es sich zu einer zweiten Hauptaufgabe gemacht, das System sorgfältig zu prüfen, nach welchem unter den hiesigen Verhältnissen die Strafanstalt am zweckmäßigsten einzurichten sey. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß in neuerer Zeit, namentlich in den Nordamerikanischen Freistaaten, das s. g. Pönitentiar-System sehr in Aufnahme gekommen ist, welches darauf hinaus läuft, die Strafgefängnisse in Besserungsanstalten zu verwandeln, für welchen Zweck die völlige Isolirung der Gefangenen als das geeignetste Mittel angepriesen wird. Die Gründe für und wider dieses System sind in dem Commissionsberichte näher entwickelt worden. Die Regierung vermag sich nur den Ansichten der Commission anzuschließen und glaubt sich für das Classifications-System, mit völliger Trennung der Gefangenen zur Nachtzeit, entschieden aussprechen zu müssen. Sie hat hierbei um so weniger Bedenken gefunden, da sie es, nachdem das Braunschweigische Criminal-Gesetzbuch hier eingeführt worden, für eine Nothwendigkeit erachtet, das hiesige Gefängnißwesen mit dem Braunschweigschen thunlichst in Uebereinstimmung zu bringen. Zu Braunschweig hält man aber zufolge eines hierher erlassenen Schreibens des herzoglichen Staatsministeriums das Amerikanische Pönitentiar-System für durchaus unpractisch und hat bestimmt erklärt, daß an dessen Einführung dort niemals gedacht werden würde.

Der wahrscheinliche Betrag der Baukosten hat auch jetzt nur approximativ in Bausch und Bogen veranschlagt werden können. Zu der Ausarbeitung eines genauen Kostenanschlags ist durchaus erforderlich, daß erst zwei Präjudicial-Fragen erledigt werden, nämlich wo und nach welchem System der Bau ausgeführt werden soll? In Ansehung des Bauplatzes schwankt noch die Wahl und ist die Entscheidung ausgesetzt, bis der in der Arbeit befindliche Grundriß von der Stadt Detmold und ihrer Umgebung, dessen Vollendung nahe bevorsteht, eingereicht seyn wird. Entweder wird die Strafanstalt in der Nähe der Caserne oder in der Nähe des neuen Strafwerkhauses zu erbauen seyn. Beide Bauplätze erscheinen geeignet; jedoch müssen die Gründe pro und contra noch näher erwogen werden, welches nur geschehen kann, wenn ein genauer Situationsriß vorliegt.

Ueber die Frage des bei der Einrichtung der Anstalt zu befolgenden Systems sieht die Regierung zuvörderst der gutachtlichen Aeußerung Löblicher Stände entgegen, um darnach den Architecten Behuf Anfertigung des Bauriſses und Kostenanschlags mit der nöthigen Instruction versehen zu können. Das Detail des Bauplans sowie seine Ausführung gehören selbstredend zum Wirkungskreise der Regierung und nicht der Landtags-Versammlung, welche sich darauf beschränken wird, die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Bau's nochmals zu prüfen, sich über das zu befolgende System gutachtlich zu äußern und sodann die approrimativ auf 25,000 bis 30,000 Rthlr. veranschlagten Baukosten zu bewilligen. Um sich von der angemessenen Verwendung der Gelder zu überzeugen, können Löbliche Stände demnächst von der Baurechnung und ihren Belegen Einsicht nehmen.

Schließlich wird Nomine Serenissimi die vorgedachte Summe wiederholt beantragt.

An

Hochfürstliche Regierung.

Durch die hohen Rescripte vom 12ten December v. J. und 13ten Aug. d. J. ist die unterzeichnete Commission beauftragt worden, über die Beschaffenheit des hiesigen Zuchthauses und die Nothwendigkeit eines Neubaus Untersuchungen anzustellen, und zugleich, da sich der Bau einer neuen Strafanstalt als nöthig ergeben werde, über die innere Einrichtung des Gebäudes und die Zahl und Größe der erforderlichen Localien gutachtlich zu berichten.

Die Commission hofft, diesem verehrlichen Auftrage durch nachfolgenden Bericht zu entsprechen.

Das jetzt als Zuchthaus dienende Gebäude ist im Jahre 1752 mit einem baaren Kostenaufwande von circa 4400 Rthlr. errichtet worden. Es besteht aus einem massiven Erdgeschosse und einer durchgebaueten Mansarde. Im Erdgeschosse befinden sich außer einigen Wirthschaftsräumen zwei Gefängnisse von fast gleicher Größe, das eine 756 □ Fuß und das andere 728 □ Fuß haltend; und in der Mansarde liegen an den beiden Seiten und am Ende eines das Haus der Länge nach durchschneidenden Ganges 15 kleinere Zimmer, von denen ursprünglich 6 Stuben, jede für 2 Personen berechnet, zu Gefängnissen für s. g. Honoratioren, und die andern Räume zum Gebrauche des Zuchtmeisters und des Zuchtknechts dienen sollten. Bei dem Bau dieses Hauses wurde an ein Zuchthaus im jetzigen Sinne des Wortes nicht gedacht. Wie überhaupt in Deutschland, so waren auch im hiesigen Lande vor dem Anfange des vorigen Jahrhunderts Freiheitsstrafen als Criminalstrafen unbekannt. Nur bei ganz geringen Vergehen wurde auf Gefängniß erkannt, und die Haft dann in den Districtsgefängnissen vollzogen, wo die Gefangenen nicht beschäftigt wurden. Die gebräuchlichen Criminalstrafen waren, außer den Todesstrafen, Leibesstrafen, Landesverweisung, Ehrenstrafen, namentlich Pranger, und öffentliche Arbeiten. Erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurden diese Strafen allmählig durch Zuchthausstrafen ersetzt.

Zucht- und Arbeitshäuser sind zuerst gegen Ende des sechszehnten Jahrhunderts in Holland und England eingerichtet. Im Anfange des folgenden Jahrhunderts legten auch die freien Städte Hamburg und Bremen jede eine solche Anstalt an, und von da verbreiteten sie sich nach und nach über die andern Staaten Deutschlands. In Preußen wurden die ersten Zuchthäuser im Jahre 1708, in Würtemberg im Jahre 1719 und in Baiern im Jahre 1725 errichtet. Ueberall hatten aber diese Häuser nicht die Bestimmung, Strafanstalten für Criminalverbrecher zu seyn, sondern die Haft in denselben wurde lediglich, wie auch in der Benennung ausgedrückt ist, als ein polizeiliches Zuchtmittel betrachtet. Sie sollten dazu dienen, Bettler, Müssiggänger und alle solche Personen, welche sich einer unordentlichen Lebensweise ergeben, durch Gewöhnung an Arbeit zu bessern. Bei ihrer ersten Einrichtung und noch in einem großen Theil des achtzehnten Jahrhunderts war die Ueberzeugung von der großen Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit dieser neuen Strafanstalten sehr allgemein. Sie empfahlen sich noch insbesondere dadurch, daß sie den Regierungen wenig kosteten und sogar an vielen Orten mehr einbrachten, als ihre Unterhaltungskosten betrugen. Es konnte daher nicht fehlen, daß auch im hiesigen Lande auf die Einrichtung eines solchen Zuchthauses Bedacht genommen wurde. Auch hier wurde die Anstalt hauptsächlich für Vagabunden, Müssiggänger, Bettler, Aufköcher u. s. w. bestimmt, welche darin zur Arbeit angehalten und an Ordnung und Thätigkeit gewöhnt werden sollten. Nach dem Beispiele anderer

Staaten wurde auch hier die Anstalt mit dem damaligen, am Burggraben gelegenen Waisenhause in Verbindung gebracht, weil man beide Anstalten als in ihrem Zwecke verwandte Einrichtungen betrachtete; und auch hier versprach man sich Ueberschüsse von der Anstalt, die im Voraus dem Waisenhause überwiesen wurden. Den Character einer reinen Correctionsanstalt verlor indeß das Zuchthaus schon nach wenigen Jahren. So lange es an Strafanstalten fehlte, durch welche die älteren Criminalstrafen ersetzt werden konnten, mußten diese beibehalten werden, obgleich man das Nachtheilige und Entwürdigende derselben schon länger fühlte. Als aber in Deutschland Zuchthäuser eingerichtet waren, wurden die Zuchthausstrafen allmählig in die Reihe der Criminalstrafen eingeführt, und dabei folgte die hiesige Gerichtspraxis der Praxis der andern Länder. Sie wandte die Zuchthausstrafe Anfangs nur bei den geringern Verbrechen an und verband damit körperliche Züchtigungen, gewöhnlich in Form eines Willkommens beim Eintritt in die Strafanstalt und eines Abschiedes beim Austritt aus derselben. Später wurden jedoch auch größere Verbrechen mit dieser Strafe belegt, und gegen das Ende des Jahrhunderts hatte dieselbe bereits den größten Theil der ältern Strafen ganz verdrängt. Da das Zuchthaus unter diesen Umständen, und bei dem infamirenden Character, welchen die öffentliche Meinung nun demselben beilegte, nicht länger als polizeiliche Correctionsanstalt dienen konnte; so wurde im Jahre 1801 das dem Zuchthause gegenüber gelegene ehemalige Waisenhaus in eine solche Anstalt umgewandelt, und seit dieser Zeit ist das Zuchthaus eine reine Strafanstalt für peinliche Verbrechen.

Der Bestimmung einer solchen Anstalt, und den Anforderungen, welche in jetziger Zeit an Anstalten dieser Art gemacht werden, entspricht nun aber das Zuchthaus in keiner Weise.

1) Das Haus ist auf einem höchst ungünstig gelegenen Platze erbauet. Hätte man bei seiner Errichtung nicht für nöthig gehalten, das Zuchthaus mit dem Waisenhause zu verbinden, und hätte es damals nicht noch an allen Erfahrungen über die zweckmäßige Einrichtung von Gefängnissen gefehlt, so würde dieser Platz sicher nicht gewählt worden seyn. Das Gebäude liegt in der niedrigsten Gegend der Stadt, unmittelbar neben dem Schloßgraben, der bekanntlich nur einen geringen Abfluß hat, und in gleicher Höhe mit dem Wasserspiegel. Seine Fronte ist nach Westen gerichtet und hier von dem schmalen, durch hohe Mauern eingeschlossenen Zuchthofe umgeben. Die Rückseite wird in der ganzen Länge durch ein Bürgerhaus gedeckt. Diese ungünstige Lage des Zuchthauses bewirkt, daß ein großer Theil der Gemächer, und namentlich die Gefängnisse im Erdgeschosse, feucht und dumpfig sind. Daher leidet auch der größte Theil der zu einer längeren Detention verurtheilten Züchtlinge fortwährend an Drüsenanschwellungen und ähnlichen Krankheiten, und es gehört zu den seltenen Ausnahmen, wenn ein männlicher Sträfling von diesen Krankheiten verschont bleibt. Nur die weiblichen Züchtlinge, welche in einigen luftigen und mehr von der Sonne beschienenen Dachzimmern aufbewahrt werden, erfreuen sich einer bessern Gesundheit. Die Klagen über die ungesunde Beschaffenheit des Zuchthauses sind fast so alt wie die Anstalt besteht. Schon im Jahre 1768 wurde von dem Criminalgerichte Beschwerde darüber geführt, und seitdem sind diese Beschwerden vielfach erneuert.

Zur näheren Begründung ihrer Ansicht hat die Commission noch von dem langjährigen Arzte der Anstalt, Hofrath Piderit, über die Salubrität des Zuchthauses ein Gutachten eingezogen, und legt dasselbe in der Anlage A gehorsamst vor. Der Hofrath Piderit entwirft darin von dem Zustande der Gefangenen kein erfreuliches Bild, und schreibt die in der Anstalt herrschenden Krankheiten zunächst und hauptsächlich der höchst ungesunden Lage und Beschaffenheit des Gebäudes zu.

2) Ein weiterer Fehler des Zuchthauses ist dessen gänzliche Baufälligkeit. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts waren die finanziellen Verhältnisse nicht von der Art, daß auf solche Anstalten größere Summen verwandt werden konnten. Es wurden deshalb zum Bau des Hauses nur 4000 Rthl. bestimmt, und hiermit ließ sich auch zu damaliger Zeit ein festes und dauerhaftes Gebäude von diesem Umfange nicht herstellen. Die Folgen der damals angewandten Sparsamkeit und der Leichtfertigkeit, mit welcher der Bau ausgeführt worden, zeigen sich jetzt auf eine bedrohliche Weise. Das Haus ist überall so baufällig, daß es in diesem Zustande nicht länger erhalten werden kann. Um die vorhandenen Gebrechen gehörig übersehen zu können, hat die Commission den Baumeister Brune veranlaßt, über die bauliche Beschaffenheit des Zuchthauses ein technisches Gutachten abzugeben. Derselbe erklärt in dem unter Anlage B gehorsamst angeschlossenen Gutachten, daß allein die Mauern des untern Stockwerks noch fest und dauerhaft, alle übrigen Theile des Gebäudes aber, namentlich die untere Balkenlage, das Deckengebälke der Mansarde und die verschiedenen Theile des Daches so schadhaft seyn, daß ein plötzlicher Einsturz des Hauses mit Grunde besorgt werden dürfe; wenn das Zuchthaus noch beibehalten werden solle, so müsse der ganze obere Theil bis auf jene Mauer rein abgebrochen und neu aufgeführt werden. Es bleibt daher nur die Wahl übrig, entweder auf einer andern bessern Stelle ein neues Zuchthaus zu erbauen, oder aus Rücksicht auf die noch brauchbare Grundmauer des jetzigen Hauses den alten Platz beizubehalten, das Haus bis auf die Mauer des Erdgeschosses abzubrechen und auf diese ein neues Gebäude zu errichten. Wollte man dabei auch nur den Kostenpunkt in Betracht ziehen, so würde doch die Entscheidung für den Neubau ausfallen müssen, weil das jetzige Zuchthaus vortheilhaft verkauft werden kann, und wahrscheinlich mehr dafür aufkommen wird, als der Ankauf eines neuen Bauplatzes und die Ziehung einer neuen, dem Umfange des jetzigen Zuchthauses entsprechenden Grundmauer kostet.

3) Ein ebenso großer Uebelstand wie die Baufälligkeit des Zuchthauses ist dessen fehlerhafte Einrichtung, und der Mangel eines hinreichend großen Raums, wo den Gefangenen die zu ihrer Gesundheit nöthige Bewegung in freier Luft verschafft werden kann. Zur Zeit der Erbauung des Hauses waren die Ansprüche, welche man an solche Anstalten machte, noch sehr gering. Eine Classenabtheilung der Sträflinge fand nirgend Statt, und an eine nächtliche Absonderung derselben wurde noch weniger gedacht. Die seitdem gemachten Erfahrungen haben indeß gezeigt, daß ein solches Zusammenleben höchst nachtheilig und entsittlichend auf die Gefangenen einwirkt und die Zuchthäuser zu Schulen des Verbrechens macht. Allgemein wird daher die Nothwendigkeit anerkannt, die Sträflinge während der Nacht völlig zu isoliren, und am Tage wenigstens die jugendlichen und minder verdorbenen von den ältern und verdorbenern Verbrechern zu trennen. Beides ist aber im hiesigen Zuchthause unausführbar. Außer 2 kleinen Dachstuben, welche mitunter für leichte Verbrecher benutzt werden, und einer etwas größern Dachstube, welche als Krankenzimmer dient, sind zur Aufbewahrung der Züchtlinge nur 7 Zimmer vorhanden, von denen 3 als Arbeitsstuben und die 4 andern als Schlafstuben dienen. Die weiblichen Gefangenen müssen zusammen auf einem Zimmer arbeiten, und können nur des Nachts in zwei Abtheilungen getrennt werden. Für die männlichen Züchtlinge sind zwar zwei Arbeitszimmer und zwei Schlafzimmer eingerichtet, allein das zweite, aus der ehemaligen Wohnstube des Zuchtmeisters gebildete Arbeitszimmer ist so klein, daß es nur einige Züchtlinge aufzunehmen vermag, und daher der größte Theil derselben auf ein Zimmer beschränkt ist. Eine Classenabsonderung der Gefangenen und deren nächtliche Isolirung ist mithin ganz unmöglich.

Außerdem finden sich noch eine Menge kleinerer Uebelstände im Zuchthause vor, von denen hier nur einige angeführt werden sollen.

a. Die beiden Zimmer im Erdgeschosse haben allein die gehörige Größe, die andern Gemächer sind so klein, daß die Gefangenen darin nur mit Spinnen und ähnlichen Handarbeiten beschäftigt werden können.

b. Die beiden untern Gemächer können allein von der auf der Hausflur stehenden Wache übersehen werden, die andern liegen zerstreuet im Hause umher, und es ist unmöglich, die Gefangenen darin unter gehöriger Aufsicht zu halten.

c. Wegen Mangels an Raum hat die Wohnung des Zuchtmeisters und selbst die Militairstube in das alte Strafwerkhaus verlegt werden müssen. Die Züchtlinge sind daher während der Nacht der Aufsicht des Zuchtknechts und eines einzigen Militairpostens ganz überlassen.

d. Ein Saal zur Abhaltung des Gottesdienstes ist nicht vorhanden. Früher wurde ein Zimmer im alten Strafwerkhause dazu benutzt; seitdem aber dieses eine andere Bestimmung erhalten hat, muß sich der Prediger bei dem sonntäglichen Gottesdienste auf die Hausflur stellen und von hieraus den Gefangenen verständlich zu machen suchen.

e) Die zur Einführung einer eigenen Oekonomie erforderlichen Räume fehlen gleichfalls. So lange die Gefangenen nur mit Wasser und Brod gespeiset wurden, waren solche Wirthschaftsräume freilich nicht erforderlich. Da sie aber jetzt des Mittags warme Kost und des Morgens 4 Mal in der Woche eine Portion Milchsuppe erhalten, so ist es ein Uebelstand, daß diese Speisen, wenn es die Umstände erfordern, nicht in der Anstalt zubereitet werden können.

f. Die zu einer längern Haft verurtheilten Gefangenen bedürfen zur Erhaltung ihrer Gesundheit einer täglichen Bewegung in freier Luft. Deshalb werden auch bei allen neuern Zuchthäusern Räume angelegt, wo sich die Sträflinge die nöthige Bewegung im Freien verschaffen können. Ein dazu geeigneter Hof fehlt aber ebenfalls bei dem hiesigen Zuchthause. Der schmale, durch hohe Mauern eingeschlossene, unmittelbar an der Straße liegende und am Tage stets offenbleibende Zuchthof ist nicht dazu geeignet.

Die hier aufgezählten Mängel, denen in keiner Weise abgeholfen werden kann, machen den Bau eines neuen Zuchthauses durchaus nothwendig. Es würde auch dann dazu geschritten werden müssen, wenn in der hiesigen Strafgesetzgebung keine wesentliche Veränderung eingetreten wäre. Durch die Einführung des Braunschweigischen Criminal-Gesetzbuches ist aber das bisherige Strafsystem wesentlich verändert worden. Während früher nur zwei Arten von Freiheitsstrafen, Zuchthaus und Gefängniß, im Gebrauch waren, ist jetzt, außer der Kettenstrafe, noch Zwangsarbeit, als dritte Strafart hinzugetreten, und diese Strafart muß nach dem §. 11. des Criminal-Gesetzbuchs in einer dazu bestimmten Anstalt vollzogen werden. Ein dazu geeignetes Gebäude ist aber nicht vorhanden. Zwar sind im alten Strafwerkhause einige Zimmer zur vorläufigen Aufnahme der zur Zwangsarbeit verurtheilten Verbrecher eingerichtet, allein als Strafanstalt kann das Werkhaus auf die Dauer nicht dienen. Alle beim Zuchthause gerügten Mängel finden sich auch in diesem Hause vor. Es ist schon im Jahre 1460, mithin vor fast 400 Jahren erbauet, und zu einer Strafanstalt nicht bestimmt. Die Gemächer für die Gefangenen liegen zerstreut im Hause umher, haben

nicht die gehörige Größe und bieten durchaus keine Sicherheit gegen Entweichungen dar. Da im Ganzen nur 3 Arbeitszimmer und 3 Schlafzimmer vorhanden sind, so kann an eine gehörige Absonderung und nächtliche Vereinzelung der Gefangenen nicht gedacht werden. Bei der Lage und Einrichtung des Gebäudes ist ein Verkehr des Publikums mit den Gefangenen schwer zu hindern und eine gehörige Beaufsichtigung derselben rein unmöglich. Eine Anstalt zur Vollziehung der Zwangsarbeit muß daher jedenfalls neu gebauet werden. Nun läßt sich aber das Zuchthaus nicht füglich vom Zwangsarbeitshause trennen, weil sonst für jede Anstalt eine besondere Verwaltung und eine eigene Militairwache errichtet werden muß, während das nämliche Personal für beide Anstalten zureicht, wenn sie nebeneinander gestellt und unter Einem Dache aufgeführt werden. Einer solchen Verbindung der beiden Straf-Anstalten steht kein rechtliches Hinderniß entgegen, und die daraus in administrativer und ökonomischer Hinsicht entspringenden Vortheile decken reichlich die Kosten, welche der Bau eines Zuchthauses neben dem Zwangsarbeitshause veranlassen wird.

Die Größe des für beide Anstalten erforderlichen Gebäudes und die innere Einrichtung desselben hängt theils von der Zahl der Sträflinge, welche darin aufgenommen werden müssen, und theils von dem Systeme ab, nach welchem die Gefangenen in der Anstalt behandelt werden sollen.

In der ersten Hinsicht sind bereits von dem Criminalgerichte die nöthigen Berechnungen angestellt. Das Criminalgericht hat auf den Grund der angestellten Berechnungen vorgeschlagen, das Zuchthaus für 30 und das Zwangsarbeitshaus für 36 Sträflinge; die ganze Anstalt also für 66 Personen einzurichten. Auch die unterzeichnete Commission ist der Ansicht, daß ein Gebäude von dieser Größe für das jetzige Bedürfniß völlig zureichen werde. Sollte die Bevölkerung des Landes fortwährend im Zunehmen bleiben und in gleicher Weise die Zahl der Verbrecher wachsen, so ist es freilich möglich, daß schon in 50 Jahren eine Ueberfüllung der Anstalt eintritt; allein auf solche Möglichkeiten wird bei dem Bau des Hauses keine Rücksicht genommen werden können.

Ueber das in den Zuchthäusern anzuwendende Strafsystem sind bekanntlich die Meinungen verschieden. In früherer Zeit ließ man die Gefangenen gemeinschaftlich arbeiten und schlafen, und trennte höchstens die Geschlechter von einander. Auf das Unzweckmäßige und Nachtheilige dieser Einrichtung machte zuerst der Engländer Howard in seiner im Jahre 1777 erschienenen Schrift über die Gefängnisse aufmerksam. Er wies überzeugend nach, daß eine Strafanstalt ihren höhern Zweck nicht erreichen könne, so lange die Gefangenen sich gegenseitig durch Verkehr mit einander bei Tag und Nacht verführen und sittlich verderben können, und verlangte daher eine Trennung der Gefangenen. Sein Vorschlag ging im Wesentlichen dahin, die Sträflinge während der Nacht ganz zu isoliren, und sie am Tage nach dem Alter und dem Grade ihrer Verdorbenheit in Classen abzutheilen und die einzelnen Abtheilungen fortwährend unter strenger Aufsicht zu halten. Die von Howard empfohlene Einrichtung, welche gewöhnlich das Classifications-System genannt wird, wurde seitdem in einer großen Reihe von Schriften ausführlich erörtert und bis auf die neuere Zeit allgemein gebilligt. In den letztern Jahren haben sich jedoch in Nordamerika noch zwei andere Gefängnißsysteme ausgebildet, welche von den Orten, wo sie zuerst im Großen versucht sind, das philadelphische oder pennsylvanische und das auburnsche System genannt, und unter dem gemeinschaftlichen Namen des Pönitentiar-Systems zusammengefaßt werden.

Das pennsylvanische System sondert die Gefangenen während der ganzen Dauer

der Strafzeit völlig von einander ab. Jeder Gefangene hat seine eigene Zelle, die er nur verläßt, um sich täglich während einer halben oder ganzen Stunde in einem isolirten Hofe Bewegung in freier Luft zu machen. Er sieht nur die Gefängnißbeamten und den Prediger der Anstalt, und erfährt nicht einmal die Namen seiner Mitgefangenen. Die Absonderung wird auch während des Gottesdienstes fortgesetzt, welcher nicht in einer Kirche oder in einem Betsaale, sondern in den Gefängniß-Korridoren in der Art abgehalten wird, daß die Gefangenen in ihrer Zelle bleiben und hinter der halb geöffneten Thür den Vortrag des Predigers anhören.

Beim Eintritt in die Anstalt erhält der Sträfling statt seines Namens eine Nummer und wird mit verbundenen Augen in seine Zelle geführt. Hier bleibt er einige Zeit sich selbst überlassen. Bittet er später um Arbeit, so wird ihm solche als eine Gunst zugetheilt, doch fließt ihm vom Ertrage der Arbeit Nichts zu.

Nach dem auburnschen Systeme werden die Züchtlinge für die Nacht gleichfalls getrennt und in besondere Zellen gebracht. Bei Tage arbeiten sie gemeinschaftlich in mehr oder minder großen Abtheilungen, jedoch unter Verbot alles Sprechens und aller Zeichen, die dasselbe etwa ersetzen könnten, und jedes Wort, jeder Laut wird sofort mit den strengsten Züchtigungen geahndet.

Von diesen verschiedenen Systemen ist in Deutschland bis jetzt nur das Classifications-System mit einigen geringen Modificationen zur Anwendung gebracht worden. Auch im hiesigen Lande ist dasselbe durch die Annahme des Braunschweigischen Criminal-Gesetzbuchs gesetzlich eingeführt, und es kann daher nur die Frage entstehen, ob sich eine Abänderung dieses Gesetzes nöthig mache. Diese Frage bedarf auch nur rücksichtlich des pennsylvanischen Systems einer näheren Erörterung; denn über die Verwerflichkeit des auburnschen Systems kann nach allen bis jetzt vorliegenden Nachrichten nicht füglich ein Zweifel obwalten. Als wesentlicher Fehler bei demselben hat sich herausgestellt, daß es sich ohne eine barbarische Disciplin gar nicht, und selbst mit dieser nicht auf eine befriedigende Weise ausführen läßt.

Mehr Anhänger hat in neuester Zeit das pennsylvanische System gefunden. Die zur Untersuchung der amerikanischen Gefängnisse von verschiedenen Ländern Europas abgesandten Commissionen haben sich größtentheils günstig darüber ausgesprochen. In England sind bereits mehrere Gefängnisse nach diesem Systeme eingerichtet worden. In Frankreich ist dasselbe mit einigen Modificationen vom Ministerium zur Annahme empfohlen und bereits von der Deputirtenkammer angenommen. In Schweden hat sich der frühere Kronprinz, jetzige König Oscar auf die Seite der Vertheidiger der isolirten Haft gestellt, und in Frankfurt am Main, Hamburg und Norwegen, wo neue Gefängnisse errichtet werden sollen, haben sich die Gefängnißcommissionen für das pennsylvanische System entschieden. Als Vorzüge dieses Systems werden folgende hervorgehoben:

a. Die einsame Haft mache die Strafe intensiv härter, mithin abschreckender und wirksamer, und die größere Härte gewähre zugleich den Vortheil, die Dauer der Haft bedeutend abkürzen zu können.

b. Die Trennung der Gefangenen sey, wie die Erfahrung lehre, das einzige und zugleich sicherste Mittel, eine Verschlechterung derselben zu verhüten.

c. Die Einsamkeit, die Entfernung von Allem, was ihn zerstreuen könne, führe den Gefangenen zur Selbstbetrachtung und zur Erkenntniß seines früheren lasterhaften Lebens, mache ihn dadurch empfänglicher für moralische und religiöse Einwirkungen, befördere mithin dessen Besserung und beuge Rückfällen vor.

d. Die Isolirung verhindere die Anknüpfung und Unterhaltung von Verbindungen unter den Gefangenen, die höchst gefährlich und nachtheilig seyn. Schon die Kunde allein, welche der eine Gefangene von dem Aufenthalte des Andern in der Strafanstalt erhalte, werde ein Band zwischen ihnen, das die Schlechten stets zu benutzen wissen, um nach der Entlassung eine Art von Herrschaft über die minder Verdorbenen auszuüben und um freiwillige oder gezwungene Mithelfer zur Begehung eines neuen Verbrechens zu finden.

e. Der sich selbst überlassene und von allem Umgange abgeschiedene Sträfling lerne den Müssiggang hassen und die Arbeit lieben, weil er darin das einzige Hülfsmittel gegen die tödtlichste Langeweile und die steten Vorwürfe seines Gewissens finde, und die wieder erwachte Arbeitslust bewahre ihn vor weitern Anfechtungen.

Trotz dieser scheinbaren Vorzüge ist das pennsylvanische System bis jetzt noch in keinem Staate Deutschlands eingeführt worden. In Preußen, wo dem Gefängnißwesen eine besondere Fürsorge gewidmet wird, und die zweckmäßigste Einrichtung der Strafanstalten Gegenstand der sorgfältigsten Untersuchung und Berathung gewesen ist, sind die neuesten Gefängnisse, namentlich die mit einem Kostenaufwande von 260,000 Rthlr. ausgeführte Strafanstalt zu Halle, nach dem Classifications-System erbauet. Die Sträflinge arbeiten daselbst gemeinschaftlich in kleinern gehörig überwachten Abtheilungen, welche auch während des Essens und der Erholungsstunden von einander abgesondert gehalten werden, und werden nur des Nachts isolirt. Nur diejenigen Sträflinge, deren gänzliche Absonderung von den übrigen Gefangenen sich als nothwendig oder zweckmäßig ergiebt, werden auch am Tage in ihren Schlafstellen einsam beschäftigt. In Sachsen, Würtemberg und Baden, wo man sich ebenfalls mit einer Verbesserung der Strafanstalten beschäftigt, ist das System der absoluten Isolirung als unzweckmäßig verworfen. In Frankfurt und Hamburg ist über den Vorschlag der Gefängnißcommissionen noch keine Entscheidung erfolgt, und in Braunschweig wird nach einem der unterzeichneten Commission mitgetheilten Schreiben des dortigen Staatsministeriums an die Einführung des pennsylvanischen Systems nicht gedacht. Auch in England wird dasselbe nur in sehr beschränkter Weise angewandt. Die neuen Gefängnisse zu Pentonville und Milblank sind zwar nach diesem System eingerichtet; allein die Sträflinge bleiben daselbst ohne Ausnahme nur 18 Monate, und werden dann nach den Verbrecher-Colonien geschickt, so daß also die getrennte Gefangenschaft nur kurze Zeit dauert.

Eine Isolirung der Gefangenen für kurze Zeit findet nicht allein in England, sondern auch bereits in vielen Gefängnissen Deutschlands Statt. In einigen Ländern wird die einsame Haft als Schärfung der Strafe für Rückfällige, besonders bösgesinnte Verbrecher, oder, wie in Braunschweig und hier, überhaupt für die schwereren Verbrecher benutzt, und in andern Staaten ist die als sehr zweckmäßig empfohlene Einrichtung getroffen, daß die Sträflinge beim Eintritte in die Strafanstalt einige Zeit isolirt werden, um sich zu sammeln, ihre Lage und Fehler zu überdenken, und die zur Besserung durchaus erforderliche Gemüthsruhe zu erlangen. Allein der unbedingten Isolirung aller Gefangenen während der ganzen Dauer der Haft stehen sehr erhebliche Bedenken entgegen.

Zunächst ist es noch sehr zweifelhaft, ob durch das pennsylvanische System eine Besserung der Gefangenen befördert wird und Rückfälle verhindert werden. Genauere Nachrichten über die Wirksamkeit der amerikanischen Strafanstalten in dieser Hinsicht fehlen bis jetzt noch ganz. In keinem Staate werden die Sträflinge nach ihrer Entlassung

beobachtet, und nur in Boston und Philadelphia ist den Rückfällen näher nachgeforscht. Hier hat sich aber ergeben, daß die Zahl der Rückfälle sich nicht nur nicht vermindert, sondern von Jahr zu Jahr bedeutend zugenommen hat. Es läßt sich auch in der That nicht wohl einsehen, wie durch eine langzeitige abgesonderte Einsperrung eine moralische Besserung der Gefangenen sollte bewirkt werden können; bei der Mehrzahl der Sträflinge muß sie eher Erbitterung, Mißmuth und Stumpfsinn als Besserung zur Folge haben. Die sorgfältigsten Untersuchungen über die Wirksamkeit der amerikanischen Gefängnisse sind vom Professor Tellkampf in New-York angestellt und in einer vor Kurzem erschienenen Schrift unter dem Titel: „Ueber die Besserungsgefängnisse in Nordamerika und England" bekannt gemacht. Der Verfasser erklärt darin auf den Grund seiner in den Jahren 1838 bis 1843 angestellten Beobachtungen, daß die Zahl der in den amerikanischen Gefängnissen wirklich Gebesserten im Verhältniß zu der großen Zahl der Sträflinge unbedeutend, und selbst viele von den Freunden der Anstalt behaupteten Besserungsfälle noch zweifelhaft seyn, und daß man überhaupt, seiner Erfahrung nach, von einer Isolirung der Gefangenen keinen Erfolg erwarten dürfe, wenn sie über die Dauer eines Jahres fortgesetzt werde.

Dürfte man aber auch annehmen, daß das pennsylvanische System eine größere Besserungsfähigkeit als jede andere Zuchthauseinrichtung besitze, so läßt sich doch der dagegen erhobene Einwand nicht beseitigen, daß die einsame Haft auf die Dauer der Gesundheit nachtheilig sey und besonders auf den Gemüthszustand der Gefangenen störend einwirke. Die Vertheidiger des Systems stellen dieß freilich in Abrede, und berufen sich auf die Berichte von Tocqueville, Crawford, Dr. Julius, Demetz, Blouet und Andere, welche den Gesundheitszustand der Sträflinge in den amerikanischen Gefängnissen befriedigend gefunden. Allein der Professor Tellkampf weiset in der erwähnten Schrift nach, daß von diesen Berichterstattern bei ihren Reisen in Amerika nur das Gefängniß zu Philadelphia habe untersucht werden können, weil die übrigen, nach dem pennsylvanischen System ausgeführten Gefängnisse damals noch gar nicht oder erst ganz kurze Zeit in Gebrauch gewesen seyn, und daß die Anstalten nicht den günstigen Erfolg gehabt, welchen man zu der Zeit von ihnen erwartet, daher auch der Enthusiasmus dafür in Amerika sehr abgenommen habe. Er bezeugt insbesondere aus amtlichen Quellen, daß sich in den pennsylvanischen Strafanstalten häufig Spuren von Wahnsinn gezeigt, und die Zahl der Geisteskranken allein im Gefängnisse zu Philadelphia in den letzten 5 Jahren 77 betragen habe. Die nämliche Thatsache wird auch in vielen andern Schriften und von den angesehensten Aerzten bestätigt. Unmöglich kann aber ein System zur Annahme empfohlen werden, welches die Gesundheit der Sträflinge gefährdet.

Ein weiterer Einwand gegen das System besteht darin, daß eine Trennung der Gefangenen nicht in dem Grade erreicht werden könne, welche zur Durchführung des Systems erforderlich ist, und auch dieser Einwand wird von Tellkampf und Andern bestätigt. Die von ihnen angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß in allen nach dem Trennungssystem eingerichteten Gefängnissen Mittheilungen unter den Gefangenen fortwährend Statt finden, und die Zellenabsonderung nur verhindere, daß sich die Gefangenen unter einander zu Gesicht bekommen.

Ganz unbestritten ist ferner, daß die Strafanstalten, welche zur Realisirung dieses Systems errichtet werden müssen, sehr kostspielig sind. Die Baukosten des Gefängnisses zu Philadelphia mit 586 Einzelnzellen haben z. B. 600,000 Dollars betragen, was für jede Einzelnzelle 1023 Dollars oder 1440 Rthlr. ausmacht, und die übrigen nach demselben System eingerichteten Anstalten in Amerika haben verhältnißmäßig eben so viel ge-

kostet, wogegen diejenigen Anstalten, in welchen die Gefangenen nur des Nachts separirt werden und am Tage in Abtheilungen gemeinschaftlich arbeiten, um die Hälfte billiger haben hergestellt werden können. In Frankreich, wo der Tagelohn niedriger steht, wie in Amerika, ist berechnet, daß die Einzelnzelle in einer Strafanstalt der ersten Art 2136 Francs oder 534 Rthlr. und in einer Anstalt der zweiten Art 1155 Fr. oder 289 Rthlr. kosten werde. Bei dieser Berechnung ist der Tagelohn eines Steinhauers zu 1 Rthlr., eines Zimmergesellen zu 1 Rthlr., eines Mauergesellen zu 33 Mgr. und eines Handlangers zu 21 Mgr. angenommen. Denselben Unterschied in den Baukosten haben die in Schweden angestellten Berechnungen ergeben, wo man zu dem Resultate gelangt ist, daß dort die Einzelnzelle in einer nach dem pennsylvanischen System eingerichteten Anstalt auf 372 Rthlr. zu stehen kommt. Man darf daher als ziemlich gewiß annehmen, daß auch im hiesigen Lande eine pennsylvanische Anstalt doppelt so viel kosten würde, als ein nach dem Classifications-Systeme eingerichtetes Gefängniß.

Endlich dürfte es sehr schwierig seyn, das pennsylvanische System mit dem neuen Criminal-Gesetzbuche in Einklang zu bringen. Die im Gesetze angedroheten Freiheitsstrafen würden, wenn sie in einem pennsylvanischen Gefängnisse vollzogen werden sollen, sämmtlich geändert werden müssen, da sie für eine solche Anstalt nicht berechnet sind. Nun wird freilich vorgeschlagen, das größere Uebel, welches den Gefangenen durch die absolute Isolirung zugefügt wird, durch die Abkürzung der Dauer der Haft wieder auszugleichen; und dabei wäre hinsichtlich der zeitlichen Freiheitsstrafen nichts zu erinnern, wenn die größere Schwere des einsamen Arrestes im Verhältniß zu der bisherigen Haft genau berechnet werden könnte. Allein dieses ist bei der Verschiedenheit der Empfindungsweise der Sträflinge ganz unmöglich. Ueberdem sind die Meinungen über die relative Schwere der einsamen Haft noch fast in allen Ländern verschieden. Während z. B. die Gefängnißcommission in Frankreich dafür hält, daß eine 12jährige Haft in einer pennsylvanischen Anstalt einer 20jährigen Haft in den alten Gefängnissen gleichstehe, behaupten Andere, daß die Absperrung die Strafe um das zwei-, drei- oder vierfache verschärfe. Ganz unausführbar ist aber der Vorschlag bei der lebenslänglichen Kettenstrafe, welche das Criminal-Gesetzbuch auf mehrere Verbrechen setzt. —

Die Commission glaubt demnach zu einer Annahme des pennsylvanischen Systems nicht rathen zu können. Ihr unmaßgeblicher Vorschlag geht dahin, die Strafanstalt so einzurichten, daß die Gefangenen am Tage bei der Arbeit auf die im §. 13 des Criminal-Gesetzbuches vorgeschriebene Weise in Classen abgetheilt und gehörig beaufsichtigt, bei Nacht aber ganz isolirt werden können. Es würden alsdann folgende Localien in der Anstalt erforderlich seyn:

1) 30 Schlafzellen im Zuchthause und 36 Schlafzellen im Zwangsarbeitshause, jede Zelle 12 Fuß lang, 6 bis 7 Fuß breit und 9 bis 10 Fuß hoch.

In einigen Preußischen Strafanstalten sind die Schlafzellen nur $8\frac{1}{2}$ Fuß lang und 5 Fuß breit; diese Anstalten haben indeß neben den Schlafzellen noch eine Anzahl größerer Isolirzimmer, welche unnöthig sind, wenn die Schlafzellen die Größe erhalten, daß sie zugleich als Isolirzimmer für diejenigen Gefangenen dienen können, welche auch am Tage von den Andern abgesondert gehalten werden müssen. Schlafzellen von der angegebenen Größe gewähren daneben den Vortheil, daß sie, wenn die Normalzahl der Gefangenen zufällig überschritten werden sollte, des Nachts zwei Personen aufnehmen können. Der vierte Theil der Zellen sowohl im Zuchthause als Zwangsarbeitshause, muß mit Oefen oder mit andern Erwärmungsapparaten versehen werden. Zweckmäßig dürfte es jedoch

seyn, sämmtliche Zellen so einzurichten, daß sie nöthigenfalls geheizt werden können, weil es immerhin möglich ist, daß von einer absoluten Isolirung der Gefangenen künftig ein noch größerer Gebrauch gemacht wird, als das Gesetzbuch vorschreibt.

2) 5 Arbeitszimmer im Zuchthause und 5 Arbeitszimmer im Zwangsarbeitshause, damit in jeder Anstalt die männlichen Sträflinge von den weiblichen getrennt und die Männer in 3 und die Weiber in 2 Classen abgesondert werden können. In den Arbeitszimmern ist für jeden Gefangenen durchschnittlich ein Raum von 50 □Fuß erforderlich. Da das Zuchthaus 22 männliche und 8 weibliche und das Zwangsarbeitshaus 28 männliche und 8 weibliche Sträflinge aufzunehmen hat, so würden die Arbeitszimmer
   a. im Zuchthause, für die männlichen Gefangenen zusammen eine Größe von 1100 □Fuß, und für die weiblichen Gefangenen eine Größe von 400 □Fuß,
   b. im Zwangsarbeitshause, für die männlichen Gefangenen eine Größe von 1400 □Fuß, und für die weiblichen Gefangenen eine Größe von 400 □Fuß haben müssen.
3) In jeder Anstalt ein Zimmer in gewöhnlicher Größe für Gebildete.
4) Ein Saal für Abhaltung des Gottesdienstes etwa 600 □Fuß groß.
5) Ein größeres Krankenzimmer für die männlichen und ein kleineres für die weiblichen Gefangenen.
6) Zwei Zimmer zur Aufbewahrung der Materialien und Arbeitsgeräthe.
7) Ein Zimmer für fertige Fabrikate.
8) Ein Zimmer für Leib- und Bettwäsche.
9) Ein Zimmer zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke für die Gefangenen.
10) Ein Zimmer für den Inspector der Anstalt.
11) Ein Zimmer zur Vornahme gerichtlicher Handlungen, welches zugleich von dem Prediger bei besondern Unterredungen mit den Gefangenen, von dem Arzte der Anstalt, wenn Sträflinge einzeln zu untersuchen sind, und als Ansprachzimmer bei Unterredungen der Gefangenen mit Auswärtigen benutzt werden könnte.
12) Eine Todtenkammer.
13) Eine Wohnung für den Zuchtmeister, bestehend aus 2 bis 3 Stuben, 3 Kammern, Keller, Küche und Bodenraum.
   Da der Zuchtmeister die Verwaltung des Lombards und der Leihbank nicht wohl ferner behalten kann, so werden die angegebenen Räume für ihn genügen.
14) Vier Zimmer für die Zuchtknechte.
15) Die nöthigen Wirthschaftsräume, insbesondere eine Kochküche, Vorrathskammer und Keller.
16) Eine Waschküche.
17) Eine Badestube, und
18) eine Wachtstube.

Das Gebäude muß mit einer Umfassungsmauer von mindestens 12 Fuß Höhe umgeben werden, und der Raum zwischen der Umfassungsmauer und der Anstalt muß mindestens eine Tiefe von 15 Schritten haben, damit derselbe zur Bewegung für die Gefangenen, als Fahrbahn für die nöthigen Baufuhren und Feuerspritzen, und zum Wäschetrocknen im Sommer benutzt werden kann. Zwischen die Umfassungsmauern würde am zweckmäßigsten eine Stallung für das Vieh und ein Schoppen zur Aufbewahrung des Brennmaterials einzubauen seyn. Auf und resp. neben dem Zuchthofe würde noch

eine Bleiche, eine Düngestätte, ein Brunnen und Abzugscanäle für die Abtritte ꝛc. anzulegen seyn.

Die Kosten eines solchen Gebäudes werden von dem Baumeister Brune in dem Gutachten Anlage B auf 25 bis 30,000 Rthl. angeschlagen. Eine genauere Kostenberechnung läßt sich ohne Vorlage eines Bauplans nicht anfertigen, und ein Bauplan kann nicht wohl entworfen werden, bevor der Bauplatz festgesetzt und über das in der Anstalt anzuwendende Strafsystem eine Bestimmung erfolgt ist. Sobald dieß geschehen, wird die Commission nicht verfehlen, Hochfürstlicher Regierung einen vollständigen Bauplan mit den nöthigen Baurissen und Kostenanschlägen zu überreichen.

Die Anlagen des geehrten Rescripts vom 13ten August d. J. sind gehorsamst wieder angeschlossen.

Detmold, den 7ten October 1844.

Piderit. Petri. Wasserfall.

Die Salubrität des hiesigen Zuchthauses betreffend.

G. P. M.

Da das Strafgesetz mit der Entziehung der Freiheit und der Verurtheilung zum Straf-Arreste nicht eine Verkürzung des Lebens beabsichtigt und da der Zweck der moralischen Besserung durch die Strafe, ohne die angemessene Sorge für die Erhaltung des physischen Wohls der Gefangenen, unerreichbar ist: so erscheint es ebensowohl als eine Forderung der Gerechtigkeit, wie der Humanität: daß für die Gesunderhaltung der Straf-Gefangenen thunlichst gesorgt werde.

Allerdings ist ein verbrecherisches Leben an sich schon der Erhaltung der Gesundheit zuwider, und die Entziehung der Freiheit ist an sich schon eine Krankheitsursache: allein bis zu diesen Verhältnissen kann sich die Sorge für das Gefängnißwesen nicht erstrecken, sie liegen über dasselbe hinaus.

Nicht abzuweisen ist aber die Frage: ob unsere bisherige Strafgefangenanstalt jenen Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität genüge? Dieselbe wird daher etwas näher zu erörtern seyn.

Um über die günstigen oder ungünstigen Salubritäts-Verhältnisse des hiesigen Zuchthauses zu entscheiden, genügt es nicht, die Mortalitäts-Tabelle desselben aufzustellen. Diese würde durch ein zu günstiges Resultat täuschen, weil Gefangene, die an unheilbaren, chronischen Krankheiten leiden, häufig begnadigt und zu den Ihrigen entlassen werden, wo sie dem Tode entgegengehen, ohne in jener Tabelle zu zählen, und zweitens: weil Viele während ihres Aufenthalts im Zuchthause einen Keim des chronischen Siechthums und des Todes in sich aufgenommen haben, der erst nach länger beendigter Strafzeit sich ausbreitet, und darum auch nicht in der Mortalitäts-Tabelle berücksichtigt werden kann.

Es würde nicht minder vergeblich seyn, wenn man in der Zahl der wegen Krankheit ausfallenden Arbeitstage ein Verhältniß zur Bevölkerung der Anstalt, einen Beweis für oder wider die Salubrität der letzteren suchen wollte; denn es sind häufig Züchtlinge krank, ohne von der Arbeit abzulassen. Die Unfähigkeit zur Arbeit wird von der Inspection nur in dringenden und augenscheinlichen Fällen ausgesprochen, wie es auch erforderlich ist, um absichtlichen Täuschungen von Seiten der Gefangenen zu entgehen. Es sind meistens nur die fieberhaften und bettlägerigen Kranken, die nicht arbeiten; die chronischen Kranken ar-

beiten fort. Dann ist es auch Thatsache, daß viele Gefangene, trotz wirklichen Krankseyns, die Arbeit nicht aufheben mögen, um nicht den zu gewinnenden Ueberverdienst und die damit zu erreichenden Erquickungen entbehren zu müssen.

Beiläufig mag hier erwähnt werden, daß diese Einrichtung des Ueberverdienstes sich als höchst zweckmäßig bewährt, Fleiß und Ordnung besser erhält, als strenge Aufsicht und Strafen es thun würden, und mehr leistet, als viele jetzt theoretisch verfochtenen Ansichten und Pläne in Betreff der künstlich zu bewahrenden Disciplin und der moralischen Besserung. Die freiwillig eifrige Arbeit führt auch zur Besserung. Es ist jener Ueberverdienst eine fortlaufende Prämie auf den Fleiß, wohl berechnet auf die menschliche Natur, da eine Förderung des Guten weiter führt, als eine Unterdrückung des Schlechten.

Die etwaige Voraussetzung: daß die ärztliche Thätigkeit, welche die Züchtlinge in Anspruch nehmen, die Zahl der verschriebenen Recepte, die Summe der verwendeten Arzneykosten, einen Maaßstab abgeben könnte zur Beurtheilung der Salubrität der Anstalt, würde auch leicht zum Irrthum führen.

Es wird zwar die ärztliche Thätigkeit von Seiten der Züchtlinge außerordentlich häufig angesprochen, aber es läßt sich dieselbe nicht nach der Zahl der Arzneyverordnungen und nicht nach dem Betrage der Arzneykosten bemessen. Die letztern sind zwar nicht unbedeutend, aber doch gering in Betracht der Zahl und Dauer der vorkommenden Krankheitsfälle. Die Arzneyverwendung wird möglichst beschränkt, denn wenn es nicht thunlich ist, die fortwirkende Ursache einer Krankheit zu heben, wie es hier so häufig der Fall ist, da kann die Arzney gar nicht oder doch nur palliativ wirken. Wo die praktische Medicin ihren obersten Grundsatz: Tolle causam! nicht befolgen kann, findet sie sich in ihrer Wirksamkeit sehr beengt. Ist aber ein Arzneygebrauch unerläßlich: so werden stets die einfachsten und billigsten Mittel, soweit es geschehen kann, vorgezogen.

Da es nun nach dem Vorstehenden, an statistischen und in Zahlen ausdrückbaren Beweisgrößen mangelt, womit die gesundheitsnachtheilige Beschaffenheit des hiesigen Zuchthauses dargethan werden könnte: so bleibt Nichts übrig, als für das ärztliche Zeugniß über diese Frage einiges Zutrauen zu fordern, da es sich auf eine vieljährige Beobachtung und Erfahrung stützt.

Sobald der Arzt im Zuchthause erscheint, melden sich sofort eine Menge Kranker, und es würde in der That unrecht seyn, wenn man die Klagen derselben in der Mehrzahl der Fälle für unbegründet oder simulirt halten wollte. Der Wundarzt der Anstalt wird so oft beschickt und herbeschieden, daß er im Jahre vielleicht 100 bis 200 mal das Zuchthaus besuchen, und gewöhnlich bei jedem Besuche mehrere Kranke behandeln muß. Dieß ist bei durchschnittlich 30 Gefangenen in den mittleren Lebensjahren gewiß ein ungewöhnliches Verhältniß.

Die Krankheiten, welche in dem hiesigen Zuchthause meistens vorkommen und sich stets wiederholen, sind: Drüsenanschwellungen, Verhärtungen der Hals-, Brust- und Achsel-Drüsen, die jeder Behandlung widerstehen, oder nach temporärer Besserung schnell wiederkehren, nach der Entlassung aber zu verschwinden pflegen. Diese Scrophelsucht der Erwachsenen ist hier einheimisch.

Sie steht in Beziehung zu den häufigen Krankheiten der Verdauungs-Organe, Magenkrampf, Colik, Blähsucht, Säure und Schleimbildung in den ersten Wegen, zu den Anschwellungen der Gekrösdrüsen, den Verhärtungen der Leber und Intumescenzen der Milz. Nach kürzerer oder längerer Zeit pflegen sich damit Störungen im Kreislauf des Bluts zu verbinden, Hämorrhoiden, Herzklopfen, aussetzender Puls, organische Herzkrankheiten. In vielen Fällen werden die Respirations- und Harn-Organe in die

Krankheits-Sphäre hineingezogen, Husten, Engbrüstigkeit, Bluthusten, Schwindsucht oder Harnverhärtung und wassersüchtige Anschwellungen der unteren Extremitäten und des Bauchs treten dann auf. Wo sich die Natur eine Ausscheidung des Krankheitsstoff durch die äußere Haut schafft, da entstehen Geschwüre, entweder varicöse, an den untern Extremitäten, oder Drüsengeschwüre, die keine dauernde Heilung zulassen. Das Hautorgan, welches, durch Ausscheidung der in den Säften vorhandenen Auswurfsstoffe, soviel zur Erhaltung der Gesundheit beiträgt, wenn es durch Arbeit in freier Luft in reger Thätigkeit erhalten wird, ist schlaff, bleich, saftlos, zu Anschwellungen, Verschwärungen, torpiden Hautausschlägen stets geneigt.

Es ist begreiflich, daß bei solchen Zuständen auch das Nervensystem afficirt werden muß, daß Verstimmungen des Gemeingefühls bis zur Melancholie, Schwindel, allgemeine Schwäche und Krämpfe in den verschiedensten Organen zu den häufigen Erscheinungen gehören.

Dieses hier nur in allgemeinen Umrissen angedeutete Heer von Krankheitserscheinungen gehört ausschließlich in die Classe der chronischen Uebel, die weit mehr, als die fieberhaften, durch Schädlichkeit in der Lebensweise der Menschen erzeugt werden.

Fragen wir nun nach der Quelle aus der so reichlich jene Leiden, insbesondere in dem hiesigen Zuchthause, hervorkommen: so läßt sich dieselbe kurz bezeichnen, als hervorgehend aus dem Hause, der Arbeit und der Kost.

1) Das Haus.

Es liegt bekanntlich in der niedrigsten Gegend der Stadt Detmold, auf dem s. g. Zuchthofe, einem engen, von hohen Mauern umgebenen Hofe. Die längere Fronte ist gegen Westen gerichtet, die Ostseite ist durch ein unmittelbar anstoßendes Bürgerhaus ganz gedeckt, die schmale Südseite ist nicht bewohnt, die Nordseite stößt an den Schloßgraben. Es besteht aus einem massiven Erdgeschoß und Dachstuben. Das Erdgeschoß hat nur 2 größere, kellerartige Gemächer, und ist der Aufenthaltsort für den größten Theil der männlichen Züchtlinge, das eine ist das Arbeits- das andre das Schlafgemach. Früher wurden beide gleichzeitig als Arbeits- und Schlaf-Zimmer benutzt, was vielleicht weniger gut war, allein doch größtentheils damit aufgewogen wird, daß das Arbeits- wie das Schlaf-Gemach jetzt zur Zeit des Gebrauchs auch überfüllt ist. In einigen Dachstuben wohnen die weiblichen Gefangenen, in andern der Zuchthausknecht mit seiner Familie, andre werden zum Aufbewahren der Arbeits-Materialien benutzt.

Die Einrichtung der Abtritte ist sehr unzweckmäßig, weil die Excremente in den beiden Gemächern des Erdgeschosses stehen bleiben, und 3 mal täglich hinausgetragen werden. Ebenso ist die Ventilation ungenügend. Die Sonne wirft nur spärliche Abendstrahlen in das Erdgeschoß. Ein eigenthümlicher specifischer Gestank durchdringt das Haus und ist nicht zu vertreiben.

Kurz, was man von den hinreichend bekannten Eigenschaften dieses Hauses als Strafanstalt sagen mag, involvirt einen Tadel. Gutes läßt sich nicht davon sagen. Es hat nichts, was sich loben ließe, sey es in Betracht der Salubrität, oder in jeder andren Beziehung. Es ist zu eng, entbehrt der nöthigen Räumlichkeit, der Räume im Freien, passender Umgebung, ist feucht, absonnig und atmosphärisch wie moralisch verpestet.

2) Die Arbeit.

So lange die Züchtlinge zu Arbeiten im Freien ausgeschickt und verwendet wurden, erhielt sich ihre Gesundheit wahrscheinlich besser, als jetzt. Aber seitdem man dem Publicum den Anblick der Ketten und des Unglücks entzieht, das der Staat einem Theile seiner Genossen zuzufügen sich gezwungen sieht, die Züchtlinge auf ihre Zimmer beschränkt

und sie ausschließlich mit Stubenarbeiten beschäftigt, hat die Gesundheit derselben mehr leiden müssen.

Der kleine von hohen Mauern eingeschlossene, mit der Straße durch einen Thorweg communicirende Hofraum, wird nicht als Arbeitsplatz benutzt und möchte auch schon der Sicherheit wegen dazu nicht geeignet seyn, weil die Pforte nicht längere Zeit geschlossen bleiben kann. Während der Arbeit bleiben also die Züchtlinge in ihrem Kellerraume eingeschlossen. Die Arbeit, die hier vorgenommen wird, besteht fast ausschließlich in Wollspinnen, und ist gleichfalls der Gesundheit nachtheilig. Die Wolle muß, um verarbeitet zu werden, nicht allein ihr eignes natürliches Fett haben, sondern sie wird noch mit fettigen Substanzen, besonders mit Thran getränkt. Durch das feine Zertheilen der Wolle beim Spinnen wird ein Theil jener Substanzen der Luft mitgetheilt; diese wird also nicht allein mit den menschlichen Ausdünstungen der Gefangenen, sondern auch noch mit thierischen reichlich geschwängert, und nimmt, nebst dem eigenthümlichen Geruche alle die der Gesundheit nachtheiligen Eigenschaften an, welche von einer solchen azotisirten und carbonisirten Atmosphäre bekannt sind. Diese Malaria wird durch die Haut und die Lungen wieder aufgenommen, verdirbt die Säfte und erzeugt die Scrophelsucht der Erwachsenen, mit den oben geschilderten Erscheinungen und Folgen. Eine andre, oder abwechselnd andre Beschäftigung, die aber ohne die geeigneten Räume nicht gegeben werden kann, ist ein dringendes Bedürfniß.

3) Die Kost.

Die Kost bestand früher aus einer Portion Schwarzbrodt für den Tag, und Mittags einer Portion Suppe für 1 bis 1½ Mgr. Seit 1½ Jahren ist die wohlthätige Einrichtung getroffen, daß Morgens eine Portion Milchsuppe hinzukommt, jedoch nicht alle Tage, sondern nur 4 mal in der Woche.

Bedenkt man dabei, daß diejenigen, welche ein Ueberverdienst haben, sich Fett, Eier, und dgl. kaufen können, und daß diejenigen, welche keine Virtuosen im Spinnen sind, doch durch die Mildthätigkeit ihrer Leidens-Gefährten — gegen Uebernahme kleiner Arbeiten, des Fegens, Bettmachens u. s. w. — an jenen Erquickungen participiren: so ist diese Beköstigung an sich so übel nicht.

Sie würde zwar, nach meiner Ansicht, noch besser seyn, wenn die Mittagskost nicht durch Entrepreise beschafft, sondern in der Anstalt bereitet würde, wie im Strafwerkhause; allein auch in ihrer jetzigen Beschaffenheit wäre sie nicht zu schlecht, wenn nicht die Schädlichkeit ad I. und II. hinzukäme.

Es kann vielleicht ein Landmann, der im Freien arbeitet, bei dieser Kost gesund bleiben. Ja, es kann ein solcher, bei nahrhafter Kost, vielleicht auch die Schädlichkeit einer solchen gemeinsamen Schlafstätte überwinden. Endlich kann ein Wollspinner, der in luftigen Räumen arbeitet, und abwechselnd die frische Luft und Bewegung im Freien hat, auch wohl gesund bleiben. Aber wo diese 3 Schädlichkeiten zusammentreffen, wie bei unsren Züchtlingen, eine crude Nahrung, eine verdorbene Atmosphäre, eine kellerartige, feuchte, absönnige Wohnung, und die Entbehrung der Freiheit, da können die oben geschilderten Krankheitszustände nicht vermieden, nicht verhütet und nicht geheilt werden, wie es die Erfahrung in unzähligen Fällen bewiesen hat.

Mehr Isolirung der Gefangenen, bessere Arbeitsräume, abwechselnd Arbeit in freier Luft, eigne Menage, körperliche Reinlichkeit, sind die Punkte, welche auch in gesundheitlicher Beziehung bei einer Reform unsrer Strafanstalten, ernste Berücksichtigung verdienen, damit nicht zu einer moralischen Verwilderung ein körperliches Siechthum sich geselle, damit nicht eine unverdiente Strafe an der Gesundheit die Gefangenen treffe, und

der Entschluß zur Besserung in ihnen nicht ohnmächtig werde, durch eine bleibende körperliche Abspannung und Schwäche.

Detmold, den 16. Mai 1844.

K. Piderit. Dr.

Technisches Gutachten über die bauliche Beschaffenheit des Zuchthauses in Detmold.

Von den Herren Regierungsrath Piderit, Canzleirath Petri und Rath Wasserfall aufgefordert, über die dermalige bauliche Beschaffenheit des hiesigen Zuchthauses ein technisches Gutachten abzugeben, verfehlt der Unterzeichnete nicht, in Folge seiner genauen Kenntniß dieses Gebäudes aus mehrern zu verschiedenen Zeiten unter seiner Leitung darin ausgeführten Reparaturen und Veränderungen, nachstehenden Bericht darüber zu erstatten:

1) Schon beim bloßen Durchwandern der in der Mansarde dieses Hauses befindlichen Abtheilungen muß Jedem die außerordentliche Unebenheit des Fußbodens daselbst auffallen. Diese Unebenheit hat nur in starken Senkungen der Balkenlage ihren Grund, und diese Senkungen erklären sich wiederum nur daraus, daß die Mansarde so vielfach mit Wänden durchbaut ist, die sichtlich fast überall der nöthigen Stütze entbehren, während das Stockwerk unmittelbar darunter fast nur große hohle Räume enthält. Ja, es geht aus dem vom Unterzeichneten unterm 17. Juni 1832 Fürstlicher Regierung eingereichten Risse von diesem Gebäude zumal deutlich hervor, wie man beim Durchbau der Mansarde früher mit einem solchen Leichtsinne verfahren ist, daß sogar die wenigen Mauern im untern Stockwerke nicht einmal überall zur Stützung der obern Wände benutzt sind, die Last der letztern also fast lediglich die verhältnißmäßig viel zu schwache Balkenlage trifft.

Man hat sich daher späterhin veranlaßt gefunden, unter der Balkenlage da wo ein Durchbruch allzusehr zu befürchten stand, noch besondere hölzerne Träger und Stützen anzubringen. Allein trotz dem bleibt mit Recht zu besorgen, daß ein Einsturz mal plötzlich an der einen oder andern Stelle stattfinde. Denn es ist hierbei noch besonders zu berücksichtigen, daß die Enden der Balkenlage, mithin deren Hauptstützpunkte, unmittelbar unterm Dache, und zwar unter einem Dache ruhen, welches nur aus Hohlziegeln mit Strohdocken-Unterlage besteht, inwendig aber entweder verschaalt oder ausgewellert ist, so daß also Fehler im Dache selten zur gehörigen Zeit und an der rechten Stelle beobachtet werden können, folglich, da jene Bedachungsart ohnehin niemals ganz wetterfest sein kann, manche der Balken-Enden schon durch eingedrungenen Schnee und Regen stockig und faul geworden seyn mögen. In der That sind bereits bei der im Jahre 1843 geschehenen Einrichtung einiger neuer Gefängnisse in der Mansarde an der Stelle, wo sich damals noch die Zuchtmeister-Wohnung befand, mehrere dergleichen Gebrechen zum Vorschein gekommen, die nicht einmal gründlich reparirt werden durften, weil man besorgen mußte, dadurch gleichzeitig die untern Hauptgefängnisse zu sehr blos zu stellen.

2) In Folge der Senkung der untern Balkenlage hat denn auch die obere Balkenlage oder das Deckengebälke der Mansarde die nothwendige Stütze verloren, und ist dieses Gebälke theils durch das eigene Gewicht, theils durch die nicht unerhebliche Belastung von Holz- und Stroh-Vorräthen ꝛc. ebenfalls stark durchgedrückt. Namentlich

hat hierzu auch das bedeutende Gewicht zweier über der Mitte dieses Gebälkes gegeneinander geschleifter Schornsteine beigetragen, und hinwiederum ist dadurch für eben diese Schornsteine große Gefahr herbeigeführt. Denn so wie das Gebälke sank, mußten auch die Schleifstützen oder Schlepphölzer der Schornsteine und mit diesen die Schornsteine selbst sinken; und da letztere nur eine spröde unbiegsame Masse bilden, so mußten nothwendig Risse darin entstehen, die möglicherweise eben da wo sie am wenigsten in die Augen fallen, nämlich zwischen dem Gebälke, am ersten gefährlich werden können, insofern in einem der Schornsteine mal Feuer ausbrechen sollte. Mit Recht ist daher auch das Schleifen der Schornsteine in der Verordnung vom 10. Februar 1829 sub I. 4 gänzlich verboten, und wenn hiernach zwar die Beibehaltung solcher Schornsteine in alten Gebäuden noch wohl gestattet ist, so sollte man sie bei ihrer anerkannten Feuergefährlichkeit doch am wenigsten in einem öffentlichen Gebäude, wie dem Zuchthause, dulden, bei dessen vollkommener Sicherheit das Wohl nicht nur der Stadt, sondern auch des ganten Landes, in so hohem Grade betheiligt ist.

3) Der obere Theil des Mansarde-Daches, oder dessen Kappe, ist gleich dem untern Theile nur mit Hohlziegeln in Strohdocken eingedeckt, für eine solche Eindeckungsart aber jedenfalls allzuflach construirt, so daß hier Regen und Schnee immerhin allzu leicht eindringen können. Die nachtheiligen Folgen sind an den hin und wieder schon stark angefaulten Sparren und Latten deutlich genug zu erkennen. Dabei ist auch die Fachweite der Sparren für die Stärke der Latten viel zu groß, so daß letztere sich schon überall mehr oder minder stark durchgebogen haben. Eine gründliche Instandsetzung dieses Daches ist deshalb ohne dessen gänzliche Erneuerung kaum möglich, jedenfalls nur mit solchen erheblichen Kosten zu bewerkstelligen, welche mit der nachgewiesenen schlechten Beschaffenheit des übrigen Theiles dieses Gebäudes ganz außer Verhältniß stehen dürften.

Da nach diesem Allen nur allein die Mauern des untern Stockwerks als gehörig fest, sicher und dauerhaft betrachtet werden können, so muß der Unterzeichnete für den Fall daß dies Zuchthaus noch eine Reihe von Jahren beibehalten werden müsse, für nöthig erklären, den ganzen obern Theil bis auf jene Mauern herab, rein ab- und auszubrechen, auf letztere alsdann noch ein zweites oder gar nach Bedürfniß noch ein drittes Stockwerk zu errichten, und sodann nur ein einfaches aber festes Dach darauf zu setzen.

Statt einer so bedeutenden Veränderung dieses Gebäudes würde jedoch weit mehr anzurathen seyn, dasselbe in seinem jetzigen Zustande mit sammt dem Platze zu verkaufen und dafür an einer andern Stelle ein ganz neues Zuchthaus zu errichten. Denn bei gleichem Umfange der Gebäude und bei gleichem Werthe ihrer Plätze würde alsdann der Neubau sicherlich noch nicht mehr kosten als die Veränderung des alten Gebäudes mit Hinzurechnung seines Verkaufspreises zu stehen kommen dürfte. Der Neubau würde dann aber noch den doppelten Vortheil gewähren, daß Vieles zweckmäßiger darin eingerichtet werden könnte und daß für einstweilige Unterbringung der Züchtlinge in einem andern Locale, was bei gedachter Veränderung des alten Hauses, theilweise wenigstens, als unumgänglich nöthig sich erweisen möchte, keine Sorge getragen zu werden brauchte.

Wenn inzwischen, wie dem Unterzeichneten eröffnet worden, in Folge der Einführung eines neuen Criminal-Gesetzbuches für hiesiges Land ein vereinigtes Zwangsarbeits- und Zuchthaus mit folgenden Räumlichkeiten erforderlich ist:

4 Arbeitssäle von je circa 500 □F. Grundfläche,
4 dergleichen von je circa 300 □F.,
1 Saal für den Gottesdienst, 750 — 800 □F. groß,
66 Schlafzellen von circa 100 □F.,

2 — 3 Krankenzimmer,
6 Zimmer zur Aufbewahrung von Materialien, Wäsche u. s. w.,
4 Zimmer für Zuchtknechte,
1 Verhör-Zimmer,
1 Zimmer nebst Registratur für den Inspector,
eine vollständige Wohnung für einen verheiratheten Zuchtmeister,
endlich noch außer den sonst erforderlichen Wirthschaftsräumen
1 Badestube,
1 Todtenkammer,
1 Wachtstube und
3 bis 4 abgetheilte Höfe; —

so liegt auf der Hand, daß an eine Anstalt von solcher Ausdehnung auf dem jetzigen Zuchthofe nicht im Entferntesten gedacht werden kann, dieselbe vielmehr nur durch einen völligen Neubau an viel räumlicher Stelle in zweckmäßiger Art zu erreichen steht. Was dann schließlich die Kosten eines solchen Neubaues betrifft, so lassen sich dieselben, bevor nicht der Bauplatz genau bestimmt und nicht auch nach Maaßgabe desselben ein genauer Entwurf ausgearbeitet ist, kaum annähernd überschlagen. Mit einer Summe von 25 bis 30,000 Rthl. dürfte jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach völlig auszureichen seyn.

Detmold, 19. August 1844.

Brune.

---

12. Proposition,

die Trennung des Staatshaushalts von dem Domanialhaushalte betreffend.

In Gemäßheit der, auf den Antrag Löblicher Stände vom 21. December 1842, in dem Landtags-Abschiede vom 18. Februar 1843 ertheilten Zusicherung sind die Vorbereitungen zur Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte getroffen und wird Löblichen Ständen in der Anlage 1 und deren Nebenanlage das Resultat derselben vorgelegt.

Wenn auf dem Grunde dieser Vorlagen die beabsichtigte Trennung bewirkt werden kann, so ist das schöne Ziel erreicht, alle Zweige der Staats-Finanz-Verwaltung in Eine Generalcasse zu vereinigen, sie unter Eine Generalcontrole zu stellen und von dieser aus die Fonds zu bemessen, welche für das Wohl der Unterthanen verwendet werden müssen und verwendet werden können, so wie die verschiedenen Bedürfnisse der Staatsverwaltung nach den Kräften des Landes gleichmäßig zu berücksichtigen.

Es hat zwar, weil jenes Ziel nur noch in Aussicht steht, auf dem gegenwärtigen Landtage der Etat der Landcasse für die nächste Finanz-Periode in der bisherigen Form vorgelegt werden müssen; sollte jedoch die Trennung bewirkt werden können, so wird alsdann das sich nöthig machende anderweitige Budget auch außer dem gewöhnlichen Landtage entworfen und berathen werden können. Die Regierung hält es nur für nöthig, um künftigen Irrungen vorzubeugen, schon jetzt die Bedingungen und Grundsätze auszusprechen, nach welchen allein Serenissimus der Trennung des Staatshaushalts von dem Domanialhaushalte Höchst Ihre Genehmigung ertheilen und welche der Verwaltung der Staatsfinanzen künftig zur Norm dienen werden. Diese Bedingungen und Grundsätze sind folgende.

1) Es wird zwar der Landständischen Verfassungs-Urkunde gemäß auf jedem Land-

tage der Etat der Landesbedürfnisse auch ferner vorgelegt und darin das Erforderniß jedes Zweiges der Staatsverwaltung möglichst genau nachgewiesen werden; es kann jedoch

2) hierdurch eine Beschränkung des der höchsten Person des Landesregenten zustehenden Rechts der Anstellung und Besoldung der Staatsdiener nicht herbeigeführt werden. Es wird sich vielmehr das künftig vorzulegende Reglement der Dienstgehalte darauf beschränken, das **maximum** und **minimum** der Gehalte für die verschiedenen Classen der Staatsdiener festzusetzen, welches nicht wird überschritten werden. Innerhalb der Gränzen desselben aber muß es dem höchsten Ermessen **Serenissimi** anheim gestellt bleiben, den Gehalt jedes Einzelnen zu bestimmen und für jeden Dienstzweig so viel Beamte anzustellen, als das Bedürfniß fodert.

Ebenso bleibt die Bewilligung von Pensionen dem höchsten Ermessen **Serenissimi** lediglich überlassen; jedoch werden HöchstDieselben ein Pensions-Reglement ausarbeiten und zur landständischen Berathung vorlegen lassen.

3) Sämmtliche mit der Landes-Administration in Beziehung stehenden Rechnungen werden von der Regierung abgenommen, den Ständen verbleibt jedoch die Superrevision, mit welcher die Ausschuß-Deputirten, denen die Rechnungen nebst Belegen, sofort nach geschehener Abnahme, mitgetheilt werden sollen, beauftragt werden können. Die etwa erforderlichen Erläuterungen werden auf Begehren ertheilt werden und bleibt das den Ständen zustehende Recht der Erinnerungen unbeschränkt.

Nomine Serenissimi werden Löbliche Stände gesonnen sich über den ganzen Inhalt der gegenwärtigen Proposition zu erklären und ist die Regierung gern erbötig Erläuterungen und nähere Nachweisungen, welche etwa noch erforderlich seyn sollten, durch eine zu ernennende Commission zu ertheilen.

Anlage 1.

Die in Antrag gekommene Trennung des Staats- und Domanial-Haushalts erfordert, daß die Ausgaben, welche Fürstliche Cammer bisher für das Land oder für Staatszwecke bestritten hat, auf die Landcasse übergehen und dieser dagegen auch die Einnahmen überwiesen werden, welche Fürstliche Cammer bisher vom Lande zur Bestreitung jener Ausgaben erhalten hat.

In der Anlage sind sowol jene Ausgaben als diese Einnahmen zusammengestellt; es liegt dabei der neueste Cammer-Etat vom Jahre 1844 zu Grunde.

Zu jenen auf die Landcasse übergehenden Ausgaben gehören darnach die Gehalte und Pensionen der Staats- und sonstigen Dienerschaft, welche nicht zum Ressort der Cammer gehört, bisher aber aus der Landrentei ganz oder theilweise salarirt wurde, namentlich die Gehalte und Pensionen des Regierungs-Collegii, der Justizcollegien, der Justiz-Beamten, der Kirchen- und Schuldiener.

Zu den Justizbeamten gehören auch die Amtsassessoren, welche bloß als Amtschreiber fungiren. Sind sie zugleich Hebungsbeamte, so stehen sie als solche auch im Dienste Fürstlicher Cammer, mit welcher bei deren Anstellung Rücksprache zu nehmen ist und welcher daher auch billig die Hälfte ihres Gehalts zur Last bleibt. Dies gilt auch von denjenigen Hebungsbeamten, welche nicht zugleich Amtsschreiber sind, welche deshalb auch ferner von Fürstlicher Cammer zu ernennen, jedoch wegen der ihnen obliegenden Contributionshebung und der sonstigen wichtigen Geschäfte, welche sie für die Regierung und die Communen versehen, z. B. des Wegebaus, zur Hälfte aus der Landcasse zu besolden

seyn werden. Hiernach ist die Berechnung in der Anlage aufgestellt. Uebrigens müssen auch die Justizbeamten oder die Aemter, da sie nicht blos Justiz- und Polizei-, sondern auch Verwaltungsbehörden sind, der Fürstlichen Cammer in dem Bereiche der Domanial- und Forstverwaltung untergeordnet bleiben.

Von den Pensionen, welche bisher aus der Landrentei erfolgten, bleibt beinah die Hälfte, der Berechnung zufolge, Fürstlicher Cammer zur Last. Hinsichtlich der Pensionen der Hebungsbeamten ist, wie bei deren Gehalten, das Princip der Theilung befolgt und sind dieselben darnach zur Hälfte in die Berechnung der auf die Landcasse übergehenden Ausgaben aufgenommen.

Die bisher aus der Landrentei an die Prediger und Schullehrer und deren Wittwen bezahlten Gehalte und Pensionen liegen offenbar außer dem Bereiche des Cameral-Haushalts und müssen auf den Landcasse-Etat übernommen werden. Es sind jedoch davon die Ausgaben für Arme oder an milde Fonds abgesetzt, welche als Ausflüsse landesherrlicher Mildthätigkeit nicht zur Uebernahme auf die Landcasse geeignet zu seyn scheinen.

Bei den Amts-Unterbedienten, welche ihre Gehalte bisher theils aus den Rent- und Sporteln-, theils aus den Contributions-Rechnungen erhielten, ist zu unterscheiden, ob sie für die Justiz oder für die Verwaltung angestellt sind. Die Gehalte jener, der Amtspedellen, Amtsdiener, Gefangenwärter u. s. w. müssen ganz auf die Landcasse übergehen, da die Justizverwaltung ganz außer dem Ressort der Cammer liegt. Die übrigen, namentlich die Bauerrichter, welche die Contribution und die Rentgefälle zu heben und zugleich Polizei- und Communal-Geschäfte zu besorgen haben, müssen auch ferner gemeinschaftliche Diener bleiben und ihre Gehalte aus den bisherigen Cassen fortbeziehen; auch wird deren Anstellung nebst der Sorge für ihre Cautionsbestellung Fürstlicher Cammer verbleiben können. Seit 1821 ist es als Princip angenommen, daß Gehalts-Verbesserungen für dieselben halb auf die Contribution, halb auf die Renten angewiesen werden.

Zu den Kosten der Justizverwaltung, welche auf die Landcasse übergehen, gehören auch die Ausgaben für die Amtslocale, Dienstwohnungen und deren Zubehörungen. Diese Locale und Gebäude gehören jetzt Fürstlicher Cammer, welche dafür zu entschädigen seyn wird. Ein Theil dieser Wohnungen steht mit herrschaftlichen Schlössern in Verbindung, muß deshalb im Besitze Fürstlicher Cammer verbleiben und von dieser ferner unterhalten werden; dafür wird deshalb Fürstlicher Cammer eine angemessene Miethe zu vergüten seyn. Die übrigen können in das Eigenthum der Landcasse übergehen, welche der Landrentei deren Capitalwerth zu erstatten oder zu verzinsen und dieselben künftig zu unterhalten haben wird.

Hiernach sind die betreffenden Ausgabeposten ermittelt und in die Berechnung aufgenommen.

Die übrigen Ausgabe-Titel bedürfen keiner Erläuterung und wird nur im Allgemeinen bemerkt, daß die Berechnungen Irrthümer enthalten und einzelne Posten darin ausgelassen seyn können, deren Berichtigung resp. Ergänzung vorbehalten wird.

Zu den Einnahmen Fürstlicher Cammer, welche der Landcasse zu überweisen seyn werden, gehören zuvörderst die Amtssporteln und Gohgerichts-Strafgelder, als Aufkünfte der Justizverwaltung. Dagegen erscheint es zweckmäßig, die Forstbrüchten der Fürstlichen Cammer zu belassen. Die amtlichen Forstgerichte sind den Gerichten commissarisch übertragen, aus den an denselben erkannt werdenden Straf- und Schadensgeldern werden die Diäten des gesammten Amts- und Forstpersonals und die inerigibeln

Anzeige-Gebühren bezahlt. Diese Ausgabe ist zuweilen größer, als die gesammte Einnahme an Straf- und Schadensgeldern und würden die Strafgelder ohne die Schadensgelder, welche letztere jedenfalls an die Forstcasse abgegeben werden müßten, zur Bestreitung dieser Kosten oft nicht ausreichen. Es erscheint demnach zweckmäßig und zur Vereinfachung des Rechnungswesens wünschenswerth, daß hinsichtlich der Forstbrüchten die bisherige Berechnung beibehalten werde.

Eine fernere Einnahme, welche Fürstliche Cammer abzugeben hat, sind die s. g. Laboresgelder oder Hebungsprocente von der Contribution, so weit dieselben in den Rentrechnungen vereinnahmt werden; ein Theil derselben wird in den Sporteln-Rechnungen berechnet und geht mit diesen auf die Landcasse über. Die Absetzung dieser Procente von der Contribution wird künftig ganz unterbleiben können.

Ferner werden die bisher von Fürstlicher Cammer aus der Landcasse bezogenen Sublevationsgelder künftig, wenn die Trennung des Staats- und Domanial-Haushalts zu Stande kommt, wegfallen, indem dann die Ausgaben ad Publica, für welche diese Hülfsgelder vom Lande bisher zunächst bewilligt wurden, auf die Landcasse übergehen.

Eine andere Revenüe, welche Fürstliche Cammer bisher aus der Landcasse bezog, sind die s. g. Herrengelder. Diese wurden zwar sammt den Kreisgeldern früher von Fürstlicher Cammer unmittelbar gehoben, ihre Erhebung datirt sich vom Jahre 1592 und sind dieselben demnach eine uralte, ständige und von landständischer Einwilligung unabhängige Revenüe Fürstlicher Cammer; da dieselben indeß ein Theil der Contribution, also eine wahre Landessteuer sind, so wird Fürstliche Cammer dieselben bei der Trennung ihres Haushalts von dem Staatshaushalte abzugeben haben.

Anders verhält es sich mit der Einnahme Fürstlicher Cammer vom Erderschen Zoll und mit deren Einkünften aus den s. g. Regalien.

Der Erdersche Zoll wird zwar auch an die Landcasse abzutreten seyn, aber nur gegen vollständige in dem Zollanschlusse begründete Entschädigung Fürstlicher Cammer, welche diese Entschädigung auch jetzt schon für die durch den Zollanschluß herbeigeführte Verminderung dieser Einnahme erhält.

Die Einkünfte aus den Regalien, namentlich die in dem Schutz- und Concessions-Regal begründeten Abgaben von der Judenschaft, das Professionisten- und Webestuhlgeld, die Pächte oder Abgaben von Handels-, Wirthschafts-, Mühlen- und sonstigen Concessionen waren von jeher von ständischer Zustimmung unabhängig, haben seit Jahrhunderten, indem die Regalien bereits im 13ten Jahrhunderte von den Edlen Herren zur Lippe erworben wurden, dem Landesherrn oder dessen Cammer zugestanden und einen Theil des landesherrlichen Hausfideicommisses ausgemacht und daß sie nicht die Eigenschaft einer Staats- oder Landes-Revenüe haben, beweisen die Thatsachen, daß dieselben sich im Amte Blomberg, großentheils wenigstens, im Besitze des erbherrlichen Hauses, welchem bekanntlich keine Staatseinkünfte zustehen, befinden, in den Städten theilweise in die Aerarien fließen und anderwärts häufig auch von Guts- oder Patrimonialherrn genossen werden. Die Abschaffung dieser am Schlusse der Anlage summarisch zusammengestellten Concessions-Abgaben und die Einführung einer Steuer dafür kann zeitgemäß und wird Fürstliche Cammer derselben nicht entgegen seyn; es darf solche aber, wie die Aufhebung des Einliegergeldes, nur gegen vollständige Entschädigung der Landrentei geschehen und darf Fürstliche Cammer dieselben, als integrirenden Theil des Fürstlichen Hausvermögens, nicht anders als gegen eine solche Entschädigung aufgeben. Sie darf dies um so weniger, da der Cameral-Haushalt den Fortbezug dieser Einkünfte

nothwendig erfordert und es selbst bei deren Fortgenuß schwer werden wird, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Landrentei herzustellen. Denn während auf ein erhebliches Steigen der Cammer-Revenüen nicht zu rechnen, bei mehrern derselben vielmehr in Folge der Ablösungen, da diese zu mäßigen Preisen geschehen und die dafür eingehenden Capitalien zu 4 Procent nicht wieder zu belegen sind, ein Zurückgehen zu besorgen ist, haben sich deren Ausgaben z. B. in Folge des Zollanschlusses, welcher die Kosten der Fürstlichen Hofhaltung bedeutend gesteigert und viele Gehaltszulagen nöthig gemacht hat, ferner der Heranziehung der Domänen zu den Gemeindelasten ꝛc. sehr vermehrt und steht eine noch größere Vermehrung derselben bei den steigenden Bedürfnissen der heranwachsenden Durchlauchtigen Prinzen bevor.

Die sonstigen Revenüen der Cammer, namentlich in Rentgefällen, von Meiereien, Forsten, Kornböden, vom Salzwerke ꝛc. kommen hier nicht in Betracht, da die Landcasse keinen Anspruch darauf machen kann.

Neben-Anlage zu Anlage 1.

		℔	ß	℔	ß
	I. Die auf die Landcasse zu übernehmenden Ausgaben berechnen sich, wie folgt:				
	A. Ausgaben, welche der Landrentei abgenommen werden und auf die Landcasse übergehen:				
1)	Die aus der Landrentei bestrittenen Gehalte der Civildienerschaft betragen nach dem General-Etat de 1844	25726	8		
	Davon würden der Landrentei zur Last bleiben:				
	a. Gehalte der Cammermitglieder und der von der Cammer ressortirenden Behörden . . . . . 9368 Rthl. — Mgr.				
	b. von dem sub tit.: an Medicinalpersonen enthaltenen Gehalte des Hofrath Piderit zu 613⅓ Rthlr. . . . 408 — 32 —				
	c. der ebendaselbst verausgabte Gehalt des Hofchirurgus Mosel als Hofzahnarzt, ganz 51 — 4 —				
		9828	—		
	es gehen demnach auf die Landcasse über . . .	—	—	15898	8
2)	Für Kirchen- und Schulbedienten sind aus der Landrentei, nach dem General-Etat de 1844 verausgabt	10825	—		
	Davon verbleiben der Landrentei auch ferner zur Ausgabe die an Armencassen gehenden	593	4½		
	und sind daher von der Landcasse zu übernehmen	—	—	10231	31½
	Latus	—	—	26130	3½

		℔	ß	℔	ß
	Transport	—	—	26130	3½
3)	Der Pensions-Etat der Landrentei beträgt 1844	7788	18 $\frac{5}{6}$		
	davon hat die Landrentei auch ferner zu berichtigen	3707	23¼		
	es gehn also auf die Landcasse über	—	—	4079	7
4)	Die Diäten der Gohgerichts-Commissarien haben pr. fract. betragen	—	—	200	—
5)	Die Ausgabe für Schreibmaterialien ist pp. anzunehmen	—	—	450	—
6)	Die bisher aus den Renten erfolgten Gehalte der Justizbeamten und Amtsassessoren, ohne Hebung, betragen	—	—	7011	2
7)	Die ebendaher erfolgenden Gehalte der Amtsassessoren und Amtschreiber, welche zugleich Hebungsbeamten sind, betragen	871	4		
	davon würde der Cammer auch ferner zur Last bleiben, die Hälfte mit	435	20		
	also auf die Landcasse übergehen	—	—	435	20
8)	Von den ebendaher erfolgenden Gehalten der Hebungsbeamten im Betrage zu: 3253 Rthlr. 4 Gr., die Hälfte	—		1626	20
9)	Die Gehalte der Unterbedienten aus den Renten betragen	2083	28 $\frac{5}{6}$		
	die Cammer übernimmt auch ferner die Gehalte der Bauerrichter mit	1174	3¼		
	es fallen also der Landcasse zur Last	—	—	909	25
10)	An Kosten der Gohgerichte, die bisher aus den Renten verausgabt wurden	—	—	195	30
11)	Für Heizung der Amtstuben und Deputatholz der Beamten	—	—	118	22
12)	Richtergehalte aus den Rentrechnungen . .	—	—	35	34
13)	Diäten bei der Vogelkopflieferung	—	—	40	—
14)	Unterhaltung der zu überweisenden Gebäude . .	—	—	435	—
	NB. Zahlungen, welche die Landcasse an die Landrentei zu leisten hat.				
15)	Zinsen des Capitalwerths der zu überweisenden Gebäude	—	—	2176	—
16)	Miethzins für die, in herrschaftlich bleibenden Gebäuden einzuräumenden Locale	—	—	1045	—
	Summa der von der Landcasse zu übernehmenden Ausgabe . .	—	—	44888	19½
	II. Der Landcasse würden überwiesen resp. zurückgegeben:				
1)	Die Gohgerichts ꝛc. -Strafgelder mit durchschnittlich	1972	—		
	Latus	—	—	1972	—

		ℛ	ℋ	ℛ	ℋ
	Transport	1972	—		
2)	Die Sportelnüberschüsse, die fractionsmäßig betragen	2180	26		
3)	Die in den Rentrechnungen vereinnahmten Labores-Gelder aus der Contribution	248	17		
4)	Die Sublevationsgelder mit	24266	24		
5)	Die Herrengelder	8559	17		
				37227	12
	III. Die Einnahmen, welche die Landrentei an die Landcasse, jedoch nur gegen vollständige Entschädigung abtreten kann, betragen nach durchschnittlicher Berechnung:				
1)	Für Krugwirthschafts-Concessionen			1748	9
2)	— Handels-Concessionen			1780	22
3)	— Ziegelei-Concessionen			81	34
4)	— Apotheken			74	29
5)	— Wrasemeistereien			144	16
6)	— Musik-Markt-Abgaben ꝛc.			769	—
7)	— Mühlen-Concessionen			901	15
	und für 129 Schfl. Roggen, nach der Cammertare berechnet,			107	18
8)	— Professionisten, Webestuhl- und Grützemühlenabgaben . .			1576	20
9)	— Kottenabgaben pp.			518	16
10)	Die Aufkunft vom Weserzoll			2930	5
11)	Von der Judenschaft			1000	—
	Summa			11633	4.

13. Proposition,

wegen der Landesbedürfnisse.

Indem Löblichen Ständen die Regierung in den Anlagen die Etats der Landesbedürfnisse übergiebt, kann sie, was die Landcasse betrifft, die beruhigende Versicherung ertheilen, daß der Finanzzustand derselben in der abgelaufenen zweijährigen Finanz-Periode völlig befriedigende Resultate ergeben hat.

Nach dem Gutachten Löblicher Stände vom 3ten Februar 1843 blieb, wenn der Bestand der Landcasse-Rechnung von 1842 zu 62,000 Rthlr. zu den im Jahre 1843 zu bestreitenden außerordentlichen Ausgaben verwendet und ein Fonds von 39,000 Rthlr. zur Erbauung eines Zuchthauses und eines Landkrankenhauses asservirt wurde, am Schluß des Jahres 1843 ein Deficit von 6293 Rthlr. 25 Mgr. Es sind im Jahre 1843 jene außerordentlichen Ausgaben, mit Ausnahme von 12,000 Rthlr., welche Fürstliche Rentcammer erst im Jahre 1844 in Anspruch genommen hat, bestritten und es hat sich nicht nur kein Deficit, sondern, nach Abzug jener rückständig gebliebenen 12,000 Rthlr. ein Reserve-Fonds von 62,612 Rthlr. beim Schluß der Rechnung von 1843 ergeben. Denn die Landcasse hat zwar im Jahre 1843 an Ablösungs-Capitalien und

zurückbezahlten Activ-Capitalien		7,600	Rthlr.
eingenommen, dagegen aber abgetragen an ritterschaftlichen, übernommenen Wegbau- und sonst zurückbezahlten Capitalien	32,489 Rthlr.		
zinsbar belegt	13,000 "		
		45,489	"
also mehr ausgegeben		37,889	Rthlr.
und einen Bestand behalten von . . .		36,723	"
	=	74,612	Rthlr.
besitzt also, nach Abzug der im Jahre 1844 zu berichtigenden .		12,000	"
einen Reservefonds von		62,612	Rthlr.

Dieser wird sich beim Abschluß der Rechnung von 1844 wahrscheinlich vermehren, da zwar der Wegbau im Jahre 1844 eine Mehrausgabe von etwa 6000 Rthlr. erfordert hat, ohne diese Mehrausgabe aber, wegen des höhern Ertrags der Zoll- und Verbrauch-Steuern, auf einen Ueberschuß von ohngefähr 14,000 Rthlr. zu rechnen seyn wird.

Der Etat für das Jahr 1845 bedarf, in Beziehung auf die besondern Propositionen, nur weniger Bemerkungen.

Zu der Einnahme.

Die Grundsteuer von dem bisher erimirten Grundbesitze ist nach der Angabe des vollendeten Catasters ausgeworfen, aber bis dahin, wegen der streitigen Frage über die Steuerpflicht der Erbpächter Fürstlicher Renteammer und der Kirchen, in diesem vollen Betrage noch nicht gehoben. Es wird von der Entscheidung über die Löblichen Ständen wegen dieses Gegenstandes vorgelegte Proposition abhängen, ob der ausgeworfene Betrag herabgesetzt werden muß oder nicht.

Die Zoll- und Verbrauch-Steuer ist nach ihrem gegenwärtigen Ertrage, der sich schwerlich vermindern wird, in Einnahme gestellt.

Zu der Ausgabe.

Die für den Landrecептor proponirte Zulage von 200 Rthlr. erscheint als nothwendig, wenn die durch den Zollanschluß sehr vermehrten Geschäfte, mit Berücksichtigung der großen Verantwortlichkeit, welche mit ihnen verbunden ist, angemessen remunerirt werden sollen.

In Rücksicht der für die Elementarschulen ausgeworfenen 2000 Rthlr. wird auf die besondere Proposition und in Rücksicht der für die Medicinalcasse beantragten Zuschüsse auf die Bemerkungen zu dem Medicinalcasse-Etat Bezug genommen.

Die Anträge auf einen jährlichen Zuschuß von 1000 Rthlr. für die hiesige Provinzialschule, so wie auf 200 Rthlr. für das Taubstummen-Institut, werden sich ebenfalls durch die besondern Propositionen rechtfertigen.

Es war ein Uebelstand, daß die Erhebung des Einliegergeldes in dem Amte Blomberg, ohngeachtet der Verordnung vom 18. April 1843, noch zugelassen werden mußte, da die Aufhebung desselben nicht ohne Entschädigung der Erbherrlichen Linie in Bückeburg geschehen konnte, hiefür aber kein Fonds vorhanden war. Durch Verhandlungen mit der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung zu Bückeburg und nach den von derselben beigebrachten speciellen Nachweisungen, hat sich herausgestellt, daß diese Abgabe dem Erbherrlichen Hause in dem Jahre 1842 die Summe von 123 Rthlr. 12 Mgr. ertragen hat und würde dieser Betrag auf die Landcasse jährlich zu übernehmen seyn, um die Unterthanen des Amts Blomberg auch in diesem Punkte den übrigen Unterthanen des Landes gleich zu stellen.

Für das Jahr 1846 ist der Etat in den einzelnen Titeln der Einnahme und Ausgabe völlig gleich gehalten, da sich die Mehr-Einnahme an Zinsen von den Activ-Capitalien, welche ohne Zweifel ferner werden belegt werden, wenn der Reserve-Fonds nicht durch den Bau des Zuchthauses und Landkrankenhauses angegriffen werden muß, gar nicht bestimmen läßt. Wenn indessen der Stand der Sache hiedurch nicht verändert wird, so ist auf das Jahr 1846 ein Bestand von 36,499 Rthlr. zu übertragen und wird sich dieser für das Jahr 1847 auf 42,998 Rthlr. erhöhen.

Nomine Serenissimi werden Löbliche Stände gesonnen den Etats, so wie sie vorgelegt worden, ihre Beistimmung zu ertheilen.

---

a) Etat

der Landcasse für 1845.

Tit.		ℛ	ß	₰
	Einnahme.			
	Grundsteuer.			
I.	A. Das Simplum der Contribution der bisher steuerbaren catastrirten Grundbesitzer beträgt 5523 Rthlr. 25 Mgr.; fünf Simplen werden also erbringen 27618 Rthlr. 17 Mgr. 5 Pf.			
	hierzu: Herren-Gelder aus dem Amte Oerlinghausen — " 26 " 3 "			
	27619 Rthlr. 8 Mgr. 2 Pf.			
	davon Zählgelder u. s. w. 4108 " 23 " 4½ "	23510	20	3⅓
	Aus dem Amte Blomberg bis zu beendigter Catastration	635	—	3½
	Aus der Stadt Barntrup 200 Rthlr. — Mgr. — Pf.			
	" " " Lage . 233 " 2 " 3 "			
	" dem Flecken Schwalenberg 58 " 2 " 3 "	491	5	—
	Vom Gute Niedernbarkhausen	102	11	2
	B. Grundsteuer von den bisher Erimirten	2350	9	1
	Summe des Tit. I.	27089	10	4
II.	Hudeschatz.	415	25	1
III.	Zinsen von 41200 Rthlr. Activ-Capitalien.	1636	18	—
IV.	Zoll- und Verbrauch- sowie Maisch und Braumalzsteuer .	118000	—	—
V.	Von Strafen und Confiscationen . . . . . werden zu Unterstützungen der Zollbeamten verwendet und daher besonders berechnet.	—	—	—
VI.	Niederlage-Gebühren	80	—	—
VII.	Außerordentlich	200	—	—
	Summe der Einnahme	147421	17	5

Tit.		ℛ	ß	₰
	Ausgabe.			
I.	Zinsen.			
	A. Von den mit Einschluß der Ablösungsgelder 115000 Rthlr. betragenden Passiv-Capitalien	4789	24	—
	B. Von dem Rest der ritterschaftl. Capitalien ad 8075 Rthlr.	282	22	3
	Summe des Tit. I.	5072	10	3
II.	Salarien und Pensionen.			
	A. Die bisherigen Gehalte und Pensionen	4088	1	2½
	B. Die für den Landreceptor proponirte Zulage . . .	200	—	—
	Summe des Tit. II.	4288	1	2½
III.	Landtags- und Deputations-Kosten	1000	—	—
IV.	Zur Sublevation der Regierungslasten.			
	A. Die ältere Bewilligung . 12,266 Rthlr. 24 Mgr.			
	B. Die neuere . . . . . 12,000 " — "			
		24266	24	—
V.	Ad manus Serenissimae	1000	—	—
VI.	Affairencasse	2000	—	—
VII.	Landes-Catastr-Commission.			
	A. Gehalte . . . . . 321 Rthlr. 24 Mgr.			
	B. Sonstige Ausgaben . . . 1200 " — "			
		1521	24	—
VIII.	Wegbau	32650	—	—
IX.	Herren- und Kreisgelder	17699	20	5
X.	Hülfsgelder	2573	14	4
XI.	Zuschuß zu der Consistorialcasse.			
	1) den Elementarschulen, bisher 4898 Rthlr. 20 Mgr. proponirt . 2000 " — "			
		6898	20	—
	2) dem catholischen Pastor in Lemgo	100	—	—
XII.	Prämien zur Beförderung der Landesindustrie	1500	—	—
XIII.	Medicinalcasse.			
	Abth. I. Gehalte u. s. w. bisher . 2686 Rthlr. 8 Mgr. proponirt . . . . . 403 " 20 "			
	= 3089 Rthlr. 28 Mgr. wovon Camera die Hälfte "	1544	32	—
	Abth. II. Hebammenfonds, bisher . . . 600 Rthlr. proponirt . . . . 300 "	900	—	—
	Abth. III. Provisorisches Krankenhaus	300	—	—
	Summe des Tit. XIII.	2744	32	—
XIV.	Cammerzieler	97	18	—
XV.	Regierungsblatt	50	—	—
XVI.	Hofgericht	149	2	2

Tit.		Rthlr.	Sgr.	Pf.
XVII.	Unterstützung wegen Wetterschäden	500	—	—
XVIII.	Ablösungs-Commission	600	—	—
XIX.	Zollverwaltung und Kosten der Unterhaltung der Steuerlocale	800	—	—
XX.	Realschulen . . . . . 1600 Rthlr.			
	für die hiesige Provinzialschule beantragt . 1000 "			
		2600	—	—
XXI.	Taubstummenunterricht . . . . . 300 Rthlr.			
	proponirter Zuschuß . . . . . 200 "			
		500	—	—
XXII.	Thierarzneipflege	100	—	—
XXIII.	Entschädigung Fürstlicher Cammer	8306	9	3
XXIV.	Entschädigung des Erbherrn . 46 Rthlr. 23 Sgr. 3 Pf.			
	proponirte Entschädigung wegen Aufhebung des Einliegergeldes im Amte Blomberg . . 123 " 12 " — "			
		169	35	3
XXV.	Entschädigung der Städte	1734	33	—
XXVI.	An die Militaircasse wegen der Maischsteuer	20000	—	—
XXVII.	Außerordentlich	2000	—	—
	=	37607	26	2
	Tit. I.	5072	10	3
	" II.	4288	1	2½
	" III.	1000	—	—
	" IV.	24266	24	—
	" V.	1000	—	—
	" VI.	2000	—	—
	" VII.	1521	—	—
	" VIII.	32650	—	—
	" IX.	17699	20	5
	" X.	2573	14	4
	" XI.	6998	20	—
	" XII.	1500	—	—
	" XIII.	2744	32	—
	Summe der Ausgabe	140922	5	4½
	Verglichen mit der Einnahme	147421	17	5
	bleibt Ueberschuß	6499	12	½
	Hierzu der, nach Abzug der zinsbar zu belegenden Capitalien, muthmaßlich bleibende Bestand von 1844 . .	30000	—	—
	=	36499	12	½

a) Etat der Landcasse für 1846.

Tit.		Rthl.	Gr.	Pf.
	Einnahme.			
I.	Grundsteuer.			
	A. Das Simplum der Contribution der bisher steuerbaren catastrirten Grundbesitzer beträgt 5523 Rthl. 25 Mgr.; fünf Simplen werden also erbringen 27618 Rthl. 17 Gr. 5 Pf.			
	hierzu Herren-Gelder aus dem Amte Oerlinghausen — — 26 — 3 —			
	27619 — 8 — 2 —			
	davon Zählgelder ꝛc. . . 4108 — 23 — 4½ —			
		23510	20	3½
	Aus dem Amte Blomberg bis zu beendigter Catastration	635	—	3½
	Aus der Stadt Barntrup . 200 Rthl. — Gr. — Pf.			
	— — — Lage . . 233 — 2 — 3 —			
	— dem Flecken Schwalenberg 58 — 2 — 3 —			
		491	5	—
	Vom Gute Niedernbarkhausen	102	11	2
	B. Grundsteuer von den bisher Erimirten	2350	9	1
	Summe des Tit. I.	27089	10	4
II.	Hudeschatz	415	25	1
III.	Zinsen von 41,200 Rthlrn. Activ-Capitalien	1636	18	—
IV.	Zoll- und Verbrauch-, sowie Maisch- und Braumalz-Steuer	118000	—	—
V.	Von Strafen und Confiscationen	—	—	—
	werden zu Unterstützungen der Zollbeamten verwendet und daher besonders berechnet.			
VI.	Niederlage-Gebühren	80	—	—
VII.	Außerordentlich	200	—	—
	Summe der Einnahme	147421	17	5
	Ausgabe.			
I.	Zinsen.			
	A. Von den mit Einschluß der Ablösungsgelder 115000 Rthl. betragenden Passiv-Capitalien	4789	24	—
	B. Von dem Rest der ritterschaftlichen Capitalien ad 8075 Rthl.	282	22	3
	Summe des Tit. I.	5072	10	3
II.	Salarien und Pensionen.			
	A. Die bisherigen Gehalte und Pensionen	4088	1	2½
	B. Die für den Landreceptor proponirte Zulage . . .	200	—	—
	Summe des Tit. II.	4288	1	2½
III.	Landtags- und Deputationskosten	1000	—	—
IV.	Zur Sublevation der Regierungslasten			

Tit.	Fortsetzung.				Rthl.	Gr.	Pf.
	A. die ältere Bewilligung . . .	12266	Rthl.	24 Gr.			
	B. die neuere — . . .	12000	—	— —			
					24266	24	—
V.	Ad manus Serenissimae				1000	—	—
VI.	Affairencasse				2000	—	—
VII.	Landes-Cataster-Commission						
	A. Gehalte	321	Rthl.	24 Gr.			
	B. Sonstige Ausgaben	1200	—	— —			
					1521	24	—
VIII.	Wegbau				32650	—	—
IX.	Herren- und Kreisgelder				17699	20	5
X.	Hülfsgelder				2573	14	4
XI.	Zuschuß zu der Consistorialcasse:						
	1) den Elementarschulen, bisher	4898	Rthl.	20 Gr.			
	proponirt	2000	—	— —			
	2) dem catholischen Pastor in Lemgo	100	—	— —			
					6998	20	—
XII.	Prämien zur Beförderung der Landesindustrie				1500	—	—
XIII.	Medicinalcasse:						
	Abth. I. Gehalte pp., bisher . .	2686	Rthl.	8 Gr.			
	proponirt	403	—	20 —			
		3089	Rthl.	28 Gr.			
	wovon Camera die Hälfte				1544	32	—
	Abth. II. Hebammenfonds, bisher .	600	Rthl.				
	proponirt	300	—				
					900	—	—
	Abth. III. Provisorisches Krankenhaus				300	—	—
	Summe des Tit. XIII.				2744	32	—
XIV.	Cammerzieler				97	18	—
XV.	Regierungsblatt				50	—	—
XVI.	Hofgericht				149	2	2
XVII.	Unterstützung wegen Wetterschäden				500	—	—
XVIII.	Ablösungscommission				600	—	—
XIX.	Zollverwaltung und Kosten der Unterhaltung der Steuerlocale				800	—	—
XX.	Realschulen	1600	Rthl.				
	für die hiesige Provinzialschule beantragt	1000	—				
					2600	—	—
XXI.	Taubstummenunterricht	300	Rthl.				
	proponirter Zuschuß	200	—				
					500	—	—
XXII.	Thierarzneipflege				100	—	—
XXIII.	Entschädigung Fürstlicher Cammer				8306	9	3

Tit.	Fortsetzung.	Rthl.	Gr.	Pf.
XXIV.	Entschädigung des Erbherrn . . 46 Rthl. 23 Gr. 3 Pf.			
	proponirte Entschädigung wegen Aufhebung des Einliegergeldes im Amte Blomberg . . . 123 Rthl. 12 Gr. — Pf.			
		169	35	3
XXV.	Entschädigung der Städte	1734	33	—
XXVI.	An die Militaircasse wegen der Maischsteuer	20000	—	—
XXVII.	Außerordentlich	2000	—	—
	Summe des Tit. XIV. bis XXVII.	37607	26	2
	Tit. I.	5072	10	3
	— II.	4288	1	2½
	— III.	1000	—	—
	— IV.	24266	24	—
	— V.	1000	—	—
	— VI.	2000	—	—
	— VII.	1521	—	—
	— VIII.	32650	—	—
	— IX.	17699	20	5
	— X.	2573	14	4
	— XI.	6998	20	—
	— XII.	1500	—	—
	— XIII.	2744	32	—
	Summe der Ausgabe	140922	5	4½
	Verglichen mit der Einnahme	147421	17	5
	bleibt Ueberschuß	6499	12	½
	Hierzu der Bestand von 1845	36499	12	½
	Summa	43998	25	—
	(r. c.: 42998.)			

b) Den Etat der Medicinal-Casse betreffend.

Der angebogene Etat der Medicinalcasse wird sich in den Jahren 1845 und 1846 gleich bleiben und bedürfen daher die proponirten Zuschüsse nur folgender Erläuterungen:

1) Zu dem Etat der Gehalte ꝛc.

a. die Anstellung eines mit der Chemie und den sonstigen zu der höhern Pharmaceutik gehörenden Wissenschaften vertrauten Mannes ist schon früher als nothwendig anerkannt und sind dem zum Medicinal-Assessor ernannten Apotheker Overbeck in Lemgo, nach dem Tode des Medicinalrathes Brandes, die von diesem bis dahin verwalteten Geschäfte übertragen. Der für diesen Posten bestimmte Gehalt von 100 Rthlrn. hat daher proponirt werden müssen.

b. Der Normalgehalt der Amts- sowie der Medicinal-Chirurgen beträgt 75 Rthl. Die im Etat ad I. A aufgeführten Chirurgen haben diesen bis dahin nicht vollständig bezogen und erscheint es daher als nothwendig, ihnen die

ausgeworfenen Summen, durch welche ihre Gehalte den Normalsatz erreichen werden, zu bewilligen.

c. Die Wittwe des sehr früh und in Folge berufstreuer Aufopferung gestorbenen Doctors Pramann hat nicht weniger Anspruch auf die für dieselbe ausgeworfene Pension wie die Wittwen der Doctoren Reinold und Schönfeld.

d. Zu den außerordentlichen Ausgaben macht sich der proponirte Zuschuß nothwendig, da insbesondere die Unterstützungen, welche arme Curgäste in Meinberg in Anspruch nehmen, sich mit jedem Jahre steigern.

2) Zu dem Etat des Hebammenfonds.

Die Unzulänglichkeit der für diese Abtheilung der Rechnung bisher ausgeworfenen Summe ist bereits auf dem vorigen Landtage nachgewiesen worden und unterblieb damals die Proposition einer Erhöhung der Etat-Summe nur aus dem Grunde, weil das Deficit durch den Rest eines früher gesammelten Capitals gedeckt werden konnte. Dies Capital ist jetzt eingezehrt und macht sich daher die proponirte Erhöhung nothwendig.

Etat der Medicinal-Casse für die Jahre 1845 und 1846.

	ℛ℘	ℛ	₰
Abtheilung I.			
Casse der Gehalte, Pensionen und Extraordinarien.			
Einnahme.			
A. Gehalte mit Einschluß der auf dem vorigen Landtage bewilligten Zuschüsse:			
1) aus der Landcasse	1042	—	—
2) aus der Landrentei	1042	—	—
dazu: proponirt	89	10	—
und die aus der Landrentei erfolgende zweite Hälfte .	89	10	—
Summe ad A.	2262	20	—
B. Pensionen mit Einschluß der Zuschüsse:			
1) aus der Landcasse	126	4	—
2) aus der Landrentei	126	4	—
dazu: proponirt	37	18	—
nebst der aus der Landrentei erfolgenden zweiten Hälfte	37	18	—
Summe ad B.	327	8	—
C. Außerordentliche Ausgaben:			
1) aus der Landcasse	175	—	—
2) aus der Landrentei	175	—	—
proponirter Zuschuß, wovon die Landrentei die Hälfte	150	—	—
Summe ad C.	500	—	—
Wiederholung der Einnahme von Abtheilung I.:			

Fortsetzung.					ℳ	ß	₰
	A. . . .	2262	Rthl.	20	Gr.			
	B. . . .	327	—	8	—			
	C. . . .	500	—	—	—			
	Summa	3089	Rthl.	28	Gr.			
Ausgabe.								
A. Gehalte:								
1) die bisherigen						2084	—	—
2) proponirt:								
Medicinal-Assessor Overbeck in Lemgo	100	Rthl.	—	gr.	— pf.			
Amtschirurgus Corbach in Meinberg	3	—	6	—	—			
— Pramann in Brake	11	—	4	—	—			
Hofchirurgus Mosel in Detmold .	11	—	4	—	—			
Amtschirurgus Stüde in Bösingfeld	11	—	4	—	—			
Medicinalchirurg Schuster in Uflen	3	—	6	—	—			
Doctor Kirchner in Hohenhausen .	23	—	32	—	—			
Compagnie-Chirurg. Harland in Lage	15	—	—	—	—			
						178	20	—
					Summe ad A.	2262	20	—
B. Pensionen:								
1) die bisherigen						252	8	—
2) Pension der Wittwe des verstorbenen Dr. Pramann						75	—	—
					Summe ad B.	327	8	—
C. Außerordentliche Ausgaben:								
1) wie bisher						350	—	—
2) dazu: proponirt						150	—	—
					Summe ad C.	500	—	—
Wiederholung der Ausgabe:								
	A. . . .	2262	Rthl.	20	Gr.			
	B. . . .	327	—	8	—			
	C. . . .	500	—	—	—			
	Summa	3089	Rthl.	28	Gr.			
	Einnahme	3089	—	28	—			
	hebt sich.							
Abtheilung II.								
Hebammen-Fonds.								
Einnahme.								
1) Bisherige Einnahme aus der Landcasse						600	—	—
2) beantragter Zuschuß						300	—	—
					Summe der Einnahme	900	—	—

Fortsetzung.	Rthlr.	Sgr.	Pf.
Ausgabe.			
1) Für die Hebammen-Visitationen	200	—	—
2) Hebammen-Gehalte	406	9	—
3) Für schwere Entbindungen	293	27	—
Summe der Ausgabe	900	—	—
Verglichen mit der Einnahme	900	—	—
hebt sich.			

Abtheilung III.

Casse des provisorischen Krankenhauses.

Einnahme.

Aus der Landescasse	300	—	—
s. p. s.			

Ausgabe.

Wird nach eintretendem Bedürfnisse für Arznei und Pflege verwendet.

---

c) Den Wegbau betreffend.

Indem Löblichen Ständen die Regierung hierbei die Wegbau-Etats für die Jahre 1845 und 1846 vorlegt, kann sie nur bedauern, daß die Aufhebung der Wegbaudienste und die für den Chausseebau höchst ungünstige Witterung des vorigen und gegenwärtigen Jahres die Neubauten sowol wie die Reparaturen so sehr vertheuert haben, daß es nicht möglich gewesen ist, mit den angewiesenen Fonds dasjenige zu erreichen, was man zu erreichen hoffte.

Für den Chausseebau in der Richtung von Brake nach Blomberg waren für die Jahre 1843 und 1844, in der Voraussetzung daß die Naturaldienste würden herangezogen werden 14,000 Rthlr. bestimmt, es sind jedoch im Jahre 1843 verwendet und im Jahre 1844 veranschlagt 19061 Rthlr. und es müssen im nächsten Jahre noch 9372 Rthlr. verwendet werden.

Für die Chaussée von Schlangen über die kleine Egge waren 10,000 Rthlr. ausgeworfen und, mit Rücksicht auf die Natural-Dienstleistungen, 18526 Rthlr. veranschlagt. Der Bau wird dagegen, mit Einschluß des wahrscheinlichen diesjährigen Aufwandes, nicht weniger wie 24,000 Rthlr. in Anspruch nehmen und bleiben für den Bau in der Dorfschaft Kohlstädt im Jahre 1845 noch 5664 Rthlr. zu verwenden. Da sich nun überdem der außerordentliche Aufwand für den sehr kostbaren Bau einer neuen Brücke über die Emmer bei Schieder dringend nothwendig machte, die in den bisherigen Voranschlägen nicht speciell berücksichtigten Terrain-Entschädigungen sehr bedeutende Summen in Anspruch nehmen und die Kosten der Unterhaltung der durch die fast ununterbrochene feuchte Witterung sehr angegriffenen Wege um so mehr die dafür ausgeworfene Summe überstiegen, als sie durch die übernommene Unterhaltung der Fahrbahn des Straßenpflasters in den Städten einen starken Zuwachs erhalten hatten; so wird es unvermeidlich werden, daß die Wegbaurechnung von 1844 auf einen Vorschuß von ungefähr 6000 Rthlrn. abschließt und würde sich die Nothwendigkeit darlegen, den Chausseebau des Jahrs 1845 auf die Vollendung der Straßen von Brake nach Blom-

berg und von Schlangen nach den Externsteinen zu beschränken, wenn dieser Vorschuß nicht durch eine außerordentliche Bewilligung gedeckt oder in der Landcasse-Rechnung passirt würde, welches hiermit in Beziehung auf die Proposition wegen des Landcasse-Etats proponirt wird.

Was die mehr oder weniger in Aussicht stehenden Neubauten betrifft, so hat die Regierung von den Kosten derselben approximative Anschläge anfertigen lassen, welche sie in den Anlagen abschriftlich übergiebt. Es ist unter ihnen der Anschlag von der Rectification der Gauseköte, oder vielmehr, da sich diese als unzureichend, beziehungsweise als unausführbar dargelegt hat, von der gänzlichen Verlegung des Weges von Berlebeck bis zum Kreuzkruge begriffen. Es ist, dem am vorigen Landtage ausgesprochenen Wunsche gemäß, die ganze zur Frage stehende Gegend, mit Zuziehung eines fremden Technikers, des erprobten Königlich Preußischen Wegbau-Inspectors Niermann, untersucht, von diesem Gutachten abgegeben und, mit Benutzung desselben, die ganze Gegend vermessen und auf den zur Frage stehenden Puncten nivellirt. Das Resultat aller dieser Arbeiten, deren Detail Löblichen Ständen auf Erfordern vorgelegt werden kann, ist, daß der Bau mit Einschluß der Terrain-Entschädigungen, einen Kostenaufwand von 40256 Rthlrn. erfordern werde. Ohngeachtet dieses großen Kostenaufwandes wird der Weg noch keinesweges als bequeme Straße betrachtet werden können, da er am südlichen Abhange des Gebirges auf einer Länge von 525 Ruthen und am nördlichen auf einer Länge von 876 Ruthen ein stets anhaltendes Gefälle von 8 Zoll behalten würde. Unter diesen Umständen wird von dem Baue dieser Straße zu abstrahiren und der Löblichen Ständen schon früher mitgetheilte Plan des Baues einer Chaussée über Schmehdissen aufzunehmen seyn. Es wird durch diesen Bau die Straße von Paderborn nach Detmold so bequem angelegt werden, wie durch das Gebirge möglich ist und die Rectification der Gauseköte sich überflüssig machen, da der Weg in einer stets ordnungsmäßig geebneten Richtung, gegen den immer beschwerlich bleibenden über die Gauseköte, im äußersten Falle weniger wie eine halbe Stunde länger seyn wird.

Es fragt sich nur, ob die Straße durch Horn oder direct auf die Externsteine von Schmehdissen zu leiten sey. Im letzteren Falle würde die Länge noch mehr abgekürzt werden, die Stadt Horn aber sich sehr benachtheiligt sehen. Die Regierung glaubt daher sich für die Richtung auf Horn aussprechen zu müssen, setzt jedoch voraus, da die Baukosten hiedurch, namentlich in Beziehung auf die Terrain-Entschädigungen, bedeutend erhöhet werden, daß der Magistrat zu Horn, der dennoch einen Communalweg nach Schmehdissen, in Ermangelung der Chausséeanlage, würde bauen müssen, entweder einen erheblichen Beitrag zu jenen Kosten leisten, oder das in bestimmten Terminen aus der Wegbaucasse abzutragende Baucapital zinslos vorschießen und dadurch die Ausführung des Baues beschleunigen und erleichtern wird. Die Regierung wird deshalb mit dem Magistrate in Unterhandlung treten. Sie hat übrigens vorläufig diese Weganlage erst in den Etat von 1846 aufnehmen können, den Weg von Uflen nach Blotho jedoch theilweise schon auf den Etat von 1845, in der Voraussetzung, daß der Vorschuß der Rechnung von 1844 außerordentlich werde gedeckt werden. In Rücksicht dieses Weges ist zu bemerken, daß ihn die Regierung schon vor Jahren gebauet haben würde, wenn sie sich mit der Königlich Preußischen Regierung zu Minden über die Richtung desselben hätte vereinigen können. Noch jetzt schweben unentschiedene Unterhandlungen darüber ob, von denen die Regierung jedoch hofft, daß sie bald zu einem ihr erwünschten Ziele führen werden. Sollte dies der Fall seyn, so würde die Regie-

rung sich vertragmäßig verpflichtet sehen, den Bau schon im Jahre 1845 zu beginnen.

Von den übrigen zur Frage gestellten Neubauten kommen vorzüglich die der Wege vom Hegersberge über Hohenhausen nach Dalbke, von Lage nach Schötmar und von Erder nach der Langenholzhauser Chaussée in Berücksichtigung.

Der Bau des ersten Weges macht sich dringend nothwendig, da von dem Fuße des Hegersberges bis nach Dalbke auf der jetzigen Chaussée mehrere schroffe Steigungen vorhanden sind, welche die Passage überhaupt gefährden und mit schwer beladenem Fuhrwerke gar nicht passirt werden können. Die Regierung hat daher den Bau dieses Weges bereits beginnen lassen und wird, da derselbe streng genommen zu den Rectificationen gehört, vorzugsweise die hierfür ihr zu Gebote stehenden Fonds, deren einstweilige Erhöhung auf 3000 Rthlr. jährlich hiermit proponirt wird und im Etat ausgeworfen ist, verwenden, wenn nicht etwa sonstige Hülfsquellen sich eröffnen sollten.

Ueber die Chausséeanlagen von Lage nach Schötmar und von Erder nach der Langenholzhauser Straße ist bereits in der Proposition zum Landtage 184⅔ das nöthige gesagt; ebenso über die Chaussée von Oerlinghausen nach Schötmar und kann hier darauf Bezug genommen werden. Der letztere Weg ist von dem Amte Oerlinghausen wiederholt dringend beantragt und es ist die Nothwendigkeit des Baues desselben vorzugsweise darauf gestützt, daß ohne dies der fernere Bau der Communalwege in dem größten Theile des Amts gehemmt seyn würde, da die Communalwege der bedeutendsten Bauerschaften nicht anders als in Verbindung mit dieser Straße angelegt werden könnten. Die Regierung muß ihre Ansicht wiederholen, daß der fragliche Weg nicht als eine Hauptstraße für das Land betrachtet werden könne und es daher nicht motivirt erscheine, den veranschlagten großen Kostenaufwand von 42,000 Rthlrn. für denselben zu verwenden, solange nicht überschwengliche Mittel vorhanden sind. Derselbe hat dagegen ohne Zweifel als Haupt-Communalweg große Bedeutung und dürfte er als solcher angelegt werden können, zu den Kosten der Anlage aber ein angemessener Beitrag aus öffentlichen Fonds zu leisten seyn, da der Bau dieses Weges wegen der schwierigen und unverhältnißmäßig theuren Anfuhr der nur aus großer Entfernung herbeizuschaffenden Steine mehr Kosten wie irgend ein anderer veranlassen wird. Die Baukosten eines Communalwegs würden sich ohne Terrain-Entschädigungen auf etwa 16,000 Rthlr. vermindern. Jene Beiträge können indessen aus dem Dispositionsfonds der Regierung für Communalwegbauten nicht erfolgen und würden dafür besondere Fonds bewilligt werden müssen.

Durch die beantragte Deckung des unvermeidlich herbeigeführten Deficits der Wegbaurechnung von 1844, sowie durch den in Aussicht gestellten Beitrag des Magistrats zu Horn zu den Kosten des Weges über Schmehdissen ist es möglich geworden, außer 5000 Rthlrn. für diesen Weg in den Etat von 1846 auch den Anfang des Baues der Straße von Erder nach der Langenholzhauser Chaussée und von Lage nach Schötmar aufzunehmen.

Die zu dem einzigen Lippischen Weserplatze, welcher gegenwärtig auch eine unversteuerte Niederlage erhalten wird und in Rücksicht auf Chausséeverbindung Blotho nicht nachgesetzt werden darf, führende Chaussée von Langenholzhausen nach Erder stellt sich in mehrerer Beziehung als sehr dringlich dar. Die Regierung sieht daher auch hierüber der gutachtlichen Erklärung Löblicher Stände entgegen.

Wegbau-Etat,
für das Jahr 1845.

			ℳ	ℛ	₰
	Einnahme.				
I.	Chausséegeld		13000	—	—
II.	Aus öffentlichen Cassen:				
	1) Aus der Landcasse	32650 Rthlr.			
	2) Aus der Lippstädter Casse	1000 "			
			33650	—	—
III.	Außerordentlich		150	—	—
	Summe der Einnahme		46750	—	—
	Ausgabe.				
I.	Für Reparaturen		16000	—	—
II.	Für Neubauten:				
	1) zur Vollendung der Blomberger Chaussée	9372 Rthlr.			
	2) desgl. der Chaussée über die kleine Egge, im Dorfe Kohlstädt	5664 "			
	3) zu der Chaussée von Uslen nach Vlotho	5000 "			
			20036	—	—
III.	Für Terrain-Entschädigungen auf den Chausséestrecken ad II. 1. 2.		4750	—	—
IV.	Für Rectificationen		3000	—	—
V.	Zu den Communalwegen		1000	—	—
VI.	Zinsen von 41350 Rthlr. Passiv-Capitalien		1243	10	5
VII.	Gehalt des Calculators		25	20	—
VIII.	Zu sonstigen verschiedenen Ausgaben		1500	—	—
	Summe der Ausgabe		47554	30	5
	Verglichen mit der Einnahme zu		46750	—	—
	bleibt Vorschuß		804	30	5

Wegbau-Etat,
für das Jahr 1846.

			ℳ	ℛ	₰
	Einnahme.				
	wie im Jahre 1845		46750	—	—
		s. p. s.			
	Ausgabe.				
I.	Vorschuß in der Rechnung vom Jahre 1845		804	30	5
II.	Für Reparaturen, wie pro 1845		16000	—	—

			ℛ	ℜ	₰
III.	Für Neubauten:				
	1) Zur Vollendung der Chaussée von Uslen nach Blotho	9867 Rthl.			
	2) Zu der Chaussée von Schmehdissen nach Horn, vorerst	5000 "			
	3) Zu der Chaussée von Erder nach Langenholzhausen desgl.	5000 "			
	4) Zu der Chaussée von Lage nach Schötmar, desgl.	5000 "			
			24867	—	—
IV.	Für Terrain-Entschädigung auf der Chaussée ad III. 1		3500	—	—
V.	Für Rectificationen		3000	—	—
VI.	Zu den Communalwegen		1000	-	—
VII.	Zinsen von 41350 Rthlr. Passiv-Capitalien, wie 1845		1243	10	5
VIII.	Gehalt des Calculators		25	20	—
IX.	Zu sonstigen verschiedenen Ausgaben		1500	—	—
	Summe der Ausgabe		51940	25	4
	Verglichen mit der Einnahme		46750	—	—
	Bleibt Vorschuß		5190	25	4

Approximativer Kosten-Anschlag über die Chaussee-Anlage im Dorfe Kohlstädt.

№	pro 1845.	ℛ	ℜ	₰
	Die hier noch zu chaussirende Strecke hat eine Länge von 357 Ruthen und sind auf derselben wegen der niedrigen Lage des alten Weges auf vielen Stellen nicht ganz unbedeutende Aufträge nöthig, so wie denn auch hin und wieder, um dem Wege eine angemessene Breite zu geben, die Gartenmauern und sonstigen Befriedigungen, zurückgesetzt werden müssen.			
1	357 laufende Ruthen zu planiren, die Aufträge zu stampfen, und die Gräben zu ziehen, durchschnittlich pr. R. 6 Rthl.	2142	—	—
2	119 Ruthen Steine zu brechen à 3½ Rthl.	416	18	—
3	dieselben anzufahren à 6 Rthl.	714	—	—
4	Aufzuruthen à 24 Mgr.	79	12	—
5	714 l. R. Bordsteine zu setzen, vorher zuzuhauen und die Gräben zu ziehen à 2 Mgr.	39	24	—
6	357 □R. Packlage zu setzen, auszuzwicken und zu stampfen à 20 Mgr.	198	12	-
7	Die Steine zu zerschlagen, mittelst eines Wurfgitters zu sortiren und von den Splittern zu befreien und dann in zwei Lagen, so wie nachher auch die Splittern auf die Packlage zu bringen und nach der Chablon darauf zu vertheilen à 1½ Rthl.	535	18	—
	Latus	4125	2	—

№	Ferner:	ℛ	ℊ	₰
	Transport	4125	2	—
8	Den Fußweg und das Materialbanquett nach einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben in gehörigen Stand zu setzen, zu dossiren u. s. w. pr. l. R. 18 Mgr.	178	18	—
9	Zur Anlage einer Brücke vor Kohlstädt, den nöthigen Canälen und Durchlässen, Ufer- Futter-Mauern u. s. w. sind überhaupt erforderlich 20 R. Mauersteine à 4⅔ Rthl. incl. des Aufruthens	93	12	—
10	Fuhrlohn à 6 Rthl.	120	—	—
11	116 Scheffel Kalk à 1 Rthl. 5 Mgr. incl. Fuhrlohn	132	4	—
12	Für Fuhrlohn des Sandes pptr.	60	—	—
13	Für die Sandsteine zur Brücke incl. des Fuhrlohns . . .	55	—	—
14	Maurerarbeitslohn für die Brücke, Durchlässe, Futtermauern u. s. w. überhaupt	240	—	—
15	Bei dem Honerla'schen Hause ist eine hölzerne, mit Klötzen zu pflasternde Brücke nöthig, welche auf zwei schon berechneten Ufermauern ruht			
	a. 8 Balken 18 l. 12 " □ pr. F. 14 Mgr.	56	—	—
	b. 60 F. Mauerplatten 8 und 9 " □ pr. F. 10 Mgr.	16	24	—
	c. 540 □ Belagbohlen 5 Zoll dick à 4 Mgr. 3 Pf. . .	67	18	—
	d. 46 F. Handlehnen 6 " □ à 3 Mgr.	3	30	—
	e. 10 Galenderständer 4 ' lang und 8 " □ p. F. 6 Mgr.	6	24	—
	f. 66 Rahmholz 6 und 8 " □ à 6 Mgr.	11	—	—
	g. 60 l. F. Streben 6 u. 7 " à 4 Mgr.	6	24	—
	h. 2150 Klötze 100 zu 4 Rthl. incl. Theerung . . .	86	—	—
	i. für Nägel, Klammern und sonstiges Eisenwerk . .	5	—	—
	k. Zimmerarbeitslohn	12	—	—
16	Für den Abbruch und den Wiederaufbau einiger Häuser in Kohlstädt, werden überhaupt anzusetzen seyn	1500	—	—
17	Für Aufsicht, Geräthschaften u. s. w.	250	—	—
18	357 l. R. festzuwalzen à 14 Mgr.	138	30	—
19	Für Terrain-Entschädigungen pptr.	750	—	—
	Ueberhaupt	7914	26	—

Lemgo im Novbr. 1844

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die neue Chaussee-Anlage im Amte Blomberg.

№	pro 1845.	ℛ	ℊ	₰
	Die Länge der beiden noch unchaussirten Strecken beträgt 780 Ruthen.			
1	780 laufende Ruthen Erdplanum anzufertigen, das nöthige Verfüllungsmaterial anzufahren, die Aufträge zu stampfen und die Gräben zu ziehen à 3 Rthl. 6 Mgr.	2470	—	—
2	260 Ruthen Steine zu brechen à 4 Rthl.	1040	—	—
3	12 Ruthen Mauer- und Decksteine zu der Brücke, den Canälen und Durchlässen zu brechen à 6 Rthl.	72	—	—
4	272 Ruthen Steine anzufahren à 8 Rthl.	2176	—	—
5	272 Ruthen Steine aufzuruthen à 24 Mgr.	181	12	—
6	1560 laufende Ruthen Bordsteine zu aptiren, zu setzen und vorher die Gräben zu ziehen à 2 Mgr.	86	24	—
7	780 □ Ruthen Packlage zu setzen, dieselbe auszuzwicken und festzurammen à 20 Mgr.	433	12	—
8	Die Steine zu zerkleinern, zu sortiren, zu sieben, nebst den Splittern auf die Packlage zu bringen und nach der Chablon darauf zu vertheilen, pr. laufende Ruthe 1 Rthl. 18 Mgr. .	1170	—	—
9	Den Fußweg und das Materialbanquett nachzuplaniren, nach einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben in gehörigen Stand zu setzen, die Böschung herzustellen, mit Rasen zu bekleiden und zu stampfen, 24 Mgr.	520	—	—
10	Mauerarbeitslohn für eine Brücke, die nöthigen Canäle, Durchlässe und Böschungsmauern incl. Kalk und Sand . . .	600	—	—
11	780 l. R. festzuwalzen mit allen Nebenausgaben à 14 Mgr. .	303	12	—
12	Für Anschaffung und Unterhaltung der Geräthschaften und Aufsicht pptr.	320	—	—
13	Für Terrain-Entschädigungen pptr.	2500	—	—
	Ueberhaupt	11872	24	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Anlage der Chaussee von Ufeln nach Blotho.

№	pro 1845.	ℛ	ℊ	₰
1	1292 l. Ruthen zu planiren, die Anhöhen abzutragen, die Niederungen zu verfüllen, die Erde zu stampfen und die Gräben zu ziehen à 3 Rthl.	3876	—	—
2	430 Ruthen Steine zur Steinbahn zu brechen à 4 Rthl. 15 Mgr.	1899	6	—
	Latus	5775	6	—

№	Ferner:	ℳ	ℛ	₰
	Transport	5775	6	—
3	12 Ruthen Mauer- und Decksteine zu den Durchlässen, Canälen und einer Brücke zu brechen à 5 Rthl. 12 Mgr. . . .	64	—	—
4	442 Ruthen Steine anzufahren à 8 Rthl.	3536	—	—
5	442 Ruthen Steine aufzuruthen à 24 Mgr.	294	24	—
6	2584 l. Ruthen Schnursteine zu setzen, dieselben zuzuhauen und die Gräben zu ziehen à 2 Mgr.	143	20	—
7	1292 □ R. Packlage zu setzen, dieselben auszuzwicken und festzurammen à 20 Mgr.	717	28	—
8	Die Steine zu zerkleinern, durchzusieben, zu sortiren und nebst den übrigen Splittern auf die Packlage zu bringen à l. R. 1½ Rthl.	1938	—	—
9	Den Fußweg und das Materialbanquett nachzuplaniren, nach einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben in gehörigen Stand zu setzen, die Böschungen anzulegen, zu stampfen ꝛc. pr. R. 18 Mgr.	646	—	—
10	Die Anlage der Brücke und der nöthigen Canäle kann kosten .	650	—	—
11	1292 l. R. festzuwalzen incl. aller Nebenausgaben à 14 Mgr. .	502	16	—
12	Für Geräthschaften und Aufsicht pptr.	600	—	—
13	Die Terrain-Entschädigungen werden veranschlagt zu ohngefähr	3500	—	—
	Ueberhaupt	18367	22	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Chaussee-Anlage vom Kreuzkruge nach Berlebeck, und über die Rectification der Chaussee von da nach Detmold.

№	pro 1845.	ℳ	ℛ	₰
1	Zur gehörigen Instandsetzung der, auf der Chaussee vom Kreuzkruge nach Horn und der neuen Anlage zu benutzenden 152 R. langen Strecke sind erforderlich:			
	a. 11 Ruthen Steine. Diese zu brechen, anzufahren und aufzuruthen à 9 Rthl:.	99	—	—
	b. Die Steine zu zerschlagen à 5 Rthlr.	55	—	—
	c. Den alten Steinschlag auf einigen Stellen aufzunehmen und in bessern Stand zu setzen, die kleinen Erhöhungen abzutragen, die Niedrigungen zu verfüllen, die neuen Steine aufzubringen u. s. w. pr. l. R. 18 Mgr. . .	76	—	—
2	Auf circa 2400 □ R. ist theils Hoch- theils Niederwald auszuroden, und sind die Bäume auf die Seite zu schaffen, pr. □ R. durchschnittlich 12 Mgr.	800	—	—
3	1401 l. R. zu planiren, die Anhöhen abzutragen, die Niedrigun-			
	Summe bis hier	1030	—	—

№	Ferner:	ℛ	ℊ	₰
	Transport	1030	—	—
	gen zu verfüllen, die Aufträge zu stampfen u. s. w. pr. l. R. durchschnittlich 5 Rthlr.	7005	—	—
4	497 R. Steine zur Steinbahn, den Durchlässen und Canälen zu brechen, durchschnittlich pr. l. R. 3 Rthlr. 30 Mgr. . . .	1905	6	—
5	Dieselben anzufahren à 7 Rthlr.	3479	—	—
6	Aufzuruthen à 24 Mgr.	331	12	—
7	2802 R. Bordsteine auszusuchen, zuzuhauen, zuzusetzen und die Gräben vorher zu ziehen à 2 Mgr.	155	34	—
8	1401 □ R. Packlage zu setzen, auszuzwicken und festzurammen à 20 Mgr.	778	12	—
9	Die Ueberschüttungssteine zu zerkleinern, durch ein Wurfgitter zu werfen, dann in 2 Lagen nebst den Splittern aufzubringen und nach der Chablon zu vertheilen pr. l. R. 1 Rthlr. 18 Mgr.	2101	18	—
10	Mauerarbeitslohn für die Anfertigung der Durchlässe, Canäle u. s. w. incl. Mörtel circa	350	—	—
11	Für den Umbau der Brücke bei Berlebeck incl. Material und der Anlage eines Durchstichs	160	—	—
12	Am Gauseköterberge und auf andern Stellen ist die Chaussee mit Futtermauern zu versehen, welche eine Länge von überhaupt 370 Ruthen oder 5920 Fuß haben.			
	Hierzu sind erforderlich:			
	a. 542 R. lagerhafte Mauersteine. Dieselben zu brechen à 3 Rthlr. 30 Mgr.	2077	24	—
	b. Anzufahren à 7 Rthlr.	3794	—	—
	c. Aufzuruthen à 24 Mgr.	361	12	—
	d. 1734 Schachtruthen Futtermauern aufzuführen à 1 Rthlr. 21 Mgr.	2745	18	—
13	An der Thalseite der Chaussee macht sich eine Schutz- oder Brustmauer von 3½ Fuß Höhe erforderlich:			
	a. 14 Ruthen ausgesuchte und lagerhafte Mauersteine à 11 Rthlr. incl. Fuhrlohn u. s. w.	154	—	—
	b. Mauerarbeitslohn für 14 Schachtruthen à 3 Rthlr. .	42	—	—
14	Für Kalk zu dieser und zum Theil auch zu der vorigen Mauer, Rüstungen u. s. w. sind zu berechnen	450	—	—
15	Zu den Schutz-, Futter- und Wassermauern bei Berlebeck sind erforderlich:			
	a. 30 Ruthen Mauersteine à 4 Rthlr.	120	—	—
	b. Dieselben anzufahren à 5½ Rthlr.	165	—	—
	c. Aufzuruthen à 24 Mgr.	20	—	—
	d. 98 Schachtr. Mauerwerk aufzuführen à 2 Rthlr. 24 Mgr.	261	12	—
	e. Für Kalk, Rüstungen u. s. w.	100	—	—
16	Für Anschaffung und Unterhaltung der Geräthschaften, Aufsicht, unvorzusehende Fälle u. s. w. pptr.	800	—	—
	Summe bis hier	28388	4	—

№	Ferner:	Rthlr.	Sgr.	Pf.
	Transport	28388	4	—
17	1553 l. R. festzuwalzen incl. aller Nebenausgaben à 14 Mgr.	603	3	
18	Die ganze Chausseestrecke nachzuplaniren, den Fußweg und das Materialbanquett nach einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben in gehörigen Stand zu setzen, zu dossiren u. s. w. l. R. 18 Mgr.	776	18	—
19	Die Terrain-Entschädigungen können betragen	700	—	—
	Hierzu kommen nun noch für die ihres normalwidrigen Gefälles wegen durchaus nöthige Verlegung der Chaussee zwischen Detmold und Berlebeck:			
20	Für 691 l. R. zu planiren, die Aufträge zu stampfen, die Gräben zu ziehen u. s. w. à 3 Rthlr. 18 Mgr.	2418	18	—
21	231 R. Steine zu brechen und anzufahren à 9 Rthlr. . . .	2079	—	—
22	Dieselben aufzuruthen à 24 Mgr.	154	—	—
23	Für 30 R. ausgesuchte und lagerhafte Mauersteine zu Canälen und Wassermauern à $9\frac{2}{3}$ Rthlr. incl. Fuhrlohn u. s. w. .	290	—	—
24	1382 l. R. Schnursteine auszusuchen, zu aptiren, zu setzen u. s. w. à 2 Mgr.	76	28	—
25	691 □ R. Packlage anzufertigen, auszuzwicken und festzustampfen à 20 Mgr.	383	32	—
26	Die Steine zur Ueberschüttung zu zerkleinern, durch ein Wurfgitter zu werfen, in 2 Lagen nebst den Splittern auf den Weg zu bringen, darauf nach der Chablon zu vertheilen u. s. w. pr. l. R. $1\frac{1}{2}$ Rthlr.	1036	18	—
27	Mauerarbeitslohn für die Durchlässe, Wassermauern u. s. w. incl. Kalk und Sand pptr.	230	—	—
28	Die Verlegung des Flußbetts auf 2 Stellen wird kosten . . .	88	—	—
29	Die ordnungsmäßige Instandsetzung der 47 R. langen und zur neuen Anlage zu benutzenden Strecke des Communalweges nach Hornoldendorf wird überhaupt kosten	200	—	—
30	Für die Nachplanirungen und Profilirungen des Fußweges und Materialbanquetts, für die gehörige Instandsetzung und Dossirung der Gräben u. s. w. pr. l. R. 18 Mgr.	345	18	—
31	Für die Versetzung eines kleinen Hauses	100	—	—
32	Für das Festwalzen von 738° à 14 Mgr.	287	—	—
33	Für Aufsicht und Geräthschaften circa	300	—	—
34	Die Terrain-Entschädigungen können betragen	1800	—	—
	Ueberhaupt	40256	17	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Chaussee-Anlage von Horn über Schmedissen bis auf die Meinberger Chaussee.

№	pro 1845.	ℛ	ß	₰
	Diese Chaussee wird eine Länge erhalten von 1005 Ruthen und in ihrer Länge kosten:			
1	Für die Planirung von 1005 l. Ruthen durchschnittlich à 3 Rthlr.	3015	—	—
2	335 Ruthen Steine zur Steinbahn zu brechen à 5 Rthlr. . .	1675	—	—
3	Dieselben anzufahren à 6 Rthlr.	2010	—	—
4	Aufzuruthen à 24 Mgr.	223	12	—
5	16 Ruthen Mauersteine zu Durchlässen, Canälen, einer Brücke und Wassermauern zu brechen à 5½ Rthlr. zu brechen . .	88	—	—
6	Aufzuruthen à 24 Mgr.	10	24	—
7	Anzufahren à 6 Rthlr.	96	—	—
8	2010 l. R. Bordsteine zu aptiren, zu setzen und die Gräben vorher zu ziehen à 2 Mgr.	111	24	—
9	1005 □ R. Packlage zu setzen, auszuzwicken und festzurammen à 20 Mgr.	558	12	—
10	Die Steine zu zerkleinern, zu sortiren, nebst den Splittern auf die Packlage zu bringen und nach der Chablon darauf gehörig zu vertheilen pr. l. R. 1½ Rthlr.	1507	18	—
11	Den Fußweg und das Materialbanquett nachzuplaniren und nach einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben in gehörigen Stand zu setzen, die Böschungen herzustellen, zu stampfen ꝛc. pr. l. R. 18 Mgr.	502	18	—
12	50 Scheffel Kalk zu den Brücken, den Canälen ꝛc. — 1 Rthlr. 12 Mgr. incl. Transport	66	24	—
13	Für Sandsteine zur Brücke incl. Transport	57	—	—
14	Fuhrlohn für Sand pptr.	36	—	—
15	Für Maurerarbeitslohn überhaupt	150	—	—
16	Für Aufsicht, Geräthschaften u. s. w. überhaupt circa . . .	340	—	—
17	1005 l. R. festzuwalzen. à 14 Mgr.	390	30	—
18	Für Terrain-Entschädigungen pptr.	3200	—	—
	Ueberhaupt	14038	18	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Rectification der Varenholzer Chaussee.

№	pro 1845.	Rthlr.	sgr.	pf.
	Die neue Chausséelinie gehet vor der Brücke auf der jetzigen Chaussée gegen Hohenhausen über ab, führt dann in dem Thale hinaus bis Dalbke und hat bis dahin eine Länge von 846 Ruthen.			
1	846 laufende Ruthen auf einem mitunter schwierigen Terrain zu planiren, das nöthige Verfüllungsmaterial anzufahren, die Erde zu stampfen, das Flußbett der Calle zum Theil zu verlegen und die Gräben zu ziehen pro l. R. durchschnittlich 3 Rthlr. . .	2538	—	—
2	282 Ruthen Steine zur Steinbahn zu brechen à 4 Rthlr. 9 gr. incl. der Terrain-Entschädigungen	1198	18	—
3	30 Ruthen Mauersteine zu Durchlässen, Canälen und Brücken zu brechen à 5 Rthlr.	150	—	—
4	312 Ruthen Steine anzufahren à 6 Rthlr.	1872	—	—
5	312 Ruthen Steine aufzuruthen à 24 gr.	208	—	—
6	1692 l. Ruthen Bordsteine zuzuhauen, zu setzen und die Gräben zu ziehen à 2 gr.	94	—	—
7	846 □ R. Packlage zu setzen, dieselbe auszuzwicken, festzurammen u. s. w. à 20 gr.	470	—	—
8	die Steine zu zerkleinern, mittelst eines Wurfgitters zu sortiren, in zwei verschiedene Lagen, nebst den Splittern auf die Packlage zu bringen und nach der Chablon zu vertheilen, pro l. R. 1 Rthlr. 18 gr.	1269	—	—
9	den Fußweg und das Materialbanquett nachzuplaniren, mit einem Seitengefälle zu profiliren, in gehörigen Stand zu setzen, zu dosiren u. s. w. pro l. R. 18 gr.	423	—	—
10	An Maurerarbeitslohn für die nöthigen Durchlässe, Canäle, Brücken und Wassermauern sind mit Einschluß des Kalks überhaupt anzusetzen	450	—	—
11	846 l. R. festzuwalzen incl. aller Nebenkosten à 14 gr. . . .	329	—	—
12	Für die etwaige Versetzung dreier Häuser	600	—	—
13	Für Aufsicht und Anschaffung und Unterhaltung der Geräthschaften circa	320	—	—
14	Die Terrain-Entschädigungen können betragen	2500	—	—
	Ueberhaupt .	12421	18	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Chaussee-Anlage von Lage nach Schötmar.

№	pro 1845.	ℛ	ℊ	₰
	Die Länge der, auf der am 11. März d. J. bereits eingereichten Karte projectirten Weglinie beträgt 2004 Ruthen, und läuft im Ganzen genommen über ein ebenes Terrain, worauf indeß doch Niedrigungen verfüllt, und unbedeutende Erhöhungen abgetragen werden müssen. Ersteres ist z. B. der Fall im Begathale zwischen Schötmar und der s. g. Königsbrücke.			
1	2004 l. R. zu planiren, die Erde zu stampfen und die Gräben zu ziehen, durchschnittlich à 2 Rthlr.	4008	—	—
2	668 Ruthen zur Steinbahn und circa 84 Ruthen Mauer- und Decksteine zu Durchlässen und Canälen, überhaupt also 752 R. zu brechen, durchschnittlich zu 4 Rthlr. 18 gr. incl. Terrain-Entschädigungen	3384	—	—
3	752 Ruthen Steine anzufahren à 12 Rthlr.	9024	—	—
4	752 Ruthen Steine aufzuruthen à 24 gr.	501	12	—
5	4008 laufende Ruthen Bordsteine zu aptiren, zu setzen und die Gräben zu ziehen à 2 gr.	222	24	—
6	2004 □ R. Packlage zu setzen, auszuzwicken, mit einer dünnen Schicht Erde zu überziehen und festzurammen à 20 gr. . .	1113	12	—
7	Die Steine zu zerkleinern, durch ein Wurfgitter zu werfen, in zwei verschiedene Lagen, nebst den übrig gebliebenen Splittern auf die Packlage zu bringen und darauf nach der Chablon gehörig zu vertheilen, pr. l. R. 1½ Rthlr.	3006	—	—
8	Für Anfertigung der nöthigen Canäle und Durchlässe incl. Kalk ꝛc. pptr.	330	—	—
9	Den Fußweg und das Materialbanquett mit einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben zu dosiren und nachzubessern u. s. w. pro l. R. 18 gr.	1002	—	—
10	2004 l. R. festzuwalzen incl. des Transports der Walze und sonstiger Nebenausgaben à 14 gr.	779	12	—
11	Für Anschaffung und Unterhaltung der Geräthschaften, Aufsicht und unvorherzusehende Fälle	800	—	—
12	Die Terrain-Entschädigungen können betragen	5000	—	—
	Ueberhaupt .	29170	24	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Chaussee-Anlage von Erder nach Langenholzhausen.

№	pro 1845.	ℛ	ℳ	₰
	Die Länge der, über die Niedermühle und Hellinghausen führenden Weglinie beträgt 1324 Ruthen.			
1	1324 l. R. zu planiren, das nöthige Verfüllungsmaterial anzufahren, die Aufträge zu stampfen und die Gräben zu ziehen à 2 Rthlr. 18 gr.	3310	—	—
2	446 Ruthen Steine zu dem Steinschlage und den nöthigen Canälen zu brechen à 3 Rthlr. 24 gr.	1635	12	—
3	dieselben anzufahren à 7 Rthlr.	3122	—	—
4	Aufzuruthen à 24 gr.	297	12	—
5	2648 l. R. Bordsteine zu setzen à 2 gr.	147	4	—
6	1324 □ R. Packlage zu setzen, dieselbe auszuzwicken und zu rammen à 20 gr.	735	20	—
7	Die Steine zu zerkleinern, durch ein Wurfgitter zu werfen in zwei verschiedenen Lagen nebst den Splittern auf die Packlage zu bringen und darauf nach der Chablon zu vertheilen pro l. R. 1 Rthlr. 18 gr.	1986	—	—
8	Den Fußweg und das Materialbanquett mit einem Seitengefälle zu planiren, die Gräben in gehörigen Stand zu setzen, und die Ufer zu dosiren à 18 gr.	662	—	
9	Für die Anfertigung der nöthigen Canäle, an Mauerarbeitslohn incl. Kalk und Sand pptr.	100	—	—
10	Unterhalb des Zusammenflusses der Oster- und Westercalle ist eine massive Brücke von 3 Bogen erforderlich. Diese wird kosten einschließlich des Materials und Fuhrlohns	950	—	—
11	Oberhalb Hellinghausen ist eine zweite Brücke von 2 Bogen zu erbauen, wofür sich die Kosten berechnen auf überhaupt . .	810	—	—
12	Für Aufsicht, Anschaffung und Unterhaltung der Geräthschaften pptr.	200	—	—
13	1324 l. Ruthen festzuwalzen à 14 gr.	514	32	—
14	Für Terrain-Entschädigungen pptr.	2000	—	—
	Ueberhaupt .	16470	8	—

Lemgo im Novbr. 1844.

H. Overbeck.

Approximativer Kosten-Anschlag über die Chausseeanlage von Oerlinghausen nach Schötmar.

№	pro 1845.	Rthl.	Sgr.	Pf.
	Der schon seit einigen Jahren in einen chausseemäßigen Stand gesetzte Communalweg von Oerlinghausen bis Scherenkrug, hat eine Länge von 445 Ruthen und auf 3 verschiedenen Stellen ein so starkes Gefälle, daß, wenn dieses auf das normalmäßige zurückgeführt werden soll, ein fast gänzlicher Neubau, verbunden mit einer theilweisen Verlegung des Weges nöthig ist, und wodurch derselbe dann um 55 Ruthen länger ausfallen wird.			
	Vom Scherenkruge bis Schötmar beträgt die Länge 2776 Ruthen, so daß also die ganze Chaussee von einem Orte zum andern 3276 Ruthen lang werden wird.			
1	260 l. R. zwischen Oerlinghausen und dem Scherenkruge zu planiren, das Verfüllungsmaterial anzufahren, die Aufträge zu stampfen, die Gräben zu ziehen ꝛc. durchschnittlich p. R. 4 Rthl. .	1040	—	—
2	Eine Strecke alten Steinschlages von 240 R. Länge aufzunehmen, das Planum zu erweitern, die Gräben zu ziehen ꝛc. pr. l. R. $1\frac{2}{3}$ Rthl.	400	—	—
3	140 R. Steine zum Steinschlage und den nöthigen Canälen zu brechen, anzufahren und aufzuruthen à 11 Rthl. 18 Mgr. . .	1610	—	—
4	1000 l. R. Schnursteine zu setzen, dieselben vorher auszusuchen, zuzuhauen und die Gräben zu ziehen à 2 Mgr.	55	20	—
5	500 □ R. Packlage zu setzen, auszuzwicken und festzurammen à 20 Mgr.	277	28	—
6	Die Steine zur Ueberschüttung zu zerkleinern, durch ein Wurfgitter zu werfen, in zwei verschiedenen Lagen nebst den Splittern auf die Packlage zu bringen, darauf nach der Chablon zu vertheilen u. s. w. pr. l. R. 1 Rthl. 18 Mgr., beträgt für 500 R.	750	—	—
7	Den Fußweg, die Gräben und das Materialbanquett nachzuplaniren, zu profiliren ꝛc. à 18 Mgr.	250	—	—
8	In der Pansheide können 192 R. des chaussirten Communalweges zwar beibehalten werden, doch ist der Steinschlag um 4 Fuß breiter und zugleich auch stärker zu machen, wozu erforderlich:			
	a) 32 R. Steine. Dieselben anzufahren und aufzuruthen à 12 Rthl. durchschnittlich	384	—	—
	b) die Schnursteine aufzunehmen, dieselben 4 Fuß weiter auf das Materialbanquett zu setzen, die Packlage zu machen, die Steine zu zerkleinern u. s. w. pr. l. R. 21 Mgr. beträgt für 192 R.	112	—	—
	c) Für die Planirungen ꝛc. pr. R. 6 Mgr.	32	—	—
9	Der übrige unchaussirte Theil des Weges in der Pansheide ist 408 R. lang. Diese zu planiren, die Anhöhen abzutragen u. s. w. à $2\frac{1}{3}$ Rthl.	952	—	—
	Latus	5863	12	—

№	Ferner.	ℛ	ℊ	₰
	Transport	5863	12	—
10	141 R. Steine zum Steinschlage und den Canälen zu brechen, anzufahren und aufzuruthen, durchschnittlich à 12 Rthl. . .	1692	—	—
11	816 l. R. Schnursteine zu setzen, die Gräben zu ziehen ꝛc. à 2 Mgr.	45	12	—
12	408 □ R. Packlage zu setzen, auszuzwicken und festzurammen à 20 Mgr.	226	24	—
13	Die Steine zu zerkleinern, zu sortiren, in zwei verschiedene Lagen auf die Packlage zu bringen, darauf gehörig zu vertheilen u. s. w. pr. l. R. 1½ Rthl.	612	—	—
14	Den Fußweggrund, das Materialbanquett nach einem Seitengefälle zu profiliren, die Gräben zu dossiren u. s. w. pr. l. R. 18 Mgr.	204	—	—
15	Gleich vor Dahlhausen muß der alte Weg gänzlich verlassen, und der neue direct über Krentrupperhagen, Krentrup, Heipke u. s. w. gelegt werden, die Länge bis vor Schötmar beträgt 2176 R. à 2 Rthl. 18 Mgr. zu planiren ꝛc.	5440	—	—
16	756 R. Steine zum Steinschlage, den Durchlässen, Canälen und Brücken zu brechen, anzufahren und aufzuruthen, durchschnittlich à 18 Rthl.	13608	—	—
17	4352 l. R. Bordsteine zu setzen, dieselben vorher auszusuchen, zuzuhauen und die Gräben zu ziehen, à 2 Mgr.	241	28	—
18	2176 □ R. Packlage zu setzen, auszuzwicken, festzurammen u. s. w. à 20 Mgr.	1208	32	—
19	Die Steine zur Ueberschüttung zu zerschlagen, durch ein Wurfgitter zu werfen, in zwei verschiedenen Lagen auf die Packlage zu bringen, darauf nebst den Splittern nach der Chablon gehörig zu vertheilen ꝛc. à 1½ Rthl.	3264	—	—
20	Für sämmtliche Nacherdarbeiten auf 2175 R. à 18 Mgr. . .	1088	—	—
21	Die Anfertigung der Brücken, Durchlässe und Canäle wird kosten incl. Kalk, Sand u. s. w.	700	—	—
22	3276 l. R. festzuwalzen, incl. aller Nebenausgaben à 14 Mgr.	1274	—	—
23	Für Aufsicht, Anschaffung und Unterhaltung der Geräthschaften circa	900	—	—
24	Für Terrain-Entschädigungen	5800	—	—
	Ueberhaupt	42169	—	—

Lemgo im November 1844.

H. Overbeck.

d) Den Etat der Strafwerkhaus-Casse für 1845 und 1846 betreffend.

Der Etat der Strafwerkhaus-Casse bedarf keiner weitern Bemerkung, als daß wegen der vermehrten Zahl der Corrigenden für die Einnahme von dem Erwerb durch die Arbeit derselben eine höhere Summe angenommen werden konnte, wogegen aber auch für Victualien ein größerer Aufwand erforderlich werden wird. Es darf indessen erwartet werden, daß die Ausgabe dennoch durch die Einnahme fortgesetzt wird gedeckt werden.

Etat des Strafwerkhauses für die Jahre 1845 und 1846.

Tit.		ℳ	ß	₰
	Einnahme.			
I.	Stempelgebühren:			
	1) von Spielkarten . . . . . 350 Rthl.			
	2) von gerichtlichen Handlungen . . . 1750 „			
		2100	—	—
II.	Erwerb der Corrigenden:			
	Der tägliche Erwerb der Corrigenden kann im Durchschnitt zu 3 Mgr. 1½ Pf., die Zahl der Corrigenden auf 52 und die Zahl der Arbeitstage auf 15600 angenommen werden. Hiernach ist der Jahrs-Erwerb . .	1408	12	—
III.	Außerordentlich	200	—	—
	Summe der Einnahme	3708	12	—
	Ausgabe.		—	
I.	Bau- und Besserungs-Kosten	60		—
II.	Geräthe	50	—	—
III.	Victualien	1400	—	—
IV.	Erleuchtung	50	—	—
V.	Brennmaterial	200	—	—
VI.	Wäsche	25	—	—
VII.	Unterhaltung der Gärten und des Viehstandes	100	—	—
VIII.	Kleidung und Linnengeräthe	250	—	—
IX.	Besoldungen	830	—	—
X.	Zinsen	458	18	—
XI.	Gesundheitspflege	60	—	—
XII.	Schreibmaterialien	6	—	—
XIII.	Oeffentliche Abgaben ꝛc.	70	—	—
	Summe der Ausgabe	3559	18	—
	Verglichen mit der Einnahme	3708	12	—
	Bleibt Ueberschuß	148	30	—

---

e) Den Etat des Zuchthauses und Zwangsarbeitshauses für 1845 und 1846 betreffend.

Der Etat des Zuchthauses hat wegen der Verbindung desselben mit dem Zwangsarbeitshause in einigen Positionen der Ausgabe erhöhet werden müssen, wodurch das Deficit dieses Etats gesteigert worden. Dasselbe wird nach wie vor auf die Landcasse übertragen und in dieser unter dem Titel: außerordentliche Ausgaben, verausgabt. Diese Maßregel wird bis zur neuen Organisation der Zuchthauseinrichtung bestehen bleiben müssen.

Etat der Zuchthaus- und Zwangsarbeitshaus-Casse für die Jahre 1845 und 1846.

Tit.					ℛ	ℊ	₰
		Einnahme:					
I.	Zinsen von 10,000 Rthlr. Capital				459	30	3
II.	Gehaltszuschüsse:	a) aus der Landrentei	50	Rthlr.			
		b) — — Consistorialcasse	72	—			
					122	—	—
III.	Von der Arbeit der Züchtlinge				400	—	—
IV.	Vergütung für Verpflegung von Züchtlingen				8	—	—
V.	Außerordentlich				20	—	—
		Summe der Einnahme			1009	30	3
		Ausgabe:					
I.	Gehalte und Pension				440	16	—
II.	Abgaben				4	2	—
III.	Beköstigung der Züchtlinge				900	—	—
IV.	Wäsche und Kleidung				25	—	—
V.	Strohsäcke und Decken				23	—	—
VI.	Arznei und Krankenpflege				45	—	—
VII.	Beerdigungskosten				3	24	—
VIII.	Feuerungsmaterial				90	—	—
IX.	Erleuchtung				45	—	—
X.	Reparaturen				90	—	—
XI.	Geräthschaften				25	—	—
XII.	Schreibmaterialien				3	24	—
XIII.	Ankauf von Hirschhorn				10	—	—
XIV.	Außerordentlich				40	—	—
		Summe der Ausgabe			1744	30	—
		Verglichen mit der Einnahme			1009	30	3
		ist Deficit			734	35	3

---

f) Den Militair-Etat pro 1845 und 1846 betreffend.

In Ansehung des Militair-Etats pro 1845 und 1846 wird auf die zu den früheren Landtagen aufgestellten, ganz den Bundesgesetzlichen Vorschriften gemäß eingerichteten Haupt-Etats Bezug genommen, und ist es überflüssig erachtet, einen solchen für den jetzigen Landtag von Neuem aufzustellen; vielmehr wird es mit Vorbehalt etwaiger unvorhergesehener Fälle genügen, Löblichen Ständen in

Anl. A.

denjenigen Bedarf vor Augen zu legen, welchen die Jahre 1845 und 1846 in Rücksicht der pro 1846 bevorstehenden Musterung unabweislich erfordern werden.

Zur bessern Uebersicht sind die Kosten der Schutzwache oder Gensdarmerie für das Mal sub Nr. VI. der Ausgabe ohne alle Rücksicht auf deren Verhältniß zum activen Militair berechnet; betrachtet man sie aber zugleich als actives Militair und berechnet nur die Mehrkosten; so würden im Militair-Etat der Officier mit . 490 Rthlr. 24 Mgr.

4 Unterofficiere und 13 Gemeine an Löhnung mit .	552	= —	=
für Brot mit	255	= —	=
auch für Montur mit	204	= —	=
zusammen mit	1501	= 24	Mgr.
in Ansatz kommen, wogegen sie als Schutzwächter ohne Rücksicht auf ihr Militair-Verhältniß	3205	= —	=
mithin	1703	= 12	Mgr.

mehr kosten.

Der unverkennbare Einfluß, welchen die Schutzwache auf die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit ausgeübt hat, ist jedoch von den Obrigkeiten, in deren Bezirke Schutzwächter stationirt sind, anerkannt, und ihre Wirksamkeit steigt, je mehr sich das Institut mit den benachbarten Gensdarmerien in Verbindung setzt. Die Transporte der Vagabunden und Verbrecher werden insbesondere dadurch sehr erleichtert und mit weit größerer Sicherheit vollzogen, als durch unbewaffnete Transporteurs, welche mit der Behandlung der Gefangenen und der Ablieferung derselben an die correspondirenden Gensdarmerie-Stationen und benachbarten Polizei-Behörden nicht bekannt sind.

Die Fortdauer eines Instituts, dessen sich jetzt die Deutschen Staaten fast ohne Ausnahme erfreuen, ist daher zu wünschen, und wird demselben, wenn solche ausgesprochen ist, eine solche Organisation gegeben werden, welche die Verbindung mit den benachbarten Staaten erleichtert und deren Erstreckung auf einige bisher nicht berücksichtigte Districte des Landes gestattet.

Schließlich wird bemerkt, daß die wegen der Expedition nach Luxemburg bewilligte Entschädigungssumme von 40,633 Rthlrn. 15 Mgr. 5 Pf. sammt Zinsen jetzt auch in Ansehung des nach der Mittheilung von 1842 noch verbliebenen Restes von pptr. 3100 Fl. in der Militair-Casse-Rechnung von 1843 zur Einnahme gekommen ist.

Nomine Serenissimi wird demnach darauf angetragen, die in Anl. A. liquidirte Mehrausgabe von resp. 3657 Rthlrn. gegen die Einnahme, extraordinarie auf die Landcasse zu übernehmen, wenn nicht die Einziehung ausstehender Capitalien vorgezogen werden sollte.

Etat der Kosten des hiesigen Militairs für die Jahre 1845 und 1846 nach der jetzigen Stärke der verschiedenen Abtheilungen und nach Grundlage der letzten Militair-Cassen-Rechnung (vom Jahre 1843) und deren Titel aufgestellt.

Tit.	Einnahme.	1845. ℔	1846. ℔	Anmerkungen.
I.	Bestand	—	—	
II.	Kriegssteuer-Rückstände	—	—	
III.	Angeliehene Kapitalien	—	—	
IV.	Accise	—	—	
V.	Brantweins-Maisch-Steuer. Statt derselben aus der Landcasse	20000	20000	
VI.	Strafgelder von Deserteurs und Refractairs . . .	—	—	
VII.	Kreisgelder	11806	11806	
VIII.	Vergütung für Verpflegung Königl. Preuß. Truppen	—	—	
IX.	Zurückempfangene Kapitalien . . . . . Müssen als eisern angenommen werden.	—	—	
X.	Zinsen von ausstehenden Kapitalien	4200	4200	
XI.	Vermischte Einnahme Können wie früher ungefähr ausgeworfen werden . . .	100	100	
	Summa der Einnahme	36106	36106	

Tit.	Ausgabe.	1845 ℔	1846 ℔	Anmerkungen.
I.	Vorschuß	—	—	
II.	Ausgeliehene Kapitalien	—	—	
III.	Kosten der Verwaltung:			
	a. Gehalt des Departements-Raths	205	205	
	b. = des Militaircassen-Rendanten	319	319	
	c. = des Regierungs-Calculators	25	25	
	d. = des Unteraufsehers des			
	Latus	549	549	

Tit.	Ausgabe.	1845 ℳ	1846 ℳ	Anmerkungen
	Transport	549	549	
	Haupt-Montirungs-Depots	20	20	
	=	569	569	
IV.	Kosten der Musik:			
	a. Gehalte, Brodgeld und Quartier-Vergütung für 21 Hoboisten	3000	3000	ad Tit. A. Litt. a. I. Löhnung. Unter-Stab. 1 Stabsfourier . . . 123 ℳ 1 Tamb. Sergt. . . . 72 " 10 Hornisten à 72 ℳ . 720 " 3 dito à 48 ℳ . . . 144 " 1 dito . . . . . 60 " 1 dito . . . . . 30 " 1 Signalhornist . . . 48 " 1 Büchsenmacher . . . 48 " 1 Stabshornist (Hilker, Pension) 60 " 1 Maitre . . . . . 96 " Summa 1401 ℳ oder rund 1400 ℳ.
	b. Gehalt des Musikus Julius Schmidt	147	147	
	c. Pensionen	18	18	
	d. Medicin.	80	80	
	e. Montur Für jeden Hoboisten jährlich im Durchschnitt $20\frac{1}{3}$ Rthlr., also für 21 Hoboisten, excl. des Concertmeisters Kiel . . .	400	400	Für jede Compagnie. 1 Feldwebel . . . . 123 ℳ 2 Sergeanten à 72 ℳ . 144 " 8 Corporale à 48 ℳ . 384 " 3 Spielleute 30 ℳ 15 ℋ 91½ " 33 Gemeine à 30 ℳ 15 ℋ 100$\frac{3}{4}$ " Summa 1746 ℳ oder rund 1750 ℳ. Die etatmäßige Stärke einer jeden Compagnie besteht aus: 1 Feldwebel. 4 Sergeanten. 1 Fourier. 8 Corporalen. Aus der obigen Berechnung sind weggelassen: 2 Sergeanten. 1 Fourier Gegenwärtig haben auch nicht alle Compagnien die volle Zahl von 1 Feldwebel, 2 Sergeanten, 8 Corporalen, dennoch haben solche zur Berechnung gezogen werden müssen, weil die Completirung derselben wegen der Statt findenden Inspection unerläßlich ist.
	f. Für Musikalien, musikalische Instrumente . .	100	100	
	=	3745	3745	
	Zu dieser Summe trägt Fürstliche Kammer ungefähr bei und müssen wieder in Abzug gebracht werden	2000	2000	
	Fallen der Militaircasse zur Last	1745	1745	
V.	Ausgaben für das active Militair: Litt. a Sold. I. Löhnung an Hornisten, Unterofficiere, Spielleute und Soldaten, nach Grundlage der Stärke der gegenwärtig im Dienste befindlichen Mannschaft.			Reserve. 1 Feldwebel . . . . . 123 ℳ 1 Sergeant . . . . . 96 " 2 dito à 84 ℳ . . . 168 " 3 dito à 72 ℳ . . . 216 " 1 Corporal . . . . . 60 " 3 dito à 48 ℳ . . . 144 " 1 Tambour . . . . . 42½ " 2 Spielleute à 30 ℳ 15 ℋ 60½ " 13 Gemeine à 30 ℳ 15 ℋ 395$\frac{1}{4}$ " 27 Köpfe Summa 1305$\frac{3}{4}$ ℳ oder rund 1300 ℳ.
	a. für den Unterstab (17 Hornisten, 1 Stabsfourier, 1 Tambour-Sergeant und 1 Büchsenmacher)	1400	1400	
	b. für die I. Compagnie . .	1750	1750	
	c. = = II. = . .	1750	1750	
	Latus	4900	4900	

Tit.	Ausgabe.	1845 ℛ	1846 ℛ	Anmerkungen
	Transport	4900	4900	
	d. für die III. Compagnie . .	1750	1750	
	e. = = IV. = . .	1750	1750	
	f. = = Reserve	1300	1300	
	g. Löhnung für 250 Rekruten (während deren 6wöchigen Einübung) à 3 Rthlr. 27 Sgr.	940	940	
	h. Löhnung für sämmtliche Beurlaubte incl. der eben bezeichneten Rekruten für eine zweimonatliche Exercirzeit, Behuf der Inspection, für circa 500 Mann à 5 Rthlr.	—	2500	
	=	10640	13140	
	II. Gage an Officiere, Militair-Beamte u. s. w.			
	a. Obristlieutenant	1227	1227	
	b. Major	818	818	
	c. 2 Capitains à 716 Rthlr. .	1432	1432	
	d. 3 Capitains à 614, 491 und 153 Rthlr.	1258	1258	
	e. 1 Capitain (cessat, ist bei den Grenzwächtern angestellt) .	—	—	
	f. 4 Premier-Lieutenants 368 Rthlr.	1472	1472	
	g. 1 Premier-Lieutenant . .	295	295	
	h. 7 Seconde-Lieutenants à 295 Rthlr.	2065	2065	ad h. muß bemerkt werden, daß unter den 7 Seconde-Lieutenants die kürzlich ernannten 3 Seconde-Lieutenants mitbegriffen sind, welche bis jetzt aber nur Portepéefähnrichs-Gehalt beziehn.
	i. 3 Portepéefähnriche à 144 Rthlr.	432	432	
	k. 1 Auditeur	295	295	
	l. 1 Militair-Arzt	150	150	
	m. 2 Chirurgen à 62 Rthlr. .	124	124	
	n. 1 Bataillonsschreiber . .	295	295	
	o. 1 Gefangenwärter . . .	18	18	
	=	9881	9881	
	Litt. B. Brod. (Die tägliche Portion zu 1½ ℔ und nach den Durchschnittspreisen für die präsente Mannschaft gerechnet.)			
	a. für den Unter-Stab . . .	300	300	
	b. = die I. Compagnie . . .	700	700	
	Latus	1000	1000	

Tit.	Ausgabe.	1845. ℛ	1846. ℛ	Anmerkungen.
	Transport	1000	1000	
	c. = = II. = . . .	700	700	
	d. = = III. = . . .	700	700	
	e. = = IV. = . . .	700	700	
	f. = = Reserve	370	370	
	g. Für 250 Rekruten während deren Einübung täglich pro Mann 2 ℔, beträgt für 8 Wochen à $2\frac{1}{3}$ Rthlr.	625	625	
	h. Wegen größerer Anstrengung während der Exercirzeit der Rekruten erhält die gesammte präsente Mannschaft ebenfalls statt $1\frac{1}{2}$ täglich 2 ℔ Brod, welche erhöhete Brodportion von einem halben Pfunde eine Mehrausgabe veranlaßt (für circa 250 Mann à 24 Mgr.) rund	170	170	
	i. Für das Brod der sämmtlichen Beurlaubten, einschließlich der eben bezeichneten Rekruten, während einer zweimonatlichen Exercirzeit, Behuf der Statt findenden Inspection für 600 Mann à $3\frac{1}{2}$ Rthlr.	—	1750	
	k. Während dieser beiden Monate erhalten auch die Unterofficiere, Spielleute und die im Dienste befindliche Mannschaft statt $1\frac{1}{2}$, täglich 2 ℔ Brod, wofür ausgeworfen sind	—	210	
	=	4265	6225	
	Litt. c. Medicin, Krankenpflege u. s. w.			
	a. für Medicin	200	300	
	b. Hospitalkosten	80	100	
	c. Holz, Licht, Unterhaltung und Ergänzung des Inventarii .	120	150	
	=	400	550	
	Litt. d. Montur, Equipement ꝛc.			
	Die Kosten der Montirungs-Stücke für die Jahre 1845 und			Während eines Zeitraums von 10 Jahren, nämlich im Jahre 1837 bis zum Jahre 1846 incl. betragen die ungefähren Kosten für die Ausrüstung des Bundes-Contingents und der Reserve, ein-

Tit.	Ausgabe.	1845. ℔	1846. ℔	Anmerkungen.
	1846 müssen hier getrennt angegeben werden. Da im Jahre 1843 nur für circa 1200 Rthlr., dagegen aber die Bedürfnisse für 1845 größtentheils schon im Jahre 1844 angekauft sind, welche circa 2800 Rthlr kosten, so betragen die noch für 1845 erforderlichen Montirungsgelder ungefähr rund . .	1000	—	schließlich der Equipirungsgelder für Officiere, der Feldgeräthe u. s. w. circa 43,709 Rthlr., also kommen von diesen Kosten auf jedes Jahr circa 4370 Rthl. und ist dann noch am Schlusse des Jahrs 1846 die volle und fast neue marschmäßige Bekleidung des ganzen Bundes-Contingents vorhanden. Da Feldgeräthe, große Montirungsstücke, Tchacots u. s. w. eine lange Dauer haben, so wird sich für die folgenden Jahre noch ein weit günstigeres Resultat herausstellen.
	Für das Revüe-Jahr 1846 sind die großen Montirungsstücke sämmtlich vollständig vorräthig: auch an kleinen tuchenen Montirungs-Stücken sind die erforderlichen Ergänzungen unerheblich. Die hauptsächlich kostspieligen Ergänzungen bestehen in Schuhen, Hemden, Exercir-Jacken, linnenen Exercir-Hosen, Socken u. s. w. Das Ganze der Ergänzungen zum vollständigen Equipement kann nach einem ziemlich sichern Ueberschlag ungefähr kosten	—	5500	
	=	1000	5500	
	Litt. c. Armatur.			
	Sämmtliche Lederzeug-Sachen, sowie Gewehre, Säbel ꝛc. sind für Contingent und Reserve vollständig vorhanden. Für Reparaturen können so wie im vorigen Jahre ausgeworfen werden	100	100	
	=	100	100	
	Litt. f. Schreibmaterialien ꝛc.			
	1) Für die 4 Contingents-Compagnien jährlich à 12 Rthlr.	48	48	
	2) Fürs Militairgericht . .	50	70	
	3) Für den Militair-Chef .	40	50	
	4) Für die Militair-Schule .	10	10	
	5) Für die Militair-Cassen-Rendantur	12	12	
	=	160	190	

Tit.	Ausgabe.	1845. Rthlr.	1846. Rthlr.	Anmerkungen.
	Litt. g. Kosten des Militair-Gebäudes.			
	1) Für Wäsche und sonstige Auslagen in demselben . . .	200	300	
	2) Gehalt des Aufsehers . .	24	24	
	3) Kosten der Erleuchtung .	60	60	
	4) Heitzung (den Bedarf für die Wachen mit eingeschlossen)	300	300	
	5) Brandcassen-Beitrag, Laternensteuer ꝛc.	35	35	
	6) Ergänzung des Inventarii	20	60	
	=	639	779	
VI.	Kosten der in die Grenzämter commandirten Schutzwache.			
	1) Dem, das Commando der Schutzwache übertragenen Capitain, Gehalt, Zulage und Service	763	763	
	2) Fourage-Vergütungsgelder für denselben	72	72	
	3) Löhnung für 4 Unterofficiere à 144 Rthlr.	576	576	
	4) Löhnung für 13 Gemeine à 120 Rthlr.	1560	1560	
	5) Kosten der Montirungsstücke für 17 Unterofficiere und Gemeine zu c. 12 Rthlr. jährlich gerechnet	204	204	
	6) Unvorhergesehene Ausgaben	30	30	
	=	3205	3205	
VII.	Pensionen.			
	Diese betragen nach den letzten Rechnungen und mit Berücksichtigung der vorgefallenen Veränderungen	2100	2100	
	=	2100	2100	
VIII.	Wachtdienst.			
	1) Kosten der Erleuchtung .	100	100	
	2) Reinigung der Schornsteine ꝛc.	5	5	
	=	105	105	

Tit.	Ausgabe.	1845. ℔	1846. ℔	Anmerkungen.
IX.	Kosten Behuf Erhebung und Controlirung der Branteweinssteuer Hier ist nur zu berechnen die Pension des ehemaligen Visitators Bröffel mit jährlich	48	48	
	=	48	48	
X.	Beitrag zu den Dotationskosten der Bundesfestungen und dem Bau der Festungen Ulm und Rastatt.			Seitens des Bundestages ist verordnet worden, daß 10 Jahre lang jährlich 4329 Fl. 35 Xr. von Lippe als Beitrag zum Baue der Bundesfestungen Ulm und Rastatt gezahlt werden. Dieser Beitrag hat mit dem Jahre 1843 seinen Anfang genommen, und hört diese außerordentliche jährliche Ausgabe also mit dem Jahre 1852 auf.
	1) Zur Dotation von Mainz und Luxemburg jährlich . .	182	182	
	2) Zum Bau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt jährlich	2480	2480	
	=	2662	2662	
XI.	Quartier-Vergütung an Officiere, Unterofficiere ꝛc. Diese betragen:			
	1) für den Militair-Chef .	82	82	
	2) — 1 Major und 3 Capitains à 61 Rthlr.	244	244	
	3) — 1 Capitain	33	33	
	4) — 1 dito (cess., steht bei den Grenzwächtern).			
	5) — 11 Premier- und Seconde-Lieutenants à 32 Rthlr.	352	352	
	6) — den Auditeur . . .	32	32	
	7) — den Bataillons-Schreiber	24	24	
	8) — die 4 Feldwebel und den Stabsfourier . . .	85	85	
	9) — den Feldwebel Wolf .	27	27	
	=	879	879	
XII.	Vermischte Ausgabe.			
	1) Diäten an Aerzte und sonstige Kosten der jährlichen Conscription	50	50	
	2) Dem Adjutanten von Exterde, Remuneration für die Adjutantur-Geschäfte . . .	72	72	
	3) Kosten, um denselben im Revüe-Jahre beritten zu machen	—	100	
	Latus	122	222	

Tit.	Ausgabe.	1845. ℛ	1846. ℛ	Anmerkungen.
	Transport	122	222	
	4) Dem Hauptmann Reineke, Remuneration für die Direction der Militair-Schule .	62	62	
	5) Dem Obristlieutenant Roth, Fourage-Gelder für 2 Pferde	144	144	
	6) Dem Hoboisten Räuber für die Direction der Hornmusik (cess. 96 Rthlr., welche beim Unter-Stab berechnet sind).			
	7) Beitrag zum Bibliothek-Fonds	102	102	
	8) Für Benutzung der Badeanstalt	25	25	
	9) Kosten der Einquartirung derjenigen Rekruten, welche nicht im Militairgebäude untergebracht werden können . .	150	500	
	10) Zuschuß zu dem Mittags-Essen der Rekruten	150	420	
	11) Entschädigung für Wäsche und Putzmaterial der Rekruten	70	240	
	12) Desgleichen für die im Dienste befindliche Mannschaft . .	40	150	
	13) Pulver, Blei, Zündhütchen und Zuthaten	200	200	
	14) Unvorhergesehene Ausgaben	300	500	
	=	1365	2565	

Tit.	Wiederholung Sämmtlicher Ausgaben.	1845. ℔	1846. ℔	Anmerkungen.
I.	Vorschuß	—	—	
II.	Ausgeliehene Capitalien	—	—	
III.	Kosten der Verwaltung .	569	569	
IV.	Kosten der Musik . . .	1745	1745	
V.	Ausgaben für das active Militair:			
	Litt. a. Sold.			
	I. Löhnung an Hornisten, Unterofficiere, Spielleute und Soldaten	10640	13140	
	II. Gage an Officiere, Militair-Beamte ꝛc.	9881	9881	
	Litt. b. Brod an Hornisten, Unterofficiere, Spielleute und Soldaten	4265	6225	
	— c. Medicin	400	550	
	— d. Montur und Equipement	1000	5550	
	— e. Armatur und Ledergeräth	100	100	
	— f. Schreibmaterialien	160	190	
	— g. Kosten des Militairgebäudes	639	779	
VI.	Kosten der Grenzwächter	3205	3205	
VII.	Pensionen	2100	2100	
VIII.	Wachtdienst	105	105	
IX.	Kosten der Controlirung der Branteweins-Steuer (Pension des ehemaligen Visitators Bröffel)	48	48	
X.	Beitrag zu den Dotationskosten von Mainz und Luxemburg und dem Bau von Ulm und Rastatt .	2662	2662	
XI.	Quartier-Vergütung an Officiere, Unterofficiere, Militair-Beamte ꝛc. .	879	879	
XII.	Vermischte Ausgabe . .	1365	2565	
	Summa der Ausgabe	39763	50243	
	Verglichen mit der Einnahme zu	36106	36106	
	Ist jährliche Mehrausgabe	3657	14137	

B. Serenissimi höchste Mittheilung an getreue Stände über einige am vorigen Landtage vorgekommene Gegenstände.

Von Gottes Gnaden Wir **Paul Alexander Leopold**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

In dem Landtags-Abschiede vom 15. Februar 1843 haben Wir getreuen Ständen die nähere Prüfung und Eröffnung über verschiedene, auf dem letzten Landtage vorgekommene Gegenstände zugesagt und lassen Wir demnach denselben folgende Mittheilungen Unsrer Regierung zur Erwägung und resp. Rückäußerung hieneben zugehen:

1) Ueber die hinsichtlich der Erbauung eines Land-Krankenhauses gemachten Vorarbeiten;
2) Wegen der zu den Militair-Cassen-Etats für 1840 und 1842 vorgetragenen Erinnerungen;
3) Ueber das die Wildschäden betreffende landständische Desiderium;
4) Ueber die Entschädigung und Erleichterung der fünf älteren Städte;
5) Ueber die Verhältnisse der verschiedenen Confessions-Verwandten.

Zugleich erhalten getreue Stände annoch folgende Eröffnungen Unsrer Regierung zur Begutachtung und Erklärung:

6) Ueber die Reclamation des Magistrats zu Lemgo wegen fernerer Entschädigung für die durch den Zollanschluß verlorenen Zollrevenüen;
7) Wegen Unterhaltung des Straßenpflasters in der Linie der durch die Städte führenden Chausséen;
8) Ueber die Ansprüche Unsrer Cammer auf Entschädigung wegen der eingegangenen Erderschen Spedition;
9) Die von der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung beantragte Entschädigung des Rentmeisters König als früheren Gesammt-Zollerhebers der Aemter Blomberg und Schieder betreffend.

Gegeben Detmold, den 15. Januar 1845.

(L. S.) **Leopold, Fürst zur Lippe.**

W. A. Eschenburg.

T. Kellner.

1.

In Beziehung auf das zu erbauende Land-Krankenhaus werden Löbliche Stände in Kenntniß gesetzt, daß den Ausschuß-Deputirten die desfallsigen Eröffnungen, wie solche im Landtags-Abschiede vom 15. Febr. 1843 zugesichert waren, noch nicht haben gemacht werden können.

Die Gründe der Verzögerung sind in dem abschriftlich mit Anlage angeschlossenen Berichte der inmittelst Landesherrlich ernannten Commission zur Errichtung eines Land-Krankenhauses vom 31. October d. J. enthalten; doch ist zu hoffen, daß sich die in Ansehung

der Ermittelung eines Bauplatzes erhobenen Schwierigkeiten bald beseitigen lassen, damit der Anschlag angefertigt und über die erforderlichen Bewilligungen mit den Ausschußdeputirten berathen werden könne.

Löbliche Stände werden jedoch aus den im obigen Berichte enthaltenen Mittheilungen über die seit einigen Jahren dem hiesigen kleinen, auf 6 bis 8 Betten beschränkten Krankenhause bei der Pfleganstalt verliehene größere Wirksamkeit und Erstreckung auf Kranke vom Lande, gern entnehmen, was mit den zu diesem Zweck jährlich bestimmten 300 Rthlrn. bereits geleistet ist, und darnach ermessen, welche wohlthätige Wirkungen eine Kranken-Anstalt äußern wird, welche die Aufnahme von 30 — 40 Kranken, auf welche ungefähre Zahl nach den jetzigen Ergebnissen zu rechnen ist, gestattet.

Weil aber voraussichtlich eine Summe von 9000 Rthlrn. nicht ausreicht, um einen Bau auszuführen, dessen Zweck, außer den Gebäuden und Inventarien, den Ankauf eines in hiesiger Residenz bekanntlich sehr kostbaren Raums von 3 Scheffelsaaten erfordert; so wird zwar von Seiten der Regierung das Erforderniß der Erhöhung des Bau-Capitals anerkannt, doch beantragt sie die von der Commission vorgeschlagene successive Ansammlung des Capitals durch jetzt schon zu bewilligende 2000 Rthl. nicht; vielmehr darf sie erwarten, daß es zur Zeit des Erfordernisses an Bewilligung der nöthigen Fonds nicht fehlen werde.

Detmold, den 2. Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.

W. A. Eschenburg.

Nachweisung über die Wirksamkeit des Krankenhauses in Detmold vom 1. Januar 1843 bis 2ten November 1844.

Am 1. Januar 1843 war Bestand		4 Kranke.
Aufgenommen bis zum 2ten November 1844 sind		78 "
		82 Kranke.
Davon sind gestorben	5	
" " als unheilbar entlassen	1	
" " " gebessert "	5	
" " noch in Behandlung	3	
" " geheilt	68	
		82.

Die Gestorbenen waren:
ein Mädchen an Hals- und Lungenschwindsucht,
ein Mann an Bauchwassersucht (nach häufigen Rückfallen),
ein Greis von fast 80 Jahren am Typhus,
eine Frau von 78 Jahren an derselben Krankheit,
ein am Kopfe durch einen herabfallenden Balken tödtlich verletzter Mann, der sterbend in die Anstalt gebracht wurde, und 1 Stunde nach der Aufnahme starb . . . . . 5.

Der unheilbar Entlassene litt am Krebs, welcher sich nicht mehr zur Operation eignete . . . . . 1.

Von den gebessert Entlassenen litten an verschiedenen Formen eingewurzelter Scrophulosis 3
an Lähmung 1
an Bleichsucht 1
——— 5.

Die noch in Behandlung befindlichen leiden an Knochenfraß 1
am Typhus 1
an chronischen Geschwüren an den Beinen 1
——— 3.

Von den 68 Geheilten
A. an fieberhaften Krankheiten und Entzündungen . . . . . 22.
nämlich am Typhus 7
an Schleim- und gastrischen Fiebern 7
an rheumatischen Fiebern 5
an Lungenentzündung 3
——— 22.

B. an nicht fieberhaften Krankheiten litten . . . . . 46.
nämlich an allgemeiner Syphilis 4
an Gicht, Rheumatismus, Colik, Blutspeien, Rothlauf, Scropheln, Lähmung, je Einer 7
an der Krätze 23
an varicosen Beingeschwüren 1
an schweren Kopfverletzungen 2
an complicirten Beinbrüchen 4
an Quetschung des Rückgrats 1
an Abscess im Unterleibe 1
am Wasserbruch 1
an Gesichtskrebs 1
an Pferdefuß 1
46

Als besonders glücklich abgelaufene chirurgische Curen sind folgende zu bezeichnen:

1) Kopfverletzung. Dem Einlieger und Tagelöhner D. fiel, bei einem Neubau ein Backstein von der Höhe des Hauses auf den Kopf und zersprengte ihm den Schädel in der Gegend der großen Fontanelle. Ein Knochenstück von der Größe eines Sechsgroschenstücks war eingedrückt und unter die Schädelknochen geschoben. Das Gehirn lag frei, pulsirte in der Bruchstelle, und aus dem daselbst liegenden großen Blutbehälter entleerte sich eine bedeutende Menge venösen Bluts. Patient war meistens ohne Besinnung und litt an häufig wiederkehrenden Krampfanfällen (Convulsionen), die bei einer streng entzündungswidrigen Behandlung nach 8 Tagen aufhörten. Die Heilung gelang vollständig, und obgleich das abgesprengte Knochenstück in seiner deprimirten Lage festgewachsen ist: so ist davon doch kein Nachtheil zurückgeblieben, und der Genesene vermag seiner früheren Beschäftigung nachzugehen.

2) Knochenbrüche. Dem Einlieger H. ging ein schwer beladener Holzwagen mit 2 Rädern über beide Unterschenkel und zerquetschte und zermalmte Weichtheile und Knochen in solchem Grade, daß die Erhaltung der Glieder und des Lebens höchst unwahrscheinlich war. Indeß gelang es einer sehr sorgfältigen und mühevollen chirurgischen Be-

handlung (vom 22. Februar bis zum 17. November) nach Entfernung vieler Knochenstücke und Vernarbung der Wunden, die Knochen nicht allein zur Heilung zu bringen, sondern auch die natürliche Form der Beine wieder herzustellen. In den ersten Wochen waren täglich 2 bis 3 frische Verbände, unter Assistenz von mehreren instruirten Wärtern, nöthig. Wie hätte sich dies auf dem Dorfe, fern vom Wundarzte, erreichen lassen?

Der Ackerknecht W. erlitt einen complicirten Beinbruch des rechten Unterschenkels, wobei die Bruchenden die Weichtheile durchdrangen und längere Zeit der Luft ausgesetzt waren. Nach 10 wöchiger vergeblicher Behandlung in seinem Wohnorte, wurde er aufgenommen. Es war noch keine Vereinigung der Bruchenden zu Stande gekommen. Diese wurde durch die Hospitalbehandlung erzielt, ohne daß eine Deformität des Gliedes zurückblieb.

Die Witwe M. aus H. erlitt durch Herabfallen vom Wagen einen Bruch des Schenkelhalses rechter Seits. Sie wurde trotz ihres hohen Alters, von 80 Jahren, im Krankenhause so vollständig hergestellt, daß sie den Weg aus dem Dorfe in die Stadt wieder zu Fuße machen kann.

Der Tagelöhner P. aus J. brach beim Herabfallen von einer Eiche den Unterschenkel, ganz nahe über dem Knöchelgelenke so, daß die obern Bruchenden weit aus den Weichtheilen hervorstanden. Zur Heilung waren 3 Monate erforderlich.

3) Die oben zuletzt bezeichneten 4 Kranken wurden durch die angezeigten chirurgischen Operationen geheilt. Namentlich gelang die Heilung eines Pferdefußes bei dem Knaben B. aus H. durch Tenotomie sehr vollständig.

Es kam in den letzten 2 Jahren sehr häufig vor, daß die Aufnahme wegen der gar großen Mangelhaftigkeit des Krankenhauses versagt werden mußte, wenn auch die Kranken sich ganz zu einer Hospitalbehandlung qualificirten. Es ergiebt sich daraus, daß das Zutrauen zu der Anstalt, ihrer großen Mängel ungeachtet, im Steigen ist, und daß dieselbe dem Bedürfnisse durchaus nicht mehr entspricht.

Detmold, den 2ten November 1844.

Dr. K. Piderit.

An
Hochfürstliche Regierung!

Gehorsamster Bericht der wegen Errichtung eines Landkrankenhauses niedergesetzten Commission.

Längst erkannt ist von Allen, denen die Armen- und Krankenpflege in unserm Lande am Herzen liegt, das Bedürfniß der Errichtung eines Landkrankenhauses. Wenn auch für die Pflege, Erhaltung und Wiederherstellung der armen Kranken stets mit anzuerkennender Humanität gesorgt, wenn ihnen ärztliche Hülfe und freie Arznei bereitwillig gewährt wurde: so blieb doch der gänzliche Mangel einer Hospitalpflege für Viele, die ohne dieselbe gar nicht, oder nur mangelhaft, oder auf kostspielige oder doch unsichere Weise geheilt und erhalten werden konnten, eine unverkennbare Lücke in der Armenversorgung unseres Landes.

Nicht um diesem Mangel gründlich abzuhelfen, sondern nur um die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Hospital-Behandlung für einzelne Kranke erfahrungsmäßig

zu beweisen, und beispielsweise darzuthun, wurde vor mehreren Jahren eine jährliche Bewilligung von 300 Rthlr. beantragt, womit einzelnen Kranken vom platten Lande in dem sehr beschränkten und höchst mangelhaften Krankenhause der Stadt Detmold Aufnahme und Verpflegung verschafft werden sollte.

Dieser Versuch hat, wie es jeder der Sache Kundige zu erwarten berechtigt war, bewiesen, wie wohlthätig und ersprießlich ein wohl eingerichtetes Krankenhaus zu wirken vermöge. Es darf in dieser Beziehung auf die eingereichten Rechenschaftsberichte verwiesen und hinzugefügt werden: daß in einem, freilich sehr beschränktem Kreise, die Wirksamkeit dieser Einrichtung fortdauert, wie es aus der anliegenden Nachweisung sich ergiebt.

Es muß daher als ein sehr erfreuliches Ereigniß betrachtet werden, daß die, dem Landtage pro 1842—43 vorgelegte Proposition wegen Einrichtung eines Landkrankenhauses, in Anerkennung des Nutzens, welchen ein solches Institut für die öffentliche Wohlfahrt verspricht, richtig gewürdigt und vorläufig ein Capital von 9000 Rthlr. dafür ausgesetzt worden ist.

Diese Maaßregel erscheint um so mehr angemessen, da gleichzeitig eine wesentliche Abänderung in der Versorgung der armen Kranken auf dem platten Lande darin eintrat, daß die Kosten für Arzneien und Pflege nicht mehr auf die Medicinalcasse, sondern auf die respectiven Gemeinde-Cassen übernommen wurden. Der dadurch bewirkten Trennung der armen Kranken nach den Bezirken der Amtsgemeinden, wird nämlich eine Vereinigung der, einer Hospitalpflege Bedürftigen in Eine Anstalt, gegenüberstehen. Von dieser Anstalt werden diejenigen Bezirke, welche die meisten armen Kranken zu versorgen haben, einen verhältnißmäßig höhern Gewinn ziehen, indem sie die zu einer Hospitalpflege sich eignenden Kranken gegen eine geringe Vergütung unterbringen und ihre sorgsame Verpflegung gewärtigen können. So wird zum Theil die ungleiche Last der Krankenversorgung in den verschiedenen Amtsgemeinden wieder ausgeglichen, durch eine Anstalt, welche ihre Wirksamkeit gleichmäßig über alle Amtsgemeinden auszudehnen bestimmt ist.

Nachdem nun die Errichtung eines Landkrankenhauses beschlossen war, wurde auf Serenissimi gnädigsten Befehl, durch eine Regierungs-Resolution vom 19. März 1844 die unterzeichnete Commission zusammengesetzt und beauftragt, die Bearbeitung und Begutachtung der bei Errichtung eines Landkrankenhauses in Betracht kommenden mannichfaltigen Fragen zu übernehmen und in Beziehung auf die ärztlichen, baulichen und Wohlthätigkeits-Rücksichten vollständige Gutachten zur weitern Beschlußnahme vorzulegen. Die Gegenstände, worauf sich diese Gutachten vorzugsweise zu erstrecken hatten, waren: die Ermittelung eines angemessenen Platzes nebst Umgebung, die Bestimmung der Größe und Ausdehnung der Anstalt, die bauliche Einrichtung, die der Verwaltung, nebst Bestimmung der ärztlichen und des Verpflegungs-Personals, die Bedingungen der Aufnahme, die Kostenanschläge u. s. w.

Die erste Frage: nämlich die Ermittelung eines angemessenen Platzes für die zu errichtende Anstalt und sodann die andere: die Ausarbeitung einer Instruction, nach welcher einige Architekten Pläne und Anschläge zu bearbeiten vermöchten, waren es, worauf die Commission zuerst ihr Augenmerk glaubte richten zu müssen. Ohne feste Bestimmung der Oertlichkeit, welche für die Anstalt zu ermitteln war, wurde es den Technikern schwer, oder selbst unmöglich, einen vollständigen Bauplan mit Berücksichtigung aller Umstände und Verhältnisse zu entwerfen. Bei der Berathung über den Bauplatz ging man von den Grundsätzen aus:

1) daß die Lage gesund mit einer Räumlichkeit von etwa 2 Scheffelsaat auf gutem Baugrunde zu wählen sey.
2) Daß die Anstalt, sowohl ihrem Zwecke nach, als ächter Humanität und Wohlthätigkeit gewidmet, wie ihrer äußeren baulichen Erscheinung nach, jeder Straße eine Zierde werde, und um so weniger, wie ein Gefängniß, an einen Abort zu verlegen sey, als sie keinen Ort des Abscheus und Schreckens darstelle, vielmehr zu einer segensreichen Wirksamkeit des öffentlichen Zutrauens in hohem Grade bedürftig sey. Wie wichtig in letzter Beziehung die Lage sey, erschien nicht zweifelhaft, wie denn auch das Beispiel in andern Städten zur Genüge erweis't, daß die Lage der Krankenhäuser an frequenten Straßen angemessen ist, und namentlich keine Nachtheile für die Anwohnenden herbeiführt.
3) Daß der zu acquirirende Bauplatz, welcher diese für das ganze Land bestimmte Krankenanstalt aufnehmen sollte, auch nicht übermäßig theuer sey, und die Kosten nicht auf eine unnöthige Weise erhöhe.

In Betracht dieser Grundsätze war die Commission anfänglich übereinstimmend der Ansicht: daß in einer Verlängerung der Hornschen Straße, sey es näher oder ferner den äußersten Häusern in derselben, der tauglichste Platz gefunden sey, und zwar in derjenigen Häuserreihe, welche die Fronte nach Süden hat. Dieser Platz fiel in den zur Meierei Johannettenthal gehörigen Kuhkamp. Es erschien daher angemessen, wegen Ueberlassung eines Platzes von demselben bei Hochfürstlicher Cammer anzufragen. Von Hochderselben ging aber eine abschlägige Eröffnung ein, weil von dem Kuhkampe nicht eher Bauplätze ausgewiesen werden sollten, bis der in Arbeit befindliche Plan von der Stadt Detmold beendigt, und daraus die Nothwendigkeit der Erweiterung der Stadt nach dieser Seite dargethan sey. Es waren der fraglichen Eröffnung zwar noch sonstige Gründe gegen die Anlage der Anstalt in der erwähnten Richtung beigefügt; jedoch waren dieselben nicht geeignet, die Commission zu überzeugen. Indessen blieb der letzteren vor der Hand Nichts übrig, als sich nach einem andern Platze umzusehen, um die Angelegenheit thunlichst weiter zu führen. Die desfallsigen Bemühungen haben indeß zu keinem Resultate führen können, sowohl weil an jedem andern Orte derselbe oben erwähnte Einwand vorgebracht werden konnte, daß vor Erlassung eines Expropriations-Gesetzes zur Erweiterung der Stadt kein Platz abgetreten zu werden brauchte, als auch, weil die Commission die etwa künftig beliebt werdenden Baulinien nicht vorher zu sehen vermochte, vorausgesetzt, daß die begonnenen nicht weiter geführt werden sollten.

Den später zur Sprache gekommenen Bauplätzen standen erhebliche Bedenken entgegen. Jene waren unter andern:

1) die gegenüberliegende Baulinie in der verlängerten Hornschen Straße, welche die Fronte nach Norden hat;
2) der Keisersche Garten an der Seekenbrücke, zunächst dem Kirchhofe;
3) der Garten des Mundkochs Cornelius an der alten Meinberger Chaussée, welcher sehr feucht ist;
4) die Seminar-Baumschule (etwa mit Zuziehung der anstoßenden Gärten), welche einen feuchten Baugrund, eine versteckte Lage, eine Richtung nach Westen hat, und sowohl einen Brückenbau, als auch vielleicht eine Verlegung der Badeanstalt erfordern und daher auch kostspielig seyn würde.
5) Ein Platz auf dem städtischen Bruche, welcher ohne vollständigen Plan über die Erweiterung der Stadt nach dieser Seite nicht bestimmt werden kann;

6) Ein Platz an der Fortsetzung der Lageschen Chaussée, auf dessen Abtretung nicht zu rechnen ist.

Obgleich nun die erste Aufgabe, nämlich die Ermittelung eines angemessenen Bauplatzes, nicht hat befriedigend gelöst werden können: so hat es die Commission doch für angemessen gehalten, hierbei nicht stehen zu bleiben, sondern die bauliche Einrichtung, soweit es ohne fest bestimmten Bauplatz thunlich war, zu berathen, und in Folge dieser Berathung eine Instruction zu entwerfen, nach welcher die zu adhibirenden Architecten Risse und Anschläge einzureichen haben werden. Diese Instruction, aus welcher sich auch die Ansicht der Commission über die Bauart, Größe, Einrichtung ꝛc. der Anstalt ergiebt, ist folgende:

A. Allgemeine Bestimmungen.

1) Der Bau soll ausgeführt werden von Rauhsteinen mit Sandstein-Einfassungen.
2) In einem Souterrain von ziemlicher Höhe und 2 Stockwerken von 14 Fuß lichter Höhe.
3) In dem Souterrain und beiden Stockwerken soll durch die ganze Länge des Hauses ein 9 — 10 Fuß breiter Mittelgang angelegt werden.
4) Bei 8 Fuß für die Mauerdicken und 16 Fuß Zimmerbreite muß also das Gebäude 50′ tief angelegt werden.
5) Die Länge derselben richtet sich nach dem Bedarf; 100 bis 110 werden genügen.
6) Es soll im ersten Stock nur eine große Eingangsthür, die Ausgangsthür zu Hof und Garten aber im Souterrain zur Seite angebracht werden.
7) Fenster und Thüren sind thunlich wenig aber groß anzubringen. Die einzelnen Zimmer sollen unter sich keine Verbindungs- sondern nur Thüren auf den Gang erhalten.
8) Die Haupttreppe soll so breit und bequem seyn, daß Kranke im Bette transportirt werden können.
9) Die Krankenzimmer sollen durch Windöfen geheizt,
10) Die Gänge ꝛc. aber durch eine im Souterrain anzubringende Luftheizung erwärmt werden.
11) In den Krankenzimmern sind am Fußboden und unter der Decke correspondirende Luftzüge anzubringen, welche mit Klappen fest verschließbar seyn müssen.
12) Es sind thunlichst viele geräumige Abtritte, möglichst im Gebäude vertheilt, anzubringen. Zur Vermeidung des Geruchs sollen sie mit transportabeln Fangkästen, allenfalls auch Dunströhren versehen werden; sonstige Vorkehrungen zur Reinigung ꝛc. nämlich Wasserstürze u. s. w., die sich in der Ausführung nicht bewähren, sind nicht zu projektiren.
13) Da eine Erweiterung der Anstalt nothwendig werden könnte, so sind die Piecen auf den beiden Ecken der hinteren Seite des Gebäudes, im Souterrain und in den Stockwerken so zu construiren, daß demnächst Flügel angebaut werden können, ohne daß diese Zimmer deshalb das Licht verlieren, oder durch Abnahme der anzulegenden Verbindungsgänge so sehr verkleinert werden, daß sie nicht nutzbar bleiben.

B. Vorschriften in Betreff der Krankenzimmer.

1) Die Anstalt soll circa 40 Betten von 7 Fuß Länge 3 Fuß Breite enthalten.
2) Der Luftraum für jedes Bett muß circa betragen:

a. bei Fieberkranken ꝛc. . . . . 1500 Kubikfuß
b. bei den Krätzigen . . . . . 600 "
c. bei den übrigen . . . . . 1000 "

3) In jeder Etage ist eine mäßig geräumige Badestube anzubringen;
4) im untern Stockwerk, neben der Badestube, ein Empfangs- oder Reinigungs-Zimmer — nicht grade sehr geräumig, aber hell.
5) Ferner muß das untere Stockwerk enthalten: ein geräumiges helles Zimmer zu Vornahme von Operationen, Aufstellung von Medicamenten- und Instrumenten-Schränken; das zugleich auch zu Berathungen ꝛc. dienen kann.
6) Vier einzelne Schlafstellen für 4 Wärter sind angemessen im Hause zu vertheilen.
7) Eine Meubelkammer für Betten, Geräthe, Wäsche ꝛc. kann, wenn nicht anders, auf dem Boden angebracht werden.
8) Im Souterrain ist eine geräumige Leichenkammer und
9) ein kleiner Keller zur Aufbewahrung von Medicamenten ꝛc. einzurichten.
10) An Krankenzimmern sind folgende zu projectiren:
a) ein großes Zimmer für Männer, welche an nicht ansteckenden, chirurgischen u. s. w. Krankheiten leiden mit 8 bis 10 Betten.
b) ein dergleichen für solche weibliche Kranke mit 6 bis 8 Betten.
c) ein Zimmer für Männer, welche an ansteckenden fieberhaften Krankheiten leiden, mit 4 bis 6 Betten.
d) ein dergl. für solche Weiber mit 3 bis 4 Betten.
e) ein Zimmer für krätzige Männer mit 2 bis 3 Betten.
f) ein dergleichen für Weiber mit 1 bis 2 Betten.
Da die Temperatur in diesen letzten beiden Zimmern sehr hoch gebracht werden muß, so scheint es zweckmäßig, dieselben nur mit halber Stockwerkshöhe über einander anzubringen.
g) ein Zimmer für syphilitische Männer mit 3 bis 4 Betten.
h) ein dergl. für Weiber mit 2 bis 3 Betten.
i) An Zimmern mit nur Einem Bette sind, jenachdem es der Plan gestattet, 6 bis 8 zu projectiren.

C. Bestimmungen rücksichtlich der Wohnung des Hausverwalters und in Betreff der Oeconomie-Räume.

I. An Oeconomie-Räumen sind erforderlich:
1) eine geräumige Vorrathskammer
2) eine Kornkammer und
3) eine Rauchkammer,
sämmtlich auf dem Boden;
4) Eine nahe an der Treppe gelegene geräumige Küche, in welcher sämmtliche Oeconomiegeschäfte, als Waschen, Schlachten, Kochen für den Haushalt, selbst wenn dieser auf die Speisung der Kranken ausgedehnt werden sollte, Zubereitung von Medicamenten ꝛc. besorgt werden können, in der ein großer Wasserkessel — auch zu den Bädern — angebracht und wo thunlich ein Brunnen mit Pumpe hergerichtet werden muß.
5) Daneben eine geräumige Speisekammer,
6) Keller so viel der Raum gestattet, von verschiedener Größe,
sämmtlich im Souterrain.

7) Eine Stallung für eine Kuh, eine Ziege, ein Schwein und einiges Federvieh.
8) Remise für 15 bis 20 Klafter Holz,
9) ein Schoppen für größere Utensilien,
in einem kleinen Nebengebäude, welches von der Straße zugänglich und einer künftigen Erweiterung des Hauptgebäudes nicht im Wege, übrigens getrennt von diesem liegen muß.

II. Die eigentliche Wohnung des Oeconomen soll aus folgenden Pieçen bestehen:
1) eine kleine heizbare Geschäftsstube,
2) eine geräumige Wohnstube,
3) eine zweite kleinere Stube,
4) drei Kammern,
5) eine geräumige heizbare Gesindestube, nebst einer Schlafstelle für die Magd daneben.

Sollte aber der Plan oder der Kostenbetrag die Herstellung aller dieser Pieçen nicht gestatten, so kann auch die Stube unter Nr. 3 und eine der Kammern ad 4 wegbleiben.

In der Voraussetzung, daß der Bau des Hauses von Rauh- (Muschel-Kalk-) Steinen jedenfalls genehmigt werden würde, und in Erwägung, daß es sehr wichtig sey, diese Steine in lufttrocknem Zustande zu haben: ist es auf den Antrag der Commission von Hochfürstlicher Regierung durch eine Resolution vom 20. August d. J. genehmigt: daß die erforderlichen Steine auf dem s. g. Schäferdreische im Laufe dieses Winters gebrochen und aufgeruthet werden sollen. Mit dieser Arbeit soll baldigst begonnen werden.

Wenn nun gleich, wegen nicht beendigter Vorarbeiten zum Bau eines Landkrankenhauses, auch kein motivirter Kostenanschlag vorgelegt werden kann: so ist es doch unzweifelhaft, daß die vorläufig bewilligte und nutzbringend belegte Summe von 9000 Rthl. nicht zur Errichtung einer solchen Anstalt ausreichend seyn werde. Es drängt sich dabei die Bemerkung auf, daß überall die erste Einrichtung einer solchen Anstalt nicht genüge, welche zu ihrem Bestehen als allgemeines Wohlthätigkeits-Institut eines fortlaufenden Beitrags bedürftig seyn wird.

Es ergiebt sich daraus, daß hinsichtlich der Anweisung der erforderlichen Fonds ein doppelter Weg eingeschlagen werden kann: entweder die Bewilligung einer zureichenden Summe ein für allemal; oder die Bewilligung eines jährlich fortlaufenden Beitrags. In dem erstern Falle ist die erforderliche Summe jetzt noch nicht mit genügender Sicherheit zu veranschlagen, wenn daraus zugleich die Unterhaltung des Instituts bestritten werden soll. Deshalb erscheint es wünschenswerth, daß der andere modus vorgezogen, und in den Etat der Medicinal-Casse ein regelmäßiger Posten von 2000 Rthl. jährlich, zur Einrichtung und Erhaltung des Landkrankenhauses, aufgenommen würde.

Wenn auch der Bau im nächsten Jahre, 1845, begonnen wird: so läßt sich die Anstalt doch nicht vor dem Jahre 1847 eröffnen:

Es würden darnach die disponibeln Mittel bestehn:
1) aus den angewiesenen . . . . . 9000 Rthl.
2) den Zinsen dieses Capitals?
3) den Beiträgen pro 1844, 45, 46, 47, à 2000 Rthl. . 8000 "
= 17000 Rthl.

Sollte diese Summe nicht ausreichend seyn: so kommt in Betracht, daß vielleicht auch in den ersten Jahren des Bestehens der Anstalt der jährliche Beitrag ad 2000 Rthl. nicht ganz zur Unterhaltung erforderlich wäre, und daher noch theilweise zur ersten Einrichtung mit verwendet werden könnte.

Eine bestimmte Dotirung der Anstalt scheint auch deswegen zu empfehlen zu seyn, weil damit eine sichere Begränzung derselben gegeben wird, die bei zunehmender Armuth und Kränklichkeit einem zu großen Andrange zu dieser Wohlthätigkeits-Anstalt steuern kann.

Die weitern Fragen, welche bei dieser Angelegenheit zur Sprache kommen, wie z. B. die innere Einrichtung, die Verwaltung und Verpflegung, die Bedingungen der Aufnahme ꝛc. liegen weiter hinaus, und können nicht wohl eher eine Erledigung finden, als bis die bereits hervorgehobenen Punkte: nämlich die Ermittelung eines Platzes, die Anfertigung und Genehmigung eines Bauplanes und die Anweisung der erforderlichen Fonds festgestellt sind.

Detmold, den 31sten October 1844.

Die Commission zur Errichtung eines Land-Krankenhauses.

v. Meien. K. Piderit. Böhmer. Mosel. v. Cölln. C. W. Stein.

2.

Da Löblichen Ständen im Landtags-Abschiede vom 15ten Februar 1843 eine nähere Beleuchtung der einzelnen zu den Militair-Etats pro 1840 und 1842 vorgetragenen Erinnerungen zugesichert ist, so hat solche Statt gefunden, und wird das Resultat derselben auf gnädigsten Befehl Serenissimi den Löblichen Ständen in der Anlage A. mit Nebenanlagen a. b. c. übergeben.

Detmold, den 2ten Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

Anlage A.

Erläuternde Bemerkungen zum Gutachten Löblicher Stände über den Militair-Cassen-Etat für die Landtage von 1840 und 1842.

Löblichen Ständen ist im Landtags-Abschiede vom 15. Februar 1843 eine nähere Beleuchtung der einzelnen zu dem Militair-Etat pro 1840 und 1842 gemachten Bemerkungen zugesichert und erfolgt solche nachstehend:

Im Allgemeinen kann von den zu den Militair-Cassen-Etats von 1838, 1840 und 1842 aufgestellten Grundsätzen aus Rücksicht auf die förderativen Verpflichtungen, welche der Deutsche Bund den Bundes-Fürsten und Bundes-Regierungen auferlegt, nicht abgegangen werden. Löblichen Ständen wird dieses um so mehr einleuchten, wenn sie erwägen, daß der Militair-Verwaltung detaillirte Etats zum Grunde liegen, welche den bundesgesetzlichen Vorschriften und Beschlüssen entsprechen, mithin die Anhalts-Punkte bilden, wonach das Militairwesen je nach den Umständen in größern oder kleineren Maaßstabe zu leiten ist.

Jene Etats unterliegen der Ständischen Prüfung und Controle; nicht aber die reglementarischen Verfügungen und Bestimmungen, nach welchen das Militairwesen zu administriren und bundesgesetzlich einzurichten und zu unterhalten ist. Nur wenn die Schranken des bundesgesetzlich formirten Militair-Etats überschritten werden müßten, würde

ein fernerer Antrag und dessen Begründung bei Löblichen Ständen oder im Fall der Eile, bei dem Ausschuß, erforderlich seyn.

Die Rechte und Pflichten Löblicher Stände finden stets Anerkennung bei der Regierung; allein diese darf erwarten, daß auch ihre Rechte und Pflichten in Vertretung der Interessen des Landes nicht verkannt und daß ihre Handlungen darnach bemessen werden. Findet diese Rücksichtnahme Statt; so darf eine vorurtheilsfreie Beurtheilung des Militairwesens und der Kosten des Militairs erwartet werden, dessen Vollständigkeit und Schlagfertigkeit zu den wesentlichsten und vorzugsweise einer strengen Bundes-Controle unterworfenen Bundespflichten gehört.

In Ansehung der einzelnen Bemerkungen Löblicher Stände zu den Militaircassen-Etats von 1840 und 1842 werden sodann der Zusicherung gemäß nachstehende Erläuterungen abgegeben:

A. Zum Gutachten von 1840.

Im Allgemeinen ist von Löblichen Ständen bedauert, daß der Etat so aufgestellt sey, als solle das Contingent in bundesverfassungsmäßiger Stärke mobil gemacht werden; nicht, wie ihn das wirkliche Bedürfniß erfordere.

Hierbei kann es sich nur fragen, ob der Etat über die bundesgesetzlich erforderlichen Ansätze hinausgegangen ist oder nicht? — Ist letzteres nicht der Fall; so ist der Etat in der vorgelegten Aufstellung vollkommen gerechtfertigt, indem Löblichen Ständen dasjenige als wirkliches Landesbedürfniß vor Augen gelegt werden muß, was bundesgesetzlich nicht geweigert werden kann.

Daß aber der Militair-Etat nur darnach aufgestellt und berechnet ist, was Bundes-Gesetze und Beschlüsse vorschreiben und was der Bund durch jährliche Standes-Ausweise und zeitweise Inspectionen aufs Genaueste controliren läßt, ergeben die Bundes-Gesetze und Beschlüsse, in welchen dankbar erkannt werden muß, daß die den mindermächtigen Bundes-Fürsten nach langjährigen vielfältigen Verhandlungen durch Erlaß der Cavallerie und Artillerie gewährten Erleichterungen, den Etat nicht noch wesentlich erhöhen. Der von der Regierung den Löblichen Ständen vorgelegte Etat enthält, wie hier wiederholend erklärt wird, keineswegs die Voraussetzung, daß das Bundes-Contingent mobil gemacht werden solle, sondern ist lediglich darauf berechnet, daß es friedensetatmäßig mobil seyn und erhalten werden müsse.

Könnte nachgewiesen werden, daß hierbei die Bundes-Beschlüsse nicht beachtet, vielmehr darüber hinweggegangen sey, so würden Löbliche Stände zur Monirung befugt seyn; da solches aber nicht der Fall, vielmehr von Demjenigen, was bundesverfassungsmäßig verlangt wird, Manches noch übergangen ist, so scheint es Dank zu verdienen, daß Serenissimus für die Friedenszeit bei Höchst Ihrem Contingente solche Einrichtungen gestatten, daß dem Lande von den etatsmäßigen Kosten eine bedeutende Summe erspart wird.

Das Ergebniß dieser Ersparungen geht aus den Militaircassen-Rechnungen im Vergleich mit dem bundesgesetzlich basirten Etat hervor, und weil jene Rechnungen den Löblichen Ständen seit 1837 vorliegen; so schien es nicht erforderlich, dem Etat einen Rechnungs-Auszug beizufügen. Denn das wirkliche gesetzliche Bedürfniß enthält der Etat und läßt sich in der That über diejenigen Punkte, bei welchen nach höchstem Ermessen mehr oder weniger verausgabt werden kann, ein Etat im Voraus nicht weiter aufstellen, als daß man die Rechnungs-Titel mit dem Etat vergleicht und sich das etwaige Plus oder Minus abstrahirt.

Indessen hat die Regierung schon bei dem Militair-Etat von 1842 den Wünschen der Löblichen Stände insoweit genügt, daß sie neben dem Etat über das gesetzlich Erforderliche auch eine Nachweisung des wahrscheinlich nur Erforderlichen nach Grundlage der Militaircassen-Rechnung vorgelegt hat, einen solchen auch ferner als zureichendsten Beweis des oft mit den Bundespflichten in Conflict kommenden Ersparungs-Systems vorlegen wird.

Wendet man sich nun zu den von Löblichen Ständen im Einzelnen gemachten Bemerkungen, so ist

ad I. A. 2) die bewirkte Ersparung in der Gage des Adjutanten ohne Zweifel nur beifällig bemerkt, jedoch jetzt nicht mehr vorhanden, weil der Adjutant inmittelst zum Premier-Lieutenant avancirt und etatmäßig mit 360 Rthl. gagirt ist.

ad 3) bezieht der Auditeur nicht die Gage eines Premier-Lieutenants mit 360 Rthl., sondern nur die eines Seconde-Lieutenants mit 288 Rthl. Im Etat ist aber für den Auditeur und Zahlmeister eine Ausgabe von 500 Rthl. in Ansatz gebracht, welche nicht ausreichen wird, wenn das Bataillon mit dem Auditeur und Zahlmeister ausmarschiren und diese Stelle bei der Reserve besonders besetzt werden müßte, was vorläufig nicht angenommen ist.

Ad 4 und 9) ist zu bemerken, daß der Bataillons-Arzt nicht 150 Rthl., sondern 240 Rthl. Wartegeld erhielt, nächstdem für dieses Wartegeld hier eintreten mußte und jetzt erst nach seinem Tode ein Militair-Arzt vorerst mit 150 Rthl. Gage angestellt ist. Von den Compagnie-Chirurgen erhält nur einer 60 Rthl. Wartegeld und werden die übrigen Stellen einstweilen vacant geführt.

Ad B 2) Wenn das Bataillon jährlich bundesbeschlußmäßig zusammengezogen würde, so könnte ein Pferd und die Ration für den Adjutanten nicht erspart werden. Diese Ausgabe gehört in den Etat und muß es zur Beurtheilung der Administration verstellt bleiben, ob und wie an diesen Ausgaben Ersparungen eintreten dürfen.

Ad C. D. beruhen die hier gemachten Bemerkungen auf Irrthum. Denn abgesehen davon, daß die volle Zahl der Unterofficiere nicht vorhanden ist, sind auch nur $\frac{2}{3}$tel derselben für die Urlaubszeit bei dem Gagen- und Brodt-Ansatz angenommen, und finden zeitliche Beurlaubungen der dienstthuenden Mannschaft nicht Statt.

Nicht alle Unterofficiere können Quartiere in der Caserne erhalten, auch nicht auf Kosten der Stadt Detmold einquartirt werden, da solche nur für Unterofficiere einer früheren Garnison-Compagnie Quartier zu geben verpflichtet ist. Diejenigen Unterofficiere aber, welche auf die eine oder andere Weise nicht untergebracht werden können, haben auf das s. g. Service Anspruch.

Ad F. wird auf Dasjenige Bezug genommen, was Löblichen Ständen bereits in der Proposition von 1842 auf diesen Punkt mitgetheilt und eröffnet ist, und wird nur noch hinzugefügt, daß Klagen über schlechte Beschaffenheit der Montirungsstücke seit vielen Jahren nicht vorgekommen sind. Als deren Anschaffung noch an Lieferanten verdungen wurde, fanden Klagen allerdings Statt; seitdem aber die Lieferung von der Administration unmittelbar besorgt wird, haben sich die Kosten der Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenstände vermindert und sind sie ihrer Qualität nach so verbessert, daß sie nach dem Zeugniß des Militair- und der Compagnie-Chefs sowol als der Untergebenen untadelhaft und im Vergleich zu vielen andern Staaten vorzüglich erscheinen.

Eine stehende Oeconomie-Commission anzuordnen, ist den Verhältnissen nach nicht angemessen gefunden, wird aber dadurch ersetzt, daß die angeschafften Gegenstände vor der Abnahme und Bezahlung von dem Militair-Chef, den Capitains und von Sach-

verständigen untersucht, und nur diejenigen angenommen werden, welche untadelhaft sind.

Ad II. kann nur wiederholt werden, daß im Etat Dasjenige enthalten seyn muß, was nach den gesetzlichen Erfordernissen zur Aufnahme geeignet ist. Wird daran, wie es höchsten Orts bis jetzt in Ansehung der Reserve zugelassen ist, gespart; so muß solches bei Löblichen Ständen und dem Lande Anerkennung finden und

ad g. die Ausgabe für eine angemessene Militair-Musik um so gewisser rechtfertigen, als andrer Seits die bedeutendsten Ersparnisse eintreten. Hornisten und Tambours können ein bei jedem Militair hergebrachtes Hoboisten-Corps nicht ersetzen.

Ad III. ist eine namentliche Liste der Pensionärs nicht erforderlich gehalten, weil solche in der den Löblichen Ständen vorliegenden Militaircassen-Rechnung enthalten ist. Pro 1840 ergab der Tit. VI. der Militaircassen-Rechnung eine Ausgabe an Pensionen zu 2459 Rthl. und wurde hinzugerechnet der verstorbene Obristlieutenant Reinecke mit . 900 „ der Lieutenant Driesen mit . . . . . 288 „ und die damals noch dem Hauptmann Erpbrockhausen extraordinarie gezahlten 200 „

wonach solche 3847 Rthl. betrugen, statt welcher rund 4000 Rthl. angesetzt wurden.

Durch inmittelst eingetretene Todesfälle ist jedoch der Pensions-Etat jetzt bedeutend vermindert.

Ad VI. Gratificationen sind in außerordentlichen Fällen in allen Staaten hergebracht und müssen zu Serenissimi gnädigstem Ermessen verstellt bleiben. Sie sind ohne Zweifel um so begründeter, wenn sie bei den von Zeit zu Zeit eintretenden Bundes-Inspectionen gewährt werden, da alsdann außerordentliche Kräfte in Anspruch zu nehmen sind und den Officieren und Unterofficieren Ausgaben verursacht werden, welche im gewöhnlichen Dienst nicht vorkommen.

B. Zum Gutachten vom 1sten Februar 1843.

Was Löbliche Stände in vorstehendem Gutachten über ihre Rechte und Pflichten mit Berufung auf die Verfassungs-Urkunde ausgeführt haben, ist zum Theil schon ad A., zu dem Gutachten von 1840 erwogen, zum Theil im Landtags-Abschiede vom 15. Februar 1843 beantwortet.

Ohne Zweifel ist es der Regierung aufgefallen, da Mißtrauen zu finden, wo sie volles Vertrauen zu verdienen glaubt, wo sie nach Möglichkeit zu sparen sucht, sich nur in den verfassungsmäßigen Schranken hält und keine Ausgaben veranlaßt, welche nicht durch die Umstände geboten und bundesgesetzlich unvermeidlich sind.

Denn wenn auch die Militair-Ausgaben noch so sehr variirt und sich den Umständen nach bald höher bald niedriger belaufen haben, immer werden Löbliche Stände bei vorurtheilsfreier Prüfung aus den Militaircassen-Rechnungen die Ueberzeugung gewinnen, daß bedeutende Ersparungen in Vergleichung mit dem bundesgesetzlichen Etat bewirkt wurden.

Allerdings glaubt die Regierung, daß dieses Anerkennung finden müsse; allein auf blindes Vertrauen macht sie deshalb noch keinen Anspruch, vielmehr läßt sie durch die, Löblichen Ständen vorliegenden, Rechnungen mit Einnahme- und Ausgabe-Belägen jährlich nachweisen, wie der Militair-Haushalt geführt, was verbraucht, was erspart wird.

Würden die der Mit-Revision Löblicher Stände unterliegenden Militaircassen-Rechnungen ergeben, daß sie abnorme, den Bundes-Beschlüssen widerstreitende Ver-

wendungen enthielten; so wären Erinnerungen dagegen in der Ordnung; allein an einem solchen Nachweis fehlt es gänzlich, wie sich weiter zu den einzelnen Bemerkungen ergeben wird; und muß daher die Beschwerdeführung über eine Administration zurückgewiesen werden, welche sich in den Schranken eines gesetzlichen Etats hält und sich unausgesetzt beeifert, die Ausgaben, soweit es die Verhältnisse gestatten, durch Ersparungen bedeutend zu vermindern.

Erwägt man nun die einzelnen Bemerkungen Löblicher Stände, so ist zunächst die in Anregung gebrachte Verschiedenheit in dem Betrage der Ausgabe der Jahre 1839, 1840 und 1841 zu erörtern.

Woher diese Verschiedenheit rührt, liegt klar vor Augen. Alle 4 bis 5 Jahre wird von Bundestags wegen eine Inspection der Bundes-Contingente angeordnet; ihre vollständige Ausrüstung, ihr Exercitium, mit einem Worte, ihre Schlagfertigkeit muß den bundesgesetzlichen Vorschriften gemäß nachgewiesen werden und steigern sich selbstredend die Kosten, je näher dieser Zeitpunkt rückt. So wurden im Jahre 1837 nur 27,526 Rthl. und im Jahre 1838 nur 28,164 Rthl. an wirklichen Militair-Kosten verausgabt; es genügten in den letztgedachten beiden Jahren die Vorräthe aus dem Jahre 1836 und die Einübungen der Soldaten konnten abgekürzt und auf die Rekruten beschränkt werden. Von 1839 an war dagegen von Neuem auf das Inspections-Jahr allmählige Rücksicht zu nehmen, und so steigerten sich die Ausgaben bis dahin; verminderten sich aber pro 1842 ded. ded. wieder auf 37,291 Rthl. und 1843 auf 37,771 Rthl.

In ähnlicher Weise wird es bis 1846 fortgehen, in welchem Jahre eine abermalige Musterung der Bundes-Contingente bevorsteht.

Wenn Löbliche Stände übrigens bemerkt haben, daß die Anforderungen pro 1843 auf 68,000 Rthl. gestiegen seyen; so findet sich diese Angabe wenigstens nicht in dem Original-Etat; vielmehr beschränkt sich der pro 1843 und 1844 vorgelegte Etat auf 49,329 Rthl., oder, wenn man die nachher durch Bundesbeschluß bestimmten jährlichen Beiträge zu den Bundes-Festungen Ulm und Rastatt zu rund 2475 Rthl. (nach Abzug der ausgeworfenen 1500 Rthl.) und die Mehrkosten der Schutzwächter zu pptr. 2000 Rthl. hinzufügt, auf 52,304 Rthl.

In diesem Etat ist aber die Ausgabe für Percussionsgewehre mitbegriffen und demselben nicht noch hinzuzurechnen, wie es allerdings nach der Fassung der Proposition von 1842 scheinen könnte. Diese bezieht sich jedoch in diesem Punkte auf die Kosten-Berechnung Nr. II., in welcher die Percussionsgewehre nicht mit aufgenommen sind.

Da nun die jetzige etatsmäßige Einnahme der Militaircasse nur 39,100 Rthl. beträgt, womit selbst nach der zum vorigen Landtage übergebenen Militair-Kosten-Berechnung Nr. II. nicht ausgelangt wird, so bleibt der Regierung zur Deckung der Ausgaben vorerst nur die Aushülfe aus dem Capital-Fonds, auf dessen Heranziehung jedoch gern verzichtet wird, wenn der Ausfall anderweite Deckung erhält. Daß eine solche erfolgen kann ohne Steuern aufzulegen und ohne Schulen und Chausséen der Vernachlässigung Preis zu geben, werden Löbliche Stände ernstlich nicht verabreden; jedoch bedarf es einer Deckung aus den Steuern vorerst nicht, wenn das Capital-Vermögen der Militair-Casse insoweit allmählig herangezogen wird, als die ständigen Einnahmen derselben nicht ausreichen.

Die Regierung theilt bei dem Allen den Wunsch, daß von Bundes wegen Anordnungen getroffen werden mögten, wodurch die Herabsetzung des Militair-Etats möglich würde.

Zu einem Beschlusse der Art ist aber noch zur Zeit keine Hoffnung vorhanden, viel-

mehr ist die Aufmerksamkeit des Bundestags auf die Vollständigkeit des Militairwesens in den Bundesstaaten seit 1830 von Jahr zu Jahr gestiegen, und weiset jeder Musterungs-Bericht und jeder darauf basirter Bundesbeschluß nach, daß auch in unserm Staate aller Bemühungen ungeachtet noch nicht allen Desiderien abgeholfen, die verlangte Schlagfertigkeit noch nicht vollständig erreicht ist.

In Ansehung des Sachsen-Meiningschen Militair-Etats, wie ihn Löbliche Stände auszüglich angeführt haben, steht der Regierung kein Urtheil zu; doch ist soviel klar, daß wenn nicht besondere, hier nicht bekannte Verhältnisse bei demselben zum Grunde liegen, er den Bundespflichten und den Anforderungen des Bundes nicht entspricht, mithin nicht als Muster aufgestellt werden kann.

Im Vergleich zu dem hiesigen Militair-Etat ergiebt sich indessen schon im Allgemeinen, und abgesehen von einem Rechnungsfehler in Reduction der Fl. auf Rthl. von 2311 Rthl., wonach die Ausgabe nicht 34,832 Rthl., sondern 37,143 Rthl. beträgt, daß nur die gewöhnlichen Garnisons-Bedürfnisse darin aufgenommen sind und er speciell nicht enthält:

1) die Kosten der Reserve,
2) die Unterstützungen an Pensionen u. s. w.,
3) die Kosten der Gendarmerie, welche beiläufig bemerkt, dort nach eingezogenen Erkundigungen pptr. 20,000 Fl. kostet,
4) die Kosten der größeren Uebungen und Inspectionen,
5) der außerordentlichen Ausrüstungen an Waffen, Ledergeräth und Bekleidung,
6) der Beiträge zu den Bundesfestungen,

daß er mithin auf die hier beliebte Vollständigkeit und Ausdehnung keinen Anspruch machen kann und ohne Zweifel nur die Garnisonskosten umfaßt, wogegen die übrigen Kosten aus einem dem Gouvernement zu Gebote stehenden Reserve-Fonds entnommen werden. Dieses ist unter Anderm in diesem Jahre noch in Ansehung der für das ganze Contingent angeschafften neuen Percussions-Gewehre und neuer Uniformen nach Preußischer Einrichtung mit einem außerordentlichen Kosten-Aufwande von 50—60,000 Fl. der Fall.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich die Militair-Etats, wenigstens die Militair-Ausgaben der meisten deutschen Bundesstaaten verhältnißmäßig höher belaufen werden als die hiesigen. Die Regierung verweiset in dieser Hinsicht auf Anhalt-Bernburg, wo die Verhältnisse den hiesigen, wenn auch nach verjüngterem Maaßstabe, ähnlich sind. Dort betragen die nach den Beschlüssen des deutschen Bundes über Ausrüstung und Bereithaltung der Bundes-Contingente bemessenen jährlichen Kosten eines Contingents von 379 Mann, mehr als 44,000 Rthl., und zwar speciell:

1) Für den Garnisonsdienst	16,010	Rthl.
2) Reserve	5,180	"
3) Pensionen und Unterstützungen	3,715	"
4) Gendarmerie	5,684	"
5) Vermischte Ausgaben	1,556	"
6) Zur Bestreitung der außerordentlichen Kosten . . .	12,000	"
=	44,145	Rthl.

wonach sich für das hiesige Contingent von 720 Mann verhältnißmäßig ein jährliches Erforderniß von 83,588 Rthl. herausstellen würde.

Wenn nun gleich die Regierung, den Grundsätzen möglichster Sparsamkeit getreu, sich pflichtmäßig bestrebt, in bisheriger Weise auszureichen; so können Löbliche Stände

andrer Seits nur damit einverstanden seyn, daß dasjenige, was die Bundespflicht erheischt, nicht versagt werden darf, indem gegentheiligen Falls die Regierung gezwungen seyn würde, den nothwendigen Bedarf nach verbrauchten Capitalien extraordinarie anzuweisen.

Um übrigens nachzuweisen, wie hoch sich ein auf die gewöhnlichen Garnisons-Bedürfnisse beschränkender, alle sonstigen militairischen Ausgaben ausschließender Etat belaufen würde; so ist ein solcher zwar in der Nebenanlage a mit Berücksichtigung des Meiningenschen Etats nachrichtlich zusammen gestellt; es werden jedoch die übrigen Ausgaben dadurch nicht entbehrlich.

Auf die weitern Bemerkungen Löblicher Stände zu den Militair-Cassen-Rechnungen wird erwiedert«

Ad 1) daß Zinsrückstände nicht immer zu vermeiden sind. Wenn die Regierung solche in einigen Fällen gestattet hat, so waren auch hinlängliche Gründe dazu vorhanden, z. B. vorhandenes Concursverfahren, Erhaltung eines Colonats-Besitzers im Besitze seines Hofes und dgl. m. In der Rechnung von 1843 befindet sich indessen nur noch ein Zinsrückstand, welcher durch Concursverfahren veranlaßt ist. Vermeidung von Zinsrückständen ist ohne Zweifel wünschenswerth, sie müssen aber auch nach Umständen gestattet werden können.

Ad 2) sind kleine, zinslose Vorschüsse an eine oder andere Militair-Person nur als ein Gagen-Vorschuß zu betrachten, welcher monatlich zurückgezahlt wird und als solcher nicht im Capitalien-Verzeichniß, sondern nur ante lineam bei der Gage der betreffenden Militair-Person hätte aufgeführt werden sollen. Ein solcher Vorschuß beruhet unter Umständen in der Rücksicht, welche man alten gedienten Militairs unter nicht zur Consequenz zu ziehenden Umständen schuldig ist.

Der im Jahre 1830 der hiesigen Baucasse geleistete Vorschuß von 2000 Rthlr. gehört eigentlich nicht in den Bereich der Ständischen Controle, insofern die Bewilligung vor 1836 erfolgte. Davon abgesehen jedoch ist zu erwägen, daß jene 2000 Rthlr. damals nur in der Absicht aus dem bedeutenden Bestande der Militaircasse vorgeschossen wurden, um die Herstellung der, zu dem damals erbauten Militairgebäude führenden Straße zu befördern und nach kurzem Gebrauch zurückbezahlt zu werden. Es erklärt sich daraus weiter, weshalb eine Obligation nicht ausgestellt und Zinszahlung nicht stipulirt wurde.

Die Verhältnisse der Baucasse haben die sofortige Zurückzahlung nicht gestattet, weshalb dieser Cassen-Vorschuß erst später als ein Capital verzeichnet wurde, welches keiner besondern Obligation bedurfte und jetzt unter veränderten Umständen in der Militaircassen-Rechnung pro 1844 als zurückbezahlt vorkommen wird.

Ad 3) sind Equipementsgelder für die angestellt werdenden Officiere im hiesigen Dienste seit alten Zeiten hergebracht und ist deren Aufhebung weder begründet, noch höchsten Orts genehmigt.

Ad 4) hat diese Bemerkung schon oben ad VI ihre Erledigung gefunden.

Ad 5) hätte wol erwartet werden können, daß Löbliche Stände, bevor sie eine vermeintliche Irregularität von solcher Bedeutung der Oeffentlichkeit übergaben, die Richtigkeit derselben sorgfältiger erwogen und nicht zu kränkenden Mißdeutungen veranlaßt hätten.

Allerdings hatte der Rendant im Jahre 1839 gleich andern Cassen-Beamten das notorisch damals mit einem anscheinend unveränderlichen agio von 13 ¼ Pc. als Courant coursirende Gold, im Betrage zu 7000 Rthlr., aus der Landrentei sowohl als von

Steuer-Rendanten statt Courant mit 13⅓ Pc. agio angenommen. Unter den damaligen Verhältnissen war solches nicht bedenklich und geschah allgemein. Aber plötzlich und während einer Urlaubs-Reise des Rendanten veranlaßte zunächst Hannover durch Devalvations-Verordnungen ein Sinken des bisherigen Aufgeldes und bedeutende Verluste für die Goldbesitzer, welche namentlich für die bona fide zur Goldannahme mit 13⅓ Pc. agio bewogenen Rendanten hart war.

Dieses berücksichtigend gestattete die Regierung, daß von dem in der Militaircasse als Courant mit 13⅓ Procent agio vorhandenen Golde bei sich damals darbietender Gelegenheit 4000 Rthlr. in Golde ausgeliehen und als mit einem agio von 13⅓ Pc. zu dem Ende eingewechset betrachtet wurden, wogegen 3000 Rthlr. Gold mit 13⅓ Pc. agio dem Rendanten als Courant zur Last blieben.

In ähnlicher, aber liberaleren Weise verfuhr Fürstliche Cammer mit ihren Rendanten, und ergiebt sich aus Obigem, daß nicht 533⅓ Rthlr. dem Militaircassen-Rendanten geschenkt, sondern ihm nur gestattet wurde, die in Golde auszuleihenden 4000 Rthlr., welche von ihm als Courant mit 13⅓ Pc. agio, also gewiß nicht um Vortheil daraus zu ziehen, angenommen waren, als mit 13⅓ Pc. eingewechselt zu berechnen. Diese Bewilligung schien um so billiger, da der Verlust von den übrigen 3000 Rthlr. damals schon empfindlich genug für einen Rendanten war, dessen Remuneration für die ihm übertragene Administration mit einem solchen, nicht vorherzusehenden Verluste nicht in Verhältniß steht.

Da jene 4000 Rthlr. in Golde noch jetzt zinsbar ausstehen, so ergiebt sich, daß wenn man von dem damaligen agio zu . . . . . 533 Rthlr. 12 Mgr.
das jetzige zu 12⅔ Pc. mit . . . . . 488 — 32 —
abzieht, nur eine Differenz von . . . . . 44 Rthlr. 16 Mgr.
bleibt, welche ganz verschwindet, wenn sich der Cours des Goldes von Neuem auf 13⅓ Pc. heben sollte.

Löblichen Ständen wird anheimgegeben, hiernach ihre Ausstellungen zu berichtigen.

Ad 6) wird auf den Landtags-Abschied vom 15. Februar 1843 Bezug genommen.

Ad 7) sind Bemerkungen aufgestellt, welche die innere Administration betreffen und nicht zum Ressort Löblicher Stände gehören.

Es ist übrigens eine irrige Ansicht, daß Ausgabe-Posten mit Genehmigung der Regierung nicht durch Officiere berichtigt werden sollten, da im Gegentheil die Detail-Ausgaben von Officieren und Feldwebeln mittelst der ihnen auf Etats oder Anweisungen vom Haupt-Rendanten zu verabfolgenden Summe beschafft werden, wie es jede Militair-Administration nachweiset.

In Ansehung der schließlich noch berührten s. g. Oeconomie-Commission ist oben ad F. das Erforderliche erwiedert und hat es nur auffallen müssen, daß Löbliche Stände die 1842 gemachten detaillirten Eröffnungen ganz ignorirt haben. Nicht weniger ist es aufgefallen, daß Löbliche Stände eine Brodlieferung für die Soldaten beantragen mochten, welche darauf hinauslaufen würde, solche mindestfordernd zu verdingen und dadurch zu bewirken, daß die Soldaten schlechteres Brodt erhalten würden, als es ihre Mitbürger genießen. Die Regierung wird dieses nicht zugeben.

Was gegen die Anschaffung von Percussions-Gewehren geäußert worden, kann von der Regierung ebensowenig berücksichtigt werden, weil damit den Bundespflichten entgegengehandelt und dem Lande im Allgemeinen, dem Militair aber insbesondere geschadet werden würde, welches in Ansehung der Bewaffnung selbstredend den übrigen Bun-

destruppen gleich stehen und Waffen führen muß, welche denen des nöthigenfalls zu bekämpfenden Feindes nicht nachstehen.

In Ansehung eines Platzes zum Exerciren und zur Erweiterung der Caserne wird, bei sich ferner ergebender Nothwendigkeit, Entschließung erfolgen, und hat sich die Regierung wegen der Hoboisten oben bereits erklärt.

Bei dem nachrichtlich über den Effectiv-Bestand aufgestellten Etat können selbstredend willkührliche Reductionen nicht berücksichtigt und selbst Ueberschreitungen nicht vermieden werden, wenn außerordentliche Ausgaben im Laufe des Etats-Jahrs vorfallen. Für die Jahre 1843 und 1844 sind dahin unter Anderem die Kosten der neuen Bundesfestungen zu 4948 Rthlr. 3 Mgr. 3 Pf., die Kosten von 800 neuen und 400 durch Umänderung von Steinschloß-Gewehren erhaltenen Percussions-Gewehren zu 8660 Rthlr. 4 Mgr. 3 Pf. zu rechnen, und ist wegen der theuren Kornpreise auch das Brodgeld gestiegen.

Schließlich haben Löbliche Stände ein Gesuch gestellt, welches den Militair-Cassen-Rendanten im Fall der Gewährung in offenbare Opposition gegen die Regierung setzen und ihn gleichsam zu deren Controleur erheben würde. Daß sich die Regierung auf ein solches Verlangen als unangemessen nicht einlassen wird, scheint wohl kaum der Erwähnung zu bedürfen, wogegen die Mittheilung der Instructionen des Militaircassen-Rendanten als solchen und als Verwalter des Montirungsbodens gern bewilligt ist.

Beide Instructionen sind daher als Nebenanlage b. c. in Abschrift angeschlossen.

Was endlich die pag. 166 und 167 der Landtags-Verhandlungen de 1842 und 1843 aufgestellten Berechnungen betrifft, so ist daselbst eine Capital-Einbuße von 35,169 Rthlr. herausgestellt. Diese Einziehung von Capitalien in den Jahren 1839 bis 1841 incl. ist zwar in den Militaircasse-Rechnungen durch die nothwendig gewordenen Ausgaben justificirt; es muß hier jedoch bemerkt werden, daß diese Ausgabe nicht lediglich in Militair-Bedürfnissen bestanden; vielmehr sind die Beiträge des hiesigen Fürstenthums zu den Kosten der Luxemburger Expedition, der ehemaligen Reichs-Operations-Casse, der Bundesfestungen u. s. w. zu ungefähr — 4000 Rthlr. und die in den Jahren 1837 und 1838 gut gemachten Capitalien zu 5000 Rthlr., zusammen 9000 Rthlr., insofern abzusetzen, als solche keine Verwendungen für das Militair enthalten.

Der sonach bleibende Capital-Verbrauch von 26,619 Rthlr. für das Militair ist durch die in den Jahren 1839 — 1841 incl., letzteres als Revüe-Jahr, erforderlich gewordenen Ausgaben hinlänglich gerechtfertigt, auch größtentheils keineswegs als Einbuße zu betrachten, da Gegenstände dafür angeschafft und vorhanden sind, deren Werth an die Stelle der Capitalien tritt.

Instruction für den Lieutenant Steffen
als Rendanten der Militaircasse und Verwalter des Montirungsbodens.

Da Serenissimus Regens gnädigst geruhet haben, dem Lieutenant Steffen die Verwaltung der Militaircasse und Rechnungsführung über sämmtliche Einnahme und Ausgabe derselben, desgleichen auch die Verwaltung des Montirungsbodens zu übertragen, so wird ihm zuvörderst in Ansehung der ersteren nachfolgende Instruction ertheilt:

§. 1.

Uebernimmt er die Verrechnung sämmtlicher Einnahme und Ausgabe der Militaircasse vom Anfange des künftigen Jahrs 1826 an, und läßt sich des Endes, soweit es nicht schon geschehen, von seinem Vorgänger, dessen Rechnungs-Ordnung bis auf etwaige anderweite Verfügung genau beizubehalten ist, gegen gehörige Quittung die baaren Cassenbestände abliefern. Die im Anfange des künftigen Jahrs noch vorkommenden Einnahme- und Ausgabe-Posten, welche rechnungsmäßig in das Jahr 1825 gehören, wird sein Vorgänger vereinnahmen und resp. verausgaben.

§. 2.

Die Aufbewahrung der Gelder muß auf der zu diesem Zwecke bestimmten Cassenstube im Regierungsgebäude unter Verschluß geschehen. Für die Sicherheit der Gelder, welche nicht sofort nach ihrem Eingange dorthin transportirt werden, ist er verhaftet. Indessen wird es dem Rendanten verstattet, Behuf kleiner Auszahlungen einen Bestand bis zu 300 Rthlr. in seiner Wohnung zu haben, wofür er alsdann nicht verhaftet ist, wenn derselbe durch ein nachzuweisendes, auch bei der genauesten Vorsicht unabwendbares Ereigniß verloren geht.

§. 3.

Ueber sämmtliche fire Einnahme muß Rendant ein Manual aufstellen, und sogleich nach verflossenem Zahlungs-Termine den Eingang betreiben. Insbesondere muß er dafür Sorge tragen, daß die Strafgelder, sowie die Montirungs-Ersatzgelder von Deserteurs und Refractairs, falls dieselben nicht sofort beigetrieben werden können, durch Ingrossation oder Beschlagnahme des künftigen Erbtheils sicher gestellt werden.

Auch die außerordentliche Einnahme muß er, gleich nach Empfang der Legitimation, zur Hebung ins Manual eintragen und den Eingang befördern.

§. 4.

Die beständige Einnahme, welche sich das eine mal wie das andere verhält, bedarf keines Belags, sondern blos der Anzeigung der Quelle, woraus man die nähere Nachricht über dieses fixum schöpfen kann. Hingegen muß bei der beständigen Einnahme, welche in Ansehung der Summe Veränderungen unterworfen ist, desgleichen auch bei der unbeständigen Einnahme der Belag nachweisen, warum nur die aufgeführte Summe und nicht mehr zu vereinnahmen war. Zur Justification der Zinsen von den ausstehenden Capitalien ist jeder Rechnung ein status activorum vorzusetzen, welcher Jahr und Tag der Obligation, die Münzsorte und die stipulirten Zinsen angeben, auch die etwa eingetretenen Veränderungen unter Bezugnahme auf den betreffenden Titel der Rechnung nachweisen muß.

§. 5.

Sowie die Gelder eingehen, muß deren Empfang im Manual angezeichnet, auch sowol Einnahme als Ausgabe sofort in das zu führende Journal eingetragen werden.

§. 6.

Alle Monat muß Rechnungsführer Einnahme und Ausgabe aufnehmen, die Bilance ziehen und seinen Bestand damit vergleichen.

§. 7.

Restanten werden in der Jahresrechnung nicht anders gut gethan, als wenn nach vergeblichem Versuche der Beitreibung die Aussetzung von der Regierung genehmigt ist. Sind Posten für immer inerigibel, so muß deren völlige Absetzung in Antrag gebracht und gehörig motivirt werden.

§. 8.

Findet Rechnungsführer Irrthümer bei den ihm zugesandten Heberegistern und Assignationen, so muß er davon der Behörde Anzeige machen.

§. 9.

In Absicht der Ausgabe muß er überall den Nutzen der ihm anvertrauten Casse vor Augen haben, Beschränkungen und Ersparungen überall befördern, auch zu diesem Zwecke sich mit allen Verhältnissen, welche die ihm anvertraute Verwaltung betreffen, bekannt machen.

§. 10.

Die Zahlungen aus der Militaircasse werden auf Assignation der Regierung geleistet; nur folgende beständige Ausgaben machen eine Ausnahme und bedürfen keiner besondern Assignation:

a. die Gage der Hautboisten und die täglichen Brodportionen derselben;
b. die Gehälter der Officiere, welche am ersten Tage in jedem Monate praenumerando für den Lauf desselben zahlbar und nicht weiter vorzuschießen sind;
c. die Löhnung der Unterofficiere und Soldaten und das Brod für dieselben. Jene wird auf 5tägige von den Cheffs zu vollziehende Löhnungs-Etats erhoben; die Brodrechnungen werden von dem Feldwebel attestirt, nach Ablauf jeden Monats zur Zahlung präsentirt, und müssen zuvor mit der Polizei-Taxe verglichen, auch in calculo revidirt werden. — Am Schlusse jeden Monats muß der Feldwebel eine namentliche Löhnungs- auch Brodliste einreichen, welche der Rendant mit den einzelnen Löhnungs-Etats und Brodrechnungen zu vergleichen und deren Uebereinstimmung zu attestiren, oder etwaige Differenzen zu rügen hat.
d. Sonstige auf die Militaircasse angewiesene oder noch anzuweisende fixe Gehälter und ständige Ausgaben. Ein Verzeichniß der jetzt bestehenden wird Rendant von seinem Vorgänger mitgetheilt erhalten.
e. Die Pensionen der Militairs, deren Wittwen und Kinder; nur muß Rendant Acht haben, daß solche nicht länger, als sie anforderbar sind, ausbezahlt werden, also überhaupt bei dem Tode der Pensionairs, desgleichen bei den Wittwen, wenn solche wieder heirathen und, sofern die Pension auf die Kinder erstreckt ist, bei deren erreichtem 14ten Jahre cessiren. Wo es Rendanten also an sonstigen Wegen zu desfallsiger Ueberzeugung ermangelt, muß er auf Beibringung glaubhafter Atteste bestehen, deren unentgeltliche Ertheilung sämmtlichen inländischen Obrigkeiten aufgegeben worden ist.

§. 11.

Auch sonstige aus der Militaircasse zu bezahlende Specificationen und Rechnungen muß Rechnungsführer annehmen, sie in Absicht ihrer Richtigkeit und Anforderbarkeit, nöthigenfalls auch wegen der Preiswürdigkeit unter Zuziehung von Sachverständigen, prüfen, attestiren und zur Assignation befördern. Für die Richtigkeit und Anforderbarkeit der attestirten Rechnungen ist er verhaftet. Auf Porto und andere kleine, bis 2 Rthlr. betragende Ausgaben, die durchaus nothwendig sind, bedarf es jedoch keiner Assignationsbeförderung, sondern selbige können auf bloße Quittung in Ausgabe gebracht werden.

Wenn der baare Cassenbestand die Ausleihung von Capitalien verstattet, so hat Rechnungsführer die etwaigen Anleihegesuche sorgfältig zu prüfen, und unter Anschluß der erforderlichen Documente gutachtlich darüber zu berichten.

§. 12.

Ohne ganz erhebliche Ursache darf keine Ausgabe des einen Jahrs in die des andern Jahrs übertragen werden.

§. 13.

Die Einnahme und Ausgabe ist in der Rechnung unter besondere Titel zu fassen, worin Rendant im Allgemeinen den bereits von seinem Vorgänger angenommenen, auch in den monatlichen Cassen-Extracten enthaltenen Rubriken folgen, übrigens aber solche nach den etwa veränderten Umständen, vermehren, vermindern, oder nach eingeholter Genehmigung abändern kann.

§. 14.

Ueber Einnahme und Ausgabe der Militaircasse muß er monatlich und zwar jedesmal vor dem 6ten des nächsten Monats nach den bestehenden Titeln der Einnahme und Ausgabe der Regierung einen Extract einreichen, und zwar bei 5 Rthlr. Strafe. Diese Strafe erhöhet sich beim Verzuge jeden Tag um 1 Rthlr.

Sollten unvermuthete Ereignisse besorgen lassen, daß die Ausgabe des nächsten Monats die Einnahme übersteigen möchte, so muß Rendant hiervon Anzeige machen und Vorschläge zum abhelflichen Maaße eröffnen.

Die Hauptrechnung ist drei Monate nach dem Schlusse des Jahrs jedesmal einzureichen, und treten bei Versäumniß eben die Strafbestimmungen als bei den Extracten ein. Der Hauptrechnung ist auch eine summarische, nach den Rubriken der Rechnung formirte Uebersicht über das Verhältniß der gangbaren Münze gegen Conv.-Münze in der Militaircasse hinzuzufügen.

§. 15.

Als Montirungsboden-Verwalter wird dem Lieutenant Steffen zwar noch eine besondere Instruction ertheilt werden, doch wird hier vorläufig und mit Vorbehalt etwaiger Abänderungen bemerkt, daß Rendant gleichmäßig nach Ablauf jeden Jahrs eine gehörig justificirte tabellarische Uebersicht der Einnahme und Ausgabe der Equipements-, Armatur- und sonstigen zu den Militair-Effecten gehörigen Gegenstände einzureichen hat. Die Einnahme controlirt sich zwar durch die Militaircassen-Rechnung, woselbst die angeschafften Montirungs- und Equipementsstücke in Ausgabe verrechnet werden; indessen ist es doch rechnungsmäßig, daß auch die Montirungsbodens-Rechnung mit besondern Belegen zur Einnahme versehen werde. Zu dem Ende hat er die Specificationen und Rechnungen über abgelieferte Armatur- und Bekleidungsgegenstände sich in duplo einreichen zu lassen, und das Duplicat als Einnahme-Belag zu benutzen.

Die Ausgabe wird durch namentliche Listen der Empfänger und darunter gesetzte Empfangsbescheinigung des Militairchefs, jetzt des Obrist-Lieutenants Böger, justificirt. Rendant muß darauf Acht haben, daß keine Montirungs- und Equipementsstücke anders vom Montirungsboden verabfolgt werden, als wenn dieselben wirklich fällig und anforderbar sind.

Die Lieferungs-Contracte hat er nach vorgängigem Berichte und salva ratificatione mit der erforderlichen Vorsicht abzuschließen und muß er dabei das Beste des Militairs und der Casse gleich vor Augen haben.

§. 16.

Insbesondere liegt dem Rendanten auch noch die Revision der Hebe- und Controle-Register der Branteweins-Fabrikations-Steuer ob. Er muß daher die Heberegister sowohl in calculo, als die Richtigkeit der Ansätze prüfen, die Controle-Register damit sorgfältig vergleichen, und befördern, daß die etwaigen Zugänge oder Abgänge von den

Special-Rendanten bei Einsendung der Steuer vom nächsten Quartale berechnet werden. Ueber das auf diese Weise vollzogene Geschäft hat Rendant unter Angabe des Resultats und unter Anschluß des Hebe- und Controle-Register den Revisions-Bericht an die Regierung zu erstatten. Das Revisions-Geschäft muß in den ersten sechs Monaten nach Ablauf jeden Jahrs seine Erledigung erhalten.

§. 17.

Für die Sicherheit der Einnahme und Ausgabe, sowie überhaupt für die Erfüllung der instructionsmäßigen Verbindlichkeiten verpfändet Rechnungsführer durch Uebernahme des Postens sein sämmtliches Vermögen und bestellt außerdem noch eine specielle Caution vorerst von 5000 Rthlr.

§. 18.

Dagegen haben ihm Serenissimus Regens außer der Lieutenants-Gage zu 24 Rthl. monatlich, welche er nach wie vor bezieht, einen Gehalt von 212 Rthlr. jährlich, quartaliter mit 53 Rthlr. vom Anfange künftigen Jahrs an aus der Militaircasse zahlbar, sowie 15 Rthlr. jährlich für den Gehülfen auf dem Montirungsboden, gnädigst zugesichert, wogegen er alle in dieser Instruction ihm aufgetragenen Geschäfte, deren speciellere Bestimmung und Erweiterung nach Befinden der Umstände vorbehalten bleibt, getreulich auszurichten und weiter nichts zu fodern hat, auch dann nicht, wenn er namentlich durch seine Functionen als Officier genöthigt werden sollte, durch Andere etwas davon ausrichten zu lassen. Uebrigens behält es, was die Dauer und Beendigung der ihm übertragenen Verwaltung anbetrifft, bei den per Rescriptum vom 13ten December d. J. bereits eröffneten Bedingungen sein Bewenden.

Detmold, den 30sten December 1825.

Fürstlich Lippische Regierung.

Instruction für den Lieutenant Steffen als Verwalter des Montirungsbodens.

Da Serenissimus Regens dem Lieutenant Steffen mittelst Patents vom 20. Decbr. v. J. die Verwaltung des Montirungsbodens gnädigst übertragen haben, so wird ihm dieserhalb nachstehende Instruction ertheilt.

§. 1.

Da es für jetzt keines Vorraths an Montirungsstücken bedarf, und die für das Garnisons-Militair erforderlichen Gegenstände accordmäßig von Lieferanten herbeigeschafft werden; so muß die Montirungsboden-Verwaltung vorzugsweise darauf achten, daß die sonstigen Militair-Effecten aller Art sorgfältig bewahrt und im Stande erhalten werden. Was dem Verderben ausgesetzt oder aus andern Gründen entbehrlich und zur Veräußerung auszustellen ist, muß verzeichnet und der Regierung zur weitern Verfügung angezeigt werden.

§. 2.

Dem jetzigen Montirungsboden-Administrator wird es zur Pflicht gemacht, über sämmtliche jetzt vorhandene Militair-Effecten jeglicher Art, insofern sie nicht zum Hospital und zu der Caserne gehören, worüber besondere Verzeichnisse vorgeschrieben sind, ein genaues Inventarium aufzunehmen und einzureichen, um solches bei den fernern Verhandlungen zum Grunde legen zu können. Die Einrichtung ist so zu treffen, daß Zuwachs und Abgang bequem dabei bemerkt werden kann.

§. 3.

Bei den Bestellungen der Militair-Bedürfnisse ist pflichtmäßig der Vortheil der Militaircasse und das Beste der Soldaten zu beachten, also dahin zu sehen, daß die Lieferungen möglichst gut und wohlfeil bewirkt werden. Dabei ist vorzugsweise auf inländische Erzeugnisse, Fabrikanten, Professionisten und Lieferanten Rücksicht zu nehmen, wenn sie gleich gut und wohlfeil liefern, wie die Ausländer.

§. 4.

Solange die Militair-Ausrüstungs-Gegenstände nicht vortheilhafter durch die Administration selbst aus anzuschaffenden rohen Materialien geliefert werden können, behält es bei der Annahme von Lieferanten sein Bewenden. Dabei ist die Administration an keine gewisse Entrepreneurs gebunden, sondern muß sie diejenigen auswählen, welche die beste und wohlfeilste Waare liefern. Für jetzt geschieht dieses in Ansehung der Montirungsstücke für die Garnison durch die Wittwe Meyer, und kann es hierbei verbleiben, so lange Waare und Preis angemessen sind. Ueber den bestehenden Accord, auch wegen der Schuhe, sind die

Anl. A. B. und C.

dieser Instruction zur Nachricht beigefügt, und sind Abänderungen, neue Accorde und Veränderungen in der Person der Lieferanten und in den Preisen der Effecten nicht ohne Anfrage und Genehmigung der Regierung vorzunehmen. Strümpfe und Socken liefert die hiesige Pfleg-Anstalt, und muß bei den Preisen der oben benannten und auch außerdem erforderlichen Gegenstände auf die Conjunkturen Rücksicht genommen werden.

§. 5.

Die Administration hat darauf zu achten, daß die Lieferungen in den bestimmten Terminen und nach den gegebenen Vorschriften ohne Aufenthalt erfolgen, wonach die Lieferungs-Bedingungen einzurichten sind. Der Chef des Militairs soll zu dem Ende instruirt werden, die für das active Militair erforderlichen Equipements-Gegenstände wenigstens 4 Wochen vor der Ablieferungs-Zeit von der Administration zu requiriren.

§. 6.

Die abgelieferten Sachen werden in Gegenwart des Militair-Chefs oder eines von ihm substituirenden erfahrenen Officiers, auch, wo es nöthig ist, von unpartheiischen Sachverständigen, untersucht, und ist Dasjenige, was vorschriftswidrig, schlecht und unbrauchbar gefunden wird, den Lieferanten ohne alle Rücksicht zurückzugeben.

§. 7.

Ueber die Bestellungen und Ablieferungen ist genau Buch zu führen, und wenn die

Administration bei den wirklich abgelieferten Gegenständen nichts mehr zu erinnern findet, so sind die Rechnungen der Regierung attestirt zur Prüfung und Assignations-Ertheilung einzureichen.

§. 8.

Was zum reglementsmäßigen Gebrauch des hiesigen Garnisons-Militairs erforderlich ist, kann die Administration auf Requisition des Chefs, welche aber in Ansehung der nicht vorhandenen Gegenstände mit Berücksichtigung des §. 5 erfolgen muß, gegen dessen Quittung vom Montirungsboden verabfolgen.

Das Reglement über die genau zu beachtende Tragezeit der Uniformstücke enthält die

Anl. D.

und sollen die Vorschläge der Administration zu einem Reglement über die Uniformität der Montirungsstücke vor weiteren Bestimmungen darüber erwartet werden.

§. 9.

In Ansehung des Einkleidens der Soldaten und des dabei zu beobachtenden Verfahrens bedarf es zwar für jetzt keiner besondern Vorschriften, da die gegenwärtige Einrichtung zuläßt, daß jedem Soldaten die Uniformstücke einzeln angemessen werden; doch ist eine genaue Montirungsliste über die verabfolgten Montirungsstücke zu führen, und muß solche den vollständigen Namen und Geburtsort des Eingekleideten, und wo dieses eintritt, auch dessen Substituenten, seine Qualität, das Datum der Einkleidung und die Specification der empfangenen Montirungsstücke enthalten. Die Liste muß sich durch die quittirten Requisitionen des Militair-Chefs (§. 5) justificiren, und findet Erneuerung der ausgegebenen Montirungsstücke nicht Statt, wenn sie nicht ausgetragen (§. 8. Anl. D.) oder nach Verhältniß der Dienstzeit bezahlt sind. Wo besondere Umstände eine Ausnahme von der Regel erfordern mögten, hat die Administration anfraglich zu berichten.

§. 10.

Bei der Verwahrung der Effekten auf dem Contingentsboden müssen die neuen von den alten Sachen immer abgesondert gehalten und letztere, wenn es nöthig ist, gereinigt und ausgebessert werden. Es ist zu sorgen für öftere Lüftung des Bodens, Entfernung alles Schmutzes durch fleißige Reinigung desselben, mehrmalige Untersuchung, ob sich, besonders in den alten Sachen, Würmer eingefunden haben, Vertilgung derselben und der Mäuse, wenn sich welche zeigen u. s. w. Auch ist es nöthig, daß alle Effekten von Tuch, welche lange in Verwahrung geblieben sind, wenigstens einmal des Jahres im Sommer vom Boden an die Luft gebracht und ausgeklopft werden.

§. 11.

In Ansehung der Armaturen wird bemerkt, daß diejenigen, welche rostig und schadhaft auf den Bodenkammern, erst wieder vom Rost gereiniget und in brauchbaren Stand gesetzt, zur bessern Conservation auch mit Oel eingeschmiert werden müssen. Die Taxe nach welcher die Gewehrreparaturen bezahlt werden, wird hier beigefügt.

§. 12.

Auf Verordnung der Regierung werden auch von der Montirungs-Verwaltung

die für die Militair-Arrestaten erforderlichen und sonst aus der Militaircasse angeschafft werdenden Kleidungsstücke besorgt und solche, insoweit sie nicht gebraucht werden, auf dem Boden verwahrt.

§. 13.

Die Verwahrung der Montirungsverwaltung erstreckt sich auch auf den, im Pulvermagazin liegenden Pulver-Vorrath und sonstige noch auf dem Boden vorhandene oder dahin kommende Militair-Effecten.

§. 14.

So oft es erfordert wird, hat die Montirungsverwaltung genaue Verzeichnisse der Montirungs- und Equipements-Vorräthe einzureichen, besonders aber am Ende eines jeden Jahrs die in Ansehung derselben in Einnahme und Ausgabe vorgefallenen Veränderungen nachzuweisen und Rechnung darüber abzulegen, wobei auf §. 15 der Instruction als Militair-Cassen-Rendant verwiesen wird.

§. 15.

So wie sie allein zunächst der Regierung wegen Betreibung des Montirungs-Geschäfts und Erfüllung der Instruction verantwortlich ist, so wird ihr auch nachgelassen, Jemand zur Hülfe ihrer Geschäfte und zur Besorgung der von ihr selbst unmittelbar nicht wohl auszurichtenden Verrichtungen, anzunehmen, wenn sie will, und ihr dagegen ein jährliches fixum von 15 Rthlr. vergütet.

§. 16.

So wie man nun von der Montirungs-Verwaltung erwartet, daß sie mit Thätigkeit und Eifer, Ordnung, Treue und Rechtschaffenheit die ihr nach dieser Instruction obliegenden Geschäfte besorgen und sich besonders angelegen seyn lassen werde, die bei dem Betriebe derselben möglichen Vortheile zu benutzen, jede zweckmäßige Ersparung zu befördern und allen Schaden und Nachtheil abzuwenden, so versiehet man sich auch zu ihr, daß sie sich der Ausrichtung der ihr etwa sonst noch in vorkommenden Fällen zu ertheilenden, in die Militair-Administration einschlagenden, auch das Militair-Verpflegungswesen insbesondere betreffenden, Aufträgen ebenmäßig mit Bereitwilligkeit und allem Fleiße unterziehen und dadurch das in dieselbe gesetzte Vertrauen rechtfertigen werde.

Detmold, den 14. Januar 1826.

Fürstlich Lippische Regierung.

Nebenanlage a. Militair-Etat des Fürstenthums Lippe,

				ℛ
1	Sold.			
	a. Gage der Officiere, Portepéefähnriche, des Auditeurs, der Aerzte und Chirurgen, des Bataillons-Schreibers und Gefangenwärters			9881
	b. Löhnung der Mannschaft.			
	1) Unter-Stab (Stabsfourier, Tambour-Major, Stabs-Signal-Hornist und Büchsenmacher)	300 Rthl.		
	2) Unterofficiere, Spielleute (Tambour und Sign. Horniſten) und Gemeine — 4 Contingents-Compagnien jede 1750 Rthl.	7000	=	7300
2	Brod (für sämmtliche eben sub b. bezeichnete Mannschaft) . . .			2860
3	Fourage (2 Rationen für den Bat. Chef und 1 Ration für den Bat. Adjutanten)			216
4	Montur und Armatur.			
	a. Montur: für 48 Unterofficiere incl. des Unterstabs à 14 Rthl.	672 Rthl.		
	für 144 Spielleute und Gemeine à 10 Rthl.	1440	=	2112
	b. Armatur (Instandhaltung der Waffen und des Ledergeräths)			100
5	Waffenübungen: a. Löhnung für 250 Rekruten à $3\frac{3}{4}$ Rthl.	$937\frac{1}{2}$ Rthl.		
	b. Brod für 250 Rekruten à $3\frac{1}{5}$ Rthl. (2 Pfd. täglich pr. Mann)	$791\frac{2}{3}$	=	
	c. Zulage zum Mittagsessen à $22\frac{1}{2}$ Mgr.	156	=	
	d. Montur durchschnittlich für den Mann 2 Rthl. gerechnet .	500	=	
	e. Einquartirungskosten .	150	=	2535
6	Schreibmaterialien			160
7	Militairgebäude und Hospital			1039
8	Wachtdienst			105
9	Service für sämmtliche Officiere, Auditeur, Bat. Schreiber, 5 Feldwebel und Stabsfourier)			879
10	Unvorhergesehene Ausgaben			300
			Summa	27487
	Nach Verhältniß der Summe des letzten Meiningschen Militair-Etats (Landt. Verhandl. pag. 167) ad 37,144 Rthl. (nicht 34,832 Rthl., denn 65,000 Fl. sind gleich zu rechnen 37,143 Rthl. — 7 Fl. = 4 Rthl.) würde der Lippische Etat betragen			23254
			Beträgt der Lippische Etat mehr	4233
	Meiningen hält nur 60 Gemeine stets im Dienst, Lippe dagegen 144 Gemeine und Spielleute, also 84 Gemeine und Spielleute mehr, welche, für den Mann circa 60 Rthl. gerechnet, eine Mehrausgabe veranlassen von			5040
			Differenz	807
	welche Lippe verhältnißmäßig weniger ausgeben würde, wenn es nicht mehr Gemeine und Spielleute stets präsent hielte wie Meiningen.			

analog dem des Herzogthums Sachsen-Meiningen aufgestellt.

Bemerkungen.

ad 1. Sold, Gage und Löhnung.

Die Summe der Gage der Officiere u. s. w. ist ganz so in Ansatz gebracht, wie im Etat pro 1845 und 1846, obwohl davon viele Posten hätten weggelassen werden können, welche nicht zur Ausgabe für das Contingent gehören.

Dagegen sind beim Unterstab nur diejenigen Chargen in Ansatz gebracht, welche für das Bataillon nothwendig sind.

Für die 4 Contingents-Compagnien ist die Etatsumme pro 1845 ausgeworfen.

Die Reserve ist weggelassen, weil für solche auch in dem Meiningschen Etat nichts ausgeworfen ist.

ad 3. Fourage.

Ist die etatmäßige Summe ausgeworfen.

ad 4. Montur und Armatur.

Nur für die zur Berechnung gezogene Mannschaft.

ad 5. Waffenübungen.

Unter diesem Titel sind die jährlichen Kosten der Rekruten-Einübungen aufgeführt.

ad 6. Schreibmaterialien.

Wie im Etat pro 1845.

ad 7. Militairgebäude und Hospital.

Ganz dieselbe Summe wie im Etat pro 1845.

ad 8. Wachtdienst.

Ist die Summe des Etats pro 1845 ausgeworfen.

ad 9. Service.

Desgleichen, obwohl auch unter diesem Titel, wie oben bei der Gage, sich Posten befinden, welche nicht für das Contingent gehören.

3.

In Beziehung auf das landständische Desiderium vom 30. Januar 1843, Wildschäden betreffend, ist die Regierung zu nachfolgender Eröffnung ermächtigt:

Eingezogene sorgfältige Erkundigungen gewähren die Ueberzeugung, daß in keinem Jagdreviere ein übermäßiger Rehstand vorhanden ist. Derselbe kann daher, zumal da das Reh überhaupt den Feldfrüchten wenig schädlich ist, zu gegründeten Klagen keine Veranlassung geben. Höchstem Befehle gemäß wird auch ferner dahin gesehen werden, daß der Rehstand mäßig bleibe, das zu Schaden gehende Rehwild aber verscheucht oder abgeschossen werde.

Was die eigentlichen Wildschäden durch Schwarz- und Rothwild betrifft, worauf sich die früher erlassenen Gesetze allein beziehen; so hat es eine Befriedigung gewährt, daß darüber auch nicht eine einzige Klage laut geworden ist, welches die Zweckmäßigkeit der mit höchstgnädiger Genehmigung von Fürstlicher Rentkammer zur Abwendung oder zum Ersatz derselben getroffenen Anordnungen beweiset. Eine Erstreckung jener Gesetze auf den durch Rehe und Hasen verursachten Schaden erscheint nicht motivirt. Erst bei einem übermäßigen Hegen dieser Wildarten würde eine Verbindlichkeit zum Schadensersatz eintreten, da es auf einer irrigen dem Begriff des Jagdrechts widerstreitenden Ansicht beruhet, daß aller und jeder Wildschade dem Grundbesitzer ersetzt werden müsse. Eine so weitgreifende Ersatzverbindlichkeit würde das Jagdrecht, welches doch, wie Löblichen Ständen bereits wiederholt bemerklich gemacht worden, eben so alt und eben so wohl begründet ist, wie das Eigenthumsrecht selbst, in der That ganz vernichten und werthlos machen, da solange noch ein Hase existirt ein, wenngleich noch so geringer, Schade an den Früchten unvermeidlich ist.

Serenissimus werden auch ferner Vorkehrung treffen lassen, daß der Wildstand zu keinen gegründeten Beschwerden Veranlassung gebe; Höchst Dieselben können sich aber unter den dermaligen Verhältnissen zur Erlassung eines neuen Gesetzes in Betreff der Wildschäden nicht bewogen finden.

Detmold, den 2. Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

4.

In Gemäßheit des Landtags-Abschiedes vom 15. Februar 1843 wurden den fünf ältern Städten, außer der Entschädigung für die aufgehobene Bieraccise, an der Contribution, welche von ihnen unter dem Namen von Kreisgeldern entrichtet wird, sechs Eilftel erlassen und dieselbe hiedurch von ihrem frühern Betrage zu 2504 Rthl. 8 mgr. auf 1138 Rthl. 10 mgr. 1 pf. ermäßigt, auch eine gleiche Ermäßigung des Beitrags zu den Bundestagskosten und des Cammerziels verfügt.

Die zur Prüfung der fernern Reclamationen dieser Städte niedergesetzte Commission hatte zu untersuchen:

1) ob der Anspruch auf eine Entschädigung für die aufgehobene Weinaccise begründet sey;
2) ob der provisorisch bewilligte Erlaß von sechs Eilfteln der Herrengelder nicht ge-

nüge, sondern statt dessen eben so viel Eilftel von dem Brutto-Ertrage der Grundsteuer, welche die Städte erhoben, eintreten müsse;

3) in wie weit der Antrag auf Bewilligung von einem Thaler auf jeden Kopf der Städtebewohner, welcher auf den Umstand, daß auf der Landcasse eine Schuldenlast von 102,000 Rthl. ruhe, gestützt wird, gegründet erscheine; und

4) eine Ausscheidung aller auf der Landcasse ruhenden Ausgaben, welche specielle Bedürfnisse des dritten Standes betreffen, vorzunehmen, um das Verhältniß der Beiträge des platten Landes und der Städte zu den Staatsbedürfnissen auszugleichen.

Ueber die Frage ad 1. wegen der Entschädigung für die Weinaccise, hat sich die Commission dahin ausgesprochen, daß eine Entschädigung allerdings zu bewilligen seyn dürfte, wenn die Privilegien, auf deren Grund die Städte jene Abgabe erhoben haben, onerose erworben wären und das Recht zur Erhebung einer wirklichen Accise, d. h. einer von den Consumenten nach Maßgabe der Consumtion zu zahlenden Abgabe, verliehen hätten, nicht aber wenn sie lediglich auf den sogenannten Weinschenk, einer von den Verfellern des Weins zu erhebenden Abgabe, lauten sollten, da jene Abgabe im Gefolge des Zollanschlusses aufgehoben werden müsse, diese aber fortbestehn könne. Es dürften daher über diesen Gegenstand noch fernere Erörterungen zu veranlassen seyn. Ad 2. ist die Commission der Ansicht, daß der Antrag auf einen Erlaß von sechs Eilftel an der Brutto-Einnahme der Städte-Contribution in diesem Verhältniß nicht begründet erscheine, da in dieser Brutto-Einnahme die Beiträge der Bürger zu den Communalbedürfnissen begriffen seyen, für welche die Städte keine Entschädigung oder Erleichterung in Anspruch zu nehmen hätten. Eine definitive Entscheidung über diesen Gegenstand werde überhaupt erst dann möglich seyn, wenn die Städte nach eben den Grundsätzen wie das platte Land catastrirt und zur Contribution herangezogen seyn würden.

Den dritten Antrag, auf Bewilligung eines Thalers für jeden Kopf der Städtebewohner, hat die Commission für durchaus unbegründet erklärt, da die Schulden der Landcasse, welche als für Landesbedürfnisse contrahirt angesehn werden müßten, nicht als ein Ausgleichungs-Gegenstand betrachtet werden könnten.

Die ad 4. zur nähern Prüfung des verfügten Provisoriums vorgeschlagene Ausscheidung aller, die Special-Bedürfnisse des platten Landes betreffenden, Ausgaben der Landcasse, hat zu erheblichen Zweifeln und Verschiedenheiten der Ansichten geführt. Von der einen Seite ist die Ansicht geltend gemacht, daß nur solche Ausgabe-Posten, welche entschieden ausschließlich für das platte Land verwendet würden, der Ausgleichung zum Grunde gelegt werden könnten, da ein Sonder-Interesse der einen Classe der Staatsbürger gegen die andre in allgemeinen Landesangelegenheiten nicht denkbar sey und selbst solche Verwendungen, welche anscheinend nur für eine besondere Classe der Staatsbürger gemacht würden, das Interesse der übrigen Unterthanen, wenn auch nur indirect, immer fördern würden und müßten. Im Gefolge dieser Ansicht würden im äußersten Falle nur die Hülfsgelder, die Unterstützung wegen Wetterschäden, der aus der Landcasse zu zahlende Beitrag zur Sustentation des Hofgerichts, da die Städte hierzu gleichfalls einen verhältnißmäßigen Beitrag liefern, und einige der auf die Landcasse angewiesenen Gehalte, so wie ein verhältnißmäßiger Theil der durch die Landescatastration veranlaßten Kosten, als dem dritten Stande ausschließlich angehörend, mit der Summe von überhaupt 3612 Rthl. 23 mgr. in Betracht zu ziehen seyn. Nach einer andern Ansicht aber würden außer jenen Ausgabe-Posten auch die Ausgabe für die Landschulen im Betrage zu 4850 Rthl., so wie die ganze gegenwärtig 1395 Rthl. betragende Ausgabe für die

Landescatastration dem dritten Stande zur Last zu legen seyn und die ihm anzurechnende Summe 9433 Rthlr. 23 Mgr. betragen.

Den frühern Betrag der Contribution in eilf Simplen, mit Einschluß des Hudeschatzes, zu 59,553 Rthl. angenommen, würde der dritte Stand, nach Abzug von 3612 Rthl. — 55,941 Rthl., nach Abzug von 9,433 Rthl. aber 50,120 Rthl. ad publica beigetragen haben; es wären demselben, nach dem gegenwärtigen Contributionsbetrage zu 25,810 Rthl. daher die Beiträge ad publica im erstern Falle auf 22,198 Rthl., im andern auf 16,377 Rthl. ermäßigt. Wenn in diesem Verhältniß die Herren- und Kreisgelder der fünf ältern Städte ermäßigt werden, so würden sie im erstern Falle auf 993 Rthl., im andern Falle aber auf 818 Rthl. herabzusetzen, also der provisorisch festgesetzte Beitrag noch um 145 Rthl., beziehungsweise 320 Rthl. zu vermindern, auch in eben dem Verhältniß die Beiträge zu den Bundestagskosten und Cammerziel herabzusetzen seyn.

Löbliche Stände werden nomine Serenissimi ersucht, über dieses Resultat der commissarischen Vorarbeiten wohlerwogenes Gutachten zu erstatten.

Detmold, den 2ten Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

5.

Auf dem letzten Landtage haben Löbliche Stände sich unter Anderm zu einem Antrage, die Verhältnisse der verschiedenen Confessionsverwandten betreffend, bewogen gefunden und ist nähere Erwägung des Gegenstandes so wie Mittheilung darüber auf dem gegenwärtigen Landtage zugesichert worden.

Die eine der angebrachten Beschwerden, daß nämlich hiesige lutherische Bürger den Klingelbeutel in der reformirten Kirche umhertragen müßten und dadurch vom Besuche der lutherischen Kirche abgehalten würden, ist sofort gehoben und sind die Lutheraner von jenem Geschäfte gänzlich entbunden worden.

Nicht minder wird beabsichtigt, die zwangsweise Entrichtung der Stolgebühren an Geistliche einer andern Confession aufzuheben. Da jedoch die jetzt angestellten Prediger auf die in ihren Parochialbezirken vorfallenden Stolgebühren einmal angewiesen sind; so kann erst bei eintretenden neuen Besetzungen der Uebelstand beseitigt und der Grundsatz zur Anwendung gebracht werden, daß der Geistliche, welcher den Ministerialact verrichtet, auch die Gebühr dafür zu beziehen habe.

Was dagegen die Führung der Kirchenbücher betrifft, so muß es aus den schon von Löblichen Ständen bemerklich gemachten Gründen bei der bestehenden Einrichtung sein unabänderliches Bewenden behalten.

Detmold, den 2ten Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

6.

Der Magistrat zu Lemgo hat bei der Regierung vorstellig gemacht, daß er sich durch den ihm, nach dem Anschluß des Landes an den deutschen Zollverein, gewordenen Erlaß des Erbpachtscanons, welchen er für den von Fürstlicher Rentcammer acquirirten, nunmehr aber aufgehobenen, Binnenzoll zu zahlen gehabt, für den erlittenen Verlust nicht entschädigt halten könne. Es sey ihm der Ertrag des Lemgoer Binnen-Zolls auf ewige Zeiten als eine Revenüe des Stadt-Aerars durch den Vergleich von 1794 verliehen worden, und so wie Fürstliche Rentcammer volle Entschädigung für die aufgehobenen Binnenzölle aus den Zollrevenüen erhalten habe, so werde auch ihm die volle Entschädigung, durch Ersatz der Revenüe, welche er verloren habe, nicht versagt werden können. Die Reclamation des Magistrats scheint allerdings begründet und würde ihm, wenn er einen wirklichen Revenüen-Verlust glaubhaft nachzuweisen im Stande seyn sollte, dieser sowohl für die Vergangenheit als die Zukunft aus den Zollrevenüen zu ersetzen seyn.

Löbliche Stände werden nomine Serenissimi hierüber zum Gutachten aufgefordert.

Detmold, den 2. Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

7.

In dem Landtags-Abschiede vom 15. Februar 1843 wurde verfügt, daß das Wegbaudepartement wegen vorläufiger Uebernahme des bisher aus den städtischen Aerarien bestrittenen Betrages der Unterhaltungskosten der Fahrbahn des Straßenpflasters derjenigen Städte, welche kein Chausseegeld erheben, in der Linie der durch sie führenden Landstraßen, instruirt werden solle.

Diese Instruction ist erfolgt und ist man dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß den Aerarien der Städte nur die Lieferung des Materials an Steinen und Sand, den Anwohnern der Straße aber die Bezahlung des Lohns der Pflastersetzer bisher obgelegen habe. Bei Ausführung der Maßregel hat sich indessen ergeben, daß in den Städten des Landes ein gleiches Verfahren hierin nicht Statt finde, indem von mehreren Seiten behauptet wird, daß nicht nur die Materialien, sondern auch die Kosten des Pflastersetzens bisher aus den Aerarien bezahlt wären.

Wollte man nach Maßgabe der bisher Statt gefundenen Observanz verfahren, so würde dadurch eine ungleiche Behandlung der verschiedenen Städte herbeigeführt und die Anwohner der Straßen in der einen Stadt gegen die der andern begünstigt werden, wenn auch diese Begünstigung nur im Fortgenuß der Vortheile besteht, welche ihnen früher bereits zu Theil geworden. Sollen dagegen allgemein sämmtliche Kosten der Unterhaltung der Fahrbahn des Straßenpflasters von der Wegbaucasse getragen werden, so werden hiedurch die Stadtbewohner, welche den bei weitem bedeutendsten Vortheil von dem Straßenpflaster genießen, außerordentlich begünstigt, die demnach den Wegbaufonds übermäßig belastenden Kosten der Unterhaltung der fast allenthalben sehr verwahrloseten Straßenpflaster bedeutend erhöhet werden und die zu den Reparaturen der Chausseen vorhandenen Mittel sehr beschränken.

Es erscheint indessen sehr erwünscht, daß sämmtliche Städte, welche kein Chaussee-

geld beziehen, nach gleichen Grundsätzen behandelt werden und ergehet daher nomine Serenissimi an Löbliche Stände das Gesinnen, Gutachten darüber zu erstatten, ob diese Gleichstellung durch die Uebernahme der ganzen Kosten der Unterhaltung der Straßenpflaster auf die Wegbaukasse oder durch Ausdehnung der Regel, daß die Anwohner der Straßen den Lohn der Pflastersetzer bezahlen müssen, auch auf diejenigen Städte, welche diesen Lohn bisher aus den Stadtärarien berichtigt haben wollen, herbeizuführen sey, oder ob es vorzuziehen sey, die bisherige Ungleichheit fortbestehen zu lassen.

Detmold, den 2. Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

8.

Auf dem vorigen Landtage hat Fürstliche Cammer bereits eine Vergütung von 594 Rthlrn. 31 Mgr. für die eingegangene Erdersche Spedition in Anspruch genommen. Nach geschlossenem Landtage ist derselben jedoch eröffnet worden, daß dieser Anspruch nicht als begründet anerkannt worden sey und eine Entschädigung daher nicht erfolgen könne. Hiergegen hat dieselbe aber wiederholt remonstrirt, namentlich vermittelst eines Erlasses vom 23. September 1843, wovon eine Abschrift hierbei erfolgt. Nachmals hat Fürstliche Cammer ausdrücklich begehrt, daß dieser Gegenstand auf dem gegenwärtigen Landtage abermals zur Sprache gebracht werde, und kann die Regierung nicht umhin, diesem Verlangen zu entsprechen, indem sie Löbliche Stände ersucht, die angeführten Rechts- und Billigkeitsgründe in nochmalige gefällige Erwägung zu ziehen und für den Fall, daß keine vollständige Trennung des Staats- und Domanialhaushalts zu Stande kommen sollte, den nach einem Durchschnitte von 10 Jahren liquidirten Verlust von 594 Rthlrn. 31 Mgr. auf die Landcasse zu übernehmen.

Detmold, den 2. Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

(Anlage zu № VIII.)

Fürstlicher Regierung dankt die Cammer für die, durch den geehrten Erlaß vom 2. Mai d. J. gefällig übersandte, Assignation auf 1779 Rthlr. — Mgr. 1 Pf. Ausfall vom Weserzoll für 1842, und erlaubt sich, in Absicht des Verlustes durch Aufhören der Erderschen Spedition ergebenst Folgendes zu bemerken:

Die Verpflichtung der Kaufleute, die Bremer Waaren über Erder zu beziehen, beruhet, wie die Acten Fürstlicher Regierung bestätigen werden, auf einem alten Herkommen, und ist durch die Verordnung vom 14. März 1764 und 12. Aug. 1822 anerkannt. Nur ausnahmsweise ist durch die Resolution Fürstlicher Regierung vom 14. Dec. 1745 den Kaufleuten zu Uflen wegen der schlechten Wege der Bezug ihrer Waaren über Blotho bis auf weitere Verfügung gestattet, woraus sich ergibt, daß schon zu

der Zeit jene Verpflichtung nicht in Zweifel gezogen wurde. Durch die Verträge wegen des Anschlusses des hiesigen Landes an den deutschen Zollverein ist diese, herkömmlich und gesetzlich bestehende, Einrichtung in Ansehung des Bezugs der Waaren über Erder aufgehoben, und dadurch der Landrentei die Einnahme von der Spedition entzogen. So wie jeder Privatmann, wenn ihm im öffentlichen Interesse ein Recht genommen wird, auf vollständige Entschädigung rechtlichen Anspruch hat, so kann solche im vorliegenden Falle der Cammer um so weniger versagt werden, als mittelst der, der Landrentei zustehenden, Einnahme die auf dieser Kasse ruhenden Ausgaben bestritten werden müssen, und deren Erhaltung zu diesem Zwecke nöthig ist. Schon aus diesem Grunde dürfte im vorliegenden Falle, wo nur die Verhältnisse zweier öffentlichen Kassen in Frage kommen, die Vergleichung mit andern Gewerbtreibenden nicht zutreffend seyn. Daneben kommt in Betracht, daß die Cammer behuf der Spedition mit einem beträchtlichen Kostenaufwande die nöthigen Gebäude hat aufführen lassen, welche unter den jetzigen Verhältnissen für sie ganz werthlos sind, so daß sie Capital und Zinsen verliert. Es spricht daher auch die Billigkeit für die Entschädigung, deren Gewährung hoffentlich keinem längeren Anstande unterliegen wird.

Detmold, den 23sten September 1843.

Fürstlich Lippische Rent-Cammer.
W. A. Eschenburg.

IX.

Der Anschluß an den großen deutschen Zollverein machte die Aufhebung der bisher bestandenen so genannten Landzölle nothwendig. Diese wurden in den Aemtern Blomberg und Schieder für gemeinschaftliche Rechnung des regierenden und des erbherrlichen Hauses erhoben, und zwar durch den erbherrlicher Seits zu Blomberg angestellten Rentmeister König, welcher dafür einen Jahrgehalt von 20 Rthlr. bezog. Dieser Gehalt ist seit dem Jahre 1842 nicht mehr bezahlt worden, wodurch sich die Fürstlich Schaumburg-Lippische Regierung zu dem Antrage bewogen gefunden hat, daß dem genannten Rentmeister König für diesen Ausfall in seiner Dinsteinnahme Entschädigung aus den Zollrevenüen gewährt werden möge. Die Regierung hat diesen Entschädigungsanspruch wiederholt abgelehnt, sich jedoch auf desfallsigen Antrag bereit erklärt, denselben auf dem Landtage zur Sprache zu bringen und zur Erwägung Löblicher Stände zu verstellen. Sollten Dieselben der Ansicht seyn, daß der Rentmeister König, wiewohl die Landzölle aufgehoben worden, auf den Fortbezug des ihm als Gesammt-Zollerheber für die Aemter Blomberg und Schieder zugesicherten Gehalts Anspruch machen könne: so findet die Regierung nichts dabei zu erinnern, daß der Betrag auf die Landcasse übernommen werde und sieht sie einer gefälligen gutachtlichen Eröffnung hierüber entgegen.

Detmold, den 2ten Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

C. Serenissimi Mittheilung an getreue Stände, die Abänderung des §. 31 des Ablösungs-Gesetzes in Beziehung auf Holzabgaben betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

Getreuen Ständen lassen Wir anbei ein von den Gutsbesitzern von Kerßenbrock zu Barntrup und Mönchshof bei Unserer Regierung eingereichtes Gesuch, die Ablösung des Deputatholzes betreffend, in Abschrift zugehen. Beide haben als Gutsherrn bedeutende Prästationen an Diensten, Zehnten und Korn zu beziehen, dagegen aber den zu diesen Prästationen Verpflichteten aus ihren Gehölzen Holzdeputate abzugeben. In gleichem Fall befindet sich Unsere Cammer in mehrern Aemtern des Landes. Es liegt unverkennbar eine große Härte darin, daß der Gutsherr sich der Ablösung der ihm zuständigen auf dem Grundeigenthum seiner Gutspflichtigen haftenden Prästationen unterwerfen muß, und ihm die Befugniß versagt ist, sein eigenes Grundeigenthum von den darauf lastenden als eine Gegenleistung für jene Prästationen anzusehenden Abgaben an die Gutspflichtigen zu befreien. Es liegt hierin eine Begünstigung des Gutspflichtigen auf Kosten des Gutsherrn, eine Zurücksetzung dieses gegen jenen, welche gegen die von der Legislation aufrecht zu haltenden Grundsätze der Gerechtigkeit und gleichen Behandlung der Staatsgenossen streitet. Auch verdient die Befreiung der Waldungen von den darauf lastenden Abgaben nicht weniger als die Befreiung des übrigen Grundeigenthums von Korn- und andern Prästationen befördert zu werden, weshalb auch schon bei der Berathung des Ablösungs-Gesetzes auf dem Landtage des Jahrs 1838 der Wunsch ausgesprochen wurde, daß außer den im §. 1 bemerkten Abgaben auch andere Naturalien, namentlich Holzabgaben, ablöslich gemacht werden mögten.

Recht und Billigkeit erfordern demnach, in Uebereinstimmung mit den Lehren der Wohlstandspolitik, daß der §. 31 des Ablösungs-Gesetzes vom 4ten September 1838 in diesem Punkte, abgeändert und gesetzlich ausgesprochen werde, daß der Gutsherr, welcher an die ihm zu Diensten und Kornabgaben Verpflichteten Holzdeputate oder Abgaben an Holz zu prästiren hat, diese bei der Ablösung jener Gefälle als Gegenleistung in Anrechnung zu bringen und deren Ablösung seinerseits zu fordern befugt sey. Der Werth dieser Holzabgaben wird solchenfalls, in Ermangelung einer gütlichen Verständigung darüber, durch Sachverständige nach Vorschrift des §. 86 der Ablösungs-Ordnung, auf Grundlage der örtlichen Holzpreise, nach dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre, zu ermitteln und dem Gutsherrn deren Ablösung durch Compensation auch in dem Fall freizustellen seyn, wenn der Werth der Holzabgaben, wie jedoch selten vorkommen wird, den Werth der ihm abgelöset werdenden Dienst- oder Kornprästationen übersteigen sollte; auch wird dem Gutsherrn die Ablösung dieser Holzabgaben gegen solche Pflichtige, welche bereits ihre Dienste oder ihr Pachtkorn abgelöset haben, nachträglich zu gestatten seyn.

Diese gesetzliche Bestimmung, vermöge welcher dem Gutsherrn kein selbstständiges Recht zur Ablösung der Holzabgaben zugestanden, sondern ihm nur erlaubt wird, dieselben bei Ablösung der Dienste und Kornabgaben in Gegenrechnung zu bringen, kann um so weniger einem Bedenken unterliegen, als darnach die Ablösung der Holzabgaben

von der Willkühr des dazu berechtigten Gutspflichtigen abhängig, dieser also in sofern vor dem Gutsherrn bevorzugt bleibt. Auch wird dem letztern, in vorstehender Art, die Ablösung der Holzabgaben in Gegenrechnung nur bei Ablösung ihm zustehender Dienste und Kornabgaben, nicht aber von Zehnten zuzugestehen seyn, damit nicht die Ablösung der letztern zum Nachtheil solcher Interessenten, welche dem Zehntherrn zu Diensten und Kornabgaben nicht verpflichtet sind, erschwert werde.

Wir sehen hierüber dem patriotischen Gutachten der getreuen Stände entgegen.

Gegeben Detmold, den 14ten Januar 1845.

Leopold, Fürst zur Lippe.

W. A. Eschenburg.

T. Kellner.

An

Hochfürstliche Regierung!

Unterthänigstes Gesuch

der Gutsbesitzer von Kerßenbrock zu Barntrup und Mönchshof;

Ablösung des Deputatholzes betreffend.

Die Verordnung, die Ablösung der Dienste, Zehnten und Kornabgaben betreffend, besteht im hiesigen Lande seit dem 4ten September 1838 und hat seitdem, wie wir nicht verkennen wollen, wenn auch unsere Stellung zu unseren bisherigen Hintersassen dadurch wesentlich, nicht immer zu unserm Vortheil verändert ist und werden wird, doch viele segensreiche Früchte getragen. Wenn nun gleich viele unserer Naturaleinkünfte durch die beregte Verordnung uns entzogen sind und werden, so ist es uns doch auch wieder möglich gewesen, von den Naturalleistungen, welche auf uns lasteten, uns zu befreien und wir stehen im Allgemeinen durch das Gesetz vom 4ten September 1838 mit unsern Hintersassen auf gleicher Stufe, allein der §. 31, am Ende, hebt leider diese Gleichheit wieder auf und stellt uns weit unter unsere Mitunterthanen.

Wir glauben bisher als treugehorsame Unterthanen uns den uns auferlegten Lasten willig unterzogen, und auch gegen unsre uns bisher pflichtigen Mitunterthanen so gehandelt zu haben, daß dieselben keine gegründeten Klagen haben führen können.

Wir glauben indeß nicht berechtigt zu seyn, und sind keinesweges gewillet zu verlangen, daß uns vor dem Gesetze ein Vortheil gegen unsre Mitunterthanen eingeräumt werde, doch mag es uns nicht als ein unbilliger Wunsch ausgelegt werden, wenn wir um Gleichstellung bitten.

Wir sind im ganzen Lande die einzigen Privatleute, welche aus unsern Forsten Holzabgaben an unsre Mitunterthanen abzugeben haben.

Alle Diejenigen, welche solche Ausgaben von uns zu empfangen haben, sind uns bisher zins- und dienstpflichtig gewesen, und wenn dieselben, ohne Ausnahme, sich unter gewiß vortheilhaften Bedingungen, von ihren bisherigen Verpflichtungen befreien können, so mag es uns wohl nicht verarget werden, wenn wir den Wunsch hegen,

wir mögten durch das Gesetz zwar keinesweges auf eine bessere, doch auf eine gleiche Stufe mit unseren bisherigen Hintersassen gestellt werden.

Nach dem Obigen hoffen wir, Hochfürstliche Regierung werde unsere Bitte nicht als unbillig oder unstatthaft betrachten:

es möge der §. 31 der Verordnung vom 4. Sept. 1838 in der Weise geändert werden, daß wir die bisher von uns zu leistenden Holzabgaben, bei Ablösungen von Diensten und Kornabgaben als Gegenleistung anrechnen, und somit unser Grundeigenthum, dem geringsten unsrer Mitunterthanen gleich, von den darauf lastenden Natural-Abgaben befreien können.

Barntrup und Mönchshof den 1sten Dec. 1844.

A. v. Kerßenbrock. Max v. Kerßenbrock.

D. Serenissimi Mittheilung an getreue Stände, die Verzinsung der bei der Landcasse angelegten Ablösungs-Capitalien der Geistlichen betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir **Paul Alexander Leopold**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc.

Von Seiten der Geistlichkeit sind wiederholte Beschwerden über Beeinträchtigung ihrer öconomischen Lage, theils durch Einführung neuer indirecter Steuern, theils durch Verringerung ihrer Diensteinnahme in Folge des Ablösungs-Gesetzes, geführt worden, wodurch Wir Uns, da dieser Gegenstand neuerdings zur Sprache gekommen, zu der nachfolgenden Eröffnung an getreue Stände bewogen finden.

Das Ablösungs-Gesetz begünstigt im Allgemeinen, wie sich nicht verkennen läßt, die Pflichtigen auf Kosten der Berechtigten, zumal unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, wo die Fruchtpreise hoch, der Zinsfuß dagegen niedrig steht. In der letzteren Hinsicht ist freilich der Nachtheil für die Geistlichen dadurch abgewandt, daß die Landcasse die Ablösungscapitalien derselben übernimmt und mit vier Procent verzinset. Dahingegen ist das Mißverhältniß zwischen den Ablösungspreisen und den dermaligen Marktpreisen des Korns für sie um so empfindlicher, weil sie mehrentheils ihr Zehnt- und Zinskorn im eigenen Haushalte verbrauchten und daher beim Ausfall desselben zum Ankauf genöthigt sind. Auch standen die Geistlichen gegen Unsere Rentcammer und andere große Gutsherrn insofern im Vortheil, als sie von ihren Parochianen das Zinskorn gewöhnlich in besserer Qualität erhielten und keine Administrationskosten zu bestreiten hatten. Es traten daher bei ihnen die Hauptmotive, welche eine Ermäßigung der Ablösungspreise um 20 Procent gegen die Marktpreise veranlaßt haben, wenigstens nicht in dem Maaße ein, wie bei andern Gutsherrschaften. In Erwägung dieser Umstände, und weil durch Einführung des indirecten Steuersystems die Lebensbedürfnisse allerdings vertheuert worden sind, erachten Wir für billig, daß der Nachtheil, welcher den Geistlichen aus dem Ablösungsgesetze erwächst, thunlich von ihnen abgewandt werde,

wozu Uns eine höhere Verzinsung ihrer Ablösungscapitalien, nämlich mit 4½ Procent statt der bisherigen 4 Procent als das geeignetste Mittel erscheint. Für die Landcasse ist das Object von keinem großen Belange, indem bis jetzt erst 47,950 Rthlr. für die Geistlichkeit bei derselben belegt worden sind. Würde die Summe aber allmählich auch auf 100,000 Rthlr. anwachsen, so bewirkte die höhere Verzinsung doch erst eine Mehrausgabe von 500 Rthlr., welche ganz schwinden würde, wenn es der Landcasse gelingen sollte, ihre Activcapitalien zu 4½ Procent anzulegen. Jedenfalls würde durch ein solches mäßiges Opfer einer begründeten Beschwerde der Geistlichen abgeholfen und ihnen die Ueberzeugung gewährt werden, daß bei der Berathung der allgemeinen Landesangelegenheiten auch ihren Interessen die gebührende Berücksichtigung nicht entstehe.

Wir halten daher für angemessen und billig, daß die bei der Landcasse angelegten Capitalien der Geistlichen mit 4½ Procent verzinset werden und sehen Wir hierüber einer gutachtlichen Eröffnung getreuer Stände entgegen.

Detmold, den 22sten Januar 1845.

Leopold, Fürst zur Lippe.

W. A. Eschenburg.

T. Kellner.

E. Erlaß Fürstlicher Regierung vom 12ten Januar, die Einführung des Preußischen Quartgemäßes betreffend.

Gleiche Münzen, Maaße und Gewichte sind anerkannt ein wichtiges Mittel der Erleichterung und Förderung des Verkehrs, deren Einführung in allen Deutschen Staaten wäre deshalb sehr zu wünschen gewesen, da aber darauf nicht zu hoffen ist, so bleibt den kleinern Staaten nur übrig, sich den größern, auf welche sie mit ihrem Verkehre hingewiesen sind, hinsichtlich ihres Münz-, Maaß- und Gewichts-Systems anzuschließen. Dieser größere Staat ist für uns, besonders seit dem Zollanschlusse, Preußen. Löblichen Ständen ist deshalb die Einführung der Preußischen Scheidemünze in hiesigem Lande bereits proponirt worden.

Es ist aber auch die Einführung des Preußischen Gemäßes für Flüssigkeiten, des Quarts statt der hiesigen Kanne, zur Sprache gekommen, da dasselbe der Maisch- und Braumalz-Steuer zu Grunde liegt und die Verschiedenheit der Gemäße in dem Verkehr mit Preußen, besonders bei dem Brantewein und Bier, störend ist. Daß diese Verschiedenheit der Gemäße aufhören möge, ist ohne Zweifel wünschenswerth, indeß auch nicht zu verkennen, daß der Uebergang mit Kosten und Unbequemlichkeiten verknüpft ist. Die Regierung hat über diese Frage bereits von verschiedenen Aemtern und Magisträten Berichte eingezogen, deren Mehrheit sich für die Einführung des Quartgemäßes ausgesprochen hat und gesinnet sie nunmehr Löbliche Stände um ihr Gutachten, indem sie jene Berichte orig. s. f. r. anschließt.

Die Einführung des Preußischen Scheffels würde eine zu große Störung für die

Pachtkorn-Lieferung herbeiführen, weshalb dessen Einführung sich nicht empfiehlt und das Preußische Pfund stimmt mit dem unsrigen bis auf die ganz unerhebliche Differenz von $\frac{2}{3}$ per mille überein, weshalb wir bereits ein gleiches Gewichtssystem mit Preußen besitzen.

Detmold, den 12ten Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

Ad Resor. Nr. 6948 vom $\frac{26}{1}$ Nov. Dec. 1844.
Einführung des Preußischen Quartgemäßes betreffend.

An
Hochfürstliche Regierung!

Der Magistrat ist, nachdem auch vom hiesigen Krameramte eine gleichlautende Erklärung eingegangen ist, der Ansicht, daß die Einführung des preußischen Quartgemäßes unter den jetzigen Verhältnissen zweckmäßig seyn würde.

Horn, den 4ten December 1844.

Magistrat daselbst.
C. F. Lender.

Ad. R. Nr. 6948.
Einführung des Preußischen Quartgemäßes betr.

An
Fürstliche Regierung!
Bericht des Oberamts Blomberg.

Aus den in dem nebenbemerkten Rescripte bereits angeführten Gründen kann das Amt die Einführung des Preußischen Quartgemäßes für den Hauptverkehr nur wünschenswerth erachten, ist aber zugleich des unmaßgeblichen Dafürhaltens, daß dann auch die Preise für die im Kleinhandel zur Consumtion in Quart und noch kleinern Gemäßen verkauft werdenden Flüssigkeiten sich nach dem Unterschiede des Raum-Inhalts der Kanne zum Quartmaaße (41 K. = 48 Quart) richten müßten und zu dem Ende auch die Eichung der Gemäße nach solchem Verhältniß zu verfügen seyn dürfte, indem wenn der Kleinhändler für ein ganzes, halbes oder viertel Quart sich dieselben Preise, wie für eine ganze, halbe oder viertel Kanne bezahlen ließe — die Consumenten bei eingeführtem Quartgemäß offenbar in großem Nachtheil stehen würden.

Blomberg, den 7ten Dec. 1844.

Bömers.

Ad Rescript. vom 26sten v. et praes. den 1sten d. M. Nr. 6948.

Die Einführung des Preußischen Quartgemäßes betreffend.

An
Hochfürstliche Regierung!

Soll der Hauptzweck des Zollanschlusses, Erleichterung des Verkehrs mit den Vereinsstaaten, völlig erreicht werden, dann ist es unbedingt nöthig, daß auch im hiesigen Fürstenthume gleiches Geld, Gewicht und Gemäß eingeführt werde, wie in den angrenzenden Vereinsländern. Nach unserem gehorsamsten Ermessen dürfte daher namentlich auch hinsichtlich des Gemäßes baldigst eine Uebereinstimmung mit den Nachbarstaaten herbeizuführen seyn, und zwar ganz im Allgemeinen, und nicht allein für Brantwein und Bier, indem sonst die theilweise Verschiedenheit des Gemäßes bei dem übrigen kaufmännischen Verkehre immer noch störend einwirken würde.

Unser gehorsamstes wohlerwogenes Gutachten geht demnach dahin, daß statt des bisherigen Kannengemäßes das Preußische Quartgemäß allgemein im hiesigen Lande einzuführen sey. —

Blomberg, den 14ten Decbr. 1844.

Magistrat daselbst.
Carl Böhmer.

Ad rescr. vom 23 v. M. Nr. 6948.

Die Einführung des Preuß. Quartgemäßes betreffend.

An
Hochfürstliche Regiernng.

Es wird allgemein anerkannt, daß für die viel besprochene Einheit Deutschlands nichts förderlicher seyn würde, als die Einführung eines allgemeinen Münz-, Maaß- und Gewichts-Systems; und es ist daher sehr zu bedauern, daß es den Bemühungen des Bundestages nicht gelungen ist, eine Uebereinstimmung unter den Deutschen Fürsten zu erwirken. Nach den bisher gemachten Erfahrungen darf man aber sich wohl für überzeugt halten, daß es in dieser Beziehung zu einer Vereinigung schwerlich je kommen wird und bleibt daher den kleinern Staaten nichts übrig, als sich den größern, mit welchen sie am meisten im Verkehr stehen, anzuschließen.

Danach sind wir auf Preußen hingewiesen und würde durch die Einführung des Preußischen Quartgemäßes eine der vielen noch bestehenden, für den Verkehr hinderlichen Verschiedenheiten abgeschafft werden.

Die hiesigen Gewerbtreibenden sind aber entschieden der Ansicht, daß das Preußische Gemäß nicht blos für den Verkehr mit Bier und Brantwein, sondern allgemein einzuführen sey und zwar, wie es scheint, aus guten Gründen.

Eine jede derartige Aenderung hat im Anfang ihr unangenehmes, indeß wird die für Käufer und Verkäufer unbequeme Uebergangsperiode rascher verlaufen, wenn die alte Einrichtung ganz abgeschafft wird, als wenn dieselbe theilweise noch bestehen bleibt.

Außerdem ist es, wenn es schon wünschenswerth erscheint, einerlei Gemäß durch ganz Deutschland einzuführen, noch mehr nothwendig, daß in unserm Lande gleiches Gemäß für alle Flüssigkeiten gelte.

Das hiesige Publicum ist außerdem des Dafürhaltens, daß nicht blos das Preußische Quartgemäß statt unseres Kannengemäßes, sondern daß auch die Preußische Scheidemünze, der Preußische Korn-Scheffel und das Preußische Gewicht einzuführen, kurz daß alle Verschiedenheiten im Münz-Maaß und Gewichts-System, die noch beständen, baldmöglichst aufzuheben seyn.

Oerlinghausen, den 5ten Decbr. 1844.

Heldman.

Lemgo den 1. December 1844.

Gehorsamster Bericht des Magistrats zu Lemgo, ad rescr. vom 26. November das Preußische Quartmaaß betreffend.

An
Hochfürstliche Regierung.

So wünschenswerth die Einführung gleicher Maaße und Gewichte in ganz Deutschland unstreitig ist, so müssen wir uns doch für Beibehaltung des Kannengemäßes und gegen die Annahme des Preußischen Gemäßes erklären.

Denn was zuvörderst die durch die Verschiedenheit des Gemäßes bewirkte Störung des Verkehrs betrifft, so scheint uns eine solche nicht vorhanden zu seyn. Bei dem Verkehr im Großen bringt diese Verschiedenheit nicht den geringsten Nachtheil hervor, indem die Reduction mit keiner Schwierigkeit verbunden ist; der Detailverkehr an der Preußischen Grenze ist aber nicht von der Wichtigkeit, um jene Maaßregel motiviren zu können. Dagegen wird es nicht allein für alle Wirthe, sondern auch für Privatpersonen ein sehr bedeutender Kostenaufwand seyn, wenn alle Gemäße und Flaschen abgeschafft und mit neuen vertauscht werden müssen und glauben wir behaupten zu können, daß eine solche Maaßregel zu einer allgemeinen Unzufriedenheit Anlaß geben würde.

Soviel wir wissen, ist in den benachbarten Hannover, Hessen, Waldeck ꝛc. das Preußische Gemäß nicht eingeführt; es würde also durch eine Annahme des letzteren in unserm Lande nur eine partielle Uebereinstimmung erreicht werden, welche von keinem erheblichen Nutzen ist.

Der Magistrat hies.
Petri.
Clemen.

Brake den 3. Decbr. 1844.

Ad rescr. vom 25 v. M. (6948). Flüssigkeitsmaaßes-Veränderung betr.

An
Hochfürstliche Regierung.

Durch den Zollanschluß gewissermaßen abhängig und genauer verbunden mit Preußen wird die Annahme dessen Maaßsystems uns seinen Einrichtungen mehr annähern,

den Steuerbeamten ihr Geschäft, auch den Einwohnern beider Länder den Verkehr mit einander erleichtern.

Soll indeß durch von einander verschiedene Gemäße nicht Verwirrung im Lande selbst und neue Gelegenheit zu absichtslosen sowol, als betrügerischen Verkürzungen, zu Mißverständnissen und Processen entstehen, dann dürfte das neue Gemäß auf alle Flüssigkeiten auszudehnen, nicht bloß auf Bier und Brantewein einzuschränken seyn.

Der Verkehr mit Preußen in Flüssigkeiten findet aber übrigens, mit nur geringen Ausnahmen, in großen Quantitäten statt, die man nach Orhofen, Ankern und Pfunden, nicht aber nach Maaßen und Quarten berechnet, jener sowie das Steuerwesen befindet sich in den Händen intelligenter Menschen, denen die Reduction des Quarts auf Kannen vice versa eine Kleinigkeit ist. Zudem ist Preußen nicht das einzige Land, womit wir verkehren, alle umliegenden Staaten haben ihr eigenes Gemäß, die Annahme seines Flüssigkeitsgemäßes ohne den Zutritt dieser würde also weder den Verkehr bedeutend erleichtern, noch im Geringsten beleben.

Dagegen dürfte die Maßregel beträchtliche, vorübergehende sowol, als dauernde Nachtheile herbeiführen.

Die Anschaffung neuer mettallener Gemäße veranlaßte den hiesigen Gewerbtreibenden und vielen Einwohnern eine im Ganzen große, sehr zu berücksichtigende Ausgabe ohne Hoffnung auf Ersatz dafür.

Wie viele Tausende der geeichten Bouteillen und Gläser, die sich in den Wirthshäusern gemäß der Verordnung vom 11. Sept. 1810 befinden, würden außerdem cassirt und statt deren anders geeichte angekauft werden müssen.

Mit dem kleineren Maaß wird nicht zugleich der Preis im kleineren Verkauf fallen und verhältnißmäßig fallen können, da Münzen für solche Bruchtheile nicht existiren.

Wieder auf den Mittellosen, der sein Bedürfniß nur nach $\frac{1}{1}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$ Quart sich zumessen lassen kann, wird der vorzüglichste Nachtheil fallen, so wie er denn jetzt auch das Salz, ohngeachtet des gleichen Preises im ganzen Lande, doppelt und dreifach so hoch, als der Bemittelte bezahlet, da er solches nur in kleineren Portionen erkaufen kann und oft von dem stundenweit entfernten Verseller holen muß.

Von der Einführung des Quartgemäßes dürfte deshalb vorerst wol Abstand zu nehmen seyn, wenn man nicht den Schritt des herannahenden Pauperismus beschleunigen will.

Wippermann.

Schötmar den 7. December 1843.

Zur Verfügung Nr. 6948, vom 26. v. M., Einführung des Preußischen Quartgemäßes statt des Lippischen Kannengemäßes betr.

An
Hochfürstliche Regierung.

Die Größe des Preußischen Quartes verhält sich zur Größe unserer Kanne ohngefähr wie 41 zu 48, wenigstens ist dies Verhältniß bei der Einführung des Preußischen Zollsystems den Berechnungen zur Bestimmung der Brannteweinssteuer zu Grunde gelegt.

Das Preußische Quartgemäß ist mithin kleiner, als die Lippische Kanne.

Da aber dasselbe auch häufig Preußische Kanne genannt wird, so wird es von Unkundigen leicht für gleich groß mit der Lippischen Kanne gehalten.

Weil aber die Preußischen Kaufleute ein Quart billiger geben können, als unsere Kaufleute eine Kanne, so werden dadurch viele Consumenten veranlaßt, ihren Branteweinsbedarf von Preußischen Kaufleuten zu entnehmen, wodurch dann die hiesigen Kaufleute sehr benachtheiligt werden.

Bei dem Preußischen Gemäße ist es überdem üblich, das Quantum nicht nach Quarten oder Maaßen, sondern nach dem Gewicht abzunehmen.

So wird z. B. ein Orhoft 35 grädigen Branntweins zu 420 Pfunden gerechnet und nach diesem Gewichte auch angenommen.

Dadurch entsteht aber für Käufer und Verkäufer der bedeutende Vortheil, daß das zeitraubende Geschäft des Messens resp. Nachmessens des Branteweins überflüssig wird, auch die vielen Irrthümer, welche beim Messen des Branteweins, welches noch dazu häufig von den Lehrlingen der Kaufleute geschieht, vorfallen, nicht-möglich sind.

Durch den Transport des Branntweins wird dieser ferner immer zusammengerüttelt, so daß die Quantität desselben beim Ein- und Ausmessen niemals stimmen kann.

Dieses Untermaaß fällt aber beim Wiegen des Branntweins hinweg.

Wenn nun ferner der Verkehr zwischen dem benachbarten Preußischen und dem hiesigen Lande offenbar nur dadurch gewinnen kann, wenn die Maaßen beider Länder gleich sind, also auch die Preise leichter zu übersehen resp. zu vergleichen sind, und dies besonders dann der Fall seyn wird, wenn wie verlautet, der Preußische Münzfuß im hiesigen Lande sollte eingeführt werden, so möchte es namentlich für den Branntweinshandel wohl ersprießlich seyn, wenn das Preußische Quartgemäß statt des hiesigen Kannengemäßes eingeführt würde, wie dies auch die Mehrzahl der hiesigen Kaufleute zu wünschen scheint.

Helwing.

Ad resc. vom 26. Nov. c. Nr. 6948 die Einführung des Preußischen Quartgemäßes statt des hiesigen Kannengemäßes betr.

An
Hochfürstliche Regierung.

Die Einführung des Preußischen Quartgemäßes statt des hiesigen Kannengemäßes kann, besonders bei dem Brantewein- und Bierverkauf für das handeltreibende Publicum im hiesigen Lande nur erwünscht seyn. Bei der Einfuhr von Spiritus in hiesiges Land aus dem Preußischen, welche nicht unbedeutend ist, findet hinsichtlich der Berechnung auf hiesiges Kannengemäß, manche Schwierigkeit statt.

Besonders wohlthätigen Einfluß würde es auf die Grenzörter unseres Landes, hinsichtlich des Detailverkaufs obiger beiden Gegenstände, ausüben: denn die Consumenten berechnen nicht so sehr den größern Inhalt des Kannengemäßes als den niedrigern Preis für das Quartgemäß.

Salzuflen 13. Decbr. 1844.

Magistrat daselbst.
F. Capellen.

Varenholz den 12. Decbr. 1844.

ad reser. vom 26. v. M., Nr. 6948.
Einführung des Preußischen Quartgemäßes betr.

An
Hochfürstliche Regierung.

Diese Einführung von dem Gesichtspunct aus betrachtet, der zur Anerkennung der Zweckmäßigkeit übereinstimmenden Maaßes und Gewichts in den deutschen Staaten führt, — ein schon vielfach gewünschter Zustand, — kann nur als Anbahnung zu diesem Zustande willkommen aufgenommen werden. Und so angesehen, eine Neuerung in dieser Richtung ankündigend mit Nachfolge und Entwickelung, hat diese Einführung so viel Ansprechendes, daß Referent keinen Anstand findet, sich unbedingt für sie zu erklären.

Ein Anderes ist es aber, wenn diese Einführung ohne jene allgemeine Beziehung, als ein einzelnes Factum betrachtet wird und nun die Frage entsteht, ob sie als solches zeitgemäß und nützlich sey.

Referent muß bekennen, daß es ihm, um dies zu beantworten, an der Uebersicht der Folgen fehlt, welche die Einführung haben würde.

So viel aber leuchtet ihm ein, daß die Gemäße, Flaschen, Gläser und Gebinde der Wirthe umgeändert und Störungen im Verkehr, bis zur Eingewöhnung in die neue Einrichtung, herbeigeführt werden würden.

Der Verkehr mit den Preußischen Nachbarn würde allerdings erleichtert werden.

Der Bericht des Hebungsbeamten wird in der Anlage gehorsamst angefügt.

Liebich.

Langenholzhausen den 8. Decbr. 1844.

Ad reser. Hochfürstlicher Regierung vom 26. v. M. Nr. 6948.
Die Einführung des Preußischen Quartgemäßes in hiesigem Lande betr.

An
Wohllöbliches Amt Varenholz! V. L.

Da die Besteuerung des Branntewein und Bieres, als derjenigen Fabrikate hiesigen Landes, mit welchem am meisten Verkehr mit den Grenzorten der Nachbarstaaten getrieben wird, bereits seit Beitritt zu dem deutschen Zollverein, nach Preuß. Quartmaaß geschieht und nur der Detail-Handel der genannten und sonstigen flüssigen Handelswaaren nach hiesigem Kannengemäß geführt wird; so kann es meines unvorgreiflichen Bedünkens nach nur noch mehr den Verkehr mit dem Auslande erleichtern und im Interesse des handelnden Publicums liegen, wenn eine Einheit unter den Gemäßen mit denen der Nachbarstaaten resp. denen benachbarten Zollvereinslanden eingeführt würde und diese nicht allein auf Branntewein und Bier, sondern zugleich auch sämmtliche dem Handel unterliegende flüssige Waaren, wozu gegenwärtig das hiesige Kannenmaaß benutzt wird, ausgedehnt würde. — Gleichzeitig wäre es indeß dann zu wünschen, daß auch insbesondere Kurhessen, so wie Waldeck-Pyrmont, als die in Handelsverbindung zunächst uns belegenen Vereinslande, sich auch für dieses Gemäß bestimmen ließen, da gegentheils eine gesetzliche allgemeine Einführung dieses Gemäßes nur eine einseitige Wohlthat dieser Einheit üben würde. Ob in den vorgenannten Landen besagtes Quartmaaß indeß schon angenommen, ist Unterzeichnetem nicht bekannt.

Wenn die allgemeine Einführung des Quartgemäßes nun auch Anfangs, hauptsächlich im Detailhandel zum Nachtheil des kaufenden Publikums ausfallen dürfte, da unsere Scheidemünzen mit denen in den Nachbarstaaten coursirenden Silbergroschen und Silberpfennigen sich nicht ohne Nachtheil auf der einen oder andern Seite, ausgleichen lassen; so dürfte man doch erwarten, daß durch einfließende Concurrenz der Auslande, der Kleinhändler sich hiernach richten und die Waaren thunlichst nach solchen gängigen Preisen wird stellen müssen, daher nach kurzer Zeit sich diese Verschiedenheit ausgleichen wird.

Ein diesem sich nachziehender Wunsch dürfte es dabei zugleich abgeben, eine Einheit unserer Scheidemünze mit denen der größeren Zollvereinslande und zwar statt unserer Mariengroschen und Kupfermünzen auch Silbergroschen und die danach ausgeprägten Kupfermünzen, eingeführt zu sehen, da ja doch der Verkehr mit dem Auslande in letzterer Münze, durch Steuern, Porto ꝛc. schon längst hier besteht und für das handelnde Publicum nicht unwichtig seyn kann.

Comm. wird anbei ergebenst zurückgesandt.

G. Riedemann.

Alverdissen den 17. Decbr. 1844.

Das Amt Sternberg berichtet ad reser. Nr. 6948, v. 26. v. M.

über die in Frage gestellte Einführung des preußischen Quartgemäßes.

An

Hochfürstliche Regierung.

Die Einführung des Preußischen Quartgemäßes, nachdem der Anschluß an den Zollverein erfolgt, dürfte aus den im nebenbemerkten hohen Rescripte schon angedeuteten Gründen angemessen seyn, um so mehr, da zu erwarten und im Interesse des Verkehrs zu wünschen ist, daß der Zollverein bei weiterer Entwicklung seines Princips die Einführung einer, allen Vereinsstaaten gemeinsamen, Regel der Gewichte, Maaße und Münzen bewirken werde, so daß die Gleichstellung der kleinen Staaten mit den Preußischen Einrichtungen, welche voraussichtlich für jenen zu erwartenden Zustand die Grundlage bilden werden, als eine vorbereitende Maaßregel betrachtet werden könnte.

Indessen wird, da die vorliegende Frage ganz abgetrennt von einem Zustande der Dinge, der als wünschenswerth gedacht, aber noch nicht vorhanden und, so viel dem Amte bekannt, auch noch nicht mit Absicht vorbereitet ist, aufgeworfen wird, dieselbe lediglich nach den jetzt vorhandenen Bedürfnissen des Verkehrs beantwortet werden müssen, und hat das Amt daher einen der unterrichtetsten Branntweinfabrikanten des Districts, den Conductor Pape zu Dudenhausen, zur Darlegung seiner Ansicht aufgefodert und legt dessen Gutachten angeschlossen in orig. gehorsamst vor. ꝛc. Pape spricht seine Ansicht dahin aus, daß rücksichtlich des Branntweins unter den gegenwärtigen, für die hiesigen Brenner ungünstigen, Umständen die Einführung des Preußischen Gemäßes keinen Vortheil für den Verkehr und nur einen Kostenaufwand für die Fabrikanten verursachen würde.

Dieser Kostenaufwand scheint dem Amte als Nachtheil ganz allein in Betracht kommen zu können, er scheint nicht bedeutend genug, um die Ausführung einer sonst als angemessen anzuerkennenden Maaßregel in den Weg zu treten.

C. Rötteken.

An
Wohllöbliches Amt Sternberg!

Auf die mir von Wohllöblichem Amte aufgegebene Begutachtung der Frage, ob statt unseres bisherigen Kannengemäßes das preußische Quartgemäß beim Verkauf von Branntwein und Bier gesetzlich einzuführen sey, erlaube ich mir schriftlich gehorsamst zu antworten.

Zwar ist bei Besteuerung von Branntwein und Bier das Quartgemäß zum Grunde gelegt; indeß möchte beim übrigen Verkehr dessen Einführung nicht wünschenswerth seyn. — Der Branntweinsfabrikant würde sich mit neuen Quartgemäßen versehen müssen, um seine sämmtlichen Orhofte und kleinern Faßtagen umzueichen; er sowohl, wie der Verseller müßten dann den Preis nach Quartieren berechnen, welches zusammen lästig und kostspielig wäre, ohne Vortheil zu bringen. Unsererseits wird kein Branntwein in's Preußische geführt, dagegen überschwemmt bekanntlich der preußische Spiritus unser Land, da wir, zufolge der minderen Ertragsfähigkeit unsers Bodens, mit jenem nicht concurriren können. Der lippische Branntwein, wie das lippische Gemäß, finden noch vielfach Vertrauen, selbst wenn mit dem preußischen Fabrikate geschleudert wird; indeß könnte eine Erleichterung des Verkehrs den voraus zusehenden Ruin der lippischen Brennereien um so schneller herbei führen! — Ueber den Verkehr mit Bier habe ich keine Kenntniß. — Wünschenswerth wäre aber die Ermittelung des Verhältnisses zwischen lippischen Kannen und preußischen Quarten, und die gesetzliche Feststellung, wieviel preußische Quarte auf den Orhoft wie auf den Anker zu rechnen sind.

Dudenhausen den 5ten December 1844.

Pape.

F. Erlaß Fürstlicher Regierung vom 14ten Januar, das Gymnasium zu Lemgo betreffend.

Zur VI. Proposition.

In Beziehung auf die Landesherrliche Proposition, die bessere Dotirung der Gymnasien betreffend, wird Löblichen Ständen ein auf diesen Gegenstand bezüglicher nachträglicher Bericht des Magistrats zu Lemgo vom $\frac{6}{11}$ d. M. nebst Anl. zur Kenntnißnahme und etwaigen Berücksichtigung bei Abstattung des begehrten Gutachtens hierneben in Abschrift ergebenst communicirt.

Detmold, den 14ten Januar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

Weiterer gehorsamster Bericht des Magistrats zu Lemgo, die Verbesserung der Lehrerstellen am hiesigen Gymnasium betreffend.

An

Hochfürstliche Regierung.

In unserm Berichte vom 25. Oct. v. J. in welchem wir gehorsamst darum baten, auf dem bevorstehenden Landtage eine Verbesserung der Lehrerstellen des hiesigen Gymnasiums zu beantragen, haben wir das Einkommen derselben nur im Allgemeinen angegeben. Wir haben den Rektor Brandes veranlaßt, dasselbe möglichst genau zu specificiren und ist derselbe dieser Aufgabe in der abschriftlichen Anlage nachgekommen.

Hieraus ergiebt sich nun, daß die 5 Lehrerstellen folgendes Einkommen beziehen:

I. Der Rektor:	Gehalt	600	Rthlr.	—	Mgr.
	Antheil am Schulgelde pptr.	100	"	—	"
	Von Leichen	8	"	22	"
	2 freie Klafter Holz	8	"	—	"
	=	716	Rthlr.	22	Mgr.
II. Der Prorector:	Gehalt	350	Rthlr.	—	Mgr.
	Antheil am Schulgelde	100	"	—	"
	Für den franz. Unterricht	100	"	—	"
	Von Leichen	6	"	26	"
	Holz	8	"	—	"
	=	564	Rthlr.	26	Mgr.
III. Conrector:	Gehalt	300	Rthlr.	— Mgr.	— Pf.
	Schulgeld	100	"	— "	— "
	Für den franz. Unterricht	80	"	— "	— "
	Von Leichen	24	"	11 "	3 "
	Holzgeld, durchschn.	19	"	— "	— "
	Holz	8	"	— "	— "
	=	531	Rthlr.	11 Mgr.	3 Pf.
IV. Subconrector:	Gehalt	200	Rthlr.	—	Mgr.
	Schulgeld	100	"	—	"
	Für den franz. Unterricht	50	"	—	"
	Von Leichen	21	"	13	"
	Holzgeld	15	"	—	"
	Holz	8	"	—	"
	=	394	Rthlr.	13	Mgr.
V. Lehrer der fünften Classe:	Gehalt	200	Rthlr.		
	Schulgeld	100	"		
	Für den Unterricht im Zeichnen	30	"		
	Desgleichen im Singen	40	"		
	Holz	8	"		
	=	378	Rthlr.		

Das Mißverhältniß zeigt sich zunächst bei der zweiten Lehrerstelle, welche, wenn wir nicht schon vor vielen Jahren derselben 50 Rthlr. aus der Stadtscasse zugelegt hätten, ein geringeres Einkommen haben würde als die dritte. Es hatte der Umstand, daß bei der

neuen Organisation des Schulwesens im Jahre 1819 die zweite und dritte Lehrerstelle einen gleichen Gehalt bekamen, seinen Grund in der Persönlichkeit des damaligen Prof. Süvern. Um so mehr ist es aber beim Wegfallen eines gleichen Grundes nöthig, daß aus den in dem Berichte des Rectors Brandes näher angegebenen Gründen ein angemessenes Verhältniß in den Lehrerstellen ihrem Range und ihrer Wichtigkeit nach hergestellt werde und haben wir lediglich aus diesem Grunde eine Zulage von 150 Rthlrn. für die zweite Stelle in Vorschlag gebracht.

Dann ist auch der vierte Lehrer gegen den fünften zu gering salarirt, da erstere (Stelle) einschließlich einer frühern Zulage aus der Stadtscasse von 30 Rthlrn. nur 16 Rthlr. mehr einträgt, als die letztere.

Wir haben nun zwar Hochfürstlicher Regierung bereits die Verbesserung zu danken, daß den Lehrern von den für die Realschulen bewilligten 800 Rthlrn. ein Firum für den Unterricht im Französischen und Zeichnen bewilligt ist. Da dieser Unterricht aber früher von den Schülern privatim honorirt und bei der jetzigen Frequenz der Schule dies Honorar sich noch höher belief als das Firum, so ist darin eigentlich keine Verbesserung der Stellen, sondern nur der Anstalt selbst zu finden.

Dann bemerken wir noch, daß es sehr wünschenswerth seyn würde, wenn wir in den Stand gesetzt würden, noch einen Lehrer für die erste Abtheilung der fünften Classe anzusetzen. Diese Classe nämlich ist mit Schülern so überhäuft, daß es schon lange dringender Wunsch gewesen ist, aus derselben 2 Abtheilungen zu bilden. Da eine Verminderung des Einkommens der Stelle unthunlich ist, so müßte ein besondrer Gehalt von 2—300 Rthlrn., etwa mit Zufügung der für die Stelle in Vorschlag gebrachten Zulage ausgeworfen werden.

Bei dem schon so oft bewährten Interesse Hochfürstlicher Regierung für unsere Anstalt und der Bereitwilligkeit der Stände die Propositionen hochderselben für alle wohlthätigen Institute zu bewilligen, zweifeln wir nicht daran, daß unsere Wünsche hohe Berücksichtigung finden werden.

Der Magistrat hieselbst.
Petri.
Clemen.

An
Wohllöblichen Magistrat!

Aufgefordert über die dem Gymnasium zukommenden Leichenaccidenzien und das übliche Holzgeld zu berichten, ermangle ich nicht hiermit dieser Aufforderung nachzukommen.

Was die Leichenaccidenzien anbetrifft, so erhalten die Lehrer der 3. und 4. Classe den beträchtlichsten Theil derselben, indem nach der bestehenden Sitte an diese von allen Leichen bezahlt wird, während die Lehrer der 2ten und 1sten Classe nur von den s. g. großen Leichen, d. h. von solchen die des Morgens beerdigt werden, einen Theil der Accidenzien empfangen.

Nach einem Durchschnitte von 5 Jahren erhält

der Conrector (III. Cl.)	24 Rthlr.	11 Mgr.	3 Pf.
" Subconrector (IV. Cl.)	21 "	13 "	— "
" Prorector (II. Cl.)	6 "	26 "	— "
" Rector (I. Cl.)	8 "	22 "	— "

Also ergiebt sich, daß der Conrector den größten, der Prorector den kleinsten Theil davon erhält. Hinsichtlich des üblichen Holzgeldes ist zu bemerken, daß das gesammte Schulgeld seit dem Abgange des Rectors Reinert unter die 5 Gymnasial-Lehrer gleichmäßig vertheilt wird, jedoch mit der Beschränkung, daß davon das Singgeld (jährlich 40 Rthlr.) für den Lehrer der 5ten Classe, und das Holzgeld für die Lehrer der 3ten und 4ten Classe abgeht, aber ein besonderes Holzgeld, außer dem Schulgelde, von den Schülern nicht entrichtet wird.

Das Holzgeld für den Lehrer der 3ten Classe (Konrector) betrug

im Jahre 1840	14 Rthlr.	22 Mgr.	3 Pf.
1841	20 "	22 "	3 "
1842	21 "	13 "	3 "
1843	19 "	18 "	— "
1844	18 "	27 "	— "

Für den Lehrer der 4ten Classe betrug dasselbe

im Jahre 1840	13 Rthlr.	9 Mgr.
1841	14 "	27 "
1842	16 "	18 "
1843	16 "	— "
1844	17 "	18 "

Die Lehrer der 2ten und 1sten Classe bekommen gar kein Holzgeld.

Bis jetzt beträgt das mit der 2ten Classe verbundene Einkommen nur ein Unbedeutendes mehr, als das der 3ten Stelle, und dürfte es daher wünschenswerth seyn, daß bei Verbesserung desselben, um ein angemessenes Verhältniß herzustellen, die 2te Stelle besonders berücksichtigt würde, zumal dieser auch das Bibliotheks-Geschäft zugetheilt ist und der 3te Lehrer, eintretenden Falles, als Beförderung, in die 2te Stelle einzurücken pflegt.

Lemgo, den 5ten Januar 1845.

Rector Brandes.

G. Erlaß Fürstlicher Regierung vom 4ten Februar, die Unterstützung der armen Weber betreffend.

Die orig. anliegende Bitte der die Legge besuchenden Kaufleute, den unvermögenden Webern durch Vorschüsse aufzuhelfen, ist bereits bei der von Löblichen Ständen am 29. v. M. mit den Regierungs-Commissarien über die Proposition wegen der Leggeanstalt stattgehabten Berathung Gegenstand der Besprechung gewesen und hat seinem Gegenstande nach bei Löblichen Ständen Beifall gefunden.

Der obigen Vorstellung zufolge, welche der Kaufmann Lindemann selbst abgefaßt hat, sind durch die lange Stockung im Linnenhandel und die schlechten Preise des Leggelinnens viele Weber in ihrem Vermögen zurückgekommen und befinden sich, da sie nicht die nöthigen Geldmittel haben um Garn zu kaufen und damit die Weberei zu betreiben, in einer bedauernswürdigen Lage. Durch Vorschüsse zum Garnankauf würden dieselben, da jetzt für die ordinairen Linnen ein günstiger Zeitpunkt zum Absatz seyn soll, wieder zu Arbeit und Brodt verholfen werden können.

Die Regierung muß sich vorbehalten, die vorgetragenen Umstände, deren Richtigkeit übrigens der Legge-Inspector, Kaufmann Hoffmann, bestätigt, näher zu untersuchen und darüber von den Amtsbehörden Berichte einzuziehen. Bestätigt sich darnach die Richtigkeit der Angaben, so erachtet die Regierung, daß die beantragten Vorschüsse ein zweckmäßiges Mittel seyn würden, um die Weberei des Leggelinnens wieder zu beleben und der Noth der Weber abzuhelfen. Ein Vorschuß von 50 Rthlr. für jeden würde ausreichen, um das Garn zu vier Werk Linnen anzukaufen, mit 5000 Rthlr. könnten also schon 100 Weberfamilien unterstützt werden. Durch diese Aushülfe würden nicht nur viele Webestühle wieder in Gang zu bringen, sondern es würde von dieser Wiederbelebung der Weberei auch eine günstige Rückwirkung auf die Spinnerei zu erwarten seyn.

Die Vorschüsse würden zinslos, gegen terminliche Rückzahlung in etwa 5 Jahren zu bewilligen seyn; Sicherheit wäre dafür nur insoweit, als die Empfänger sie zu leisten vermögen, zu bedingen, dagegen wären die Vorschüsse nur rechtlichen und fleißigen Webern, nach dem Vorschlage der Hebungsbeamten, zu gewähren. Fürstliche Leihecasse-Commission wäre zu ersuchen, die Vorschüsse für Rechnung und Gefahr der Landcasse zu leisten; rücksichtlich des gemeinnützigen Zwecks darf gehofft werden, daß Fürstliche Leihecasse einen Theil der Zinsen, vielleicht auch der etwaigen Einbußen übernehmen wird. Die Ausgabe, welche dadurch der Landcasse erwächst, wird deshalb nicht erheblich seyn und für diese Casse gar keine neue Last veranlassen, wenn Löbliche Stände sich damit einverstanden erklären, daß dieselbe aus dem Fonds zur Unterstützung der Landesindustrie und insofern dieser nicht ausreicht, aus dem Hülfsfonds bestritten werde. Dieser letztere zur Unterstützung contribuabler Colonats-Besitzer bestimmte Fonds betrug früher 1000 Rthlr. weniger und gestatten die jetzigen dem Bauernstande günstigen Zeitverhältnisse wieder eine Beschränkung desselben. Es wird deshalb die Ausgabe, welche die zinslosen Vorschüsse an die Weber veranlassen werden, daraus um so mehr entnommen und dem Industriefonds zugelegt werden können, da diese Verwendung der Bestimmung des Hülfsfonds analog und die Beschränkung des letztern auf contribuable Unterthanen des platten Landes den jetzigen Besteuerungs-Verhältnissen nicht mehr entsprechend ist.

Löbliche Stände werden demnach, mit Serenissimi gnädigster Genehmigung, gesonnen:

über diesen Antrag ihr patriotisches Gutachten abzugeben und eventuell die erforderlichen Fonds zur Disposition der Regierung zu stellen.

Detmold, den 4ten Februar 1845.

Fürstlich Lippische Regierung.
W. A. Eschenburg.

IV.
Landtags-Protocoll.

Actum Detmold den 13. Jan. 1845.

Erste vorbereitende Sitzung.

Gegenwärtig die Abgeordneten:

I. Von der Ritterschaft:

1) Freiherr von Blomberg. 2) von Stieteneron. 3) Amtmann Hornhardt. 4) Niemeyer.

II. Von den Städten:

1) Burgemeister Ernst. 2) Syndicus Meyer. 3) Burgemeister Böhmer. 4) Rath Antze. 5) Syndicus Runnenberg. 6) Syndicus Hildebrand. 7) Amtmann Piderit.

III. Vom dritten Stande:

1) Abgeordneter Schönlau. 2) Abgeordneter Busse. 3) Abgeordneter Amtmann Heldmann. 4) Abgeordneter Canzlei-Rath Petri. 5) Abgeordneter Hagemeister. 6) Abgeordneter Dr. Meyer. 7) Abgeordneter Canzleidirector Ballhorn-Rosen; und der bisherige Landsyndicus Dr. Rosen.

Nachdem sich die nebengenannten Abgeordneten in Gemäßheit des höchst landesherrlichen Convocationsschreibens heute versammelt hatten, fand sich die landesherrliche Commission, bestehend aus Hrn. Regierungsrath v. Meien, Hrn. Regierungsrath Piderit und Hrn. Geheimen Regierungssecretair Kellner in der Versammlung ein. Durch dieselbe wurden diejenigen Mitglieder der Stände, welche schon zu der vorigen Versammlung erwählt waren und daran Theil genommen haben, auf ihren frühern Eid verwiesen, die neu erwählten Mitglieder, nämlich

Abgeordneter Ernst,
" Antze,
" Böhmer,
" Hildebrand,
" Hagemeister und
" Dr. Meier

aber auf die Verfassungs-Urkunde act. corp. beeidigt.

a. u. s.

Rosen.

Nach Beendigung des vorstehenden Actes entfernte sich der Unterzeichnete aus der Versammlung, da zur Wahl des Landsyndicus geschritten werden sollte.

Paulo post wieder gerufen, wurde ihm seitens des Hrn. Ausschußdeputirten ersten Standes eröffnet, daß die Wahl wiederum auf ihn gefallen sey.

In der zweiten Curie soll nunmehr zur Wahl eines Vorsitzenden und zur Wahl der beiden Ausschußdeputirten zweiten und dritten Standes geschritten werden, worüber ein besonderes Protocoll aufzunehmen ist.

Die erfolgten Wahlen sind sodann Fürstlicher Regierung durch den Hrn. Ausschußdeputirten I. Standes Namens der Mitglieder der Versammlung anzuzeigen.

a. u. s.

Rosen,
Landsyndicus.

Fortgesetzt, Detmold den 14. Jan. 1845.

Zweite vorbereitende Sitzung.

Gegenwärtig die zum vorigen Protocoll bemerkten Mitglieder, zu denen der ritterschaftliche Abgeordnete von Reden hinzugekommen.

Auf den Vortrag des Herrn Vorsitzenden wurde beschlossen, für folgende Gegenstände vorbereitende Commissionen niederzusetzen und zugleich die Zahl der Mitglieder dieser Ausschüsse zu bestimmen. Die Wahl derselben, wobei auf Vertheilung unter den drei Ständen Rücksicht genommen werden soll, bleibt der ersten ordentlichen Landtagssitzung vorbehalten.

1) Wegen des voti negativi, — 9 Mitglieder;
2) für die 3te, 12te und 13te Proposition, — 9 Mitglieder;
3) für den Wegbau — 6 Mitglieder;
4) für die Propositionen, welche das Schulwesen betreffen, nämlich die 4te, 6te, 7te und 8te Proposition — 6 Mitglieder;
5) für die erste Proposition — 6 Mitglieder;
6) für die zweite Proposition — 3 Mitglieder;
7) für die fünfte Proposition — 6 Mitglieder;
8) für die neunte und zehnte Proposition — 3 Mitglieder;
9) für die eilfte Proposition — 6 Mitglieder;
10) für die Revision des vorigen Landtagsabschiedes und die bei der Eröffnung des Landtages zu erwartenden Nachträge dazu — 6 Mitglieder.

Nachdem der Hr. Vorsitzende die definitive Bildung dieser Commissionen für die am 16. d. M. Morgens 10 Uhr zu haltende Sitzung, als Tagesordnung bestimmt hatte, wurde die heutige Sitzung geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 16. Januar 1845.

In Gegenwart sämmtlicher Herrn Landstände.

Nachdem gestern die feierliche Eröffnung des Landtages in hergebrachter Art auf dem Fürstlichen Residenzschlosse hierselbst erfolgt war, wurden heute die landtägigen Berathungen in allgemeiner Versammlung angefangen.

In Gemäßheit des in der vorgestrigen vorbereitenden Sitzung gefaßten Beschlusses, schritt man zuerst zu der definitiven Ernennung der Commissionen, welche folgendermaaßen zusammengesetzt wurden:

I. Commission zur Vorbereitung eines Beschlusses der Stände hinsichtlich des votum negativum bei der Gesetzgebung.

Die Abgeordneten:

1) von Blomberg;
2) von Stieteneron;
3) von Borries;

4) Ernst;
5) Meier, Syndicus;
6) Piderit;
7) Petri;
8) Heldman;
9) Dr. Meier.

II. Commission für die Finanz-Gegenstände.
1) von Blomberg;
2) von Stietencron;
3) von Borries;
4) Syndicus Meier;
5) Böhmer;
6) Piderit;
7) Busse;
8) Heldman;
9) Petri.

III. Commission für das Wegbau-Departement.
1) von Reden;
2) Hornhardt;
3) Runnenberg;
4) Antze;
5) Heldman;
6) Busse.

IV. Commission für die das Schulwesen betreffenden Propositionen 4, 6, 7, 8.
1) von Kerßenbrock;
2) Niemeier;
3) Piderit;
4) Böhmer;
5) Ballhorn-Rosen;
6) Schönlau.

V. Commission für die Berathung des Allodificationsgesetz-Entwurfs.
1) von Blomberg;
2) von Reden;
3) Runnenberg;
4) Hildebrand;
5) Ballhorn-Rosen;
6) Dr. Meier.

VI. Commission wegen der die Bewilligung von Dotalgeldern betreffenden Proposition:
1) von Borries;
2) Antze;
3) Ballhorn-Rosen.

VII. Commission für die 5te Proposition, die Contribution von Erbpachtgrundstücken betreffend.
1) von Blomberg;
2) von Stietencron;
3) Hildebrand;

4) Runnenberg;
5) Heldman;
6) Petri.

VIII. Commission für die 9te und 10te Proposition. Auf den Vorschlag des Abgeordneten Böhmer wurde die anfänglich auf drei bestimmte Zahl der Mitglieder dieser Commission auf sechs vermehrt und wurden dazu ernannt:
1) von Kerßenbrock;
2) Niemeier;
3) Böhmer;
4) Ernst;
5) Hagemeister;
6) Dr. Meier.

IX. Commission wegen des Baues einer Straf-Anstalt.
1) von Borries;
2) von Reden;
3) Ernst;
4) Syndicus Meier;
5) Dr. Meier;
6) Schönlau.

X. Commission für Revision des vorigen Landtagsabschiedes und der Nachträge dazu.
1) von Borries;
2) von Stietencron;
3) Piderit;
4) Syndicus Meier;
5) Heldman;
6) Petri.

Der Herr Vorsitzende theilte der Versammlung hierauf einen höchsten Erlaß Serenissimi vom 15. huj. mit, worin den Ständen eröffnet wird, daß nach Anleitung des §. 31 der Verfassungsurkunde für die einzelnen Propositionen landesherrliche Commissarien ernannt seyen, welche den berathschlagenden Sitzungen auf vorherige Benachrichtigung beiwohnen würden.

Desgleichen wurde die Versammlung mit dem Erlasse Serenissimi von demselben dato, einige am vorigen Landtage vorgekommene Gegenstände betreffend, bekannt gemacht und wurden folgende diesem Erlasse beigefügte Mittheilungen der Fürstlichen Regierung vorgelesen, damit die Versammlung vorläufig einen Ueberblick über deren Inhalt erhalte. Jene Mittheilungen betreffen:

1) die Vorarbeiten wegen Erbauung eines Landkrankenhauses;
2) die ständischen Erinnerungen zu den Militair-Cassen-Etats von 1840 und 1842;
3) das landständische Desiderium wegen des Wildschadens;
4) die Entschädigung und Erleichterung der fünf ältern Städte;
5) die Verhältnisse der verschiedenen Confessionsverwandten;
6) die Reclamation des Magistrats zu Lemgo wegen fernerer Entschädigung hinsichtlich der durch den Zollanschluß verlornen Revenüen;
7) die Unterhaltung des Straßenpflasters in der Linie der durch die Städte führenden Chausseen;

8) die Ansprüche der Fürstlichen Rentcammer wegen der Spedition zu Erder;
9) die von der Fürstlich Schaumburg Lippischen Regierung beantragte Entschädigung des Rentmeisters König zu Blomberg als frühern Gesammt-Zoll-Erhebers der Aemter Schieder und Blomberg.

Außerdem war noch eingegangen ein Erlaß Fürstlicher Regierung vom 12. d. M. wegen Einführung des Preußischen Gemäßes mit anliegenden gutachtlichen Berichten der Magistrate und Aemter. Hinsichtlich sämmtlicher Mittheilungen wurde beschlossen, sie zunächst zum Druck befördern zu lassen und demnächst wegen der Ueberweisung an die Commissionen weitere Bestimmungen zu treffen.

Zum Schlusse übergab der Abgeordnete Piderit:

a. einen Antrag, wegen eines bei Serenissimo zu beantragenden Verkoppelungsgesetzes;
b. einen Antrag wegen Aufhebung des Hazards-Spiels im Bade Meinberg.

Für den ersten Antrag wurden die Abgeordneten von Kerßenbrock und Busse zur Begutachtung committirt, die Begutachtung der zweiten übernahm der Abgeordnete Rath Antze.

Die nächste Sitzung wurde auf Sonnabend den 18ten angesetzt, weil inzwischen die Vorarbeiten der Commissionen begonnen werden sollen.

Vorg. gen. und unterschr.

Actum Detmold am Landtage den 18. Januar 1845.

In Gegenwart sämmtlicher Mitglieder.

In der heutigen Sitzung stattete der Abgeordnete Canzleirath Petri den Bericht der wegen des s. g. voti negativi niedergesetzten Commission ab.

Der Berichterstatter machte, nachdem er die Geschichte dieses Streitpunctes und dessen jetzige Lage der Versammlung auseinandergesetzt hatte, Namens der Commission den Vorschlag: daß der Landtag für jetzt in das Materielle der Frage, ob den Ständen das Recht zustehe: ein Gesetz, welches über Leben, Freiheit oder Eigenthum der Unterthanen disponire, zurückzuweisen und demzufolge ein votum decisivum auszuüben? nicht eingehen möge, vielmehr den Antrag an Serenissimum stelle, daß es Höchstdemselben gefallen wolle, Commissarien zu ernennen, mit welchen über das fragliche, von den Ständen in Anspruch genommene Recht, noch während des gegenwärtigen Landtages weitere Verhandlungen gepflogen werden könnten, inmittelst aber den Landtagsabschied vom 15. Febr. 1843 den Ständen in dieser Hinsicht nicht zum Präjudiz gereichen zu lassen. Eventuell würde aber darauf anzutragen seyn, daß die Streitfrage in Gemäßheit des Bundestags-Beschlusses vom 30sten Octbr. 1834 zur schiedsrichterlichen Entscheidung gebracht werde.

Diesem Vorschlage wurde, nachdem der Hr. Vorsitzende noch einige Bemerkungen aus den früher zwischen ihm, als ständischen Bevollmächtigten und dem verstorbenen Regierungsdirector Helwing, als Commissarius der Regierung, gepflogenen Unterhandlungen über die Herstellung der dem Lande vorenthaltenen Landständischen Verfassung, hinzugefügt hatte, aus denen sich ergab, daß die Stände immer in der vollen Ueberzeugung des ihnen gebührenden voti decisivi gewesen seyen, — allgemein beigestimmt, und beschloß man, sich auch für den Fall einstweilen zu beruhigen, wenn die Fürstliche Regierung etwa die Unterhandlung für diesen Landtag ablehnen und nur sich auf eine solche in der Zwischenzeit bis zum nächsten Landtage einlassen werde.

Die Abgeordneten von Blomberg und Petri wurden mit der Abfassung des bei Serenissimo einzureichenden Antrags beauftragt.

Der Herr Vorsitzende zeigte sodann den Eingang eines Erlasses Fürstlicher Regierung vom 14ten huj. mit anliegendem Berichte des Magistrats zu Lemgo, die zu verbessernde Dotation des dortigen Gymnasiums betr., an, und wurde der Druck dieser Actenstücke verordnet.

Der Abgeordnete Amtmann Heldman stellte hierauf einen Antrag wegen allgemeiner Aufhebung der Neuwohner- und Kottenabgaben. Nach geschehener Vorlesung wurde der Antrag an die VII. Commission verwiesen.

Der Abgeordnete Burgemeister Böhmer trug hiernächst einen Antrag, wegen gänzlicher Aufhebung des Chausseegeldes vor, welcher der, zur Berathung der Finanzgegenstände niedergesetzten Commission (II.) überwiesen wurde.

Da es sich auf die Nachfrage des Vorsitzenden ergab, daß die Vorarbeiten der Commissionen noch nicht so weit vorgeschritten seyen, um für eine am Montag den 20. huj. zu haltende Plenarsitzung hinreichenden Stoff zu liefern, so wurde solche auf Dienstag den 21sten, Morgens 11 Uhr festgesetzt und soll darin die Berathung der XI. Proposition, wegen Erbauung einer neuen Strafanstalt, vorgenommen werden; auch werden, wenn es die Zeit gestattet, die vom Abgeordneten Piderit gestellten Anträge wegen eines Verkoppelungsgesetzes und wegen des Hazardspiels zu Meinberg zur weitern Erörterung kommen.

Vorg. gen. und unterschr.

Actum Detmold am Landtage, den 21sten Januar 1845.

In Gegenwart sämmtlicher Abgeordneten.

In der heutigen Plenarsitzung kam die landesherrliche XI. Proposition wegen einer neu zu erbauenden Strafanstalt zur Berathung, und erstattete der Abgeordnete Syndicus Meier den Commissionsbericht.

Nach Anleitung des letztern kam zuerst

a. die Frage zur Discussion, ob die Nothwendigkeit des Baues einer neuen Strafanstalt als ausgemacht anzunehmen sey?

Diese Frage wurde einstimmig bejaht und zwar nicht nur deshalb, weil das jetzige Zuchthaus in einem höchst baufälligen Zustande sey, sondern vorzugsweise deshalb, weil die durch das neue Criminalgesetzbuch angedroheten Strafen darin nicht in der vorgeschriebenen Art vollzogen werden können, das Gesetz mithin bis jetzt auch nicht gehörig in Ausführung gebracht werden kann.

Die fernere Frage:

b. ob das von Fürstlicher Regierung für die innere Einrichtung der neu zu erbauenden Strafanstalt vorgeschlagene System anzunehmen sey?

wurde sodann ebenfalls bejaht, weil man darin übereinkam, daß die Einrichtung so beschaffen seyn müsse, daß die Strafen ganz im Sinne des Strafgesetzbuchs vollzogen werden können, und daß die vorgeschlagene Einrichtung der gesetzlichen Vorschrift genügend entspreche.

Der Abgeordnete von Stietencron warf die Frage auf: ob, da das Criminalgesetzbuch die nächtliche Isolirung der Strafgefangenen nicht vorschreibe, es nicht vorzuziehen sey, statt der Schlafzellen Schlafsäle mit gehöriger Aufsicht und Bewachung einzurichten? — Die Versammlung war jedoch der Mehrzahl nach der Ansicht, daß die etwaige

Ersparung an den Baukosten durch Anlegung von gemeinschaftlichen Schlafsälen durch die Kosten der dann erforderlichen genauen Bewachung wieder ausgeglichen werden würde und daß sich die Isolirung bei Nacht auch aus sonstigen Gründen empfehle.

Hinsichtlich der

c) in der Proposition und dem derselben beiliegenden Commissionsberichte vorgeschlagenen Zahl und Dimension der Räumlichkeiten der Strafanstalt, war man der Ansicht, daß der Raum in den Arbeitslocalen im Allgemeinen nicht nach der Zahl der Gefangenen mit Zugrundelegung eines gewissen Quadratraumes für einen Jeden, bemessen werden dürfe, daß dabei vielmehr auch auf die verschiedenen Arten der Beschäftigung, von denen die eine mehr, die andere weniger Raum erfordere, Rücksicht zu nehmen sey, zumal in der Zukunft vielleicht eine von der jetzigen Beschäftigung abweichende Arbeit für zwecklich gehalten und eingeführt werden möchte, ohnehin auch das Gesetzbuch vorschriebe, daß ein jeder Gefangene möglichst nach seiner bisherigen Lebensweise zu beschäftigen sey. Es sey daher im Landtagsgutachten anheim zu geben, daß für die Arbeitslocale eine angemessene Vergrößerung eintrete. — Der alternative Vorschlag des ständischen Commissionsberichts, die Zahl der Einzelnzellen gleich jetzt um 14 zu vermehren, oder den Bau so einzurichten, daß er ohne Nachtheil für die sonstige Einrichtung eine künftige Erweiterung zuließe, — wurde auf den Antrag des Abgeordneten von Stietencron dahin modificirt, daß er nur hinsichtlich seines zweiten Theils in das Landtags-Gutachten aufgenommen werden soll.

d) Den Kostenpunkt anlangend, so wurde dem Commissionsberichte in so weit beigestimmt, daß nunmehr die seit dem vorigen Landtage asservirte Summe von 30,000 Rthlrn. sammt den davon gezogenen Zinsen zu dem Baue zu verwilligen sey, zugleich aber auf Antrag des Abgeordneten v. Stietencron beschlossen, Serenissimum zu bitten, daß bei dem Baue alle unnöthigen Zierrathen möglichst vermieden würden.

e) Hinsichtlich des zu wählenden Bauplatzes trug der Abgeordnete **Dr.** Meier vor, daß er insofern mit dem Commissionsvorschlage übereinstimme, als auch er dafür halte, daß die Strafanstalt nicht in der Nähe des jetzigen Werkhauses zu erbauen sey. Dagegen halte er den in der Proposition vorgeschlagenen zweiten Platz in der Nähe der hiesigen Caserne ebenfalls für unpassend, weil 1) das Zuchthaus dort bald wieder in den Bereich der Stadt kommen würde, welche hinsichtlich künftiger Erweiterungen auf dieselbe Gegend hingewiesen sey; weil 2) sich die Wegschaffung der Bade-Anstalt und 3) die Anlage einer Brücke über die Werre erforderlich machen würde. Er trage daher darauf an, daß im Landtagsgutachten ein anderer Platz und zwar entweder hinter dem hiesigen Schauspielhause oder in der Gegend der s. g. Seckenbrücke in Vorschlag gebracht werde.

Dieser Antrag wurde vom Abgeordneten Amtmann Piderit unterstützt, auf die Bemerkung des Abgeordneten von Borries aber: daß die Wahl des Platzes um so mehr dem Ermessen der Regierung überlassen werden müsse, als den meisten der anwesenden Landstände nicht genug Local-Kenntniß beiwohne, um über die Zweckmäßigkeit des zu wählenden Platzes entscheiden zu können, — per majora verworfen und hat es daher hinsichtlich dessen, was im Berichte der ständischen Commission über die Wahl des Platzes gesagt ist, sein Bewenden.

Der Abgeordnete von Stietencron machte noch den Antrag, die Anstalt überhaupt nicht in Detmold sondern etwa in der Nähe von Lemgo oder Brake zu er-

bauen, nahm solchen aber auf die dawider geäußerten Bedenklichkeiten mehrerer Abgeordneten zurück.

Die Vorschläge des Commissionsberichts in Betreff

f) der Hausordnung für die neue Anstalt;

g) der Besichtigung ausländischer Anstalten wurden beifällig aufgenommen, wogegen man der Ansicht war, daß der

h) gelegentlich wahrgenommene Mangel eines passenden Locals zur Vollziehung der Gefängnißstrafen und der Vorschlag: dazu die Hauptwache zu nehmen, die Untersuchungs-Gefängnisse nebst den Verhörzimmern des Criminalgerichts aber in die Nähe der neuen Strafanstalt zu verlegen, bei Begutachtung der Proposition nicht weiter zu erwähnen sey, da diese keine Veranlassung dazu an die Hand gebe.

Die Berathung der XI. Proposition wurde hierauf insoweit als geschlossen angenommen, als nunmehr in Gemäßheit des höchsten Erlasses vom 15ten d. M. der Fürstliche Commissarius, Herr Regierungsrath Piderit, einzuladen sey, an der fernern Berathung Theil zu nehmen.

Der Herr Vorsitzende zeigte sodann der Versammlung an, daß eine neue Proposition, eine Abänderung des §. 31 der Ablösungs-Ordnung vom Jahre 1838 betreffend, ergangen sey.

Nach vorgängiger Verlesung derselben wurde beschlossen, auch dieses Actenstück drucken zu lassen, gleichzeitig aber wurde eine Commission (XI.) zur Begutachtung des Gegenstandes, bestehend aus

1) dem Vorsitzenden;
2) dem Abgeordneten Syndicus Meier; und
3) dem Abgeordneten Schönlau

niedergesetzt.

Bei dem Herrn Vorsitzenden war ferner eingegangen:

ein Gesuch des Magistrats zu Lemgo, eine Chausseeanlage nach Blotho betreffend,

welches der III. Commission, und

eine Petition der Uhrenmacher zu Detmold, Lemgo, Oerlinghausen und Schötmar, die Aufhebung des Hausirhandels mit Schwarzwälder Uhren betreffend,

welche der VIII. Commission überwiesen wurde.

Ein schriftlich gestellter Antrag des Abgeordneten Syndicus Hildebrand, wegen zeitigerer Mittheilung der Propositionen an sämmtliche Abgeordnete und ein Antrag des Abgeordneten Meier, die Publication der Propositionen vor dem Landtage und die Veröffentlichung der Verhandlungen während desselben, betreffend, — gelangten an die X. Commission.

Der Abgeordnete Petri übergab:

1) ein Gesuch der Eingesessenen der Vogtei Hohenhausen mit 428 Unterschriften, wegen Verlegung des Amtssitzes von Varenholz in den Bezirk der Vogtei; — welche an die XI. Commission verwiesen wurde.

2) eine Petition von Bewohnern des Amts Varenholz, den Handel mit Colonaten und die s. g. Negotien-Gebühren betreffend, worüber der Abgeordnete selbst sein Gutachten abstatten wird, und

3) ein Gesuch des Colon Klocke zu Nöntorf, wegen gesetzlicher Feststellung der Confirmationstage, welches an die IV. Commission gelangte.

Da es sich, als die Zusammenkünfte der Commissionen hindernd gezeigt hatte, daß der Abgeordnete Piderit sowohl Mitglied der zweiten als der vierten Commission sey, indem beide Ausschüsse nicht gleichzeitig zusammentreten können, so wurde schließlich vereinbart, daß statt des gedachten Abgeordneten der Abgeordnete Runnenberg in die IV. Commission eintreten solle.

Die nächste Plenar-Sitzung wurde auf Freitag den 24sten huj., Morgens 10 Uhr angesetzt und wird darin die fernere Berathung der XI. Proposition, mit Zuziehung des landesherrlichen Commissarius, sodann die Berathung der X. und XI. Proposition und eventuell die der I. Proposition vorgenommen werden.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 24. Januar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

In der heutigen allgemeinen Sitzung fand sich der für die XI. Proposition, laut höchsten Erlasses vom 15ten d. M., bestellte Fürstliche Commissarius, Herr Regierungs-Rath Piderit ein. Demselben wurden die von den Ständen zu der Proposition gemachten Bemerkungen durch den Referenten der Commission Abgeordneten Syndicus Meier, vorgetragen, worauf er die Berücksichtigung derselben im Allgemeinen versprach, hinsichtlich der zu beantragenden Trennung des Lombards und der Sparcasse aber bemerkte, daß hierdurch jedenfalls eine Vermehrung der Kosten herbeigeführt werden würde. Uebrigens könne auch dieser Punct noch am nächsten Landtage erörtert werden, da die Regierung beabsichtige, wegen der für die Strafanstalt zu erlassenden Hausordnung weitere Mittheilungen an die Stände zu machen.

Nach Entfernung des Herrn Regierungscommissarius wurde vom Abgeordneten Rath Antze eine schriftliche Notiz über die Einrichtung des Zuchthauses zu Herford mit einer tabellarischen Uebersicht zu den Acten gegeben. Die Berathung der XI Proposition aber wurde nunmehr für geschlossen angenommen, so daß das Landtags-Gutachten eingereicht werden kann.

Es wurden hierauf übergeben:

1) vom Abgeordneten Rath Antze: ein Antrag wegen Ausgleichung der Hofgerichtssteuer, Theilnahme der Städte an mehreren aus der Landescasse dotirten Instituten ꝛc. welcher an die II. Commission,
2) vom Abgeordneten Bürgemeister Böhmer, ein Antrag, die Leinenfabrication betreffend, welcher an die VIII. Commission;
3) vom Abgeordneten Canzleirath Petri: eine Petition von Eingesessenen zu Erder, Varenholz und Stemmen, eine Chausseeanlage von Erder nach Varenholz, betreffend, welche an die III. Commission;
4) vom Abgeordneten Amtmann Heldman, eine Beschwerde des Leibzüchters Rüenbühl, eine widerrechtlich vollzogene Werkhausstrafe betreffend, welche dem Abgeordneten Bürgermeister Ernst zum Referat; und
5) von demselben Abgeordneten eine Petition des Gemeinderaths zu Oerlinghausen, eine Chausseeverbindung von da nach Schötmar betreffend, welche an die III. Commission abgegeben wurde.

Da die nachträglichen Mittheilungen der Fürstlichen Regierung inzwischen in gedruckten Copien an die Versammlung vertheilt waren, so wurde nunmehr

a) die Mittheilung wegen des zu erbauenden Krankenhauses der IX. Commission;
b) die Eröffnung wegen des Militair-Etats der II. Commission;
c) wegen der Wildschäden der X. Commission überwiesen;
d) die Mittheilungen wegen Entschädigung der fünf ältern Städte, wegen der Reclamation des Magistrats zu Lemgo und wegen der Unterhaltung des Straßenpflasters in den Städten (4. 6 und 7 des Erlasses vom 15ten d. M.) wurden einer neu ernannten (XII.) Commission, bestehend aus den Abgeordneten:
von Stietencron,
von Kerßenbrock,
Antze,
Syndicus Meier,
Heldman und
Petri
zur Vorbereitung der Berathung zugetheilt.
e) Die Eröffnung wegen des Verhältnisses der verschiedenen Confessionsverwandten wurde der X;
f) wegen der Spedition zu Erder derselben Commission;
g) wegen der Entschädigung des Schaumburg-Lippischen Rentmeisters König der II;
h) wegen Einführung des Preußischen Gemäßes der VIII. und
i) der Nachtrag zur 6ten Proposition, wegen Erhöhung der Dotation des Gymnasii zu Lemgo, der IV. Commission übertragen.

Man schritt hiernächst zur Berathung der IX. Proposition, die Unterstützung des Commerzien-Assessors Collbrun zu Brake betreffend, und stattete der Abgeordnete Burgemeister Ernst den Bericht der niedergesetzten Commission ab.

Dem Commissionsantrage wurde nach Statt gehabter Discussion in so weit per majora beigestimmt, als die zur Vergrößerung der Bleiche des ꝛc. Collbrun erforderlichen Grundstücke für Rechnung der Landcasse von Fürstlicher Regierung angekauft werden dürfen, wogegen die Erstreckung einer gleichen Autorisation Fürstlicher Regierung auf die Anschaffung von Maschinen oder sonst beweglicher Gegenstände durch Stimmenmehrheit abgelehnt wurde.

Derselbe Berichterstatter trug sodann das Gutachten der für die X. Proposition ernannten Commission vor.

Dem Antrage derselben gemäß wurde die zur Erhaltung der Legge-Anstalt von Fürstlicher Regierung geforderte Summe verwilligt.

Man ging hierauf zur Berathung der I. Proposition, ein zu erlassendes Allodificationsgesetz betreffend, über. Der Abgeordnete Runnenberg verlas den Commissionsbericht.

Die Versammlung stimmte dem Gutachten zuvörderst darin bei, daß dem Lehnsherrn ein Provocations-Recht nicht eingeräumt werden dürfe, und daß die Erledigung dieses Moniti zum §. 5. des Gesetz-Entwurfs als ein Präjudicial-Punkt anzusehen sei.

Der Abgeordnete, Burgemeister Ernst machte den Vorschlag, daß dem Lehnsherrn ein Provocationsrecht nach Ablauf eines Zeitraums von etwa 25 bis 30 Jahren zugestanden werden möge, nahm den Antrag aber auf allgemein geäußerten Widerspruch zurück.

Der Abgeordnete von Reden beantragte dagegen eine Modification des Commiß-

sionsantrags, welcher vorschlägt, „daß die Allodification bei Ablösung von Lehnsgefällen von selbst eintreten solle," und verlangte, daß es in einem solchen Falle ganz bei der Vorschrift der Ablösungs-Ordnung von 1838 §. 10. belassen werde, daß somit das Recht zu provociren lediglich in den Willen des Vasallen verstellt sey. Diesem Antrage wurde beigestimmt.

Die Berathung soll in der auf Morgen bestimmten Sitzung fortgesetzt werden. Außerdem wird auch die Revisions-Commission ihren Bericht abzustatten anfangen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 25sten Januar 1845.

Sämmtliche Landstände gegenwärtig.

Der Herr Vorsitzende machte die Versammlung mit einem höchsten Erlaß Serenissimi vom 22sten d. M. bekannt, worin den Ständen proponirt wird, die bei der Landcasse angelegten Ablösungs-Capitalien der Geistlichen mit $4\frac{1}{2}$ Procent zu verzinsen. Diese Mittheilung wurde sodann der II. Commission zugewiesen, soll aber in gedruckten Exemplaren an sämmtliche Abgeordnete vertheilt werden.

Ein vom Abgeordneten Dr. Meier übergebenes Gesuch der Vorsteher sämmtlicher Bauerschaften des Amts Sternberg, eine Chaussee-Anlage von Bösingfeld bis an die Hannöverische Gränze bei Grubenhagen betreffend, wurde der III. Commission übertragen.

Wegen mehrerer anderer Eingaben blieb weiterer Entschluß vorbehalten.

Der Abgeordnete Syndicus Meier verlas einen Antrag wegen einer herbeizuführenden Reform des Justiz-Wesens.

Der Abgeordnete von Stietencron desgleichen zwei Anträge des Gutsbesitzers von Hoffmann zu Steinbeck, wegen einer über die Bauhandwerker anzuordnenden Controle und wegen Zurückerstattung der bei dem Zoll-Amte zur Klus erhobenen Eingangsteuer von Steinkohlen.

Die Berathung der I. Proposition wurde sodann fortgesetzt.

Als ein zweiter Präjudicial-Punct wurde von der Commission die Erledigung des Moniti zu den §. 7 und 8 hervorgehoben, nach welchem, im Gegensatze zu dem Gesetzentwurfe die Rechte der Mitbelehnten und Agnaten bei der Allodification unberührt bleiben sollen, eine Ausdehnung der Allodification auf derartige Rechte mithin nur mit Einwilligung der betreffenden Personen Statt finden würde.

Der Abgeordnete Heldman machte bemerklich, daß mit Annahme des Commissionsvorschlags der größte Theil der übrigen Bestimmungen des Entwurfs mit hinwegfallen würde, und daß sich dann eine gänzliche Umarbeitung des Gesetzes nöthig mache, daß es aber eine Folge hiervon seyn werde, daß das Gesetz überall vorerst nicht zu Stande komme.

Die Abstimmung wurde, nachdem diese Frage weiter erörtert war, vorerst bis dahin ausgesetzt, daß der Regierungscommissarius an der Berathung Theil genommen haben würde. Auf den Antrag des Hrn. Vorsitzenden wurde aber der Commissions-Vorschlag gleich dahin modificirt, daß die Einwilligung von Agnaten, welche Descendenten des Lehnsbesitzers sind, nicht erforderlich sey, diese vielmehr die Handlungen desselben anzuerkennen verpflichtet seyn würden, wodurch denn die in dieser Beziehung stattfindende Controverse entschieden sey.

Den übrigen Vorschlägen der Commission wurde beigestimmt.

Dem Antrage des Abgeordneten von Reden, auch an die Erledigung des moniti ad §. 10. die Einwilligung der Stände in die Erlassung des Gesetzes zu knüpfen, wurde nicht beigepflichtet, jedoch soll der Vorschlag der Commission mit Nachdruck als ein Wunsch der Stände zu erkennen gegeben werden.

Auf den Antrag des Abgeordneten Antze, welcher ein schriftliches votum eingereicht hatte, wurde noch beschlossen, daß im §. 11. nach dem Worte, „befinden“ die Worte „oder bei Andern“ einzuschieben und das Wort „also“ zu streichen sey. —

Der Abgeordnete Petri trug hierauf Namens der für die Finanz-Gegenstände niedergesetzten Commission (II.) vor; daß es vor der Berathung der XII. Proposition, wegen Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte, einer Anfrage bei Fürstlicher Regierung bedürfen werde:

1) ob mit der gedachten Proposition eine völlige Ausgleichung zwischen der Landcasse und der Landrentei-Casse beabsichtigt werde? und
2) ob es Absicht Fürstlicher Regierung sey, daß das rechtliche Verhältniß des Staats- und Domanial-Haushalts unverändert bleibe?

Dieser Meinung des Abgeordneten wurde beigestimmt und übernahm derselbe die Abfassung des desfallsigen Schreibens an die Fürstliche Regierung.

Derselbe Abgeordnete gab sodann eine Uebersicht der in Hinsicht auf den Landtagsabschied vom 15ten Februar 1843 und der nachträglichen Eröffnungen dazu vom 15ten d. M., von der Commission vorzuschlagenden Anträge.

Als erster dieser Anträge wurde auf den Vorschlag des Abgeordneten Syndicus Meier, als Mitgliedes der X. Commission, beschlossen;

„Serenissimum um unverzögerliche Ausführung der Städte-Ordnung in der Stadt Detmold unterthänigst zu bitten.“

Als zweiter Antrag wurde auf Vortrag des Abgeordneten Heldman eine Verwahrung der Stände in Hinsicht auf die Verfügung des Landtagsabschiedes auf die 5te Proposition des vorigen Landtags beschlossen, sofern darin erklärt ist, daß die Entscheidung über die einem Wege beizulegende Qualität nicht von der ständischen Zustimmung abhängig gemacht werden würde; da doch die letztere erforderlich ist, sobald ein Weg auf Kosten der Landescasse angelegt werden soll, auch die Vorlegung des Wegebau-Etats ausdrücklich zugesagt worden ist.

Der Abgeordnete Petri trug sodann ferner vor, daß Reclamationen an Serenissimum zu richten seyen:

1) wegen des nach dem vorigen Landtage über die ständische Bewilligung hinaus ausgeschriebenen sechsten Simplum von der Contribution, welches zwar nicht erhoben, wobei aber doch das ständische Verwilligungsrecht in Zweifel gesetzt sey;
2) wegen der ebenfalls in Zweifel gesetzten Befugniß der Stände, sich zu s. g. Deliberationstagen zu versammeln;
3) wegen der ohne Bewilligung der Stände aus den Zollrevenüen zu Gunsten der Rentcammer erfolgten Entschädigung wegen des Weserzolls; und
4) wegen des in einem an die frühern Ausschuß-Deputirten gerichteten Regierungs-Erlasses vom 15ten April 1843 angedeuteten Grundsatzes, daß das den Ständen zustehende Steuerbewilligungsrecht sich auf die einmal bewilligten Steuern nicht erstrecke, diese vielmehr auch ohne fernere Bewilligung von der Regierung gehoben werden dürften.

Bevor diese Reclamationen gestellt würden, erscheine es der X. Commission jedoch passend, sich Commissarien von der Regierung zu erbitten, mit welchen diese

Puncte verhandelt werden könnten, und wurde von Seiten der X. Commission darauf angetragen, daß Serenissimus um Ernennung und Abordnung jener Commissarien gebeten werde. Nach Erörterung dieses Antrags kam man dahin überein, daß die X. Commission sich einstweilen privatim mit dem Gesuche an die Regierung wenden möge: die gedachten 4 Streitpuncte durch Commissarien mit der ständischen Commission zu besprechen. Nach abgestattetem Berichte über das Resultat dieser Verhandlung würde die Stände-Versammlung sodann das Weitere hinsichtlich jener Reclamationen beschließen.

Als Tagesordnung für die nächste allgemeine Versammlung wurde festgesetzt: der weitere Bericht der X. Commission; die Erörterung über die Anträge des Abgeordneten Piderit wegen des Hazardspiels und wegen eines Verkoppelungsgesetzes; über den Antrag des Abgeordneten Böhmer wegen Aufhebung des Chausseegeldes und über den Antrag des Abgeordneten Antze wegen Ausgleichung der Hofgerichtssteuer.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage, den 27. Januar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Landstände.

Für den in voriger Sitzung vom Abgeordneten Syndicus Meier gestellten Antrag hinsichtlich einer Reform des Justizwesens wurde eine Commission niedergesetzt bestehend aus den Abgeordneten

von Reden,
von Kerßenbrock,
Antze,
Runnenberg,
Heldman,
Dr. Meier

und wurde an diese Commission (die XIII.) auch ein vom Abgeordneten Amtmann Piderit heute überreichter Antrag wegen desselben Gegenstandes überwiesen.

Für landwirthschaftliche Gegenstände wurde sodann eine Commission aus den Abgeordneten

v. Kerßenbrock,
Ernst und
Busse

gebildet, an welche (XIV) eine vom Abgeordneten Dr. Meier übergebene Vorstellung des Oeconomen Stieren zu Stierenhausen, die Einführung einer neuen Gesindeordnung betreffend, abgegeben wurde.

Der Abgeordnete Dr. Meier reichte ferner ein:

ein Gesuch der Bewohner des Amts Sternberg, die Anstellung eines Thierarztes für jenes Amt betreffend, — an die X. Commission;

ein Gesuch der Eingesessenen zu Schönhagen und Asemissen, Amts Sternberg, die Wiedereinführung der Mittagsschulen betreffend — an die IV. Commission;

eine Petition der Dorfschaften Göstrup, Bremke, Asemissen, Schönhagen und Bösingfeld, wegen eines Zuschusses zu den Kosten der Communalwege; — an die III. Commission;

ein Gesuch der Bewohner des Amts Sternberg wegen Erlassung eines Gesetzes über Hudeablösungen und ein desgl. des Oeconomen Stieren wegen eines Ge-

setzes über Gemeinheitstheilungen — an die heute ernannte Commission für landwirthschaftliche Gegenstände.

Der laut vorigen Protocolls vom Abgeordneten von Stietencron übergebene Antrag des ꝛc. von Hoffmann zu Steinbeck wegen einer Controle über die Bauhandwerker wurde der VIII. Commission, und der Antrag desselben wegen Zurückerstattung der Eingangssteuer von Steinkohlen, dem Abgeordneten Heldman zum Gutachten übertragen.

Eine beim Herrn Vorsitzenden eingereichte Vorstellung der Vorsteher zu Berlebeck, ein Hudetheilungsgesetz betreffend, wurde ebenfalls der für Gegenstände der Landwirthschaft ernannten Commission zugetheilt.

Der Abgeordnete Rath Antze verlas hierauf sein Gutachten über den Antrag des Abgeordneten Piderit wegen Aufhebung des Hazardspiels im Bade Meinberg und wurde demselben in so fern beigestimmt, als Serenissimo die Aufhebung des Pharao-Spiels als ein Wunsch der Stände vorgetragen werden soll.

Der Abgeordnete von Kerßenbrock stattete sodann das Gutachten über den Antrag des Abgeordneten Piderit wegen Erlassung eines Verkoppelungsgesetzes ab.

Dem Commissionsantrage wurde beigestimmt und finden damit zugleich die heute rücksichtlich der Hude-Ablösungen und Gemeinheitstheilungen übergebenen Gesuche ihre Erledigung.

Die X. Commission fuhr in ihrem in voriger Session abgebrochenen Berichte rücksichtlich der wegen des vorigen Landtagsabschiedes vorzuschlagenden Anträge fort und proponirte einen wiederholten Antrag auf Herabsetzung resp. Gleichstellung des Chausseegeldes auf den im Königreich Preußen erhobenen Betrag, und gleichmäßige Art der Erhebung wie dort.

Es knüpfte sich hieran die Berathung über den vom Abgeordneten Böhmer gestellten Antrag auf gänzliche Aufhebung des Chausseegeldes. Dieser, den Abgeordneten Piderit und Busse zur Begutachtung zugetheilte Antrag, wurde von dem Erstern in einem schriftlich übergebenen und der Versammlung vorgetragenen Voto unterstützt, von dem Zweiten aber in einem sich an den Commissions-Vorschlag anschließenden Voto bestritten. Es wurde daher abgestimmt und der Antrag des Abgeordneten Böhmer per majora verworfen, der Commissions-Vorschlag mithin angenommen.

Auf weitern Vortrag der Commission wurden die rücksichtlich der Äußerungen des vorigen Landtags-Abschieds über das Gutachten zum Militair-Etat, und der Erläuterungen dazu vom 15ten d. M. zu fassenden Beschlüsse bis zur Berathung der XIII. Proposition ausgesetzt.

Hinsichtlich des am vorigen Landtage wiederholten Desiderii wegen Abschaffung der Denunciationsgebühren der Forstofficianten wurde beschlossen, selbiges bei der Regierung, jedoch unter Berücksichtigung des darüber im Landtags-Abschiede angegebenen Verzögerungsgrundes in Erinnerung zu bringen.

Wegen des Gebrauchs der Schießwaffen gegen Wilddiebe und wegen des Wildschadens wurde der Beschluß vorbehalten.

Die Wiederholung des Desiderii wegen Anfertigung von Viehsalz auf der Saline zu Uflen wurde auf Antrag der Commission genehmigt und wurde der desfallsige vom Syndicus Meyer entworfene Antrag vorgetragen.

Auch die Verwendung der Stände für das Gesuch der Bewohner der Vogtei Hohenhausen, wegen Verlegung des Amtssitzes in die Vogtei soll dringend, unter Bezugnahme auf die an diesem Landtage eingereichte Petition, welche damit zugleich ihre Erledigung am Landtage erhält, wiederholt werden.

Wegen der Lippstädter Casse soll bei Gelegenheit der Berathung der XII. Proposition weiterer Beschluß gefaßt werden.

Hinsichtlich des am vorigen Landtage gestellten Antrags, die gedruckten Landtagsverhandlungen mit dem Regierungsblatte zu verbreiten, wurde eine Wiederholung in Rücksicht auf den Antrag des Syndicus Meier wegen Veröffentlichung eines wöchentlichen Resumé's über die Verhandlungen für unnöthig erachtet. Diesem Antrage des gedachten Abgeordneten wurde in diesem Puncte beigestimmt, sowie auch darin, daß Fürstl. Regierung die Propositionen wenigstens einen Monat vor Beginn eines Landtages durch das Regierungsblatt publiciren möge. Zugleich wurde auch der Antrag des Syndicus Hildebrand genehmigt, welcher dahin geht, daß

die Propositionen den sämmtlichen Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Zeit in gedruckten Exemplaren von der Regierung zugefertigt würden.

Auch wäre darauf bei Serenissimo unterthänigst anzutragen, daß der Debit der gedruckten Landtagsverhandlungen nicht dem Regierungsregistrator, sondern außerdem der Buchhandlung übertragen werde.

Hiernächst referirte der Abgeordnete Petri über den vom Abgeordneten Rath Antze eingereichten Antrag wegen Ausgleichung der Hofgerichtssteuer und mehrerer anderer Gegenstände.

Es wurde beschlossen:

1) auf Aufhebung der Hofgerichtssteuer anzutragen und den Ausfall auf die Landcasse zu übernehmen, vorbehältlich jedoch, daß der Finanzzustand der Casse es gestattet.
2) Die beantragte Uebernahme des Gehalts der ständischen Beisitzer am Generalhofgerichte wurde in Rücksicht darauf, daß der dritte Stand bis jetzt zum Generalhofgerichte keinen Beisitzer deputirt und der erste Stand seinem deputatus nur Diäten bezahlt, abgelehnt.
3) Der Antrag wegen Uebernahme des von den fünf ältern Städten gezahlten Beitrags zum Regierungsblatte auf die Landcasse, wurde angenommen, ingleichen
4) die beantragte Gleichstellung der Städte mit dem platten Lande rücksichtlich des freien Aufenthalts der Hebammen während ihres Unterrichts zu Lemgo.

Dagegen wurde

5 und 6) eine ausdrückliche Gleichstellung der Städte hinsichtlich ihrer Theilnahme am Landkrankenhause zu Detmold und an dem für Prämien im Landcasse-Etats ausgeworfenen Fonds für unnöthig gehalten, da den Städten die angesprochenen Rechte der Theilnahme ohnehin schon zustehen.

7) Der Beschluß über die beantragte Streichung des Ausgabepostens für Hülfsgelder im Landcassen-Etat wurde vorerst vorbehalten, da noch erst zu ermitteln ist, ob Fürstliche Rentcammer bisher einen Beitrag dazu bezahlt hat.

Schließlich referirte Abgeordneter Petri über die von Bewohnern des Amts Varenholz durch ihn übergebene Petition, den von Juden betriebenen Handel mit Colonaten und die s. g. Negotiengebühren betreffend.

Der Ansicht des Referenten, daß der Handel mit Colonaten keiner weitern Beschränkung bedürfe, daß zwischen christlichen und jüdischen Erwerbern kein Unterschied zu machen sey, und daß auch eine Verordnung über den Betrag der Negotien- oder Unterhändler-Gebühren nicht erforderlich scheine, wurde beigestimmt und die Petition mithin für unbegründet angenommen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 28sten Januar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Der Herr Vorsitzende legte der Versammlung die von ihm abgefaßte Vorstellung an Serenissimum wegen des s. g. voti negativi vor und wurde selbige genehmigt.

Eine beim Herrn Vorsitzenden eingereichte Petition der Dorothea Hildebrand zu Lemgo und eine desgl. der Witwe Pastorin Schönfeld zu Uflen, Pensions-Bewilligung betreffend, wurde der IV. Commission zur Begutachtung übertragen.

Derselben Commission wurde ein Gesuch der Vorsteher der Dorfschaft Heidelbeck, den Beitrag zum Bau und zur Erhaltung der Küster- und Cantorhäuser betr., zugetheilt.

Der Abgeordnete Böhmer referirte hierauf über die III. Proposition wegen Ausprägung neuer Scheidemünze und der Einführung von Silbergroschen.

Nach stattgehabter Erörterung kam man dahin überein, daß der Regierung anheim gegeben werden solle, eine geringere als die vorgeschlagene Summe in Scheidemünze ausprägen zu lassen, und den Silbergroschen, rücksichtlich deren Einführung übrigens beizustimmen sey, die preußische und nicht die hessische Legirung zu geben. Der definitive Beschluß soll aber bis nach stattgehabter Berathung mit dem landesherrlichen Commissarius ausgesetzt bleiben.

Zugleich soll der Antrag gestellt werden, daß eine Verordnung des Inhalts erlassen werde, daß Zahlungen bis 5 Rthlr. in $2\frac{1}{3}$ Sgr. Stücken und bis zu 1 Rthlr. in anderer Scheidemünze, sowohl im Verkehr als auch bei den Cassen angenommen werden müssen.

Demnächst erstattete der Abgeordnete Ballhorn-Rosen den Commissionsbericht über die VIII. Proposition, den Taubstummen-Unterricht betreffend.

Das Gutachten war für Bewilligung der Proposition. Es wurde jedoch vereinbart, daß vor weiterem Beschlusse von dem landesherrlichen Commissario Auskunft darüber begehrt werden solle, ob der Taubstummen-Lehrer vorzugsweise für den Taubstummen-Unterricht verwandt werde und wie hoch sich seine sonstigen Einkünfte belaufen.

Der Abgeordnete Syndicus Meier referirte sodann über die Mittheilung Fürstl. Regierung wegen der zu erbauenden Kranken-Anstalt.

Es wurde, per majora beschlossen, die beantragte Rückäußerung dahin abzugeben, daß die Stände die Wichtigkeit des Gegenstandes nicht verkennten, aber in Ermangelung einer gehörig begründeten Proposition sich nicht bestimmter erklären könnten, jedoch bäten, die am vorigen Landtage asservirte Summe von 9000 Rthlr. auch ferner für den Zweck zu reserviren.

Der Abgeordnete Rath Antze verlas schließlich das Commissionsgutachten wegen der zweiten Proposition, die Bewilligung von Dotalgeldern betreffend, und wurde demselben beigestimmt, die Proposition mithin, vorbehältlich weiterer Berathung mit dem landesherrlichen Commissarius, abgelehnt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold den 29sten Januar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Eingeladen durch den Herrn Vorsitzenden fanden sich die für die III. VIII. IX. und X. Proposition ernannten landesherrlichen Commissarien, der Herr Regierungsrath von Meien und der Herr Regierungsrath und Geheime-Cammerrath Rohdewald in der Versammlung ein.

Es wurden

1) die zu der 3ten Proposition ständischer Seits gemachten Bemerkungen vorgetragen und erklärte der Herr Commissarius Geheime-Cammerrath Rohdewald:

a) daß dem Wunsche der Stände rücksichtlich der Annahme der preußischen Legirung statt der hessischen keine Schwierigkeit im Wege stehen werde;

b) daß die Frage, wieviel neue Scheidemünze zu prägen sey? auch bei Fürstl. Regierung reifliche Erörterung gefunden habe und daß sich mit vieler Wahrscheinlichkeit annehmen lasse, daß die vorgeschlagene Summe von 30,000 Rthlr. in $2\frac{1}{2}$, 30,000 Rthlr. in ganzen und 5000 Rthlr. in halben Silbergroschen-Stücken nicht zu hoch sey, zumal da im hiesigen Lande das Publicum an den Gebrauch der Scheidemünze gewöhnt sey, daher um so leichter einen Mangel daran empfinden werde. Indessen würden die Kosten der Prägung durch Theilung der letztern nicht vermehrt, und deshalb könne mit einer geringern als der proponirten Summe der Versuch gemacht werden;

c) daß eine Bestimmung darüber, bis zu welcher Summe Zahlungen in Scheidemünze gemacht werden dürfen, zweckmäßig erscheine, daß jedoch die von den Ständen vorgeschlagenen Summen von 5 Rthlr. und 1 Rthlr. zu viel Spielraum gestatteten, da ein bedeutender Theil der Abgaben in geringen Summen bezahlt werde, und durch den geringern Gehalt der Scheidemünze möglicher Weise eine zu große Beeinträchtigung der Cassen veranlaßt werden könne.

Der Abgeordnete von Reden brachte noch zur Sprache: ob die in der Proposition beabsichtigte Absetzung der hannövrischen und braunschweigischen 3 mgr. Stücke zweckmäßig und nothwendig sey? worauf der Herr Regierungscommissarius erwiederte, daß die Annahme jener Geldsorten bei den Cassen zu dem Uebelstande führen würde, daß sie mit den Vereinsmünzen vermischt würden und die Cassen-Rollen dann zum Verkehr mit den Vereinsländern nicht gebraucht werden könnten.

2) Rücksichtlich der Proposition der Taubstummen-Unterricht betreffend, erklärte der Herr Commissarius, Regierungsrath von Meien:

daß beabsichtigt werde, den Lehrer Flügel hinsichtlich seiner sonstigen Obliegenheiten und Geschäfte so zu erleichtern, daß er mehr Zeit als bisher auf den Unterricht der Taubstummen verwenden könne. Als ein unumgängliches Erforderniß stelle sich die Haltung eines besondern Unterrichtslocals dar, da die bisherigen Räume in der Freischule sich nicht dazu eigneten.

Wenn die Stände die beantragte Zulage bewilligten, so würde der ꝛc. Flügel künftig ein Einkommen von 650 Rthlr. haben, wovon 50 Rthlr. auf die Haltung des Locals zu rechnen seyen. — Der ꝛc. Flügel habe bisher incl. des Taubstummen-Unterrichts 48 Lehrstunden im Ganzen wöchentlich zu geben gehabt.

3) Der Abgeordnete Dr. Meier hatte vor Anfang der Berathung eine schriftliche Eingabe des Commerzienassessors Colbrunn in Betreff der für ihn in der 9ten landesherrlichen Proposition beantragten Unterstützung eingereicht, mit welcher die Versammlung vor der Ankunft der Herrn Commissarien bekannt gemacht worden war.

Der Herr Regierungscommissarius gab zum Theil dieselben auf der Angabe des ꝛc. Colbrunn beruhenden Nachrichten über den Betrieb und den Umfang seiner Fabrik und über den Werth der sämmtlichen Anlagen mit Einschluß des Grundvermögens, wonach sich die Summe von 85,000 Rthlr. pptr. herausstellte. Zugleich theilte er der Versammlung mit, daß ähnliche Unternehmungen wie die Colbrunnsche, im Preußischen vom

Staate sehr bedeutende Zuschüsse erhalten haben, in welcher Hinsicht einige Beispiele, namentlich von Bielefeld angeführt wurden.

4) Hinsichtlich der die Legge-Anstalt betreffenden X. Proposition erklärten beide Herrn Commissarien, daß auch Fürstliche Regierung geneigt sey, die s. g. bunten Leinen leggepflichtig zu machen, wohingegen es nicht wohl ausführbar sey, dieß auch hinsichtlich derjenigen Leinen zu thun, welche die Kaufleute auf eigne Bestellung und Rechnung fabriciren ließen, weil diese mehrentheils zerschnitten und ohne Leggezeichen in das Ausland versandt würden.

Nachdem sich die Herrn Regierungs-Commissarien hierauf entfernt hatten, wurde zur definitiven Beschlußnahme geschritten und wurde

ad 1) hinsichtlich der III. Proposition festgesetzt, daß solche anzunehmen und nur darauf anzutragen sey, daß die Prägung mit preußischer Legirung geschehe, zugleich auch Fürstlicher Regierung die Bestimmung der in Scheidemünze im Verkehr anzunehmenden Summe anheim zu stellen;

ad 2) wurde der Antrag des Abgeordneten von Reden auf Ablehnung der VIII. Proposition per majora verworfen und dem schriftlichen Commissionsgutachten mit dem Zusatze beigestimmt, daß außer den proponirten 50 Rthlrn. für Extraordinarien 100 Rthl. als Gehaltszulage des Lehrers Flügel und 50 Rthl. als Vergütung für das Unterrichtslocal verwilligt würden, daß die Stände aber darauf dringen müßten, daß der ꝛc. Flügel dergestalt in seinen übrigen Geschäften erleichtert würde, daß er einen verhältnißmäßigen Theil seiner Kräfte auf den Taubstummen-Unterricht verwenden könne;

ad 3) wurde nunmehr per majora beschlossen, daß dem ꝛc. Colbrunn das proponirte Darlehn zu 4 bis 6000 Rthl. zu zwei Procent Zinsen unter der Bedingung zu bewilligen sey, daß er dem Staate neben einer allgemeinen Hypothek auf sein Vermögen entweder Grundstücke oder Maschinen im tarirten gleichen Werthe als Sicherheit zum Eigenthum verschriebe, und letztern Falls, die Fortsetzung der Versicherung gegen Feuersgefahr nachwiese; rücksichtlich der Zurückzahlung aber dieselben Termine, wie bei dem ihm von Fürstlicher Regierung auf deren alleinige Gefahr gemachten Darlehne, einhielte.

ad 4) wurde nunmehr dem schriftlichen Commissionsgutachten dahin beigestimmt, daß die Leggepflichtigkeit der bunten Leinen beantragt, die der übrigen, von Kaufleuten bestellten, aber Fürstlicher Regierung anheim gegeben werden soll, und wurde die beantragte Summe von 320 Rthl. im Ganzen auf den Industriefonds bewilligt.

Hiernächst kam die IV. Proposition, den Beitrag zum Bau und zur Unterhaltung der Küster- und Cantorhäuser zur Berathung, worüber der Abgeordnete Böhmer den Commissionsbericht abstattete und wurde der Proposition beigestimmt. —

Ein vom Abgeordneten Hildebrand übergebener Antrag, den Passage-Verkehr im hiesigen Lande, insonders die Eingangsstraße nach Barntrup betreffend, wurde dem Abgeordneten Heldman zum Gutachten übertragen. Beim Herrn Vorsitzenden waren eingegangen:

1) eine Vorstellung der Vorsteher zu Unterwüsten, die Chaussee von Uflen nach Blotho betreffend;

2) eine Vorstellung der Dorfschaft Kluckhof, Amts Brake, Contributionsfreiheit betreffend; und

3) ein Antrag der Hudeinteressenten der Dorfschaften Lenstrup, Leistrup, Meiersfeld ꝛc. Hude-Angelegenheiten betreffend.

Die erste dieser Eingaben wurde der III., die zweite der VII. und die letzte der XIV. Commission zugetheilt. Schließlich referirte der Abgeordnete Heldmann über den Antrag des Gutsbesitzers von Hoffmann zu Steinbeck, die Eingangssteuer von Steinkohlen betreffend. Dem Gutachten des Referenten gemäß wurde beschlossen: die Eingabe Serenissimo mit dem unterthänigsten Gesuche zu überreichen, eine Untersuchung durch die zuständigen Behörden darüber veranlassen zu wollen, in wie weit die gewünschte Erleichterung in Ausführung gebracht werden könne.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 30sten Januar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Landstände.

Der Abgeordnete Ballhorn-Rosen referirte über den Inhalt der von den Vorstehern zu Heidelbeck, in Betreff des Beitrags zum Bau und zur Besserung der Küster- und Cantorhäuser eingereichten Vorstellung, welche sich durch den auf die IV. Proposition gefaßten Beschluß erledigt.

Der Abgeordnete Präsident von Borries stattete sodann das Gutachten der X. Commission über den Erlaß Fürstlicher Regierung wegen des Wildschadens (№ III. des höchst landesherrlichen Rescripts vom 15ten d. M.) ab, und beantragte ein bei Serenissimo einzureichendes unterthänigstes Gesuch des Inhalts:

daß den Ständen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden möge, in welchem der von Fürstlicher Regierung anerkannte Grundsatz, daß bei übermäßigem Hegen der Rehe und Hasen eine Verbindlichkeit zum Schadensersatz eintrete, gesetzlich ausgesprochen würde.

Nachdem diesem Antrage beigestimmt worden, fand sich der für die landesherrliche II. Proposition ernannte Commissarius, Herr Regierungspräsident Eschenburg in der Versammlung ein und ging man deßhalb zur Berathung wegen der beantragten Dotal-Gelder über. Der Abgeordnete Rath Antze gab eine kurze Uebersicht der Gründe, welche die Stände bewogen haben, die Proposition bis dahin abzulehnen.

Der Herr Regierungs-Commissarius machte darauf aufmerksam, daß bis jetzt kein Fall namhaft gemacht werden könne, in welchem die Stände eine Forderung von Dotalgeldern für Töchter des lippischen Stammes wirklich abgelehnt hätten, und daß daher das Herkommen für die Verpflichtung der Stände zu sprechen scheine, so wie denn auch namentlich der von den Ständen ratificirte Biesterfelder Vergleich den gemachten Forderungen das Wort rede.

Nachdem sich der Herr Regierungspräsident wieder entfernt hatte, wurde über die Frage: ob Dotalgelder an die in der Proposition genannten Töchter der erbherrlichen Linien zu verwilligen seyen? definitiv abgestimmt und der in der Proposition enthaltene Antrag mit Stimmeneinhelligkeit verworfen.

Das schriftliche Gutachten des Abgeordneten Rath Antze solle als Anlage zu der ablehnenden Erklärung der Stände Serenissimo unterthänigst mit eingesandt werden.

Hiernächst fuhr der Abgeordnete von Borries in seinem Referat fort und stellte den schriftlich motivirten Antrag,

daß die Stände den unterthänigsten Antrag vom 19ten December 1842 wegen der Bekanntmachung über den Gebrauch der Schußwaffen gegen Wilddiebe, wiederholen möchten.

Auch diesem Antrage wurde einmüthig beigeflichtet, worauf der Abgeordnete Heldman über die Mittheilung Fürstlicher Regierung № VIII. zum höchsten Erlasse vom 15. d. M. die Ansprüche Fürstlicher Rentcammer auf Vergütung wegen der Spedition zu Erder, gutachtlich berichtete. Der Berichterstatter führte an, daß Fürstliche Rentcammer überall nicht das Recht gehabt habe, allein Spedition in Erder zu treiben und daß der Zwang der Unterthanen, ihre Waare über Erder spediren zu lassen, nicht in einem Rechte Fürstlicher Cammer, sondern auf dem Umstande beruhet habe, daß die Bespannten im Amte Varenholz verpflichtet gewesen seyen, die Waarenfuhren zu leisten und diesen durch jenen Zwang Ladung habe verschafft werden sollen. Außerdem sey der Fürstlichen Cammer die Spedition in Erder durch den Zollanschluß nicht genommen. Bei der Berechnung des Ausfalls seyen die Kosten der Unterhaltung des Instituts nicht in Anrechnung gebracht. Es werde die Ablehnung des Antrags auf Uebernahme des liquidirten Verlusts beantragt.

Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Berichterstatters bei.

Der Abgeordnete Petri begutachtete schließlich die Vorstellung der Bewohner des Amtes Sternberg, wegen eines Zuschusses zu dem Gehalte eines Thierarztes für jenen Distrikt. Der Berichterstatter war der Ansicht, daß eine weitere Bewilligung zu dem angegebenen Zwecke, als die bereits ausgeworfenen 50 Rthl. jährlich, nicht erfolgen dürfe, übrigens seyen diese 50 Rthl. auch ferner im Etat der Landcasse in Ausgabe zu bringen.

Der Abgeordnete Dr. Meier machte dagegen die bedrängte Lage der Bewohner des Amts Sternberg geltend, und daß selbige sich bislang vergeblich bemüht hätten, für die Summe von 50 Rthl. einen Thierarzt dorthin zu ziehen; — der Antrag wurde aber von der übrigen Versammlung nicht unterstützt und deßhalb dem Voto des Referenten gemäß zurückgewiesen.

Am Schlusse der Sitzung übergab der Abgeordnete Böhmer noch einen Antrag auf Einführung einer Wechselordnung im hiesigen Lande, welcher der Commission für Gegenstände der Justiz zugewiesen wurde.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 31sten Januar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Landstände.

In der heutigen Sitzung wurde die Proposition wegen Allodification der Lehne mit dem landesherrlichen Commissario, Herrn Regierungsrath Piderit berathen.

Die als Präjudicial-Punkte festgesetzten Erinnerungen wurden von dem bisherigen Berichterstatter, Abgeordneten Runnenberg vorgetragen, und erklärte der Herr Commissarius

ad §. 5. daß er glaube, Serenissimus werde, um dem Antrage der Stände zu entsprechen, das Provocationsrecht des Lehnsherrn nachgeben. Die Regierung betrachte das Lehnsinstitut als veraltet, und habe auch dem Lehnsherrn in dem Gesetzentwurfe das Provocationsrecht beigelegt, um die möglichst schnelle Abschaffung zu befördern. Dagegen könne er nicht dafür stimmen, daß dem Vasallen auch bei Ablösung von Lehnsgefällen noch freistehn solle auf Allodification anzutragen oder nicht, da die Sicherstellung des Lehnsherrn zu großen Weiterungen führen würde.

ad §. 7. 8. erklärte der Herr Regierungs-Commissarius, daß auch dieses monitum erledigt werden könne, obwohl dann das Gesetz größtentheils umgearbeitet werden müsse.

ad §. 10. würde eine Herabsetzung der Procente zur Entschädigung des Lehnsherrn

von der Regierung nicht concedirt werden. Bei den bisherigen Allodificationsfällen seyen sechs Procent bezahlt worden. Ob hinsichtlich der Kunkellehne eine Ermäßigung Statt finden könne, sey noch zu erwägen.

ad §. 14. auch von der Zugrundelegung des Kaufwerths könne nicht abgegangen werden, und sey die Analogie der Ablösungsordnung hier nicht anzuwenden.

ad §. 23. daß der Recurs in Allodificationssachen von der Ablösungscommission an die Justiz-Canzlei statt an die Regierung gehe, könne eingeräumt werden.

ad §. 18. Rücksichtlich des Eintritts der Wirkungen der Allodification stehe die Wahl zwischen dem Zeitpuncte der Provocation und dem der Perfection des Allodificationsgeschäftes frei. Es verstehe sich aber von selbst, daß wenn der letztere Termin angenommen werde, das Geschäft hinfällig sey, sobald sich zwischen Provocation und Perfection die Zahl der Augen auf Seiten der Provocanten vermindere. Schließlich erklärte der Herr Regierungs-Commissarius, daß es wegen der divergirenden Ansichten über die Hauptpuncte des Gesetzes zweckmäßig seyn würde, wenn die Regierung das Gesetz zurückziehe und einen neuen Entwurf an einem künftigen Landtage vorlege.

Hinsichtlich der hierauf vorzunehmenden Berathung der Proposition IV wurde dem Herrn Commissarius eröffnet daß status der vorgeschlagenen Abänderung in der Beitragspflicht zum Bau ꝛc. der Küster- und Cantorhäuser ihre Zustimmung ertheilten, und daß daher eine weitere Erörterung nicht erforderlich scheine.

Nachdem der Herr Regierungs-Commissarius die Versammlung verlassen hatte wurde unan. beschlossen, den frühern Beschlüssen rücksichtlich der I. Proposition zu inhäriren und nur ad §. 18. wurde per majora bestimmt, daß nunmehr die im Entwurfe angenommene Zeit der Provocation als entscheidend für die eintretende Wirkung anzunehmen sey.

Es kam dann die zur Tagesordnung stehende VI. Proposition, die Bedürfnisse der Gymnasien zu Detmold und Lemgo betreffend, zur Berathung.

Nach Abstattung des Commissionsberichts durch den Abgeordneten Runnenberg wurde

1) die Frage: ob die von Fürstl. Regierung auf eine „zu diesem Zweck nicht bestimmte landesherrliche Casse" angewiesene Summe von 380 Rthlr. auf die Landcasse zu übernehmen sey, per majora verneint.
2) die Frage: ob die zur Abrundung der Summe für Unterhaltung der Gebäude ꝛc. bestimmten 60 Rthl. zu bewilligen seyen? ebenfalls per majora aus dem Grunde verneint, weil die Verwendung dieser Summe nicht gehörig motivirt sey.
3) Dagegen wurde die für Zulagen an die Lehrer bestimmte Summe von 560 Rthlr. verwilligt, mit dem Vorbehalt, daß sie bei einer eintretenden Vacanz ganz oder theilweise an die Landescasse zurückfalle.

Der Abgeordnete Ballhorn-Rosen stimmte für Bewilligung der in der Proposition geforderten 1000 Rthlr.

Der Abgeordnete Dr. Meier trug darauf an, die Proposition ganz abzulehnen, um eine Vereinigung des Detmolder Gymnasii mit dem zu Lemgo herbeizuführen. Der Antrag wurde aber per majora verworfen.

Es wurde hierauf die Bewilligung für das Gymnasium zu Lemgo dem Antrage der Commission gemäß per majora auf 500 Rthlr. beschränkt und soll die Fürstl. Regierung ersucht werden, die Verwendung zu controliren, zugleich auch künftig die Oberaufsicht über das Lemgoer Gymnasium zu übernehmen, so daß der Magistrat nur die nächste Aufsicht führe und bei Besetzung von Lehrerstellen etwa ein Präsentationsrecht ausübe.

Auch wurde ausgesprochen, daß sich die heutige Bewilligung nur auf die Zeit bis

zum nächsten Landtage erstrecke, und daß die Verwendung in proponirter Art vorausgesetzt werde.

Die Berathung über Proposition VI wurde hiermit vorbehältlich weiterer Erörterung mit dem Landesherrlichen Commissarius als geschlossen angenommen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 1sten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Landstände.

Der Abgeordnete Hagemeister reichte eine Petition der Gemeindevorsteher des Amts Brake, Communalwegbau betreffend, ein, und der Dr. Meier ein P. M., mehrere particularrechtliche und gemeinrechtliche Controversen betreffend, die erstere wurde der III. Commission, die letztere Eingabe der für Justizsachen angeordneten XIII. Commission übergeben.

Der Abgeordnete Burgemeister Ernst stellte sodann einen Antrag auf Festsetzung des Gehalts und der Emolumente der Ausschußdeputirten, worüber der Abgeordnete Syndicus Meier in einer der nächsten Sitzungen zu referiren übernahm.

Es wurden hierauf die Eröffnungen in der XIII. Proposition wegen der Chausseebauten berathen und wurde das schriftliche Gutachten der III. Commission vom Abgeordneten Runnenberg vorgetragen.

Rücksichtlich der Chaussee über die Gauseköte machte Abgeordneter von Stietencron den Antrag, daß Fürstliche Regierung wiederholt angegangen werden solle, die im Landtagsgutachten des vorigen Landtags beantragte Untersuchung wegen eines Uebergangspunctes über das Gebirge durch einen ausländischen Sachverständigen, vollständiger als bisher geschehn, vornehmen zu lassen und nach Erledigung dieser Untersuchung das Resultat auf einem zu berufenden Communicationstage den Ständen zur weitern Beschlußnahme vorzulegen.

Diesem Antrage wurde beigestimmt, und mußte deßhalb der Beschluß wegen der Chaussee nach Horn über Schmedissen, als hiervon abhängig, bis auf Weiteres ausstehen.

Wegen der Chaussee von Uflen nach Blotho war man der Ansicht, daß der Regierung die Wahl der Richtung zu überlassen und daß die eingegangenen verschiedenen Petitionen nur zur Notiz einzusenden seyen.

Es wurde ferner beschlossen, zunächst nicht auf Erbauung einer Straße von Langenholzhausen nach Erder, sondern auf die Anlegung der Chaussee von Lage nach Schötmar anzutragen, wie es auch die Commission vorgeschlagen hatte.

Für Rectification der Lemgo — Langenholzhauser Chaussee würden die erforderlichen 12000 Rthlr. zu bewilligen seyn und soll dabei zugleich wiederholt in Erinnerung gebracht werden, daß die Rectificationen auf dem Gebiete der Stadt Lemgo befördert würden.

Der Abgeordnete Amtmann Heldman unterstützte demnächst die Petition der Eingesessenen des Amts Oerlinghausen wegen des zu erbauenden Weges von Oerlinghausen nach Schötmar. Der Antrag wurde per majora abgelehnt, jedoch beschlossen, der Fürstl. Regierung die Verwendung einer Summe aus dem für Communalwege ausgeworfenen Fonds zu dem gedachten Zwecke anheim zu geben.

Die Vorstellungen der Eingesessenen zu Varenholz und Stemmen eine Chaussee von Varenholz nach Erder und der Eingesessenen zu Bösingfeld, betreffend die Anlage einer

Straße an die hannövrische Gränze, sollen nach Vorschlag der Commission nur zur Notiz an Fürstl. Regierung eingesandt werden.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 3ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Landstände.

Der Herr Vorsitzende zeigte der Versammlung an, daß auf die von den Ständen, wegen ihrer Theilnahme an der Gesetzgebung, Serenissimo eingereichte Vorstellung, ein höchster Erlaß vom 1sten hui. eingegangen sey. Dieser höchste Erlaß wurde vorgelesen und die darin enthaltene gnädige Zusicherung, daß rücksichtlich des s. g. voti negativi eine weitere Prüfung statt finden und den ständischen Rechten bis dahin nicht präjudicirt werden solle, mit lebhaftem Danke aufgenommen.

Der Abgeordnete Rath Antze verlas einen schriftlichen Antrag wegen Errichtung eines landschaftlichen Archivs, welchem nach stattgehabter Erörterung beigestimmt wurde.

Ein Antrag der Stadtverordneten zu Blomberg, die Nichtzulassung der Advocaten bei Rechtsstreitigkeiten betreffend, wurde der Commission für Justizsachen überwiesen.

Ein anderes Gesuch derselben wegen Aufhebung der Branntwein-Accise und der Marktabgabe gegen Vergütung aus der allgemeinen Landcasse, wurde als nicht motivirt nur zu den Acten genommen.

Ein Gesuch des Bürgers Brunsiek zu Blomberg wegen des durch Sperlinge und Tauben verursachten Feldschadens wurde ebenfalls nur ad acta genommen.

Der Abgeordnete Rath Antze zeigte an, daß es ermittelt sey, daß Fürstl. Rentcammer keinen Beitrag zu den Hülfsgeldern bezahlt habe und trage er nunmehr darauf an, daß die Verwendung der Hülfsgelder nach der Zahl der Köpfe auf sämmtliche Communen repartirt würde. Dieser Antrag wurde zur weitern Berathung vorerst an die Finanzcommission verwiesen.

Der Abgeordnete Petri verlas sodann die Zuschrift der Ausschußdeputirten an Fürstl. Regierung wegen der Auseinandersetzung zwischen dem Staats- und dem Domanial-Haushalte und die von Fürstl. Regierung eingegangene Antwort.

Der weitere Beschluß wurde bis zur Berathung der XII. Proposition ausgesetzt.

Man ging hierauf zur Berathung der XIII. Proposition und zunächst des Landcasse-Etats über.

Die für den Landcasse-Receptor Hasse bewilligte Zulage wurde in dem von der Commission beantragten Betrage dahin bewilligt, daß der Gehalt künftig 1000 Rthlr. in Preuß. Courant betragen würde. Dabei wurde vorausgesetzt, daß der ꝛc. Hasse dafür alle aus einer bevorstehenden Vereinigung der Cassen ihm zufallende Geschäfte mit zu besorgen haben würde.

Die Etats pro 1845 und 1846 wurden hiernächst summarisch durchgegangen und da sich mehrere Abweichungen von dem Etat des vorigen Landtags fanden, so wurde zunächst beschlossen, den landesherrlichen Commissarius, wenn derselbe an der Berathung Theil nehmen wird, zur Erläuterung zu veranlassen.

Derselbe Beschluß ward sodann auch hinsichtlich des Medicinal-Cassen-Etats gefaßt. Die für den Medicinal-Assessor Overbeck beantragten 100 Rthlr. Gehalt und die für die übrigen Medicinal-Personen beantragten Ausgleichungszulagen wurden bewilligt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 4ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Die Berathung der XIII. Proposition wurde fortgesetzt.

Die für den Wegbau zu bewilligenden Fonds konnten noch nicht bestimmt werden, da die Zuziehung des landesherrlichen Commissarius noch erforderlich ist, um über die zu erbauenden Straßen, resp. über die vorzunehmenden Rectificationen definitiven Beschluß fassen zu können.

Man ging deshalb einstweilen zu dem Etat des Strafwerkhauses über. Es fand sich Nichts weiter zu erinnern, als daß laut der letzten Rechnung das passivum um 1000 Rthl. vermehrt worden ist, worüber vom Herrn Regierungs-Commissarius Erläuterung einzuholen wäre.

Auch hinsichtlich des für die Zuchthaus-Rechnung aufgestellten Etats fanden sich keine wesentlichen Erinnerungen. Nur wegen des um 20 Rthl. erhöheten Titels I. der Ausgabe, Gehalte und Pension, soll Auskunft vom Herrn Regierungs-Commissarius begehrt werden. Hinsichtlich der Ausgabe für Brod soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Bäcker in Rücksicht auf die bedeutende Lieferung und die sofortige Baarzahlung, einen angemessenen Rabatt bewilligen müßten.

Die Activ-Capitalien des Zuchthauses wären der Landcasse zu übertragen, und wäre das Deficit der Zuchthausrechnung künftig auf jene Casse zu assigniren.

Zu den hierauf durchgegangenen Vorbemerkungen zum Militair-Etat pro 1845 und 1846 und den nachträglichen Erläuterungen zu den Landtagsgutachten de anno 1840 und 1843 waren vom Referenten der Commission, Abgeordneten von Stietencron, schriftliche Bemerkungen entworfen, denen beigestimmt wurde.

Hinsichtlich der Erwiederung Fürstl. Regierung auf das Monitum von vorigem Landtage, die dem Rechnungsführer bewilligte Vergütung für den Verlust von Agio am Golde betreffend, wurde beschlossen, im Landtagsgutachten zu erklären, daß jenes Monitum durch die Erläuterung Fürstl. Regierung keineswegs als erledigt anzusehen sey. Da aber der Zufall die Sache einigermaßen redressirt habe, so solle in Rücksicht auf die augenblicklich nur noch geringe Summe des Verlusts von der weiteren Verfolgung des Moniti abstrahirt werden. Außerdem wollen Stände über die nicht motivirte Ausgabe von 8000 Rthl. für eine Garnitur Gewehre ihr Bedauern aussprechen.

Im Uebrigen war man mit den gutachtlichen Bemerkungen der Commission conform.

Zu dem Etat der Einnahme wurde die Einreichung eines besondern Desiderii dahin beschlossen, daß, wie beim Zuchthaus-Etat beantragt, sämmtliche Activ-Capitalien an die Landescasse abgegeben und das Deficit in der Landcasse-Rechnung in Ausgabe gestellt würde. Auch die Einnahme-Posten sub V. und VII. würden dann zu streichen und die Kreisgelder nicht erst an die Landrentei und von dort wieder an die Militair-Casse abzugeben seyn.

Dem Militair-Etat bliebe dann blos der Titel XI., „vermischte Einnahme.“

Der Abgeordnete Runnenberg verlas hiernächst den Commissionsbericht über die VII. Proposition, wegen Förderung des Volksschulwesens:

ad 1. der Proposition wurde per majora beschlossen, die in Antrag gebrachte Summe von 1320 Rthl. von Ostern d. J. an zu bewilligen. Auf eine Ausgleichung des Schulgeldes anzutragen, wurde ebenfalls beschlossen.

ad 2. wurde die für Pensionen proponirte Summe mit 260 Rthl. bewilligt.

ad 3. desgleichen zu besondern Zulagen die Summe von 400 Rthl.

ad 4. wurde die proponirte Gehaltserhöhung des Seminarinspectors Dresel bis auf die Summe von 700 Rthl. Preuß. Cour. bewilligt. Im Uebrigen wurde dem Commissionsgutachten beigestimmt.

Da von der Bewilligung ad 1. das erste Quartal hinwegfällt, so genügt die in Antrag gebrachte Bewilligung der runden Summe von 2000 Rthl.; im Ganzen auf 2 Jahre also 4000 Rthl.

Schließlich wurde Landsyndicus in Gemäßheit der Bemerkung in fine der Proposition beauftragt, von Fürstlichem Consistorio die Rechnung der letzten zwei Jahre zur Einsicht zu requiriren.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 5ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Eine Petition des Küsters Voß zu Schötmar und des Cantors Deppe das., die Besoldung des dritten Lehrers daselbst betreffend, wurde zu den Acten genommen.

Der Abgeordnete Heldman stattete das Commissions-Gutachten über die nachträgliche Proposition in Betreff der höheren Verzinsung der Ablösungscapitalien der Geistlichen ab. Dem Antrage gemäß wurde beschlossen, die Proposition abzulehnen.

Derselbe Abgeordnete referirte über die vom Abgeordneten Hagemeister eingereichte Petition der Gemeindevorsteher im Amte Brake, den Communalwegbau betreffend. — Es wurde in Uebereinstimmung mit dem Referenten beschlossen, daß auf das Gesuch nicht einzugehen sey.

Hinsichtlich des vom Abgeordneten Hildebrand eingereichten Antrags, die Zollverhältnisse und die Eingangsstraße nach Barntrup betreffend, hatte der Abgeordnete Heldman ein schriftliches Gutachten entworfen, in welchem dem Gesuche beigestimmt wurde. Die Versammlung trat diesem Voto ebenfalls einstimmig bei und wurde beschlossen, die Petition des Abgeordneten Hildebrand Serenissimo unterthänigst vorzulegen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 6ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Landstände.

Ein Regierungs-Erlaß vom 4ten d. M. nebst Anl., worin die Stände gesonnen werden, den armen, mit Verfertigung des Leggelinnens beschäftigten Webern, eine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, wurde der Commission für Gegenstände der Landesindustrie, welcher der Abgeordnete Petri für diesen Gegenstand aus der Finanzcommission zutritt, übertragen.

Der Abgeordnete Burgemeister Ernst als Berichterstatter der VIII. Commission, referirte sodann über den Erlaß Fürstl. Regierung, wegen Einführung des preußischen Quartgemäßes.

Der Commissionsbericht war für einstweilige Verschiebung der Annahme des preußischen Gemäßes. Es wurde der Proposition aber per majora beigestimmt.

Die Petition der Uhrmacher hiesigen Landes, wegen Verbots des Hausirens mit Schwarzwälder Uhren wurde, auf Vorschlag desselben Referenten, abgelehnt.

Auf den vom Gutsbesitzer von Hoffmann zu Steinbeck eingereichten Antrag, eine

anzuordnende Controle über Bauhandwerker betreffend, wurde beschlossen, die Eingabe Serenissimo mit unterthäniger Empfehlung einzureichen.

Ein Gesuch des Instrumentenmacher Biere zu Detmold um Unterstützung wurde zurückgewiesen.

Hiernächst referirte der Abgeordnete von Kerßenbrock, über die Eingabe des Gutsbesitzers Stieren, wegen Revision der Gesinde-Ordnung. Der Antrag der Commission, welcher mit dem Gesuche übereinstimmte, wurde per majora dahin modificirt, daß Serenissimus vorerst nur gebeten werden soll, die Einführung der Gesinde-Bücher anzuordnen.

Die Pensionsgesuche der Witwe Pastorin Schönfeld und der Dorothee Hildebrand wurden auf den Vortrag des Abgeordneten Ballhorn-Rosen als zum Ressort der Ständeversammlung nicht gehörig, abgewiesen.

Derselbe Abgeordnete referirte über die Petition der Bauerschaft Schönhagen, Amts Sternberg, die Wiedereinführung der Mittagsschule betreffend, und wurde das Gesuch dem schriftlichen Gutachten gemäß, für unbegründet angenommen.

Auf den Vortrag des Abgeordneten Runnenberg wurde beschlossen, die Eingabe des Col. Klocke zu Röntorf, die Feststellung der Confirmationstage betreffend, Serenissimo zur etwaigen Berücksichtigung einzureichen.

Der Abgeordnete Petri stattete sodann Bericht ab über die wegen der Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte stattgehabten Verhandlungen zwischen den Regierungs-Commissarien und der ständischen Commission. Es wurde beschlossen, daß dieser Gegenstand nunmehr in allgemeiner Versammlung mit Zuziehung der Herren Regierungs-Commissarien zu berathen sey.

Derselbe Abgeordnete zeigte an, daß Fürstliche Regierung den Regierungsrath Piderit abgeordnet habe, um mit der ständischen X. Commission wegen der Differenzen über die Befugniß zu Deliberationstagen, wegen der Steuerbewilligung u. s. w. zu verhandeln.

Der Abgeordnete Heldman trug schließlich den Bericht der Commission wegen Entschädigung und Erleichterung der fünf ältern Städte vor.

Dem Commissionsberichte wurde in den Puncten ad 1. 2 und 3 sofort beigestimmt. Da aber wegen des vierten Puncts verschiedene Widersprüche geltend gemacht wurden, und mehrere Abgeordnete die Aussetzung des definitiven Beschlusses verlangten, so wurde per majora beschlossen, die Abstimmung bis zu nächster Sitzung zu verschieben.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 7ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Nachdem sich der für VI. und VII. Proposition ernannte landesherrliche Commissarius in heutiger Versammlung eingefunden hatte, wurden die rücksichtlich der bessern Dotation der Gymnasien ständischer Seits erhobenen Bedenken vom bisherigen Berichterstatter, Abgeordneten Runnenberg, vorgetragen.

Der Hr. Commissarius erläuterte, daß die Lippstädter Casse es sey, aus welcher die vorläufige Zulage an die Lehrer des hiesigen Gymnasiums im Betrage von 380 Rthl. bestritten worden.

Rücksichtlich des Lemgoer Gymnasii erscheine eine Zulage von 100 Rthl. an den Dr. Leizmann durchaus angemessen und werde dazu, wenn die Verwilligung von

500 Rthl. aus der Landcasse nicht völlig ausreiche, aus städtischen Mitteln ein kleiner Zuschuß nicht verweigert werden können.

Die Proposition wegen Förderung des Volksschulwesens gab zu keinen weitern Erörterungen Anlaß.

Nach Entfernung des Herrn Commissarius wurde ad Prop. VI. beschlossen, daß es bei dem Beschlusse rücksichtlich des Detmolder Gymnasii zu belassen, die Summe von 500 Rthl. aber für das Lemgoer Gymnasium zu verwilligen und Fürstl. Regierung zu überlassen sey, die etwa erforderliche Ergänzung der Zulage des Dr. Leizmann bis auf 100 Rthl. durch Communication mit dem Magistrate zu Lemgo zu befördern. Im Uebrigen blieb es bei den frühern Beschlüssen.

Ad Prop. VII. blieb es bei dem frühern Beschlusse.

Die in gestriger Sitzung aufgeschobene Abstimmung wegen der rücksichtlich der Entschädigung und Erleichterung der fünf ältern Städte abzugebenden Erklärungen, wurde, nachdem der Abgeordnete Rath Antze einen auf eine compromissorische Entscheidung gerichteten Antrag gestellt, solchen aber zurückgezogen hatte, vorgenommen und wurde dem schriftlichen Commissionsgutachten des Abgeordneten Heldman allenthalben per majora beigestimmt, mit dem Hinzufügen, daß den betreffenden Städten die Befugniß vorbehalten bleibe, ihre Entschädigungsansprüche wegen der Weinaccise und wegen der auf der Landcasse ruhenden Schulden gehörig zu liquidiren und zu begründen.

Die Abgeordneten Ernst, Böhmer, Runnenberg und Piderit behielten sich die Einreichung eines schriftlichen Separativ-Voti zu den Acten vor.

Der Abgeordnete Heldman referirte hierauf über die sub VI. des höchsten Erlasses vom 15ten v. M. an die Stände erfolgte Eröffnung Fürstl. Regierung wegen einer vom Magistrat zu Lemgo erhobenen Reclamation auf Entschädigung für den durch den Zollanschluß verlornen Zoll.

Es wurde auf den Antrag des Berichterstatters eine Erklärung dahin beschlossen, daß der fragliche Entschädigungs-Anspruch noch zur Zeit nicht hinlänglich begründet erscheine.

Derselbe Abgeordnete stattete über den Vorschlag Fürstl. Regierung wegen der Unterhaltung des Straßenpflasters in der Linie der die Städte durchschneidenden Chausseen, Bericht ab und wurde dem Antrage des Referenten gemäß beschlossen, die Kosten der Unterhaltung der Fahrbahn auf die Wegbaucasse zu übernehmen.

Schließlich referirte der Abgeordnete Burgemeister Ernst über die Beschwerde des Leibzüchters Rüenbühl zu Nienhagen, eine widerrechtlich vollzogene Werkhausstrafe betreffend.

Der Antrag des Referenten, welcher seine schriftliche Ausarbeitung zu den Acten übergab, ging dahin, daß Serenissimus um eine gesetzliche Bestimmung gebeten würde, nach welcher die Obergerichte als die competenten Behörden zur Aburtheilung über eine jede, gegen polizeilich ergangene Strafverfügungen erhobene Beschwerde erklärt würden und daß in dem vorliegenden speciellen Falle dem ꝛc. Rüenbühl gestattet werde, seine Beschwerde wegen der gegen ihn verhängten Strafandrohung im Wege des Recurses auszuführen. Dieser Antrag wurde dahin modificirt, daß Serenissimus unterthänigst zu bitten sey, durch eine Circularverfügung anzuordnen, daß die Aemter künftig die polizeilichen Strafen nicht selbst, sondern durch die Gohgerichte zu verhängen hätten, in welchem Falle dann nach der Verordnung vom 3ten Juni 1817 den Betheiligten der Weg der Berufung offen stehe.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 8. Febr. 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Nachdem sich die für die XII. und XIII. Proposition ernannten landesherrlichen Commissarien, Herr Geheime Regierungsrath Petri und Herr Geheime Cammerrath Rohdewald in heutiger Sitzung eingefunden hatten, wurden zunächst die Etats der Landcasse und deren Nebencassen gemeinschaftlich durchgegangen, und wurden seitens der Herren Regierungs-Commissarien die nöthigen Erläuterungen gegeben. Die Erörterung wegen der in dem Landcasse-Etat aufgenommenen „Neueren Bewilligung von Sublevationsgeldern zu 12000 Rthl." wurde ausgesetzt, weil dieser Gegenstand bei Gelegenheit der XII. Proposition weiter zur Sprache kommen würde.

Hinsichtlich dieser XII. Proposition erklärte der Herr Geheime Cammerrath Rohdewald, bevor die Berathung selbst begann, daß die proponirte Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte weiterer Vorarbeiten bedürfen werde, welche auf dem gegenwärtigen Landtage nicht mehr vollendet werden könnten. Er gebe daher anheim, die weitere Beschlußnahme in dieser Sache bis zum nächsten Landtage auszusetzen, und würde die Regierung sich in der Zwischenzeit mit den ständischen Ausschußdeputirten in Verhandlung darüber setzen. Er setze dabei aber voraus, daß die unter dem Namen der neuern Bewilligung von Sublevationsgeldern proponirten 12000 Rthl. der Fürstlichen Renteammer bis zum nächsten Landtage fortgezahlt würden.

Auf die an die Herrn Regierungs-Commissarien hierauf gerichtete Frage: ob die Fürstliche Regierung auch mit einer aus den Ausschußdeputirten und einigen andern Mitgliedern der Stände zusammengesetzten Commission unterhandeln werde, und ob, wenn die Vorarbeiten noch geraume Zeit vor dem nächsten ordentlichen Landtage zu Ende kämen, zur definitiven Erledigung der Sache ein Communicationstag berufen werden würde? erklärten die Herren Regierungs-Commissarien, daß sie für jetzt nicht im Stande seyen, diese Fragen zu beantworten.

Die Sitzung wurde sodann aufgehoben, und die weitere Berathung der Stände auf die nächste Sitzung verschoben.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 10ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Der Abgeordnete Dr. Meier überreichte einen schriftlichen Antrag, auf Wiederaufhebung des Verbots, Eggen und Pflüge auf den Chausseen schleppen zu dürfen gerichtet, und wurde beschlossen, das dieserhalb schon auf dem Landtage von 1840 gestellte unterthänigste Desiderium zu wiederholen.

Es wurde hierauf in Antrag gebracht, daß der Landtag eine Commission niedersetzen möge, um nach Rücksprache, und im Verein mit Fürstlicher Regierung von Seiten der Stände zur Feier des 25jährigen Jahrestags des Regierungsantritts Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht das zur würdigen Begehung dieses Tages Nöthige vorzubereiten. Dem Antrage wurde beigestimmt und wurden außer den drei Ausschußdeputirten, die Abgeordneten von Reden, Runnenberg und Dr. Meier zu jenem Zwecke beauftragt.

Der Abgeordnete Ernst übergab für sich und den Abgeordneten Böhmer das vorbehaltene Separat-Votum wegen des hinsichtlich der Entschädigung der fünf ältern Städte gefaßten Beschlusses.

Ein zweites Separatvotum wegen desselben Gegenstandes übergab der Abgeordnete Piderit. Beide Abgeordnete beantragten die Beilegung der Separatvoten zum Landtags-Gutachten. Dieser Antrag wurde aber per majora abgelehnt, weshalb diese Actenstücke nur zum Protocolle zu registriren sind.

Man ging sodann zur schließlichen Berathung der vorgelegten Cassen-Etats über. Zur Medicinal-Casse wurde die Bewilligung für den Hebammen-Fonds auf 800 Rthl. festgesetzt und soll in der desfallsigen Erklärung der Stände die Erwartung ausgesprochen werden, daß dieses Institut nunmehr hinreichend dotirt sey, das Bedürfniß mithin nicht mehr, wie bisher geschehen, steigen werde.

Rücksichtlich der Wegbaucasse wurde der jährliche Zuschuß aus der Landcasse auf 33907 Rthl. 3 mgr. 5 pf., die ganze Verwendung für die Jahre 1845 und 1846 aber auf 94870 Rthl. 32 mgr. 5 pf. festgesetzt. Der vom Abgeordneten Heldman nach den ständischen Erklärungen und Anträgen modificirte Etat wurde genehmigt.

Zugleich wurde beschlossen, Fürstlicher Regierung anheim zu geben, wenn bei den zunächst in Angriff zu nehmenden Wegebauten eine Ersparniß bewirkt werden könnte, mit dieser sodann schon im Jahre 1846 den Bau der Chaussee von Lage nach Schötmar anzufangen, was auch für den Fall geschehen könnte, wenn der Magistrat zu Lage die erforderlichen Gelder zinslos vorschießen sollte.

Ferner sey Fürstlicher Regierung anheim zu geben, ob einzelne Wegstrecken unter gehöriger Controle in Entreprise gegeben und dadurch eine Ersparniß erwirkt werden könne; außerdem aber zu beantragen, daß künftig vor dem Angriff einer neuen Chaussee die ganze Richtung genau abgesteckt werde, damit nach dem Anfange des Baues kein Zweifel darüber bleibe, welche Richtung eingeschlagen werden solle und welches Terrain in Anspruch genommen werde. Hinsichtlich der Rectification der Chaussee über die Gauseköte wurde es bei dem Beschlusse vom 1sten Februar c. belassen.

Da jedoch die für Wegebauten für die Finanzperiode aufzuwendenden Mittel bereits durch die beschlossenen Bauten absorbirt werden, so fällt der Antrag auf einen zu berufenden Communicationstag hinweg.

Rücksichtlich der Etats für das Strafwerkhaus und das Zuchthaus blieb es bei den frühern Beschlüssen.

Die Berathung über den Militair-Etat wurde als erledigt angenommen, da die Commission erklärte, daß der landesherrliche Commissarius seine Zuziehung zur fernern Berathung, nachdem er die erforderlichen Erläuterungen schon in den Commissions-Conferenzen ertheilt, nicht begehrt habe. Man ging hierauf zur schließlichen Erörterung und Beschlußnahme rücksichtlich der XII. Proposition über und wurden folgende drei Fragen vom Herrn Vorsitzenden vorgelegt:

1) Ob der Landtag nach den bisher stattgehabten Erörterungen eine Fortsetzung der Unterhandlungen mit Fürstlicher Regierung über die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte angemessen halte?
2) Ob der Landtag es als conditio sine qua non ansehn wolle, daß Fürstliche Regierung die Forderung auf Zahlung des liquidirten Mehrbetrags ad 7000 Rthl. pptr. aufgebe, bevor die Unterhandlungen fortgesetzt würden?
3) Ob der Landtag die von Fürstlicher Regierung unter den Namen einer „neuern Bewilligung von Sublevationsgeldern" bei der proponirten Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte der Landcasse in Anrechnung gebrachte Summe von 12000 Rthlrn. jährlich unter diesem oder einem andern Namen für die bevorstehende Finanzperiode wieder bewilligen wolle?

Die erste dieser drei Fragen wurde unanimiter bejah't, die zweite mit 15 Stimmen verneint und die dritte ebenfalls und zwar mit 12 Stimmen verneint.

Die Erklärung auf die XII. Proposition ist hiernach abzugeben, daß die Stände die weitere Vorbereitung der Cassen-Trennung und Unterhandlung dieserhalb durch Commissarien bis zu nächstem Landtage wünschten.

Es wurde sodann auf Antrag des Abgeordneten Heldman beschlossen, den am vorigen Landtage an Serenissimus gerichteten unterthänigsten Antrag wegen Ertheilung einer Gewerbe-Ordnung zu erneuern und um Aufhebung des Concessions-Regals unterthänigst zu bitten.

Der Abgeordnete Piderit referirte hiernächst über die in den Vorbemerkungen zum Etat der Landcasse erwähnte Entschädigung des hohen erbherrlichen Hauses zu Bückeburg wegen der Erhebung des Einlieger-Geldes. Es wurde dem Gutachten des Referenten gemäß beschlossen, die proponirte Entschädigung, als noch zur Zeit nicht hinlänglich begründet, abzulehnen.

Die in dem Regierungserlasse № IX. zum höchsten Reskripte vom 15. v. M. verlangte Erklärung der Stände über die dem Schaumburg Lippischen Rentmeister König zu Blomberg aus der Landcasse zu bewilligende Entschädigung wegen des aufgehobenen Landzolls wurde auf Vortrag desselben Referenten mit 20 Rthlrn. von Zeit des Zollanschlusses an ad dies vitae bewilligt.

Die von Fürstlicher Regierung mittelst Erlasses vom 4ten Februar h. a. beantragte Unterstützung der unvermögenden Weber wurde auf den Vortrag des Abgeordneten Ernst in der von ihm in seinem schriftlichen Berichte vorgeschlagenen Art genehmigt, auch beschlossen, den Antrag des Abgeordneten Böhmer die Hebung der Leinenindustrie betreffend, Serenissimo zur Berücksichtigung der darin enthaltenen Vorschläge einzureichen.

Der Abgeordnete Syndicus Meier begutachtete sodann den Antrag des Abgeordneten Ernst wegen Feststellung des Gehalts der Ausschußdeputirten.

Es wurde per majora beschlossen, den frühern Gehalt zu 133 Rthl. 12 mgr., welchen die Ausschußdeputirten als Mitglieder des Landcassen-Administrations-Collegii zu beziehen gehabt, für diese Charge auch jetzt wieder festzusetzen, wobei die Ausschußdeputirten als solche die üblichen Diäten für ihre Geschäfte zu beziehen haben würden.

Serenissimo würde dieser Beschluß zur Genehmigung vorzulegen seyn.

Schließlich kam der höchste Erlaß Serenissimi vom 14ten v. M. die Ablösung von Holzabgaben als Gegenleistung für Korn- und Dienstprästationen zur Berathung, und stattete der Herr Vorsitzende das Commissions-Gutachten ab.

Diesem Gutachten wurde beigestimmt, und der Antrag des Abgeordneten Ballhorn-Rosen, die Ablösbarkeit der Holzabgaben gegen diejenigen Prästantiarien, welche ihre Kornabgaben bereits abgelös't haben, nicht zuzulassen, per majora abgelehnt.

Der Abgeordnete von Kerßenbrock hatte die Versammlung beim Beginn der Berathung dieser Proposition verlassen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 11ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Abgeordnete.

Der Abgeordnete Petri verlas heute den in Form des Landtags-Gutachtens abgefaßten Commissionsbericht über den Etat der Landcasse und sollte über die Bewilligung der Sublevationsgelder — und zwar über Erneuerung der s. g. ältern Bewilligung berathen

werden, als die landesherrlichen Commissarien für die XII. Proposition durch ein dem Herrn Vorsitzenden eingehändigtes Schreiben ihr Erscheinen in der heutigen Sitzung ankündigen ließen, um wegen der gestrigen Abstimmung über die s. g. neuere Bewilligung von Sublevationsgeldern weitere Mittheilungen zu eröffnen.

Man ließ deßwegen die Bewilligung der ältern Sublevationsgelder vorerst in suspenso und wurde dem Commissionsberichte in allen übrigen Puncten beigepflichtet.

Ueber die Verhandlung mit den sodann erschienenen Fürstl. Commissarien, Herrn Geheime Regierungsrath Petri und Herrn Geheime Cammerrath Rohdewald ist ein besonderes registrirtes Protocoll aufgenommen.

Dasselbe lautet:

Actum Detmold am Landtage den 11. Februar 1845.

Der Herr Geheime Regierungsrath Petri und der Herr Geheime Cammerrath Rohdewald fanden sich in der Versammlung ein und eröffnete der Erstere, daß Fürstl. Regierung vernommen habe, es sey von den Ständen ein Beschluß in Hinsicht auf die Sublevationsgelder gefaßt, welcher den Verhandlungen über die Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte Hindernisse in den Weg legte. Die Herrn Regierungs-Commissarien seyen gekommen, um die Gründe jenes Beschlusses zu erfahren und etwaige weitere Erläuterungen zu ertheilen.

Nachdem der Abgeordnete Petri als Referent der II. Commission die erforderliche Nachricht gegeben hatte, erklärte Herr Geheime Cammerrath Rohdewald, daß die Regierung entschlossen sey, bei Serenissimo zu beantragen, daß das Peraquations-Princip bei der Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte zum Grunde zu legen sey, und daß daher die Differenz in der Ausgabe von pptr. 7000 Rthlr. nicht als Bedingung gestellt werden würde. Dagegen würde allerdings vorausgesetzt, daß die 24,000 Rthlr. Sublevationen den Ständen in Einnahme anzurechnen seyen.

In Gegenwart der Herren Regierungs-Commissarien vorgelesen und genehmigt.

gez. v. Blomberg. Antze. Petri.

a. u. s.

in fidem

Rosen.

Nach Entfernung der gedachten Herrn wurde nunmehr eine auf die XII. Proposition abzugebende Erklärung dahin beschlossen, daß die Stände die Erklärung der Fürstl. Regierung in Hinsicht auf das bei der Auseinandersetzung zwischen dem Staats- und Domanial-Haushalte zum Grunde zu legende Peräquationsprincip acceptirten, ohne sich jedoch für einen definitiven Beschluß zu binden.

Sodann wurde die Frage gestellt:

> Ob die Erklärung der Fürstl. Commissarien derartige nova enthalte, daß sie die Stände-Versammlung zu einer nochmaligen Abstimmung über die Bewilligung der letztern 12000 Rthl. s. g. Sublevationsgelder veranlassen könnte?

Bei der Abstimmung wurde diese Frage von der Majorität mit 14 Stimmen bejaht.

Verneinend stimmten die Abgeordneten:

von Stietencron,

von Reden,

von Kerßenbrock,
Hornhardt,
Niemeier,
Dr. Meier.

Der Abgeordnete Hildebrand war augenblicklich abwesend.

Es wurde also hiernach die Hauptfrage vorgelegt:

Sollen, in Betracht der nach der Erklärung der Herren Regierungs-Commissarien vorhandenen größern Aussicht auf das Zustandekommen der Trennung des Staats-Haushalts vom Domanial-Haushalte auf billigen Grundlagen, wobei zugleich die Genehmigung der gedachten Erklärung von Serenissimo Höchstselbst vorausgesetzt werde, die von der Regierung über die frühern Sublevationsgelder hinausgeforderten anderweiten 12000 Rthlr., also überhaupt 24000 Rthlr. für die nächste Finanzperiode von 2 Jahren, nochmals extraordinarie bewilligt werden?

Bei der Abstimmung durch namentlichen Aufruf wurde diese Frage bejaht von den Abgeordneten

von Blomberg,
von Borries,
Antze,
Ernst,
Meier (Syndicus),
Böhmer,
Runnenberg,
Hildebrand,
Piderit,
Schönlau,
Busse,
Heldman,
Petri,
Hagemeister und
Ballhorn-Rosen,

Verneint wurde die Frage von den Abgeordneten:

von Stietencron,
von Reden,
von Kerßenbrock,
Hornhardt,
Niemeier und
Dr. Meier.

Von den in der Minorität gebliebenen Abgeordneten behielten von Stietencron, von Reden und Dr. Meier sich vor, den Grund ihrer Abstimmung schriftlich zu entwickeln und ad prot. abzugeben.

Die s. g. neuere Sublevation ad 12000 Rthlr. war demnach per majora in obiger Art bewilligt und ist damit stillschweigend die Fortbewilligung der ältern ausgesprochen.

Der Abgeordnete Petri referirte sodann über die Verhandlungen der X. Commission mit Herrn Regierungsrath Piderit über die zur Sprache gebrachten verschiedenen Reclamationen der Stände in Betreff ihrer verfassungsmäßigen Rechte.

Es wurde beschlossen:

1) wegen des den Ständen abgesagten Rechts sich zu s. g. Deliberationstagen zu versammeln eine Verwahrung einzulegen;
2) in Hinsicht auf die Lippstädter Casse darauf anzutragen, daß der desfallsige Streit bei Gelegenheit der Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte, oder sonst, mit erledigt werden möge;
3) daß wegen der einseitigen Verfügung Fürstl. Regierung über einen Theil der Zollrevenüen, um Fürstl. Cammer wegen des Verlusts am Weserzolle zu entschädigen, nur noch die Liquidation des Betrages beantragt werden soll;
4) daß rücksichtlich des nach dem vorigen Landtage zuerst ausgeschriebenen sechsten simpli contributionis und wegen des in dem Regierungserlasse vom 15ten April 1843 ausgesprochenen Grundsatzes hinsichtlich des ständischen Steuerbewilligungsrechts eine Verwahrung einzulegen und
5) die verspätete Ausschreibung des Landtages pro 1845 und 1846 zu moniren und zu beantragen sey, daß künftig der Landtag im November berufen werden möge.

Schließlich wurde die V. Proposition zur Berathung gebracht, und verlas Abgeordneter Heldman den Commissionsbericht. Dem letztern gemäß wurde der Proposition ad I. nicht beigepflichtet, ad II. beigestimmt, und ad III. die Proposition abgelehnt.

Derselbe Abgeordnete referirte sodann noch über sein mit dem Gegenstande der Proposition in Verbindung stehendes Desiderium wegen Abschaffung der Neuwohner-Abgaben und wurde seinem schriftlichen Vorschlage beigestimmt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 12ten Februar 1845.

Gegenwärtig sämmtliche Mitglieder mit Ausnahme des Hrn. Präsidenten von Borries, welcher abgereis't ist.

Der Abgeordnete Runnenberg übergab heute das vorbehaltene Separatvotum wegen der Entschädigung der fünf ältern Städte.

Der landesherrliche Commissarius für die V. Proposition, Herr Regierungsrath Piderit fand sich in der Versammlung ein und wurden demselben die gegen die Proposition erhobenen Bedenken der Stände bekannt gemacht.

Nachdem eine Erörterung der verschiedenen Ansichten Statt gefunden hatte, entfernte sich der Herr Regierungs-Commissarius und wurde sodann wiederholt abgestimmt, und das Commissions-Gutachten definitiv mit 15 Stimmen genehmigt.

Der Abgeordnete Heldman stellte und verlas einen Antrag, bei Serenissimo unterthänigst auf ein Gesetz über die Ablösbarkeit des Erbpacht-Canons und der auf Privatrechtstiteln beruhenden Geldabgaben von Grundstücken anzutragen.

Dem Antrage wurde per majora beigestimmt.

Der Abgeordnete Petri verlas die auf die XII. Proposition abzugebende Erklärung.

Man beschloß, Serenissimum unterthänigst zu bitten, Behuf der schließlichen Berathung der Auseinandersetzung zwischen Staats- und Domanial-Haushalte einen Communicationstag zu berufen. Zur Vorbereitung des alsdann zu fassenden Beschlusses und zur weitern Verhandlung mit der zu diesem Zwecke von Serenissimo erbetenen Commission wurde eine ständische Commission, bestehend aus den Ausschußdeputirten und den Abgeordneten von Stietencron, Amtmann Piderit und Amtmann Heldman niedergesetzt. Die Ausschußdeputirten wurden beauftragt, es zu befördern,

daß sämmtliche Abgeordnete eine genügende Zeit vor dem Communicationstage, wenn ein solcher berufen werden sollte, von den gesammten Verhandlungen vollständige Einsicht erhalten.

Die Vorstellung der Vorsteher der Bauerschaften im Amte Schötmar wegen Herabsetzung der Contribution wurde ad acta gelegt, da keine Mittel vorhanden sind, um den bei der gewünschten Herabsetzung eintretenden Ausfall zu decken.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Actum Detmold am Landtage den 13ten Februar 1845.

Abwesend der Abgeordnete Präsident von Borries.

Der Abgeordnete Dr. Meier gab statt der vorbehaltenen schriftlichen Entwickelung seiner Gründe heute mündlich zu Protocoll, daß er die Erklärung des Herrn Geheimen Cammerrath Rohdewald: „Es werde Regierungsseitig vorausgesetzt, daß bei Trennung des Staats- vom Domanial-Haushalte die s. g. neuere Bewilligung von 12000 Rthl. Sublevationsgeldern in Anrechnung gebracht werden würden" als ein genügendes Motiv seiner verneinenden Abstimmung vom 11ten huj. ansehe.

Der Herr Vorsitzende verlas das von ihm abgefaßte Landtags-Gutachten über die erste Proposition, welches genehmigt wurde.

Abgeordneter Petri als Berichterstatter der Commission für Justizsachen referirte sodann über die der Commission zugetheilten verschiedenen Anträge und wurde beschlossen:

1) auf eine Revision der Gerichtsverfassung, der Proceß-Ordnung neben einer allgemeinen Revision des Justizwesens, unterthänigst anzutragen;
2) eine Ausdehnung der Verordnung vom 22sten October 1839 auf Hebungsbeamte, Amtsschreiber und Auditoren, rücksichtlich der an ihren Gerichten anhängigen Rechtsachen zu erbitten;
3) eine Abänderung des §. 9 des Proceß-Reglements vom 27sten Februar 1816 und
4) eine Vorlage zur Entscheidung der in dem Antrage des Dr. Meier hervorgehobenen Controversen, namentlich der über die Requisite des Besitzes bei Streitigkeiten über und wegen der Beweislast bei der actio negatoria zu beantragen.

Auf Antrag des Hrn. Vorsitzenden wurde ein Zusatz zu dem Landtags-Gutachten zur V. Proposition dahin beschlossen, daß Serenissimo anheim zu geben, für Fälle, wo die Contribution der Erbpächter besonders hart scheinen möchte, die Kündigung des Erbpachtcontracts gesetzlich zu gestatten.

Schließlich wurde beschlossen, Serenissimum um Genehmigung einer Vertagung des Landtages von Sonnabend den 15ten huj. bis zu dem zu bestimmenden Tage des Landtagsbeschlusses zu bitten.

Vorgelesen und genehmigt.

Actum Detmold am Landtage den 14ten Februar 1845.

In heutiger Sitzung wurden vom Landsyndicus die noch rückständigen ständischen Gutachten vorgetragen.

Der Herr Vorsitzende zeigte an, daß nach einem ihm zugegangenem Schreiben

der Fürstlichen Regierung die beantragte Vertagung bis zum 1sten März, an welchem Tage der Landtags-Abschied publicirt werden würde, von Serenissimo bewilligt worden sey.

gez. v. Blomberg. Antze. Petri.

a. u. s.

in fidem
Rosen.

VI.

Die ständischen unterthänigsten Gutachten und Erklärungen auf die Vorlagen.

A. Auf die Propositionen zum Landtage vom 15ten Januar 1845.

1) Wegen der Allodification der Lehen.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht haben dem, an den beiden vorigen Landtagen unterthänigst vorgebrachten Wunsche treugehorsamster Stände durch Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Allodification der Lehen zu entsprechen gnädigst geruhet, und indem treugehorsamste Stände für die huldreiche Berücksichtigung ihres Antrages ihren ehrerbietigsten Dank abzustatten sich gedrungen fühlen, überlassen sie sich zugleich vertrauensvoll der Hoffnung, daß Höchstdieselben es gnädig aufnehmen werden, wenn sie sich erlauben, zwei Hauptbedenken gegen den vorliegenden Entwurf auszusprechen, um deren Beseitigung sie unterthänigst würden bitten müssen, ehe sie sich mit Erlassung des Gesetzes einverstanden erklären könnten. Es sind nämlich in dem Entwurfe zwei Grundsätze angenommen, die mit unsern Ansichten über das fragliche Rechtsverhältniß nicht im Einklange stehen, nämlich:

I) daß das Provocationsrecht auch dem Lehnsherrn eingeräumt werden, und
II) daß das Erlöschen sämmtlicher Rechte der Mitbelehnten Folge der Allodification seyn soll.

Die Meinungsverschiedenheit, die zwischen Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung und uns in Ansehung dieser beiden Puncte hervorgetreten ist, rührt daher, daß gegenseitig von verschiedenen Standpuncten ausgegangen worden ist. Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung hat dafür gehalten, daß vorzugsweise dahin zu streben sey, ein mit den heutigen Einrichtungen und Meinungen im Widerspruch stehendes, veraltetes Institut schnell und völlig zu beseitigen, eine Ansicht, die, wie wir nicht verkennen, Manches für sich hat und über die wir daher keineswegs einen Tadel aussprechen zu wollen gemeint sind. Wir dagegen haben geglaubt, da das Lehns-Institut seine politische Bedeutung gänzlich verloren hat, und der Lehnsnexus jetzt nur noch auf Privatrechtsverhältnisse einen Einfluß übt, uns auch nur auf den rein privatlichen Standpunct stellen zu müssen und daher das vorgesetzte Ziel, wenn auch langsamer, doch nur mit möglichster Schonung wohlerworbener Rechte und thunlichster Entfernung des Zwanges für den Vasal-

len, der allein durch das Lehnsverhältniß wirklich beläſtigt wird, während die Inconvenienzen, die deſſen Fortdauer für den Lehnsherrn haben kann, nur untergeordneter Art ſind, erreichen zu dürfen. Dieſes vorausgeſchickt bemerken wir unterthänigſt:

Ad I. Die höchſtlandesherrliche Propoſition ſpricht als Zweck dieſes Geſetzes aus, die öfter einer zweckmäßigen Benutzung hinderlichen Feſſeln zu löſen, welche das Lehnsverhältniß dem Eigenthum anlegt, es iſt mithin anzunehmen, daß es vorzugsweiſe zum Beſten des Vaſallen gegeben werden ſoll. Daraus folgt unſeres Dafürhaltens nothwendig, daß auch dem Letztern die Beurtheilung überlaſſen werden muß, ob er bei der Befreiung ſeines Eigenthums vom Lehnsverbande ein Intereſſe habe, das ihn veranlaſſen kann, dafür ein bedeutendes Opfer zu bringen. In pecuniärer Beziehung wird der Vaſall, da die Lehnwaare durchgehends in Verhältniß des Lehnsobjects höchſt geringfügig iſt, durch das Lehnsverhältniß faſt gar nicht beläſtigt und es iſt daher nur der Heimfall und die Beſchränkung bei Verſchuldungen oder Veräußerungen, deren Beſeitigung ihm die Allodification wünſchenswerth machen kann. Es iſt aber ſehr wohl der Fall gedenkbar, daß die Befreiung von dieſen Eigenthumsbeſchränkungen für ihn gar keinen Werth hat. Iſt für den Heimfall einige Wahrſcheinlichkeit vorhanden, indem entweder das Lehn auf 4 Augen ſteht oder ſämmtliche Mitbelehnte keine lehnsfähige Deſcendenz haben, ſo iſt die Provocation ausgeſchloſſen; hat aber der Vaſall eine zahlreiche Deſcendenz oder zahlreiche nahe männliche Anverwandte, ſo iſt ihm jene entfernt liegende Eventualität gleichgültig. Was aber die Beſchränkung der Verſchuldung und Veräußerung betrifft, ſo kann auch ſelbſt abgeſehen davon, daß der zeitige Vaſall vielleicht beides weder beabſichtigt, noch ſeinen Lehnserben zu erleichtern wünſcht, die Befreiung vom Lehnsner in dieſer Beziehung für ihn ganz nutzlos ſeyn, wenn das Lehnsobject, wie der Fall im hieſigen Fürſtenthum mehrfach vorkommt, mit Fideicommiß belegt iſt. Ew. Hochfürſtliche Durchlaucht werden hiernach gnädigſt erwägen, wie ſehr es und auf eine in den einzelnen Fällen kaum zu überſehende Weiſe, zum Druck eines Vaſallen gereichen könnte, wenn er um ein Verhältniß zu beſeitigen, das auf der einen Seite für die Gegenwart gar keine pecuniäre Opfer von ihm fordert, während auf der andern die künftige Entfernung der möglichen Nachtheile deſſelben ganz außer ſeinem Intereſſe liegt, gezwungen werden ſollte, eine vielleicht ſehr bedeutende jährliche Leiſtung, ſey es nun als Rente oder als Zinſen eines angeliehenen Ablöſungs-Capitals, zu übernehmen. Wir glauben daß dieſelbe Härte auch in einer Vorſchrift liegen würde, wonach bei erfolgter Ablöſung von Gefällen, die Allodification als nothwendig angenommen würde. Denn wenn dem Vaſallen ſchon durch die Ablöſung ein Verluſt zugefügt iſt, ſo müßte es noch um ſo drückender für ihn ſeyn, wenn er außerdem noch die Rente eines ganzen Jahrs durch die Allodification verlieren ſollte, beſonders bei Zehnten und ſonſtigen Gefällen von bedeutender Ausdehnung. Wir würden daher auch eine in dieſer Beziehung von dem ausgeſprochenen Grundſatze, daß ein Lehn nicht theilweiſe allodificirt werden könne, zu machende Ausnahme nicht für gerechtfertigt halten.

Ad II. Erſcheint es uns als ein höchſt bedenklicher Eingriff in wohlerworbene Rechte, wenn die Mitbelehnten, deren Anſprüche und Ausſichten oft von nicht unbedeutendem Werthe ſeyn können, derſelben ohne Weiteres und ohne alle Entſchädigung verluſtig erklärt werden ſollen. Zudem ſind die Rechte der Mitbelehnten oft bei den einzelnen Lehen ſo verſchiedener Art, daß ſich in der That gar nicht überſehen ließe, in was für Verhältniſſe man auf dieſe Weiſe ſtörend eingriffe. Es widerſtreitet den allgemeinen Rechtsprincipien, daß durch den zwiſchen dem Lehnsherrn und dem Vaſallen abzuſchließenden Vertrag über die Rechte dritter Perſonen zu deren Nachtheil ſoll

verfügt werden können. Besonders dürfte hier aber noch in Betracht zu ziehen seyn, daß es vorzugsweise der Heimfall ist, für den der Lehnsherr durch das Allodifications-Capital oder die Allodifications-Rente entschädigt werden soll und dieser kann nicht eintreten, so lange noch irgend ein Agnat vorhanden ist; es würde aber unseres Erachtens mit der Gerechtigkeit nicht zu vereinigen seyn, wenn während der Lehnsherr für sein entferntes Anrecht eine erhebliche Vergütung erhielte, das ungleich näher liegende des Agnaten ohne alle Entschädigung beseitigt werden sollte. Wir erlauben uns daher unterthänigst darauf anzutragen, daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen wollen, in dem beabsichtigten Gesetze die Bestimmung treffen zu lassen: daß durch die Allodification nur das gegenseitige Rechtsverhältniß des Lehnsherrn und des Vasallen aufgelöset, die Rechte der Mitbelehnten aber durch dieselbe nicht alterirt werden. Wir können hier nicht unerwähnt lassen, daß auch die Gesetzgebungen mehrerer anderer Länder bei der Allodification die Rechte der Agnaten intact gelassen haben, und wollen hier als Beispiel nur die Königlich Preußische Verordnung vom 21sten April 1825, Tit. III. §. 27. sowie die alten, in den östlichen Preußischen Provinzen gültigen Königlichen Lehnsassecuranzen anführen, in Folge welcher letztern nach Aufhören des Lehnsnexus gegen den Lehnsherrn, das ursprüngliche Verhältniß der Lehnsagnaten zu einander, jetzt schon länger als ein Jahrhundert fortbestanden hat, ohne daß der Benutzung des Eigenthums nachtheilige Wirkungen sich fühlbar gemacht hätten.

Wir verkennen nicht, daß der Zweck, das Eigenthum von den durch das Lehnsverhältniß herbeigeführten Beschränkungen zu befreien, wenn die Rechte der Agnaten geschont werden sollen, nur langsam zu erreichen steht; aber wir glauben, daß der Vortheil einer schnellen Beseitigung jener, die oben berührten Nachtheile der Rechtsverletzung bei Weitem nicht überwiegt, um so weniger, da das Ziel einer völligen Befreiung des Immobiliarbesitzes von allen Fesseln doch nur sehr unvollkommen dadurch erreicht wird. Denn die Fideicommisse, deren Aufhebung erhebliche, auch von den Gesetzgebungen aller andern deutschen Staaten anerkannte Bedenken entgegenstehen, bleiben nicht nur in Kraft, sondern können selbst neu gestiftet werden. Es wäre der Fall gedenkbar, daß der Besitzer eines Lehnguts, der durch die Allodification seinen sämmtlichen Lehns-Agnaten ihre Successionsrechte entzogen hätte, unmittelbar danach dasselbe Gut zu Gunsten seiner Descendenz mit Fideicommiß belegte, wo dann also eine Vernichtung von Rechten Statt gefunden haben würde, ohne daß für den Zweck des Gesetzes irgend etwas gewonnen wäre.

Wir sind des unterthänigsten Dafürhaltens, daß sowie es der Beurtheilung des Vasallen überlassen werden muß, ob die Verwandlung seines Lehns in freies Eigenthum für ihn einen, den Behufs der Allodification zu bringenden Opfern entsprechenden Werth habe, derselbe auch zu überlegen haben wird, wie weit die Vortheile, die er sich davon versprechen darf, ihm etwa durch das Verhältniß zu seinem Lehns-Agnaten verloren gehen möchten. In manchen Fällen werden diese Verhältnisse ihn nicht von der Allodification abschrecken. Denn da die Rechte des Lehnsherrn das Haupthinderniß der freien Disposition über das Lehnsobject sind und dagegen der agnatische Consens zu Verschuldungen und Veräußerungen in vielen Fällen leichter und wohlfeiler zu beschaffen steht, so wird jedenfalls der bisherige Vasall durch die Allodification der freien Disposition über seinen Immobiliarbesitz um einen bedeutenden Schritt näher gekommen seyn.

Daß übrigens, soweit dieß ohne in fremde Rechte einzugreifen möglich, die Ver-

wandlung des Lehns in freies Eigenthum zu befördern und Nichts zu verabsäumen sey, was die Allodification dem Vasallen wünschenswerth machen kann, darüber sind wir nicht zweifelhaft und erlauben uns in dieser Beziehung folgende Vorschläge:

1) Die hiesige Gerichts-Praxis nimmt an, daß auch im Lehn die Kinder facta patris zu prästiren schuldig sind. Dieser Grundsatz dürfte zu größerer Sicherheit nunmehr gesetzlich festzustellen seyn und tragen wir daher ehrerbietigst darauf an, daß in dem Allodificationsgesetz die Bestimmung aufgenommen werden möge: daß da im Lehn die Kinder facta patris anzuerkennen gehalten sind, durch die von einem Vasallen, der allein Descendenten zu Mitbelehnten hat, bewirkte Allodification eines Lehns, dessen Verwandlung in freies Eigenthum sofort eintrete.

2) Damit der allodificirende Vasall gegen Weitläuftigkeiten, die ihm künftig aus unbegründeten oder verdunkelten Ansprüchen angeblicher Lehns-Agnaten erwachsen könnten, geschützt werde, würden wir vorschlagen: daß nach erfolgter Allodification sämmtliche Mitbelehnte durch eine in drei öffentlichen Blättern, worunter 2 ausländische weitgelesene Zeitungen, bekannt zu machende Edictal-Citation aufgefordert würden, innerhalb einer sechsmonatlichen Präjudicialfrist ihre etwaigen agnatischen Successionsansprüche anzumelden und in das Hypothekenbuch eintragen zu lassen und daß künftig nur die auf diese Weise hypothekarisch versicherten Successionsrechte als gültig anzuerkennen seyen.

Wir verkennen nicht, daß die Berücksichtigung dieser von uns unterthänigst vorgetragenen Bedenken eine gänzliche Umarbeitung des vorgelegten Gesetz-Entwurfs nöthig machen wird, überlassen uns aber der Hoffnung, daß dieser Umstand der Erlassung des Gesetzes nicht hindernd in den Weg treten werde und Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unserer unterthänigsten Bitte, dem nächsten Landtage einen anderweitigen Entwurf vorlegen zu lassen, huldreichst entsprechen werden.

Außer den beiden vorstehenden wesentlichen Erinnerungen, erlauben wir uns noch folgende unvorgreifliche Wünsche und Bemerkungen der hohen Berücksichtigung Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht unterthänigst anheimzustellen.

a) Der §. 2. scheint in seiner jetzigen Gestalt ganz ausfallen zu können, da weiter unten der Schluß des §. 27. die Bestimmung enthält, daß durch Perfection des Allodifications-Vertrages das Lehn in freies Eigenthum verwandelt werde. Die Aufzählung der Folgen einer gesetzlichen Vorschrift, die sich ohnehin von selbst aus der Natur der Sache ergeben, dürfte an und für sich nicht unerheblichen Bedenken unterliegen.

b) Die Bestimmung des §. 3., wonach die Allodification unstatthaft ist, wenn das Lehn auf 4 Augen steht, dürfte Alles erschöpfen, was die Billigkeit zur Sicherung der Interessen des Lehnsherrn erheischt, daher eine weitere Ausdehnung derselben auf den Fall, daß sämmtliche Mitbelehnte ohne lehnsfähige Descendenz sind, uns nicht ganz gerechtfertigt erscheint.

c) Ferner wünschen wir in denselben §. die Bestimmung aufgenommen zu sehen, daß die Zulässigkeit des Allodificationsantrages nach dem Zeitpuncte, wo er erfolgt, zu beurtheilen sey; später eintretende Veränderungen aber ohne Wirkung auf denselben bleiben.

d) Wir besorgen, daß die im §. 6 ausgesprochene Beschränkung der Fortdauer der Ansprüche der Töchter und Witwen des Vasallen auf Alimente u. s. w. auf „bereits erworbene" zu Härten führen könnte, indem z. B. eine zur Zeit der Allodification noch nicht geborene Tochter des Vasallen doch nicht wohl vom Genusse dieser Rechte ausgeschlossen werden könnte, weshalb wir uns vorzuschlagen erlauben, daß statt der gegenwärtigen Fassung gesetzt werden möge: „die etwaigen Ansprüche."

e) Die am Schlusse des §. 8 getroffene Bestimmung wegen der Ansprüche der Allodialerben auf die Reversgelder dürfte vielleicht zu eng und in einer Art zu fassen seyn, daß alle Ansprüche, welche Allodialerben an die Lehnserben oder den Lehnsherrn rechtlich machen können, darunter begriffen würden.

f) Das im §. 9 aufgestellte Erforderniß der landesherrlichen Bestätigung einer Fideicommißstiftung aus allodificirten Lehngütern scheint uns unmotivirt, da wir über diesen Gegenstand in der Verordnung wegen der Familien-Fideicommisse vom 28sten November 1769 ein eigenes Landesgesetz haben, das eine solche Bestätigung durch den Landesherrn nicht vorsieht, und überall keine Gründe obwalten dürften, die Stiftung eines Fideicommisses aus bisherigen Lehngütern durch besondere Formalitäten, die, wenn die Stiftung aus andern Gütern erfolgt, nicht Statt finden, zu erschweren.

g) Bei Feststellung der Allodifications-Gebühren im §. 10 dürfte das Verhältniß zwischen Mannlehn und Kunkellehn nicht ganz getroffen seyn. Beim Kunkellehn ist die Wahrscheinlichkeit des Heimfalls außerordentlich gering und das Probabilitätsverhältniß dürfte dem Mannlehn gegenüber sich höchstens wie 1 zu 4 stellen. Auch abgesehen hiervon scheint uns eine Allodifications-Gebühr von resp. 4 und 2 pro Cent, zumal in Vergleich mit den desfallsigen legislativen Bestimmungen anderer Länder z. B. Preußens und Hannovers, sehr hoch zu seyn und wagen wir daher Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht die so dringende als unterthänigste Bitte vorzutragen, eine Herabsetzung, etwa auf 3 und 1 pro Cent gnädigst eintreten zu lassen. Eine solche Ermäßigung würde ohnstreitig den Lehnsbesitzern mehr Veranlassung zu Anträgen auf Allodificationen geben und daher diese befördern. Wir sind überzeugt, daß bei Entwerfung des Gesetzes überall nicht die Absicht vorgeschwebt hat, den Lehnsherrn zu bereichern; sondern daß derselbe nur für dasjenige hat entschädigt werden sollen, was er wirklich verliert und in dieser Beziehung glauben wir annehmen zu dürfen, daß wenn aus den bei Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Lehncammer während einer gegebenen längeren Periode aufgekommenen Erträgen an Heimfällen, Consensgebühren u. s. w. eine Fraction gebildet und mit dem ungefähren Werth sämmtlicher Lehnsobjecte verglichen würde, das von uns unterthänigst vorgeschlagene Verhältniß der Allodifications-Gebühren nicht unangemessen erscheinen möchte.

h) Zum §. 11 finden wir uns veranlaßt, in Beziehung auf ein Local-Verhältniß einen Zusatz vorzuschlagen. In der Feldmark der Stadt Usten finden sich nämlich ehemals Abteilich Herfordische, sogenannte Erblehen, bei denen vom longobardischen Lehnrecht gänzlich abweichende Grundsätze in Anwendung kommen. Es kann über dieselben testirt werden, sie vererben sich nach der Gütergemeinschafts-Ordnung und können daher auf Personen übergehen, die nicht zur Familie gehören, so daß deren Heimfall kaum möglich ist, weshalb sie in dieselbe Kategorie, wie die im §. 11 erwähnten Lehen der Gemeinden und Corporationen gehören dürften. Es möchte deshalb in dem angeführten §. nach den Worten: „von Gemeinden und Corporationen" einzuschalten seyn: oder anderer Lehen, bei denen ihrer besonderen Verhältnisse wegen ein Heimfall nicht eintreten kann.

i) Was die im §. 14 normirte Ermittelung des Werthes eines Lehens betrifft, so

scheint dabei der Ertragswerth, nicht aber der Kaufwerth, der jenen in der Regel bei Weitem übersteigt, zum Grunde gelegt werden zu müssen, da widrigenfalls der Vasall, der nicht zu verkaufen beabsichtigt, in großem Nachtheil stehen würde. Die Hannövrische Gesetzgebung legt in dem hier in Rede stehenden Falle, den veranschlagten Steuer-Ertrag zum Grunde, capitalisirt diesen mit dem 25fachen Betrage und läßt demnächst von dem auf diese Weise ermittelten Capitale die Allodifications-Rente nach den gesetzlichen Procentsätzen berechnen. Es ließe sich vielleicht hier eine ähnliche Einrichtung treffen, wodurch dann zugleich die Kosten und Weitläuftigkeiten der Taxationen vermieden würden.

k) Zu demselben §. erlauben wir uns die Bemerkung, daß um die gehörige Feststellung der zu taxirenden Objecte vor der Abschätzung herbeizuführen, es zweckmäßig seyn dürfte, zu bestimmen, daß das zu allodificirende Lehn in demjenigen Umfange anzunehmen sey, in welchem es dem Heimfall unterliegen würde.

l) Die im §. 20. in Aussicht genommene Bestätigung durch freie Uebereinkunft zu Stande gekommener Allodifications-Verträge dürfte unserer Ansicht nach nicht als facultativ, sondern als nothwendig hinzustellen seyn.

m) Der am Schluß des §. 23. vorbehaltene Recurs dürfte statt an die Regierung, an die Justiz-Canzlei gehen müssen, weil die Erstere zugleich der Lehnhof ist. Würde auf diese Bemerkung eingegangen, so würde daraus folgen, daß die Bestimmung zu Anfang des §. 24 eine veränderte Fassung dahin erhielte, daß alle eigentlichen Rechtsfragen im gewöhnlichen Rechtswege vor der competenten Justizbehörde zu verhandeln seyen.

n) Es dürfte bedenklich seyn einer Verordnung, welche ganz andere Rechtsverhältnisse zum Gegenstande hat, wie es im §. 25. geschieht, in Beziehung auf das vorliegende Gesetz eine ganz allgemeine subsidiarische Anwendung zu geben und würden wir es daher für nöthig erachten, alle diejenigen Bestimmungen der Ablösungs-Ordnung, welche hier zur Anwendung kommen sollen, speciell zu allegiren.

o) Zum §. 26. würden wir vorschlagen, daß der Lehnsherr und resp. Vasall nur dann die Kosten des Taxationsverfahrens zu tragen habe, wenn das Resultat der Abschätzung die anerbotene Entschädigungssumme um 5 pro Cent übersteigt, oder dasjenige einer vom Vasallen verlangten zweiten Abschätzung um eben soviel hinter dem der ersten zurückbleibt.

p) In Beziehung auf den Inhalt des §. 27 würden wir dafürhalten, daß die Ausfertigung einer Allodifications-Urkunde unbedingt vorzuschreiben und nicht bloß von dem besonderen Vertrage des allodificirenden Vasallen abhängig zu machen sey.

Detmold, den 31sten Januar 1845.

2) Wegen Verwilligung von Dotalgeldern.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht haben gnädigst geruhet, den treugehorsamsten Ständen die Verwilligung von Dotalgeldern für Töchter der hohen erbherrlichen Linien abermals zu proponiren und treugehorsamste Stände haben diesen Gegenstand pflichtmäßig einer nochmaligen gründlichen Prüfung unterworfen. Das Resultat ist in dem unterthänigst beigefügten commissarischen Gutachten enthalten und überzeugt die Stände noch mehr als dieß vorher schon der Fall war, von der Unhaltbarkeit der gemachten Ansprüche.

Die treugehorsamsten Stände sehen sich daher gezwungen, die Proposition auch dieses Mal unterthänigst abzulehnen.

Detmold, den 1sten Februar 1845.

Anlage.

Gutachtlicher commissarischer Bericht, die Verwilligung von Dotalgeldern in den erbherrlichen Linien betreffend.

Schon auf dem im Jahre 1838 gehaltenen Landtage wurde den Landständen eine Proposition wegen Verwilligung von Dotalgeldern in den erbherrlichen Linien vorgelegt. Von den Landständen wurde zur nähern Aufklärung der hier in Betracht kommenden Umstände eine Commission niedergesetzt und gebeten, derselben durch die Ausschußdeputirten die einschlagenden Nachrichten aus dem landesherrlichen Archive mittheilen zu lassen, um die demnächstige Beschlußnahme vorzubereiten.

Auf dem Landtage des Jahrs 1840 wurden die von dem Fürsten zu Schaumburg-Lippe, dem Grafen Christian zur Lippe-Weissenfeld zu Teichnitz, bei Bautzen, dem Grafen Ferdinand zur Lippe-Weissenfeld in Baruth, bei Bautzen, dem Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld in Obercassel und dem Grafen Ludewig zur Lippe-Weissenfeld erhobenen Ansprüche auf Dotalgelder den Landständen zur Verwilligung empfohlen, mit der Anzeige, daß in besonderer Berücksichtigung der obwaltenden Umstände auf die Dotalgelder für die an den Grafen von Münster verheirathete Schwester des Fürsten von Schaumburg-Lippe die Summe von 4000 Rthlr. den 28sten December 1820, gegen einen Revers ausgezahlt und nachmals aus der Landcasse wieder erstattet wäre.

Die Landstände, denen inmittelst ein Bericht des Archivraths Clostermeier vom 25. November 1814 mitgetheilt war, erklären im Landtagsgutachten: sie fänden sich gedrungen, so lange die gemachten Ansprüche nicht besser, wie bisher geschehen, in quali et quanto begründet wären, solche abzulehnen.

Bei den vom Archivrath Clostermeier aufgezählten Präcedenzfällen wären jedesmal den Ständen Reverse ertheilt worden, daß die bewilligten Zuschüsse nicht als eine rechtliche Pflicht betrachtet, und ad consequentiam gezogen werden sollten. Außerdem wären

2) die geschehenen Verwilligungen selbst so ungleichmäßig gewesen, daß sie um das vierfache und mehr differirten.

Nach allgemeinen Grundsätzen des deutschen Fürstenrechts könnten apanagirte Herren für ihre Töchter keine Dotalgelder, welche durch eine Fräuleinsteuer aufzubringen sind, selbst da, wo solche hinsichtlich der Töchter aus dem regierenden Hause auf rechtlichem Herkommen beruhen, in Anspruch nehmen. Die Kaiserliche Confirmation des Primogeniturrechts vom 12. Februar 1593, so wie das Testament des Grafen Simon des 6ten von 1597 bezögen sich nur auf die unmittelbare Nachkommenschaft des Erblassers und ließen den Rechtsgrundsatz, daß die apanagirten Herren ihre Töchter selbst auszusteuern hätten, ungeschmälert stehen. Der Hamelnsche Receß vom 2ten Juli 1655 bestätigte als ein pactum inter alios nur die oben angeführte testamentarische Disposition im §. 17, und was den Biesterfelder Vergleich vom 24sten Mai 1762 betreffe, so sey im §. 5. desselben nur enthalten, daß es hinsichtlich der Dotation der gräflichen Töchter schlechterdings beim Landesherkommen sein Bewenden haben solle, da aber dieses nur darin bestanden, daß von Zeit zu Zeit freiwillige Beisteuern gegen Reverse, daß solche nicht auf rechtlicher Verpflichtung beruhen, gegeben worden, so sey dadurch um so weniger eine vollkommen rechtliche Verbindlichkeit begründet, da die gegebenen patriotischen Beisteuern in ganz ungleichen Bewilligungen bestanden, es aber ein anerkannter rechtlicher Grundsatz sey, daß eine ganz in das Ermessen des Gebers gestellte freiwillige Gabe, keine rechtliche Verpflichtung für die Folge mit sich führen könne.

Auf dem letzten Landtage wurden die Stände in der landesherrlichen vierten Propo-

sition davon in Kenntniß gesetzt, daß der Fürst zu Schaumburg-Lippe auf Veranlassung der am 16ten October 1841 vollzogenen ehelichen Verbindung der Prinzessinn Adelheid Christiane Juliane Charlotte zu Schaumburg-Lippe mit dem Prinzen zu Schleßwig-Holstein-Glücksburg mittelst Schreibens vom 30sten October 1841 die Beförderung der sogenannten Fräuleinsteuer in Anspruch genommen habe.

Die Stände erklären in ihrem Landtagsgutachten: sie hätten bereits in ihrem Landtagsgutachten vom 19ten December 1840 diejenigen Gründe ausführlich auseinandergesetzt, weshalb sie überall keine rechtliche Verpflichtung zur Bewilligung von Fräuleinsteuern an apanagirte Nebenlinien des Hochfürstlichen Hauses bei Verheirathungsfällen von Töchtern derselben anerkennen könnten. Es wären in dem mitgetheilten Schreiben des Fürsten zu Schaumburg-Lippe überall keine Gründe vorgetragen, welche die Stände bestimmen könnten von ihrer entwickelten Ansicht zurückzutreten.

Sie bemerken dabei, daß von ihnen nur in Rücksicht auf die ohnehin vielfach complicirten Verhältnisse mit dem erbherrlichen Hause des regierenden Fürsten zu Schaumburg-Lippe die ohne ständische Bewilligung an die Frau Gräfin Wilhelmine Charlotte zu Schaumburg-Lippe ausbezahlten Dotalgelder, nicht reclamirt worden wären, und bitten den Fürsten von Schaumburg-Lippe davon in Kenntniß zu setzen, daß sich die Stände zur Bewilligung der Dotalgelder nicht verpflichtet hielten.

Auf dem jetzigen Landtage wurde den Ständen mit der zweiten Proposition, die Verwilligung von Dotalgeldern in den erbherrlichen Linien betreffend, ein vom 4ten März 1844 datirtes P. M. der Schaumburg-Lippischen Regierung, sowie auch ein Memoire des Grafen Christian zur Lippe-Weissenfeld von demselben dato mitgetheilt, in welchen die Verwilligung von Dotalgeldern in den erbherrlichen Linien als eine Rechtspflicht der Stände des Fürstenthums Lippe behauptet und der Beweis dieser Behauptung versucht wird.

Die Commission hat diese Beweisführung, soweit es die nicht vollständig herbeizuschaffenden Acten, die Kürze der Zeit und der Drang sonstiger landtägiger Geschäfte gestatten wollte, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und findet darüber Folgendes zu berichten.

Der Anspruch auf eine Rechtspflicht der Landstände des Fürstenthums Lippe, den erbherrlichen Töchtern bei ihrer Verheirathung, unter dem Namen Dotalgeld oder Fräuleinsteuer eine Summe Geld zu bewilligen, die bei ihrer Unbeträchtlichkeit jetzt eher ein Hochzeitsgeschenk, als eine Aussteuer zu seyn scheint, ist von den Petenten auf die Lippische Haus- und Landesverfassung, insbesondere die Kaiserliche Urkunde über die Bestätigung des Primogenitur-Rechts vom 12ten Februar 1593 und das Testament des Grafen Simon VI. vom 30sten August 1597 und auf ein stabiles Herkommen gegründet.

Auf den in den preces der Bestätigungs-Urkunde des Primogenitur-Rechts gebrauchten Ausdruck: „Posterität" wird das Hauptgewicht gelegt. Die erwähnten Hausgesetze enthalten wörtlich folgende Bestimmungen:

In der Kaiserlichen Bestätigungs-Urkunde heißt es: Graf Simon VI. habe zu erkennen gegeben, daß bei den Grafen zur Lippe eine stete Gewohnheit gewesen, daß die ganze Grafschaft Lippe von dem ältesten männlichen Erben allein regiert, den andern Brüdern (des regierenden Herrn) aber ihr Unterhalt — hiervon verschafft — desgleichen die Töchter und weibliche Erben (des regierenden Herrn) wie bei den Grafen zur Lippe gewöhnlich Herkommen durch den regierenden Herrn und die Landstände dotirt werden, daß er, Graf Simon, diese Gewohnheit gern unter seinen Kindern und deren ganzer Posterität und Nachkommen fortgesetzt haben wolle. — Da nun in diesen

preces von den apanagirten Herrn gar nicht die Rede ist, und keine ausdehnende Erklärung stattfindet, so können sie nur auf die Töchter aus dem regierenden Hause bezogen werden. Die darauf folgende Kaiserliche Confirmation aber erwähnt überall keine Dotationspflicht der Landstände.

In seinem Testamente bestimmt derselbe Graf Simon im §. 15. seine drei vorbenannten Töchter und so künftig mehr möchten geboren werden, sollen neben der Aussteuer, so nach alt hergebrachtem Lippischen Gebrauch von der Landschaft gewöhnlich zu Wege gebracht wird u. s. w. Es ist hier also buchstäblich nur von den Töchtern des Testators, und nicht von den Töchtern apanagirter Herrn die Rede. Im §. 21. heißt es: denn da Töchter geboren und nach Absterben ihrer Eltern unverheirathet vorhanden seyn, die sollen von ihren Gefettern und der Landschaft gebührlich mit Gelde und Geschmuck ausgesteuert werden. Diese testamentarische Bestimmung bezieht sich nach Inhalt des vorhergehenden 20sten §. auf den Fall, daß eine Linie ausstirbt, und indem Testator bestimmt, wie es in dem besondern Falle gehalten werden soll, giebt er zu erkennen, daß ein gleiches Verfahren in den gewöhnlichen Fällen nicht statt finden solle, exceptio firmat regulam.

In Betreff des Herkommens wird in der Bückeburgischen Deduction hervorgehoben, daß Seitens des regierenden Hauses niemals ein Zweifel gegen die Berechtigung der Töchter in den erbherrlichen Linien, eine Dotation vom Lande zu fordern, erhoben, diese vielmehr im Hamelnschen Recesse vom 2ten Juli 1655 §. 17. und vom Grafen Hermann Adolph unter dem 29sten Juni 1663 ausdrücklich anerkannt worden sey.

Der Hamelnsche Receß bezieht sich lediglich auf die §§. 15 und 21. des Simonischen Testaments, und kann so wenig als eine sonstige Anerkennung der vermeintlichen erbherrlichen Rechte, die am 29sten Juni 1663 durch den Grafen Hermann Adolph erfolgt seyn soll, worüber der Commission die desfallsige Urkunde abgeht, als ein actus inter alios den Landständen eine Verpflichtung auflegen. Uebrigens scheint auch eine solche Anerkennung der vermeintlichen erbherrlichen Rechte Seitens der regierenden Herrn in den älteren Zeiten keineswegs statt gefunden zu haben.

Es heißt im Landtagsabschiede vom 24sten November 1665 ad prop. 3: Auf unterthäniges Gutachten der Stände lassen Ihro hochgräfliche Gnaden sich gnädigst gefallen, daß dero Herrn Vettern Grafen Philipp zu Schaumburg-Lippe Frauen Tochter, Gräfin zu Teklenburg die citra consequentiam verwilligten 4000 Rthlr. innerhalb 4 Jahren mit dem gewöhnlichen Interesse mögen ausbezahlt werden. Wegen der noch vier andern Fräulein aber wird gleichermaßen beliebet und zwar Seitens Ihro hochgräfliche Gnaden aus freundvetterlicher Affection, an Seiten der Stände aber aus sonderbarer Devotion, daß dieselben mit einigen Heirathsgeldern zu versehen, das quantum aber allemal von den Landständen determirt werde. Daß nun aber eine Aussteuer, die von dem regierenden Herrn aus freundvetterlicher Affection genehmigt und von den Landständen aus sonderbarer Devotion verwilligt wird, nicht als Rechtspflicht gefordert werden kann, möchte wohl nicht zu bezweifeln seyn.

Zum Nachweis eines bestehenden Herkommens ist in dem P. M. der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung ferner in Bezug genommen:

1) die Dotationen für die an den Grafen von Bentheim-Teklenburg, den Herzog von Holstein, und den Grafen von Kuefstein vermählten drei Töchter des Grafen Philipp zu Schaumburg-Lippe wären von den Landständen anfangs verweigert, später jedoch gegen einen Revers, wodurch jedem Theile seine wahren, oder vermeinten Rechte vorbehalten wurden, bewilligt. Da nun die Stände nicht für befugt erachtet werden könn-

ten, eine reine Liberalität auf Kosten der contribuablen Unterthanen des platten Landes zu üben, so liege in der Bewilligung selbst eine factische Anerkennung der rechtlichen Nothwendigkeit und Schuldigkeit. Dieser Schluß ist jedoch falsch, indem nicht constirt, wie weit oder wie enge die damaligen Stände die Sphäre ihrer Befugnisse annahmen, ein Herkommen aber eine stillschweigende Einwilligung voraussetzt, die nur aus concludenten Handlungen gefolgert werden kann, und die Meinung rechtlicher Nothwendigkeit der Handlung dargethan werden muß.

2) Bei der Vermählung der Gräfin Juliane Louise zu Schaumburg-Lippe mit dem Grafen von Rechtern hätten die Stände auf dem Landtage vom Jahre 1759 erklärt, daß die anverlangte Fräuleinsteuer mit 3000 Rthlr. vom Lande bewilligt und sofort angelegt worden sey, und daran die Bitte um einen Revers wie solches ratione Summae freiwillig und citra consequentiam geschehn sey, geknüpft.

Diese Behauptung ist den Acten nicht gemäß; die Stände erklären buchstäblich ad prop. VI: Ob zwar die Umstände der Grafschaft Lippe nicht so beschaffen, daß von Seiten der Landstände dero geneigte und devote Gesinnungen erfüllt werden könnten, so sind jedoch sothane Umstände bei Seite gesetzt und zu Aufrechthaltung der Freundschaft der Hochgräflichen Häuser wegen der sogenannten angeforderten Fräuleinsteuer 3000 Rthlr. citra consequentiam und unter erpressen Vorbehalt der dieserhalb nöthigen Reversalen bewilligt worden.

Es wird also der Antrag der Landstände auf Ertheilung von Reversalen keineswegs ausdrücklich auf solche beschränkt, die nur auf die Summe ausgestellt wären.

3) Die Lippischen Landstände hätten in ihrer Eingabe vom 30sten October 1815 an die damals die Vormundschaft regierende Fürstin Pauline die Bitte gestellt, den Fürsten von Schaumburg-Lippe von den Gründen in Kenntniß zu setzen, welche die Ritterschaft und Städte unverschuldet und ganz gegen ihre Neigung außer Stand setze, die Dotalgelder der Gräfin von Münster schon jetzt zu bestimmen und anzulegen. Aber auch hieraus kann eine Seitens der Landstände erfolgte Anerkennung einer Rechtspflicht zur Dotirung nicht nothwendig gefolgert werden, indem die Verwilligung auch aus bloßer Devotion, oder aus andern Motiven erfolgen konnte.

4) Die erbherrlichen Linien zu Brake und Schaumburg-Lippe hätten den Landständen niemals Reverse ausgestellt, daß die bewilligten Zuschüsse nicht als rechtliche Pflicht betrachtet und ad consequentiam gezogen werden sollten. Nur rücksichtlich der Summe habe Graf Philipp Ernst zu Schaumburg-Lippe-Alverdissen auf das obenerwähnte Verlangen der Stände sich unter dem 19. April 1762 dahin reversirt, „daß die der Gräfin Rechtern bewilligte Summe der 3000 Rthlr. Dotalgelder ihn so wenig, als der Landschaft in Zukunft zum Präjudiz gereichen solle." Allein „die Summe der 3000 Rthlr." ist als ein bloßer Pleonasmus für „3000 Rthlr." zu betrachten; wenn der Revers bloß auf die Summe gerichtet seyn sollte, so muß es heißen, daß die bewilligten 3000 Rthlr. Dotalgelder ratione Summae nicht zur Consequenz gezogen werden sollten.

Die Landstände des Fürstenthums Lippe haben ihre Rechtspflicht unter andern auch bei der Vermählung einer Tochter des Grafen Ferdinand zur Lippe-Weissenfeld an den Prinzen Albert zu Dessau auf dem Landtage vom Jahre 1776 verabredet und nur citra consequentiam 2000 Rthlr. bewilligt.

Vom Grafen Christian zur Lippe-Weissenfeld ist in dem von ihm eingereichten Memoire auf das von der Schaumburg-Lippischen Regierung eingereichte P. M., insbesondere aber auch auf den Biesterfelder Vergleich vom 26. Mai 1762 Bezug genommen, worin bemerkt sey, daß es bei dem jure primogenitorae und der dem Landes-

herkommen gemäßen Dotation der gräflichen Töchter schlechterdings sein Verbleiben habe. Allein abgesehn davon, daß dies ein actum inter alios ist, so macht doch die Beziehung auf das Landesherkommen, und der Rechtssatz, daß Reservationen keine neue Rechte geben können, obige Bestimmung für die Intention des Petenten ganz wirkungslos.

Die Commission ist hiernach der Meinung, daß der versuchte Beweis einer Rechtspflicht der Lippischen Landstände zur Dotirung der Töchter aus den erbherrlichen Häusern nicht gelungen, demnach die auf Verwilligung von Dotalgeldern in den erbherrlichen Häusern gerichtete landesherrliche Proposition abzulehnen sey.

Detmold, den 27sten Januar 1845.

Antze. v. Borries. Ballhorn-Rosen.

3) Wegen Prägung neuer Scheidemünze und Einführung der Silbergroschen.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht danken treugehorsamste Stände unterthänigst für die Mittheilung, welche ihnen in der höchstlandesherrlichen III. Proposition über die Ausprägung der Vereins-Thaler-Stücke gemacht worden ist.

Die Einführung einer neuen Scheidemünze ist, auch abgesehen von den dieserhalb bestehenden Verträgen, durchaus erforderlich, da das Gepräge auf einem großen Theile der Mariengroschen- und halben Mariengroschen-Stücke nicht mehr zu erkennen ist. Treugehorsamste Stände pflichten der Proposition mithin vollkommen darin bei, daß mit der Ausprägung der Scheidemünze nicht länger zu zögern sey und ebenso sind sie damit einverstanden, daß die Preußischen Silbergroschen als Scheidemünze eingeführt werden.

Nur hinsichtlich der Legirung glauben treugehorsamste Stände darauf antragen zu müssen, daß nicht die Hessische, sondern ebenfalls die Preußische angenommen werden möge. Die Scheidemünze, welche ihrem Zwecke nach zum täglichen Verkehr dienen muß und deshalb der Abnutzung mehr ausgesetzt ist, als die größern Silbermünzen, erhält durch den stärkeren Kupferzusatz der Preußischen Legirung eine vermehrte Dauerhaftigkeit und Größe, welche letztere sich nicht nur durch den bequemern Gebrauch, sondern auch dadurch empfiehlt, daß die Münzen dann in dem Umfange ganz den Preußischen entsprechen werden.

Die Bestimmung des zu prägenden Betrags der einzelnen Sorten muß der Beurtheilung Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung anheim gestellt bleiben. Die vorgeschlagenen Beträge von 30000 Rthlr. für $2\frac{1}{2}$ und ganze Silbergroschen kamen treugehorsamsten Ständen anfangs etwas hoch vor. Indessen wird hierüber höhere Einsicht entscheiden und vielleicht eine successive Ausprägung für angemessen gehalten werden.

Ein mit dem Gegenstande der Proposition in naher Beziehung stehender Antrag wird hier unterthänigst von treugehorsamsten Ständen vorgebracht werden dürfen. Es besteht hier im Lande keine gesetzliche Vorschrift darüber, bis zu welcher Summe bei Zahlungen in Scheidemünze gezahlt werden darf. Ein Reglement, worin für jede Sorte Scheidemünze eine nicht zu überschreitende Summe festzusetzen, und welches sowohl im gemeinen Verkehr als auch bei den Cassen zu beobachten wäre, würde zweckmäßig zugleich mit der neuen Scheidemünze einzuführen seyn und bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht treugehorsamste Stände unterthänigst, eine solche gesetzliche Bestimmung gnädigst erlassen zu wollen.

Detmold, den 3ten Februar 1845.

4) Wegen der Bau- und Besserungskosten der Küster- und Cantorhäuser.

Treugehorsamste Stände pflichten Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht hinsichtlich der Unzweckmäßigkeit der in der Verordnung vom 15ten Juli 1816 angeordneten Repartition der Bau- und Besserungskosten für Küster- und Cantorhäuser vollkommen bei und finden den vorgeschlagenen Maaßstab, nach welchem künftig zwei Drittel der Kosten von den Schulinteressenten aufzubringen sind, während nur das letzte Drittel auf das ganze Kirchspiel zu repartiren bleibt, sehr zweckmäßig. Gern ertheilen sie daher ihre unterthänigste Zustimmung zu der proponirten gesetzlichen Bestimmung.

Detmold, den 1sten Februar 1845.

5) Wegen der Contribution von Erbpachtsgrundstücken ꝛc.

Die fünfte landesherrliche Proposition umfaßt drei ganz verschiedene Gegenstände, indem sie

I. die Frage erörtert: in wie weit die in Erbpacht und Meierstand verliehenen Grundstücke und Colonate, welche bisher von der Contribution befreit gewesen sind, zu der Zahlung derselben herangezogen werden sollen;

II. hiernächst darüber sich ausläßt, ob von solchen contributionsfreien Stätten, welche bisher einen Kottenthaler an Fürstliche Rentcammer entrichtet haben, diese Abgabe noch jetzt, nachdem ihnen die Contribution von der Haustare auferlegt ist, bezahlt werden müsse; oder ob eine und welche von beiden Steuern nachzulassen sey; und

III. eine anderweite Regulirung der Contribution von der Haustare, eventuell eine Ermäßigung derselben bei kleinen Colonaten, in Vorschlag bringt.

Ad I. Die Einleitung der Proposition hebt richtig hervor, daß das Wesen der beiden hier in Betracht kommenden Rechtsinstitute, der Erbpacht und des Meierstandes, ein und dasselbe sey; indem es in der erblichen Uebertragung der Nutzungsrechte eines Grundstücks gegen Entrichtung gewisser Abgaben an den Erbverpächter oder Grundherrn besteht. Eine solche Uebertragung enthält eine Veräußerung; sie entzieht dem frühern Besitzer jede Dispositionsbefugniß über das Grundstück und überträgt dieselbe dem Erwerber, welchem allein alle Vortheile zu Gute kommen, die aus dem steigenden Grundwerthe, aus dem zunehmenden Ertrage hervorgehen.

Die Steuerbehörde soll sich bei Erhebung jeder Grundsteuer an den erblichen Besitzer, welchem die Nutzungen zu Gute kommen, halten; sie hat sich aber nicht um Rechtsverhältnisse zu bekümmern, welche zwischen ihm und einem Dritten bestehen. Diese werden durch die Steuergesetze nicht berührt, also auch nicht verletzt, und können daher immerhin Fälle vorkommen, in welchen der Erbverpächter dem Erbpächter wegen der diesem auferlegten Grundsteuer Gewähr zu leisten hat. Es bleibt dies aber der rechtlichen Ausmachung unter ihnen überlassen.

Rücksichtlich der hier in Frage kommenden Verpflichtung zur Entrichtung der Grundsteuer sind daher die beiden Rechts-Institute, Erbpacht und Meierstand, völlig gleich. Die treugehorsamsten Stände vermögen darin keinen Unterschied anzuerkennen und glauben namentlich nicht, daß der bei der Erbpacht von einem Dritten vorbehaltene Rückfall eine wirkliche Verschiedenheit in dieser Beziehung begründe. Uebrigens war dieser Unterschied ursprünglich nicht überall vorhanden, indem auch bei den gutsgehörigen Colonaten ein Heimfall früherhin vorkommen konnte.

Es dürfte demnach auf einer irrigen Voraussetzung beruhen, wenn in der Proposition dafür gehalten wird, daß Fürstliche Rentcammer oder Kirchen und andere milde Stiftungen vorzugsweise Grundstücke in Erbpacht oder Meierstand vergeben haben. Vielmehr ist dies von Privatpersonen von altersher ebenso häufig geschehen und ist daher ein großer Theil derjenigen Besitzungen, welche schon immer contributionspflichtig waren, in gleicher Eigenschaft verliehen worden.

Treugehorsamste Stände müssen deshalb ihre Ansicht unterthänigst dahin aussprechen, daß es

Ad I. nicht mehr für streitig gehalten werden könne, wer bei Erbpachten und meierstädtischen Gütern die Grundsteuer zu tragen habe. Das römische Recht verpflichtet den Erbzinsmann oder Emphyteuta zur Zahlung der öffentlichen Abgaben und ist daher als unser gemeines Recht zur Anwendung zu bringen, wenn über diese Frage zwischen dem Erbpächter und Erbverpächter Streitigkeiten entstehen. Unsere Grundsteuergesetze ziehen gleichfalls denjenigen Besitzer, welchem die Nutzungsrechte erblich übertragen sind, ausschließlich bei der Contributionszahlung heran. Das bäuerliche Grund-Eigenthum, auf welches sie sich nach der Ansicht Fürstlicher Regierung lediglich beziehen sollen, ist aber großentheils in Erbpacht oder Meierstand verliehen und die bäuerlichen Grundabgaben, welche zu berücksichtigen waren, sind die an den Erbverpächter oder an den Grundherrn zu entrichtenden Prästanden. Daher bedurfte es in der Verordnung vom 21. März 1843 einer ausdrücklichen Erwähnung der Erbpachtsverhältnisse und des Meierstandes nicht; sie hätten vielmehr nur dann erwähnt werden müssen, wenn rücksichtlich ihrer etwas abweichendes von den geltenden Gesetzen hätte verordnet werden sollen.

Ad II. Da bei der Veranlagung der Grundsteuer die bäuerlichen Lasten und Abgaben nicht berücksichtigt sind, so scheint es treugehorsamsten Ständen unausführbar, dieselben jetzt bei dem kleinsten Theile der Grundbesitzungen berücksichtigen zu wollen. Denn durch die Verordnung vom 21sten März 1843 ist nicht die Erhebung einer neuen Grundsteuer an die Stelle der bisher erhobenen angeordnet; sondern es ist dadurch vorgeschrieben worden, daß die Grundsteuer, welche bisher schon von dem größten Theile des Grund-Eigenthums hat gezahlt werden müssen, auf den kleineren Theil, der davon erimirt war, ausgedehnt werden solle. Es widerspricht also durchaus dem Zweck der angezogenen Verordnung, andere Grundsätze der Besteuerung jetzt zur Anwendung zu bringen, als unserm Steuer-System bisher zum Grunde gelegen haben; und wenn es — wie in der Proposition zugestanden wird — nicht die Absicht ist, in der seit Jahrhunderten hergebrachten Besteuerung des bäuerlichen Grund-Eigenthums etwas zu ändern, so folgt daraus consequent, daß keiner der dabei vermeintlich begangenen Fehler rücksichtlich des zur Besteuerung heranzuziehenden Grund-Eigenthums vermieden werden dürfe, wenn nicht Ungleichheit in der Steuerlast herbeigeführt werden soll.

Hiernach erscheint es aber auch überflüssig, daß jetzt ein neues Gesetz erlassen werde, indem eine Vollziehung des Gesetzes vom 21. März 1843 ohne neue gesetzliche Bestimmungen nicht schwierig zu seyn scheint.

Ad III. Die Grundsätze, welche in der Proposition über die Art und Weise ausgesprochen sind, wie eine Grundsteuer veranlagt werden müsse, sind aber auch so ausgemacht und zweifellos nicht, als dort vorausgesetzt wird. Sie sind jedenfalls nicht in unsern Nachbarstaaten, namentlich im Preußischen, woselbst eine neue Regulirung der Grundsteuer vor Kurzem statt gefunden hat, befolgt worden, und scheint danach jedenfalls wohl als ausgemacht angenommen werden zu dürfen, daß deren practische An-

wendung den erheblichsten Bedenken unterliegen müsse, weshalb sie bei uns, wo das alte System beibehalten wird, nicht berücksichtigt werden dürfen.

Denn

Ad IV. ein wirklich fehlerhaftes Steuer-System darf nur im Ganzen, nicht aber für einzelne demselben unterworfene Besitzungen abgeändert werden und wenn dann gar ausgemacht ist, daß eine rücksichtlich der letztern beabsichtigte Veränderung zu Schwierigkeiten und Verwickelungen führe, so ist das um so mehr ein schlagender Grund dafür, jede Aenderung zu unterlassen.

Treugehorsamste Stände sind aus diesen Gründen mit der Ansicht der Fürstlichen Regierung nicht einverstanden und des Dafürhaltens, daß

ad 1. durch die Befreiung der Erbpächter Fürstlicher Rentcammer, der Kirchen, der Schulen oder frommer Stiftungen von der Contribution eine neue Exemtion, welche den hiesigen Cataster-Grundsätzen widerspricht, eingeführt werden; die Belastung der Privatpersonen, welche Grundstücke in Erbpacht gegeben haben, mit der Grundsteuer eine Ungerechtigkeit gegen diese enthalten würde.

Treugehorsamste Stände glauben daher unterthänigst beantragen zu müssen, daß von solchen Aenderungen in unserer Grundsteuer-Verfassung, welche nur neue Exemtionen zur Folge haben, Abstand genommen werde.

Möchten sich einzelne Fälle ergeben, in welchen die Auflegung der Grundsteuer eine wirkliche Härte enthielte, so dürfte es sich, statt neue Befreiungen zuzulassen, weit mehr empfehlen, den Erbpächtern gesetzlich die Befugniß einzuräumen, den abgeschlossenen Erbpachts-Contract dieserhalb zu kündigen.

Daher kann auch

ad 2. der eventuelle Vorschlag, weil er mit den bisherigen Cataster-Grundsätzen in Widerspruch steht, von den treugehorsamsten Ständen nicht gebilligt werden.

Ad II. Durch die Verordnung vom 2. Dezember 1828, Landes-Verordnungen B. 7. p. 480.

ist ausgesprochen, daß unter Kotten nur solche Gebäude zu verstehen seyn, die Zubehör eines Guts und zum Vermiethen an Einlieger bestimmt sind. Es steht damit in Widerspruch, wenn kleine Stätten, welche nicht in Zeitpacht verliehen, sondern dem Besitzer erblich übertragen sind, als Kotten catastrirt und statt der Contribution mit der Kotten-Abgabe belegt wurden.

Treugehorsamste Stände sind damit einverstanden, daß, wenn ein solcher Irrthum der Behörden verbessert wird, dem Besitzer ein Nachtheil daraus nicht erwachsen dürfe; daß also die Kotten-Abgabe überall, wo sie statt der Contribution auferlegt sey, nachgelassen und daß an deren Stelle die Contribution von der Haustare eingeführt werden müsse. Es darf dann aber auch der Kottenthaler in derartigen Fällen künftig nicht neu auferlegt werden.

Was die von Fürstlicher Rentcammer in Anspruch genommene Entschädigung für den daraus entstehenden Ausfall in ihrer Einnahme anlangt, so ist eine nähere Begründung derselben und eine Liquidation des Verlustes zu erwarten.

Ad III. In Beziehung auf die Contribution von der Haustare glauben treugehorsamste Stände an dem von Fürstlicher Regierung hervorgehobenen Grundsatze: daß an einem seit langen Jahren bestandenen Grundsteuer-Systeme nicht zu rütteln sey, streng festhalten; und deshalb der vorgeschlagenen Veränderung unterthänigst widersprechen zu müssen.

Das in der Gleichstellung der Contribution von den Wohnhäusern liegende Mißver-

hältniß scheint von großer Erheblichkeit nicht zu seyn. Dagegen würde eine Classification der Gebäude, zumal wenn derselben die Brandassecurationssumme zum Grunde gelegt werden möchte, zu unabsehbaren Verwickelungen und zu steten Aenderungen im Steuer-Cataster führen, und wenn dadurch eine erhebliche Veränderung in der Besteuerung herbeigeführt werden soll, nur den Nachtheil zur Folge haben, daß die Eigenthümer bemüht wären, die Versicherungssumme der Gebäude möglichst herabzudrücken.

Die eventuell proponirte Herabsetzung der Contribution der kleinen Stättebesitzer, deren Haus nicht über 300 Rthlr. gegen Feuersgefahr versichert ist, von $4\frac{1}{2}$ Mgr. und 3 Mgr. hätte eine Steuer-Ermäßigung von jährlich 5 Mgr. zur Folge; scheint also von so geringer Erheblichkeit zu seyn, daß die bei der Veranlagung der Grundsteuer und bei der Einführung des Steuer-Catasters damit verbundenen Schwierigkeiten dazu in gar keinem Verhältniß stehen würden.

Treugehorsamste Stände glauben ihre Zustimmung nicht dazu geben zu dürfen, daß in dem bestehenden Steuer-Systeme Veränderungen eintreten und bitten unterthänigst, daß die unverzügliche Ausführung der Verordnung vom 21. März 1843 in Uebereinstimmung mit den geltenden Cataster-Grundsätzen gnädigst angeordnet werde.

Treugehorsamste Stände sind übrigens damit einverstanden, daß den Erbpächtern, ohngeachtet in jener Verordnung vom „Eigenthümer“ die Rede ist, die dort bewilligte Entschädigung zu gewähren sey.

Detmold den 12ten Februar 1845.

6) Wegen der Bedürfnisse der Provinzialschule oder des Gymnasiums zu Detmold.

Treugehorsamste Stände haben aus der ihnen gnädigst eröffneten sechsten Proposition kein hinreichendes Motiv entnehmen können, um die für das Gymnasium in Detmold beantragte Sublevation von 1000 Rthl. in ihrem ganzen Betrage zu bewilligen. Es ist nämlich weder die Verwendung der aus einer andern landesherrlichen Casse erfolgten Summe für das hiesige Gymnasium näher nachgewiesen worden, noch auch ein Grund dafür angegeben, weshalb jener Casse die gedachte Ausgabe wieder ab und auf die Landcasse zu übernehmen sey. Ebenso erscheint treugehorsamsten Ständen die für Unterhaltung der Gebäude bestimmte Summe von 60 Rthl. nicht genügend motivirt und glauben sie, sich hinsichtlich beider Anträge unterthänigst ablehnend erklären zu müssen.

Die Bewilligung für das hiesige Gymnasium würde sich demnach auf die Summe von 560 Rthl. beschränken, welche Ew. Hochfürstliche Durchlaucht Regierung zur Verbesserung der Gehalte der Lehrer und zur Remuneration des Gymnasialdirectors bestimmt hat.

Indem treugehorsamste Stände die gedachte Summe zu diesem Zwecke zur Disposition stellen, erlauben sie sich aber den Vorbehalt unterthänigst hinzuzufügen, daß die Verwilligung ganz oder theilweise an die Landescasse zurückfalle, sobald durch eine entstehende Vacanz die Entbehrlichkeit der Sublevation eintreten sollte.

Was die für das Gymnasium zu Lemgo beantragte Bewilligung betrifft, so dürfte selbige nur dann überall motivirt seyn, wenn jene Anstalt, welche bis dahin nur als ein städtisches Institut betrachtet werden kann, den Character eines Landes-Gymnasiums wenigstens in sofern annimmt, daß der Landesregierung mehr Einfluß, als bisher der Fall war, darauf eingeräumt wird.

Dieser Einfluß dürfte sich unter andern auch auf die Besetzung der Lehrerstellen etwa

in der Art erstrecken, daß dem Magistrate die Präsentation der Lehrer zustände und Fürstliche Regierung etwa aus mehreren Präsentirten die Wahl hätte, daß die Oberaufsicht der Anstalt auf Fürstliche Regierung überginge und dem Magistrate nur die unmittelbare Aufsicht verbliebe.

In dieser Voraussetzung glauben treugehorsamste Stände auch für das Lemgoer Gymnasium aus Landesmitteln einen Zuschuß, wie früher schon zur Errichtung der Realclassen, bewilligen zu können und stellen sie zu diesem Zwecke die Summe von 500 Rthl. unterthänigst zur Disposition.

Nach den in den Anlagen zur Proposition enthaltenen Nachrichten würde der Rector mit einer Zulage von 83 Rthl. 14 Mgr. auf 800 Rthl., der Prorector mit 136 Rthl. 10 Mgr. auf 700 Rthl., der Conrector mit 69 Rthl. 25 Mgr. auf 600 Rthl., der Subconrector mit 106 Rthl. 23 Mgr. auf 500 Rthl. und der dritte Lehrer mit 22 Rthl. auf 400 Rthl. kommen.

Es bleiben alsdann zwar für den Lehrer an der Realschule Dr. Leizmann nur 82 Rthl. übrig. Da derselbe aber jedenfalls eine Zulage von 100 Rthl. erhalten dürfte, weil er bis jetzt nur 450 Rthl. Gehalt und weder freie Wohnung noch Antheil am Schulgelde hat, so geben treugehorsamste Stände unterthänigst anheim, den Zuschuß des Fehlenden, sofern nicht eine andere Vertheilung beliebt wird, aus Mitteln der Stadt Lemgo zu befördern und darf auf die Willfährigkeit der städtischen Behörde um so sicherer gerechnet werden, da das Gymnasium größtentheils durch Stiftungen dotirt ist und aus der Stadt-Casse nur zum geringen Theile erhalten wird.

Detmold den 8ten Februar 1845.

7) Wegen Förderung des Volksschulwesens.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht statten treugehorsamste Stände für die ihnen in der VII. Proposition gegebenen Nachweisungen über die Verwendung der am letzten Landtage für das Volksschulwesen ausgesetzten Bewilligungen ihren unterthänigsten Dank ab.

Auch die ferneren Sublevationen zu bewilligen haben treugehorsamste Stände keinen Anstand genommen, zumal da sich annehmen läßt, daß nunmehr die allgemeinen Landes-Mittel ihren Theil zur Förderung des Volksschulwesens reichlich beigesteuert haben und künftighin noch erforderliche Zuschüsse durch das Schulgeld aufgebracht werden können, dessen zweckmäßigere Regulirung Fürstliche Regierung in Aussicht stellt. Der dieserhalb angekündigten Vorlage sehen treugehorsamste Stände unterthänigst entgegen und erlauben sie sich gleich jetzt ihre unmaßgebliche Ansicht dahin auszusprechen, daß sie die völlige Gleichstellung des Schulgeldes in allen Theilen des Landes für zweckmäßig halten.

Was die sub 1 der Proposition geforderte Summe zur Salarirung einer ferneren Anzahl von Nebenlehrern anlangt, so wird selbige in dem Betrage von 1320 Rthlrn. unterthänigst bewilligt.

Der mehr beantragten 40 Rthl. für einen in Detmold anzustellenden Nebenlehrer wird es nicht bedürfen, da es nicht unbedingt erforderlich scheint, daß die als Nebenlehrer angestellten jungen Leute, welche diese Anstellungen noch zu ihrer Fortbildung benutzen müssen, gleich Anfangs den vollen Bedarf ihres Unterhalts bekommen.

Die ad 2. 3 und 4 der Proposition beantragten Summen von 260 Rthl. zu Pensionen, 400 Rthl. zu besonderen Zulagen für verdiente Lehrer, und 100 Rthl. zur

Gehaltserhöhung des Seminar-Inspectors werden ebenfalls nicht beanstandet. Der baare Gehalt des letzteren dürfte auf 700 Rthl. in Courant zu erhöhen seyn.

Da für den Lehrer Flügel schon rücksichtlich seiner Stellung als Taubstummenlehrer die erforderliche Summe zur Disposition gestellt worden ist, so fallen von den ad 4 des Consistorial-Berichts berechneten 250 Rthl. — 150 Rthl. hinweg, und da außerdem die Nebenlehrer nach Inhalt desselben Berichts erst um Ostern d. J. angestellt werden sollen, so bedarf es für die übrigen drei Quartale dieses Jahr nur einer Summe von 990 Rthl. zu diesem Zwecke, mithin pro 1845 im Ganzen der Bewilligung von 1750 Rthl., für das Jahr 1846 aber 2080 Rthl., für beide Jahre zusammen also 3830 Rthl., welche unterthänigst zur Disposition gestellt werden.

Detmold den 8ten Februar 1845.

8) Wegen des Taubstummen-Unterrichts.

Eingegangener Nachrichten zufolge, ist der als Taubstummen-Lehrer angestellte Lehrer Flügel mit sonstigen Berufsgeschäften in einem so hohen Grade überladen, daß treugehorsamste Stände sich dann nur einen wahren Nutzen von der Verwendung der von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht ferner proponirten Summe versprechen können, wenn Jener zu Gunsten des von ihm zu gebenden Taubstummen-Unterrichts in einem solchen Grade erleichtert wird, daß die ihm als Taubstummen-Lehrer gezahlte Gehaltssumme mit der von ihm als solchen aufgewendeten Zeit und Kraft in Verhältniß steht.

Treugehorsamste Stände bewilligen in der Voraussetzung, daß Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung die entsprechenden Einrichtungen treffen würde, und daß außerdem der anzuschaffende Lehr-Apparat stets gehörig inventarisirt werde und also, im Falle einer Aenderung in der Person des Lehrers dem Institute verbleibe, — die beantragte Erhöhung der bisherigen Etats-Summe von 300 Rthl. auf 500 Rthl., deren Beschränkung auf 450 Rthl. treugehorsamste Stände sich auf den Fall unterthänigst vorbehalten, daß sich in den öffentlichen Gebäuden ein angemessenes Unterrichts-Local für die Unterweisung der Taubstummen ermitteln lassen sollte.

Detmold den 30sten Januar 1845.

9) Wegen Unterstützung des Commerzien-Assessors Colbrunn.

So sehr treugehorsamste Stände die Verdienste des Commerzien-Assessors Colbrunn zu Brake um die Beförderung der Landesindustrie anerkennen und so gern sie denselben in seinen Unternehmungen unterstützen: so halten sie sich doch pflichtmäßig verbunden bei einem ihm auszuzahlenden Darlehne die Sicherheit des Capitals nicht außer Betracht zu lassen. Wenn in dieser Beziehung einigermaßen Genüge geschieht, so ist gegen den Ausfall, welcher durch die geringe Verzinsung herbeigeführt wird, Nichts zu erinnern.

Da der ꝛc. Colbrunn nun, wie aus den Anlagen der Proposition hervorzugehen scheint, eine ausreichende Sicherheit mittelst ingrossirter Hypothek auf seine Grundgüter nicht zu beschaffen vermag: so glauben treugehorsamste Stände nicht anders auf die proponirte Bewilligung eines Darlehns von 4 bis 6000 Rthl. zu zwei Procent Zinsen eingehen zu dürfen, als wenn ꝛc. Colbrunn für das Capital neben einer ingrossirten General- und Specialhypothek auf das Grundvermögen, seine Maschinen im taxirten gleichem Werthe zur Sicherheit eigenthümlich abtritt. Zugleich müßte er sich verbindlich machen,

das Darlehn nach fünf Jahren mit jährlich 1000 Rthl. abzutragen und bis zur völligen Tilgung die Versicherung gegen Feuersgefahr fortzusetzen.

Wenn der ꝛc. Colbrunn das ihm vorzuschießende Capital in dieser Weise sicher stellt, geben treugehorsamste Stände ihre Zustimmung zu dem proponirten Darlehn. Sie müssen aber ausdrücklich die Bemerkung hinzuzufügen sich erlauben, daß diese Zustimmung sich lediglich auf das jetzige Darlehns-Geschäft bezieht und dieses deshalb als eine Erhöhung, wie es in der Proposition heißt, des dem ꝛc. Colbrunn von der Regierung bereits gemachten Darlehns nicht angesehen werden kann, zumal nicht vorauszusetzen ist, daß letzteres aus einer zum ständischen Ressort gehörigen Casse erfolgt sey.

Detmold den 1sten Februar 1845.

10) Wegen eines Zuschusses zu den Kosten der Legge-Anstalt.

Treugehorsamste Stände haben nach reiflicher Berathung am Landtage die Richtigkeit der von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung in der Höchstlandesherrlichen zehnten Proposition für die Aufrechthaltung der Legge-Anstalt zu Lemgo dargelegten Gründe vollkommen anerkannt und sind deshalb gern bereit dem Antrage auf Uebernahme des erforderlichen Zuschusses, welcher sich auf etwa 320 Rthl. beläuft, auf den Landesindustriefonds zu entsprechen.

Sie erlauben sich zugleich unterthänigst in Antrag zu bringen, daß die Leggepflichtigkeit auch auf die s. g. bunten Linnen ausgedehnt werde. Wünschenswerth scheint es ihnen, daß dasselbe auch hinsichtlich der von den Kaufleuten für eigene Rechnung gewebten Linnen geschehe. Jedoch walten hier Schwierigkeiten vor und müssen es treugehorsamste Stände, der umsichtigen Beurtheilung von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung anheimgeben, ob und in wie weit diesem Wunsche entsprochen werden kann.

Detmold den 29sten Januar 1845.

11) Wegen Erbauung einer neuen Strafanstalt.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht haben gnädigst geruhet, den treugehorsamsten Ständen in der XI. Proposition die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Erbauung einer neuen Strafanstalt näher nachweisen zu lassen, und treugehorsamste Stände freuen sich, nunmehr die Erklärung abgeben zu können, daß sie kein Bedenken mehr tragen, die schon auf dem vorigen Landtage beantragte Summe zum Bau der Anstalt zu bewilligen.

Abgesehen davon, daß durch das der Proposition beigefügte technische Gutachten schon nachgewiesen ist, daß das jetzige Zuchthaus seiner Baufälligkeit wegen nicht mehr lange gebraucht werden kann und daß bloße Reparaturen nicht genügen, ein Neubau an derselben Stelle aber mit großen Schwierigkeiten verbunden seyn würde, auch sich daselbst die jetzt vermißte Salubrität schwerlich erzielen lassen möchte; so liegt ein durchgreifendes Motiv in dem Umstande, daß das neu eingeführte Criminal-Gesetzbuch hinsichtlich der Vollziehung der darin angedrohten Freiheitsstrafen Vorschriften enthält, welche bei der gegenwärtigen Einrichtung des Zuchthauses gar nicht zur Anwendung gebracht werden können. Nach dem Gesetze sollen nämlich die zur Kettenstrafe und die zur Zuchthausstrafe verurtheilten Verbrecher periodisch einsamen Arreste unterworfen werden, überhaupt aber ist es zur Vorschrift gemacht, daß die jugendlichen von den ältern und verdorbenern Subjecten gesondert seyn sollen und daß eine Beschäftigung Statt finde, welche der Körper-

beschaffenheit der Verbrecher und ihren bürgerlichen Verhältnissen thunlichst entspreche. Zur Ausführung dieser Vorschriften fehlt es der jetzigen Strafanstalt an jeder Gelegenheit.

Die Nothwendigkeit einer neuen Anstalt, welche der gesetzlichen Vorschrift entspricht, ist mithin vollkommen dargethan.

Wegen des bei der Einrichtung dieser Anstalt anzunehmenden Systems giebt nach der Ansicht der treugehorsamsten Stände, das Criminal-Gesetzbuch ebenfalls deutliche Fingerzeige. Da nämlich das s. g. Pennsylvanische Strafsystem die Gefangenen völlig und für die Dauer der ganzen Strafzeit isolirt und nur nach Verlauf von einer gewissen Zeit und auch dann nur auf Verlangen des Verbrechers Arbeit verabreicht, das Auburnsche dagegen das strengste Schweigen mit sofortiger körperlicher Züchtigung bei jedem Falle des Zuwiderhandelns verordnet, so ergiebt sich, daß eine derartige Vollziehung der Freiheitsstrafe bei Abfassung unseres Gesetzbuches, welches solche Modificationen nicht kennt, nicht beabsichtigt worden ist. Das in der Proposition empfohlene Cassifications-System entspricht dagegen ganz dem Geiste desselben und selbst diejenigen Anordnungen, welche das Gesetz nicht bedingt, wohin z. B. die Isolirung der Gefangenen bei Nachtzeit zu rechnen wäre, scheinen doch aus andern Gründen so zweckmäßig, daß treugehorsamste Stände sich nur vollkommen einverstanden damit erklären können.

Einige Bemerkungen, welche sich bei der Berathung der Proposition ergeben haben und um deren Berücksichtigung Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst gebeten werden, erlauben sich treugehorsamste Stände hier noch vorzutragen.

Die Dimension der Arbeitslocale ist nach der muthmaßlichen Zahl der Gefangenen, mit Zugrundelegung eines gewissen Quadratraums für einen jeden berechnet worden. Da die Zahl der Verbrecher nur approximativ hat bestimmt werden können und nach dem im Criminal-Gesetzbuche enthaltenen Grundsatze die Beschäftigungen den bisherigen bürgerlichen Verhältnissen des Verurtheilten entsprechen sollen, außerdem auch die Möglichkeit vorliegt, daß künftig ein Industrie-Zweig in der Anstalt vorzugsweise nützlich zu betreiben ist, welcher einen noch größern Raum, als den normalmäßigen in Anspruch nimmt, so halten treugehorsamste Stände dafür, daß bei Abmessung der Arbeitsräume nicht zu sparsam zu verfahren sey. Auch können sie dem Verfasser des Commissions-Berichts vom 7ten Oct. v. J. nicht beipflichten, wenn er die Ansicht ausspricht, als dürfte der Umstand, daß die Zahl der Einzelnzellen nach Ablauf von 50 Jahren vielleicht nicht mehr genügen möchte, für jetzt keine Berücksichtigung verdienen. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß ein so kostspieliger Bau gleich von Anfang an eine solche Einrichtung erhalten müsse, daß er auf eine viel längere Zeit allen Anforderungen entspreche und geben deshalb unterthänigst anheim, daß bei dem Gebäude, unbeschadet seiner sonstigen zweckmäßigen Einrichtung von vorn herein darauf gesehen werde, daß sich späterhin eine Erweiterung mittelst eines Anbaues ohne Schwierigkeit ausführen lasse.

Die Größe der Schlafzellen dürfte dagegen eine Verringerung zulassen. Dieselben wären nämlich nicht sämmtlich zugleich als Isolir-Zimmer einzurichten, vielmehr würde zwischen diesen und Schlafzellen zu unterscheiden seyn und etwa die Hälfte der Einzeln-Zellen überhaupt zu Schlafzellen, die Hälfte aber zugleich zu etwas größeren Isolir-Zimmern eingerichtet werden können. Der für eine gleiche Größe von der Commission angeführte Grund, daß nämlich nöthigenfalls zwei Gefangene in der Zelle schlafen könnten, widerspricht dem angenommenen Grundsatze der nächtlichen Isolirung.

Die Isolir-Zimmer müßten denn auch eine von der der Schlafzellen darin verschiedene Einrichtung erhalten, daß jene heizbar wären, diese aber nicht, da man bei strengerer Kälte dem Sträfling durch eine wärmere Bedeckung Schutz gewähren kann.

Das Local für den Gottesdienst scheint einer Vergrößerung zu bedürfen.

Bei der Wahl des Platzes wird Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung mit gewohnter Umsicht zu Werke gehen und müssen treugehorsamste Stände sich hier um so mehr darauf blos verlassen, weil den Meisten unter ihnen die nöthige Local-Kenntniß abgeht, um dabei ihre Stimme abgeben zu können. Unbedingt schädlich würden sie es aber halten, wenn die Strafanstalt an dem in der Proposition bezeichneten Platze in der Nähe des neuen Strafwerkhauses erbauet würde. Sie glauben, daß dieselbe nicht nur in administrativer, sondern in jeder andern Hinsicht von dem nur als Corrections-Anstalt dienenden Werkhause möglichst abgesondert gehalten werden muß, wenn dieß auch nur aus dem Grunde geschähe, damit der infamirende Character der in der Strafanstalt vollzogenen Strafen sich in der Meinung des Publicums nicht auf den bloßen Corrections-Arrest ausbreite, wie dieß durch eine zu große örtliche Nähe beider Anstalten leicht geschehen dürfte.

Gegen die Wahl des zweiten in der Proposition bezeichneten Platzes kann dieser Einwand wenigstens nicht geltend gemacht werden.

Dringend glauben treugehorsamste Stände es Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung empfehlen zu müssen, daß dieselbe vor der wirklichen Ausführung des Baues auswärtige Strafanstalten, namentlich z. B. die zu Hameln, durch eine besondere Commission in Augenschein nehmen lasse. Da hier im Lande bis jetzt alle Gelegenheit gefehlt hat, die innere Zweckmäßigkeit einer solchen Anstalt zu prüfen oder Vergleichungen anzustellen, so wird eine solche Besichtigung die Erfahrung jedenfalls zum Wohle des Ganzen bereichern und vielleicht unverbesserlichen Mißgriffen vorbeugen.

Auch für die in der neuen Anstalt einzuführende Hausordnung, deren Abfassung und Einführung besondere Aufmerksamkeit bedarf und hinsichtlich deren treugehorsamste Stände weiteren gnädigsten Eröffnungen entgegen sehen dürfen, kann nur Ersprießliches daraus erwachsen.

Daß die jetzt vom Zuchtmeister administrirte Leihbank und Sparcasse künftig von der Verwaltung der Strafanstalt getrennt werden, sehen treugehorsamste Stände als sich von selbst verstehend an, da bei der Erbauung des Hauses auf die zu jenen Zwecken erforderlichen Räumlichkeiten keine Rücksicht genommen werden kann.

Die schon am vorigen Landtage gelegentlich von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung geäußerte Ansicht, daß hinsichtlich des Bau-Planes eine Concurrenz unter den hiesigen Bau-Verständigen zu eröffnen sey, pflichten treugehorsamste Stände bei, geben aber zugleich anheim, vor der Entscheidung eine Superrevision durch andere bewährte Baumeister eintreten zu lassen, weil wie bereits angedeutet, Mißgriffe bei der Neuheit des Gegenstandes nur zu sehr zu befürchten sind.

Als leitenden Grundsatz müssen treugehorsamste Stände schließlich dringend beantragen, daß bei dem Bau vorzüglich auf Zweckmäßigkeit und Dauerhaftigkeit gesehen werde und daß alle überflüssigen Zierrathen möglichst vermieden werden.

Die zugesagte Einsicht der Baurechnungen mit deren Belägen wird mit unterthänigstem Danke acceptirt.

Indem treugehorsamste Stände nunmehr die seit dem vorigen Landtage asservirte Summe von 30,000 Rthlr. sammt den davon gezogenen Zinsen zu dem Baue der neuen Strafanstalt bewilligen, danken sie Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht unterthänigst für die auf diesen wichtigen Gegenstand verwandte Sorgfalt, und bitten ehrerbietigst, zur weiteren kräftigen Förderung der Sache Befehl ertheilen zu wollen.

Detmold, den 28sten Januar 1845.

12) Wegen Trennung des Staats- vom Domanialhaushalte.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht haben in Gemäßheit der, auf den unterthänigsten Antrag der treugehorsamsten Stände am 21sten December 1842 in dem Landtagsabschiede vom 18ten Februar 1843 ertheilten gnädigsten Zusicherung auf dem gegenwärtigen Landtage eine Proposition vorlegen lassen, welche den Zweck hat, die für eine bessere Ordnung der öffentlichen Verwaltung und besonders des landschaftlichen Cassenwesens erforderliche Trennung des Staatshaushaltes vom Domanialhaushalte herbei zu führen. Die treugehorsamsten Stände haben, mit Zuziehung der von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht bestellten Commissarien, zunächst die der Trennung der verschiedenen Haushalte zum Grunde zu legenden Principien einer sorgfältigen Prüfung unterworfen. Hierbei ist vorab zur Sprache gekommen, daß eine Benachtheiligung der einen oder andern Cassenverwaltung nicht der Zweck der Trennung seyn könne, und daß also die Mehrausgabe von 6000 bis 7000 Rthl., welche nach der Proposition, in Folge der Uebertragung der bis jetzt von der Landrenteicasse abhängigen Zweige des öffentlichen Dienstes an die Landescasse auf diese letzte übergehn würde, nicht ihr zur Last zu legen, sondern daß vielmehr eine billige Ausgleichung der Ausgabe mit der gleichzeitig überwiesenen Einnahme, oder mit den von der Landcasse zur Landrenteicasse zu leistenden Entschädigungen vorzunehmen sey. Nach der von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht auf dem vorigen Landtage gnädigst ertheilten Zusicherung und nach den Eröffnungen, welche Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Commissarien während der Verhandlungen des gegenwärtigen Landtages den Ständen gemacht haben, dürfen die treugehorsamsten Stände nicht daran zweifeln, daß eine solche Ausgleichung Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht gnädigster Absicht entspreche; und es ist hierdurch nicht nur die Erledigung der Proposition ihrem Ziele erheblich näher gerückt, sondern es haben sich auch im Uebrigen die Verhandlungen des gegenwärtigen Landtages dadurch wesentlich erleichtert gesehn.

Was aber die sonstigen, bei der Trennung der verschiedenen Haushalte in Betracht kommenden Grundsätze, und was besonders auch die einzelnen Rechnungssätze anlangt, auf welchen die Proposition beruht: so hat die Kürze der dem Landtage zugemessenen Zeit bisher nicht erlaubt, die Prüfung im Einzelnen so vollständig vorzunehmen, als es die Wichtigkeit des Gegenstandes erheischt. Die treugehorsamsten Stände sind daher des unterthänigsten Dafürhaltens, daß von der vollständigen Erledigung der Proposition für den gegenwärtigen Landtag Abstand zu nehmen sey. Sie haben aber, in der Hoffnung daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht dieß gnädigst genehmigen werden, eine aus den Ausschußdeputirten und den Abgeordneten von Stieteneron, Amtmann Piderit und Amtmann Heldman bestehende Commission niedergesetzt, welche sich, gemeinschaftlich mit den höchstlandesherrlichen Commissarien, sofort nach dem Schlusse des Landtages jener weiteren Prüfung unterziehen, und die Verhandlungen allenthalben so weit vorbereiten würde, daß sie auf einem vor dem nächsten gewöhnlichen Landtage zu berufenden Communicationstage, wie er auch in den Vorbemerkungen zu der höchstlandesherrlichen Proposition bereits in Aussicht gestellt worden, ihre schließliche, Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht landesväterlichen Absichten entsprechende Erledigung erhalten könnten.

Im Falle der Genehmigung dieser einstweiligen Aussetzung der Verhandlungen würde nur, damit es für das weitere Verfahren an der erforderlichen Grundlage nicht fehle, für jetzt schon die feste Bestimmung zu treffen seyn, daß bei der Trennung der verschiedenen Haushalte von einer billigen Ausgleichung der Ausgabe mit der Einnahme in der oben angegebenen Art auszugehen sey.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten die treugehorsamsten Stände unterthänigst: diese Bestimmung gnädigst zu erlassen, und dann zugleich die Aussetzung der Verhandlungen für den gegenwärtigen Landtag, und die Fortführung derselben in der vorhin erwähnten Weise zum Behuf ihrer schließlichen Erledigung auf einem demnächst zu berufenden Communicationstage gnädigst zu genehmigen.

Detmold, den 12. Februar 1845.

13) Wegen der Landesbedürfnisse.

a. Den Landcasse-Etat betreffend,

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht legen die treugehorsamsten Stände das Resultat der Berathung über den mit der dreizehnten höchstlandesherrlichen Proposition ihnen zugegangenen Etat der Landcasse in Folgendem unterthänigst vor:

I. Zu den Vorbemerkungen für den Etat:

1) Die Berechnung über den Reservefonds erleidet dadurch einige Aenderung, daß die Summe der zinsbar angelegten Capitale nicht 13,000 Rthl. sondern 13,200 Rthl. und der Bestand der Landcasserechnung von 1843 nicht 36,723 Rthl., sondern 36,745 Rthl. beträgt. Der Gesammtbelauf erhöht sich hiernach auf 62,834 Rthl. ohne den für das Jahr 1844 in Aussicht gestellten Ueberschuß zu 8000 Rthl. Jene 62,834 Rthl. können jedoch nicht vollständig als disponibel angesehen werden, indem darin die zurückbezahlten Schulden

der Wegbaucasse	16140	Rthl.
der Landcasse	11930	=
der ehemaligen ritterschaftlichen Casse . . .	4409	=
	32489	Rthl.
nach Abzug der eingegangenen Capitale	7600	=
	24889	Rthl.

mit zum Ansatze gekommen sind, deren Wiederherbeischaffung nur durch eine neue Anleihe möglich seyn würde.

Als disponibel würden demnach anzusehn seyn:

1) der Rechnungsbestand von 1843 zu	36745	Rthl.
2) die ausgeliehenen Capitalien	13200	=
3) muthmaslicher Ueberschuß der Rechn. von 1844 .	8000	=
facit	57945	Rthl.

Hierauf würden zunächst haften:

a. die an Fürstl. Landrentei pro 1844 noch zu berichtigenden	12000	Rthl.
b. die für den Bau der neuen Strafanstalt erforderlichen .	30000	=
c. und für das neu zu errichtende Land-Krankenhaus .	9000	=
Summa	51000	Rthl.
Von dem Reservefonds würden demnach als disponibel übrig bleiben	6945	Rthl.
Dazu der Betrag der zurückbezahlten und ebenfalls zum Reservefonds gehörigen Capitalien zu	24889	=
Summa	31834	Rthl.

2) In Beziehung auf die Grundsteuer von den bisher erimirten Grundbesitzungen ist in der Proposition bemerkt, daß es von weiterer Entscheidung abhängen werde, ob

der ausgeworfene Betrag in Folge der über die Steuerpflicht der Erbpächter Fürstl. Rentcammer und der Kirchen vorgelegten Proposition werde herabgesetzt werden müssen. Die treugehorsamsten Stände nehmen auf das über diese Proposition besonders erstattete unterthänigste Gutachten Bezug und bemerken zugleich unterthänigst, daß der eximirte Grundbesitz in den städtischen Feldmarken bisher zur Grundsteuer nicht herangezogen worden ist. Das würde nunmehr auch geschehn müssen, damit das Gesetz vom 21. März 1843 vollständig zur Ausführung kommt.

Durch die Heranziehung des bisher eximirten städtischen Grundbesitzes zur Grundsteuer wird sich für den betreffenden Einnahme-Titel des Etats eine, wiewohl nicht erhebliche Erhöhung ergeben.

3) Die für den Landreceptor proponirte Zulage erscheint auch den treugehorsamsten Ständen in der Art als angemessen, daß der Gehalt im Ganzen auf 1000 Rthlr. Cour. festgesetzt werde.

Als Motiv für die Erhöhung des Gehaltes sehen die treugehorsamsten Stände besonders den Umstand an, daß die Geschäfte des Landreceptors sich in nächster Zeit durch die Vereinigung der jetzt getrennt verwalteten landschaftlichen Cassen mit der Landcasse vermehren werden.

Bei der Zulage würde daher dem Landreceptor ausdrücklich zur Bedingung zu machen seyn, daß er jene jetzt getrennt verwalteten Cassen eintretenden Falls ohne weitern Anspruch auf Zulage in seinen Geschäftskreis mit übernehme. Eine ähnliche Bedingung wurde schon im Jahre 1842 bei der damals bewilligten Erhöhung des Gehalts von 600 Rthl. auf 800 Rthl. in Beziehung auf die mit der Landcasse zu vereinigende Zinshebung der Militaircassen-Capitalien gemacht.

Auch würden im Gefolge der Festsetzung des Gehalts auf 1000 Rthl. Cour., alle Nebenaccidentien, namentlich die für die Verwaltung der Hülfscasse bisher berechneten Procent-Gelder wegfallen, und nur noch

für den Cassendiener die bisher berechneten . . . 35 Rthl.
für Schreibmaterial . . . . . 15 „

so wie die Auslagen für Abschrift und Einbinden der Rechnungen in Ausgabe zu bringen seyn.

4) Um die Unterthanen im Amte Blomberg mit den übrigen Unterthanen des Landes auch in Beziehung auf die Erhebung des Einliegergeldes gleich zu stellen, wird es nicht ferner zulässig seyn, daß diese Abgabe im dortigen Amte erhoben werde. Daß aber dadurch für das hohe Erbherrliche Haus ein Anspruch auf Entschädigung begründet werde, glauben die treugehorsamsten Stände noch zur Zeit nicht als entschieden annehmen zu können; vielmehr wird dies von einer weitern Untersuchung über die Natur jener Abgabe abhängen. Treugehorsamste Stände haben sich über den Gegenstand besondern gutachtlichen Bericht erstatten lassen, welchen sie in der Anlage unterthänigst anzuschließen sich erlauben.

Ist das Einliegergeld als eine Steuer anzusehen, so halten die treugehorsamsten Stände den Anspruch auf Entschädigung nicht für begründet. Beruht es dagegen auf dem schutzherrlichen oder gutsherrlichen Verhältnisse, so würde die Entschädigung vielleicht zu gewähren; der Betrag indeß jedenfalls nicht nach dem Ergebniß eines einzelnen Jahrs, sondern nach einem Durchschnitt von mehreren Jahren, zu berechnen seyn.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht bitten die treugehorsamsten Stände, jene Un-

tersuchung vornehmen und nach dem Ergebniß derselben weitere Vorträge machen zu lassen.

5) Rücksichtlich der proponirten Zuschüsse für die Elementarschulen, für die Medicinalcasse, für die Gymnasien und das Taubstummen-Institut, wird auf die diese Gegenstände betreffenden besondern Gutachten unterthänigst Bezug genommen.

II. Zu dem Etat der Einnahme.

1) Zu I. A. Als Herrengelder aus dem Amte Oerlinghausen ist der Betrag von 26 Mgr. 3 Pf. ausgeworfen. Da das eximirte Grundeigenthum in den Aemtern nach Maasgabe der Verordnung vom 21sten März 1843 zur vollen Grundsteuer herangezogen worden ist, so scheint es, daß diese Einnahme an Herrengeldern nicht weiter vorkommen könne.

2) Ferner zu I. A. Aus der Contributionsrechnung des Amts Blomberg würde künftig auch die Ausgabe in den Landcassenetat überzutragen und hiermit in Uebereinstimmung der volle Betrag der Einnahme zur Landcasse zu berechnen seyn.

3) Zu I. B. Als Grundsteuer von den bisher Eximirten ist im Etat blos der Betrag, welcher nach Abzug des als Entschädigung zu berechnenden Drittheils noch übrig bleibt, in Ansatz gebracht. Zur Erleichterung der Uebersicht und um im Etat zugleich für die bereits eingetretenen und noch ferner zu erwartenden Ablösungen eine Nachweisung zu haben, dürfte es zweckmäßig seyn, den ganzen Ertrag der Grundsteuer mit den davon abzuziehenden Entschädigungsgeldern aufzuführen.

III. Zu dem Etat der Ausgabe.

1) Zu I. A. und B. Die von den Kirchen, Pfarren und Schulen zur Landcasse gelieferten Ablösungsgelder bilden eine von den übrigen Passiv-Capitalien völlig verschiedene Schuld und dürften daher in ihrem Betrage jedesmal besonders aufzuführen seyn, wogegen die ritterschaftlichen Capitalien, da bei ihnen jener Grund nicht eintritt, mit den ursprünglich auf der Landcasse ruhenden Capitalien zusammengezogen werden könnten.

2) Zu II. A. Der hier ausgeführte Betrag der bisherigen Gehalte und Pensionen stimmt weder mit dem vorigen Etat, noch mit der Rechnung pro 1843. Der erstere hat 3530 Rthl. und die Rechnung pro 1843 verausgabt 3678 Rthl., worin aber der Gehalt für den katholischen Pastor zu 100 Rthl., die dem Landreceptor bewilligte Zulage auch für das Jahr 1842 mit 204 Rthl. und für die Thierarzneipflege 50 Rthl. mit enthalten sind. Jedenfalls also scheinen in den vorliegenden Etats für 1845 und 1846 der Gehalt des katholischen Pastors zu Lemgo zu 100 Rthl. und der Zuschuß zur Thierarzneipflege zu 100 Rthl. doppelt berechnet zu seyn, da diese Ausgaben unter XI. 2. und XII. besonders vorkommen.

Sämmtliche auf der Landcasse ruhenden Gehalte, mit Einschluß der bewilligten Zulage sind unter Benutzung der Rechnung pro 1843 in der Anlage zusammengestellt und betragen demnach 4156 Rthl. 23 Mg. 2½ Pf.

3) Zu IV. B. Treugehorsamste Stände haben am vorigen Landtage Bedenken getragen, die beantragte Erhöhung der Sublevationsgelder um 12,000 Rthl. zu bewilligen, weil die Nothwendigkeit der Bewilligung ihnen nicht nachgewiesen zu seyn schien. Bei Vorlegung des jetzigen Etats sind jene Bedenken nicht gehoben, indem auch jetzt nicht dargethan ist, daß die der Renteammer zu Gebote stehenden Einkünfte zur Bestreitung der Staatshaushaltskosten unzureichend seyen.

Die von den höchstlandesherrlichen Commissarien den treugehorsamsten Ständen gemachten Eröffnungen stellen es jedoch in Aussicht, daß eine Trennung des Staats-

haushalts vom Domanialhaushalt unter angemessenen Bedingungen zu Stande kommen werde und haben daher treugehorsamste Stände den proponirten Zuschuß zur Landrentei für die nächste zweijährige Finanzperiode jährlich mit 12,000 Rthl. außer den gewöhnlichen Sublevationsgeldern nochmals extraordinarie auf die Landcasse übernommen.

4) Zu **VIII.** Nach dem über den Etat der Wegbaucasse besonders abgegebenen unterthänigsten Gutachten würde der für diese Casse erforderliche Zuschuß im Durchschnitt jährlich für die beiden Etatsjahre 33,907 Rthl. betragen. Die Summe dürfte daher hier auszuwerfen seyn.

5) Zu **IX.** Als Herren- und Kreisgelder hat der Etat die Summe von 17,699 Rthl. in Ausgabe gebracht. Diese Summe stimmt nicht mit der Rechnung von 1843, welche den Betrag von 17,869 Rthl. enthält. Dieser Betrag dürfte auch hier auszuwerfen seyn, vorausgesetzt, daß die in jener Rechnung berechnete Summe sich definitiv als richtig ergiebt.

6) Zu **X.** Rücksichtlich der Hülfsgelder nehmen die treugehorsamsten Stände auf die unterthänigste Erklärung über die nachträgliche Proposition, die Unterstützung der bedürftigen Weber betreffend, und auf das ständische Desiderium, wegen Theilnahme der Städte an der Hülfscasse Bezug.

7) Zu **XI. 1.** Die als bisheriger Zuschuß für die Elementarschulen ausgeworfenen 4898 Rthl. stimmen nicht mit dem vorigen Etat und auch nicht mit der Rechnung von 1843. Der erstere enthält nur 4821 Rthl. und die Rechnung von 1843 4436 Rthl. Der diesmalige Etat würde daher einer Berichtigung in dieser Beziehung bedürfen.

8) Zu **XI. 2.** Die Ausgabe für den katholischen Pastor in Lemgo führt der Etat schon unter **II.** auf.

9) Zu **XII.** Für Prämien waren im vorigen Etat nur 1000 Rthl. ausgeworfen, während der gegenwärtige Etat 1500 Rthl. enthält. Gegen die Ausgabe dieser höhern Summe wird jedoch nichts zu erinnern seyn, vorausgesetzt, daß die Umstände sie nöthig machen möchten.

10) Zu **XIII.** Rücksichtlich der Medicinalcasse wird auf die Bemerkungen zu den diese Casse betreffenden, besondern Etat unterthänigst Bezug genommen. Die Summe der Ausgabe würde sich danach auf 2644 Rthl. feststellen.

11) Zu **XV.** Den Zuschuß zum Regierungsblatt und zu **XVI.**, den Beitrag zur Hofgerichtscasse betreffend, erlauben sich treugehorsamste Stände unterthänigst zu bemerken, daß von ihnen dieserhalb besondere Anträge gestellt sind und bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht, dieselben bei der definitiven Festsetzung des Etats gnädigst berücksichtigen zu wollen.

12) Zu **XIX.** Die für die Zollverwaltung und für die Unterhaltung der Steuerlocale in Ausgabe gebrachte Summe von 800 Rthl. rechtfertigt sich, nach den Erläuterungen, welche die von Ew. Hochfürstl. Durchlaucht bestellten Commissarien den treugehorsamsten Ständen mündlich ertheilt haben.

13) Zu **XX.** Die Ausgabe für die Realschulen und Gymnasien würde, nach der dieserhalb ergangenen besondern Proposition und nach dem darauf ertheilten unterthänigsten Gutachten im Ganzen 2660 Rthl. betragen.

14) Zu **XXI.** Der Zuschuß für den Taubstummen-Unterricht kommt nach dem besonders abgegebenen unterthänigsten Gutachten hier in dem proponirten Betrage mit 200 Rthl. in Ausgabe.

15) Zu **XXII.** Die für die Thierarzneipflege ausgeworfenen 100 Rthl. sind schon im Tit. II. enthalten.

In diesen 100 Rthl. sind zugleich 50 Rthl. begriffen, welche bisher nicht verausgabt, aber für einen im Amte Sternberg anzustellenden Thierarzt asservirt wurden. Daß die Verwendung dieser letzten 50 Rthl. bald möglichst geschehe, erscheint wünschenswerth, da auf dem gegenwärtigen Landtage die Bewohner des Amts Sternberg abermals um Anstellung eines Thierarztes in ihrem Districte petitionirt haben.

Treugehorsamste Stände glauben deßhalb, daß die volle Summe von 100 Rthl. in dem Etat verstellt bleiben müsse und hoffen, daß die Anstellung eines Thierarztes im Amte Sternberg keinen allzulangen Aufschub mehr erleiden werde.

16) Zu **XXIII.** Die Entschädigung Fürstl. Rentcammer betrug nach dem vorigen Etat:

wegen des Zollanschlusses	2023 Rthl.
wegen Aufhebung jüdischer Abgaben	500 =
wegen Aufhebung des Einliegergeldes	4182 =
Summa	6705 Rthl.

Außerdem wurden in der Rechnung für 1843 verausgabt 1500 Rthl. als Entschädigung für die Ausfälle am Weserzolle, so daß hiernach im Ganzen die Summe von 8205 Rthl. auf den gegenwärtigen Etat übergehen würden.

Da die Entschädigung wegen des Weserzolls, deren Bewilligung im Allgemeinen keinem Bedenken unterliegt, einer jedesmaligen Festsetzung bedarf, so dürfte die Liquidation darüber, bevor die Assignation geschieht, den Ausschußdeputirten vorzulegen seyn.

17) Zu **XXIV.** In Betreff der Entschädigung des hohen Erbherrl. Hauses für die Aufhebung des Einliegergeldes nehmen treugehorsamste Stände auf das oben über diesen Gegenstand bereits Vorgetragene unterthänigst Bezug.

18) Zu **XXVI.** Für die Militaircasse würden, nach dem über den Militair-Etat besonders abgegebenen unterthänigsten Gutachten außer der Ausgabe wegen der Maischsteuer, auch noch die in dem Etat für die beiden Etatsjahre berechneten Mehrausgaben hier in Betracht kommen. Dieselben betragen:

für das Jahr 1845	3657 Rthlr.
= = = 1846	14137 =
facit	17794 Rthlr.
oder durchschnittlich für jedes Jahr	8897 Rthlr.

19) Wegen der mannichfachen Veränderungen, welche der vorgelegte Etat durch die dazu gemachten unterthänigsten Erinnerungen der treugehorsamsten Landstände erlitten hat, und um eine vollständige Uebersicht über die Ausgaben zu gewinnen, welche in der nächsten Finanzperiode aus der Landcasse zu bestreiten sind, erdreisten sich treugehorsamste Stände in der Anl. 3. eine Zusammenstellung des ursprünglichen Etats und der darin nöthig scheinenden Abänderungen unterthänigst vorzulegen. Der Abschluß ergibt ein jährliches deficit von 4267 Rthlr., welches hauptsächlich durch die bedeutenden Zuschüsse, die im Jahr 1846 für die Militaircasse in Anforderung gebracht sind, herbeigeführt wird.

Die treugehorsamsten Stände glauben hoffen zu dürfen, daß die Einnahme der Landcasse den dafür ausgeworfenen Betrag in den nächsten beiden Jahren übersteigen werde, zumal schon im Jahre 1843 die Zoll- und Verbrauchsteuer über 119,000 Rthlr.

betragen hat. Ebenso ist zu erwarten, daß bei möglichster Sparsamkeit in allen Zweigen der Verwaltung die Ausgaben den dafür ausgeworfenen Betrag nicht erreichen werden und daß es auf solche Weise, ebenso wie in den Jahren 1843 und 1844 möglich seyn wird, den anscheinenden Ausfall vollständig zu decken.

Jedenfalls werden sich in der folgenden Finanzperiode die Ausgaben erheblich vermindern, allein schon aus dem Grunde, weil alsdann die für das Jahr 1846 nöthig werdenden Mehr-Ausgaben der Militaircasse zu 10,500 Rthlr. nicht wieder vorkommen, als weil der Zuschuß zur Wegbaucasse, aus welcher jetzt für die Rectification der Varnholzer Chaussée extraordinarie jährlich 6000 Rthlr. verwendet werden müssen, sich ermäßigen läßt.

Treugehorsamste Stände glauben daher zur Deckung des berechneten Ausfalls in der Einnahme, für den Fall, daß sich solcher in der Rechnung wirklich ergeben möchte, den in der letzt vergangenen Finanzperiode angesammelten Cassenvorrath unterthänigst anweisen zu dürfen.

Ew. Hochfürstl. Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst: mit Berücksichtigung der gemachten Erinnerungen den Landcassen-Etat für die Jahre 1845 und 1846 definitiv festsetzen lassen zu wollen.

Detmold, den 13ten Februar 1845.

Die treugehorsamsten Landstände.

Anl. 1. ad I. des Gutachtens.

Die Entschädigung der Erbherrlichen Linie zu Bückeburg für Aufhebung des Einliegergeldes im Amte Blomberg betreffend.

In der 13ten Proposition wegen des Landesbedürfnisses ist es für einen Uebelstand erachtet, daß die Erhebung des Einliegergeldes im Amte Blomberg, ohngeachtet der Verordnung vom 18. April 1843 noch habe zugelassen werden müssen, da die Aufhebung nicht ohne Entschädigung der Erbherrl. Linie zu Bückeburg geschehn könne. Es habe sich herausgestellt, daß diese Abgabe im Jahre 1842 123 Rthl. 12 Mgr. betragen habe, welche jährlich von der Landcasse zu übernehmen seyen.

Die Aufhebung des Einliegergeldes hätte jedoch im Amte Blomberg wie in dem übrigen Lande geschehen müssen, weil dieselbe durch eine allgemein gültige Landesverordnung beschlossen worden ist und Einlieger, die ohnehin zu der ärmsten Classe der Unterthanen gehören, in dem Amte Blomberg so gut, wie in dem ganzen übrigen Lande auf Erleichterung Anspruch haben.

Ob für die Aufhebung dieser Steuer der hohen Erbherrl. Linie eine Entschädigung gebührt, das scheint ernstem Zweifel zu unterliegen.

Sehen wir zunächst auf das deutsche Staatsrecht, so umfaßt die Finanzhoheit als Regel alle directen und indirecten Steuern, wer dagegen eine Ausnahme begründen will, hat die Regel wider sich und muß die Ausnahme beweisen. Auch von ihren Gutsunterthanen oder Hintersassen dürfen die Grundherrn für sich (Privatsteuer) nicht mehr erheben. Klüber, Staatsv. des Rheinbundes §. 224.

Was insbesondere das Verhältniß des Fürstl. Hauses Lippe gegen das Fürstl. Haus Schaumburg-Lippe anbetrifft, so ist durch das Austrägal-Erkenntniß des Oberhofgerichts zu Mannheim vom 22sten Decbr. 1838 für Recht erkannt: daß dem Fürstl. Hause Lippe die Souverainetät über das Erbherrliche Amt Blomberg mit allem nach dem Staatsrecht des deutschen Bundes aus der Souverainetät hervorgehenden Rechten zu-

stehe und das Haus Schaumburg-Lippe die seit dem 5ten October 1831 im Amte Blomberg erhobenen ordinairen und indirecten Steuern herauszuzahlen schuldig sey. In diesem Erkenntnisse sind dem Erbherrl. Hause überall keine Privatsteuern vorbehalten und namentlich ist, als einer Privatsteuer, des Einliegergeldes nicht gedacht worden.

Wenn dagegen erinnert werden möchte, es habe die von den Einliegern zu entrichtende Abgabe factisch fortbestanden, so ist ein factischer Zustand kein rechtlicher. Ebenso wie das Einliegergeld haben die Grundsteuer und die Branntweinsfabricationssteuer factisch bis zum Jahre 1838 fortbestanden. Und so wie diese letztern Steuern an die Landescassen seit dem erwähnten Austrägal-Erkenntniß entrichtet werden, würde auch das Einliegergeld dorthin jetzt aus dem Amte Blomberg zu bezahlen seyn, wenn es nicht aufgehoben worden wäre.

Während Nichts dafür spricht, daß das Einliegergeld eine Privatsteuer des hohen Erbherrl. Hauses sey, vielmehr Regel und Urtheil dem widersprechen, ließe sich nöthigenfalls reprobando durch archivalische Nachrichten beweisen, daß das Einliegergeld die Qualität einer öffentlichen Steuer hat und daß dasselbe auf Einlieger des Amts Blomberg ausdrücklich extendirt worden ist.

Darauf, daß durch eine besondere Uebereinkunft der Fürstl. Lipp. Rentcammer, eine Entschädigung für das von derselben bezogene Einliegergeld aus dem ganzen Lande zugestanden worden ist, kann sich die hohe Erbherrl. Linie darum nicht berufen, weil der Durchlauchtigste Landesherr in einer ganz andern Beziehung zu dem Lande steht.

Auch das Quantum der geforderten Entschädigung zu 123 Rthl. 12 Mgr. jährlich würde dadurch noch nicht nachgewiesen seyn, daß das Einliegergeld im Jahre 1842 diese Summe betragen hätte, weil die Einnahme in einem einzigen Jahre nicht für alle Zukunft zum Maaßstabe dienen könnte.

Es dürfte demnach der Durchlauchtigste Fürst unterthänigst zu bitten seyn:

die Wirksamkeit der Landesverordnung vom 15ten April 1843 im Amte Blomberg nicht länger hinauszuschieben, und die Entschädigungsforderung der hohen Erbherrl. Linie so lange gnädigst abzulehnen, bis dieselbe besser als geschehen, begründet und auch klar gestellt worden ist.

Piderit.

Anl. 2. ad III. 2 des Gutachtens.

Specification der aus der Landcasse zu zahlenden Gehalte nach der Rechnung pro 1843, mit Hinzusetzung der dem Rechnungsführer bewilligten Zulage.

		ℛ	ß	₰
1)	Dem Director des Landcasse-Administrations-Collegium	442	34	4
2)	Dem Cassen-Curator	255	20	—
3)	= Landsyndicus	127	28	—
4)	= Wegbaumeister	664	16	—
5)	= Brunnenarzt in Meinberg . .	102	8	—
	Latus	1592	34	4

		ℛ℔	ℛ	ß
	Transport	1592	34	4
6)	Dem Regierungspedell	6	4	4½
7)	= Oberthierarzt zu Detmold	51	4	—
8)	= Thierarzt in Lemgo	51	4	—
9)	= Thierarzt in Blomberg	51	4	—
10)	= Thierarzt in Sternberg	50	—	—
11)	= Wiesenbaumeister	40	32	—
12)	= katholischen Pastor	100	—	—
13)	= Wegbau-Controleur	200	—	—
14)	= anzustellenden Unterwegbaumeistern	400	—	—
15)	= Rath Stock, Pension	613	12	—
16)	= Landcassenreceptor, incl. der bewilligten Zulage	1000	—	—
	Summa	4156	23	2½

Anlage 3 zu III. 19. des Gutachtens.

Etats der Landcasse.

Ausgabe.	proponirt: ℛ℔	ℛ	ß	genehmigt: ℛ℔	ℛ	ß	Bemerkungen.
Tit. I. Zinsen	5072	10	3	5072	10	3	
- II. Salarien	4238	1	2½	4576	23	2½	nach den ständischen Beschlüssen incl. des Gehalts der Ausschußdep. und des ꝛc. König.
- III. Landtagskosten	1000	—	—	1000	—	—	
- IV. Zur Sublevation	24266	24	—	24266	24	—	
- V. ad manus Seren.	1000	—	—	1000	—	—	
- VI. Affairencasse	2000	—	—	2000	—	—	
- VII. Catast. Commission	1521	24	—	1521	24	—	
- VIII. Wegbau	32560	—	—	33907	3	5	nach dem besondern Etat.
- IX. Herrn- u. Kreisgelder	17699	20	5	17869	—	3½	nach der Erläuterung der landesherrlichen Commission.
- X. Hülfsgelder	2573	14	4	2573	14	4	
- XI. Zur Consistorialcasse	6998	20	—	6898	20	—	für den katholischen Pastor gehn 100 Rthl. ab.
- XII. Prämien	1500	—	—	1500	—	—	
- XIII. Medicinalcasse	2744	32	—	2644	32	—	nach dem besondern Etat.
- XIV. Commerzien	97	18	—	97	18	—	
- XV. Regierungsblatt	50	—	—	50	—	—	die Ausgabe dürfte cess. können.
- XVI. Hofgericht	149	2	2	767	32	3	nach dem Antrage der Stände.
- XVII. wegen Wetterschäden	500	—	—	500	—	—	
Latus	103971	23	4½	106245	23	3	

Ausgabe.	proponirt: Rthl.	ßl.	₰	genehmigt: Rthl.	ßl.	₰	Bemerkungen.
Transport	103971	23	4½	106245	23	3	
Tit. XVIII. Ablösungs-Commission	600	—	—	600	—	—	
- XIX. Zollverwaltung	800	—	—	800	—	—	
- XX. Realschulen u. Gymnasien	2600	—	—	2660	—	—	nach dem ständischen Gutachten.
- XXI. Taubstumme	500	—	—	500	—	—	
- XXII. Thierarzneipflege .	100	—	—	—	—	—	fallen hinaus.
- XXIII. Entschädig. Fürstlicher Rentcam.	8306	9	3	8205	—	—	nach der Bemerkung im ständischen Gutachten;
- XXIV. Entschädigung des Erbherrn	169	35	3	46	23	3	ebenso;
- XXV. desgleichen der Städte . .	1734	33	—	1744	33	—	
- XXVI. Zur Militaircasse . .	20000	—	—	28897	—	—	nach dem besondern Etat.
- XXVII. Außerordentlich	2000	—	—	2000	—	—	
Summa	140922	5	4½	151689	8	—	
Verglichen mit der Einnahme zu				147421	17	5	
Ist deficit				4267	26	1	

b. Den Etat der Medicinalcasse betreffend.

Die Prüfung des auf Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht gnädigsten Befehl den treugehorsamsten Ständen vorgelegten Etats der Medicinalcasse ist durch dessen Einrichtung und insbesondere dadurch sehr erschwert worden, daß die Ausgabe nicht vollständig specificirt, sondern auf die früheren Bewilligungen Bezug genommen ist. Dadurch wird es nöthig gemacht, daß mit dem Etat die abgelegten Rechnungen verglichen werden und da in solchen Abweichungen von jenem nicht immer sich vermeiden lassen, auch nicht schon die Rechnung vom letzten Etatsjahr vorgelegt werden kann, weil dieselbe nicht aufgestellt ist, so wird eine vollständige Uebersicht sehr schwierig gemacht.

Die treugehorsamsten Stände wagen es, Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst zu bitten:

gnädigst befehlen zu wollen, daß in den vorzulegenden Etats die Ausgaben jederzeit vollständig specificirt werden.

Aus den Gründen, welche in den dem Etat angesetzten Erläuterungen dafür angeführt sind, erklären sich

ad 1) den Etat der Gehalte betreffend, die treugehorsamsten Stände unterthänigst damit einverstanden, daß

ad a) dem angestellten Medicinal-Assessor ein Gehalt von 100 Rthl. bewilligt,

ad b) die Gehalte der angestellten Amts- und Medicinal-Chirurgen auf den Normalsatz von 75 Rthl. Cour. erhöhet,

ad c) der Wittwe des verstorbenen Physicus Dr. Pramann eine Pension von 75 Rthl. ausgesetzt, und

ab d) zu den außerordentlichen Ausgaben weitere 150 Rthl. jährlich verwandt werden.

ad 2) den Hebammen-Fonds anlangend, glauben treugehorsamste Stände, nachdem die bei der Berathung gegenwärtigen landesherrlichen Commissarien mündlich zugestimmt haben, den weiter proponirten Zuschuß auf 200 Rthl. jährlich beschränken und die zuversichtliche Erwartung aussprechen zu dürfen, daß der nunmehr ausgeworfene Betrag ausreichend seyn werde, sämmtliche nothwendige Ausgaben zu decken, so daß eine fernere Bewilligung dafür sich nicht weiter nöthig machen werde.

Die treugehorsamsten Stände bewilligen demnach unterthänigst, daß ein Zuschuß von jährlich 2644 Rthl. 32 mgr. aus der Landcasse zur Medicinalcasse ausgezahlt werde.

Detmold den 12ten Februar 1845.

c. Den Etat des Wegbaues betreffend.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht danken treugehorsamste Stände unterthänigst für die ihnen wegen der Wegbauten gnädigst gemachten Eröffnungen.

Daß die schlechte Witterung des vorigen Jahres, die Aufhebung der Wegbaudienste und die nicht vorhergesehenen Terrain-Entschädigungen eine Ueberschreitung des am letzten Landtage bewilligten Etats erforderlich gemacht haben, ist von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Herrn Commissarius genügend erläutert worden. Treugehorsamste Stände bedauern nur, daß die Ausschußdeputirten nicht zu Eröffnung des erforderlichen supplementarischen Credits angegangen worden sind.

Was die gnädigst proponirten Bau-Unternehmungen anlangt, so sind treugehorsamste Stände der Ansicht, daß die Straße von Brake nach Blomberg nunmehr rasch zu Ende zu bringen sey und sind zu dem Zwecke die noch erforderlichen 11872 Rthl. bewilligt.

Für die Chaussee von den Externsteinen über Kohlstädt nach Schlangen sind noch 7914 Rthl. erforderlich, welche ebenfalls bewilligt werden.

Rücksichtlich der viel besprochenen Rectification der Straße über die Gauseköte haben treugehorsamste Stände sich aus den ihnen mitgetheilten Regierungsacten überzeugt, daß durch die bisherigen Schritte die Frage hinsichtlich eines bequemen Uebergangspuncts über das Gebirge in der Gegend der Gauseköte noch nicht entschieden ist, weil dem Königl. Preußischen Weg-Bau-Inspector Niermann die erforderlichen nivellitischen Vorarbeiten bei seiner Untersuchung nicht vorgelegen haben. Treugehorsamste Stände halten den fraglichen Weg für zu wichtig für das ganze Land, als daß sie die Ansicht der Fürstlichen Regierung, welche sich für die Aufhebung des Rectificationsplans ausspricht, schon jetzt theilen könnten. Die Ausführung der Verlegung der Chaussee wird neben dem größern Aufwand für die Anlage, auch verhältnißmäßige Unterhaltungskosten für die Wegbaucasse, für das Publicum auf lange Zeit einen großen Umweg und Zeitverlust herbeiführen. Außerdem hat auch das Preußische Gouvernement abweichende Ansichten und muß befürchtet werden, daß noch mehr als es schon geschehen die Verbindungsstraßen um das Land herum gelegt werden, wenn man sich dort in seinen Wünschen getäuscht sieht. Treugehorsamste Stände bitten daher unterthänigst:

daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen wollen, den Weg-Bau-Inspector Niermann mit Vorlegung sämmtlicher Vorarbeiten, namentlich der Nivellements und Charten, nochmals zur Untersuchung zu beauftragen und treugehorsamsten Ständen demnächst von dem Resultate Mittheilung machen zu lassen.

Die Chaussee über Schmedissen nach Horn würde als von dieser Präjudicialfrage abhängig vorerst noch zurückzustellen seyn.

Von den übrigen in Aussicht gestellten Wegbauten ist ohne Zweifel die der Straße von Uflen nach Blotho die Wichtigste, hinsichtlich deren treugehorsamste Stände der Meinung sind, daß sie baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden müsse. Es sind deshalb die veranschlagten Kosten mit 18367 Rthl. unterthänigst zur Disposition gestellt worden. Hoffentlich werden die in der Proposition erwähnten Verhandlungen mit der Preußischen Behörde zu Minden bald zum Ziele führen.

Wegen der Richtung, welche dieser Chaussee diesseits zu geben, ist die unterthänigst angelegte Vorstellung der Vorsteher zu Wüsten beim Landtage eingereicht worden.

Die ferner proponirte Rectification der Straße vom Hegersberge bis Dalbke erscheint treugehorsamsten Ständen durchaus nothwendig und haben sie für erforderlich gehalten, diesen Bau möglichst schnell zu fördern. Sie haben daher beantragen zu müssen geglaubt, daß derselbe schon bis zum Ende des nächsten Jahres vollendet werde, und sind deshalb die veranschlagten Kosten gleich im ganzen Betrage mit 12421 Rthl. zur Verfügung gestellt.

Treugehorsamste Stände bitten bei dieser Gelegenheit wiederholt darum, den Magistrat zu Lemgo zur Rectification der Chaussee nach Varenholz anzuhalten; soweit selbige auf städtischem Gebiete läuft.

Mit dieser Bewilligung sind die für die begonnene Finanzperiode vorhandenen Fonds erschöpft und werden die ferneren Unternehmungen bis zum Jahr 1847 ausgesetzt werden müssen. Der Priorität nach würde aber dann die Chaussee von Lage nach Schötmar die zunächst in Angriff zu nehmende seyn und geben treugehorsamste Stände anheim, diesen Bau schon im Jahr 1846 beginnen zu lassen, wenn der Etat nicht überschritten zu werden braucht, d. h. etwaige Ersparnisse vorhanden sind. Das Gleiche könnte geschehen, wenn der Magistrat zu Lage aus seinen Mitteln die erforderlichen Vorschüsse zinslos zu leisten sich erbieten sollte.

Um den vielfachen Gesuchen der Unterthanen rücksichtlich der rascheren Förderung des Communal-Wegbaues einigermaßen genügen zu können, haben treugehorsamste Stände für diesen Titel die doppelte Summe bewilligen zu müssen geglaubt und geben sie unterthänigst anheim, daraus für den zu erbauenden Communalweg von Oerlinghausen nach Schötmar einen angemessenen Zuschuß zu verwenden, indem treugehorsamste Stände die Ansicht Fürstlicher Regierung theilen, daß sich dieser Weg zu Anlegung einer Chaussee nicht qualificire.

Die wegen dieses Gegenstandes beim Landtage eingegangene Petition des Gemeinderaths zu Oerlinghausen ist zur etwaigen gnädigsten Berücksichtigung unterthänigst angeschlossen.

Ebenso ein Gesuch des Magistrats zu Lemgo, wegen einer Chaussee nach Blotho; der Eingesessenen zu Stemmen, Varenholz und Erder, wegen einer Chaussee von Erder nach Varenholz; der Bewohner des Amts Sternberg wegen eines Wegs von Bösingfeld nach Grubenhagen und der Einwohner zu Göstrup, Bremke und Asemissen wegen Unterstützung zu Communal-Wegebauten.

Treugehorsamste Stände glauben die unterthänigste Bitte stellen zu müssen, daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht zu befehlen geruhen wollen, daß vor dem Beginne des Neubaues einer Chaussee gleich die ganze Wegstrecke vom Anfangs- bis zum Endpuncte vollständig ausgemessen und festgestellt werde, so daß über Richtung und Terrain-Abtretung gleich Gewißheit vorliegt und sich die zunächst betheiligten Interessenten darnach halten können.

Treugehorsamste Stände müssen es für einen Uebelstand betrachten, daß bis zur neusten Zeit wegen der Richtung der Chaussee von Brake nach Blomberg noch Ungewißheit geherrscht hat.

Auch wäre schließlich unterthänigst anheim zu stellen, ob der Versuch zu machen, den Bau einzelner Wegstrecken unter gehöriger Controle in Entreprise zu geben und dadurch eine Ersparniß zu erzielen. —

Die Anlage A. enthält die Uebersicht der unterthänigsten Verwilligungen zum Wegbau, um deren huldvolle Genehmigung ehrerbietigst gebeten wird.

Detmold den 12ten Februar 1845.

Anlage A.

Wegbau-Etat pro 1845 und 1846 nach den ständischen Bewilligungen.

	ℛ	ß	₰	
Einnahme: für jedes Jahr:				
Tit. I. Chausseegeld	13000	—	—	
- II. Zuschüsse:				
1) aus der Lippstädter Casse	1000	—	—	
2) = = Landcasse	33907	3	5	
- III. Außerordentlich	150	—	—	
Summa	48057	3	5	
Ausgabe: für beide Jahre:				
Tit. I. für Reparaturen à 16000 Rthl.	32000	—	—	
- II. für Neubauten incl. Terrain-Entschädigungen:				
1) Chaussee nach Blomberg	11872	24	—	
2) Chaussee nach Kohlstädt	7914	26	—	
3) Chaussee von Uslen nach Blotho	18367	22	—	
4) Chaussee von Lage nach Schötmar	—	—	—	Dazu können nur etwaige Ueberschüsse verwendet werden.
- III. Rectificationen:				
1) auf der Barenholzer Chaussee	12421	18	—	
2) sonstige à 2000 Rthl.	4000	—	—	
- IV. Zuschüsse zum Communal-Wegbau à 2000 Rthl.	4000	—	—	
- V. Zinsen à 1243 Rthl. 10 mgr. 5 pf.	2486	21	4	
- VI. Gehalt des Calculators à 25 Rthl. 20 gr.	51	4	—	
- VII. Verschiedene Ausgaben à 1500 Rthl.	3000	—	—	
Summa	96114	7	4	
Durchschnittlich sind demnach in jedem Jahre zu verwenden	48057	3	5	
und stimmt damit die Einnahme zu	48057	3	5	

Detmold den 10ten Februar 1845.

d. Den Etat des Strafwerkhauses betreffend.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht zeigen die treugehorsamsten Stände unterthänigst an, daß der vorgelegte Etat des Strafwerkhauses zu keinen Erinnerungen Veranlassung gegeben hat.

Detmold, den 8ten Februar 1845.

e. Den Etat des Zucht- und Zwangsarbeitshauses betreffend.

Zu dem, den treugehorsamsten Ständen vorgelegten Etat des Zuchthauses pro 1845 und 1846 erlauben sie sich nur unterthänigst darauf anzutragen, daß die Zuchthaus-Commission angewiesen werde, mit den Bäckern wegen der Brodlieferung angemessene Accorde abzuschließen und sich einen, der Größe der Lieferung und der sofortigen Zahlung entsprechenden Rabatt auszubedingen, zugleich aber auch die Güte des gelieferten Brodes um so strenger zu controliren.

Im Uebrigen haben sich keine Erinnerungen zum Etat ergeben. Da aber die Strafanstalt von den Zinsen der Activ-Capitalien doch nicht unterhalten werden kann und ein Zuschuß der Landcasse erforderlich ist, so scheint es zur Vereinfachung des Cassenwesens und um die Uebersicht über den Finanzzustand des Landes zu erleichtern, wünschenswerth, wenn die, 10000 Rthlr. betragenden Activ-Capitalien an die Landcasse abgegeben und die Zinsen künftig für diese verrechnet werden. Das Deficit der Ausgabe würde dann aus der Landcasse zu decken und zu diesem Zwecke ein besonderer Titel im Landcassen-Etat zu formiren seyn.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst, die entsprechenden Verfügungen gnädigst erlassen zu wollen.

Detmold, den 8ten Februar 1845.

f. Den Etat des Militair-Departements betreffend.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht danken treugehorsamste Stände unterthänigst für die mit dem höchsten Erlasse vom 15ten v. M. sub Nr. II. gnädigst mitgetheilten Erläuterungen rücksichtlich der auf den Landtagen von 1840 und 184$\frac{2}{3}$ von den Ständen gemachten Erinnerungen gegen die Militair-Verwaltung. Wenn die Widerlegung jener Erinnerungen auch noch hie und da Zweifel zuläßt, so haben treugehorsamste Stände doch mit Vergnügen wahrgenommen, daß bei der Aufstellung des Etats für den jetzigen Landtag auf die patriotischen Rathschläge und Wünsche der Stände mehrfach Rücksicht genommen worden ist, was dankbar anerkannt wird, und da ihnen der Herr Departementsrath als höchstlandesherrlicher Commissarius außerdem mündliche Erläuterungen über einzelne factische Umstände gegeben hat, so sind sie um so weniger gemeint, ihre früheren Erinnerungen ohne dringende Veranlassung zu verfolgen und beschränken sich nur auf folgende unterthänigste Bemerkungen:

1) Hinsichtlich der für das Equipement der jungen Officiere aus der Militaircasse bestrittenen Ausgaben hatten treugehorsamste Stände die Ansicht ausgesprochen, daß die Bekleidung den Officieren auf eigne Kosten obliege. Da Ew. Hochfürstliche Durchlaucht, nach einer Mittheilung des Herrn Departementsraths geruhet haben, diesen von Höchstdero Regierung als „herkömmlich“ bezeichneten Zuschuß auf 120 Rthlr. zu erhöhen, so wird diese Ausgabe künftig in vorkommenden Fällen als etatsmäßig zu betrachten seyn.

2) Die in den erläuternden Bemerkungen Fürstlicher Regierung enthaltene Nachricht über den Verlust, welcher der Militaircasse durch die vom Rendanten geschehene Einnahme in Golde statt Courants zugefügt worden ist, darf von treugehorsamsten

Ständen nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden, weil ihnen die Unrichtigkeit des desfallsigen moniti vorgeworfen wird. Dieses Monitum muß auch jetzt noch für vollkommen begründet erklärt werden. Zwar ist der frühere Verlust durch das nachmalige Steigen des Goldwerths zum Theil der Casse ersetzt worden. Es dürfte aber wohl einleuchten, daß durch diesen glücklichen Zufall das Verfahren der Verwaltung nicht gerechtfertigt wird. Treugehorsamste Stände wollen jedoch in Berücksichtigung des Umstandes, daß der Verlust sich auf eine nicht bedeutende Summe reducirt hat, von dem frühern Gesuche gern Abstand nehmen.

3) Was die durch Officiere besorgte Zahlung von Militair-Effecten und anderer Ausgabe-Posten anlangt, so sind treugehorsamste Stände nicht gemeint, der innern Administration vorgreifen zu wollen. Sie erlauben sich nur, unterthänigst darauf aufmerksam zu machen, daß es sehr zur Vereinfachung des Rechnungswesens dienen würde, wenn der Zahlmeister, nachdem der betreffende Officier die Rechnungen als richtig attestirt hat, die zu seinen Geschäften gehörige Auszahlung besorgte.

4) Mit lebhaftem Bedauern haben treugehorsamste Stände wahrgenommen, daß die Anschaffung von einer neuen Garnitur Percussions-Gewehre mit einem Kostenaufwande von 8000 Rthlr. dennoch, gegen ihre Bewilligung, erfolgt ist, wollen sich aber, obwohl das Verfahren der Administration durch die gegebenen Erläuterungen nicht gerechtfertigt wird, des weitern Eingehens auf diesen Punct gern enthalten, wogegen sie um so zuversichtlicher den unterthänigsten Antrag wiederholen, daß der Plan wegen Ankaufs eines unnöthigen Exercir-Platzes definitiv aufgegeben werden möge.

Auf die Vorbemerkungen zu den Etats pro 1845 und 1846 haben treugehorsamste Stände nur unterthänigst zu erwiedern, daß sie mit dem Fortbestehn der Schutzwache und deren vollkommnern Organisation, in Betracht des großen Nutzens, welchen dieses Institut schon jetzt geleistet hat, durchaus einverstanden sind. Die Mannschaft wird zu dem Zwecke um einige Mann vermehrt werden müssen und bitten treugehorsamste Stände unterthänigst, bei der vorzunehmenden Organisation gnädigst die Einrichtung dahin treffen lassen zu wollen, daß die Dienstthätigkeit der Schutzwächter unter die unmittelbare Disposition und Controle der Gerichte und Polizeibehörden gestellt, die Disciplin aber von dem commandirenden Officier gehandhabt werde. Es darf gehofft werden, daß der Transport der Gefangenen und Vagabonden in regelmäßiger Correspondenz von den Schutzwächtern beschafft werden kann, wodurch dann die Gemeindecassen der Grenzämter bedeutend erleichtert werden würden.

Rücksichtlich der Einnahme des Etats erlauben treugehorsamste Stände sich auf das besonders vorgebrachte Desiderium unterthänigst Bezug zu nehmen.

Zur Ausgabe.

Schon in dem Landtagsgutachten vom 1sten Februar 1843 erlaubten sich treugehorsamste Stände unterthänigst darauf aufmerksam zu machen, daß bei den Brodlieferungen für das Militair durch zweckmäßig abgeschlossene Accorde mit den Bäckern, Ersparungen eintreten können. Da die Lieferungen bedeutend sind und sofort baare Zahlung erfolgt, so dürften sich die Bäcker zu einem erheblichen Rabatt wohl bequemen, wodurch dem Lande für die nächste Finanzperiode eine bedeutende Summe erspart würde. Sollten sich die hiesigen Bäcker weigern, so dürften sich die Lemgoer Bäcker vielleicht williger finden lassen.

Eine gehörige Controle wird hierbei leicht zu führen seyn und die Befürchtung beseitigen, daß die Soldaten schlechtes Brod erhalten möchten.

Treugehorsamste Stände sind der Ueberzeugung, daß eine aus Officieren aller

Grade bestehende Oeconomie-Commission durch die jetzt bestehende Einrichtung, bei welcher die Anschaffungen überwiegend in der Hand des Rendanten liegen, nicht ersetzt wird, und bitten sie Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst, ihre desfallsigen erneuerten Wünsche gnädigst berücksichtigen lassen zu wollen. Jene Commission wird die Verwaltung vor Mißgriffen bewahren und gewiß Ersparungen bewirken, weil sämmtlichen Mitgliedern eine strenge und angelegentliche Prüfung der Güte, Zweckmäßigkeit und Preiswürdigkeit der angeschafften Gegenstände zur Aufgabe dient, auch unrichtige Bestellungen so leicht nicht vorkommen können. Außerdem aber wird Vertrauen gegen die Verwaltung dadurch geweckt, wenn eine abgesonderte Commission zu dem angegebenen Zwecke besteht und dem Zahlmeister nur obliegt, die Zahlungen zu leisten.

Aus der sub Tit. VII. ausgeworfenen Summe für Pensionen, haben treugehorsamste Stände das desfallsige Bedürfniß nicht beurtheilen können und bitten sie unterthänigst, diesen Titel künftig näher specialisiren lassen zu wollen.

Für außerordentliche Dienstleistungen der Militair-Personen können jeweilige Gratificationen keinem Bedenken unterliegen. Selbige erscheinen aber nicht motivirt, wenn der gewöhnliche Dienst jene Leistungen mit sich bringt. Sollten Gratificationen erfolgen, so wird unterthänigst gebeten, daß sie im Titel der Extraordinarien verrechnet werden.

Schließlich glauben treugehorsamste Stände die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß der mit 39763 Rthlr. pro 1845 und mit 50243 Rthlr. pro 1846 berechnete Etat von der Verwaltung genau eingehalten werde. Das berechnete Deficit von 3657 Rthlr. dürfte auf die Landcasse zu übernehmen seyn. Im unverhofften Falle, daß das Bedürfniß den Etat übersteigen sollte, werden die Ausschußdeputirten der Stände verfassungsmäßig auf desfallsige Benachrichtigung die nöthigen weitern Credite bewilligen.

Treugehorsamste Stände glauben bei dieser Gelegenheit es aussprechen zu müssen, daß die für das Militairwesen verausgabte Summe in unverkennbarem Mißverhältnisse zu den Kräften des Landes steht. Diese Erfahrung ist auch in mehreren andern der kleinern Staaten Deutschlands gemacht und dem Vernehmen nach sind von den Sächsischen Herzogthümern Schritte bei dem Bundestage geschehen, um einen Nachlaß von der Bundesmatrikelmäßigen Stärke des Militairs zu erwirken. Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst, falls diese Nachricht sich bestätigen sollte, auch HöchstIhrer Seits sich dem Gesuche der gedachten Gouvernements anschließen zu wollen.

Detmold, den 7ten Februar 1845.

B. Wegen einiger am vorigen Landtage vorgekommenen Gegenstände.

1) Wegen Erbauung eines Landkrankenhauses.

In der Eröffnung sub Nr. I. zum höchsten Erlasse Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht vom 15ten Januar d. J. ist den treugehorsamsten Ständen Mittheilung über die beabsichtigte Erbauung eines Landkrankenhauses gemacht worden. Dieser Gegenstand ist von unverkennbarer großer Wichtigkeit und würde die volle Aufmerksamkeit treugehorsamster

Stände in Anspruch nehmen, wenn eine bestimmte Proposition darüber eröffnet worden wäre. Da dieß nicht geschehen, so ist vorauszusetzen, daß auch bei Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung die Frage noch nicht entschieden sey, ob die Erbauung einer Anstalt, wie sie in dem mitgetheilten Commissionsberichte projectirt wird, als wünschenswerth betrachtet werden müsse. Um so mehr glauben treugehorsamste Stände sich ihre unterthänigste Erklärung darüber, ob die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen seyen, vorbehalten zu dürfen. Da indessen seit dem vorigen Landtage noch ein Fonds von 9000 Rthl. vorhanden ist, welcher ganz im Allgemeinen für den Zweck eines Landkrankenhauses reservirt wurde, so bitten treugehorsamste Stände unterthänigst, die Summe auch ferner vorerst asserviren und nutzbringend verwalten lassen zu wollen.

Detmold, den 3ten Februar 1845.

2) Wegen der zu den Militair-Etats pro 1840 und 1842 ständischer Seits vorgetragenen Erinnerungen.

(m. s. das Landtagsgutachten Nr. 13 f. der vorigen Abtheilung.)

3) Wegen des Wildschadens.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht statten treugehorsamste Stände ihren unterthänigsten Dank für die weitere Eröffnung ab, welche ihnen sub Nr. III. mit dem höchsten Erlasse vom 15ten v. M., in Betreff der an den vorigen beiden Landtagen wegen des Wildschadens unterthänigst vorgebrachten Desiderien, ertheilt worden ist.

Die administrativen Anordnungen, welche Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst haben treffen lassen, um die Ackerbau treibenden Unterthanen vor den Wildschaden zu bewahren, erkennen treugehorsamste Stände dankbar an, auch glauben sie die Wirksamkeit jener Maaßgabe aus dem Umstande entnehmen zu müssen, daß sich die früher so zahlreichen diesen Gegenstand betreffenden Beschwerden und Gesuche der Unterthanen, an dem gegenwärtigen Landtage nicht wiederholt haben.

Mag unter diesen Umständen die früher beantragte Revision der Wildschaden-Gesetze auch nicht so dringend erscheinen, so bedarf doch nach dem unterthänigsten Dafürhalten treugehorsamster Stände, die Gesetzgebung in folgender Hinsicht einer Vervollständigung, welche nicht bis zu einer allgemeinen Revision auszusetzen seyn möchte.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung erkennt in dem Schreiben an die Stände vom 2ten v. M. die Verbindlichkeit des Ersatzes von Wildschaden durch Rehe und Hasen, wenn diese Wildarten übermäßig gehegt werden, an. Diese Verbindlichkeit ist aber, wenn sich die bisherigen Gesetze nur auf Schwarz- und Rothwild beziehen, rücksichtlich der Jagdbesitzer, welche Unterthanen sind, nicht gesetzlich ausgesprochen, und da die von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Rentcammer angeordneten administrativen Maaßregeln hinsichtlich der Privatjagden dem Landwirthe keine Sicherheit gewähren, auch der erwähnte, in Recht und Billigkeit begründete, Ausspruch Fürstlicher Regierung nicht über alle Zweifel erhoben seyn und nicht überall Anerkennung finden möchte; so macht sich eine gesetzliche Bestimmung nothwendig. Es ist in dem Schreiben vom 2ten v. M. zwar die Besorgniß ausgesprochen, daß bei der Verpflichtung des Ersatzes eines jeden, wenn gleich noch so geringen, durch Rehe und Hasen verursachten unvermeidlichen, Schadens, das Jagdrecht ganz werthlos und vernichtet werden würde. Hiergegen ist aber unterthänigst zu erinnern, daß die Ersatzpflicht überhaupt erst bei übermäßiger Hegung eintreten wür-

de, und daß ein Schaden, welcher entweder ganz unbedeutend, etwa unter einem Thaler an Werth ist, oder welcher durch die gewöhnlichste Vorsicht hätte vermieden werden können, wie z. B. das Abschälen der jungen Obstbäume, keinen Anspruch auf Entschädigung erzeugen dürfte.

An Ew. Hochfürstliche Durchlaucht richten treugehorsamste Stände hiernach die unterthänigste Bitte,

den Grundsatz, daß der von Rehen und Hasen angerichtete Schaden bei übermäßiger Hegung dieser Wildarten vom Jagdbesitzer ersetzt werden muß, in einer gesetzlichen Bestimmung gnädigst aussprechen zu wollen.

Detmold, den 4ten Februar 1845.

4) Wegen Entschädigung und Erleichterung der fünf ältern Städte.

In Beziehung auf die noch zu erledigenden Reclamationen der fünf ältern Städte, worüber den treugehorsamsten Ständen in dem Regierungs-Erlasse sub Nr. IV. des höchsten Rescripts vom 15ten Januar c. gnädigst Mittheilung gemacht worden ist, sind treugehorsamste Stände der Ansicht, daß

ad 1) noch zur Zeit kein Grund vorliege, um die in Anspruch genommene Entschädigung für die aufgehobene Weinaccise zu bewilligen.

Die von den Städten Horn, Blomberg und Detmold in Abschrift beigebrachten Privilegien enthalten nach der Ansicht treugehorsamster Stände von einem den Städten verliehenen ausschließlichen Rechte zur Erhebung einer Weinaccise Nichts; sondern ertheilen ihnen nur das früherhin von Fürstlicher Rentcammer in Anspruch genommene Recht zum Weinschank, zum Verfellen des Weins, ohne daß der Landesherr eine Abgabe, Accise oder Zise erheben will.

Dieses Recht ist durch den Zollanschluß nicht aufgehoben oder beschränkt und daher eine Entschädigung dafür nicht anforderbar. Jedoch dürfte es den einzelnen Städten unbenommen bleiben, wohlerworbene Rechte gehörigen Orts geltend zu machen.

ad 2) In gleicher Weise hat den Städten der geforderte Erlaß von $\frac{5}{7}$ des Brutto-Ertrags der Grundsteuer, welche sie von ihren Bürgern erheben, um deshalb nicht zugestanden werden können, weil diese Steuer von ihnen zur Bestreitung von Communal-Bedürfnissen verwendet wird und kein Grund vorliegt, ihnen dabei eine Erleichterung zu gewähren.

ad 3) Auch der Ertrag auf Bewilligung von einem Thaler auf jeden Kopf der Städte-Bewohner scheint nicht begründet zu seyn. Doch muß den betreffenden Städten die Befugniß vorbehalten bleiben, die ihnen wegen der auf der Landcasse ruhenden Schulden etwa zustehenden Entschädigungs-Ansprüche gehörig zu liquidiren und zu begründen.

ad 4) Die Ausscheidung aller Ausgaben der Landcasse, welche lediglich Communal-Bedürfnisse des platten Landes betreffen, wird dagegen, wie treugehorsamste Stände glauben, vorgenommen werden müssen, und sind Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht in dieser Absicht auch mehrere unterthänigste Anträge der Stände überreicht worden.

Das von treugehorsamsten Ständen gnädigst geforderte Gutachten geht hiernach dahin:

a. daß eine weitere Berechnung der den fünf ältern Städten zu gewährenden vorläufigen Erleichterung nicht Statt finden dürfte, das am vorigen Landtage vereinbarte provisorium vielmehr bis auf Weiteres fortbestehn müsse;

b. daß die Ausscheidung aller auf der Landcasse ruhenden, ausschließlich für Communal-Bedürfnisse des platten Landes verwendeten Ausgaben, definitiv vorzunehmen;
c. daß den Städten eine Theilnahme an allen Instituten ohne Ausnahme, für welche aus der Landcasse Bewilligungen erfolgen, also auch dann, wenn sie daran bisher nicht participirt haben, einzuräumen sey;
d. daß die nöthigen Vorarbeiten zur Catastration sämmtlicher städtischen Feldmarken in derselben Weise wie auf dem platten Lande unverzüglich zu beginnen seyn, und daß über den Erfolg am nächsten Landtage weitere Mittheilungen erfolgen mögen; und
e. daß den einzelnen Städten die ihnen etwa zustehenden Entschädigungs-Ansprüche und deren Ausführung vorzubehalten seyen.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

5) Wegen der Verhältnisse der verschiedenen Confessions-Verwandten.

(Dieser Gegenstand ist von den Ständen als erledigt angenommen und ist der Erlaß der Fürstl. Regierung deshalb ohne Erwiederung geblieben.)

6) Wegen Reclamation des Magistrats zu Lemgo, fernere Entschädigung betreffend.

In Betreff der in dem Schreiben der Fürstlichen Regierung sub Nr. VI. zum höchsten Erlasse vom 15ten Januar d. J. erwähnten Reclamation des Magistrats zu Lemgo, wegen Entschädigung für verlorene Zollrevenüen, erlauben treugehorsamste Stände sich ihre Ansicht vorläufig dahin unterthänigst auszusprechen, daß sie die Berufung des Magistrats auf die der Fürstlichen Renteammer gewährten Entschädigungen nicht für zutreffend halten können, weil das Einkommen Fürstlicher Renteammer ad onera publica zu verwenden ist, weshalb die darin entstehenden Ausfälle nach Umständen aus andern Cassen gedeckt werden müssen. Derartige Gründe sind bei Ausfällen, welche das Stadt-Aerarium zu Lemgo erleidet, nicht erfindlich.

Der Entschädigungsanspruch selbst scheint übrigens in quali et quanto noch nicht hinlänglich begründet zu seyn, indem weder nachgewiesen ist, in welcher Weise der Magistrat zu Lemgo das Recht zur Erhebung des herrschaftlichen Zolls daselbst erworben, noch welchen Verlust er durch das Aufhören der Erhebung erlitten hat.

Treugehorsamste Stände werden sich deshalb erst künftig, wenn ihnen detaillirtere Eröffnungen darüber gemacht seyn werden, bestimmter über die begehrte Entschädigung erklären können.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

7) Wegen Unterhaltung des Straßenpflasters in der Fahrbahn der die Städte durchschneidenden Chausseen.

Die in dem Schreiben sub Nr. VII. des höchsten Erlasses vom 15ten Januar d. J. beantragte Erklärung, geben treugehorsamste Stände dahin unterthänigst ab, daß sie die Beibehaltung des in einigen Städten bestehenden Herkommens, nach welchem die

Anwohner der Straße einen Theil der Kosten der Pflasterung der Fahrbahn, sofern selbige eine Fortsetzung der Staats-Chausseen bildet, bezahlen müssen, nicht für zweckmäßig halten, weil sowohl eine Gleichstellung der Städte in dieser Hinsicht unter sich, als in Hinsicht auf einige Dörfer, z. B. Brake, welche zu der Pflasterung Nichts beitragen, erforderlich scheint.

Es dürften deshalb die ganzen Kosten der Unterhaltung des Straßenpflasters in der Fahrbahn, und in der Linie der durch die Städte führenden Chausseen, auf die Wegbau-Casse zu übernehmen seyn.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

8) Wegen der Spedition zu Erder.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung hat in dem sub Nr. VIII. dem höchsten Erlasse vom 15ten Januar d. J. beigefügten Schreiben von treugehorsamsten Ständen eine nochmalige Prüfung der Rechts- und Billigkeitsgründe für die von Fürstlicher Rentcammer in Anspruch genommene Entschädigung wegen der eingegangenen Spedition in Erder begehrt, und darauf angetragen, den liquidirten Verlust mit 594 Rthl. 31 Mgr. auf die Landcasse zu übernehmen.

Treugehorsamste Stände haben diesen Gegenstand reiflich erwogen, haben sich aber von dem Begründetseyn der Forderung nicht überzeugen können.

Die Fürstliche Rentcammer geht in ihrem Schreiben vom 23sten September 1843 von der Annahme aus, daß jeder Privatmann, welchem im öffentlichen Interesse ein Recht genommen werde, auf vollständige Entschädigung rechtlichen Anspruch habe, und daß diese Entschädigung daher auch ihr wegen der Spedition zu Erder, die durch den Zollanschluß eingegangen, zu Theil werden müsse.

Dieser Schlußfolgerung liegt ein doppelter Irrthum zum Grunde, weil

1) Fürstliche Rentcammer ein alleiniges Recht, in Erder Spedition zu betreiben, niemals gehabt hat und die Verordnungen, welche den Kaufleuten den Zwang auferlegten, ihre Waaren über Erder zu beziehen, nur darin ihren Grund hatten, weil die Bespannten im Amte Varenholz die Waarenfuhren leisten mußten und diesen durch jene Verordnungen Ladung verschafft werden sollte. Monopol der Fürstlichen Cammer ist die Spedition zu Erder um so weniger gewesen, als ja der Blothoer Zoll für die Landcasse erhoben wurde und es, wie die Regierungsacten ergeben werden, zu Zeiten beabsichtigt worden ist, wenn Beschwerden über die Spedition eingelaufen waren, einen Unterthanen zur Betreibung dieses Geschäfts zu autorisiren. Sodann ist

2) nicht zu übersehen, daß der Fürstlichen Cammer, wenn sie auch ein Recht gehabt haben sollte, solches durch die Zollanschluß-Verträge nirgend genommen worden ist. Es steht ihr nach wie vor frei, die über Erder bezogenen Waaren zu spediren. Wenn dieses Geschäft aber jetzt weniger einträglich ist, als vor dem Zollanschlusse, so ist Fürstliche Rentcammer in der That in keiner andern Lage, als z. B. die vielen Branntweinsfabrikanten, deren Geschäftsbetrieb in Folge des Zollanschlusses gelitten hat.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß von der in dem Schreiben Fürstlicher Cammer vom 9ten Septbr. 1843 liquidirten Entschädigungssumme zuvörderst noch die Kosten der Unterhaltung des Instituts in Abzug zu bringen gewesen seyn würden und daß der reelle Verlust sich mithin auf eine sehr geringe Summe reduciren dürfte.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht wollen es treugehorsamsten Ständen in Berücksichtigung dieser Umstände gnädigst verzeihen, wenn sie die angesonnene Uebernahme der Entschädigung unterthänigst ablehnen.

Detmold, den 1sten Februar 1845.

9) Wegen Entschädigung des Schaumburg-Lippischen Rentmeister König zu Blomberg.

Da das hohe erbherrliche Haus zu Bückeburg für den Antheil am Zolle im Amte Blomberg aus den Zollrevenüen Entschädigung erhalten hat, so glauben treugehorsamste Stände, daß auch der gemeinschaftliche Zollerheber, welcher auf Lebenszeit angestellt war und seinen Gehalt aus der Einnahme am Zoll bezog, nach Aufhebung seiner Thätigkeit Entschädigung in Anspruch zu nehmen hat, vorausgesetzt, daß Fürstlich Schaumburg-Lippische Cammer nur nach dem Nettobetrage des Zolls entschädigt, und der dem Zollerheber gezahlte Gehalt nicht in Betracht gezogen worden ist.

Für diesen Fall dürfte dem rc. König der Gehalt zu 20 Rthl. von 1842 an, ad dies vitae aus der Landcasse zu bezahlen seyn.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

C. Die Abänderung des §. 31 des Ablösungsgesetzes in Beziehung auf Holzabgaben betreffend.

Treugehorsamste Stände stimmen der, in Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht höchsten Erlasse vom 14ten v. M. ausgesprochenen Ansicht, daß nach Recht und Billigkeit dem Gutsherrn die Befugniß einzuräumen sey, Holzabgaben, die als Gegenprästation für Dienste und Pachtkorn zu leisten sind, gleichzeitig abzulösen, wenn auf Ablösung der letztern provocirt wird, unterthänigst bei.

Der §. 31 des Ablösungs-Gesetzes vom 4ten September 1838 dürfte mithin, nach Inhalt der Proposition, dahin abzuändern seyn, daß der Gutsherr, welcher an die ihm zu Diensten und Kornabgaben Verpflichteten Holz-Deputate zu prästiren hat, befugt ist, diese bei der Ablösung jener Gefälle in Anrechnung zu bringen und deren Ablösung seinerseits zu fordern, auch wenn der Werth der Holzabgaben den Werth der abgelöst werdenden Dienste oder Kornprästationen übersteigt; daß dem Gutsherrn die Ablösung solcher Holzabgaben auch nachträglich gegen solche Pflichtige zu gestatten sey, welche ihre Prästationen schon in Gemäßheit der Ablösungsordnung vom 4ten September 1838 abgelöst haben.

Rücksichtlich der nach §. 86 der Ablösungsordnung vorzunehmenden Ermittelung des Werths der Holzabgaben sind treugehorsamste Stände ebenfalls einverstanden, nur dürften die Sachverständigen in einem solchen Falle nicht bloße Landwirthe, sondern der Forstwissenschaft hinlänglich kundige Personen seyn müssen. Auch wäre bei Zugrundlegung der örtlichen Holzpreise nach dem Durchschnitt von 10 Jahren von den Sachverständigen der Betrag der Transportkosten in Berücksichtigung zu nehmen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

D. Wegen Verzinsung der Ablösungs-Capitalien der Geistlichen.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht haben gnädigst geruhet, den treugehorsamsten Ständen mittelst des höchsten Erlasses vom 22sten v. M. eine Erhöhung des Zinsfußes der bei der Landcasse belegten Ablösungscapitalien der Geistlichen zu proponiren.

Es dürfte hiergegen zunächst zu erinnern seyn, daß es nicht zweckmäßig scheint, nachdem die Ablösungs-Ordnung vom 4ten September 1838 erst durch die Verordnung vom 23sten März 1841 den Zusatz erhalten hat, nach welchem es gestattet ist, die Ablösungscapitalien der Geistlichen zu 4 Procent bei der Landcasse zu belegen, jetzt abermals eine Abänderung dieses Zusatzes eintreten zu lassen.

Aber auch in materieller Hinsicht stellen sich mehrfache Bedenken entgegen.

Treugehorsamste Stände sind nicht der Ansicht, daß das Ablösungsgesetz den Pflichtigen auf Kosten des Berechtigten begünstige und daß als Beweis für das Gegentheil sich die augenblickliche Differenz zwischen den Marktpreisen des Getraides und den bei der Ablösung in Anwendung kommenden Preise anführen lasse.

Die letztern sind Durchschnittspreise und müssen daher in der Regel von den Marktpreisen verschieden seyn; indeß gleicht sich der Unterschied im Laufe der Jahre aus und ist daher der Ausfall für den Berechtigten nur ein augenblicklicher (der später ersetzt wird).

Die Inhaber geistlicher Stellen haben in Beziehung auf ihre Berechtigungen den übrigen Berechtigten nur gleich gestanden und dürfte die Annahme, daß ihnen das Zinskorn in besserer Qualität geliefert worden sey, sich sehr unsicher erweisen. Auch läßt sich nicht durchgängig annehmen, daß die Geistlichen das ihnen gelieferte Korn zum eignen Verbrauch verwandt hätten, weil ein großer Theil der Prästationen in Hafer bestand, und der Geistliche genöthigt war, hiermit Handel zu treiben. Uebrigens haben hier im Lande nicht blos die Cammer und große Gutsherrn, sondern auch andere Privatpersonen Kornprästationen zu empfangen gehabt und sie ohne Aufwendung von Administrationskosten für den eignen Haushalt verwendet.

Es würde daher, wie treugehorsamste Stände glauben, nur zu Unzufriedenheit mit dem Ablösungsgesetze, zu Reclamationen und Beschwerden Anlaß geben, wenn aus den, in der Proposition angeführten Gründen den Geistlichen noch weitere Begünstigungen, als die welche ihnen durch Sicherung eines Zinsfußes von 4 Procent und durch prompte Zinszahlung zu Theil geworden ist, auf Kosten der Unterthanen allgemein zugestanden werden sollten.

Eine Berücksichtigung der Geistlichen vor den übrigen ihnen gleichstehenden Berechtigten dürfte auch nicht zu empfehlen seyn, um jenen die Ueberzeugung zu verschaffen, daß ihre Interessen bei der Berathung der allgemeinen Landesangelegenheiten nicht unberücksichtigt bleiben.

Treugehorsamste Stände haben daher einstimmig geglaubt, die ihnen gnädigst eröffnete Proposition unterthänigst ablehnen zu müssen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

E. Wegen Einführung des Preußischen Quartgemäßes.

Treugehorsamste Stände theilen die Ansicht von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung, daß die Einführung des Preußischen Quartgemäßes wünschenswerth sey. Das Land ist nicht nur zum größten Theile von dem Preußischen Gebiete umgeben und daher hinsichtlich des Verkehrs hauptsächlich auf dasselbe hingewiesen, sondern es liegt auch noch ein besonderer Grund für eine herbeizuführende Uebereinstimmung des Gemäßes darin, daß das Preußische Gemäß der Erhebung der Maisch- und Braumalz-Steuer zum Grunde liegt. Es ist zu hoffen, daß die Hessische Grafschaft Schaumburg und das Waldeckische Fürstenthum Pyrmont, wenn das Preußische Gemäß im hiesigen Lande angenommen seyn wird, dem Beispiele folgen, in welchem Falle dann auch die mit jenen Gebieten in Gränzverkehr stehenden Aemter, des von dieser Maaßregel zu hoffenden Nutzens völlig theilhaftig werden dürften.

Treugehorsamste Stände geben daher auf den Erlaß der Regierung vom 12ten Januar d. J. ihre unterthänigste Erklärung dahin ab, daß die Einführung des Preußischen Quartgemäßes als eine zweckmäßige Maaßregel anzusehen sey und die ständische Zustimmung erhalte.

Detmold, den 7ten Februar 1845.

F. Wegen des Gymnasii zu Lemgo.

(m. s. das Landtagsgutachten voriger Abtheilung Nr. 6.)

G. Wegen Unterstützung der armen Weber.

Auf das Schreiben der Fürstlichen Regierung vom 4ten Februar d. J., worin Namens Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht eine Unterstützung für die unbemittelten Weber proponirt wird, geben treugehorsamste Stände die unterthänigste Erklärung ab, daß sie mit Vergnügen bereit sind, auf den Vorschlag einzugehen, wenn sich wirklich für den Augenblick eine günstige Conjunctur für den Handel mit Legge-Leinen darbietet und deshalb ein Erfolg von der zu leistenden Aufhülfe zu erwarten ist.

Sollte also die von Fürstlicher Regierung anzustellende Untersuchung die bereits durch den Legge-Inspector bestätigten Angaben der Leinenhändler als wahr bestätigen, so wird zu dem erwähnten Zwecke, falls Fürstliche Leihecasse die Vorschüsse leistet und einen Theil der Zinsen und etwaige Einbußen übernimmt, die übrige Ausgabe an Zinsen u. s. w. auf den Fonds zur Beförderung der Landesindustrie, subsidiarisch aber, soweit dieser nicht zureichen möchte, auf den Hülfsfonds unterthänigst bewilligt. Die Hebungsbeamten dürften aber anzuweisen seyn, daß sie die fleißigen und redlichen Weber, denen die, mit 10 Rthl. jährlich abzutragenden zinslosen Vorschüsse zu leisten, unter Zuziehung und nach vorheriger Rücksprache mit den betreffenden Vorstehern, in Vorschlag zu bringen und mit Letztern auf die Verwendung zum Garnankauf zu achten haben. Auch dürfte

die Bewilligung nur als Versuch anzusehen seyn, so daß also, wenn selbiger sich wider Verhoffen nicht bewähren sollte, mit weitern Vorschüssen inne gehalten würde.

Treugehorsamste Stände erlauben sich mit dieser Erklärung zugleich einen Antrag des Abgeordneten der Stadt Blomberg unterthänigst zu überreichen und die Berücksichtigung der darin gemachten Vorschläge ehrerbietigst anheim zu stellen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

VI.

Ständische Anträge und Desiderien.

A. In Beziehung auf den Landtagsabschied vom 15. Februar 1843.

1) Wegen der Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung.

Durchlauchtigster Fürst!
Gnädigster Fürst und Herr!

Die beim Schlusse des letzten Landtages uns unterm 15. Febr. 1843 in Betreff der ständischen Mitwirkung zur Gesetzgebung ertheilte Höchste Resolution hat uns mit tiefer Betrübniß erfüllt. Der Vorwurf, daß wir in die Rechtssphäre Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht überzugreifen versucht, mußte um so mehr schmerzen, als wir uns bewußt waren, nur einer Pflicht genügt zu haben, wenn wir ein von unsern Vorgängern stets gewahrtes, für die von uns vertretenen Unterthanen höchst wichtiges Recht, nicht glaubten aufgeben zu dürfen. Auch von der Anmaßung, uns allein oder vorzugsweise zur Fürsorge für das Wohl unserer Mitunterthanen berufen zu halten, fühlen wir uns eben sowohl völlig frei, als wir von der Undankbarkeit entfernt sind, alles das zu verkennen, was Ew. Hochfürstliche Durchlaucht während Ihrer segensreichen Regierung für das Land gethan haben.

Der §. 5. der Verfassungsurkunde vom 6. Juli 1836 sichert den Ständen diejenigen Rechte, die ihnen bis zum Jahre 1805 zugestanden haben. Da die vormaligen Stände von Ritterschaft und Städten bis zum letzten Augenblick ihrer Wirksamkeit eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung in Anspruch genommen haben, und die gedachte Verfassungsurkunde, wie aus ihrem Eingange hervorgeht, das Resultat eines Vergleichs zur Beseitigung der bis dahin obgeschwebten Irrungen war, so können nur die vorhergegangenen Verhandlungen für die Interpretation der angeführten Stelle maßgebend seyn. — Unsere Acten ergeben überall — und wir glauben voraussetzen zu dürfen, daß das Nämliche aus denen Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung hervorgehen werde — daß bei den gepflogenen Unterhandlungen die Stände fortwährend auf Anerkennung ihrer entscheidenden Stimme bei der Gesetzgebung — wie sie früher mit einem nicht ganz glücklich gewählten Ausdruck bezeichnet ist, des voti negativi — bestanden. Es sey uns gestattet, hier kurz auf die Entstehung der fraglichen Stelle des §. 5. zurückzugehen. Die letzten Vorbereitungsverhandlungen, welche der definitiven Beendigung der Differenzen unmittelbar vorhergingen, wurden zwischen dem verstorbenen Regierungs- damals

Cammerdirector Helwing und dem gegenwärtigen Ausschußdeputirten des ersten Standes geführt. Der erstere hatte dem letzteren unterm 15. Decbr. 1824 geschrieben, daß eine Fortsetzung der Unterhandlungen fruchtlos seyn werde „wenn ständischer Seits nicht „von dem praejudicialiter verlangten Voto negativo Abstand genommen werde," worauf von diesem die Unmöglichkeit einer solchen Verzichtleistung vorgestellt worden. Hiernach erwiederte der Cammerdirector Helwing unterm 21. Decbr. 1824:

„ich eile anheim zu geben, ob der uns von dem Vergleichsziele abführende „Punct nicht salvis juribus dadurch zu beseitigen sey, daß die Verfassungs„urkunde de 1819 auch dahin modificirt werde, daß es in Absicht der „ständischen Concurrenz zur Gesetzgebung bei der bisherigen „Verfassung bleibe. Vielleicht kommt es dann auch in Zukunft eben „so wenig darüber zur offenen Fehde, wie vormals."

Dieses Anerbieten konnten die Stände von Ritterschaft und Städten, da die von ihnen gethanenen Schritte überall nicht die Erweiterung, sondern nur die Erhaltung ihrer Rechte zum Ziele hatten, um so weniger ablehnen, als sie ebensowohl die volle Ueberzeugung hegten, daß ihnen eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung zustehe, wie die unterthänigst Unterzeichneten sie noch jetzt hegen.

Was die Begründung dieser Ueberzeugung betrifft, so wollen wir uns hier nur darauf beschränken, die Motive zu berühren, die für die Zurückweisung des ständischen Anspruchs in der Höchsten Resolution vom 15. Febr. 1843 vorzugsweise hervorgehoben sind, nämlich die landesherrlichen Resolutionen aus den Jahren 1786 und 1800.

Die Resolution des Hochseligen Grafen Ludwig Heinrich Adolph, damaligen Vormunds und Regenten, vom 20. März 1786 bestreitet in ihrem Eingange die Behauptung eines ständischen „allgemeinen" voti negativi bei der Gesetzgebung. Nachdem sie sich ausführlich über die historischen für ein blos consultatives Votum sprechenden Gründe verbreitet, kommt sie am Schlusse auf die politischen und spricht die Besorgung aus, daß eine, die wahre Wohlfarth des Landes bezweckende legislative Maaßregel auch dann an dem Willen der Stände scheitern könne, wenn demselben triftige Gründe nicht zur Seite ständen. Gegen einen solchen Widerspruch, fährt sie fort, sey kein Mittel vorhanden, wohingegen für die Stände ein solches im Fall der Verletzung ihrer allgemeinen und besondern Rechte selbst auch bei Mißbrauch der landesherrlichen Gesetzgebung der mit gründlichen Vorstellungen nicht abzuwenden, in reichsobrigkeitlicher Hülfe immer bereit stehe. Gegen diese Resolution remonstrirten die Stände unterm 3. April 1786 mittelst einer pflichtmäßigen und unterthänigsten Vorstellung, in der sie alle in jener angeführte historische Gründe detaillirt widerlegten und mit der Versicherung schlossen: „daß sie keineswegs die Absicht hätten, sich während der jetzigen preiswürdigen hochgräflichen „vormundschaftlichen Regierung ungegründete Rechte anzumaßen, daß sie vielmehr sich „bemüheten, in allen der Landes-Constitution, die unverändert ohne Verantwortung „auch für die Nachkommenschaft zu bewahren sey, nicht entgegenstehenden Puncten des „geliebten Herrn Vormunds und Regenten, Hochgräflichen Gnaden gefällig zu wer„den und ihm schuldige Devotion zu bezeigen." Hierauf erfolgte unterm 6. April 1786 eine anderweitige Resolution, worin zwar dem Inhalte der frühern inhärirt wurde, zugleich aber die ständischen Erinnerungen zu zweien, damals in Frage stehenden Gesetzen, Berücksichtigung fanden und die mit der Bemerkung schloß, „daß eine gerechte Ur„sache zum Widerspruch gegen gesetzliche Einrichtungen nur auf „wahre und wohl hergebrachte Rechte sich gründen könne." Daß aber

der damalige Vormund und Regent nicht gemeint war, den Ständen eine entscheidende Stimme bei solchen Gesetzen zu versagen, welche wohlerworbene Rechte der Unterthanen berührten, geht am deutlichsten daraus hervor, daß nachdem am 20sten März 1786 die vorallegirte Resolution ergangen war, am 27sten nämlichen Monats und Jahrs die Verordnung wegen der Gütergemeinschaft unter Eheleuten erlassen wurde, deren Eingang die ständische Zustimmung ausdrücklich erwähnt.

Die hier in Betracht kommenden Vorgänge des Jahrs 1800 anlangend, so gab dazu eine unterm 5. Juli 1799 an die auf dem Landtage versammelten Stände über verschiedene Puncte erlassene höchstlandesherrliche Resolution Veranlassung. Die darin sub 2 enthaltene Bescheidung beginnt mit der Versicherung, daß die Hohe Landesherrschaft nicht gemeint sey, den Ständen ihr votum consultativum zu schmälern, und bemerkt sodann, daß dasselbe auf Polizeiverordnungen keine nothwendige Anwendung finde, weil sie gemeiniglich durch unvermuthete Zeitumstände herbeigeführt würden und schleunige Verfügung erforderten. Hiernächst wird sub 3 hinzugefügt, daß alle Jagd- und Fischerei-Verordnungen (wie sich später ergiebt, sind hier nur polizeiliche verstanden) ohne Beirath der Stände erlassen seyen. In einer Vorstellung vom 6. Juli 1799 verwahrten letztere sich dringend gegen die Bezeichnung ihres Voti bei der Gesetzgebung als eines bloß consultativen und führten an: „daß die Gesetzgebung von jeher Hauptzweck und „Gegenstand der landtäglichen Verhandlungen gewesen, und daß, wo alle neue Gesetze „sowohl, als beabsichtigte Veränderungen vorhandener, der ständischen Prüfung unter„worfen würden, deren Mitwirkung nicht in einem bloßen Rath, welcher nach Willkühr „anzunehmen oder zu verwerfen sey, bestehn könne." Sie machten ferner geltend, daß des damals gnädigst regierenden Fürsten Durchlaucht sowohl, als Höchstderen erlauchte Vorfahren auch über Polizei-Verordnungen für das ganze Land auf den Landtagen Berathschlagungen hätten anstellen und Beschlüsse fassen lassen und indem sie zahlreiche historische Beispiele namhaft machten, zählten sie auch drei die Jagd und Fischerei betreffende Verordnungen auf, die mit ständischer Zustimmung erlassen worden, bezogen sich auch insbesondere auf den Fall, wo im Jahre 1797 das von Hoher Landesherrschaft beabsichtigte Verbot der Verpachtung von Jagden und Fischereien ohne die Güter zu denen sie gehörten, in Folge ständischer Einsprache unterblieb und dagegen nur die stückweise Verpachtung derartiger Berechtigungen untersagt wurde. Hierauf erfolgte eine Höchstlandesherrliche Resolution vom 24sten März 1800, worin auf die frühere vom 20sten März 1786 Bezug genommen, den Ständen zwar überall nur ein votum consultativum eingeräumt; aber hinzugefügt wurde, „daß ihre Beistimmung zu den Verordnungen vom 13ten Febr. 1751 und 30sten Juni 1778 wegen der Hegezeit und vom 22sten März 1798 wegen Verpachtung der Jagden und Fischereien deswegen erfoderlich gewesen sey, weil es dabei auf Einschränkung der Berechtigungen der Jagd- und Fischerei-Interessenten angekommen." Dieser Resolution folgte unterm 31sten März 1800 eine „unterthänigste Erklärung der zum Landtage berufenen treugehorsam„sten Stände von Ritterschaft und Städten" dahin: daß sie in dem Bewußtsein nur eine uralte, immer bestandene, landständische, wohlthätige Verfassung aufrecht erhalten zu wollen, ohne in landesherrliche Rechte zu greifen, in tiefster Verehrung bemerken müßten, daß sie von ihren vorigen pflichtmäßigen auf Constitution und Herkommen gebauten Aeußerungen nicht abgehen, noch in dem Höchstgedachten Erlaß

Gründe finden könnten, die eine Ueberzeugung vom Gegentheil enthielten.

Es haben demnach gegen alle, die entscheidende Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung bestreitende höchstlandesherrliche Erklärungen, jedesmal ständische Verwahrungen stattgefunden, und die in der Resolution des hochseeligen Grafen Ludwig Heinrich Adolph vom 20sten März 1786 enthaltene Hinweisung auf die reichsobrigkeitliche Hülfe wird geeignet seyn, die Wichtigkeit dieser Thatsache in ihr volles Licht zu stellen. Bei dem damaligen Rechtszustande genügte eine Verwahrung der Stände vollkommen, um deren Rechte gegen die Wirkung einer dieselben gefährdenden landesherrlichen Erklärung zu sichern. Die Fälle, wo die ständische Zustimmung umgangen worden, waren selten gewesen und hatten nur unbedeutende Gegenstände betroffen und wenn gleich die Stände behaupteten, daß auch Polizeiverordnungen, sofern sie allgemein seyen, ihrer Zustimmung bedürften, so war es doch theils bei den derartigen Verordnungen, die ihnen zu Reclamationen Veranlassung gaben, zweifelhaft, ob ihnen der Charakter allgemeiner Gesetze beiwohne, theils machte die Regierung als Grund der einseitigen Erlassung derselben, Gefahr im Verzuge geltend und überdem wurde jederzeit in der unmittelbar auf die ständischen Beschwerden folgenden Periode die ständische Concurrenz beachtet, so daß die Stände niemals eine genügende Veranlassung fanden, die Hülfe der höchsten Reichsgerichte in Anspruch zu nehmen. Wäre aber die Nothwendigkeit einer solchen Berufung eingetreten, so hielten die eingelegten Verwahrungen den Ständen diesen Weg offen, da jener in rechtlicher Beziehung derselbe Werth beigelegt worden wäre, wie den landesherrlichen Erklärungen.

Aus den vor allegirten Verhandlungen der Jahre 1786 und 1800 geht hervor, daß die entscheidende Mitwirkung der Stände zur Gesetzgebung landesherrlicher Seits in der That nur bei solchen Gesetzen bestritten wurde, die nicht wohlerworbene Rechte zum Gegenstande hatten und so hat auch der verstorbene Rath Clostermeier, der sich sonst den ständischen Rechten keineswegs geneigt erweis't, in seiner „kritischen Beleuchtung," welche der Hochseligen Fürstin Pauline Durchlaucht zur Widerlegung der von den Ständen in Anrufung um Schutz der Verfassung bei der hohen deutschen Bundesversammlung übergebenen „historischen und rechtlichen Darstellung," durch Höchstihre Gesandschaft an alle übrige Bundestagsgesandschaften vertheilen ließ, §. 40 und 57 ausdrücklich eingeräumt, daß nach der bisherigen Verfassung eine entscheidende ständische Mitwirkung bei Gesetzen, welche wohlerworbene Rechte zum Gegenstande hätten, stattgefunden habe.

Nach diesen Vorgängen dürfen wir vertrauensvoll Euerer Hochfürstlichen Durchlaucht gerechter Beurtheilung überlassen, ob wir in Beziehung auf ein höchst wichtiges von unsern Vorgängern nie aufgegebenes und noch bei den Vergleichsverhandlungen über die ständische Verfassung gewahrtes Recht, anders handeln konnten, wie wir gethan. Unser Streben ist nicht auf Erweiterung unserer Rechte gerichtet, vielmehr werden wir, obgleich unsere Vorgänger auch bei Polizeiverordnungen, sofern sie als allgemein zu betrachten, eine entscheidende Stimme in Anspruch nehmen, da wir uns der Hoffnung überlassen dürfen, daß Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht bei keinerlei Art legislativer Maaßregeln die Stimme der Vertreter Höchstihrer Unterthanen enthören werden, gern beruhigen, wenn die Nothwendigkeit der ständischen Zustimmung nur rücksichtlich solcher Gesetze, bei denen sie nie wirklich hat in Abrede gestellt werden können, und bei denen selbst die Clostermeiersche kritische Beleuchtung sie eingesteht, anerkannt wird, nämlich bei Gesetzen, die auf Leben, Freiheit und Eigenthum der Unterthanen von Einfluß sind. Daß bei derartigen Gesetzen die Zustimmung der Vertreter des Landes erfordert werde, müssen wir

aber auch für das minimum der Rechte derselben in dieser Beziehung erachten, wenn eine Verfassung den Namen einer ständischen wirklich verdienen soll. Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht ist nicht unbekannt, daß die Ansichten unserer Zeitgenossen über den Werth ständischer Verfassungen verschieden sind. Eine mehrfach ausgesprochene Meinung geht dahin, daß solche die Regierungsgeschäfte, namentlich die Arbeiten der Gesetzgebung sehr erschwerten und verzögerten und große Kosten veranlaßten, deßhalb nicht wünschenswerth seyen. Daß wir eine Ansicht nicht theilen können, welche die wohlthätigen Folgen ständischer Institutionen, die alle denselben zur Last gelegte Inconvenienzien bei Weitem überwiegen, verkennt, wird keiner Erwähnung bedürfen; aber wir müssen zugleich unsere Ueberzeugung aussprechen, daß in einer Verfassung, nach der die Stände des hierberührten Rechts entbehrten, nur die von den Gegnern des Stände-Instituts gerügten Schattenseiten desselben, ohne seine Wohlthaten, hervortreten würden.

Wir hatten uns der Hoffnung überlassen, daß der Streit über das sogenannte votum negativum durch den §. 5 der Verfassungs-Urkunde beseitigt sey, wenigstens seiner Erneuerung sich werde vorbeugen lassen. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen, die entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung ist uns ausdrücklich abgesprochen, und damit eine Lebensfrage für das Stände-Institut aufgeworfen, die nothwendig der Entscheidung bedarf. Wir würden an Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht den ehrerbietigsten Antrag stellen, diese Differenz in Gemäßheit des Bundestagsbeschlusses vom 30. Octbr. 1834 durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, wenn wir nicht von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht allbekannter hoher Gerechtigkeitsliebe und umsichtigen Fürsorge für Höchstdero Land in einer Angelegenheit, die auf eine unabsehbare Zukunft hinaus auf dessen Schicksal vom wesentlichsten Einflusse seyn muß, ohne fremde Dazwischenkunft Remedur hoffen dürften. Wir wagen daher an Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht das unterthänigste Gesuch, daß Höchstdieselben eine nochmalige genaue Untersuchung der vorliegenden Frage anordnen, zu dem Ende eine Commission, welche hierüber mit auch unsererseits zu wählenden Commissarien zu verhandeln haben würde, ernennen, und uns auf diese Weise in den Stand setzen wollen, die Resolution vom 15. Febr. 1843 nicht als Höchstdero letzte Entscheidung betrachten zu dürfen.

Schließlich erlauben wir uns noch die unterthänigste Bitte, uns auf dieses unser ehrerbietigstes Gesuch baldigst huldreichst bescheiden zu wollen, damit wir in dieser für uns so wichtigen Angelegenheit noch auf dem jetzt versammelten Landtage Beschluß zu fassen vermögen.

In tiefster Devotion verharren wir

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht treugehorsamste Stände.

Detmold den 29sten Januar 1845.

2) Wegen Mittheilung des Etats der Lippstädter Casse.

Ohne auf die an den vorigen Landtagen mehrfach erörterte Streitfrage: ob die Lippstädter Casse mit zu dem ständischen Ressort gehöre? hier wiederum näher eingehen zu wollen, erlauben sich treugehorsamste Stände nur die Hoffnung auszusprechen, daß auch in dieser Beziehung eine sowohl die Regierung als die Stände zufriedenstellende Einigung wird herbeigeführt werden können, wenn die Trennung des Staats- vom Domanialhaushalte zu Stande kommt.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht werden unterthänigst gebeten, diesen Gegenstand mit als einen der bei jener Gelegenheit zu berücksichtigenden Punkte ansehen zu wollen.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

3) Wegen der Befugniß der Stände Deliberationstage zu halten.

Als die treugehorsamsten Stände am 15ten März 1843 zu einem Deliberationstage zusammentraten, um sich über einige Punkte des Landtagsabschiedes vom 15ten Februar e. a., namentlich wegen des über die ständische Bewilligung hinaus ausgeschriebenen sechsten Simplums der Contribution zu besprechen, glaubten sie dazu nach dem Inhalte der Verfassungsurkunde, welche es rücksichtlich landständischer Zusammenkünfte bei dem Herkommen beläßt, und weil Deliberationstage sowohl vor, als nach dem Jahre 1805 mehrere, ohne von Fürstlicher Regierung beanstandet zu werden, gehalten worden sind, berechtigt zu seyn.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung hat in dieser Zusammenkunft etwas Verfassungswidriges zu finden geglaubt, treugehorsamste Stände können sich aber von der Richtigkeit dieser Ansicht nicht überzeugen.

Für jetzt scheint indeß kein Grund vorhanden zu seyn, auf eine weitere Erörterung dieser Frage einzugehen, und bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht die treugehorsamsten Stände unterthänigst,

es bei der Bestimmung der Verfassungs-Urkunde rücksichtlich der Befugniß zu landständischen Versammlungen auch künftig gnädigst belassen zu wollen.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

B. Sonstige Anträge.

1) Wegen Verlegung des Amtssitzes in die Vogtei Hohenhausen.

Am vorigen Landtage legten treugehorsamste Stände die Bitte der Unterthanen in der Vogtei Hohenhausen, wegen Verlegung des Amtssitzes, Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht zur gnädigsten Berücksichtigung unterthänigst an das Herz und Ew. Hochfürstliche Durchlaucht geruheten auch im Landtagsabschiede eine nochmalige Prüfung der Gründe für und wider die Gewährung huldreichst zuzusagen.

Da nun die damaligen Supplicanten in dem beigelegten, von sämmtlichen Angesessenen unterschriebenen, Antrage die Bitte um Verwendung der Stände bei Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht wiederholen: so wagen treugehorsamste Stände es, Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht gnädige Aufmerksamkeit für die gegründeten Ansprüche der Bewohner der Vogtei Hohenhausen abermals in Anspruch zu nehmen.

Detmold den 29sten Januar 1845.

2) Wegen Einführung der Städte-Ordnung in der Stadt Detmold.

Die übrigen Städte des Landes erfreuen sich seit längerer Zeit bereits der Wohlthaten der seit dem vorigen Landtage von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht gnädigst erlas-

senen neuen Städte-Ordnung. Nur die Stadt Detmold macht hiervon bis jetzt eine Ausnahme. Wenn die treugehorsamsten Stände auch nicht verkennen, daß wegen der hier Statt findenden besondern Verhältnisse bei Einführung des Gesetzes einige Schwierigkeiten obgewaltet haben mögen, so können diese doch nicht der Art seyn, daß sie der schon lange verzögerten Verwirklichung noch ferner im Wege stehn dürften.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten die treugehorsamsten Stände demnach unterthänigst:

zu der unverzögerlichen Einführung der Städte-Ordnung in der Stadt Detmold gnädigsten Befehl zu ertheilen.

Detmold, den 29. Januar 1845.

3) Den Eingangszoll von Steinkohlen betreffend.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht überreichen treugehorsamste Stände hierneben unterthänigst eine Vorstellung des Rittergutsbesitzers von Hoffmann zu Steinbeck, indem sie das ehrerbietigste Gesuch hinzufügen,

daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen wollen, eine Untersuchung durch die zuständigen Behörden darüber zu veranlassen, in wie weit die gewünschte Erleichterung in Ausführung gebracht werden könne.

Detmold, den 29sten Januar 1845.

4) Die Verwandlung der Staats-Chausseen in Communalwege und dieser in jene betreffend.

In Hinsicht auf die Verfügung des Landtagsabschieds vom 15ten Februar 1843 zur 5ten Proposition sehen treugehorsamste Stände sich zu der unterthänigsten Erklärung veranlaßt, daß es keineswegs ihre Absicht gewesen ist, in ihrem Gutachten zu §. 4 des ihnen vorgelegten Gesetzentwurfs über den Bau der Communalwege die Befugniß der Regierung, aus landespolizeilichen Rücksichten über die öffentliche Qualität eines Weges zu entscheiden, in Zweifel zu stellen oder eine Concurrenz dabei in Anspruch zu nehmen.

Dagegen glauben sie, daß es ihrer Zustimmung bedürfe, sobald es sich darum handelt: ob künftig ein, bisher nicht zu den Staats-Chausseen gehöriger Weg aus der allgemeinen Wegbau-Casse in Bau und Besserung genommen, oder ob das Chausseegeld auf einer Chaussee, welche auf Kosten der Wegbau-Casse erbauet worden ist, nachgelassen und die Erhaltung einer Commüne übertragen werden soll.

In beiden Fällen kommt es in Frage: ob einer zu dem ständischen Ressort gehörigen Casse eine Ausgabe aufgebürdet oder eine Einnahme entzogen werden soll, und ist dazu die Einwilligung treugehorsamster Stände um so mehr erforderlich, als schon im Landtagsabschiede vom 29sten August 1838 ihnen die höchstlandesherrliche Zusicherung ertheilt worden ist, daß in der Folge die Wegbau-Etats nebst den Plänen und Anschlägen über die Bauten, (wie es seither auch geschehen,) vorgelegt werden sollen.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst,

in vorkommenden Fällen in dem angedeuteten Sinne gnädigst verfahren lassen zu wollen.

Detmold, den 30sten Januar 1845.

5) Die Mittheilung und Veröffentlichung der Propositionen vor, und der Verhandlungen während und nach dem Landtage betr.

Auf dem vorigen Landtage wurde von treugehorsamsten Ständen der unterthänigste Antrag gestellt, daß nach dem Schlusse des Landtags der Landtags-Abschied im Regierungsblatte publicirt und die, die Landtags-Verhandlungen enthaltende Druckschrift als Beilage zum Regierungsblatte ausgegeben werden möge.

Dem ersten Theile dieses Antrages ist huldreichst Statt gegeben worden.

Die Veröffentlichung des bloßen Landtagsabschiedes, als des Schlusses der gesammten Verhandlungen, der ohne Kenntniß des Vorhergehenden oft nicht einmal verstanden werden kann, befriedigt aber die Theilnahme von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht getreuen Unterthanen an demjenigen, was ihre Vertreter am Landtage berathen, eben so wenig, als dieß durch die gedruckte Zusammenstellung der Landtags-Verhandlungen geschieht, welche erst erscheinen kann, wenn das allgemeine Interesse bereits im Erkalten ist. Dieß Interesse des Publicums würde aber zeitig belebt, und in fruchtbringender und einflußreicher Art wachgehalten werden, wenn sowohl die landesherrlichen Propositionen, wie dieß mit dem Entwurfe der Städte-Ordnung auch einmal geschehen, im Königreich Preußen und in Mecklenburg aber immer der Fall ist, wenigstens einen Monat vor Beginn des Landtages durch das Regierungsblatt oder durch besondern Abdruck veröffentlicht, alsdann auch während des Landtages wöchentlich kurze Nachrichten über das am Landtage Verhandelte zur Kenntniß des Publicums gebracht würden.

Abgesehen von dem Nutzen, welchen diese Publicität für die Verhandlungen selbst haben würde, indem Kräfte für die Berathung des gemeinen Wohls geweckt würden, die jetzt unbenutzt und unthätig bleiben, würden Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht getreue Unterthanen der Unannehmlichkeit überhoben, daß jetzt sowohl vor, als nach dem Landtage falsche oder doch nur halbwahre Gerüchte über die Propositionen sowohl, als die landtägigen Verhandlungen im inländischen Publicum, sowie durch Zeitungsartikel im Auslande verbreitet werden. Enthalten aber auch die letztern etwa die Wahrheit, so ist es doch betrübend, daß man das Zunächstliegende erst durch ausländische Zeitungen erfahren soll.

Treugehorsamste Stände glauben sich daher auf huldreiche Gewährung Hoffnung machen zu dürfen, wenn sie den unterthänigsten Antrag an Ew. Hochfürstliche Durchlaucht richten,

> daß Höchstdieselben gnädigst geruhen wollen, die Propositionen für künftige Landtage wenigstens einen Monat vor Eröffnung derselben im Druck publiciren zu lassen, und zu gestatten, daß ständischer Seits, unter Censur der Regierung, wöchentliche Nachrichten über die stattgehabten Verhandlungen veröffentlicht werden.

Außerdem fügen treugehorsamste Stände an Ew. Hochfürstliche Durchlaucht noch die besondere Bitte hinzu:

> daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht, in Berücksichtigung des Umstandes, daß die Verbreitung der gedruckten Verhandlungen, wenn selbige nur in der Regierungsregistratur zu kaufen sind, einer großen Beschränkung unterliegt, den Debit der Druckschrift zugleich der Buchhandlung gnädigst mit übertragen lassen wollen;

und, da der §. 31 der Verfassungs-Urkunde vorschreibt, daß die Höchstlandesherrlichen Propositionen den landständischen Deputirten 4 Wochen vor dem Landtage mitgetheilt

werden sollen, dieser Vorschrift aber bis jetzt nur soweit genügt worden ist, daß die Ausschuß-Deputirten ein Exemplar der Propositionen erhalten, mit dessen Vervielfältigung die Zeit bis zur Eröffnung des Landtags hingeht, so daß die bezweckte Vorbereitung dem einzelnen Abgeordneten unmöglich gemacht wird, ohnehin auch die Vervielfältigung der Proposition wegen der Landesbedürfnisse vor dem Landtage nicht geschehen soll, so bitten treugehorsamste Stände schließlich unterthänigst,

daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen wollen, einem jeden Mitgliede des Landtags ein gedrucktes Exemplar der gesammten Propositionen zufertigen zu lassen.

Detmold, den 29sten Januar 1845.

6) Das Hazardspiel zu Meinberg betreffend.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht überreichen treugehorsamste Stände hierneben unterthänigst einen, an die Ständeversammlung gerichteten Antrag eines ihrer Mitglieder, indem sie den Wunsch unterthänigst auszusprechen sich erlauben, daß die Spielbank im Bade Meinberg aufgehoben werden möge.

Detmold, den 29sten Januar 1845.

7) Die Denunciationsgebühren bei Forstwrugen betreffend.

Die Prüfung des Antrags: ob die Anzeigegebühr für Forstfrevel abzuschaffen und den Forstbedienten officialer Glaube beizulegen sey, wenn sie den Frevler auf der That betroffen haben — wurde von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Beseitigung anderer legislativer Arbeiten gnädigst in Aussicht gestellt. Indem treugehorsamste Stände hierfür ihren unterthänigsten Dank auszusprechen sich erlauben, wagen es dieselben, nur deshalb noch einmal auf die Sache zurückzukommen, weil die öffentliche Meinung, insbesondere auch die der Forstbedienten, sich noch entschiedener für jene Maaßregel ausgesprochen hat, hauptsächlich auch durch die Anzeigegebühren die Anzahl der Denunciationen sich von Jahr zu Jahr vermehrt und die Ueberführung der boshaften und gefährlicheren Frevler immer schwieriger wird.

Detmold, den 29sten Januar 1845.

8) Die Bereitung von Viehsalz auf der Saline betreffend.

Auf die am vorigen Landtage hinsichtlich des Salzes vorgebrachten Wünsche und Beschwerden treugehorsamster Stände geruhten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht im Landtagsabschiede nach näherer Prüfung der Sache eine Berücksichtigung der obigen Anträge gnädigst zusichern zu lassen.

Es wird aber namentlich noch immer kein Viehsalz fabricirt, und ist der Landmann genöthigt, für diesen Zweck sich des freilich für sein übriges Bedürfniß oft mehr als ausreichenden, jedoch theuern Kochsalzes zu bedienen. Würde, wie dieß in andern Ländern geschieht, ein besonderes, durch die Farbe sich von dem gewöhnlichen Salze unterscheidendes Viehsalz auf der hiesigen Saline fabricirt und zu einem billigen Preise verkauft, so würde der hier zu Lande noch viel zu wenig übliche, für die Landwirth-

schaft aber sehr nützliche Gebrauch dieses Salzes bedeutend gesteigert und dadurch vielleicht auch eine etwaige augenblickliche Einbuße der Saline wieder ausgeglichen werden.

Die frühern unterthänigsten Wünsche treugehorsamster Stände werden daher, namentlich in der obigen Beziehung, Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht wiederholt unterthänigst hiermit vorgetragen.

Detmold, den 29sten Januar 1845.

9) Die Erhebung des Chausseegeldes betreffend.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht sind laut §. 9 des unterm 17ten December 1841 publicirten Vertrages über den Anschluß des Fürstenthums an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins, auch unter Andern den Verabredungen beigetreten, welche in den frühern Zollvereinigungsverträgen wegen der Höhe und Erhebung des Chausséegeldes getroffen worden sind. Da die Herabsetzung des Chausséegeldes und dessen Erhebung nach Preußischem Fuß in Gemäßheit dieses Vertrages mit zu den Voraussetzungen gehörten, unter denen treugehorsamste Stände ihre Zustimmung zu dem Zollanschlusse ertheilten, ihre Hoffnung aber bis jetzt noch nicht in Erfüllung gegangen ist, indem das Chausséegeld noch in dem frühern höhern Betrage und auf eine, wegen der Menge der Hebestellen, äußerst lästige Weise erhoben wird: so sehen treugehorsamste Stände sich zu der unterthänigsten Bitte veranlaßt,

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht wollen die unverzögerliche Erhebung des Chausséegeldes nach Preußischem Fuße gnädigst anzuordnen geruhen.

Detmold, den 1sten Februar 1845.

10) Den Wildschaden betreffend.

(m. s. die Erklärung ad III. B. 3.)

11) Wegen Feststellung der Confirmationstage.

In der unterthänigst beigefügten Petition des Colon Klocke zu Röntorf ist der Wunsch ausgesprochen, daß die Confirmationstage auf den Sonntag vor oder auf den 1sten April und 1sten October allgemein festgesetzt würden, damit den Confirmanden die Möglichkeit offen sey, gleich nachher in Gesinde-Dienst zu treten.

Da der Gegenstand, namentlich für die Landbewohner, nicht unerheblich erscheint, so überreichen Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht treugehorsamste Stände, jene Eingabe des Colon Klocke unterthänigst zur etwaigen gnädigsten Berücksichtigung.

Detmold, den 8ten Februar 1845.

12) Die Einführung von Gesinde-Büchern betreffend.

Eine genauere Controle des Gesindes, namentlich auf dem Lande, ist von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht getreuen Unterthanen mehrfach gewünscht worden und sind darüber, wie die unterthänigst beigefügte Vorstellung zeigt, auch auf gegenwärtigem Landtage Stimmen laut geworden.

Wenn auch eine allgemeine Revision der Gesinde-Ordnung für den Augenblick

nicht so dringend erscheint, so glauben treugehorsamste Stände doch, daß dem Eindringen des fremden schlechten Gesindes entgegengewirkt und ein gutes Betragen des einheimischen durch die Einführung von Gesinde-Büchern, wie der Vorstellung eines beigeschlossen ist, wesentlich befördert werden kann und werden Ew. Hochfürstliche Durchlaucht deshalb unterthänigst gebeten,

die Einführung von Gesinde-Büchern gnädigst verfügen zu wollen.

Detmold, den 7ten Februar 1845.

13) Die Abfertigungs-Befugnisse des Nebenzoll-Amts Barntrup betreffend.

Der Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht hierneben unterthänigst überreichte, von dem Deputirten der Stadt Barntrup gestellte Antrag betrifft einen für die Verkehrs-Verhältnisse unsers Landes höchst wichtigen Gegenstand und wagen es treugehorsamste Stände selbigen der gnädigsten Berücksichtigung ganz besonders zu empfehlen.

Beim Anschluß unsers Landes an den Deutschen Zollverein war im Separat-Artikel 8 zum Artikel 13 des Vertrags unter andern die Vereinbarung getroffen worden, daß in oder bei Barntrup ein Nebenzoll-Amt erster Classe errichtet und die Erhebungs- und Abfertigungsbefugnisse desselben den örtlichen Verkehrsverhältnissen entsprechend festgesetzt werden sollten. Namentlich sollte demselben die Befugniß zur unbeschränkten Abfertigung der mit Berührung des Auslandes ein- und ausgehenden Waaren beigelegt werden.

Bei Ausführung des Zoll-Anschluß-Vertrags waren mehrere Umstände vorhanden, welche auf einen lebhaften Verkehr auf jener Straße höchst nachtheilig einwirken mußten. Nicht bloß

1) daß die neu angestellten Beamten in der raschen Abfertigung des einpassirenden Fuhrwerks wenig Uebung besaßen; daß
2) die Straße von Bielefeld nach Oerlinghausen noch nicht chaussirt war, die von Münster, Wiedenbrück, Gütersloh und Bielefeld kommenden Frachtwagen daher diesen bedeutend nähern Weg auf Hameln, um nach Braunschweig, Halberstadt und Magdeburg, oder umgekehrt zu gelangen, nicht einschlagen konnten; sondern vor allem
3) daß auf der Straße nach Minden im Königreich Hannover eine auf $\frac{1}{3}$ des tarifmäßigen Betrages ermäßigte Durchgangsabgabe erhoben wurde, und daß selbst
4) die Durchgangs-Abgabe auf der Straße über Barntrup für die bei Höckerkreuz auspassirenden nach Osnabrück u. s. w. bestimmten Waaren höher war, als wenn dieselben den Weg über Minden einschlugen;

alle diese Umstände mußten dem Nebenzoll-Amt Barntrup den Verkehr entziehen und die Spediteure sowohl als die Frachtführer veranlassen, den gewohnten Straßenzug nicht zu verlassen.

Unter diesen ungünstigen Umständen hätte unsrerseits alles geschehn müssen, was die Verhältnisse nur irgend gestatteten, um den erschwerten Frachtverkehr unserm Lande dennoch zuzuführen. Die in dem Antrage des Abgeordneten von Barntrup angeführten speciellen Thatsachen ergeben indeß, daß dies nicht der Fall gewesen ist, daß vielmehr neue Erschwerungen hinzugetreten sind, indem namentlich dem Nebenzoll-Amte Barntrup die vertragsmäßig zugesicherte unbedingte Abfertigungsbefugniß entzogen und solche in einer Weise regulirt wurde, daß der Verkehr daselbst nothwendig unbedeutend

werden mußte und, so lange die Hindernisse nicht gehoben sind, nicht wieder sich beleben kann.

Die dort gemachten Angaben bestätigen sich größtentheils. Es ist namentlich vielfach vorgekommen, daß die Fuhrleute, welche für unsere Kaufleute auf der Messe zu Braunschweig gekaufte Waaren verladen hatten, nicht über Hameln und Barntrup fuhren, ohngeachtet ihnen die Erstattung der höhern Durchgangsabgabe zugesichert war, weil sie bei der Revision ihrer Ladung in Barntrup unnöthig aufgehalten und durch Förmlichkeiten belästigt wurden, welche bei der Abfertigung durch das Hauptzoll-Amt in Minden unterblieben. Man hat sogar in Oerlinghausen eine Menge von Plomben gesehen, welche in Braunschweig angelegt waren und in Minden nothwendig hätten abgeschnitten werden müssen, wenn nicht daselbst alles Mögliche geschähe, um den Fuhrleuten die Benutzung der Straße über Minden angenehm zu machen.

Jetzt, nachdem die Begünstigungen, welche rücksichtlich der Durchgangsabgaben der Frachtstraße über Minden zugestanden waren, in Folge der zwischen dem Deutschen Zollverein und dem Königreich Hannover entstandenen Mißhelligkeiten, aufgehört haben, scheint es nicht mehr schwierig, aber auch an der Zeit zu seyn, der Straße über Barntrup diejenige Bedeutung zu verschaffen, welche sie, nach der geographischen Lage unsers Landes, gewinnen muß. Dazu ist aber unumgänglich erforderlich:

1) daß dem Nebenzoll-Amte Barntrup die unbeschränkte Abfertigungsbefugniß, welche ihm nach dem Separat-Artikel 8 zugestanden werden soll, ohne alle und jede Modification wirklich eingeräumt werde. Die jetzige Einrichtung, nach welcher jenes Zollamt eine Eingangssteuer von 50 und resp. 500 Rthlr. nur erheben, diejenigen Ladungen aber, von welchen eine höhere Steuer zu entrichten ist, nach vorgängiger Visitation und Verschließung, mit einem Begleitschein Nro. I. auf das Hauptsteuer-Amt zu Lemgo abfertigen darf, kann eine solche unbeschränkte Abfertigungs-Befugniß in keiner Weise ersetzen.

2) daß die Zollbeamten zu Barntrup in völlig übereinstimmender Weise mit den beim Hauptzollamt zu Minden angestellten Beamten instruirt, also angewiesen werden, alle diejenigen Erleichterungen bei der Visitation und der Abfertigung der ein- und auspassirenden Fuhrwerke eintreten zu lassen, welche mit dem Zwecke irgend zu vereinbaren sind.

Es darf dagegen nicht angeführt werden, daß die örtlichen Verhältnisse eine solche Vermehrung der Abfertigungsbefugnisse bisher nicht nöthig gemacht hätten. Denn nicht die örtlichen Verhältnisse, sondern andere, damit in keiner Verbindung stehende Umstände, und zwar die oben geschilderten Uebelstände, sind es, welche den Verkehr auf der Barntrupper Straße gelähmt und dieselbe verödet haben und es kann nur erst dann ein neues Leben und Bewegung dort entstehen, wenn jene Uebelstände insgesammt beseitigt sind. Es ist aber eine bekannte Erfahrung, daß eine verödete Frachtstraße nicht sofort wieder eingeschlagen und benutzt wird, wenn die Hindernisse, welche dem Gebrauch derselben entgegenstanden, hinweggeräumt worden; daß vielmehr erst längere Zeit dazu gehört, um die Fuhrleute von einer gewohnten Straße, auf welcher die Localität, die Zollbeamten, Spediteure und Wirthe ihnen bekannt sind, abzuziehen. Daher darf nicht sofort, wenn nach Einräumung der vertragsmäßig zugesicherten Befugnisse eine erhebliche Vermehrung des Verkehrs nicht eintreten möchte, daraus die Folgerung gezogen werden, daß dies auch künftighin nicht der Fall seyn werde.

Das Angeführte hat die treugehorsamsten Stände motivirt, sich dem Antrage des

Abgeordneten Hildebrand völlig anzuschließen und werden Ew. Hochfürstliche Durchlaucht deshalb unterthänigst gebeten:

gnädigst befehlen zu wollen, daß unverzüglich Verhandlungen mit dem Preußischen Gouvernement eingeleitet werden, durch welche die im 8. Separat-Artikel zum Zollanschluß-Vertrage rücksichtlich des Nebenzoll-Amts zu Barntrup enthaltenen Zusicherungen in Vollziehung gebracht und alle diejenigen Hindernisse hinweggeräumt werden, welche bis jetzt der unbeschränkten Benutzung der Zollstraße über Barntrup beim Ein- und Auspassiren von Waaren entgegengestanden haben.

Detmold, den 7ten Februar 1845.

14) Den Gebrauch der Schußwaffen gegen Wilddiebe betreffend.

Auf die unterthänigste Vorstellung treugehorsamster Stände vom 19ten December 1842, die Bekanntmachung wegen des Gebrauchs der Schußwaffen gegen Wilddiebe vom 14ten Juli 1840 betreffend, haben Ew. Hochfürstliche Durchlaucht im Landtagsabschiede vom 15ten Februar 1843 gnädigst zu resolviren geruhet, daß Höchstdieselben die vorgebrachte Erinnerung weder in formeller, noch materieller Hinsicht für begründet anerkennen könnten und daß es bei den erlassenen Verfügungen lediglich sein Verbleiben behalten müsse.

Dieser Gegenstand erscheint in mehr als einer Hinsicht von großer Wichtigkeit, so daß treugehorsamste Stände es wagen, noch einmal darauf zurückzukommen.

Was die formelle Begründung des unterthänigsten ständischen Antrags betrifft, so muß vor allen Dingen bemerkt werden, daß treugehorsamste Stände weit entfernt sind, eine Concurrenz bei den dem Jagdschutz-Personal ertheilten Instructionen im Allgemeinen in Anspruch zu nehmen. Diesen Instructionen ist keine gesetzliche Kraft beigelegt und da die von treugehorsamsten Ständen in Anspruch genommene Mitwirkung sich nur auf wirkliche Gesetze beschränkt, so fällt ihre Concurrenz bei Erlassung von Instructionen selbstredend hinweg.

Die unterthänigste Vorstellung vom 19. December 1842 sollte deshalb auch nur darauf aufmerksam machen, daß die Bekanntmachung wegen des Gebrauchs der Schußwaffen gegen Wilddiebe vom 14ten Juli 1840 mit den Gesetzen, namentlich mit dem unter ständischer Mitwirkung erlassenen Criminal-Gesetzbuche in Widerspruch stehe und die üble Folge haben könne, daß das Jagdschutz-Personal nach den Bestimmungen der Instruction handle, aber nach der Vorschrift des Gesetzes dieserhalb zur Untersuchung gezogen werde.

Wenn treugehorsamste Stände nachgewiesen haben, daß die in der Bekanntmachung vom 14ten Juli 1840 enthaltenen Grundsätze sowohl mit dem Gemeinen Criminalrechte, als mit dem §. 166 des Criminal-Gesetzbuchs im Widerspruch stehen, und wenn sie darauf aufmerksam machten, daß dieß eine Rechtsverwirrung zur Folge haben könnte und die unterthänigste Bitte hinzufügten, daß im Fall die desfallsigen Bestimmungen und Abänderungen des Criminalgesetzes für nothwendig erachtet werden sollten, Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen möchten, einen Gesetzentwurf zur Berathung und Zustimmung vorlegen zu lassen, so glauben sie ihre verfassungsmäßigen Befugnisse nicht überschritten zu haben.

Die materielle Begründung der unterthänigsten Vorstellung treugehorsamster Stände dürfte aber durch die im Landtagsabschiede enthaltene Bemerkung, daß die fragliche

Bekanntmachung mit den Bestimmungen im Einklange stehe, welche in gleicher Angelegenheit in den Königreichen Preußen und Hannover erlassen seyen, nicht aufgehoben werden. Die Hannövrische Verordnung hat treugehorsamsten Ständen nicht vorgelegen, wohl aber die Königlich Preußische Verordnung über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten vom 31sten März 1837. Eine Vergleichung dieses Gesetzes mit den hiesigen Bekanntmachungen vom 14ten Juli 1840 und vom 6ten September 1842 ergiebt folgende Abweichungen:

1) die Preußische Verordnung ist in der Form erlassen, wie allgemeine Landesgesetze erlassen zu werden pflegen.

2) In §. 1 des Preußischen Gesetzes wird ein Unterschied gemacht zwischen Waffengebrauch überhaupt und dem Gebrauche der Schußwaffe, und letztere nur gestattet, wenn der Angriff, die Widersetzlichkeit oder Drohung mit Waffen ꝛc. oder in einer Mehrzahl geschieht.

3) In demselben §. wird ausdrücklich bemerkt:

„Der Gebrauch der Waffen darf aber nicht weiter ausgedehnt werden, als es zur Abwehrung des Angriffs und Ueberwindung des Widerstands nothwendig ist."

4) Nur den angestellten Forst- und Jagdbeamten ist der Waffengebrauch nach dem Preußischen Gesetze gestattet. Die hiesigen Bekanntmachungen gestatten denselben aber auch „sonstigen Personen."

5) Der §. 2 des Preußischen Gesetzes bestimmt, daß der Beamte, der sich seiner Waffen bedienen will, mit einem amtlichen Abzeichen versehen seyn muß.

6) Der §. 3 l. c. verpflichtet den Forst- und Jagdbeamten, der von seiner Waffe Gebrauch gemacht hat, dem Verletzten Beistand zu leisten und, wenn er auf Jemand geschossen hat, nachzuforschen, ob derselbe dadurch verletzt sey.

Außerdem ist nun noch für die Communal- und Privat-Forst- und Jagdbeamten, welche sich ihrer Waffe bedienen wollen, vom Polizeiminister unterm 21sten November 1837 eine Instruction erlassen, welche mehrere das Leben und die Gesundheit der Staatsbürger schützende Bestimmungen enthält.

Es möchte wohl nicht zu bezweifeln seyn, daß die erwähnten Bestimmungen des Preußischen Gesetzes, welche den diesseitigen Bekanntmachungen fehlen, wesentlich dazu beitragen, den Mißbrauch der Waffen durch das Forst- und Jagdschutz-Personal zu verhüten.

Mit vollem Vertrauen glauben treugehorsamste Stände aus diesen Gründen die Bitte vom 19ten December 1842 bei Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht unterthänigst wiederholen zu müssen.

Detmold, den 6ten Februar 1845.

15) Die Aufhebung der Neuwohner- und Kotten-Abgaben betreffend.

Der Abgeordnete Heldman hat die Aufhebung der Neuwohner- und Kotten-Abgaben, mit welchen auf dem platten Lande die dort neu etablirten Stätten oder die zum Vermiethen an Einlieger errichteten Gebäude belegt werden, und welche in die Landrentei fließen, beantragt.

1) Rücksichtlich der Neuwohner-Abgaben sind treugehorsamste Stände mit dem Antrage einverstanden, indem sie dafür halten, daß gegenwärtig kein Grund mehr vorhan-

den sey, dem Grundeigenthum andere Abgaben, als die Grundsteuer, aufzulegen und daß es insbesondere nicht sich rechtfertigen lasse, wenn noch jetzt, nachdem alle Natural-Abgaben für ablöslich erklärt sind, derartige Prästationen aufgelegt werden.

Ebenso möchte es nicht zweifelhaft seyn, daß, wenn künftig die Neuwohner nicht weiter mit der ihnen bis jetzt auferlegten Abgabe belästigt werden, darin eine wesentlichere Erleichterung liegen möchte, als wenn nach dem Antrage Fürstlicher Regierung, die Grundsteuer von der Haustare um 1 ggr. in simplo ermäßigt wird.

2) In Beziehung auf die Kotten scheint die Abgabe von 1 Rthl. und resp. 3 Handburgfestdiensten gleichfalls unverhältnißmäßig zu seyn und statt derselben die Einführung einer Contribution von der in Ansatz zu bringenden angemessenen Haustare sich zu empfehlen.

Was die früherhin errichteten Neuwohner-Colonate und Kotten anlangt, so wird es von einer Beschlußnahme über die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte, mit welchem eine Ueberweisung der Kotten-Abgaben verbunden seyn wird, abhangen, in wie weit in deren Besteurung Erleichterungen oder Aenderungen eintreten können. Für jetzt dürften nur diejenigen neuen Stätten und Kotten, welche künftig entstehen, berücksichtigt werden können.

Treugehorsamste Stände bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht mit Ueberreichung des Antrags des Abgeordneten Heldman unterthänigst,

die Neuwohner-Abgaben künftig nicht weiter aufzulegen und wegen einer angemessenen Besteurung der Kotten, Vorlage am nächsten Landtage gnädigst machen lassen zu wollen.

Detmold, den 10. Februar 1845.

16) Die Theilnahme der Städte am Medicinalfonds und an den Hülfsgeldern betreffend.

Der Hülfsfonds hat bisher nur zur Unterstützung der Bewohner des platten Landes gedient.

Die Kosten des Aufenthalts der Hebammen aus den Landgemeinden zu Lemgo, während ihres dortigen Unterrichts, ferner die Kosten der für sie anzuschaffenden Geräthe und Bücher, die Gratificationen und Gehaltszuschüsse für diejenigen Hebammen, welche eine geringe Einnahme haben, werden aus der Landcasse, resp. Medicinalcasse bestritten, während die fünf ältern Städte die desfallsigen Kosten aus den Cämmerei-Cassen aufwenden mußten.

Da die Städte aber jetzt gleichmäßig mit zu der Landcasse contribuiren, so werden Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst gebeten,

bei Vertheilung der Hülfsgelder auch auf die Städte gnädigst Rücksicht nehmen und denselben eine gleiche Concurrenz wie dem übrigen Lande, an den Verwendungen aus dem Hebammenfonds einräumen lassen zu wollen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

17) Die Ausgleichung der Beiträge zum Regierungsblatte betreffend.

Die fünf ältern Städte contribuiren zu den Kosten der Herausgabe des Regierungsblattes die Summe von 50 Rthlrn., müssen aber außerdem den Preis der für

die städtischen Behörden zu haltenden Exemplare bezahlen, während die Aemter solche gratis erhalten.

Da das Regierungsblatt als eine gemeinnützige Landesanstalt anzusehen seyn dürfte, so werden Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst gebeten:

die Uebernahme jener 50 Rthl. auf die Landcasse gnädigst zu genehmigen, sofern die Redaction des Regierungsblatts überhaupt noch eines Zuschusses aus öffentlichen Mitteln bedarf.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

18) Wegen der Rechtsmittel gegen polizeiliche Strafverfügungen.

Dem Landtage ist eine Beschwerde des Leibzüchters Rüenbühl zu Nienhagen, Amts Schötmar, eingereicht worden, worin derselbe Klage darüber führt, daß ihm gegen eine polizeiliche Verfügung des Amts Schötmar, durch welche er wegen Trunkfälligkeit zu dreimonatlichem Werkhausarreste verurtheilt worden, der gesetzlich zuständige Rechtsweg versagt worden sey. Treugehorsamste Stände haben sich über diese Beschwerde durch ein rechtskundiges Mitglied der Versammlung ausführlichen Bericht erstatten lassen und sind dadurch zu der Ueberzeugung gelangt, daß es eine mißliche Sache ist, wenn Ehre und Freiheit der Unterthanen dem Ermessen der Polizei-Behörden — und zwar ausschließlich diesen, sobald von selbigen nur eine von Ober-Polizeiwegen genehmigte Strafverfügung ergangen ist, anheim gestellt bleibt. Die Befugniß der Polizei-Behörde, in geeigneten Fällen auf Strafe zu erkennen, mag ungehindert fortbestehn; aber unerläßlich erscheint es, daß, sobald der von der Polizei-Behörde Verurtheilte durch die ergangene Strafverfügung in seinen Rechten sich verletzt glaubt, über die desfallsige Beschwerde nur ein richterlicher Spruch entscheiden und dem vermeintlich Verletzten der Zugang zu den Gerichten völlig frei stehen muß.

Unsere gesetzlichen Bestimmungen genügen diesen Grundsätzen, wenn Fälle, wie derjenige, welcher zu der Beschwerde Veranlassung gegeben, nicht von den Aemtern als Polizei-Behörden abgeurtheilt, sondern zur gohgerichtlichen Entscheidung befördert werden. Alsdann steht nach der Verordnung vom 3ten Juni 1817 dem Verurtheilten der Weg des Recurses an die Fürstliche Justiz-Canzlei offen, und es können ähnliche Beschwerden nicht vorkommen, wenn dergleichen Strafen allgemein von den Gohgerichten erkannt werden. Da dieß nun, wie sich zeigt, nicht allgemein geschieht, so sehen sich treugehorsamste Stände zu der unterthänigsten Bitte veranlaßt,

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht wollen gnädigst geruhen, durch eine Circular-Verfügung den Aemtern aufgeben zu lassen, daß sie Strafverfügungen ähnlicher Art nur durch gohgerichtliche Entscheidung befördern dürfen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

19) Das Schleppen der Pflüge auf den Chausséen betreffend.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht haben im Landtagsabschiede vom 30sten December 1840 auf desfallsiges unterthänigstes Gesuch treugehorsamster Stände gnädigst zu resolviren geruht, daß rücksichtlich der beantragten Aufhebung des Verbots, die Pflüge auf den Chausseen zu schleppen, eine weitere Prüfung statt finden solle.

Da die Klage über das Lästige der vorgeschriebenen Vorrichtung an den Pflügen und die Behauptung der Unschädlichkeit der gewöhnlichen Schleppen, am gegenwärtigen

Landtage erneuert worden sind, so wagen es treugehorsamste Stände, das unterthänigste Gesuch vom Landtage des Jahrs 1840 ehrerbietigst zu wiederholen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

20) Die Erlassung einer Gewerbe-Ordnung betreffend.

Schon auf dem vorigen Landtage wagten es Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht getreue Stände, um Erlassung einer Gewerbe-Ordnung für das platte Land und um Aufhebung der Regalität der Gewerbe unterthänigst zu bitten.

Das Bedürfniß eines solchen Gesetzes, sowohl in politischer, als finanzieller Hinsicht, stellt sich täglich deutlicher heraus und deshalb erneuern treugehorsamste Stände die unterthänigste Bitte:

daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst geruhen wollen, eine allgemeine Gewerbe-Steuer- und Gewerbe-Polizei-Ordnung auf nächstem Landtage proponiren zu lassen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

21) Wegen Aufhebung der Hofgerichtssteuer.

Die zur Unterhaltung des Hofgerichts ausgeschriebene Abgabe, welche unter dem Namen Hofgerichtssteuer erhoben wird, ruht auf den Unterthanen sehr ungleichmäßig.

Es bezahlen dazu einschließlich der im Jahre 1804 bewilligten Erhöhungssumme:

1)	die Ritterschaft und die übrigen Besitzer erimirter Güter	127	Rthl.	22 Mgr.	3 Pf.
2)	das Kloster Falkenhagen und das Stift zu Lemgo	8	"	25 "	5 "
3)	die fünf ältern Städte	223	"	32 "	— "
4)	die Städte Barntrup und Lage und die Flecken Schwalenberg, Alverdissen und Bösingfeld . . .	43	"	— "	3 "
5)	die contribuablen Unterthanen des platten Landes .	359	"	24 "	— "
	in Summa	767	Rthl.	32 Mgr.	3 Pf.

Als im Jahre 1804 zur nothwendigen Gehaltsvermehrung der Hofgerichts-Officianten die Hofgerichtssteuer um $\frac{2}{3}$ des vorigen Betrages erhöht wurde, legte man zur Vermeidung einer mühsamen Repartition, den auf das platte Land gefallenen Additional-Beitrag von 145 Rthlrn. 29 Mgr. 4 Pf. interimistisch auf die Landcasse.

Der bisherige Beitrag zu dieser Steuer ist sowohl hinsichtlich der drei Stände unter sich, als ihrer einzelnen Mitglieder sehr unverhältnißmäßig vertheilt, indem die Besitzer der bisher erimirten Güter mehr als ein Drittheil und die fünf ältern Städte beinahe die Hälfte vom Beitrage der contribuablen Unterthanen des platten Landes bezahlen, von diesen letztern aber z. B. wieder die Bewohner des Amts Brake einen geringern Beitrag an Hofgerichtssteuer aufbringen, als das Amt Oerlinghausen, während die Grundsteuer des letztern geringer ist als die jenes Amtes.

Die durch den Zollanschluß gemeinschaftlich von Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Unterthanen aufgebrachten Revenüen bieten ein passendes Mittel dar, dieser Ungleichheit ein Ende zu machen und werden Höchstdieselben deshalb von treugehorsamsten Ständen unterthänigst gebeten:

die Hofgerichtssteuer gnädigst aufheben und den Ausfall in der Hofgerichtscasse

durch einen Zuschuß aus der Landcasse im gleichen Betrage decken lassen zu wollen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

22) Den Gehalt und die Emolumente der Ausschußdeputirten betreffend.

Nach §. 40 der Verfassungs-Urkunde sollten auf dem ersten Landtage wegen des Gehalts und der Emolumente der Ausschußdeputirten Vorschläge zur höchstlandesherrlichen Bestätigung eröffnet werden. Dieß ist rücksichtlich des Gehalts bis jetzt unterblieben, weil die auf dem Landtage vom Jahre 1838 erwählten Ausschußdeputirten auf Beziehung eines Gehalts verzichteten.

Treugehorsamste Stände haben auf dem diesmaligen Landtage dafür gehalten, daß den Ausschußdeputirten als Mitgliedern des Landcassen-Administrations-Collegii der in frühern Zeiten übliche Gehalt von $133\frac{1}{3}$ Rthl. von Anfang dieses Jahrs an aus der Landcasse zu zahlen sey, wobei ihnen für Zusammenkünfte in landschaftlichen Angelegenheiten die üblichen Diäten verblieben.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst, diesen Vorschlag gnädigst genehm halten zu wollen.

Detmold, den 11ten Februar 1845.

23) Die Erlassung eines Verkoppelungsgesetzes betreffend.

Dem gegenwärtigen Landtage sind mehrfache Petitionen eingereicht worden, worin die Verwendung von treugehorsamsten Ständen bei Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht für baldige Erlassung eines Gesetzes über Ablösung von Hudeservituten nachgesucht wird. Zugleich hat ein Mitglied des Landtags den Antrag gestellt, daß Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst gebeten werden möchten, ein Gesetz über Verkoppelung von Ländereien auf nächstem Landtage gnädigst vorlegen zu lassen.

Die zur Vorbereitung der Beschlüsse in landwirthschaftlichen Fragen niedergesetzte ständische Commission hat demnächst ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die Einführung eines Verkoppelungs-Systems und die Ablösung der Hudegerechtsame unzertrennlich von einander seyen, auf die Schwierigkeit in der Ausführung beider Maaßregeln aufmerksam gemacht und Vorschläge eröffnet, wie bei der Vorbereitung eines umfassenden Gesetzes am Sichersten zu Werke zu gehen sey.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht überreichen treugehorsamste Stände das erwähnte Gutachten unterthänigst in Abschrift mit der ehrerbietigsten Bitte:

daß Höchstdieselben nunmehr gnädigst geruhen wollen, den Entwurf zu einem Verkoppelungs- und Hudeablösungsgesetze ausarbeiten und treugehorsamsten Ständen zum nächsten Landtage vorlegen zu lassen.

Detmold, den 4ten Februar 1845.

24) Wegen einer Controle über die Bauhandwerker auf dem platten Lande.

Der unterthänigst beigelegte Antrag des Gutsbesitzers von Hoffmann auf Steinbeck, wegen einer über die Bauhandwerker auf dem platten Lande anzuordnenden Controle,

bespricht einen Gegenstand von großer Wichtigkeit, hinsichtlich dessen eine gesetzliche Vorschrift sehr wünschenswerth scheint. Treugehorsamste Stände sind der Ansicht, daß eine solche nicht wohl bis zum Erlasse einer allgemeinen Gewerbe-Ordnung ausstehen dürfe und wird deshalb der Antrag des ꝛc. von Hoffmann der gnädigsten Berücksichtigung Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht unterthänigst anheim gegeben.

Detmold, den 8ten Februar 1845.

25) Die Ueberweisung der Militair-Casse-Capitalien an die Landcasse betreffend.

Die treugehorsamsten Stände haben schon auf dem Landtage des Jahrs 1838 und auf den spätern Landtagen unterthänigst darauf aufmerksam gemacht, daß das Schuldenverhältniß, in welchem die landschaftlichen Cassen zu einander stehen, dem Zwecke einer möglichst einfachen und geregelten Cassenverwaltung nicht entspreche. Dasselbe ist mit dem Umstande der Fall, daß die Militair-Casse ihre Activ-Capitalien abgesondert von der allgemeinen Landescasse verwalten läßt.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht haben deshalb auch schon früher die Vereinigung sämmtlicher Landescassen gnädigst in Aussicht zu stellen geruhet.

Da die Einnahme der Militair-Casse aus den Zinsen der Activ-Capitalien nur zu einem sehr geringen Theile zur Deckung der Ausgaben beiträgt und Alles Uebrige doch aus der Landescasse erfolgen muß, wie dieß mit den an die Stelle der Branntweins-Maisch-Steuer getretenen 20000 Rthlrn. und den Herrn- und Kreisgeldern zu 11800 Rthlrn. der Fall ist, so erscheint es in jeder Hinsicht zweckmäßig, daß auch die Activ-Capitalien an die Landcasse abgegeben und die Zinsen davon für diese Casse erhoben werden, wogegen denn auch das sämmtliche Bedürfniß des Militairs aus derselben zu bestreiten seyn würde.

Die Einnahme-Titel sub V., VII. und X. des Militair-Cassen-Etats würden mithin füglich ganz ausfallen können.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten die treugehorsamsten Stände unterthänigst:

die Ueberweisung der Activ-Capitalien der Militair-Casse gnädigst genehmigen und anordnen zu wollen.

Detmold, den 7ten Februar 1845.

26) Die Ablösbarkeit des Erbpachtcanons betreffend.

Die treugehorsamsten Stände haben bei Berathung der fünften Proposition, die Besteurung der Erbpachts-Grundstücke u. s. w. betreffend, aus den in ihrer unterthänigsten Erklärung entwickelten Gründen, nicht damit einverstanden sich erklären können, daß bei der Ausdehnung der Grundsteuer auf die davon bisher eximirten Grundstücke eine Ausnahme rücksichtlich der Erbpachten neu eingeführt werde. Indeß haben sie doch auch nicht verkennen können, daß deren Heranziehung zu jener Steuer in einzelnen Fällen Härten veranlassen möge.

Ein zweckmäßiges Mittel, um derartige Unbilligkeiten zu beseitigen und sowohl den Erbpächtern, als allen andern mit Geldabgaben belasteten Grundbesitzern die Veranlassung zu Beschwerden zu nehmen, glauben die treugehorsamsten Stände darin finden zu müssen, daß alle Erbpacht-Canons und die sonstigen in Gelde bestehenden Prästanden für ablöslich erklärt werden und daß die Ablösungs-Ordnung auf dieselben ausgedehnt wird.

Der Zweck jenes Gesetzes ist es, das Eigenthum von den auf ihm lastenden Abgaben zu befreien und scheint es daher nicht ganz consequent zu seyn, die Aufhebung des Erbpachts-Verhältnisses und dessen Verwandlung in freies Eigenthum zu erschweren oder die Ablösung der Geldrenten größern Schwierigkeiten zu unterwerfen, als dies bei anderen Natural-Abgaben geschehen ist.

In neuern Zeiten hat Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung darauf gehalten, daß bei neu errichteten Erbpachten die Ablösung des vereinbarten Erbpachts-Canons mit dem 25fachen Betrage jedesmal gestattet ist. Die treugehorsamsten Stände billigen dies Verfahren ganz; glauben aber weiter noch an Ew. Hochfürstliche Durchlaucht die unterthänigste Bitte richten zu müssen:

einen Gesetzentwurf vorlegen lassen zu wollen, durch welchen die Ablösung des Erbpachts-Verhältnisses in allen Fällen, in welchen vertragsmäßige Bestimmungen darüber nicht bestehen, gestattet und die in der Ablösungs-Ordnung enthaltenen Vorschriften auf die Aufhebung aller Geldabgaben, die auf Privat-Rechts-Titeln beruhen, ausgedehnt wird.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

27) Die Advocatur-Befugniß der Auditoren ꝛc. betreffend.

Durch die Verordnung vom 22sten October 1839 ist allen Personen, welchen richterliche Functionen anvertraut sind, die Ausübung der Advocatur für oder gegen Bewohner ihres Gerichtsbezirks untersagt. Auf die Hebungsbeamten, Amtschreiber und Auditoren erstreckt sich diese Verordnung bis jetzt nicht und kommt es nicht selten vor, daß solche Officianten, nachdem eine Streitsache an dem Gerichte, zu welchem sie gehören, abgeurtheilt worden, die Advocatur für oder wider die gefällte Entscheidung übernehmen, obwohl nicht minder häufig auf erfolgte Remissorialien eine solche Streitsache an dasselbe Gericht zurückgelangt und der Amtschreiber oder Auditor genöthigt ist, darin Protocolle aufzunehmen oder sonst bei der fernern Instruction gerichtsseitig betheiligt zu seyn. — Dieser Uebelstand ist ganz dazu geeignet, Mißtrauen gegen eine unpartheiisch verwaltete Justiz bei den rechtsuchenden Unterthanen zu erwecken, bedarf daher gewiß einer baldigen Abhülfe.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten die treugehorsamsten Stände unterthänigst:

die Verordnung vom 22sten October 1839 auf die Hebungsbeamten, Amtschreiber und Auditoren in der Weise gnädigst auszudehnen, daß dieselben die Advocatur in Streitsachen, welche einmal an ihrem Gerichte anhängig gewesen, oder es noch sind, nicht übernehmen dürfen.

Detmold den 14ten Februar 1845.

28) Die Mittheilung der Amtsacten an die Partheien betreffend.

Der §. 9 des Proceßreglements vom 27sten Februar 1816 schreibt rücksichtlich des gerichtlichen Verfahrens den Aemtern unter Andern vor:

daß während des Laufs der Verhandlung das Amt weder berechtigt noch verpflichtet ist, den Partheien Abschriften der abgehaltenen Protocolle mitzutheilen.

Treugehorsamste Stände halten diese Vorschrift für durchaus verwerflich, weil danach in den meisten Fällen die Partheien den Stand ihrer Processe nicht beurtheilen können, auch nicht einmal im Stande sind, sich anderswo Rath zu holen.

Eine Abänderung dieser Bestimmung scheint nicht bis zu einer allgemeinen Revision des Proceßrechts ausgesetzt werden zu dürfen und bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht die treugehorsamsten Stände unterthänigst:

die Ausfertigung der amtlichen Protocolle an die darum nachsuchenden Partheien, soweit die Mittheilung nach gemeinen processualischen Grundsätzen geschehen darf, durch eine alsbald zu erlassende Verordnung gnädigst gestatten und anordnen zu wollen.

Detmold, den 14ten Februar 1845.

29) Die Revision des Justiz-Wesens betreffend.

Auf dem gegenwärtigen Landtage ist eine mehr oder weniger eingreifende Reform unsers Justiz-Wesens von verschiedenen Seiten dringend zur Sprache gebracht worden. Die desfallsigen Anträge beziehen sich vorzugsweise auf eine sich als nothwendig darstellende Veränderung in der Gerichtsverfassung, und eine Revision der Proceß- und Sporteln-Ordnung. Sonstige wichtige Geschäfte haben den Landtag verhindert, tiefer in die Sache einzugehen, um speciellere Vorschläge unterthänigst Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht vorlegen zu können. Treugehorsamste Stände müssen sich vielmehr darauf beschränken,

den Antrag des Abgeordneten von Horn, mit beigefügter Druckschrift;
den Antrag des Abgeordneten der Neustadt Detmold,
und den Antrag des Abgeordneten von der Stadt Blomberg,

unterthänigst zu überreichen und Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht ehrerbietigst zu bitten:

daß Höchstdieselben gnädigst geruhen wollen, alsbald die Vorarbeiten zu einer gründlichen Revision unserer gesammten Rechtsverfassung anzuordnen, insonders aber die bestehende Gerichts-Verfassung, die Proceß-Ordnung und die Sporteln-Ordnung einer Revision unterziehen, und dem nächsten Landtage Mittheilung darüber huldvollst machen zu lassen.

Detmold, den 14ten Februar 1845.

30) Die Entscheidung von Controversen betreffend.

Die in der unterthänigst angeschlossenen Denkschrift des Abgeordneten für das Amt Sternberg besprochenen particularrechtlichen Controversen bedürfen nach der treugehorsamsten Stände unterthänigsten Dafürhalten einer gesetzlichen Entscheidung. Vor allen Dingen aber zwei Controversen des römischen Rechts. Die Rechtslehrer sind nämlich nicht gleicher Meinung darüber:

1) ob bei dem Beweise des Besitzes einer Fußwegsgerechtigkeit die Requisite des interdicti de itinere actuque privato oder des interdicti uti possidetis zum Grunde zu legen seyen; und
2) wen bei der s. g. negatorischen Klage wegen Servituten die Beweislast treffe.

Beide Controversen veranlassen vorzugsweise kostspielige Processe und Instanzenzüge und dürften daher in der einen oder andern Art baldigst gesetzlich zu entscheiden seyn.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten treugehorsamste Stände unterthänigst:

ein, die Entscheidung obiger Streitfragen, namentlich der beiden besonders

hervorgehobenen, enthaltendes Gesetz zum nächsten Landtage gnädigst vorlegen lassen zu wollen.

Detmold, den 14ten Februar 1845.

31) Die Verspätung der Berufung des Landtages betreffend.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht wollen es den treugehorsamsten Ständen gnädigst verzeihen, wenn sie unterthänigst darauf aufmerksam zu machen wagen, daß der gegenwärtige Landtag verspätet berufen worden ist, weil die Verfassungs-Urkunde die Berufung auf alle zwei Jahre vorschreibt und die Abhaltung des Landtags vor Anfang der Finanz-Periode deshalb erforderlich scheint, weil das Budget vorher festgestellt werden muß.

Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten die treugehorsamsten Stände deshalb unterthänigst:

künftige Landtage gnädigst schon während des zweiten Jahrs der Finanz-Periode so zeitig berufen zu wollen, daß die landtägigen Berathungen vor dem Jahresschlusse beendigt seyn können.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

32) Das Steuerverwilligungsrecht der Stände betreffend.

In dem Landtagsabschiede vom 15ten Februar 1843 ließen Ew. Hochfürstliche Durchlaucht gnädigst erklären, daß für die Landcasse sechs Contributionssimplen erhoben werden sollten, während die versammelten Stände deren nur fünf verwilligt hatten. Auf die dieserhalb von den Ausschußdeputirten gemachte unterthänigste Vorstellung, wurde es zwar bei der ständischen Verwilligung belassen und die wegen Erhebung von sechs Simplen ergangene Bekanntmachung zurückgenommen, wodurch den Rechten und Wünschen treugehorsamster Stände dem Effecte nach Genüge geschehen war. Da aber in der Verordnung vom 11ten April 1843 der rechtliche Grund der Herabsetzung der Contribution auf fünf Simplen übergangen ist und Fürstliche Regierung in einem Schreiben an die Ausschußdeputirten vom 15ten April 1843 die Ansicht ausgesprochen hat, daß das Steuerverwilligungsrecht der Stände sich nur auf neue Steuern erstrecke, während die Forterhebung der alten Steuern in dem einmal bewilligten Betrage von der Zustimmung der Stände unabhängig sey: so glauben sich die treugehorsamsten Stände dagegen unterthänigst verwahren zu müssen. Die Bewilligung der Steuern von einem Landtage zum andern oder für die bestimmte Steuer-Periode, namentlich die Bewilligung der Contribution, ist ein ständisches Recht, welches niemals dem leisesten Zweifel unterworfen gewesen ist und welches treugehorsamste Stände als unverbrüchlich in Anspruch nehmen.

Da aber dieses Recht für jetzt de facto unverletzt geblieben ist, so erscheint es nicht erforderlich, daß sich treugehorsamste Stände hier weiter darüber verbreiten.

Sie bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst, diese pflichtmäßige Verwahrung der ständischen verfassungsmäßigen Rechte huldreichst aufnehmen zu wollen.

Detmold, den 12ten Februar 1845.

VII.

Höchstlandesherrliche Resolution vom 1sten Februar 1845 auf die Vorstellung (Abschn. V. A. 1.) wegen der Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung

Von Gottes Gnaden Wir **Paul Alexander Leopold**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

Getreue Stände haben sich veranlaßt gefunden, in ihrer Vorstellung vom 29. v. M. auf das ihnen in Betreff der Gesetzgebung vermeintlich zustehende entscheidende Stimmrecht nochmals zurückzukommen. Wir verargen ihnen diesen Schritt bei der Wichtigkeit der Sache nicht, wenngleich Wir Uns bewußt sind, wohlbegründete Erinnerungen zu den vorgeschlagenen Gesetzen stets berücksichtigt und daher keine besondere Veranlassung gegeben zu haben, diese alte Streitfrage wieder aufzunehmen. Dieselbe ist bereits vor 60 Jahren ventilirt worden, hat aber, ohne daß die Landeswohlfahrt darunter gelitten, ihre definitive Erledigung noch immer nicht erhalten, weshalb sie füglich noch länger hätte beruhen bleiben können. Die vorzuschlagenden Gesetze müssen gehörig motivirt werden und entscheidet bei widerstreitenden Ansichten das Gewicht der Gründe. Getreue Stände haben daher keinen Mißbrauch von der Uns zustehenden gesetzlichen Gewalt zu besorgen und werden sie sich in ihrem patriotischen Bestreben mit Unserer Regierung über die geeignetesten Mittel zur Beförderung der Landeswohlfahrt leicht verständigen, ohne daß es einer Erörterung von Fragen bedarf, welche in der Theorie und Praxis gleich sehr bestritten sind.

Wir haben zwar, was die ständische Mitwirkung bei der Gesetzgebung betrifft, Unsere Ueberzeugung auf dem letzten Landtage ausgesprochen und können Uns davon auch jetzt nicht lossagen, gleichwohl nehmen Wir keinen Anstand, getreuen Ständen die Zusicherung zu ertheilen, daß der Gegenstand nochmals reiflich geprüft und das Resultat dieser Prüfung auf dem nächsten Landtage mitgetheilt werden soll. Eine Unterhandlung über Landesangelegenheiten mit landständischen Commissarien in der Zwischenzeit von einem Landtage zum andern ist ungewöhnlich und steht auch mit der Verfassungs-Urkunde nicht im Einklange. Es bleibt daher diese Streitfrage um so mehr bis zum nächsten Landtage beruhen, da ohnehin nur das landständische Collegium in pleno darüber zu berathen und zu beschließen vermag.

Detmold, den 1sten Februar 1845.

Leopold, Fürst zur Lippe.

W. A. Eschenburg.

T. Kellner.

VIII.

Landtags-Abschied, vom 8ten März 1845.

Von Gottes Gnaden Wir **Paul Alexander Leopold**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc.

Nachdem getreue Stände ihre unterthänigsten Gutachten über die am gegenwärtigen Landtage ihnen vorgelegten Propositionen und gemachten Mittheilungen abgegeben, auch damit verschiedene Erklärungen, Anträge und Gesuche verbunden haben, so ertheilen Wir darauf zum Landtagsschluß folgende Resolutionen.

Zur ersten Proposition.

Um den Wünschen getreuer Stände entgegen zu kommen, haben Wir denselben ein Allodificationsgesetz vorlegen lassen, welches nach Unserm Dafürhalten die Rechte und Interessen der Lehnsherrn, so wie der Vasallen, auf eine billigmäßige Weise vermittelte. Der Hauptzweck des Gesetzes ging dahin, das Eigenthum von lästigen Fesseln zu befreien, die Disposition darüber zu erleichtern und dadurch die Bodencultur zu befördern, so wie den Credit zu heben. Dieser Zweck wird nur unvollständig erreicht werden, wenn, nach dem Antrage getreuer Stände, die agnatischen Rechte aufrecht erhalten und nur den Vasallen das Provocationsrecht eingeräumt werden soll. Wir würden Uns indessen hierin, ungeachtet der offenbar für den Lehnsherrn daraus entspringenden Rechtsungleichheit und Benachtheiligung seines Interesses, dem ständischen Gutachten dennoch vielleicht conformirt haben, wenn nicht außerdem noch so manche Desiderien vorgetragen wären, welche eine Begünstigung des Vasallen auf Kosten des Lehnsherrn bezwecken. Hierzu finden Wir in den Lehnsverhältnissen, nachdem sich diese im Laufe der Zeit ohnehin schon so günstig für die Vasallen gestaltet haben, keinen zureichenden Grund, zumal da Wir die Allodificationsgebühr auf vier und resp. zwei Procent gegen den bisher üblichen Satz von mindestens sechs Procent schon billig genug bestimmt zu haben glauben.

Unter diesen Umständen müssen Wir Uns bewogen finden, das ganze Gesetz zurück zu ziehen. Ob und in welcher veränderten Weise dasselbe auf dem nächsten oder einem der folgenden Landtage wieder vorzulegen sey, werden Wir näher erwägen lassen.

Zur zweiten Proposition.

Zu Unserm Bedauern haben getreue Stände sich durch die ihnen mitgetheilten Deductionen der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung und des Herrn Grafen Christian zur Lippe-Weissenfeld nicht bewogen gefunden, auf die ihnen proponirte und wiederholentlich empfohlene Verwilligung von Dotalgeldern in den Erbherrlichen Linien Unsers Hauses einzugehen, vielmehr dieselbe abermals ablehnen zu müssen geglaubt. Wir werden nunmehr Unsre Herrn Vettern von der abgegebenen ständischen Erklärung und dem derselben beigefügten commissarischen Gutachten in Kenntniß setzen.

Zur dritten Proposition.

Aus der Erklärung getreuer Stände auf die Proposition wegen Ausprägung neuer Scheidemünze und Einführung der Silbergroschen haben Wir deren Einverständniß hin-

sichtlich beider Anträge gern ersehen. Durch die von getreuen Ständen beantragte Ausprägung der Silbergroschen nach der Preußischen Legirung wird diese Scheidemünze zwar, besonders da man hier an die dünnen Groschen und Gutegroschen gewöhnt ist, für den Gebrauch nicht bequemer werden, dagegen werden dadurch die Kosten für die zu prägende Summe durch den stärkeren Kupferzusatz um Vierhundert Thaler erhöht; auch spricht für die Hessische Legirung die Erfahrung, daß die früheren Hessischen Gutegroschen sich besser als die Preußischen Silbergroschen gehalten haben, und kommen endlich die Hessischen Silbergroschen den Preußischen im Umfange ganz gleich; Wir werden indessen über diese Frage eine nochmalige sachverständige Untersuchung veranlassen und den Wunsch getreuer Stände dem Befinden nach gern berücksichtigen.

Der in der Proposition angegebene von jeder Münzsorte zu prägende Betrag beruht auf einer genauen Untersuchung des vermuthlichen Bedürfnisses; Unsre Regierung wird jedoch noch in nähere Erwägung ziehen, ob etwa eine successive Ausprägung sich empfehlen werde.

Eine gesetzliche Bestimmung darüber, bis zu welchem Betrage Zahlungen in Scheidemünze geleistet werden dürfen, halten auch Wir für zweckmäßig und werden Wir solche bei Einführung der neuen Scheidemünze erlassen.

Zur vierten Proposition.

In Gemäßheit dieser Proposition und des darüber erstatteten Gutachtens werden Wir eine neue Verordnung in Betreff der Bau- und Besserungskosten der Cantor- so wie der Küsterhäuser alsbald erlassen.

Zur fünften Proposition.

Wir genehmigen das Gutachten getreuer Stände, auch die in Erbpacht und Meierstand gegebenen Besitzungen der Grundsteuer zu unterwerfen und werden deshalb eine allgemeine Bekanntmachung erlassen. Folgerecht sind hienach auch die Kotten, welche in Erbpacht besessen werden, mit der Contribution von der Haustare eben so, wie die im vollen Eigenthum sich befindenden Kotten, zu belegen. Dieses kann jedoch nur gegen Aufhebung der Kottenabgaben und gegen Entschädigung Unsrer Rentkammer für dieselben geschehen, wozu Wir die nöthigen Einleitungen treffen lassen werden.

Von der proponirten Modification der Haustare nehmen Wir Abstand.

Zur sechsten Proposition.

Getreue Stände haben die Wichtigkeit der höheren Schulanstalten für die Wohlfahrt des Landes nicht verkannt und durch die Bewilligung von 560 Rthlr. für das Detmolder, so wie von 500 Rthlr. für das Lemgoer Gymnasium einen abermaligen Beweis gegeben, wie sehr sie sich die Förderung und würdige Ausstattung derselben angelegen seyn lassen. Wir werden Sorge tragen, daß die Gelder zu dem bestimmten Zwecke verwandt werden.

Nachdem in neuerer Zeit für das Gymnasium zu Lemgo mit Einschluß der Realclassen im Ganzen 1900 Rthlr. jährlich aus Landesmitteln bewilligt worden sind, ist dasselbe dadurch zu einer Landes-Anstalt umgewandelt, weshalb Wir Uns nicht nur das Recht der Oberaufsicht, sondern auch bei eintretenden Vacanzen die Anstellung der Lehrer vorbehalten müssen, wobei Wir jedoch zuvor den Magistrat mit seinem Gutachten hören werden.

Zur siebenten Proposition.

Die dem desfallsigen Antrage entsprechende Bewilligung für das Volksschulwesen haben Wir gern ersehen. Wir werden die ausgeworfenen Summen Unserm Consistorio überweisen lassen, damit dasselbe sie für die bestimmten Zwecke verwende. Zugleich theilen Wir die Ansicht getreuer Stände, daß nunmehr aus den allgemeinen Landesmitteln für das Volsschulwesen genug geschehen sey und hegen die Hoffnung, daß die fernern Bedürfnisse sich durch eine angemessene Regulirung des Schulgeldes werden decken lassen, wozu Wir den Plan, welcher demnächst zur ständischen Berathung vorgelegt werden soll, entwerfen lassen werden.

Zur achten Proposition.

Aus der Erklärung getreuer Stände haben Wir die dem Taubstummen-Unterrichte gewidmete Rücksicht gern ersehen und werden Wir veranlassen, daß der mit den erhöheten Mitteln beabsichtigte Zweck nach Unsern und getreuer Stände Wünschen immer vollständiger erreicht werde.

Zur neunten Proposition.

Hinsichtlich des für den Commerzienassessor Colbrunn zur Unterstützung für seine Fabrikanlagen proponirten Darlehns werden Wir Unsre Regierung anweisen, die Verhältnisse sorgfältig zu prüfen, die nöthig erachteten Bedingungen zu berücksichtigen und dem Befinden nach die Bewilligung Statt finden zu lassen.

In Ansehung des dem Assessor Colbrunn bereits bewilligten Darlehns beziehen Wir Uns auf den Inhalt Unsrer Proposition, indem in dieser die Casse, aus welcher, und die Bedingungen unter welchen derselbe dieses Darlehn erhalten hat, angegeben sind.

Zur zehnten Proposition.

Aus der Erklärung getreuer Stände wegen eines Zuschusses zu den Kosten der Legge haben Wir deren Einverständniß über den Nutzen dieser Anstalt gern entnommen. Dem Antrage, die Leggepflichtigkeit auf die bunten Linnen auszudehnen, werden Wir Folge geben. Auch verkennen Wir nicht, daß es wünschenswerth wäre, wenn auch die für eigene Rechnung der Kaufleute gewebten Linnen leggepflichtig gemacht werden könnten; es stehen jedoch dieser Anordnung, nach den darüber bereits stattgefundenen Untersuchungen, erhebliche Bedenken entgegen.

Zur eilften Proposition.

Getreue Stände haben die Nothwendigkeit einer zu erbauenden neuen Strafanstalt nicht verkannt und sich rücksichtlich des bei der baulichen Einrichtung zu befolgenden Systems mit Uns einverstanden erklärt. Die mit lobenswerther Bereitwilligkeit für diesen Zweck ausgesetzte Summe ist von der Art, daß sich ein solides, allen zeitgemäßen Anforderungen entsprechendes Gebäude dafür herstellen lassen wird. Unsre Regierung wird Sorge tragen, daß der Bau, mit Vermeidung alles unnöthigen Aufwandes, auf eine zweckmäßige Weise ausgeführt werde; auch wird sie der damit zu beauftragenden Commission die thunlichste Beachtung der in dem ständischen Gutachten eröffneten Vorschläge und Bemerkungen zur Pflicht machen. Daß diese Commission sich zuvor durch eigene Anschauung mit einer oder einigen der besseren Gefängnißanstalten in den Nachbarstaaten bekannt mache, erachten auch Wir für zweckmäßig.

Bei dem Bau wird darauf Rücksicht genommen werden, daß die Anstalt nöthigenfalls erweitert werden könne und soll der Bauplan, vor seiner definitiven Genehmigung, einer mehrseitigen Prüfung unterworfen werden.

Unsre Regierung wird darauf Rücksicht nehmen, daß der Zuchtmeister von der Verwaltung der Leihebank und des Pfandhauses entbunden werde; für den Fall jedoch, daß sich hierbei Anstände ergeben sollten, behalten Wir Uns eine weitere Communication vor.

Eine Hausordnung werden Wir zeitig entwerfen und getreuen Ständen zur Begutachtung vorlegen lassen. Nicht minder soll denselben zu seiner Zeit die Baurechnung mit ihren Belegen zur Supperrevision vorgelegt werden.

Zur zwölften Proposition.

Wir genehmigen, daß die beabsichtigte Trennung des Staats-Haushalts von dem Domanial-Haushalte auf Grundlage einer billigen Ausgleichung der zu überweisenden Einnahmen und Ausgaben vorgenommen werde. Zur Bearbeitung dieser Ausgleichung und der vollständigen Vorbereitung der Auseinandersetzung werden Wir eine Commission ernennen, welche mit den von getreuen Ständen ernannten Commissarien so bald wie thunlich zusammen treten wird.

Zur dreizehnten Proposition.

Die zustimmenden Erklärungen getreuer Stände zu den denselben vorgelegten Etats der nöthig erachteten Bewilligungen haben Wir gern entgegen genommen. Was insbesondere

1) die zu dem Landcasse-Etat gemachten Bemerkungen betrifft, so werden Wir dieselben näher prüfen, und, in so weit sie sich als begründet darstellen, den dem Landreceptor mitzutheilenden Landcasse-Etat danach modificiren lassen.

Wir werden verfügen, daß das Einliegergeld auch im Amte Blomberg aufgehoben werde, und wegen der von dem erbherrlichen Hause in Anspruch genommenen Entschädigung weitere Verhandlungen vornehmen lassen.

2) Die gegen die Form des Medicinalcasse-Etats gemachte Erinnerung wird sich von selbst erledigen, wenn künftig ein General-Etat über sämmtliche Zweige der Finanz-Verwaltung angefertigt wird. Die Beschränkung des Zuschusses zu dem Hebammenfond auf 200 Rthlr. genehmigen Wir einstweilen, wenngleich die beantragte Ausdehnung des Instituts auf die Städte einen höhern Zuschuß fordern wird.

3) Indem Wir die patriotischen Bewilligungen getreuer Stände zu dem Wegbau-Etat gern ersehen haben, genehmigen Wir die Abweichungen von demselben in Rücksicht auf den Antrag, daß der Bau der Chaussée vom Hegersberge bis Dalbke durch außerordentliche Mittel ohne Verzug ausgeführt werde, da diese Chausséeanlage allerdings von wesentlichem Nutzen für den Verkehr, durch Entfernung der ihm bis jetzt entgegenstehenden Hemnisse, seyn wird.

Die Möglichkeit der Anlage einer bequemen Straße über das Gebirge zwischen Berlebeck und dem Kreuzkruge, so wie den dafür erforderlichen Kostenaufwand, wollen Wir, dem Antrage gemäß, nochmals der Prüfung eines fremden Technikers, unter Vorlage der sämmtlichen Vorarbeiten, unterwerfen lassen. Sollte jedoch diese Prüfung kein anderes Resultat liefern, als das bisher gefundene, so werden Wir, um den bei dem Zollanschlusse eingegangenen Vertrag zu erfüllen, den Weg über Schmedissen sofort in Angriff nehmen lassen.

Die Chaussée von Erder nach Langenholzhausen stellt sich, wenn die Chaussée vom Hegersberge nach Dalbke vollendet worden, als unaufschiebbar dar, und werden Wir daher die nöthigen Einleitungen treffen lassen, damit der Bau auf dieser Straße ohne Aufschub begonnen werden könne.

Damit der Bau der Chaussée von Lage nach Schötmar, für welchen bereits die nöthigen Vorarbeiten getroffen worden, möglichst beschleunigt werde, wollen Wir den Magistrat zu Lage zu der beantragten Erklärung auffordern lassen.

Bei der Verwendung der erhöheten Bewilligung für den Communal-Wegbau soll vorzüglich Rücksicht auf die Anlage des Communalweges von Oerlinghausen nach Schötmar genommen werden.

Den Wunsch getreuer Stände, vor dem Beginne des Baues einer neuen Chaussée die ganze Weglinie genau feststellen zu lassen, werden Wir, so weit dieses die wenigen Wegbaubeamten, welche Unsrer Regierung zur Disposition stehen, möglich machen, berücksichtigen lassen.

Uebrigens ist es bereits versucht, den Chausséebau in einzelnen Abtheilungen in Entreprise zu geben, ohne daß sich Unternehmer gefunden hätten; es sollen indessen diese Versuche wiederholt werden.

4) Was den Zuchthaus-Etat betrifft, so werden Wir, dem Antrage gemäß, die Zuchthauscommission anweisen lassen, mit dem einen oder andern Bäcker über den Preis des für die Züchtlinge zu liefernden Brods einen Accord abzuschließen. Die vorgeschlagene Aufhebung des Capitalienfonds des Zuchthauses wird durch die demnächstige Vereinigung der Landescassen von selbst eintreten.

5) Hinsichtlich der zu dem Militair-Etat gemachten Bemerkungen eröffnen Wir Folgendes:

a) Auf etwaige Equipements-Gelder für Officiere soll künftig im Etat Rücksicht genommen werden.

b) Da rücksichtlich der Agio-Vergütung des Militaircasse-Rendanten von dem früheren Gesuche Abstand genommen ist, so beruht dieser Gegenstand auf sich.

c) Die Bemerkung wegen der Zahlung von Militair-Effecten und andern Ausgaben gehört zur innern Administration, soll jedoch thunlich berücksichtigt werden.

d) Da die Anschaffung neuer Gewehre nothwendig war und in Ansehung des Ankaufs eines bei der Caserne belegenen Platzes zu deren Erweiterung und zum Exerciren bemerkt worden, daß dieser Ankauf ausgesetzt sey, so waren diese Gegenstände erledigt. Es kann jedoch dieser Ankauf im Falle des Erfordernisses keinem Anstande unterliegen.

e) Wir haben gern ersehen, daß getreue Stände sich von dem großen Nutzen der bisherigen Schutzwächter überzeugt haben und werden Wir für die baldige Erweiterung und Ausbildung dieses den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Instituts, den vorgetragenen Wünschen gemäß, das Erforderliche verfügen.

f) In Ansehung der Brodlieferung für das Militair sind Wir nicht abgeneigt, versuchsweise nach dem Vorschlage getreuer Stände verfahren zu lassen.

g) Die Einrichtung einer s. g. Oeconomie-Commission nach dem Vorbilde größerer Militair-Staaten halten Wir für die hiesigen Verhältnisse um so weniger für dringend, als die bisherige Administration mit Umsicht und Redlichkeit verfährt und ihren Zweck zu allseitiger Zufriedenheit erfüllt hat. Wir werden jedoch den Gegenstand einer sorgfältigen Prüfung unterziehen lassen und nach deren Ergebnisse Unsre Entschließung nehmen.

h) Eine Liste der Militair-Pensionaire soll künftig dem Etat beigefügt werden.

i) In Ansehung der von Uns zu bewilligenden Gratificationen ist jederzeit das von getreuen Ständen bemerkte Verfahren beobachtet, mithin zu dieser Bemerkung keine Veranlassung gegeben.

k) Hinsichtlich des Schlußantrags in dem ständischen Gutachten eröffnen Wir, daß Wir gern demjenigen beitreten werden, was zur Bewirkung fernerer, mit den Bundespflichten vereinbarlichen Erleichterungen des Militair-Etats führen kann; daß Uns jedoch von desfallsigen Schritten der Sächsischen Herzogthümer beim Bunde bislang nichts bekannt ist.

Was ferner die von getreuen Ständen auf die denselben gemachten Mittheilungen abgegebenen Gutachten betrifft, so haben dieselben

1) die Wichtigkeit der Erbauung eines Land-Krankenhauses wiederholt anerkannt und soll die bereits auf dem vorigen Landtage dazu ausgeworfene Summe von 9000 Rthlr. ferner für diesen Zweck nutzbringend verwaltet und der Gegenstand zur anderweiten Vorlage ferner vorbereitet werden.

2) Wir werden die fünf ältern Städte von der erfolgten Ablehnung einer Bewilligung fernerer Erleichterungen in Kenntniß setzen lassen und wird denselben übrigens die Theilnahme an den durch die Landcasse begründeten Instituten, so weit als thunlich, durch Unsre Resolution auf den desfallsigen besondern Antrag getreuer Stände zugesagt. Ob und in wie weit annoch Ausgaben auf der Landcasse haften, welche ausschließlich für Communalbedürfnisse des platten Landes bestimmt sind, erfordert eine nähere Untersuchung. Die Frage über die Catastration der städtischen Feldmarken werden Wir genau prüfen und zur Vorlage auf dem nächsten Landtage vorbereiten lassen.

3) Den Magistrat zu Lemgo werden Wir anweisen lassen, den von ihm erhobenen Anspruch auf fernere Entschädigung für die ihm durch den Zollanschluß angeblich entzogenen Zollrevenüen näher zu begründen und den Betrag des Verlustes selbst gehörig nachzuweisen.

4) Die Uebernahme sämmtlicher Kosten des städtischen Straßenpflasters in der Fahrbahn der Chausséen wird zwar den Etat der Chaussée-Reparaturen sehr belasten. Wir werden indessen das Wegbau-Departement dem Antrage getreuer Stände gemäß, instruiren lassen.

5) Wir conformiren Uns der Ansicht getreuer Stände, daß der Rentmeister König zu Blomberg als gewesener Erheber des Gesammtzolls in den Aemtern Blomberg und Schieder für den in Folge des Zollanschlusses verlorenen Gehalt zu entschädigen sey. Die früher bei jenem Zolle betheiligten beiden Rentcammern sind nur für den Nettoertrag desselben, also nach Abzug des fraglichen Gehalts, entschädigt worden. Demnach werden Wir verfügen, daß vom Jahre 1842 an dem Rentmeister König der Betrag seines Jahrgehalts von 20 Rthlr. so lange, als derselbe in seiner gegenwärtigen Dienststellung verbleibt, aus der Landcasse bezahlt werde.

6) Da getreue Stände sich mit der beantragten Abänderung des §. 31 des Ablösungsgesetzes in Hinsicht auf Holzabgaben einverstanden erklärt haben, so werden Wir eine diese Abänderung verfügende Verordnung alsbald erlassen.

7) Da getreue Stände die beantragte höhere Verzinsung der für die Geistlichkeit bei der Landcasse belegten Ablösungs-Capitalien für unangemessen erachten, so wollen Wir davon Abstand nehmen.

8) Da getreue Stände sich mit der zu deren Gutachten verstellten Einführung des Preußischen Quartgemäßes einverstanden erklärt haben, so werden Wir auf die Ausführung dieser Maaßregel Bedacht nehmen lassen.

9) Aus der Erklärung getreuer Stände, die Unterstützung der Leggelinnen-Weber betreffend, haben Wir deren Bereitwilligkeit zur Aufhülfe dieses wichtigen Industriezweiges in der von Unsrer Regierung beantragten Art mitzuwirken, gern entnommen. Unsre Regierung wird zu diesem Zweck die nöthige Anordnung treffen und dabei die Andeutungen getreuer Stände berücksichtigen. Auch werden Wir die überreichten Vorschläge, welche eine bessere Bereitung und Bearbeitung des Flachses und die Vervollkommnung der Spinnerei und Weberei durch Spinnschulen, Controle des Garnhandels und genauere Bezeichnung der Güte der Leinewand bezwecken, einer näheren Prüfung unterziehen lassen und behalten Uns vor, demnächst zu diesem Zwecke die geeigneten polizeilichen Anordnungen und gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen.

In Ansehung der von getreuen Ständen vorgetragenen Anträge und Wünsche eröffnen Wir Folgendes:

1) Die beantragte Verlegung des Amtssitzes für das Amt Varenholz, V. H. unterliegt, abgesehen von den damit verknüpften sehr beträchtlichen Kosten, auch aus dem Grunde erheblichen Bedenken, daß eine zweckmäßigere Organisation der Justizverfassung früher oder später zur Ausführung kommen mögte. Bekanntlich wird die Frage wegen Trennung der Justiz von der Administration, so wie wegen collegialischer Besetzung der Gerichte erster Instanz, grade jetzt in vielen Deutschen Staaten erörtert. Eine solche Maaßregel würde eine gänzliche Umformung in den Ressortverhältnissen Unsrer Aemter herbeiführen und namentlich die Bildung größerer Gerichtsbezirke zur nothwendigen Folge haben. Wir müssen daher mit der Erbauung eines neuen Amthauses in der Vogtei Hohenhausen vorerst noch Anstand nehmen; auch halten Wir dieselbe, da der Oeconomie- und Hebungsbeamte bereits seinen Wohnsitz daselbst hat, nicht für sehr dringend.

2) Daß in Unsrer Residenzstadt Detmold die Städte-Ordnung noch nicht in Wirksamkeit getreten ist, hat in den verwickelten Verhältnissen daselbst, so wie in dem Umstande seinen Grund, daß die zwischen der Alt- und Neustadt deshalb stattgefundenen Unterhandlungen eine Verzögerung erlitten haben. Die Hindernisse werden jedoch bald beseitigt seyn, und steht die Einführung der Städte-Ordnung hieselbst in naher Aussicht.

3) Das eingereichte Gesuch des Rittergutsbesitzers von Hoffmann zu Steinbeck, daß die Steuerreceptur zu Uflen zur Erstattung des von hiesigen Unterthanen an der Preußischen Landesgrenze hinterlegten Eingangszolles von Steinkohlen aus dem Schaumburg-Lippischen ermächtigt werde, ist bereits dem Hauptsteueramte zu Lemgo, bei welchem dasselbe anzubringen gewesen wäre, zur Berücksichtigung und weiteren Beförderung mitgetheilt worden.

4) Die Frage, ob eine Staats-Chaussée in einen Communalweg, oder letzterer in erstere zu verwandeln sey, wird in der Regel von äußeren Verhältnissen oder von Gründen abhängen, welche außer der Wirksamkeit getreuer Stände liegen und die es jedenfalls unthunlich machen werden, den Gegenstand bis zum Landtage auszusetzen. Wir können daher getreuen Ständen in dieser Beziehung keine weitere Einwirkung gestatten, als das ihnen zustehende Recht der Bewilligung der zu den Wegbauten erforderlichen Fonds und der Controle der über die Generalwegbaucasse zu führenden Rechnungen.

5) Wir können es nicht für angemessen erachten, die Propositionen, welche ausschließlich zur Verhandlung mit den Landes-Abgeordneten bestimmt sind, vier Wochen vor Eröffnung des Landtages durch das Regierungsblatt publiciren zu lassen, und hal-

ten Wir dafür, daß es von wenigem Interesse und, bei der kurzen Dauer des Landtags, ohne Nutzen seyn würde, Nachrichten über die landtägigen Verhandlungen während der Dauer desselben officiell bekannt machen zu lassen. Der Vertrieb der Sammlung der Landtags-Verhandlungen durch die Buchhandlung wird jedoch von Uns gern genehmigt, auch werden Wir für den nächsten Landtag die Einrichtung treffen lassen, daß Unsre Propositionen gedruckt und thunlich zeitig vor Eröffnung des Landtages den Landes-Abgeordneten mitgetheilt werden, wobei Wir jedoch bevorworten müssen, daß möglicherweise eine durch den Abdruck entstehende Verzögerung die genaue Innehaltung der im §. 31 der landständischen Verfassungsurkunde für solche Mittheilung festgesetzten Frist, wenigstens für solche Propositionen unthunlich machen kann, welche ihrer besondern Beschaffenheit nach erst kurz vor dem Landtage ausgearbeitet werden können.

6) Das Hazardspiel zu Meinberg, dessen Aufhebung getreue Stände beantragen, hat in neuerer Zeit nicht zu-, sondern sehr abgenommen. Es ist daselbst während der Curzeit von jeher nur eine kleine, in den Sätzen sehr beschränkte Farobank gestattet gewesen, welche wenig besucht und deshalb gewöhnlich nur an den Sonntagen, selten Alltags, ausgelegt wird. Bei solcher Beschränkung kann das Farospiel zu Meinberg, welches doch einem Theile der Curgäste und Fremden Unterhaltung gewährt, wenig Nachtheil bringen. Wir werden indessen den eröffneten Wunsch bei Ablauf des Contracts über das Ballhaus in Erwägung ziehen lassen.

7) Da die schon lange beabsichtigte Revision des Forst-Strafregulativs wegen der mannichfachen sonst vorliegenden legislativen Arbeiten noch einen längern Aufenthalt erleiden dürfte, so wollen Wir, um dem Uns vorgetragenen Wunsche zu entsprechen, vorab die Frage näher prüfen lassen, ob nicht die Anzeigegebühren abzuschaffen und dagegen den Anzeigen der Forstbedienten officieller Glaube beizumessen sey? Wir behalten Uns weitere Mittheilung hierüber für den nächsten Landtag vor.

8) Die wegen Anschluß des Landes an den Deutschen Zollverein mit der Krone Preußen abgeschlossenen Verträge legen Uns die Verpflichtung auf, die Bereitung, so wie den Debit des Viehsalzes mit den im Königreich Preußen deshalb bestehenden Einrichtungen in Uebereinstimmung zu bringen. Dieses Salz wird, zufolge eingezogener Erkundigung, wegen des starken Zusatzes von Eisenoxyd und gepulvertem Wermuth vom Viehe nicht gern gefressen; auch ist der Debit desselben nur unter lästigen Control-Maßregeln gestattet. Hiezu kommt, daß erfahrungsmäßig der Verbrauch des Viehsalzes hier im Lande früher sehr unbedeutend war. Denn in den 12 Jahren von 1830 bis 1842, wo die Saline zu Uflen recht gutes Futtersalz zu 18 mgr. pro Himten verkaufte, wurden durchschnittlich des Jahres nicht mehr als 157½ Himten abgesetzt. Unter diesen Umständen ist die Anfertigung des Viehsalzes bisher unterblieben; um jedoch dem Wunsche getreuer Stände entgegen zu kommen, wollen Wir die Anordnung treffen lassen, daß dasselbe hinfüro auf der Saline zu Uflen in eben der Art bereitet und unter denselben Bedingungen verkauft werde, wie dieses auf den Königlich Preußischen Salinen geschieht.

9) Wir haben drei der Hauptstraßenzüge des Landes vermessen lassen und hat sich ergeben, daß der Betrag des Chausseegeldes, welches auf denselben erhoben wird, von dem nach dem Dresdener Hauptprotocolle vom 6ten August 1838 zur Richtschnur zu nehmenden Preußischen Tarif im Ganzen wenig differirt. Nur auf der Straße von der Hannoverschen Grenze bis zu der Preußischen, in der Richtung über Barntrup, Lemgo und Uflen, wo jedoch zwei der Stadt Lemgo concedirte Hebestellen sich finden, übersteigt die Summe des Chausseegeldes den Preußischen Tarif in etwas erheblicher Art, ohne daß

dieses durch die Nothwendigkeit der von einmündenden Chausseen zu erhebenden Abgaben motivirt werden könnte. Wir werden darauf Bedacht nehmen lassen, daß diese Differenz schon jetzt so weit thunlich ausgeglichen werde, mit der Einführung der Silbergroschen aber verfügen, daß die Chausseegeld-Hebestellen möglichst vermindert werden und der Tarif sich dem Preußischen allenthalben thunlichst gleichstelle.

10) Bei einem übermäßigen Hegen des Wildes, namentlich auch der Rehe und Hasen, dürfte die Verbindlichkeit des Jagdherrn zum Ersatze des Wildschadens schon in dem gemeinen Rechte hinreichend begründet seyn. Der in einem Jagdreviere vorhandene Bestand an Wild, namentlich an Hasen, läßt sich übrigens schwer ermitteln und nicht minder schwierig ist es für die Gesetzgebung, die Grenze zwischen einen mäßigen und übermäßigen Wildstande angemessen zu bestimmen. Wir werden jedoch den Gegenstand nochmals reiflich prüfen lassen und behalten Uns weitere Eröffnung vor.

11) Wegen des Antrags, daß die Confirmation der Kinder im ganzen Lande zu derselben Zeit, und zwar vor dem 1sten April und 1sten October jeden Jahres Statt finden möge, werden Wir das Gutachten Unseres Consistoriums einziehen und nach dessen Eingange Unsere weitere Entschließung fassen.

12) Die Einführung von Gesindebüchern, welche getreue Stände beantragen, ist bereits im Jahre 1834 zur Sprache gekommen, die nähere Prüfung stellte aber damals so erhebliche Bedenken und Schwierigkeiten gegen die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung sowohl an sich, als in Beziehung auf die hiesigen Verhältnisse heraus, daß mit deren Ausführung Anstand genommen werden mußte. Unsre Regierung wird indessen diesen Gegenstand in nochmalige Erwägung ziehen.

13) Der Vorstellung getreuer Stände in Betreff der Abfertigungsbefugnisse des Nebenzollamts zu Barntrup liegt ein Mißverständniß zum Grunde. Diesem Zollamte hat die ihm vertragsmäßig beigelegte Befugniß zur unbeschränkten Abfertigung der mit Berührung des Auslandes (aus dem Vereinslande) ein- und ausgehenden Waaren vom Anfange an zugestanden. Auch ist das Nebenzollamt Barntrup vom Anfange an zur unbeschränkten Abfertigung aller vom Auslande eingehenden Waaren, von welchen die Steuer nicht über 5 Rthl. pro Centner beträgt, befugt gewesen. Hinsichtlich der höher besteuerten Waaren sind die Nebenzollämter erster Classe nach der Zollordnung auf die Abfertigung von Quantitäten bis zum Zollbelauf von 50 Rthl. beschränkt. Für das Nebenzollamt Barntrup ist aber diese Abfertigungs-Befugniß dergestalt erweitert, daß dasselbe solche Waaren auf Lemgo unbeschränkt mittelst Begleitscheins I., die nicht nach Lemgo bestimmten aber bis zum Steuerbelauf von 500 Rthl. abfertigen kann.

Hinsichtlich des Verfahrens bei der Abfertigung hat das Nebenzollamt Barntrup gleiche Instructionen mit dem Hauptzollamte Minden und beruhen die Erleichterungen, welche bei Revision und Abfertigung zu Minden Statt finden sollen, auf unerwiesenen Angaben der Fuhrleute.

Daß dennoch der Waarenverkehr auf der Straße über Barntrup weniger bedeutend gewesen ist, als gehofft wurde, hat, neben der für die Einfuhr von Auslands-Gütern ungünstigen Lage Barntrups, seinen Grund theils in dem höheren Hannoverschen Durchgangs-Zoll auf dieser Straße, dessen Aufhebung zu erwirken Unsre Regierung lange vergeblich sich bemüht hat, theils in der früher schlechten Straße auf Bielefeld. Seit diese Straße chaussirt ist und der höhere Hannoversche Durchgangszoll von den von Braunschweig kommenden Gütern nicht mehr gehoben wird, hat der Frachtverkehr von solchen

Gütern auf der Barntrupper Straße sich bereits gehoben und ist dessen fernere Zunahme zu hoffen.

Getreue Stände werden hieraus entnehmen, daß das Nebenzollamt Barntrup sich bereits im Genusse aller der Befugnisse befindet, auf welche dasselbe nach den Vertrags-Bestimmungen und örtlichen Verhältnissen Anspruch machen kann.

14) Getreue Stände haben Unsre Verordnung vom 14ten Juli 1840, den Gebrauch der Schußwaffen gegen Wilddiebe betreffend, abermals zum Gegenstande einer Vorstellung gemacht, obgleich ihnen bereits überzeugend nachgewiesen ist, daß derartige Verordnungen, wie die angeführten früheren Beispiele klar zu Tage legen, von Unsern Vorfahren in der Regierung zu allen Zeiten aus landesherrlicher Machtvollkommenheit, ohne irgend eine ständische Mitwirkung, erlassen sind. Wir sind diesem Beispiele gefolgt und können Uns daher nicht veranlaßt finden, hier auf eine nähere Prüfung der anderwärts über den Gebrauch der Schußwaffen gegen Wilddiebe erlassenen Verordnungen, so wie auf eine Vergleichung derselben mit der Unsrigen, einzugehen, sondern verweisen Wir vielmehr auf die im letzten Landtags-Abschiede ertheilte Resolution.

15) Die beantragte Aufhebung der Neuwohner- und Kottenabgaben steht mit der Frage wegen Trennung des Staats- und Domanial-Haushalts in naher Beziehung. Es wird am Zweckmäßigsten bei dieser Gelegenheit wegen jener Aufhebung, so wie wegen der Unsrer Rentcammer zu gewährenden Entschädigung zu verhandeln seyn. Bis dahin lassen Wir diesen Gegenstand auf sich beruhen und behalten Uns Unsre weitere Entschließung vor.

16) Wir genehmigen den Antrag, daß die Wirksamkeit des Hebammenfonds auch auf die fünf ältern Städte ausgedehnt werde, jedoch in Rücksicht auf die Stadt Lemgo, welche durch den Vergleich von 1794 eine abgesonderte Medicinal-Verfassung erlangt hat, mit dem Vorbehalte, daß sich mit derselben ein Abkommen dieserhalb werde treffen lassen.

Die Theilnahme an den Hülfsgeldern, welche jedoch, da die diesjährigen Hülfstabellen bereits abgeschlossen sind, erst mit dem nächsten Jahre beginnen kann, bewilligen Wir nicht allein den fünf ältern Städten, sondern auch den Städten Barntrup und Lage, welche bisher gleichfalls davon ausgeschlossen waren; und werden Wir über die dem städtischen Gewerbe-Betriebe entsprechende Verwendung der zu bewilligenden Unterstützungen die nöthigen Verfügungen treffen lassen.

17) Auf das Gesuch getreuer Stände, die Ausgleichung der Beiträge zum Regierungsblatte betreffend, werden Wir durch Unsre Regierung verfügen lassen, daß der von den Städten zu den Kosten dieses Blattes bisher geleistete Beitrag von 50 Rthl. nicht weiter erhoben und nöthigenfalls aus der Landcasse gedeckt werde.

18) Eine Verfügung, durch welche gegen polizeiliche Strafbestimmungen in allen Fällen, wo sie die Freiheit oder die Ehre des Individuums angehen, der Rechtsweg nachgelassen werde, müssen Wir zu treffen Anstand nehmen, da die Polizei, ihrem Zwecke gemäß, rasch einschreiten muß und durch den langsamen Rechtsgang nicht aufgehalten werden darf. Wir werden indessen die Aemter aufmerksam darauf machen lassen, daß sie in Polizeisachen, welche Aufschub gestatten, den Unterthanen volles rechtliches Gehör nicht versagen.

19) Wir haben, der im Landtags-Abschiede von 1840 ertheilten Zusicherung gemäß, die Frage wegen des Verbots des Schleppens der Pflüge auf den Chausseen einer nähern Prüfung unterziehen lassen und es hat sich dadurch ergeben, daß auf den Chausseen, welche nach der früheren Methode gebauet sind und unterhalten werden, das

Schleppen der Pflüge allerdings große Nachtheile mit sich führt und daß die aus dem Verbote hervorgehende Belästigung der Ackerbauer von weniger Bedeutung ist und in vielen Theilen des Landes gar nicht empfunden wird. Es erscheint indessen jenes Verbot auf denjenigen Chausseen, auf welchen die obere Steindecke durch Einwalzen geebnet wird, weniger dringend und werden Wir, wenn diese Maaßregel weiter, als bis jetzt möglich gewesen, ausgedehnt werden kann, die Aufhebung der Verordnung, welche das Schleppen der Pflüge verbietet, berücksichtigen lassen.

20) Durch die Aufhebung des Concessions-Regals auf dem platten Lande, welche getreue Stände auf dem vorigen Landtage beantragten, würde der Gewerbe-Betrieb wenig gefördert seyn, dagegen erkennen Wir die Erlassung einer allgemeinen Gewerbe-Ordnung und eines Gewerbesteuer-Gesetzes, worauf das jetzige Gesuch der getreuen Stände gerichtet ist, für zeitgemäß und der freiern Entwickelung und dem Aufblühen der Gewerbe förderlich. Beide Gesetze greifen aber tief in die bestehenden Verhältnisse, besonders in die Zunftverfassung in den Städten, ein, welche dabei berücksichtigt und deshalb zuvor genau untersucht und erwogen werden müssen. Wir können deshalb, wenn gleich von Unsrer Regierung zu diesen Vorarbeiten unverzüglich geschritten werden wird, die Zusicherung, daß beide Gesetze schon auf dem nächsten Landtage vorgelegt werden sollen, nicht ertheilen und nur den Wunsch aussprechen, daß solches alsdann schon geschehen könne.

21) Der Antrag wegen Aufhebung der Hofgerichtssteuer erscheint Uns zwar motivirt; indessen erachten Wir doch eine vorherige nähere Prüfung des Gegenstandes für nöthig. Wenn sich hierbei keine Anstände ergeben sollten, so werden Wir die für jenen Zweck erforderlichen Anordnungen erlassen.

22) Wir genehmigen, daß den Ausschuß-Deputirten, als Mitgliedern des Landcasse-Administrations-Collegiums, für die gegenwärtige Landtags-Periode der frühere Gehalt von 133⅓ Rthl. vom Anfange dieses Jahres an aus der Landcasse bezahlt werde und ihnen die hergebrachten Diäten verbleiben.

23) Durch den auf dem vorigen Landtage vorgetragenen Wunsch getreuer Stände haben Wir Uns bereits bewogen gefunden, auf die Erlassung eines Hude-Ablösungs-Gesetzes Bedacht zu nehmen, und die nöthigen Vorarbeiten anzuordnen. Diese haben wegen der mancherlei sich dabei ergebenden Schwierigkeiten noch nicht zu Ende geführt werden können. Wir werden dieselben aber fortsetzen und thunlichst beschleunigen lassen.

Ein Verkoppelungs-Gesetz für den Zweck, auch gegen den Willen der Eigenthümer eine Zusammenlegung der Grundstücke durch Austausch zu bewirken, erscheint Uns, unter den hier im Lande bestehenden Verhältnissen, nicht als ein dringendes Bedürfniß und kaum ausführbar. Dasselbe läßt sich ohne gewaltsame Eingriffe in die Eigenthumsrechte nicht durchführen und würde zur Sicherung des Erfolges auch für die Zukunft das Dispositionsrecht des Eigenthümers wesentlich beschränkt werden müssen, was dem Geiste und der Richtung der gegenwärtigen Zeit zu widerstreben scheint. Wir können Uns daher, wenigstens noch zur Zeit, für die Erlassung eines Verkoppelungs-Gesetzes nicht aussprechen, werden jedoch den Gegenstand in nähere Erwägung ziehen lassen.

24) Der Antrag getreuer Stände, die Bauhandwerker auf dem platten Lande einer Controle zu unterwerfen, wird von Unsrer Regierung, bei welcher dieser Gegenstand bereits zur Sprache gekommen ist, in Erwägung gezogen. Bei der Wichtigkeit der Bauhandwerke für Stadt und Land empfiehlt es sich zwar, deren selbstständige Ausübung allgemein, nicht bloß auf dem platten Lande, von einer Prüfung abhängig zu machen, indes-

sen gehört die Bestimmung hierüber in die beantragte Gewerbeordnung, weshalb es, wenn diese bald erlassen werden könnte, keiner besondern Anordnung bedürfen würde.

25) Die von getreuen Ständen beantragte Ueberweisung der Activ-Capitalien der Militaircasse an die Landcasse steht mit der allgemeinen Vereinigung der Landescassen in genauer Verbindung. Sobald diese zu Stande gekommen und das Gelderforderniß für das Militair ganz auf die Landcasse übertragen seyn wird, finden Wir bei Abgabe der Militaircasse-Capitalien an die Landcasse kein Bedenken, deren Anordnung Wir Uns demnach bis dahin vorbehalten.

26) Die Erbpachtverhältnisse gründen sich auf Verträge, deren Beseitigung im Wege der Legislation sich nur rechtfertigen läßt, wenn sie durch Rücksichten auf die Staatswohlfahrt dringend geboten wird. Für die Aufhebung der Natural-Prästationen, namentlich der Dienste und Zehnten, sprechen sehr triftige Gründe, welches in Ansehung der ständigen Geldabgaben entweder gar nicht, oder doch nicht in gleichem Maaße der Fall ist. Die von getreuen Ständen beantragte Erstreckung des Ablösungs-Gesetzes auf dergleichen Geldabgaben, insbesondere auf Erbpacht-Canons, erscheint daher höchst bedenklich, inzwischen wollen Wir den Gegenstand in nähere Erwägung ziehen lassen.

27) Dem Antrage getreuer Stände gemäß wollen Wir die Verordnung vom 22sten October 1839, die Beschränkung der Ausübung der Advokatur für Personen, welchen richterliche Functionen anvertraut sind, betreffend, auch auf die Hebungsbeamten und Amtschreiber erstrecken. Die Amts-Auditoren dagegen stehen überall nicht im Amte, da ihnen Behuf ihrer Ausbildung der Zutritt zu den Amts-Sessionen bloß gestattet ist. Daß sie die Vertheidigung der Amtsbescheide in den höheren Instanzen übernehmen, darin erblicken Wir keinen Uebelstand und können Wir Uns daher nicht veranlaßt finden, hinsichtlich ihrer auf das angebrachte Gesuch einzugehen.

28) Die Ansicht getreuer Stände theilend werden Wir auf deren Antrag alsbald verordnen, daß in den bei den Aemtern schwebenden Processen die verhandelten Acten, in so weit deren Mittheilung nach den Grundsätzen des gemeinen Prozesses zulässig ist, auf Verlangen der einen oder andern Partei zu jeder Zeit zugefertigt werden.

29) Auf dem beendigten Landtage ist unter Anderm auch eine Justiz-Reform zur Sprache gebracht und haben Wir die darauf bezüglichen Vorschläge gern entgegen genommen. Unsere Vorfahren an der Regierung haben auf die Förderung der Justizpflege stets ein vorzügliches Augenmerk gerichtet, und liegt auch Uns nichts mehr am Herzen, als daß die Justiz in Unserm Lande auf eine gründliche, zugleich aber auch auf eine prompte und vor Allem auf eine unparteiische Weise verwaltet werde. Bei der Kürze der Zeit ist es jedoch nicht möglich gewesen, die umfassenden Vorschläge hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit einer näheren Prüfung zu unterziehen, weshalb Wir uns vorerst auf die Zusicherung beschränken müssen, daß Wir dazu die baldige Einleitung treffen werden.

30) Bereits auf dem Landtage von 1838 ist die Entscheidung einiger Rechtscontroversen im Wege der Gesetzgebung beantragt worden. Es sind auch wegen dieses Gegenstandes Verhandlungen zwischen Unsrer Regierung und Unsern Obergerichten gepflogen. Verschiedene Bedenken, welche sich damals ergeben, haben Uns bisher abgehalten, auf die Sache einzugehen; inzwischen werden Wir den erneuerten Antrag getreuer Stände in nochmalige nähere Erwägung ziehen lassen.

31) Wir haben es für angemessen halten müssen, den Landtag statt an das Ende der zweijährigen Finanzperiode, wie früher, an den Anfang derselben zu verlegen, damit die nöthigen Vorbereitungen gehörig vollendet und insbesondere die Etats mit Rück-

sicht auf die zuletzt abgenommenen Rechnungen und die erst gegen Ende des Jahres zu erwartenden Bauanschläge, gründlich bearbeitet werden können. Getreue Stände werden sich bei dieser motivirten Anordnung beruhigen und darin keine Abweichung von der landständischen Verfassungs-Urkunde finden.

32) Was schließlich die eingereichte Vorstellung wegen des ständischen Steuerverwilligungs-Recht betrifft, so sehen Wir uns zu nachstehender Eröffnung genöthigt:

Zwar hatten getreue Stände auf dem letzten Landtage beantragt, daß die älteren eilf Contributions-Simplen auf fünf herabgesetzt werden mögten; indessen mußten Wir Anstand nehmen, eine Herabsetzung in dem Maaße zu bewilligen, weil die Landesbedürfnisse nicht hinreichend gedeckt erschienen, wie in dem Regierungserlasse vom 15ten April 1843 näher nachgewiesen worden. Erst nachdem sich ergeben, daß die Zollrevenüen den Voranschlag um p. p. 20,000 Rthlr. überstiegen, sahen Wir Uns im Stande, Unsern geliebten Unterthanen durch Erlassung des sechsten Contributions-Simplums die gewünschte weitere Erleichterung zu gewähren. Wir sind Uns bewußt, Unsern Landesherrlichen Pflichten, ohne die ständischen Rechte irgend zu verletzen, vollkommen genügt zu haben und nehmen übrigens auf die Erklärung Bezug, welche Wir getreuen Ständen bereits unter dem 15ten April 1843 durch Unsre Regierung haben zugehen lassen.

Womit Wir denn getreuen Ständen in Huld und Wohlwollen geneigt bleiben.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold, den 8ten März 1845.

Leopold, Fürst zur Lippe.

(L. S.) W. A. Eschenburg.

T. Kellner.